Gerd Schultze-Rhonhof

# Das tschechisch-deutsche Drama

# 1918-1939



## Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg

OLZOG

Gerd Schultze-Rhonhof

# Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939

## Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg

OLZOG

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über **http://dnb.d-nb.de** abrufbar.

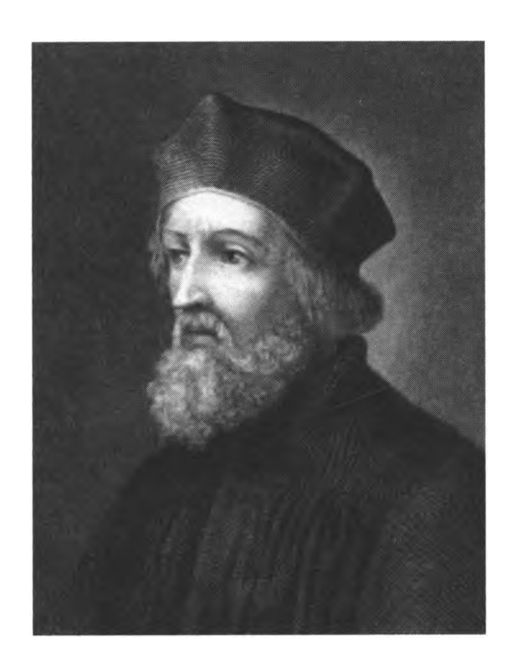
1. Auflage Dezember 2008
2. verbesserte und ergänzte Auflage 2011
**ISBN 978-3-7892-8365-9**


**Internet: http://www.olzog.de**

Bildnachweis:
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bestand Sudetendeutsches Archiv, München: S. 57, 175
Gerd Heidemann, Historisches Archiv, Hamburg: S. 75, 268, 316, 318, 321
Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Vertragsarchiv, Berlin: S. 314
Gerd Schultze-Rhonhof: S. 16, 21, 22, 26, 46, 99, 113, 184, 287, 310, 311, 323, 344
ullstein bild, Berlin: S. 5,41, 162, 307, 345



Lektorat: Christina Brock, München
Umschlagentwurf: Atelier Versen, Bad Aibling,
unter Verwendung eines Fotos von ullsteinbild, Berlin
Satz: Fotosatz H. Buck, Kumhausen
Druck- und Bindung: fgb • freiburger graphische betriebe, Freiburg
Printed in Germany



**Johann Hus**
**Tschechischer Reformator**
**(1369-1415)**

Die Wahrheit siegt,
aber sie kann nur siegen,
wenn sie gesagt wird.

# INHALT

# VORWORT

Heutzutage werden die deutsche Besetzung der Tschechei[1] von 1939 bis 1945 und die anschließende Vertreibung der Sudetendeutschen von 1945 bis 1946 gemeinhin als das tschechisch-deutsche Drama des 20. Jahrhunderts wahrgenommen. Die Zeit davor löst sich im Nebel des Vergessens auf. So werden die Jahre der Tschechoslowakei bis 1939 in den Schulen Deutschlands in aller Regel nicht behandelt. Diese Jahre strahlen aber auf die Zukunft ganz Europas aus. Sie sind es, die ohne Umweg in den Zweiten Weltkrieg führen. So ist das tschechisch-deutsche Verhältnis von 1918 bis 1939 ein wesentliches und schicksalhaftes Stück der eigenen Geschichte, diese Jahre sind das eigentliche Drama. Der Blick auf das deutsch-tschechische Verhältnis in dieser Zeit zeigt exemplarisch, wie aus der explosiven Nachkriegsordnung von 1919/21 erst langsam, dann mit zunehmender Geschwindigkeit und Wucht der neue Krieg entsteht.

Die erste Szene dieses Dramas ist die Errichtung eines künstlichen Vielvölkerstaates, dem über sechs Millionen Menschen fremder Nationen zu einem Drittel ohne ihre Zustimmung und zu zwei Dritteln sogar gegen ihren ausdrücklichen Willen zugeordnet werden. Auf dieser Bühne entfaltet sich der Freiheitsdrang der Sudetendeutschen, der Slowaken, der Ungarn und Ruthenen, die zuerst bescheiden ihre Autonomie innerhalb der Tschechoslowakei verlangen, die zwei Jahrzehnte mit nicht gehaltenen Versprechen der tschechoslowakischen Regierung hingehalten werden, und die zum Schluss mit aufgestauter Wut den ungeliebten Staat verlassen. Es ist die Bühne, auf der am Ende dieses Stückes Adolf Hitler die Regie führt. Den Schlussakt des Dramas spielen vier Parteien: die tschechoslowakische Regierung, die den Bestand des Staates mit Gewalt erhalten will, die alten Siegermächte, die ihren Einfluss wahren und den deutschen Machtzuwachs verhindern möchten, die sechs Millionen „Minderheitenbürger", die den Staat verlassen wollen und Adolf Hitler, der seine Unterstützung für die Minderheiten überzieht, sie mit der Annexion der „Rest-Tschechei" missbraucht und damit die Schleusen für den Zweiten Weltkrieg öffnet. So wird das tschechisch-deutsche Drama zum Vorspiel der nächsten Katastrophe.

Gerd Schultze-Rhonhof
September 2008

1 Das heute nicht mehr gebräuchliche Wort „Tschechei" wird in diesem Buch verwendet, weil es der Epoche der hier behandelten Geschichte entspricht.

# TEIL1
# VÖLKER, REGIONEN, RELIGIONEN

## Die Tschechoslowakei als Vielvölkerstaat

Die Tschechen
Die Slowaken
Die Sudetendeutschen
Die Ruthenen
Die anderen vier Minderheiten
Die Böhmen und die Cesi

## Ein Staat mit drei Landesteilen

Die Tschechei
Die Slowakei
Die Karpato-Ukraine

## Die tschechisch-deutsche Religionstragödie

# VÖLKER, REGIONEN, RELIGIONEN

Die Tschechoslowakei hat zweimal im vorigen Jahrhundert bestanden, ein erstes Mal von 1918 bis 1939 und ein zweites Mal von 1945 bis 1991. Diese Zeiten sind lange her, und manches ist in Vergessenheit geraten, besonders welche Völker und Volksgruppen zur ersten Tschechoslowakei gehört haben, aus welchen Staatsteilen sie bestanden hat, und wie ihre Landschaften geheißen haben. Soweit es den Streit der Tschechen und Sudetendeutschen angeht, ist häufig auch der religiöse Ursprung dieses Streits nicht mehr jedermann bekannt. So soll der erste Teil des Buchs die Namen der Völker, der Landschaften und die religiösen Hintergründe in Erinnerung rufen, die im späteren Verlauf des Buches eine Rolle spielen.

## Die Tschechoslowakei als Vielvölkerstaat

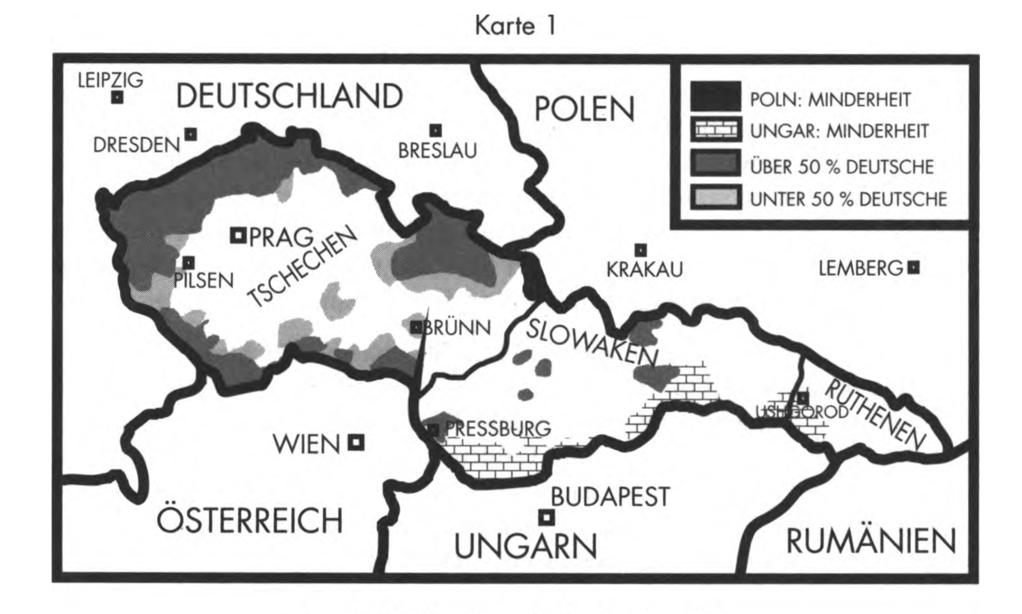
In ihrer kurzen Existenz von zwei Jahrzehnten umfasst die erste Tschechoslowakei ungefähr 14 Millionen Menschen aus acht verschiedenen Nationen bzw. Völkern. Auf den ersten Blick scheinen ihre Zahlen klar umrissen. 1921 zählt man bei der ersten von zwei Volkszählungen im Lande neben 6,7 Millionen Tschechen auch 3,1 Millionen Deutsche, 2 Millionen Slowaken, 734.000 Ungarn, 453.000 Ruthenen, die Ukrainer sind, 180.000 Juden, 75.000 Polen und 234.000 Menschen anderer Herkunft, darunter die Rumänen als kleine Minderheit. Die Tschechen stellen damit im eigenen Staate nicht ganz die Hälfte der Bevölkerung. Nur die Tschechen und Slowaken sind dabei so eng verwandt, dass sie mit der Zeit zu einer einzigen Nation verschmelzen könnten. Nach den Volkszählungen 1921 und 1930 weisen die tschechischen Behörden sich und die Slowaken in der Tschechei bereits als Tschechoslowaken aus. In der Slowakei unterscheiden die Slowaken allerdings noch tunlichst zwischen sich und den verwandten Tschechen.

Die bunte Völkermischung ist in erster Linie das Ergebnis der Absicht der Weltkriegssiegermächte, das bis dahin mächtige Österreich-Ungarn in viele Staaten aufzuteilen. So werden hier Menschen und Territorien einem neuen Staate zugeschlagen, dessen Bevölkerung und Gebiete nie zuvor in der Geschichte eine Einheit, geschweige denn ein Staat gewesen sind. Der Status dieses neuen Staatsgebildes ist in den Verträgen von Saint-Germain, von Trianon und von Versailles festgeschrieben.[2] Die Verträge bestimmen, dass jede der genannten nationalen Minderheiten gewisse Minderheitenrechte in der neuen Tschechoslowakei erhalten soll. Doch davon später.

2 Art. 27 und 53 bis 58 des Vertrages von Saint-Germain, Art. 27 und 48 bis 52 des Vertrages von Trianon und Art. 27 und 81 bis 86 des Vertrages von Versailles.

Die Völkermischung ist in zweiter Linie das Ergebnis der politischen Arbeit von Exiltschechen, Exilslowaken und Exilruthenen im Ersten Weltkrieg in Frankreich, Russland und Amerika. Exiltschechen und -Slowaken vereinbaren 1915 in Paris, Moskau und in Cleveland (USA) und noch einmal 1918 in Pittsburg (USA)[3] die Gründung eines gemeinsamen, föderativen Staates, den sie bei den Siegermächten im Sinne des nationalen Selbstbestimmungsrechts verlangen. Die Grenzen ihres Wunschstaates schließen dabei allerdings wieder neue und zwar umfangreiche fremdnationale Minderheiten ein, deren nationales Selbstbestimmungsrecht dabei auf der Strecke bleiben wird. Exilruthenen schließen sich noch 1918 in Scranton (USA)[4] den Exiltschechen und -Slowaken an. Die Tschechen, Slowaken und Ruthenen in der Heimat werden zu diesen Plänen vor der Errichtung ihres neuen Staates nie befragt. Auch davon später mehr. Vor allem die großen Bevölkerungsgruppen der Deutschen und der Ungarn, die dem neuen Staate zugewiesen werden, geraten mit der Staatsgründung der Tschechoslowakei gegen ihren Willen unter fremde Herrschaft. So ist die Unfreiwilligkeit, mit der Millionen Menschen Staatsbürger dieses neuen Landes werden, die Gründungshypothek, an der die Tschechoslowakei knapp 20 Jahre später auseinanderbricht.

Karte 1




Der Vielvölkerstaat Tschechoslowakei

3 Pittsburger Abkommen vom 30. Mai 1918

4 Beschluss von Scranton vom 3. Oktober 1918

## Die Tschechen

Der deutsche Name „Tscheche“ ist das eingedeutschte *Cech*, wie sich die slawischen Bewohner von *Cechy* oder Böhmen selber nennen. Die Tschechen sind seit dem Ende des 6. Jahrhunderts nach Christus in ihrer heutigen Heimat sesshaft. Tschechen leben bis zur Gründung der Tschechoslowakei auch als Minderheit in der bis dahin ungarischen Slowakei und im russischen Wolhynien, als Handwerker in Niederösterreich und auch in Wien. Zur Zeit des Endes der Monarchie in Österreich zählt man etwa 100.000 Tschechen allein im Großraum Wien. Die Tschechei mit ihren zwei Landesteilen Böhmen und Mähren ist sehr früh schon in Abhängigkeit zum Deutschen Reich geraten. Nach 800, zur Zeit Karls des Großen, werden beide Landesteile dem deutschen Kaiser zum Tribut verpflichtet. 929 wird Böhmen erstmals und 950 endgültig von deutschen Königen und Kaisern unterworfen. Ab 1041 gehören beide Landesteile auf Dauer bis 1918 zum Deutschen Reich, zum Deutschen Bund und zur Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie. In dieser Zeit verklammern sich Böhmen, Mähren und Deutschland durch eine Vielzahl politischer, kultureller und wirtschaftlicher Verbindungen. 1086 verleiht der deutsche Kaiser dem Herzog in Böhmen erstmals die persönliche Königswürde in seinem Lande. Schon 1257 tritt der Böhmenkönig als siebter Kurfürst zu den bis dahin sechs deutschen Fürsten, die das Recht zur Wahl des deutschen Königs haben, der in der Regel danach auch der deutsche Kaiser wird. Mit Kaiser Karl IV., König Wenzel und Kaiser Sigismund werden drei Könige von Böhmen selbst Könige und Kaiser des Deutschen Reichs. In ihrer Zeit dient Prag für nicht ganz hundert Jahre als „Hauptstadt“ Deutschlands, und Böhmen wird für diese Periode zum politischen und kulturellen Mittelpunkt des Deutschen Reichs. 1526 fallen Böhmen und Mähren durch Königswahl an das Haus Habsburg, wo sie bis 1918 bleiben. So steht das Gebiet des heutigen Tschechiens und mit ihm die tschechische Nation fast 1000 Jahre unter deutscher Oberherrschaft, bleibt fast 500 Jahre Teil des Deutschen Reichs und über 400 Jahre im Besitz des Hauses Habsburg.

Der tschechische Bevölkerungsanteil Böhmens und Mährens bedient sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend der deutschen Sprache in Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft. Vor allem tschechische Intellektuelle benutzen die deutsche Sprache als Medium für ihr Wirken. Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert setzt jedoch bei vielen Tschechen ein neues Bewusstsein für den Wert ihrer bis dahin vernachlässigten Muttersprache ein. Bis in die 1880er-Jahre geht die Mehrheit der städtischen tschechischen Bevölkerung wieder zum Gebrauch des Tschechischen über. Damit geht eine Wiederbelebung der nationalen Identität einher, aus der sich ein empfundener Gegensatz zu dem entwickelt, was deutsch ist und nun als bisher dominierend abgelehnt wird. Hinzu kommt

die Erinnerung an den religiösen Kampf des katholischen und deutschen Herrscherhauses Habsburg gegen die tschechischen Hussiten im 15. und 17. Jahrhundert, der im Identitätsempfinden der Tschechen als antideutsche Haltung bis in die Moderne fortlebt. Viele empfinden die Hinrichtung ihres Reformators und Sprachschöpfers Hus 1415 auf dem Konzil von Konstanz bis heute als schnöden Wortbruch und als Verbrechen der Deutschen an den Tschechen.

So kommt es, dass die Tschechen in der Mitte des 19. Jahrhunderts den Wunsch entwickeln, als eigene Sprachnation innerhalb des Vielvölkerstaats von Habsburg als gleichberechtigt neben den Deutschösterreichern und den Ungarn anerkannt zu werden. Nach der Wende zum 20. Jahrhundert entsteht zunächst ganz zaghaft und dann recht heftig der Wille zu einem eigenen souveränen Staat. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs sind die Tschechen trotzdem noch ein integraler Bestandteil des Habsburger Vielvölkerstaats. Sie sind nach dem Bevölkerungsproporz in Regierung und Verwaltung, bei Hofe und im Parlament in Wien vertreten. So ist zum Beispiel der tschechische Graf Clam-Martinitz österreichischer Ministerpräsident von 1916 bis 1917.

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs bietet den Tschechen die Gelegenheit, sich von der deutsch-österreichischen Fremdherrschaft einstweilen zu befreien. Sie tun es in einer Art, die etwas von Revanche an sich hat. Die letzte deutsche Herrschaft - 20 Jahre später - von 1939 bis 1945 schütteln sie dann mit grausamer Rache ab.

**Die Slowaken**

Die Slowaken sind ihren Nachbarn, den Tschechen, sprachlich eng verbunden. Doch sie sind historisch-politisch einen anderen Weg gegangen. Die Slowakei ist seit 906 zunächst zwischen polnischen, böhmischen und ungarischen Herrschaftsansprüchen hin- und hergerissen, ehe sie im Jahre 1018 zusammen mit der Karpato-Ukraine Teil des ungarischen Königreiches wird. So stehen Slowaken und Ruthenen - obwohl verschiedene Völker - von 1018 bis 1919 gemeinsam unter der ungarischen Krone; als Oberungarn, wie man zu der Zeit dazu in Deutschland sagt.

Die Aufklärung in Frankreich und der nationale Aufbruch in Deutschland nach den Befreiungskriegen gegen Frankreich und Napoleons Diktatur strahlen zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch auf die Slowaken aus. Ihr Nationalbewusstsein wächst. 1843 und 1851 wird die heutige Form der slowakischen Schriftsprache verbindlich festgelegt. 1861 beschließt eine Versammlung von rund 6000 angesehenen slowakischen Persönlichkeiten das „Memorandum der slowakischen Nation“. Sie verlangen darin eine autonome Gebietseinheit, die „Slowakische Gegend“, mit eigenem Landtag, slowakischen Schulen und dem Slowakischen

als Amtssprache im eigenen Gebiet. Kaiser Franz Joseph macht Konzessionen, und die Slowaken eröffnen drei Gymnasien, eine Zahl von Mittelschulen und ein Institut zur Pflege der slowakischen Sprache, Kultur und Wissenschaft, die *Matica slovenskä*. Bis dahin wurde in Oberungarn, der Slowakei, nur auf Deutsch und Ungarisch unterrichtet. Doch 1867 setzt eine politische Wende der slowakischen Entwicklung jäh ein Ende. Die Ungarn, mit 41 Prozent Bevölkerungsanteil selbst nur Minderheit im eigenen Staate, setzen an, das Land zu „magyarisieren". 1868 wird Ungarisch zur alleinigen Amtssprache, also auch für die Slowaken. Im selben Jahr noch werden alle Staatsbürger Ungarns per Gesetz zu Mitgliedern einer „einzigen untrennbaren ungarischen Nation" erklärt. Den Slowaken werden ihre Gymnasien, Mittelschulen und mit der Zeit auch drei Viertel ihrer Grundschulen geschlossen. Slowakische Studenten dürfen an ungarischen Universitäten untereinander nicht slowakisch sprechen. Sie dürfen keine slowakischen Bücher und Zeitschriften besitzen. 1891 wird Ungarisch auch für die slowakischen Kindergärten bindend. Die slowakischen Ortsnamen werden - wie die deutschen - gegen ungarische ausgetauscht. Schließlich muss auch die *Matica slovenskä* ihre Pforten schließen. So ist der Traum der Slowaken vom autonomen eigenen Gebiet und von ihrer eigenen kulturellen Fortentwicklung nach nur sechs Jahren erst einmal beendet. Das ist der Stand bis 1918.

Die Slowaken leben nach dem Ersten Weltkrieg mit etwa 2 Millionen Menschen in der Tschechoslowakei: Ihre Zahl ist nicht genau ermittelt, weil die Tschechen die Slowaken bei den zwei Volkszählungen 1921 und 1930 in Böhmen, Mähren und in der Karpato-Ukraine als „Tschechoslowaken" vereinnahmen. Sie werden 1930 nur noch in der Slowakei mit 2.204.400 Seelen genau gezählt. Zudem leben slowakische Minderheiten in vielen Nachbarländern, etwa 500.000 im heutigen Ungarn, in Serbien, Rumänien und in Kroatien. Das Verhältnis der Slowaken zu ihrer deutschen Minderheit, die man „Karpatendeutsche" nennt, ist weitaus entspannter als das der Tschechen zu den Böhmen- und den Mährendeutschen. Beide, Deutsche wie Slowaken haben in den letzten 50 Jahren gemeinsam unter dem Druck der Ungarn leben müssen, und beide landen 1919 ohne Volksbefragung in einem fremden Staat. Die Slowaken hoffen aber nun - anders als die Karpatendeutschen - auf ein Leben in der lang ersehnten Autonomie.

### Die Sudetendeutschen

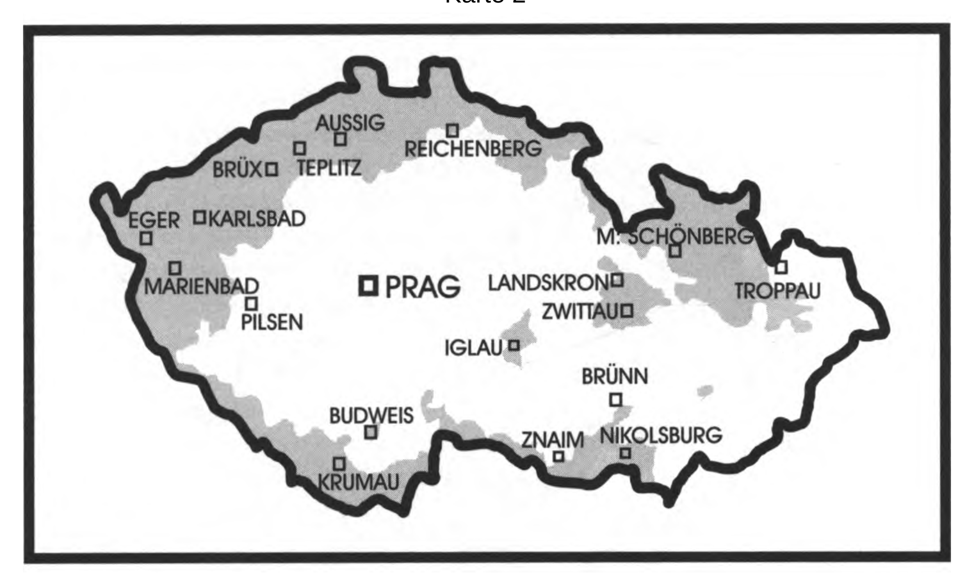
Der Name „Sudetendeutsche" leitet sich von einem Teil ihrer Heimat, den Sudeten, ab, wie die Gebirgszüge im Norden Böhmens und Mährens bis 1945 hießen. Zur Zeit Alt-Österreichs ist der Name allerdings noch nicht gebräuchlich. Die Deutschsprachigen nennen sich damals Böhmen- oder Mährendeutsche und in der Slowakei Karpatendeutsche.

Die Gebiete Böhmens, Mährens und der Slowakei werden zur Zeit des Ausgangs der Völkerwanderung nach Abzug der germanischen Markomannen von den nachrückenden Völkern der Tschechen und Slowaken übernommen. Das Land ist um die Jahrtausendwende dünn besiedelt. Kurz nach dem Jahre 1000 beginnend, breiten sich über zwei Jahrhunderte hindurch deutsche Klöster in Mähren und in Böhmen aus; so wird zum Beispiel 1142 das deutsche Prämonstratenserkloster Strahov dicht bei der Prager Burg gegründet. Schon um 1100 siedeln sich die ersten Deutschen in der Prager Altstadt an, die später deutsches Stadtrecht übernimmt. Bald nach 1150 wandern deutsche Kauf- und Handwerksleute in Mähren und in Oberungarn ein, zum Beispiel in der mährischen Stadt Brünn und in Ungarn, in der Zipser Gegend, wo mit der Zeit 24 Städte mit deutscher Bevölkerung entstehen. Ab 1204 rufen mehrere Generationen böhmischer Könige deutsche Handwerker, Kaufleute und Bauern zur Aufsiedlung und Entwicklungshilfe in ihr Land, wodurch vor allem die Randgebiete Böhmens und Mährens deutsch besiedelt werden. So fördert König Premysl Ottokar II., der selbst weit überwiegend deutscher Abkunft ist, Handel und Gewerbe sowie die Stadtentwicklung. Er siedelt kleine Ortschaften auf und gründet an ihren Plätzen mit den ins Land gerufenen Deutschen neue Städte wie Aussig, Weißwasser, Brüx und Budweis. Die nächste Zuzugswelle von Deutschen dient der Förderung des Bergbaus in Böhmen, Mähren und der Slowakei. Damit entstehen nicht nur neue deutsche Sprachinseln im Lande, sondern das verhilft den Königen von Böhmen und Ungarn auch zu außerordentlichem Reichtum. Schon 1249 berichten die Colmarer Annalen,[5] dass der böhmische König mithilfe seiner deutschen Bergleute aus den Silber- und Goldbergwerken Böhmens „ungeheueren Reichtum" angehäuft hat.

Die Deutschen, die auf diese Weise im Laufe von zwei Jahrhunderten in Böhmen, Mähren und in der Slowakei die Städte, Dörfer und den Bergbau beleben, stammen überwiegend aus den benachbarten deutschen Grenzgebieten. Es sind Bayern, Franken, Oberpfälzer, Sachsen, Niedersachsen, Thüringer, Schlesier und Niederösterreicher. Sie erweitern oder gründen rund 200 Ortschaften und Städte in ihrer neuen Heimat, der späteren Tschechoslowakei. Den Böhmen-, Mähren- und Karpatendeutschen ist es bis etwa 1410 vergönnt, in Frieden mit ihren angestammten Nachbarn, den Tschechen, Slowaken und Ruthenen auszukommen. Dann setzen die religiösen und nationalen Auseinandersetzungen, besonders die Gegensätze der hussitischen Tschechen und der katholischen Deutschen, dem ein Ende. Das soll das Thema eines der folgenden Kapitel sein. Die Böhmen-, Mähren- und Karpatendeutschen werden über 700 Jahre im Lande bleiben und

5 Chronik des 13. Jahrhunderts eines Dominikanermönchs aus Colmar im Elsaß

Karte 2




Die Sudetengebiete

wie die Tschechen und Slowaken Angehörige des Habsburger Reiches sein. So ist es nur natürlich, dass sie sich nach der Zerschlagung Österreich-Ungarns zunächst der Republik Österreich zugehörig fühlen und nicht dem Deutschen Reich. Mit dem Vertrag von Saint Germain kommen knapp'3,1 Millionen Sudetendeutsche, rund 150.000 Karpatendeutsche und eine verschwindend kleine deutsche Minderheit in der Karpato-Ukraine unter die Herrschaft der Tschechen und Slowaken. Somit verteilt sich der deutsche Bevölkerungsanteil zu 95 Prozent auf Böhmen und Mähren, also den Landesteil Tschechei, und zu knapp 5 Prozent auf die Slowakei.[6]

## Die Ruthenen

In der Literatur werden die Ruthenen mal als solche, mal als Russinen, bisweilen als Rußniaken und, soweit sie in der Karpato-Ukraine wohnen, auch als Karpato-Ukrainer bezeichnet.[7] Die Ruthenen sind eine Volksgruppe der Ukrainer, und sie leben auch nur zu geringen Teilen in der Karpato-Ukraine. Bei einer Volkszählung im Jahre 1900 verteilen sich die Ruthenen mit 3 Millionen auf das zu der Zeit österreichische Galizien, mit knapp 300.000 auf die damals ungarische

6 Badenheuer, S. 52
7 Die Bezeichnung Karpato-Ukraine wird erst ab Oktober 1938 offiziell.

Karte 3




Gebiete mit ruthenischer Mehrheit

Bukowina und mit 429.000 auf die ebenfalls ungarische Karpato-Ukraine. Nach dem Ersten Weltkrieg, als Galizien an Polen und die Bukowina an Rumänien fällt, hängt die Karpato-Ukraine „in der Luft“ und ist allein kaum lebensfähig. So beschließen Exilruthenen 1918 den Anschluss an die Tschechen und Slowaken. Damit kommen rund 450.000 Ruthenen an ein Land, mit dem sie historisch und sprachlich nichts verbindet.

Die Ruthenen rangieren mit drei Prozent der Bevölkerung der Tschechoslowakei zwar noch weit hinter den Ungarn, aber sie gehören zu den drei staatsbegründenden Nationen der neuen Tschechoslowakei, während die Ungarn als alte Herren im Lande zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden sind. Das Verhältnis der Ruthenen zu den Ungarn ist von alters her belastet. Die Ruthenen in der Karpato-Ukraine teilen seit 1019 mit den Slowaken das Schicksal der ungarischen Herrschaft. Auch sie werden 1868 per Gesetz Bestandteil der „einigen unteilbaren ungarischen Nation“ und sind seitdem verpflichtet, im eigenen Lande in Schulen, Ämtern und Gerichten ungarisch zu sprechen. So begrüßen die Ruthenen die Loslösung der Karpato-Ukraine 1919 als hochwillkommene Befreiung. Die Ruthenen - obwohl nur ein 3 Prozent-Bevölkerungsanteil der gesamten Tsche-

choslowakei - stellen in der Karpato-Ukraine mit über 62 Prozent die absolute Mehrheit. Sie treten erst verspätet dem Bund der Tschechen und Slowaken bei und bekommen dabei vertraglich besondere Autonomierechte innerhalb ihres Landesteiles eingeräumt. Dies gestehen die Tschechen und Slowaken den Ruthenen wohl eher wegen des willkommenen Territorialzuwachses zu als wegen der drei Prozent zusätzlicher Bürger für ihren neuen Staat. Das Autonomieversprechen wird von der Staatsmacht allerdings fast 20 Jahre lang nicht eingelöst. Erst im Oktober 1938 setzen die Ruthenen die Autonomie der Karpato-Ukraine innerhalb der Tschechoslowakei durch und damit auch die Einführung des Ruthenischen als Unterrichtssprache an den eigenen Schulen.

### Die anderen vier Minderheiten

Ungarn, Juden, Polen und Rumänen bilden weitere Minderheiten in der Tschechoslowakei.

Die **Ungarn** mit ihren 734.000 Seelen stellen gut fünf Prozent der Bevölkerung der gesamten Tschechoslowakei. Sie wohnen dort fast ausschließlich im Süden der Slowakei und der Karpato-Ukraine, wo sie bis 1919 selbst das Land beherrschten. In beiden Landesteilen stellen sie jedoch mit etwa 17 Prozent noch einen ansehnlichen Bevölkerungsanteil. Die Ungarn sind bei ihren „neuen Herren“, den Slowaken und Ruthenen, wegen der vergangenen 50 Jahre strenger ungarischer Unterdrückung schlecht gelitten. So steht die ungarische Minderheit in ihrem neuen Staat zunächst im Abseits. Eine neuerliche Bedeutung der Ungarn in der Tschechoslowakei erwächst allerdings dann später in den 30er-Jahren aus der Nachbarschaft zum souveränen Staate Ungarn und aus dessen Ambitionen auf die 1919 an die Tschechoslowakei verlorenen Gebiete.

Die ersten **Juden** siedeln sich schon zur Zeit der Römer im Gebiet der späteren Tschechoslowakei an. Die rechtliche und soziale Stellung der Juden in Böhmen, Mähren, der Slowakei und in der Karpato-Ukraine wechselt im und seit dem Mittelalter zwischen Unterdrückung, „Emanzipation“ und Privilegien. Je nach den Verhältnissen in den eigenen Ländern und in den Nachbarstaaten kommt es immer wieder zu Zeiten relativer Ruhe, zur Massenflucht oder umgekehrt zu Einwanderungswellen von Juden aus dem oder in das Territorium, das später die Tschechoslowakei bildet. 1920 erhalten die Juden in der Tschechoslowakei den Status einer eigenen Nation.[8] Nach der Volkszählung von 1930 werden sie offiziell mit 201.000 Seelen registriert. Doch die Zahl trügt, denn die Statistik weist die angegebenen Nationalitäten aus. Insgesamt geben aber 357.000 Men-

8 Rädl, S. 181

schen ihre Religionszugehörigkeit mit „jüdisch“ an. Nach Landesteilen aufgeschlüsselt nimmt die jüdische Bevölkerung von Westen nach Osten zu. 1930 geben 0,3 Prozent der Bürger in der Tschechei ihre Volkstumszugehörigkeit als Juden an, zwei Prozent der Bürger in der Slowakei und 13 Prozent in der Karpato-Ukraine.[9] Im neu gegründeten Staat „Tschechoslowakei“ sind die Juden offensichtlich gut integriert, zumindest so lange bis ab Oktober 1938 nach der Ausgliederung der Sudetenlande ein extrem minderheitenfeindliches Klima in der Tschechei entsteht, unter dem dann auch die Juden leiden müssen. Die Juden tragen im Frühjahr 1939 nicht - wie viele andere Minderheiten - zum Zerfall des Staates bei. Sie spielen eher eine Rolle im Verhältnis der Tschechoslowakei zum Deutschen Reich. Als Juden in der Presse der Tschechei ihre Verbitterung über das Dritte Reich zum Ausdruck bringen, belastet dies politisch das deutsch-tschechische Verhältnis.

Zwei weitere kleine Minderheiten bilden knapp 90.000 **„Polen“** und 13.000 **Rumänen.** Bei den „Polen“ handelt es sich allerdings mit Mehrheit um Slonzaken, die eine dem Polnischen und dem Tschechischen verwandte Mischsprache benutzen und sich auch als etwas Eigenes empfinden. Die Bedeutung beider Minderheiten resultiert alleine aus dem Druck, den der Staat Polen 1938 auf die Tschechoslowakei ausübt, um sich des von den Slonzaken bewohnten Industriegebiets bei der Stadt Teschen zu bemächtigen und um die rumänische Regierung zu animieren, gleichfalls Gebietsforderungen an die Tschechoslowakei zu stellen.

Rumänien ist allerdings einer der Gewinner der Friedensverträge von 1919/20. Es hat das halbe Banat, ganz Siebenbürgen und die Bukowina nebst 1,35 Millionen ungarischen Bürgern von Altungarn übernommen.[10] Somit ist Rumänien in keiner Weise daran interessiert, wegen 13.000 Rumänen in der Tschechoslowakei die territoriale Frage wieder aufzurühren und eine Korrektur der Grenzen zu riskieren. Es wird sich deshalb in den nächsten 20 Jahren von allen Streitigkeiten in der Tschechoslowakei fernhalten.

### Die Böhmen und die Cesi

Hier soll nicht von weiteren Volksgruppen die Rede sein, sondern von einer sprachlichen Besonderheit bei den Deutsch-Böhmen und den Cesi, den Tschechen. Die Tschechen kennen weder die Worte Böhmen noch böhmisch noch eine Entsprechung dafür in ihrer eigenen Sprache. Für sie ist der geografische Raum, den die Deutschen Böhmen nennen, Cechy. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts bildet sich unter anderem deshalb bei den Tschechen die Auffassung heraus, dieses

9 37.000 in der Tschechei, 69.000 in der Slowakei und 95.000 in der Karpato-Ukraine
10 Hillgruber, S. 267, Fußnote 10

Land, Böhmen, in seiner Gänze als tschechisch zu betrachten. Gegen Ende des Jahrhunderts spitzt sich dieses Denken zu. So drückt der Tscheche des 20. Jahrhunderts mit seinem Cechy einen Besitzanspruch auf das ganze Böhmen bis zu den Landesgrenzen der Tschechei von 1938 aus.

Für die Deutsch-Böhmen hat das Wort Böhmen einen anderen Klang. Für sie besteht Böhmen aus den deutschsprachigen Randgebieten nebst den Sprachinseln und aus dem Landesinneren, der Tschechei, in der man Tschechisch spricht. Der Deutsche weiß mit den Worten Böhmen, Sudetenlande und Tschechei Verschiedenes zu unterscheiden und auch die Besitzansprüche zu differenzieren.

Hier liegt einer der Gründe für die unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Tschechen und der Böhmendeutschen über das Heimatrecht der jeweils anderen Nation in der Tschechoslowakei.

## Ein Staat mit drei Landesteilen

Die erste Tschechoslowakei besteht - von West nach Ost betrachtet - aus den drei Teilen **Tschechei, Slowakei** und **Karpato-Ukraine.** Damit erreicht die Tschechoslowakei eine Ost-West-Länge von 940 Kilometern bei einer Nord-Süd-Ausdehnung von nur 250 und weniger Kilometern. Von den drei Landesteilen besitzt nur die Tschechei natürliche Grenzen nach fast allen Himmelsrichtungen.

### Die Tschechei

Der Böhmerwald bildet die natürliche Grenze der Tschechei zu Bayern im Südwesten. Das Erzgebirge trennt sie von Sachsen im Nordwesten. Der Gebirgswall der Sudeten mit dem Lausitzer Gebirge, dem Riesengebirge, dem Glatzer Bergland und dem Altvatergebirge begrenzt das Land nach Norden hin zum damals deutschen Schlesien. Nur nach Süden geht die Tschechei ohne Hindernis in Niederösterreich über. Der etwa 300 Kilometer lange Gebirgswall der Sudeten gibt den über 3 Millionen Deutschsprachigen in der Tschechoslowakei den Namen. Die Tschechei als Siedlungsraum der Westtschechen oder Böhmen, der Osttschechen oder Mährer und der Sudetendeutschen setzt sich wiederum aus den drei Landschaften **Böhmen, Mähren** und **Österreichisch-Schlesien** zusammen. Diese drei Teile der Tschechei sind nur historisch und politisch getrennt, nicht aber morphologisch. Sie gehen als Landschaften nahtlos ineinander über.

Österreichisch-Schlesien und Mähren werden 1927 politisch zu Mähren-Schlesien vereinigt. Da Österreichisch-Schlesien nur 17 Prozent der Fläche des vereinten Mähren-Schlesiens ausmacht, wird der Einfachheit halber fortan in diesem Buch

Karte 4




Tschechoslowakei 1920-1938
Länder und Landschaften

nur noch von Mähren statt von Mähren-Schlesien die Rede sein. Im Landesteil Schlesien liegen zwei kleinere Gebiete, die später noch im Buch Erwähnung finden. Es sind dies das **Hultschiner Ländchen** und das Teschener Gebiet. Die kleine Stadt Hultschin liegt westlich am Oberlauf der Oder, dicht an der Staatsgrenze zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Hultschin und das nach ihm benannte zehn mal 30 Kilometer große Ländchen und mit ihm 45.400 Einwohner, davon 6500 Deutsche, kommen durch den Versailler Vertrag 1920 an die Tschechoslowakei. Die Hultschiner - obwohl mit Mehrheit Slawen - votieren später vergeblich für ihren Wiederanschluss an das Deutsche Reich. Das **Teschener Gebiet** liegt ostwärts des Flüsschens Ostrawitza, südöstlich von Oberschlesien. Es ist ein Territorium von nur 50 mal 60 Kilometer Flächengröße, doch wegen seiner Stahlindustrie und seiner Kohlengruben ein Zankapfel zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Polen wird es 1939 annektieren.

**Die Slowakei**

Der zweite große Staatsteil ist die Slowakei. Sie lehnt sich im Norden an den Gebirgskamm der Beskiden, also der Westkarpaten an, die den rund 147.000 Deutschsprachigen in der Slowakei den Namen „Karpatendeutsche" geben. Das Land ist größtenteils gebirgig. Es ist im Südwesten zu Österreich hin von der Donau begrenzt. Nach Süden und Osten geht es ohne natürliche Barrieren nach Ungarn und in die Karpato-Ukraine über. Das Fehlen natürlicher und historischer Grenzen zu Ungarn und zur Karpato-Ukraine macht es 1920 schwierig, die

neuen Staats- und Landesgrenzen zu bestimmen. Die Siedlungsgebiete der Ungarn, Slowaken und Ruthenen gehen in den Grenzregionen ineinander über.

Die Karpatendeutschen siedeln vor allem in der **Landeshauptstadt Bratislava** oder zu Deutsch Preßburg, in der Zips und im Hauerland. In Preßburg leben zur Zeit der Tschechoslowakei etwa 49.000 Deutsche. **Die Zips** ist ein ostslowakisches Gebiet, etwa 60 mal 80 Kilometer groß, deren ursprünglich 24 Städte einmal deutsche Ansiedlungen waren. Inzwischen sind die meisten Städte wieder Dörfer, und die rund 36.000 Deutschen in der Zips leben in der Stadt Käsmark und Umgebung und westlich der Stadt Kaschau. **Das Hauerland** rund um die Stadt Kremnitz in der Mittel-Slowakei mit seinen etwa 41.000 Karpatendeutschen ist das historische Bergbaugebiet der ungarischen Könige. Hier gruben einst deutsche Bergleute zuerst Gold und später Kohle und halfen damit, den Reichtum Ungarns zu begründen. Die Hauer unter Tage leben dort in den vielen deutschen Ortsnamen weiter, die auf die Silbe -hauer enden.

### Die Karpato-Ukraine

Der dritte Staatsteil ist die Karpato-Ukraine. Sie ist mit ihren 1921 gezählten 735.000 Einwohnern und ihrer Ausdehnung von cirka 70 mal 40 Kilometern der deutlich kleinste Teil der Republik. Die Karpato-Ukraine lehnt sich im Norden an die Waldkarpaten an und hat nach Westen zur Slowakei und nach Süden zu Ungarn und Rumänien keine natürliche Begrenzung. Das dortige Fehlen morphologischer Grenzen und die fließenden Übergänge der ruthenischen, ungarischen und slowakischen Siedlungsräume erschwert es den Ruthenen erst bei der Staatsgründung und dann beim Untergang der Tschechoslowakei, ihre Ansprüche auf die Städte Uzgorod und Munkacz durchzusetzen. **Uzgorod ist die Hauptstadt** der Karpato-Ukraine,[11] und Munkacz hat als Handels- und Industriestandort und wegen seiner Eisengruben eine besondere Bedeutung für die sonst recht arme Karpato-Ukraine. In der Karpato-Ukraine leben etwa 13.000 Karpatendeutsche.

## Die tschechisch-deutsche Religionstragödie

Der Vielvölkerstaat Tschechoslowakei erleidet zweimal Schiffbruch, einmal 1939 und ein weiteres und letztes Mal im Jahre 1992. Beim ersten Scheitern zerbricht die Einheit des noch jungen Staates am Herrschaftsanspruch der Tschechen und an der mangelnden Bereitschaft der meisten Minderheiten, den zu akzeptieren.

11 Im November 1938 wird die Hauptstadt nach Chust verlegt.

1938/39 spielt die Unverträglichkeit der Tschechen und Sudetendeutschen dabei eine wesentliche Rolle. Die tiefen Gründe dieser Unverträglichkeit reichen bis weit zurück in die Geschichte. Sie beginnen mit einer deutsch-tschechischen Religionstragödie. Eigentlich handelt es sich bei diesem Trauerspiel zuerst um ein europaweites Drama, das 1374 in England seinen Anfang nimmt, seinen Höhepunkt zu Beginn des Dreißigjährigen Kriegs erreicht und 1945/46 mit der Vertreibung von drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat endet. Der Hass der Tschechen auf die Deutschen, der 1945/46 explodiert, findet seinen Ursprung zu einem nicht unwesentlichen Teil darin, dass beide in den Auseinandersetzungen um die Reformation der Kirche und um die „richtige“ Konfession über zwei Jahrhunderte in gegnerischen Lagern kämpfen, und dass die Tschechen dabei letzten Endes unterliegen und viel erdulden und erleiden müssen.

Der Beginn: Im Jahre 1374 setzt sich König Eduard III. von England in einem Streit um die Entrichtung von Lehnszins gegen den Papst in Rom durch. Der Theologe, der den König hierbei mit Erfolg vertritt, ist **John Wiclif,** der nach dieser Auseinandersetzung mit dem Papst zum ersten Reformator Englands wird. Wiclif missbilligt die Reliquien- und die Heiligenverehrung, die Beichte und das Zölibat. Er bestreitet, dass sich Brot und Wein beim Abendmahl in Christi Leib und Blut verwandeln, und er bekämpft den Einfluss, den der Klerus in England auf die Politik nimmt. Was hat das mit der tschechisch-deutschen Religionstragödie zu tun?

Wiclifs Lehre hat starken Einfluss auf den etwas jüngeren Prager Theologen **Johann Hus,** der sowohl als Professor an der Universität in Prag als auch als Priester in den Prager Kirchen Wiclifs Ansichten vertritt. Hus verlangt - wie Wiclif - eine Reformation der katholischen Kirche „an Haupt und Gliedern“, was zu der Zeit besonders nottut, da die Kirche von zwei zerstrittenen Päpsten in Rom und Avignon regiert wird und ab 1409 sogar noch von einem dritten. Hus und seine Anhänger in Böhmen vertreten nicht nur Wiclifs Lehren, sie erklären sich auch im Streit der Päpste für neutral. Damit kommt es in Prag und Böhmen zur Konfrontation der tschechischen Hus-Anhänger mit den Deutschen, die der katholischen Konfession und dem Papst in Rom die Treue halten. Deutschland ist erst hundert Jahre später reif für seine Reformation.

Zunächst zum politischen Dissens: 1409 soll an der Universität von Prag durch Beratung und Stimmenmehrheit entschieden werden, ob Böhmen zum Papst in Rom hält oder sich im Streit der drei Päpste als neutral erklärt. Die Universität besteht in ihrer Professorenschaft und an Studenten aus vier „Nationen“: den Tschechen, den Bayern, den Sachsen und den Polen. Als die Gefahr besteht, dass

die Tschechen in der Auseinandersetzung um die Anerkennung des römischen Papstes unterliegen, und Wiclifs Lehre in die Minderheit gerät, ändert Böhmens König Wenzel die Stimmgewichte der „Nationen", sodass die Tschechen die Oberhand gewinnen. Daraufhin verlassen die deutschen Professoren und Studenten Prag und gründen mit Genehmigung des deutschen Königs die Universität in Leipzig. Danach beginnen in Prag heftige Ausschreitungen gegen den deutschen Teil der dortigen Oberschicht. Der erste Bruch zwischen den Deutschen und den Tschechen in Böhmen ist damit vollzogen.

Nun zu der religiösen Auseinandersetzung: Der deutsche und ungarische König Sigismund, später auch König von Böhmen und deutscher Kaiser,[12] will die Einheit der Christenheit wiederherstellen und beruft dazu 1414 ein Konzil nach Konstanz ein. Das Konzil soll das Schisma, also die Kirchenspaltung durch drei konkurrierende Päpste, beenden und Wiclifs Glaubensfragen klären. König Sigismund lässt dazu den prominentesten Vertreter wiclifscher Lehren, Johann Hus, zum Konzil vorladen. Er sichert Hus dabei „sicheres Geleit" zu, das heißt, er verspricht ihm eine sichere Heimkehr. Das Konzil setzt zwei Päpste ab, bewegt den dritten zum Verzicht und wählt mit Papst Martin V. einen einzigen, neuen Papst, der die Kirche fortan von Rom aus leiten soll. Des Weiteren verwirft das Konzil die Lehren des englischen Reformators Wiclif als Ketzerei und verlangt von Johann Hus, dass er sich von Wiclif lossagt. Hus jedoch bleibt standhaft - wie ein Jahrhundert später der Deutsche Martin Luther - und beharrt zweimal im Beisein König Sigismunds darauf, dass man ihm zuvor anhand der Heiligen Schriften einen Irrtum nachweist. Damit bekennt sich Hus zu Wiclif und zur „Ketzerei". Er wird am 6. Juli 1415 deswegen zum Tode verurteilt und erleidet noch am gleichen Tag den Feuertod in Konstanz auf dem Scheiterhaufen. Daran ändert auch das königliche Versprechen Sigismunds auf „sicheres Geleit" nichts. Das gebrochene Versprechen und der Mord an Hus durch „die Deutschen" sitzen seitdem als Dorn den Tschechen in der Seele.

Nun folgen zwei Jahrhunderte der schärfsten Glaubensauseinandersetzungen, die erst mit dem Prager Strafgericht von 1621 und dem Untergang des tschechischen Protestantismus ihr Ende finden. Nach dem Tode des standhaften Reformators Hus in Konstanz auf dem Scheiterhaufen steigert sich die Empörung der Tschechen bis aufs Höchste. Die Bevölkerung in Böhmen spaltet sich in Hussiten und Katholiken, die Hussiten wiederum in gemäßigte und radikale Gruppen. 1419 eskaliert der Glaubensstreit in Böhmen bis hin zum Bürgerkrieg. Als im gleichen Jahr der Böhmenkönig Wenzel stirbt, folgt ihm sein Bruder, der deutsche König Sigismund als neuer König Böhmens. Sigismund veranlasst 1420 Papst Martin

12 König Sigismund wird erst 1433 in Rom deutscher und römischer Kaiser.

V., einen Kreuzzug gegen die Hussiten auszurufen. Es folgt der Böhmische Krieg mit fünf „Kreuzzügen der Christenheit“ gegen die Hussiten, Kreuzzüge die die Menschen in den Städten und Dörfern Böhmens schwer bedrücken. Es sind nicht nur die Hussiten, die dabei zu leiden haben. Nachdem König Sigismunds erster Feldzug gegen die Hussiten fehlgeschlagen ist, suchen die *Taboriten,* die inzwischen radikale Mehrheit der Hussiten, die deutschen Städte Böhmens grausam heim. Sie plündern sie und tschechisieren viele, womit sich die Landverteilung und der Landbesitz in Böhmen und Mähren zunächst für zwei Jahrhunderte zugunsten der tschechischen Bevölkerung verschieben. Von 1425 bis 1433 ziehen Tschechenheere zuerst nach Schlesien und Niederösterreich und plündern dort die Klöster und die Städte, dann in die Lausitz und das Vogtland, nach Oberfranken, nach Brandenburg und in die Oberpfalz. Sie ziehen selbst bis nach Polen und in den Raum Danzig und bedrängen dort mit großer Grausamkeit die dortige Bevölkerung. Der Schrecken der Hussitenkriege lebt in Deutschland in Erzählungen noch bis ins beginnende 20. Jahrhundert fort.

1575 besteigt Rudolf II. von Habsburg den Thron in Böhmen und leitet die Gegenreformation ein. 1609 gelingt es den Böhmischen Ständen noch einmal, ihr Recht auf freie Religionsausübung durchzusetzen. Doch in den Jahren danach schwelt der Streit um die Privilegien der Böhmen, zum Beispiel den Bau evangelischer Kirchen, im Lande weiter, bis er sich zum Böhmisch-Pfälzischen Krieg von 1618 bis 1623 auswächst, mit dem der Dreißigjährige Krieg beginnt.
1620 schlägt die katholische, kaiserliche Liga das Heer der protestantischen Böhmen in der Schlacht am Weißen Berge westlich Prag an einem Tage und in nur einer Stunde so vernichtend, dass damit das Ende des Protestantismus für die Tschechen für immer eingeleitet ist. **1621** werden Böhmens Adel und das reiche Bürgertum des Landes im sogenannten **Prager Strafgericht** für ihren Widerstand gegen Papst und Kaiser mit dem Entzug von Eigentum und Rechten gnadenlos bestraft. Nachdem die „Hauptschuldigen“ hingerichtet worden sind, wird deren Eigentum, aber auch das all derjenigen, die sich in der Zeit davor nicht ausdrücklich zum Kaiser bekannt hatten, konfisziert. Zwei Drittel der tschechischen Protestanten werden aus dem Land gewiesen.[13] Damit beginnt auch die gewaltsame und endgültige Rekatholisierung Böhmens. So ist das Jahr
1621 eine Zäsur in der tschechischen Geschichte. Und das Prager Strafgericht wird selbst 1918 und 1945 - drei Jahrhunderte danach - von den vielen Tschechen noch immer nicht vergessen sein.

Auch wenn die religiösen Fragen damit ausgestanden sind, hinterlassen die zwei Jahrhunderte des Streits um Glauben und Rechte im eigenen Lande in der

13 Orthbandt, S. 519

tschechischen Volksseele ein dauerhaftes Trauma. Die tschechisch-deutsche Religionstragödie, deren tiefere Wurzeln in einer Kirchenkrise in Italien, in einer Reformation in England und bei den Gegenpäpsten in Frankreich sitzen, ist zum deutsch-tschechischen Problem geworden. Der Vollstrecker der römisch-katholischen Idee ist dabei immer die römisch-kaiserliche Macht der **deutschen** Kaiser. So bleiben die Religionskriege und Leiden dieser langen Zeit in der Erinnerung der Tschechen bis auf den heutigen Tag mehr mit den deutschen Nachbarn als mit Wiclif oder den Päpsten in Rom und Avignon verbunden. In dieser tschechisch-deutschen Tragödie liegt eine der Wurzeln für den Hass vieler Tschechen, der das nachbarliche Verhältnis zu den Deutschen für lange Zeit vergiftet.

# TEIL 2
# DIE ENTSTEHUNG DER TSCHECHOSLOWAKEI

## Erste Bestrebungen bis zum Ersten Weltkrieg

Getrennte Wege ab 1848
Der habsburgische Abstieg

## Im Ersten Weltkrieg

## Gegen Ende des Ersten Weltkriegs

Die tschechische Absage an Habsburg
Das Pittsburg-Abkommen mit den Slowaken
Das Scranton-Abkommen mit den Ruthenen
Die Völker gehen auseinander
Die tschechische Eroberung der Sudetenlande
Die Kämpfe um die Slowakei
Österreichs Abschied von den Sudetendeutschen
Ein tschechisches Blutbad
Österreichisch-deutscher Vereinigungsversuch

## Rund um die Siegerkonferenzen

Wilsons 14 Punkte
Deutsch-amerikanische Waffenstillstandsverhandlungen
Österreichische „Verhandlungen“
Tschechische Verhandlungen
Slowakische Verhandlungsversuche
Ein ruthenischer Verhandlungsvorschlag
Die Verträge von Saint-Germain und Trianon
Bilanz der Verträge
Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

## Der Staatsvertrag mit der Tschechoslowakei

# DIE ENTSTEHUNG DER TSCHECHOSLOWAKEI

Die Entstehung eines Staates der Tschechen und Slowaken zeichnet sich in seinen ersten Zügen schon 1848 ab, aber sie wird erst ab Beginn des Ersten Weltkrieges konkret. So sollen hier vier Schritte nachgezeichnet werden: die Zeit vor dem Kriege, die während des Krieges, die zum Ende desselben und schließlich die Aktivitäten rund um die Siegerkonferenzen von Saint-Germain und Trianon.

## Erste Bestrebungen bis zum Ersten Weltkrieg

### Getrennte Wege ab 1848

Als 1848 die Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt am Main zum ersten Mal Zusammentritt, lehnen es die tschechischen Reichsangehörigen ab, an der Versammlung teilzunehmen. Sie befürchten, dass die Frankfurter Versammlung den Zusammenschluss der Menschen deutscher Sprache in einem neuen Deutschen Reich beschließen könnte. Das hätte nicht nur die Auflösung des Habsburg-Reichs bedeutet, sondern auch die Teilung Böhmens in deutsche und in tschechische Gebiete. Der tschechische Reichstagsabgeordnete Frantisek Palacky beruft deshalb parallel zur Deutschen Nationalversammlung einen eigenen Slawenkongress nach Prag ein, auf dem die Delegierten unter anderem die Umwandlung der Habsburger Monarchie in einen „Bund von gleichberechtigten Völkern" verlangen.[14] Habsburg umfasst zu der Zeit elf verschiedene Völkerschaften. Die Prager Versammlung geht zwar als „Panslawischer Kongress" in die Geschichte ein, aber auf dem Kongress wird noch nicht deutlich, ob sich die Tschechen stärker panslawisch orientieren oder austroslawisch. Die panslawische Bewegung tendiert zur Sammlung aller slawischen Völker unter Russlands Oberherrschaft. Die austroslawische neigt zu mehr Selbstständigkeit der slawischen Völker innerhalb des habsburgischen Großreichs. Noch 1848 schreibt der Vorsitzende des Panslawischen Kongresses Palacky in seinem Brief an die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, dass er im Interesse der kleineren slawischen Völker für die Erhaltung Österreichs eintritt:

> „Wahrlich, bestünde der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen."[15]

14 Orthbandt, S. 676
15 Jung, S. 100

Im gleichen Jahr beantragt Frantisek Palacky auf einem Habsburger Reichstag, Böhmen und Mähren in einen tschechischen und einen deutschen Landesteil zu trennen.

Wenig später, **in den 1860er-Jahren,** wachsen die Ansprüche der Tschechen ganz beträchtlich. Sie gestehen den Deutschböhmen und Deutschmährern nun keine eigenen Landesteile und keine Autonomie mehr zu. Sie berufen sich dabei auf das „Böhmische Staatsrecht", das - so die Tschechen - von alters her die Unteilbarkeit der sogenannten Länder der Böhmischen Krone seit den Zeiten König Wenzels vorschreibe. Dieses Recht, das vor 450 Jahren galt, wurde inzwischen dreimal von neuem Recht in Böhmen abgelöst, was die Tschechen nun nicht anerkennen wollen. Das Begehren der Tschechen nach Eigenständigkeit wird um so realistischer, je schwächer Österreichs Krone in den Folgejahren wird.

### Der habsburgische Abstieg

Im deutsch-deutschen Krieg von 1866 erleiden Österreich und seine Koalition des Deutschen Bundes durch den Rivalen Preußen eine so entscheidende Niederlage, dass Wien außenpolitisch in die „zweite Liga" absteigt. 1867 wird Österreichs Position ein weiteres Mal geschwächt, diesmal gegenüber Ungarn. Im „Österreichisch-Ungarischen Ausgleich" von 1867 teilt sich das Habsburger Gesamtreich in zwei getrennte Königreiche auf, die zwar in monarchischer Personalunion verbunden bleiben und auch noch eine Reihe von Staatsaufgaben gemeinschaftlich betreiben, die aber formal unabhängig voneinander werden. Dieser Österreichisch-Ungarische Ausgleich schwächt Österreich und stärkt Ungarn, womit sich zugleich die Gewichte der Tschechen und Slowaken verschieben. Die Zahl der nichtdeutschen Völker, die unter der direkten Herrschaft Wiens verbleiben, verringert sich um sieben, die nun unter Ungarns unumschränkte Herrschaft treten. Damit gewinnen die Tschechen, die bei Österreich bleiben, innenpolitisch an Bedeutung. Die Völker, die beim „Ausgleich" unter die direkte Herrschaft Budapests geraten, erleiden die ungarische Politik der „Magyarisierung". Auch die Slowaken müssen in den nächsten 50 Jahren damit leben, dass sie „Ungarn" werden sollen. So sinkt die innenpolitische Bedeutung der Slowaken gegen Null, und ihr Ziel von 1861[16] von einer autonomen „Slowakischen Gegend" rückt erst einmal in weite Ferne. Die 1860er-Jahre sind nur günstig für die Tschechen. Bei ihnen entwickeln sich Vorstellungen und Wünsche über ihre eigene Zukunft, sei es als autonomer Teilstaat Habsburgs, sei es als ein selbstständiges Königreich Böhmen und Mähren unter Habsburgs Oberherrschaft, ähnlich der neuen starken Rolle Ungarns in der Doppelmonarchie.

16 Bezieht sich auf die erwähnte Versammlung der 6000 slowakischen Notabein 1861

So sehr der Österreichisch-Ungarische Ausgleich von 1867 das nationale Eigenleben der Slowaken, Kroaten usw. in der nun ungarischen Osthälfte des Habsburg-Reiches knebelt, so sehr wird den Völkern der westlichen Reichshälfte unter der direkten Herrschaft Wiens politischer Entfaltungsspielraum eingeräumt. Im Dezember 1867 erlässt die österreichische Regierung eine neue Reichsverfassung für ihre Westhälfte des Reichs, mit der die Polen, Tschechen, Italiener und Ukrainer als gleichberechtigt mit den Deutsch-Österreichern anerkannt werden. Im Artikel XIX der Verfassung heißt es:

> „Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache.
>
> Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt.“[17]

Des Weiteren steht in der Verfassung, dass in den Schulen kein Zwang zum Erlernen einer zweiten Landessprache ausgeübt wird. So erscheint dann auch das altösterreichische Reichsgesetzblatt konsequenter Weise in zehn landesüblichen Sprachen. Festzuhalten bleibt hier, dass es zu dieser Zeit keinen Sprachenzwang und keine deutsche Staatssprache in Altösterreich, und damit auch nicht im Raum der späteren Tschechei gibt.[18]

Mit der 1867er Verfassung und weiteren bis 1891 erlassenen Gesetzen erlangen die Tschechen ihre vollständige und praktizierte kulturelle Autonomie innerhalb Altösterreichs vor dem Ersten Weltkrieg.[19]

Der nächste Abstieg Österreichs erfolgt **1871** mit der Gründung des Deutschen Reichs. Österreich muss nun zur Kompensation seines relativen Machtverlustes in Europa den eigenen Vielvölkerstaat in seinem Inneren festigen. Es folgt ein Versuch, die Treue der Tschechen an ihr Herrscherhaus mit einer Reihe weiterer politischer Zugeständnissen zu stärken. Tschechische Vertreter und die österreichische Regierung erarbeiten 1871 ein Konzept für die Zukunft Böhmens und Mährens innerhalb der Monarchie, die sogenannten Fundamentalartikel. Sie sehen die grundsätzliche Anerkennung des über 400 Jahre alten Böhmischen Staatsrechts vor, dazu die Eigenständigkeit des böhmischen Landtags und einer

17 Weishar, S. 35

18 Einzige Ausnahme: Offiziere müssen im Heer Deutsch als Befehlssprache und in der Marine Italienisch sprechen und dazu eine weitere Landessprache beherrschen.

19 Dieses liberale Sprachenrecht wird nur einmal 1897 von der österreichischen Regierung unter dem polnischen Grafen Badeni aufgehoben. 1899 wird die entsprechende Badeni-Verordnung für ungültig erklärt.

noch zu schaffenden böhmischen Landesregierung. Die Fundamentalartikel sehen außerdem noch einmal die völlige Gleichstellung von Tschechen und Deutschen im Königreich der Böhmen vor. Der Versuch beginnt und endet bereits 1871, denn die Regeln und Bestimmungen der Fundamentalartikel gehen vielen österreichischen und tschechischen Politikern zu weit bzw. nicht weit genug und werden deshalb abgelehnt. Eine weitere Chance für den tschechisch-deutschen Ausgleich unter Habsburgs Krone ist vertan. Ein nächster Anlauf im Jahre 1890 scheitert ebenfalls.

In den Balkankrisen **zwischen 1909 und 1913** leidet Österreichs europäische Bedeutung noch einmal. Wien hängt inzwischen außenpolitisch weitgehend von deutscher Unterstützung ab. Je schwächer Österreichs Glanz und Stärke in Europa werden, desto stärker wird die innen- und außenpolitische Bedeutung der großen nichtdeutschen Völker unter der Herrschaft des Hauses Habsburg, der Tschechen und der Polen. Die Mehrheit aller Tschechen will nun nicht mehr nur Volksstamm im Sinne einer ethnisch-sprachlichen Gruppe in einem Vielvölker-staat sein, sondern eine eigene Nation im politischen und staatsrechtlichen Sinne. Die meisten Deutschböhmen dagegen versuchen, die unbeschränkte Kontrolle über ihre eigenen Siedlungsgebiete zu bewahren. Obwohl die Tschechen selbst noch unter Habsburgs Herrschaft stehen und Autonomie für sich verlangen, will ein Teil ihrer politischen Vertreter nun ihrerseits den Deutschen das gleiche Recht verwehren. Zwei unverträgliche Positionen.

**Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs** sind die Kräfte und Einflüsse der Tschechen in Österreich und im Ausland allerdings noch keineswegs gebündelt und klar auf das Ausscheiden aus dem Habsburger Staatsverband gerichtet. Letzteres ist noch nicht tschechischer Konsens. 1908 zum Beispiel legt der spätere Außenminister und Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Edvard Benes, seine Doktorarbeit zur Prüfung und Bewertung vor. Sie trägt den Titel „Das österreichische Problem und die tschechische Frage“. Benes, der ein paar Jahre später die Loslösung der Tschechei von Österreich mit Energie und List vertritt, fordert in seiner Disser-tation noch die Erhaltung Österreichs als Föderationsstaat.[20]

Für die Zukunft der Tschechen, der Slowaken und der Balkanvölker interessieren sich vor dem Kriege nicht nur die Betroffenen selbst. Je näher der Erste Weltkrieg rückt, desto intensiver kreisen die Gedanken der europäischen Regierungen um Bündnisse und mögliche Konstellationen, wobei die kleinen Staaten und die kleinen Völker Mittel- und Osteuropas lediglich als Schachfiguren dienen. Der englische Außenminister Grey analysiert schon 1909 die Lage für den nächsten

20 Jung, S. 58

Krieg so, dass die Konfliktlinien dann nicht mehr ausschließlich zwischen den Staaten und ihren Bündnissen verlaufen, sondern auch innerhalb der großen Reiche, zum Beispiel im deutsch-österreichisch-ungarischen Block zwischen den Slawen auf der einen Seite und den Deutschen und Ungarn auf der anderen Seite. Daraus entwickeln die Briten im Ersten Weltkrieg eine Strategie.[21]

## Im Ersten Weltkrieg

Schon vor dem Kriegsausbruch von **1914** spiegeln die internationalen Spannungen um Macht und Handelsfragen und die Krisen in Marokko, auf dem Balkan und im Fernen Osten wider, dass ein nächster Krieg ins Haus steht. Das beflügelt viele tschechische Nationalisten, sich ihre Chancen in und nach einem neuerlichen Kriege auszurechnen, falls Österreich darin verstrickt sein sollte. Zu Jahresanfang 1914, noch vor dem Attentat von Sarajewo, reisen tschechische Politiker nach Russland, um ihre Fühler auszustrecken. Der Führer der Nationalsozialistischen Partei der Tschechen Kloväc und der Vorsitzende des Sokol-Verbandes[22] Dr. Scheiner reisen nacheinander nach Sankt Petersburg und sprechen beim russischen Außenminister Sasonow vor, doch beiden macht der Russe keine Hoffnung.[23] Im Mai 1914 geht Kloväc noch erheblich weiter. Er legt dem russischen Botschafter in Wien einen Plan vor, wie Österreich-Ungarn nach einem Sieg der Russen aufgeteilt werden sollte. Kloväc empfiehlt den Russen dabei auch, einen tschechoslowakischen Staat in den historischen Grenzen des alten Königreiches Böhmen zu errichten, die Slowakei mit eingeschlossen. Im Juni 1914 übermittelt der tschechische Politiker Dr. Karel Kramar eine umfangreiche Denkschrift an Minister Sasonow. In ihr schlägt er ein „Allslawisches Großreich“ unter der Oberherrschaft des Zaren von Russland vor, dabei ein Königreich Böhmen unter dessen Führung. Die Schrift endet mit dem Vorschlag, das Deutsche Reich und die Doppelmonarchie von Österreich-Ungarn in Teile zu zerschlagen.[24] Die Denkschrift Kramars lässt erkennen, dass die Wünsche der Tschechen, die mit Österreich brechen wollen, noch nicht in eine gemeinsame Richtung laufen, ob in Richtung Monarchie oder Republik, ob in Richtung Selbstständigkeit oder einer neuen fremden Oberherrschaft - wenn diese dann panslawisch sein sollte. Dabei

21 Scheil, S. 96
22 Sokol [„Falke“] = nationalistischer Sport- und Wehrverband der Tschechen
23 Jung, S. 103
24 Die Denkschrift wurde am 5.7.1934 in der Zeitschrift *Närodni Osvobozeni* [Volksbefreiung] abgedruckt.

ist noch anzumerken, dass nicht alle Tschechen Österreich den Rücken kehren wollen. Das wird sich noch im Laufe des Krieges zeigen.

Am 28. Juli 1914 erklärt die Habsburger Regierung Serbien den Krieg. Schon eine Woche später stehen Österreich-Ungarn, Serbien, Russland, Deutschland, Großbritannien und Frankreich in einem Kriege, an dessen Ende die Grenzen in ganz Mittel-Osteuropa neu gezogen sein werden. Der Krieg kocht alle Dinge schneller und auch die Tschechenfrage bekommt nun ihre eigene Dynamik. Am 3. August bereits fordert der Oberbefehlshaber der russischen Armee in einen Aufruf alle Slawen Österreichs und Ungarns auf, sich gegen ihre „Unterdrücker“ zu erheben. Er verspricht den Tschechen die Unabhängigkeit in ihrer Heimat.[25] Tausende von Tschechen und Slowaken laufen in den nächsten Jahren zu den Russen über, wo sie sich in einer „Union der Tschechen und Slowaken in Russland“ zusammenschließen.[26] Auch die Exiltschechen und -Slowaken in den USA und in Westeuropa nutzen die plötzlich aufgetane Chance, Habsburg zu entkommen. Ein Prof. Dr. Tomas Masaryk, früher böhmischer Reichstagsabgeordneter in Wien, reist im Dezember 1914 ganz regulär ins Ausland aus und organisiert zusammen mit einem Prof. Dr. Edvard Benes, der **1915** ins Exil geht, und vielen anderen die Revolution der Auslandstschechen gegen ihre österreichische Regierung. Im Mai 1915 überreicht Prof. Masaryk dem englischen Außenminister Grey in London eine Denkschrift, in der er betont, dass die Voraussetzung des tschechischen Programms die Begrenzung und die Niederlage Deutschlands sei.[27] In dieser Schrift stellt Masaryk auch die Behauptung auf, die Slowaken seien Tschechen. So setzen die Auslandstschechen von vornherein auf Hochverrat statt auf weitere Versuche einer Einigung mit Wien, und sie beziehen die Slowaken in ihre Strategie mit ein.

25 Benoist-Mechin, Band VI, S. 14

26 Das führt zum Tschechisch-slowakischen Vereinigungsvertrag, vom 16.5.1915, der Deklaration von Moskau.

27 Benes, Band III, S. 137

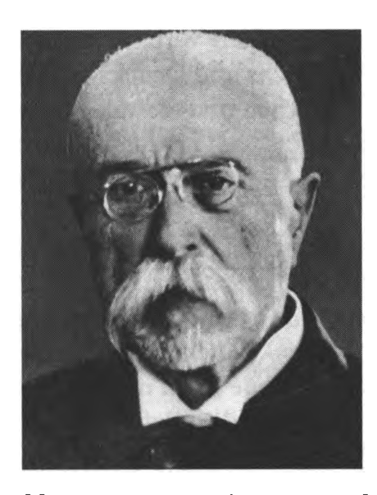


**Abb. 1: Tomas Garrigue Masaryk**

1915 werben die Professoren Masaryk und Benes im Ausland für einen gemeinsamen, neu zu schaffenden Staat der Tschechen und Slowaken außerhalb des Habsburger-Reichs. Auf Veranstaltungen von ins Exil gegangenen oder ausgewanderten Tschechen und Slowaken in Frankreich, Russland, England und den USA gelingt es beiden, eine Reihe von Abkommen und Absichtserklärungen unterzeichnen zu lassen, die die spätere Gründung einer Tschecho-Slowakei zum Ziel haben. Die Folge dieser Treffen und Beschlüsse beginnt im Januar-Februar 1915 mit einem Kongress in Paris,[28] setzt sich am 16. Mai mit der „Deklaration von Moskau" fort, erstreckt sich über die am 12. Oktober geschlossene „Vereinbarung über die Vereinigung ihrer Heimatländer" in Cleveland in Ohio (USA), und erreicht mit der Gründung des „Tschechischen Komitees" am 14. November 1915 am selben Tag in London und Paris[29] ihren ersten Höhepunkt. Die Exilslowaken, die sich hier beteiligen, stammen allerdings zumeist aus der protestantischen und städtischen Minderheit innerhalb des slowakischen Volkes, das ansonsten vor allem katholisch und bäuerlich geprägt ist. Exiltschechen und -Slowaken vereinbaren in Moskau, Cleveland, London und Paris, dass sich ihre Länder nach der Befreiung von österreichischer und ungarischer Herrschaft gleichberechtigt und in nationaler Selbstbestimmung in einen gemeinsamen Staat einbringen wollen. Die Slowaken sollen neben einer geplanten gemeinsamen Reichsversammlung ein eigenes Landesparlament und Selbstverwaltung in ihrem Landesteil erhalten. Außerdem soll das Slowakische im gemeinsamen Staate uneingeschränkt als Staatsprache gelten.

28 Benes, Zdenek, S. 39
29 Benoist-Mechin, Band VI, S. 12

Masaryk nutzt seine amerikanischen Verbindungen und Benes seine in Paris, um den Kriegsgegnern Österreichs und Deutschlands ihre tschechischen Visionen von einem Staat der Tschechen und Slowaken anzudienen. Sie stellen dabei sowohl ihre „historischen Ansprüche“ heraus als auch die Rolle, die dieser neue Staat in Zukunft als Begrenzung des deutschen Einflusses nach Osten spielen solle. Das Drängen der Tschechen trägt sowohl bei den Franzosen als auch bei den Briten Früchte. Während man in Paris vor allem die deutschen Truppen aus dem eigenen Land vertreiben will, setzt man in London auf den Grey-Gedanken, die Deutschen und die Slawen in Österreich-Ungarn gegeneinander aufzubringen und so den schwächeren Gegner - Österreich-Ungarn - als ersten zu besiegen.[30] Die Niederlage Deutschlands würde dann nur wenig später folgen müssen. Die Westalliierten nehmen folgerichtig die „Befreiung der Tschechoslowaken“ bald darauf in die Liste ihrer Kriegsziele auf.

Der Erste Weltkrieg dauert vier Jahre und bringt Frankreich **1915/16** an die Grenze seiner Fähigkeit, ihn durchzuhalten. Der Krieg verlangt auch von den Mittelmächten, Deutschland und Österreich-Ungarn, schwere Opfer. So nutzen die Regierungen in Berlin und Wien die Eroberung Rumäniens durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen als eine - wie sie meinen - günstige Gelegenheit, den Gegnermächten Russland, Großbritannien und Frankreich im Dezember 1916 einen Frieden anzubieten. Das Angebot ist allgemein gehalten und spricht von „Frieden und Aussöhnung“. Die Regierungen in London und Paris halten die Offerte für ein Zeichen, dass die Mittelmächte schwächer werden und antworten mit der Forderung nach „Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaft“[31].

Kurz darauf scheitert ein weiterer Versuch, Frieden für Europa zu vermitteln. US-Präsident Wilson lässt bei den kriegführenden Parteien fragen, unter welchen Bedingungen der Krieg beendet werden könnte. Großbritannien und Frankreich stellen für Deutschland und Österreich-Ungarn unannehmbare Bedingungen. In ihrer Antwortnote vom 12. Januar **1917** taucht zum ersten Mal die Forderung nach „der Befreiung der Tschechen und Slowaken von fremder Herrschaft“ auf. Nun zeigt sich ein Riss zwischen den Tschechen im Exil und denen in der Heimat. Während die Exiltschechen mit der Erweiterung der Kriegszielliste der Briten und Franzosen einen Etappensieg errungen haben, wehrt sich eine Gruppe von tschechischen Reichstagsabgeordneten in Wien mit Vehemenz gegen diese „unerbetene Intervention unserer Reichsfeinde“. Abgeordnete aus allen tschechischen Parteien senden eine schriftliche Erklärung an den österreichischen

30 Scheil, S. 96
31 Gebhardt, Band 18, S. 133

Ministerpräsidenten Graf Clam-Martinitz und an Außenminister Graf Czernin. Sie schreiben:

> „Angesichts der alliierten Antwort an Präsident Wilson, worin die Befreiung der Tschechen als ein Kriegsziel erwähnt ist, weisen wir diese Zumutung zurück, die auf ganz falschen Annahmen beruht. Wir erklären nachdrücklich, daß das tschechische Volk wie stets in der Vergangenheit überzeugt ist, daß ihm eine gedeihliche Entwicklung nur unter dem Zepter Habsburgs und in der habsburgischen Monarchie sicher ist.“

Ganz nebenbei, der österreichische Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz ist selbst Tscheche.

Bald darauf zerbricht auch in der Heimat die Front der habsburgtreuen Tschechen. Kaiser Karl I. versucht die Tschechen noch durch das Versprechen einer Neuordnung der Habsburg-Monarchie an Wien zu binden, doch er gesteht ihnen die geforderte Gleichstellung der „Wenzelskronenländer“ mit Ungarn noch nicht zu. Im Mai 1917 fordern dieselben Abgeordneten, die sich noch im Januar die „unerbetene Intervention der Reichsfeinde“ verbeten hatten, die Umwandlung der Monarchie in einen Bundesstaat freier gleichberechtigter Nationen.

Noch einmal zurück zu Wilsons Friedensbotschaft vom Dezember 1916: Deutschland geht 1917 nach seiner eigenen gerade erst gescheiterten Friedensinitiative von 1916 bedauerlicherweise nicht weiter auf die Botschaft Wilsons ein. Statt die Chance zu ergreifen und die Vermittlung Amerikas zu nutzen, riskiert es Deutschland, die USA in seinen U-Boot-Krieg mit England zu verwickeln. Das Verhältnis der USA zu Deutschland bekommt bald einen weiteren Dämpfer. Als Russland 1917 als besiegtes Land aus dem Kriege ausscheidet, ist die Möglichkeit eines Sieges der Mittelmächte nicht mehr völlig auszuschließen. Dies hätte Konsequenzen für die USA. England und Frankreich haben ihre Kriegskosten nach Verbrauch der eigenen Staatsfinanzen komplett durch amerikanische Banken finanzieren lassen. Bei einem Sieg Deutschlands und Österreich-Ungarns wäre die Kriegsfinanzierung Englands und Frankreichs zum verlorenen Kredit geworden und zulasten der Volkswirtschaft der USA gegangen. Die Aussicht, auf diese Weise zum finanziellen Verlierer eines fremden Kriegs zu werden, der uneingeschränkte U-Boot-Krieg der Deutschen und ein unvorsichtiger Versuch der Reichsregierung, Mexiko auf deutscher Seite in den Krieg zu ziehen,[32] bringen die amerikanische Regierung dazu, auf der Seite Großbritanniens und Frankreichs auch offiziell am Kriege teilzunehmen. Am 6. April 1917 erklärt Amerika

32 Binder, S. 96

dem Deutschen Reich den Krieg. Die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn folgt ein paar Tage später.

## Gegen Ende des Ersten Weltkriegs

### Die tschechische Absage an Habsburg

Im Januar **1918** halten die Armeen Deutschlands, Österreichs und Ungarns noch an allen Fronten, doch ihre Kräfte schwinden. Die der Gegner nehmen von nun an durch den Zustrom frischer amerikanischer Truppen ständig zu. Bis zum Oktober 1918 sind es 30 US-Divisionen,[33] die nach Europa kommen und hier den Krieg entscheiden werden. Deutschland und Österreich-Ungarn sowie die Türkei auf ihrer Seite haben keine Chance mehr, das Blatt zu wenden. Je schwächer Deutschland und Österreich-Ungarn wirtschaftlich und militärisch werden, desto schneller läuft die Uhr des Krieges ab. In Österreich und Ungarn kommt der allmähliche Verfall der Staaten in ihrem Inneren hinzu.

Am 6. Januar 1918 erteilen sämtliche tschechischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten mit der „Dreikönigsdeklaration“ allen früheren Föderationsentwürfen der österreichischen Regierung eine endgültige Absage. Die Deutschböhmen reagieren. Die Abgeordneten der 46 deutschsprachigen Wahlkreise beschließen, dass ihre Gebiete, streng getrennt von denen der tschechischen Bevölkerung, zu einer autonomen Provinz zusammengefasst werden sollen. Die Monarchie und ihr Vielvölkerstaat stehen damit kurz vor ihrem Ende. In diesen Zwist hinein platzt ein Angebot des amerikanischen Präsidenten Wilson. Am 8. Januar - die deutschen Truppen kämpfen noch immer unbesiegt in Belgien und Frankreich - schlägt Woodrow Wilson einen Friedensschluss zu harten, aber dennoch akzeptablen Bedingungen vor, die sogenannten „14 Punkte“. Für die weitere Entwicklung der Tschechen- und Sudetenfrage ist der 10. Punkt Wilsons bedeutsam, in dem der amerikanische Präsident „die freieste Möglichkeit zu einer autonomen Entwicklung“ für die Völker Österreich-Ungarns fordert. Da sowohl die Tschechen als auch die Sudetendeutschen diesen Punkt für sich in Anspruch nehmen können, ist mit ihm zunächst für Böhmens Zukunft nichts geklärt. Für Masaryk und Benes kann Punkt 10 jedoch bedeuten, dass die Amerikaner ihnen bei einem Friedensschluss mit Österreich nicht die Herrschaft über die Sudetenlande zugestehen werden. Da die 14 Punkte Wilsons den Einstieg zum Waffenstillstand und zu den späteren Friedensschlüssen darstellen, sollen sie auch erst im folgenden

33 Binder, S. 100

Abschnitt im Zusammenhang mit diesen abgehandelt werden. Zurück zu den Problemen Österreichs im Jahre 1918.

Kaiser Karl I. versucht, ein weiteres Mal, die Tschechen zu befrieden. Am 21. Mai 1918 erlässt er ein Dekret, nach dem sowohl die tschechischen Gebiete Böhmens, als auch die deutschen, ab Frühjahr 1919 in ihren Sprachregionen die volle Autonomie erhalten sollen. Danach soll Innerböhmen tschechisch und die Randregionen mit den Bezirken südliches Budweis, Eger, Leitmeritz, Reichenberg und Trautenau deutschböhmisch werden.[34] Die Inlandstschechen bilden daraufhin am 13. Juli in Prag ihren *Närodnt Vybor*, einen Nationalausschuss, der sich eilends vorbereitet, die selbstständige Verwaltung der tschechischen Gebiete in die eigene Hand zu nehmen. Mit diesem Versuch des Kaisers, die Tschechen für die Krone Österreichs zu erhalten, hätten die Tschechen zwar ihre lang ersehnte Autonomie im eigenen Sprachgebiet bekommen, aber die deutschen Randgebiete Böhmens nicht erhalten. Damit wäre der jahrelange Kampf der Exiltschechen gescheitert, die Herrschaft über das ganze Böhmen zu erringen. So haben die Inlandstschechen und ihr Prager Nationalausschuss die Rechnung ohne die Exiltschechen und ihren Nationalrat in Paris gemacht, als sie das Angebot Kaiser Karls I. akzeptieren. Masaryk und Benes verstärken sofort ihr Bemühen, von den westalliierten Mächten als einzige legale Regierung eines zukünftigen Staates der Tschechen und Slowaken anerkannt zu werden, was ihnen auch sofort gelingt. So ist auch dieser neuerliche Versuch Kaiser Karls gescheitert, seinem an der Kriegsfront schon geschwächten Österreich wenigstens an der „inneren Front“ etwas Festigkeit zu geben.

34 Benoist-Mechin, Band VI, S. 21

Karte 5




Aufteilung Böhmens nach dem
kaiserlichen Dekret vom 21. Mai 1918

### Das Pittsburg-Abkommen mit den Slowaken

Am 30. Mai 1918 gelingt es den Professoren Masaryk und Benes in den USA, eine Gruppe von Exilslowaken mit ins Boot zu holen. Die Vorstände der Tschechischen Nationalen Vereinigung in den USA, des Verbandes der Tschechischen Katholiken und der Slowakischen Liga schließen das Tschechisch-Slowakische Abkommen von Pittsburg. Die wichtigsten Passagen daraus lauten:

> „Wir billigen das politische Programm, das die Vereinigung der Tschechen und Slowaken in einem unabhängigen Staate, bestehend aus den Böhmischen Ländern und der Slowakei, anstrebt. Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung, ihr Parlament und ihre Gerichte haben. Die slowakische Sprache wird zur Amtssprache in Schulen, Behörden und im öffentlichen Leben überhaupt.“[35]

In Hoffnung auf eine Gleichberechtigung im angestrebten Staat binden sich die Slowaken für die nächsten 20 Jahre an die sprachverwandten Tschechen. Das Abkommen ist in seinem Symbolgehalt so etwas wie der Trauschein für die Ehe der Tschechen und Slowaken. Der Vertragstext wirkt allerdings nur auf den ersten Blick wie ein Abkommen zwischen zwei gleichberechtigten Partnern. Der zweite Blick verrät, dass hier nur den Slowaken ihre Rechte **zugestanden** werden. Diejenigen, die hier die Rechte zugestehen, sind die Tschechen. Ihre Rechte stehen offensichtlich jetzt schon außer Frage. Das Abkommen ist deshalb auch so etwas wie eine kleine „Magna Charta“ der Slowaken, mit der ihnen die zukünftigen Machthaber ihre unverbrüchlichen Rechte im Staate garantieren.

Mitte Juli 1918 scheitert in Frankreich die letzte große deutsche Offensive dieses Krieges. Engländer, Franzosen und US-Amerikaner treten erfolgreich zur Gegenoffensive an. Im August 1918 erleidet das deutsche Heer in Frankreich eine schwere Niederlage, und im September bricht die Front der Österreicher und Ungarn in Bulgarien zusammen. Damit gehen Österreichs und Ungarns Sterne unter, und die Sterne der Tschechen und Slowaken steigen auf. Was nun folgt, ist eine wirre Zeit. Die alliierten Amerikaner, Briten und Franzosen erkennen den Tschechischen Nationalausschuss als „kriegführend“ an. Damit sitzen die Tschechen von nun an auf der Siegerbank. Jetzt geht es Zug um Zug. Am 26. September bilden Masaryk als neuer Staatspräsident, Kramar als Ministerpräsident und Benes als Außen- und Innenminister mit ein paar weiteren Herren eine provisorische tschechoslowakische Regierung. Deutsche Reaktionen darauf kommen jetzt nicht mehr zum Zuge. In Wien beraten und verhandeln deutsche Stellen über die noch gegebenen Möglichkeiten eines militärischen Eingreifens für den Fall, dass die Tschechen Böhmen mit eigenen Truppen übernehmen. Schon beim Zusammenbruch des Zarenreiches und der russischen Armee hatte sich 1917 eine „Tschechische Legion“ aus tschechischen Überläufern und Kriegsgefangenen gebildet.[36] Die Legion ist mittlerweile in Russland etwa 50.000 Mann stark, und sie hat sich dem Nationalrat in Paris und Masaryk als tschechischem „Diktator“ unterstellt. Diese Tschechen kämpfen 1918 zwar noch in Russland auf der weißen Seite gegen die Rote Armee der Bolschewisten. Doch auch tschechische

35 ODSUN-Dokumente, S. 483
36 Masaryk, S. 215 ff.

Regimenter der österreichischen Armee gehen nun auf Masaryks und Benes' Seite über. Bald gibt es Tschechische Legionen auch in Frankreich und Italien. So liegt es in der Luft, dass Tschechentruppen demnächst in Böhmen und Mähren einmarschieren werden.

### Das Scranton-Abkommen mit den Ruthenen

Ein weiterer staatspolitischer Erfolg gelingt den Exiltschechen am 3. Oktober 1918 in Scranton (USA). Sie schließen mit einer Gruppe von Exilruthenen mit dem Namen „Vereinigung Heimatstätte", zu der allerdings auch Ukrainer und Galizier gehören, einen Anschlussvertrag für die Karpato-Ukraine. Ein solcher Anschluss würde die Gebiete der Tschechen und Slowaken nach Osten um eine Landbrücke bis Rumänien verlängern. Der Schönheitsfehler dabei ist, dass niemand aus der Karpato-Ukraine die Exilruthenen zu diesem Schritt ermächtigt hat, und die Ruthenen in der Heimat werden zu ihrem Anschluss an die Tschechoslowakei von den Exilruthenen auch nicht befragt. Das Gebiet, die Karpato-Ukraine, gehörte nach der Sprach- und Volkszugehörigkeit eigentlich an die seit Februar 1918 selbstständige Ukraine angegliedert, aber die Regierung der Ukraine hat mit Österreich und Deutschland einen Friedensvertrag geschlossen. Sie kann in der Karpato-Ukraine deshalb jetzt nicht tätig werden.

Es folgen noch einmal zwei vergebliche Versuche des Kaisers Karl von Österreich, die Tschechen von ihrem Abfall abzubringen. Er lädt tschechische Abgeordnete zum 12. Oktober zu sich nach Baden bei Wien zu Verständigungsgesprächen ein. Die Tschechen stellen Kaiser Karl I. drei Forderungen, die er nicht akzeptiert: Sie verlangen die sofortige Einsetzung einer tschechischen Nationalregierung, weiterhin die Teilnahme an der anstehenden Friedenskonferenz und drittens die Verlegung aller tschechischen Regimenter nach Böhmen und Mähren und zugleich den Abzug der österreichischen und ungarischen von dort. Vier Tage später, am 16. Oktober erlässt Kaiser Karl I. ein Manifest an seine Untertanen, mit dem er den Tschechen weit entgegenkommt. Die wesentliche Stelle der Erklärung lautet:

> „Österreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaat werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. [...] Diese Neugestaltung soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbstständigkeit gewährleisten."[37]

37 Jung, S. 190

Mit der Erklärung entspricht der Kaiser zwar der 10. Wilson-Forderung, doch er signalisiert den Tschechen auch, dass er nur bereit ist, ihnen **ihr** Siedlungsgebiet zu überlassen, nicht aber die Gebiete, in denen mehrheitlich die Deutschböhmen und Deutschmährer leben.

## Die Völker gehen auseinander

Am 15. Oktober 1918 - noch herrscht weitere drei Wochen Krieg - erkennt die französische Regierung die Tschechoslowakei als unabhängigen Staat an. Und tschechische Eisenbahner leiten Züge mit Lebensmitteln und Kohle für die deutschsprachigen Industriegebiete Böhmens und für die hungernde Bevölkerung des Großraums Wien nach Prag um. Das alte Reich von Habsburg besteht nur noch auf dem Papier. Am 18. Oktober proklamieren Tschechen und Franzosen in Paris die Gründung einer unabhängigen Tschechoslowakei. Am selben Tage verkünden Tschechen in den USA die „Unabhängigkeitserklärung der tschechoslowakischen Nation“[38]. Auch die Deutschösterreicher lösen sich jetzt aus der Monarchie und dem Vielvölkerstaat. Am 21. Oktober kommen die deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten in Wien zur ersten „Provisorischen Nationalversammlung“ zusammen, um sich politisch neu zu ordnen. Sie beschließen eine Gesetzesvorlage für ihre zukünftige Regierung, in der es heißt:

> „Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. [...] Deutschösterreich ist Bestandteil der deutschen Republik.“

Die Abgeordneten gehen nach dem von Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker ganz selbstverständlich davon aus, dass in Zukunft alle Gebiete Altösterreichs mit mehrheitlich deutschsprachiger Bevölkerung zu Deutschösterreich gehören, also auch Teile Böhmens, Mährens und Südtirols. Sie können damals noch nicht ahnen, dass das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker nur ein Lockruf ihrer Kriegsgegner war und kein für alle Völker gleichermaßen geltendes Prinzip.

Die letzten Oktobertage werden turbulent. Am 28. Oktober rufen tschechische Politiker in Prag die Tschechoslowakei als Republik und souveränen Staat aus. Der tschechische Nationalausschuss in Prag übernimmt damit die Gewalt in einem Land, dessen Teilgebiete Slowakei und Karpato-Ukraine staatsrechtlich noch unter fremder Herrschaft stehen und dessen Grenzen ungewiss sind. Die sudetendeutschen Abgeordneten Nordböhmens reagieren unverzüglich und treffen sich am 29. und 30. Oktober in Wien zu einer Landesversammlung, auf der sie

38 Auch Washington-Deklaration genannt. Siehe Benes, Zdenek, S. 39

die von ihnen vertretenen Bezirke mit einer zu 94 Prozent deutschsprachigen Bevölkerung zur „Provinz Deutschböhmen“ und zu einem Teil Deutschösterreichs erklären. Die dortigen Bürgermeister und Bezirkshauptleute[39] werden sofort auf die Republik Deutschösterreich vereidigt. Und die Provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs schickt noch am 30. Oktober ein Protestschreiben an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Sie teilt ihm und den anderen Siegermächten mit, dass die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für die Deutschen in Böhmen und Mähren unweigerlich zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen der Tschechoslowakei und Österreich führen müsse. Schließlich könne ein „dauerhafter Frieden in Europa [...] nicht dadurch begründet werden, dass in dem neuen tschecho-slowakischen Staat eine deutsche *Irredenta*[40] geschaffen“ werde. Das neu gegründete Österreich beanspruche ohnehin nur die Hoheit über die Gebiete, in denen die Deutschen tatsächlich die Mehrheit der Bevölkerung stellen.[41] Die Volksvertreter Restösterreichs fordern eine Volksabstimmung für die deutschböhmischen und die deutschmährischen Gebiete unter der Kontrolle von neutralen Staaten. Die Siegerstaaten reagieren darauf nicht. Noch sind es drei Tage bis zum Waffenstillstand. Am 31. Oktober 1918 entbindet Kaiser Karl I. die habsburgischen Soldaten von ihrem Diensteid und erlaubt ihnen, in die Armeen der Nachfolgestaaten einzutreten. Von nun an sind die Sudetendeutschen faktisch ohne Schutzmacht und sich selber überlassen.

Der November ist nicht ruhiger. Zwei und drei Tage nach den Deutschen in Nordböhmen ergreifen auch die Deutschen in Nordmähren und in Österreichisch-Schlesien, die Deutschen des Böhmerwaldgaus in Südböhmen und die Deutsch-Südmährer die Initiative und schließen sich Deutschösterreich an. Im Böhmerwaldgau bilden die Deutschen eine Mehrheit von 96 Prozent der Bevölkerung und in Deutsch-Südmähren mit der Hauptstadt Znaim eine von 93 Prozent, desgleichen in Nordmähren.[42] So ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Randgebieten der Tschechei auf der Seite der Sudetendeutschen, nicht aber die Gewalt der Waffen. Dieses letzte Aufbegehren der österreichischen und sudetendeutschen Volksvertreter fällt mit den Waffenstillstandsverhandlungen Österreichs und der Siegerstaaten zusammen, und die Tschechen sitzen längst mit auf der Siegerbank. Die Drohung der Provisorischen Nationalversammlung mit Krieg zwischen Österreich und der Tschechoslowakei ist so abschreckend

39 Landräte

40 Unabhängigkeitsbewegung, die den Anschluss abgetrennter Gebiete an das Mutterland anstrebt

41 Lill, S. 45

42 Lill, S. 45 f., Fußnoten 8-11

wie die geballte Faust des Sterbenskranken. Sie ist eher ein Fluch, der 20 Jahre später wahr wird.

### Die tschechische Eroberung der Sudetenlande

Inzwischen sind die Regierungschefs und Oberbefehlshaber der Westalliierten in Paris versammelt, um die Waffenstillstandsbedingungen festzulegen, die sie den Deutschen, den Österreichern und den Ungarn auferlegen wollen. Benes ist auch dieses Mal zur rechten Zeit am richtigen Ort. Am 1. November 1918 fordert er die Siegermächte auf, die deutschen Randgebiete Böhmens militärisch zu besetzen. Als die Siegermächte das nach zweimaliger Aufforderung nicht tun, unterstellt Benes seine Tschechentruppen dem Oberkommandierenden der französischen Armee, sodass Deutsche in der neuen Tschechoslowakei nach dem bald folgenden Waffenstillstand keinen bewaffneten Widerstand mehr gegen Tschechen leisten dürfen. Am 3. November schließen Österreich und Ungarn Waffenstillstand mit den Siegermächten. Nun kommt noch hinzu, dass Tausende von Böhmen- und Mährendeutschen erst einmal in Kriegsgefangenschaft verbleiben müssen, während voll bewaffnete tschechische Regimenter mit Genehmigung der Siegermächte in die Tschechei marschieren dürfen. So wird die erst im Entstehen begriffene Tschechei sofort zur Militärmacht, während die Sudetendeutschen ohne jeden Schutz dastehen.

Ein paar Versuche sudetendeutscher Politiker, mit den neuen Herren im Lande zu verhandeln, scheitern. Als am Tage nach dem Waffenstillstand, dem 4. November, Vertreter der Böhmendeutschen auf der „Burg“[43] in Prag vorsprechen, entgegnet ihnen der frischgebackene tschechische Finanzminister Rasln: „Das Selbstbestimmungsrecht ist eine schöne Phrase. Jetzt aber, da die Entente gesiegt hat, entscheidet die Gewalt.“[44] Ansonsten lässt Rasin die Deutschen wissen, dass es für ihn überhaupt keine Böhmendeutschen gäbe, sondern nur einen rebellierenden Volksteil, mit dem er unter keinen Umständen in Verhandlungen eintreten werde. Am gleichen Tag, dem 4., darf Minister Benes erstmals als Vertreter einer „kriegführenden“ Macht als gleichberechtigtes Mitglied an den Beratungen des Obersten Alliierten Rats der Siegermächte teilnehmen. Er fordert, die Feindseligkeiten noch nicht mit einem Waffenstillstand zu beenden und schlägt vor, Deutschland zuvor bis zum Rhein hin zu erobern, um die Deutschen die Schwere ihrer Niederlage spüren zu lassen. Es ist Frankreichs Marschall Foch, der Benes bremst und eine Fortsetzung der Leiden der Soldaten beider Seiten ablehnt.[45]

43 Der tschechische Regierungssitz in Prag
44 Lill.S. 49
45 Benoist-Mechin, Band VI, Fußnote zu S. 20

Nun will die neue tschechische Regierung Fakten zu ihren eigenen Gunsten schaffen, ehe die Siegermächte es sich doch noch anders überlegen. Ab dem 5. November lässt sie tschechische Truppenteile, tschechische Polizei und Freiwilligengruppen des national-tschechischen Wehrsportverbandes Sokol die überwiegend deutsch bevölkerten Randgebiete Böhmens und Mährens sowie die deutschen Sprachinseln im Landesinneren besetzen. Am 7. protestiert die noch immer existierende deutsch-böhmische Regierung erstmals gegen die Besetzung der deutschböhmischen Bezirke durch die Tschechen. Am 8. erfolgt ein Protest der österreichischen Regierung. Die österreichischen Randgebiete Böhmens und Mährens sind ja noch immer nicht vertraglich den Tschechen zugesprochen worden. Am 9. November dankt der deutsche Kaiser ab, und das Deutsche Reich wird Republik. Am 11. November schließt Deutschland seinen Waffenstillstand, und es folgt die Zeit der Wirren, die Deutschland für ein paar Jahre lähmen werden. Später folgt der Versailler Vertrag, der auch von Deutschland Landesteile abtrennt. So ist an deutsche Hilfe für die Böhmen-, Mähren- und Karpatendeutschen über zwei Jahrzehnte nicht zu denken.

Ab der Besetzung der Sudetenlande durch die Tschechen gilt kein altes Staats- und Kommunalrecht mehr, ab sofort zählt in den sudetendeutschen Gebieten nur noch die tschechische Gewalt. Deutsche Beamte werden vielerorts zum Diensteid auf die Tschechoslowakei gezwungen. Die Tschechen beginnen unverzüglich damit, junge deutsche Männer für ihr Heer zu mustern. Tschechische Verbände setzen bis zum Ende Januar 1919 ihren „Feldzug“ durch die sudetendeutschen Randgebiete fort. Sie übernehmen Kasernen, Polizei- und Poststationen, Grenz- und Knotenbahnhöfe, und sie plündern zum Teil die knappen Nahrungsmittel und die Habseligkeiten der Bevölkerung. Die noch in Böhmen, Mähren und der Slowakei verbliebenen ungarischen und österreichischen Truppen ziehen sich zum Teil von dort zurück, zum Teil lösen sie sich einfach auf und gehen auseinander.

## Die Kämpfe um die Slowakei

In St. Martin am Flüsschen Turz in der Slowakei tritt am 30. Oktober ein Slowakischer Nationalrat zusammen und verabschiedet die „Deklaration von St. Martin am Turz“[46]. In ihr erklären sich die anwesenden slowakischen Politiker zum „Teil einer sprachlich einheitlichen tschechoslowakischen Nation“[47]. Im Pittsburg-Abkommen vom Mai des gleichen Jahres war das „Slowakische“ noch als Amtssprache in Schulen, Behörden und im öffentlichen Leben zugesichert worden.

46 Auf Slowakisch: *Turciansky Sväty Martin*
47 Jung, S. 74

Am gleichen Tage wie die tschechische Eroberung der Sudetenlande beginnt auch der erste Einmarsch tschechischer Soldaten in die Slowakei. Vom 5. November 1918 an versuchen tschechische Truppen, die Slowakei, einschließlich der südlichen, rein ungarisch bewohnten Landesteile, zu besetzen. Dabei kommt es zu Kämpfen und zu Plündereien. Ungarn fasst den Vormarsch der Tschechen als einen Angriff auf sein Staatsgebiet auf und entsendet eigene Truppen, die die Tschechen bis zum 18. November wieder aus der Slowakei vertreiben. Nun ergreift Frankreich für kurze Zeit Partei für Ungarn. Bereits am 13. schließen die Franzosen zusätzlich zum Waffenstillstand vom 3. November noch einmal ein separates Abkommen - die Belgrader Konvention - mit den Ungarn. Die Konvention sieht vor, dass Ungarn die Slowakei zunächst weiterhin verwaltet. Die Belgrader Konvention ist damit ein schwerer Rückschlag für den Aufbau der gerade erst entstehenden Tschechoslowakei. Doch Benes nutzt sofort seine französischen Verbindungen. Er hat Erfolg. Die Pariser Regierung widerruft bereits am 27. November die Klausel in der Konvention, die den vorläufigen Verbleib der Slowakei bei Ungarn vorgesehen hat. Nun versuchen tschechische Truppen ein zweites Mal, die Slowakei zu annektieren, doch das ist wieder mühsam. Erst am 1. Januar 1919 gelingt es ihnen, die slowakische Hauptstadt Preßburg - auf Slowakisch Bratislava - einzunehmen. Eine neuerliche, dritte Offensive der Tschechen ab dem 21. März löst eine kommunistische Revolution in Ungarn aus. Gut einen Monat später nutzen die Tschechen die momentane Schwäche des ungarischen Staates. Am 27. April greifen sie das ungarische Kernland an. Die ungarische Armee schlägt bald zurück und treibt die tschechischen Truppen ab dem 20. Mai nicht nur außer Landes, sondern bis zum 11. Juni fast an den Nordrand der Slowakei. Damit sind die Tschechen binnen eines halben Jahres zum zweiten Male aus der Slowakei vertrieben. Das Schicksal der Tschechoslowakei hängt nun, wie auch später oft in der Geschichte, am seidenen Faden der Interessen Frankreichs. Am 15. Juni stellt die Regierung in Paris der ungarischen in Budapest ein Ultimatum, nach dem die Ungarn die Slowakei an die Tschechen und Slowaken übergeben müssen. Am 24. Juli 1919 können die Tschechen und Slowaken endlich die Slowakei als ihren zweiten Landesteil in die Tschechoslowakei eingliedern. Doch in Wirklichkeit sind nun die Tschechen und nicht die Slowaken die neuen Herren in der Slowakei. Dieses Thema wird sich wie ein roter Faden durch die weiteren Buchkapitel ziehen.

## Österreichs Abschied von den Sudetendeutschen

In Österreich schreiben die mit der Ausarbeitung einer neuen Staatsverfassung beauftragten Parlamentarier bei ihrer ersten Arbeitssitzung am 12. November 1918 die schon am 21. Oktober formulierten Sätze in die Verfassung:

> „Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt. Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“[48]

Gut eine Woche später, am 21.November, erhebt die österreichische Nationalversammlung noch einmal den Anspruch, alle Deutschen aus dem alten Habsburger-Reich zu vertreten:

> „Der deutsch-österreichische Staat beansprucht Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern.“[49]

Im neuen Deutschen Reich hegt die Politik die gleichen Wünsche. Am 6. Februar 1919 schließt der Abgeordnete Scheidemann (SPD) seine Eröffnungsrede zur konstituierenden Sitzung der Weimarer Nationalversammlung mit einem Appell an „die Brüder in Böhmen und Österreich“. Er beendet seine Rede mit den Worten:

> „Möge die Zeit nahe sein, da unsere österreichischen Brüder ihren Platz in der großen deutschen Volksgemeinschaft wieder einnehmen werden.“

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage Österreichs macht das Bekenntnis der Wiener Parlamentarier zu den verlorenen Söhnen und Töchtern in der Tschechoslowakei schon bald zur reinen Farce. Noch während die Siegermächte in Paris über Österreichs neue Grenzen unterhandeln, nutzen die Tschechen ihr komfortables wirtschaftliches Erbe und die Importabhängigkeit Restösterreichs dazu aus, die Bevölkerung Österreichs auszuhungern und in der Sudetenfrage weichzukochen. Der in Wien akkreditierte Schweizer Gesandte Bourcart berichtet am 14. Dezember nach Bern an die Regierung, dass die Tschechen ganz offensichtlich das Ziel verfolgen, „durch Hunger und Kälte die Österreicher zum Nachgeben zu zwingen“. Dort aber gelte „ein solcher Rückzug als Verrat an ihren deutschen Brüdern Böhmens“. Unterdessen könne Wien zugrundegehen.[50] Die

48 IMT. Verhandlungen, Band XV, S. 666
49 IMT. Verhandlungen, Band XV, S. 666
50 Lill, S. 48, Fußnote 19

Blockade Restösterreichs durch die Tschechoslowakei führt tatsächlich im Winter 1918 bis 1919 zu einer dramatischen Verschärfung der dortigen Versorgungslage. So ist die Wiener Regierung trotz aller Differenzen um die Zukunft der Sudetenlande gezwungen, zeitgleich zu allen eigenen Protesten nach Paris und Prag, mit den Tschechen über Wirtschaftsfragen zu verhandeln.

Schon während tschechische Soldaten und Milizionäre im November 1918 mit Gewalt die Sudetenlande annektieren, nimmt Wien als Bittsteller Verhandlungen mit Prag auf, um die lebenswichtigen Kohle-, Treibstoff- und Nahrungsmittellieferungen, insbesondere Zucker aus Böhmen und aus Schlesien zu erhalten. Am 11. Dezember 1918 schließen Prag und Wien einen ersten „Kohlevertrag", der Österreich eine tägliche Versorgung mit 500 Eisenbahnwaggons voll Kohle garantieren soll.[51] Der Pferdefuß ist die Bezahlung. Die österreichische Regierung muss dafür die Auslieferung des gesamten österreichischen Donau-Schiffsparks zusichern und die Kohle zu 100 Prozent mit Demobilisierungsgütern der altösterreichischen Armee bezahlen, also mit Waffen und Armeegerät. Der Vertrag rettet Restösterreich direkt vor dem wirtschaftlichen Kollaps und „verkauft" dafür indirekt die Deutschböhmen und Deutschmährer. Die Tschechen aber mauern im wahrsten Sinne des Wortes. Tschechoslowakische Grenzbehörden unterbinden die Durchfahrt von Kohlezügen aus Oberschlesien nach Wien. Die vereinbarten Zuckerlieferungen aus der Tschechei werden demonstrativ schleppend abgefertigt, und die Tschechen weigern sich, bei Gegengeschäften in gleicher Währung zu bezahlen. Die Wirtschaftssanktionen der Tschechoslowakei gegen das nun notleidende Österreich erzeugen Kritik in Frankreich, England und Amerika. Die verantwortlichen Politiker in Prag streiten allerdings jeden Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Österreich und der laufenden gewaltsamen Besetzung der Sudetenlande ab. Sie rechtfertigen ihre Lieferrückstände mit einem Mangel an Eisenbahnwaggons, zu geringen Kohlefördermengen und einem ebenfalls mit Polen geschlossenen Kohlelieferungsvertrag.

Eine gleichzeitige Hungersnot in den Sudetenlanden steht der in Österreich um nichts nach. Selbst nach dem Anschluss der Sudetengebiete beliefern die Tschechen ihre deutschsprachigen Neubürger so knapp mit Lebensmitteln, dass die Kindersterblichkeit bei diesen weiterhin dramatisch zunimmt. Ausländische Beobachter berichten darüber mit Entsetzen. So meldet der US-amerikanische Diplomat Hugh Gibson am 1. Februar 1919 nach vierwöchiger Reise durch die Tschechoslowakei an seine Vorgesetzten, dass

51 Lill, S. 54, Fußnote 41

> „die Lebensmittelversorgung mit einem solchen Ausmaß an Diskriminierung vorgenommen wird, dass die Todesfälle infolge Unterernährung geradezu fürchterlich sind“[52].

Sein britischer Kollege Harold Nicolson berichtet mit einem Brief vom 25. Februar aus den deutschsprachigen Gebieten, dass

> „etwa 20 Prozent der Kinder dort tot geboren werden und 40 Prozent ihre ersten fünf Lebensmonate nicht überleben“[53].

In Berlin versucht eine private Initiative angesehener Bürger mit einem Zeitungsaufruf im Juli 1919 Spenden für die Deutschen in Böhmen aufzutreiben.[54] Da heißt es:

> „Aus dem Erzgebirge, das die Tschechen annektiert haben, dringt ein furchtbarer Schrei. Tausende deutscher Kinder verhungern [....] Neutrale Reisende stellen fest, daß die meisten Kinder nicht von Brot, sondern von Kräutern leben oder von verfaulten Rüben und wurmigem Sauerkraut.“

Der Aufruf erfolgt in einer Zeit, in der die Deutschen selber Hunger leiden.

### Ein tschechisches Blutbad

Der Trennungsschmerz der Sudetendeutschen ist nicht nur akademisch-patriotisch, er ist auch mit viel Blut getränkt. In Österreich sind für den 16. Februar **1919** Wahlen angesetzt, die ersten zur Nationalversammlung der neuen Republik. Noch gehören Böhmen und Mähren staatsrechtlich zu Österreich. Als die Sudetendeutschen die Nationalratswahlen für ihre Bezirke vorbereiten wollen, schreitet tschechisches Militär dagegen ein. Am 4. März demonstrieren daraufhin Zehntausende von Sudetendeutschen friedlich in ihren Städten und Dörfern gegen die Missachtung ihres Wahl- und Selbstbestimmungsrechts. Tschechisches Militär schießt auf die Demonstrantenmengen. 54 Tote - darunter 20 Frauen - und ein paar Hundert verletzte Sudetendeutsche kostet dieser Sieg der Tschechen über ihre deutsche Minderheit. Dieser Akt der tschechischen Staatsgewalt bleibt den Deutschen in der Tschechoslowakei bis 1938 unvergessen, zumal ihm 1919 noch weitere Bluttaten folgen - wenn auch in geringerem Umfang.

52 Badenheuer, S. 44
53 Ebenda
54 Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören u. a. Gerhart Hauptmann, Elly Heuss-Knapp und Max Liebermann.



**Abb. 2: Gemeinschaftsgrab der Toten vom 4. März in Kaaden**

Ein tschechisches Geschichtsbuch beschreibt dieses Vorgehen des tschechischen Militärs wie folgt:

> „Der sezessionistische Aufruhr auf dem tschechischen und mährisch-schlesischen Territorium wurde relativ leicht mit wirtschaftlichen und schwachen militärischen Mitteln noch 1918 unterdrückt, was von der nur geringen Begeisterung der gewöhnlichen Sudetendeutschen zeugt. Somit wurde die tschechoslowakische Staatsverwaltung auf dem gesamten Territorium der historischen Böhmischen Länder installiert. [...] Zu Angriffen auf tschechoslowakische Organe und zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam es nicht nur im Dezember 1918 z. B. in Teplice/Teplitz, sondern auch bei der Aufnahme der Tätigkeit des österreichischen Parlaments im März 1919. Damals wurden fünfzig deutsche Demonstranten erschossen.“[55]

55 Benes, Zdenek, S. 55

Dieses Geschichtsbuch mit dem Titel „Geschichte verstehen“ ist im Jahre 2002 im Auftrag des Kultusministeriums der Tschechischen Republik zur Lehrerweiterbildung herausgegeben worden.

### Österreichisch-deutscher Vereinigungsversuch

Am 2. März 1919 versammelt sich in Wien die erste Nachkriegsnationalversammlung zur Eröffnungssitzung. Fast einstimmig - mit Ausnahme einer Handvoll Monarchisten - beschließen die Abgeordneten aus allen vertretenen Parteien, Österreich als Bestandteil Deutschlands anzusehen. Damit wird der Beschluss der Verfassunggebenden Versammlung vom 21. November 1918, der Deutsch-Österreich zu einem Teil der Deutschen Republik erklärt, Gesetz. Noch am gleichen Tage, dem 2. März, unterzeichnen der österreichische Abgeordnete Otto Bauer und der deutsche Außenminister Graf von Brockdorff-Rantzau einen Staatsvertrag zum Anschluss Österreichs an die neue Deutsche Republik. Doch die Siegermächte schieben dieser Art von Selbstbestimmungsrecht der Völker gleich den Riegel vor. Als die österreichische Friedensdelegation in Saint-Germain eintrifft, wird ihr sofort eröffnet, dass es der Republik Österreich verboten ist, sich Deutschland anzuschließen, und dass das besiegte Österreich sich nicht „Deutsch-Österreich“ nennen darf.

Das Hin und Her der letzten Monate für die Sudeten- und die Karpatendeutschen sowie die Ungarn findet erst mit der Rechtswirksamkeit der Verträge von Saint-Germain und Trianon ein vorläufiges Ende.[56] Von da an sind die Grenzen des von den Tschechen und den Siegern neu geschaffenen Vielvölkerstaats vertraglich für knapp zwei Jahrzehnte endgültig geregelt. Der Übergang vom alten Zustand Böhmens, Mährens und der Slowakei in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn zu dem, was nun die Tschechoslowakei ist, ist sowohl das Ergebnis verweigerter Reformen in Altösterreich und in Altungarn als auch das Resultat rechtswidriger tschechischer Gewalt.

Schon vor den Verhandlungen von Saint-Germain zerbricht damit die uralte multinationale Gemeinschaft in Böhmen und Mähren. Das ist nach den Hussitenkriegen und dem Prager Strafgericht der dritte große Bruch in dieser Landschaft. Die Inbesitznahme der Siedlungsgebiete mit deutscher Bevölkerungsmehrheit durch die Tschechen in der Zeit vom November 1918 bis Januar 1919

56 Die Friedensverträge waren erst rechtswirksam, nachdem sie von den Parlamenten der besiegten Staaten und der drei großen Siegermächte ratifiziert, von den jeweiligen Staatsoberhäuptern unterzeichnet und so im französischen Außenministerium hinterlegt worden waren.

- beruft sich mit dem Böhmischen Staatsrecht auf ein vor 400 Jahren erloschenes lokales Recht, welches das Staatsgebiet noch nach ererbten Territorien bestimmte,
- sie geschieht gegen den ausdrücklichen Willen der betroffenen Bevölkerung,
- sie bricht das inzwischen international proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker

und

- ist noch durch keinen Siegerspruch und entsprechenden Vertrag gedeckt.

Kurzum, die Inbesitznahme der Sudetenlande durch die Tschechen 1919 beruht alleine auf dem Recht des zu der Zeit Stärkeren. Die Sudetendeutschen registrieren, dass es die Tschechen sind - und noch nicht die Siegermächte -, die sie mit Gewalt und Rücksichtslosigkeit erobern. So trifft die Ablehnung seitens der Sudetendeutschen in der Zeit danach die Tschechen mehr noch als die Sieger. Die Sudetendeutschen müssen auch feststellen, dass ihnen das nur widerfahren konnte, weil Österreich, ihr Staat, im Moment zu schwach war, sie zu schützen. So liegt es auf der Hand, dass viele Deutschböhmen und Deutschmährer die spätere, schon 1919 beschlossene Vereinigung Österreichs mit Deutschland 1938 mit Sympathie und Hoffnungen betrachten.

## Rund um die Siegerkonferenzen

In der Neuzeit war es bis zum Ersten Weltkrieg üblich, dass kriegführende Parteien am Ende eines Krieges zwischen Waffenstillstand und dem Friedensschluss Verhandlungen über die Kriegsgewinne und -Verluste und die neue Friedensordnung führten. Diesmal ist das anders: Die Sieger und Besiegten verhandeln bis zum Waffenstillstand, danach verhandeln nur noch die Siegermächte unter sich.

### Wilsons 14 Punkte

Anfang 1918 gibt der amerikanische Präsident Woodrow Wilson - wie schon erwähnt - den ersten Anstoß für eine Friedenslösung, die alle Kriegsparteien akzeptieren könnten. Er schlägt einen Frieden mit 14 Regelungen vor, den berühmten „14 Punkten“. Anschließend einigen sich die deutsche und die amerikanische Regierung in vier Notenwechseln darauf, dass die 14 Punkte für beide Seiten bindend sein werden. Die amerikanische Regierung konsultiert zwar auch die französische und die britische Regierung, doch beide legen sich gegenüber

Wilson nicht auf dessen 14 Punkte fest. Die deutsche Regierung konsultiert ihrerseits die österreichische und die ungarische. Deutsche, Österreicher und Ungarn rechnen folglich mit einem harten, aber akzeptablen Frieden auf der Grundlage von Wilsons 14 Punkten. Nun die Einzelheiten:

Am 8. Januar hält der US-Präsident vor dem Kongress eine Rede, in der er seinen 14-Punkte-Vorschlag für einen Friedensschluss entwickelt. Acht der vierzehn Punkte haben für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn gleichermaßen besondere Bedeutung. Es sind dies

1. die Abschaffung der Geheimdiplomatie,
2. und 3. [...]
4. zukünftige Rüstungsbeschränkungen,
5. die Regelung der kolonialen Ansprüche der Westalliierten Mächte, also der Entente,
6. die Räumung Russlands durch die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn,
7. und 8. [...]
9. die Anpassung der italienischen Staatsgrenzen an die Volkstumsgrenzen,
10. die freieste Möglichkeit für die Völker Österreich-Ungarns zu autonomer Entwicklung,
11. und 12 [...]
13. die Errichtung eines unabhängigen Polen mit einem freien und sicheren Zugang zur Ostsee und
14. die Gründung eines Völkerbunds.[57]

Sein Vorschlag endet mit den Sätzen:

> „Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe und es ist nichts in diesem Programm, das sie verringert. [...] Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluss oder seine Macht zu hemmen. [...] Wir wollen Deutschland nicht bekämpfen, weder mit Waffen noch mit feindlichen Handelsmethoden, wenn es bereit ist, sich uns und den anderen friedliebenden Nationen in Verträgen der Gerechtigkeit, des Rechts und der Fairness anzuschließen. Wir wünschen nur, dass Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft.“[58]

In einer weiteren Rede vor dem Kongress am 11. Februar ergänzt Wilson, dass es bei einem Friedensschluss keine territorialen Entschädigungen und Annexionen

57 PAAA, Akten Krieg 1914, R 21923, Blätter 12-14
58 Wilson Papers, S. 538 f.

gegen den Willen der beteiligten Bevölkerungen geben soll. Er schließt ausdrücklich Regelungen aus, „die mit der Zeit den Frieden Europas und somit der Welt stören werden“[59]. So hart diese Friedensbedingungen auch in manchen Punkten sind, sie fußen auf dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, zu denen Wilson in derselben Rede ein überzeugendes Bekenntnis ablegt, als er sagt:

> „Das Selbstbestimmungsrecht ist nicht eine bloße Phrase, es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner künftig nur auf eigene Gefahr mißachten dürfen.“[60]

Die Friedensbedingungen lassen insbesondere mit Wilsons Zusatz: „keine Annexionen gegen den Willen der beteiligten Völker“ für die Sudetendeutschen in den mehrheitlich deutsch besiedelten Gebieten Böhmens und Mährens nichts befürchten.

## Deutsch-amerikanische Waffenstillstandsverhandlungen

Als sich die strategische Lage des Deutschen Reiches von August 1918 an dramatisch verschlechtert, und die Lage Österreich-Ungarns im September ganz unhaltbar wird, fordert die deutsche Oberste Heeresleitung die Reichsregierung am 19. September und danach noch mehrmals dringend auf, Waffenstillstandsverhandlungen mit den Gegnerstaaten aufzunehmen. Die Reichsregierung und die Heeresleitung lassen sich durch Wilsons moderate 14 Punkte verleiten, auf annehmbare Friedensbedingungen zu hoffen. Am 3. Oktober senden die Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Türkei ihre Waffenstillstandsangebote auf der Grundlage der 14 Punkte an den US-Präsidenten Woodrow Wilson, in dem sie den Sprecher ihrer Gegnermächte sehen.

Am 10. Oktober kommt die Antwort. Wilson bietet zunächst noch keine Waffenruhe. Er fragt zurück, ob mit diesem deutschen Angebot seine 14 Friedenspunkte angenommen seien. Er wolle - so schreibt Wilson weiter - den verbündeten Regierungen einen Waffenstillstand vorschlagen, verlange dafür aber, dass die deutschen Truppen vorher die besetzten belgischen und französischen Gebiete räumen. Dies sei - so Wilson - die Voraussetzung für ein anschließendes „gutes Vertrauensverhältnis“[61]. Nach dieser Wilson-Antwort kann die deutsche Reichsregierung davon ausgehen, dass die 14 Punkte Basis eines Friedensschlusses

59 PAAA, R 21923, Blatt 14
60 Lansing, S. 72
61 Note der US-Regierung vom 8.10.1918: PAAA, Geheime Akten Krieg 1914, R 21872, Blätter 35 und 36

werden sollen. Sie kann außerdem bei Abzug aller Truppen aus den besetzten Gebieten auf ein „gutes Vertrauensverhältnis“ hoffen. Dennoch ist ein Waffenstillstand von der Gegenseite damit noch nicht zugesichert. Die Reichsregierung vertraut jedoch auf Wilsons Angebot, zieht ihre Truppen aus Frankreich und aus Belgien ab und beginnt, sie in der Heimat aufzulösen. Diesem ersten Notenaustausch zwischen der US-Regierung und der deutschen Reichsregierung folgen bis zum November drei weitere, in denen Wilson stets zusätzliche Forderungen nachschiebt, und Deutschland immer neue Konzessionen macht.

Wilson sagt in seiner Note vom 5. November 1918, vier Tage vor Beginn der offiziellen Waffenstillstandsverhandlungen, *expressis verbis* zu, dass die Alliierten auf der Basis der 14 Punkte Frieden schließen wollen. Das kommt völkerrechtlich einem Friedensvorvertrag gleich, der nun durch einen endgültigen Vertrag in Form gegossen werden müsste. Am 9. November 1918 beginnen die Waffenstillstandsverhandlungen im Wald von Compiegne nordöstlich von Paris. Verhandlungsführer auf Seiten der Entente ist nun der Franzose Marschall Foch und nicht mehr der Amerikaner Wilson. Auch Österreich, Ungarn, die Türkei und Bulgarien schließen Waffenstillstand mit den Siegern. In Berlin beginnt die Revolution und im Habsburger-Reich gehen die Völker ihre eigenen Wege. So sind die Verhandlungspositionen der Besiegten denkbar schlecht geworden. Die Delegierten der Entente halten sich nicht an Wilsons 14 Punkte und legen neue Forderungen nach. Die deutsche und die österreichische Delegation können jetzt nicht mehr damit drohen, die Kämpfe wieder aufzunehmen. So bleibt ihnen nur übrig, die erweiterten Forderungen der Gegner für den Waffenstillstand hinzunehmen.

### Österreichische „Verhandlungen“

Am 18. Januar 1919 beginnen die sogenannten Friedenskonferenzen von Versailles, Saint-Germain und Trianon bei Paris.[62] Hier beraten allein die Außenminister der 27 Siegerstaaten. Den Vorsitz führt der französische Ministerpräsident Clemenceau. Die Sieger unter sich verhandeln einzig und allein über ihre Kriegsziele, also über die Verteilung ihrer Beute. Die Vertreter Deutschlands werden trotz des Wilson-Briefes vom 23. Oktober nicht zu den Gesprächen zugelassen. Österreichs Staatskanzler Dr. Karl Renner trifft mit seiner Delegation am 14. Mai in Paris ein. Auch er hat erst einmal für drei Wochen keinen Zutritt zu den Delegationen der Siegermächte, geschweige denn, dass einer der Außenminister von Frankreich, Großbritannien oder den USA Kanzler Renner als den Regierungschef eines

62 Trianon steht im Folgenden für das Palais Grand Trianon in Versailles, wo die Ungarn 1920 einen Friedensvertrag unterschreiben werden.

souveränen Staats empfängt. Kanzler Renner merkt schnell, dass diese Demütigung nur das Vorzeichen eines schlimmen „Friedens“ ist. Als ihn die Sieger am 2. Juni 1919 endlich in das Schloss von Saint-Germain bestellen, darf er nur die Friedensbedingungen entgegennehmen, die in Wirklichkeit nichts anderes als die Aufforderung zu einer bedingungslosen Kapitulation darstellen. Renner darf darüber nicht verhandeln. Ihm wird nur zugestanden, innerhalb ganz kurzer Fristen schriftliche Vorschläge einzureichen. Dr. Renner und die Mitglieder der österreichischen Delegation sind empört und tief enttäuscht. Nichts von Wilsons Zusagen ist eingehalten worden. Am 15. Juni sendet Dr. Renner eine Note an die Siegerkonferenz, mit der er gegen die Abtretung so vieler deutschösterreichischer Landesteile protestiert. Darin heißt es unter anderem:

> „Die alliierten Mächte sind bezüglich der Bevölkerung der genannten Gebiete und aller Deutsch-Österreicher im Begriff, ein klar zutage liegendes Unrecht zu begehen, sowie das tschechoslowakische Volk zu einer abenteuerlichen und äußerst gefährlichen Politik zu verleiten. [...] Die Mächte würden auf diese Weise im Zentrum Europas einen Herd des Bürgerkrieges schaffen, dessen Glut für die ganze Welt und ihren sozialen Aufschwung noch gefährlicher werden könnte, als es die ständigen Gärungen auf dem Balkan waren. [...]
>
> Sie proklamieren einerseits das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker und sprechen auf der anderen Seite das politische Todesurteil über eine Bevölkerung, welche zahlreicher ist, als jene von Norwegen oder Dänemark. Wie könnte ein Volk jemals dieses grausame und unerhörte Vorgehen vergessen. Niemals würde die unterworfene Nation diese Herrschaft ertragen können.“[63]

Dr. Renners Note sagt schon fast prophetisch, womit dieser sogenannte Friede einmal enden wird. Er schlägt in einem dieser Note beigefügtem Memorandum vor, in den deutschen Gebieten gemeindeweise eine Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle abzuhalten. Dennoch wird Österreichs Anspruch auf die deutschen Bezirke Böhmens und Mährens rigoros zurückgewiesen.

Wilson bricht sein noch am 11. Februar vor dem Kongress gegebenes Versprechen, dass es bei einem Friedensschluss keine territorialen Entschädigungen und Annexionen gegen den Willen der beteiligten Bevölkerungen geben solle. Grundlage des Vertrags von Saint-Germain sind nicht - wie einmal angenommen - die 14 Punkte Wilsons. Grundlage ist nun allein der Siegerwille, die alte Großmacht Habsburg für immer auszuschalten und sie in viele kleine Staaten zu zerlegen. Die dabei vorgeschobene Absicht, die Völker Habsburgs zu befreien, wird nur so weit verwirklicht, wie es der Zerschlagung Österreich-Ungarns dient.

63 Benoist-Mechin, Band VI, S. 37

Das alte Reich der Habsburger wird auf ein Sechstel seines früheren Staatsgebiets zurückgeschnitten. Dabei gehen Böhmen, Mähren, die Slowakei und die Karpato-Ukraine im Bestand der neuen Tschechoslowakei auf. Und Österreich muss für alle Zeit auf einen Anschluss an die neue Deutsche Republik verzichten. Das Diktat fällt, verglichen mit den europäischen Friedensverträgen des 19. Jahrhunderts, ungewöhnlich hart aus. Um dem Ausmaß ihrer Land- und Reparationsforderungen den Anschein von Berechtigung zu geben, sind sich die Sieger nicht zu schade, Deutschland, Österreich und Ungarn die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuzuschreiben.

## Tschechische Verhandlungen

Schon ein Jahr, bevor die Siegermächte in Paris zusammenkommen, um über die Besiegten zu verhandeln, setzt Masaryk bei Wilson an, um dessen 14 Punkte im Sinn der Tschechen zu verändern. Prof. Masaryk gelingt es, Präsident Wilson davon abzubringen, dass sein 10. Punkt in Bezug auf die autonome Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns auch für die Deutschsprachigen in Böhmen und Mähren gelten soll. Als die österreichische Regierung kurz darauf die 14 Punkte akzeptiert und dies Präsident Wilson mitteilt, antwortet dieser dem österreichischen Außenminister Graf Andrässy, dass seit der Veröffentlichung der 14 Punkte Ereignisse von höchster Bedeutung eingetreten seien, die die Haltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten geändert hätten. Er, der Präsident, sei nicht mehr in der Lage, die bloße Autonomie der Völker als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen.[64]

Während die Siegermächte in Saint-Germain und Trianon ab Januar 1919 unter sich verhandeln, versuchen die kleinen Völker Mittel-Osteuropas in Paris Gehör zu finden und ihre Wünsche vorzubringen. Aus der späteren Tschechoslowakei sind das im Wesentlichen zwei getrennte Gruppen, die nicht zusammenpassen, die Exiltschechen um die Professoren Masaryk und Benes und die Heimatslowaken um Andrej Hlinka und Adalbert (Vojtech) Tuka. Masaryks Mühen und Kontakte sind schon angesprochen. Er bemüht sich auch weiterhin, den Delegationen der Siegermächte in Paris ein ganz bestimmtes Bild von Böhmen zu suggerieren. Am 12. Januar, sechs Tage vor dem ersten Konferenztag, sagt Masaryk den inzwischen angereisten Delegierten in einem Interview im *Le Matin,* wie sie sich Böhmen vorzustellen haben:

> „Unsere geschichtlichen Grenzen stimmen mit den ethnographischen Grenzen ziemlich überein. Nur die Nord- und Westränder des böhmischen Vierecks haben

64 Benoist-Mechin, Band VI, S. 23

> infolge der starken Zuwanderung des letzten Jahrhunderts eine deutsche Mehrheit. Für diese Fremden wird man vielleicht einen gewissen Modus vivendi schaffen. [...] Im übrigen bin ich davon überzeugt, dass eine sehr rasche Entgermanisierung dieser Gebiete vor sich gehen wird.“

Damit unterschlägt Masaryk sieben der acht Jahrhunderte deutscher Siedlungsgeschichte in der Tschechei, und er spricht unverhohlen aus, wie er sich zu der Zeit die Minderheitenpolitik in seinem neuen Staate vorstellt. Er beabsichtigt eine Entgermanisierung der deutschsprachigen Gebiete.

Benes unterlegt seine persönlichen Gesprächsbemühungen sehr wirkungsvoll mit einem knappen Dutzend ausführlicher Denkschriften. In diesen Schriften stellt er die tschechische Sicht der zu lösenden Probleme und seine Wünsche dazu dar. Er nennt diese in französischer Sprache verfassten Noten *Memoires*. Elf davon sind überliefert.

Im *Memoire* I beschreibt Benes die Rolle der Slawen und Germanen und erdichtet die Geschichte einer Tschechoslowakei seit anno 620. Zu jener Zeit herrschte ein Franke, der König Samo, über die Wenden im Raum der heutigen Tschechei und über die Sorben in der Lausitz. Benes vereinnahmt Samo als ersten Regenten der Tschechen, und er lässt den Faden dieser Geschichte in Mehrjahrhundertsprüngen mit Einzeldaten aus der Kirchengeschichte und der Literatur Böhmens über die Zeit der Böhmenkönige, die ja zum Teil auch deutsche Könige und Kaiser waren, bis in die Neuzeit laufen.[65] Seit dem Dreißigjährigen Krieg nennt er die Tschechen einfach Tschechoslowaken. Mit dieser 1300-jährigen Geschichte und der Einbeziehung der Slowaken versucht Benes, bei den Lesern seines *Memoires* den Eindruck zu erwecken, das Gebiet der heutigen Tschechen und Slowaken sei ein historisch gewachsener, aber untergegangener Staat, der nun mithilfe der Siegermächte wiederauferstehen sollte.

Benes’ Schilderung der Slawen und Germanen gipfelt darin, dass er die Deutschen einmal als die Erbfeinde der Tschechen und ein andermal als die Todfeinde der Tschechoslowaken bezeichnet.[66] So verschleiert Benes, dass die Tschechen und Slowaken noch bis vor Kurzem zu Hunderttausenden als Soldaten auf der Seite Habsburgs kämpften und mit dem tschechischen Grafen Clam-Martinitz sogar den habsburgischen Ministerpräsidenten stellten. Benes suggeriert, dass die Tschechen und Slowaken eigentlich schon immer geschlossen dem Lager der Siegermächte angehören.

65 Gordon, Seiten 110 ff
66 Gordon, Seiten 118 und 121

Im *Memoire* II befasst sich Benes mit den „territorialen Forderungen der Tschechoslowakischen Republik“[67]. Im Punkt 3 des *Memoires* II schreibt er, dass die Slowakei „den Tschechen vor mehreren Jahrhunderten mit Gewalt entrissen, künstlich von Böhmen getrennt wurde und jetzt [...] auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zurückverlangt wird“[68]. Benes spekuliert hier offensichtlich auf die Unkenntnis der Amerikaner, Briten und Franzosen über die slowakische Geschichte. In dem *Memoire* stellt Benes einen seitenlangen Katalog von weiteren Forderungen auf, die er nicht nur historisch oder ethnografisch zu rechtfertigen versucht. Zu großen Teilen begründet er sie mit der seiner Meinung nach erforderlichen Entmachtung Deutschlands, Österreichs und Ungarns. So beansprucht er die bis dahin ungarische Karpato-Ukraine, die deutsche Lausitz, Grenzgebiete in Schlesien und in Niederösterreich, das Teschener Industriegebiet und einen Landkorridor zwischen Österreich und Ungarn hindurch von der zukünftigen Tschechoslowakei bis nach Jugoslawien, um den Einfluss der Deutschen auf den Balkan für alle Zeit zu unterbinden.

Das *Memoire* III trägt die Überschrift „Das Problem der Deutschen in Böhmen“[69]. Es ist das für die Zukunft der Sudetendeutschen bemerkenswerteste *Memoire*. Prof. Benes beginnt mit der Feststellung, dass die „mehr als drei Millionen Deutschen“ und „die Gebiete, wo diese Bevölkerung siedelt“ innerhalb des Gebiets der Tschechoslowakei verbleiben müssen, obgleich sich die Tschechoslowaken selbst auf das „große Prinzip des Rechts der Völker“ berufen, ihr Schicksal selber zu bestimmen. Das ist - wie schon bemerkt - die Sicht der Tschechen. Die drei Millionen Deutschen sehen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verständlicherweise anders, doch die Deutschböhmen, die zwar in Kanzler Renners österreichischer Delegation vertreten sind, werden nicht, wie Benes, in Saint-Germain zum Vortrag ihrer Sicht der Dinge vorgelassen. Im *Memoire* III behauptet Benes außerdem, dass die Zahl der Sudetendeutschen um 800.000 Köpfe geringer sei, als bei der letzten Volkszählung ermittelt. Da in Böhmen und Mähren nicht einmal doppelt so viele Tschechen wie Sudetendeutsche leben, sind die Bevölkerungsstärken für die Zukunft Böhmens von erheblicher Bedeutung. Außerdem schreibt Benes, dass es kein zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet gebe und „fast keine wirklich deutschen Bezirke“. Die Sudetendeutschen lebten in Böhmen als drei räumlich getrennte Gruppen ohne genügende territoriale Verbindungen zueinander und ohne gemeinsame wirtschaftliche Interessen. Benes folgert, dass die Deutschen deshalb weder eine autonome Provinz innerhalb der Tschechoslo-

67 Gordon, S. 122-149
68 Gordon, S. 122
69 Gordon, S. 150-164

wakei bilden, noch Deutsch-Österreich oder Deutschland angegliedert werden könnten. Die Abhandlung schließt mit der bemerkenswerten Aussage, dass es in Böhmen keine sudetendeutsche Volksbewegung gebe, die berechtigt sei, sich auf das Rechtsprinzip der Selbstbestimmung zu berufen.[70]

Das alles prägt die Vorstellungen der Sieger im Jahre 1919 von der Zukunft einer neuen Tschechoslowakei. Doch diese Fehlinformationen Benes' zu den Siedlungsräumen und den Bevölkerungszahlen der Sudetendeutschen und deren Recht auf eine selbstbestimmte Zukunft werden die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens der tschechoslowakischen Regierung vor der Konferenz von München 1938 als Rechnung präsentieren.

Nachdem Benes sich solcher Art bemüht hat, das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Sudetendeutschen auszuhebeln, legt er in seinem Memoire III noch wirtschaftliche, militärische und historische Begründungen für seine Forderungen nach. Er betont den Reichtum der mehrheitlich von Deutschen besiedelten Randgebiete Böhmens an Bodenschätzen und an Industrie sowie an militärstrategischer Bedeutung als „Gürtel natürlicher Festungen" für die zukünftige Tschechoslowakei. Hier geht es auf einmal nicht mehr um das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Bevölkerung, sondern um wirtschaftliche und strategische Interessen. Die Punkte 5 und 6 des *Memoire* behandeln die Rolle der Deutschböhmen und Deutschmährer in ihrem Siedlungsraum. Benes beschreibt sie als in Wirklichkeit nicht dorthin gehörend. *„Les Allemands de Boheme ne sont que des colons"*, zu Deutsch: „Die Deutschen Böhmens sind nur Kolonisten." Trotz dieser vielen Einlassungen verspricht Benes den Siegermächten zu Ende seiner Denkschrift, den „Deutschen alle Rechte zu geben, die ihnen zukommen. [...] Die Deutschen werden in Böhmen alle Rechte haben wie die Tschechoslowaken" und „Die deutsche Sprache wird die zweite Landessprache sein."[71]

Benes fügt der Denkschrift noch ein Versprechen hinzu, das er später in einem Ergänzungsschreiben zum *Memoire* III wie eine Beschwörungsformel zweimal wiederholt. Er schreibt zu seinem zukünftigen Staate: *„Le regime serait semblable a celui de la Suisse."* - „Das politische System wird jenem der Schweiz ähnlich sein." Die Ergänzungsnote vom 20. Mai 1919 beginnt mit der nochmaligen Zusage:

> „Die tschechoslowakische Regierung hat die Absicht, ihren Staat so zu organisieren, daß sie als Grundlage der Nationalitätenrechte die Grundsätze annimmt, die in der Verfassung der Schweizer Republik zur Geltung gebracht sind. D. h. sie will aus der Tschechoslowakischen Republik eine bestimmte Art Schweiz machen."[72]

70 Gordon, S. 163
71 Gordon, S. 160
72 Jung, S. 226

Diese Note endet mit dem Satz:

> „Es wird dies im Ganzen ein sehr liberales Regime sein, welches sich erheblich dem schweizerischen Regime annähern wird.“

Um zu belegen, wie sehr die Randgebiete Böhmens vom Verbund mit Innerböhmen abhängen, entfährt Benes im *Memoire* III noch ein eigenartiges Geständnis:

> „Während des jetzigen Krieges hat sich der Widerstand der Tschechen gegen die Deutschen vor allem in der Weigerung der tschechischen Bevölkerung geoffenbart, die deutschen Bewohner der deutschen Gebiete Böhmens zu verpflegen, die darunter entsetzlich litten, weil sie weder von Deutschland noch vom alten Österreich etwas bekommen konnten.“[73]

Das was Prof. Benes hier als Vergangenheit beschreibt, bleibt der Stil der Tschechen gegenüber ihren sudetendeutschen Landsleuten auch in der Zeit der Tschechoslowakei.

Die anderen *Memoires* befassen sich mit den tschechischen Ansprüchen auf die Slowakei, die Wenden in der deutschen Lausitz, das Hultschiner Ländchen, das Teschener Kohle- und Industrierevier, das südliche Oberschlesien und auf eine praktische Lösung für die Zukunft der Karpato-Ukraine. Hier macht Benes keinen Anspruch geltend, hier schlägt er nur den Anschluss an die Tschechoslowakei vor. Die Zukunft wird bald zeigen, dass die Überzeugungsarbeit von Masaryk und Benes bei den Amerikanern und Franzosen in Saint-Germain und Trianon reichlich Früchte trägt.

Bemerkenswert an Benes' Argumenten ist, dass er sie dreht und wendet, wie er sie gerade braucht, und dass die Siegermächte seinen Logiksprüngen folgen. Im Falle der Tschechei fordert Benes die Beibehaltung der historischen Grenzen der Länder der „böhmischen Krone“. Dabei verletzt er das Selbstbestimmungsrecht der Völker und erntet damit über drei Millionen Deutschösterreicher für die Tschechoslowakei. Im Falle der Slowakei fordert er mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker das genaue Gegenteil und erntet damit zwei Millionen Slowaken, aber er verletzt die historischen Rechte der „ungarischen Stephanskrone“. Auch sonst argumentiert Benes wie ein gewiefter Rechtsanwalt. Mal beruft er sich auf die tschechische Kultur, wenn die betroffene Bevölkerung polnisch oder deutsch spricht, mal schreibt er über die Beliebtheit der Tschechen bei den Deutschen

73 Gordon, S. 154

und den Juden, mal führt er Jahrhunderte alte, aber längst erloschene Rechte der Tschechen und Slowaken an, mal argumentiert er mit einer militärisch günstigen Grenzziehung, auch wenn die dort lebende Bevölkerung nicht tschechisch ist, mal erklärt er einen Landgewinn als unumgänglich, weil er für die Tschechoslowakei gänzlich unverzichtbar sei, mal bezeichnet er frühere Volkszählungszahlen als gefälscht, wenn er damit eine Bevölkerungsmehrheit der Tschechen belegen will und mal droht er mit der Gefahr des Bolschewismus, dem pangermanischen Militarismus, der „vernichtenden“ deutschen Wirtschaftskonkurrenz oder der ungarischen Unterdrückung. Er dreht jeden Sachverhalt so, dass er für eine maximale Ausdehnung der künftigen Tschechoslowakei spricht, auch wenn sich die Prinzipien seiner Argumente laufend widersprechen. Auch den Empfängern dieser *Memoires*, den Siegermächten, geht es hier nicht um Prinzipien. Ihnen geht es um die Zerschlagung Österreich-Ungarns.

Noch heute sehen die Tschechen die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker in der Rückschau recht pragmatisch. Das bereits erwähnte tschechische Geschichtsbuch aus dem Jahre 2002 bewertet die damalige Selbstbestimmungsfrage rein machtpolitisch. Hier liest man:

> „Die Deutschen stellten dagegen die Frage (und manche, u. a. auch Sudetendeutsche stellen sie bis heute), wieso man die Kategorie der Selbstbestimmung im Falle der kleinen Nationen verwendete und sie, die Deutschen, an der Vereinigung als Ausdruck der Selbstbestimmung gehindert wurden? [...] Der Gedanke der Selbstbestimmung ist im Prinzip sicher richtig. Nicht immer muß er jedoch bis „zur Abtrennung“ führen und nicht immer läßt er sich auch - insbesondere in diesem Sinne - verwirklichen.“

Nach weiteren Argumenten, die sich auf den Krieg und die Niederlage der Österreicher und der Deutschen beziehen, wird für die Sudetendeutschen dann befunden:

> „Das war ihr .Strafzettel“ für den Krieg und daran konnte man nichts ändern.“[74]

## Slowakische Verhandlungsversuche

Eine andere Gruppe, die 1919 in Paris versucht, die Interessen ihrer Landsleute bei den Siegermächten vorzutragen, sind Slowaken aus der Heimat, angeführt vom Vorsitzenden der Slowakischen Volkspartei, Andrej Hlinka. Hlinka, ein katholischer Geistlicher, steht den zu 71 Prozent katholischen Slowaken näher als die überwiegend protestantische Slowakische Liga, die in den USA vor einem

74 Benes, Zdenek, S. 50

Jahr, am 30. Mai 1918, den Vereinigungsvertrag mit den Exiltschechen um Prof. Masaryk geschlossen hat. Und er steht der Mehrheit seiner Landsleute wohl auch näher als die Teilnehmer an der Gründungsversammlung zum Slowakischen Nationalrat, die am 30. Oktober 1918 in ihrer „Deklaration von St. Martin am Turz“ verkündet haben, dass die „Slowaken einen Teil der einheitlich tschecho-slowakischen Nation“ bilden.

Hlinka tritt für die größtmögliche Selbstständigkeit der Slowakei und ihre Loslösung vom Staat der Ungarn ein. Als er erfährt, dass die Tschechen in Paris dabei sind, die Slowaken ohne Volksbefragung in ihren neuen Staat einzubeziehen, reist er im September 1919 mit einer Delegation nach Frankreich. Doch da stellt Benes schon seit Januar die Weichen. Hlinka will die Siegermächte bitten, in seiner Heimat eine Volksabstimmung über die Zukunft der Slowaken abzuhalten. Er will eine eigene Denkschrift überreichen, in der er eines feststellt und daran zwei Forderungen anschließt:

1. Die Slowaken und die Tschechen sind nicht ein Volk; die Slowaken stellen vielmehr ein selbstständiges Volk dar.
2. Die Slowaken fordern eine Volksabstimmung. Der soeben entstehende Staat kann nicht mit dem Hinweis auf seine ethnografische Grundlage gebildet werden.
3. Die Mindestforderung besteht in der Anerkennung der Slowaken als einer nationalen Minderheit unter Zuerkennung der völligen Autonomie.[75]

Die tschechische Delegation in Paris fürchtet eine solche Volksabstimmung, und sie sorgt offensichtlich mithilfe ihrer französischen Verbindungen dafür, dass Hlinka in Paris nicht vorgelassen wird und dass die Siegerdelegationen Hlinkas Denkschrift niemals zu Gesicht bekommen. Hlinka wird samt seiner Delegation aus Frankreich ausgewiesen, angeblich, weil deren polnische Pässe nicht gelten. Kaum zu Hause angekommen, wird der Slowake Hlinka am 12. Oktober 1919 von tschechischen Soldaten in der Slowakei festgenommen, in die Tschechei nach Mähren überführt und dort ohne ein Gerichtsurteil als Hochverräter eingesperrt. Nicht nur der Vorgang in Paris ist eigenartig, auch die Verhaftung Hlinkas durch tschechische Soldaten in der Slowakei ist ein klarer Rechtsbruch, denn die Slowakei wird erst ein Dreivierteljahr danach Bestandteil der Tschechoslowakei, nämlich am 4. Juni 1920. Auch die Verbringung Hlinkas aus der Slowakei auf tschechisches Gebiet und seine Inhaftierung ohne Anklage und Gerichtsverfahren geben einen Vorgeschmack auf den späteren Umgang der Tschechen mit den Slowaken.

75 Jung, S. 70

Noch ein anderer Slowake ist erwähnenswert, der Astronom und General Milan Stefänik. Er wirbt zunächst in Italien und Frankreich für eine unabhängige Slowakei, ehe er sich dem Konzept des gemeinsamen Staates von Tschechen und Slowaken anschließt. Stefänik bleibt, wie Hlinka, ein entschiedener Verfechter der Autonomie der Slowakei, er vertritt die völlige Gleichberechtigung der Slowaken mit den Tschechen. Es kommt infolgedessen zu harten Auseinandersetzungen zwischen Stefänik und Benes. General Stefänik stirbt am 4. Mai 1919 bei einem Landeanflug auf den Flugplatz Vajnory bei Preßburg, als seine Maschine eine Kaserne in geringer Höhe überfliegt. Soldaten schießen sein Flugzeug mit Salvenfeuer ab.[76] Ob die tschechischen Soldaten den General abgeschossen haben, weil sie die italienischen Hoheitsabzeichen am Flugzeug mit den ähnlichen ungarischen verwechselt haben oder ob es ein bestellter politischer Mord gewesen ist, um den unbequemen Slowaken auszuschalten, ist bis heute ungeklärt.[77]

## Ein ruthenischer Verhandlungsvorschlag

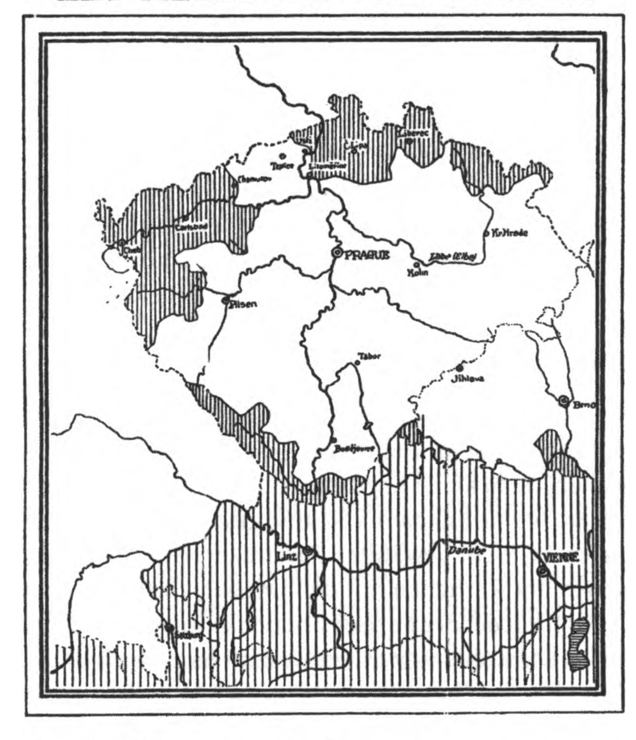
Die Exiltschechen haben zwar am 3. Oktober 1918 ein Anschlussabkommen mit einer Gruppe von Exilruthenen in Scranton (USA) geschlossen, doch auch diese haben, wie die Exilslowaken, dazu keine Legitimation durch die Volksvertreter in der Heimat vorzuweisen. In der Karpato-Ukraine gibt es drei regionale Bezirksräte[78] und seit Dezember 1918 ein gewähltes Parlament, den *Soym,* der für ein weiteres Zusammengehen der Ruthenen mit den Ungarn eintritt. Dieses Votum wird der britischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz mit der Bitte übermittelt, den Wunsch in der Konferenz mit zu verhandeln. Doch dieser Wunsch kommt nicht zum Zuge. Der Einfluss der amerikanischen Exilruthenen und der tschechischen Delegierten in Paris wiegt offensichtlich schwerer.

## Die Verträge von Saint-Germain und Trianon

Den beiden Vertragsabschlüssen geht ein Ringen um die Grenzen der neuen Tschechoslowakei voraus. Es sind in diesem Fall allein die Sieger, die auf ihrer Konferenz nach einer Lösung suchen. Die davon betroffenen Völker werden nicht gefragt. Die Tschechei hat mit den Ländern Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien territorial klar umrissene historische Grenzen. Doch die sind keine Völkergrenzen. So entsprechen diese historischen Grenzen auch nicht dem jetzt allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker. Da darf es auch nicht wundern, dass in Paris recht unterschiedliche Vorstellungen und Forderungen

76 Krystlfk, S 70 f
77 Wikipedia zu Milan Rastislav Stefänik
78 Die „Nationalräte“ in Uzgorod, Chust und Presov

gegeneinander abgewogen werden müssen. Zuerst liegt Benes’ *Memoire* III auf dem Tisch, dem eine Karte der deutschen Siedlungsgebiete angeheftet ist.




**Dokument 1: Benes’ Karte der Sudetengebiete**

Sie engt den sudetendeutschen Siedlungsraum stark ein und unterbricht ihn an drei Stellen. Benes untermauert damit seine Ansicht, dass die Sudetendeutschen kein geschlossenes Gebiet besiedeln. Als Zweites liegt ein Vorschlag des englischen Premierministers Lloyd George vor. Der Engländer weist daraufhin, dass das Egerland historisch nicht zum Böhmerland gehört und dass dort mehrheitlich Sudetendeutsche leben. Lloyd George schlägt Prof. Benes deshalb vor, das Egerland von Böhmen abzutrennen und Deutschland anzugliedern. Benes lehnt den Vorschlag mit Empörung ab und wird dabei vom Premierminister Frankreichs unterstützt. Als Drittes liegt der amerikanischen Delegation ein Gutachten ihres Sonderberaters, Prof. Coolidge, vor, der schreibt:

> „Würde man den Tschechoslowaken das ganze Gebiet zuerkennen, das sie beanspruchen, so wäre das nicht nur eine Ungerechtigkeit gegenüber vielen Millionen Menschen, die nicht unter tschechische Herrschaft gelangen wollen, sondern es wäre auch für die Zukunft des neuen Staates gefährlich und vielleicht verhängnisvoll. Mag auch im vergangenen November in deutschen Kreisen aus wirtschaftlichen Gründen eine gewisse Bereitschaft bestanden haben, eine politische Gemeinschaft mit den Tschechen aufrechtzuerhalten, so ist sie heute so gut wie verschwunden.“

Coolidge macht den Vorschlag,
- im Süden die Grenze Österreichs bis zur ethnischen Grenze vorzuverlegen und
- im Westen den Bezirk Eger, so es die Bevölkerung wünscht, Bayern anzuschließen.
- Im „Fall des großen, reichen Nordböhmen“ erkennt Coolidge zwar den Wunsch der Bevölkerung nach einem Anschluss an Deutschland als berechtigt an, bezeichnet die Abtrennung aber auch als „schweren Schlag für die Tschechoslowaken“. Er legt sich hier nicht fest.

Insgesamt urteilt der Professor, dass die Sudetenlande leicht von Böhmen und Mähren abzutrennen seien und wegen ihrer Lage mit der Deutschen Republik verbunden werden sollten.[79] Im Ergebnis dieses Gutachtens ringt sich die amerikanische Delegation jedoch nur dazu durch, die Abtretung der Bezirke Rumberg in Nordböhmen und Eger an Deutschland zu empfehlen. Die Siegerkonferenz entscheidet dennoch, die Sudetenlande komplett der Tschechoslowakei zu übertragen. Lediglich die Forderungen der Tschechen nach der deutschen Lausitz, nach einem 20 bis 30 Kilometer breiten Grenzstreifen im deutschen Schlesien und einem Korridor zwischen Österreich und Ungarn hindurch zum slawischen Königreich Serbien-Kroatien-Slowenien werden abgelehnt.

Zu den Grenzen der Slowakei gibt es noch ein anderes Problem: Die Slowakei gehört rund tausend Jahre schon zu Ungarn. Sie hat deshalb nach Süden keine historisch belegte und klar festgelegte Grenze. Hier müsste eine Sprach- oder Bevölkerungsgrenze helfen. Doch damit sind die Tschechen und Slowaken nicht zufrieden. Der ungarische Süden der Slowakei geht an die Tschechoslowakei.

Am 10. September 1919 unterzeichnet Staatskanzler Renner als Vertreter Österreichs den Vertrag von **Saint-Germain.** Der Vertrag tritt am 16. Juli 1920 in Kraft. Neben vielen anderen Landverlusten muss Österreich Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien und einige Gemeinden Niederösterreichs an die Tschechoslowakei abtreten. Die Artikel 53 bis 58 des Vertrages regeln im Detail,

79 Coolidge, Paris Peace Conference, Band 12, S. 271 *ff*.

welche Pflichten Österreich und der „Tschecho-slowakische Staat“ gegenseitig zu erfüllen haben. Die Tschechoslowakei hat nach Artikel 58 den Teil der „finanziellen Lasten des ehemaligen Kaisertums Österreich“ zu übernehmen, der seinem Staatsgebiet entspricht. Doch die Tschechen werden sich an diese Vereinbarung nicht halten.

Am 4. Juni 1920 unterzeichnen die Vertreter Ungarns im Versailler Palais Grand Trianon den danach benannten **Vertrag von Trianon.** Die Ungarn sind erst Ende 1919 nach Paris geladen worden, sodass eine Reihe von Gebietsabtretungen bereits beschlossen und vollzogen sind. Ungarn verliert zwei Drittel seines alten Reichsgebiets und dabei auch endgültig die Slowakei und die Karpato-Ukraine an die Tschechoslowakei. Durch den Vertrag werden etwa 3,2 Millionen Ungarn vom Mutterland getrennt, davon kommen rund 734.000 unter das Dach der Tschechen und Slowaken. Die Ungarn, die fast 1000 Jahre über die Slowakei geherrscht haben, sind darüber so empört und tief verletzt, dass sie von nun an bis zur Rückkehr der ungarisch besiedelten Südslowakei im Jahre 1938 die Fahnen in ganz Ungarn auf Halbmast senken.

### Bilanz der Verträge

Mit den zwei Verträgen sprechen die Sieger den Tschechen und Slowaken nicht nur weit über vier Millionen Menschen fremder Völker zu, die weder Tschechen noch Slowaken sein oder jemals werden wollen, sondern sie versorgen ihre neue Schöpfung „Tschechoslowakei“ auch mit den deutschen Industriegebieten Böhmens. Die deutschsprachigen Gebiete am Rande Böhmens sind weitgehend industrialisiert, während die von Tschechen und Slowaken besiedelten Gebiete überwiegend Landwirtschaftsregionen sind. In Deutschböhmen finden sich dagegen bedeutende Kohle-, Öl- und Eisenerzvorkommen, dazu Silber, Blei, Quecksilber und Graphit. In Deutschböhmen stehen die Eisenhütten, Gießereien, Chemiewerke und andere Industrien, die dem neuen Staate eine moderne wirtschaftliche Basis geben sollen. Ein Zweites stellt die Abkehr vom Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker in den zwei Verträgen sicher. Die Tschechoslowakei lehnt sich mit ihren deutschen und ungarischen Grenzgebieten an die Kämme der Mittelgebirge an und wird damit sowohl verteidigungs- als auch angriffsfähig - ein vor allem für das verbündete Frankreich wesentlicher Vorteil.

Mit den Verträgen von Saint-Germain und Trianon zerschlagen die Siegermächte die große Doppelmonarchie von Österreich-Ungarn, um - wie sie meinen - unterdrückte Völker zu befreien. Sie schaffen damit jedoch in Wirklichkeit eine Anzahl kleiner neuer Staaten, die nun ihrerseits über eine Vielzahl fremder nationaler Minderheiten herrschen. Die nächsten 20 Jahre werden zeigen, ob die neuen



**Abb. 3:18. Juni 1919. Der Versailler Vertrag wird in den Spiegelsaal getragen. Im Vordergrund rechts: Marschall Foch.**

Herrscher, seien es Tschechen und Slowaken, seien es Polen oder Serben, ihren Minderheiten die Freiheiten gewähren, die sie bisher für sich selbst verlangten. Zunächst ist nur festzustellen, dass die Verträge, einschließlich des Vertrages von Versailles, eine abendländische Vertrags- und Diplomatiekultur zerstören, die sich seit dem Dreißigjährigen Krieg mühsam und mit Rückschlägen herausgebildet hat. Es war üblich, am Ende von Kampfhandlungen zu verhandeln, wenn auch manchmal unter Druck. Verträge als Diktate waren nur noch der Makel napoleonischer „Friedensschlüsse“ gewesen. Es galt der Grundsatz des Neu-Ordnens, um für alle Seiten annehmbare Verhältnisse zu schaffen, im Sinne des „Vertragens“ der alten Kriegsparteien. In Saint-Germain und Trianon ist nicht verhandelt worden. Deshalb werden, das wird sich später zeigen, die Verträge auch nur so lange halten, wie die Macht vorhält, die sie erzwungen hat.

Nach den napoleonischen Kriegen, deren Blutspur sich von Portugal bis Moskau hinzog, wurde die neue Friedensordnung 1814 mit dem Vertreter des besiegten Frankreichs am „runden“ Tisch verhandelt. Als Frankreich 1870 einen Krieg gegen Deutschland verursacht, begonnen und ein Jahr darauf verloren hatte, wurde der Friede von Frankfurt 1871 ausgehandelt und nicht diktiert. Selbst ein Jahr vor Versailles, Saint-Germain und Trianon noch, als Deutschland und Österreich-Ungarn mit dem besiegten Russland den Vertrag von Brest-Litowsk

verhandelt haben, hielt man sich an zivilisierte Formen. Die Delegationen beider Seiten nahmen die Mahlzeiten miteinander ein und verbrachten die arbeitsfreie Zeit zusammen. Beim Waffenstillstand vorher hatte man vereinbart, einen für beide Seiten ehrenvollen Frieden herbeizuführen, und man hielt sich dann daran.[80] Anders ist es jetzt bei den Verträgen, die den Ersten Weltkrieg beenden und Frieden bringen sollen. Die Delegationen der Österreicher und Ungarn werden demütigend behandelt, und die Sieger verhandeln nicht mit ihnen.

In der Mantelnote des Versailler Vertrags bezeichnen die Siegermächte „den Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch kam“ als „das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, das eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewusstsein begangen hat.“ Sie bürden den drei besiegten Nationen, den Deutschen, Österreichern und Ungarn in den jeweiligen Verträgen die alleinige Schuld an diesem „bewusst begangenen“ größten Verbrechen aller Zeiten auf. Die Formulierung von der „sich für zivilisiert ausgebenden Nation“ spricht den besiegten Völkern ab, zivilisiert zu sein. Diese auf die Spitze getriebene Entehrung wird 1919 und 1920 von Österreichern und Ungarn genauso hart und als ungerechtfertigt empfunden wie im deutschen Volk.

Hier sei ein kurzer Blick voraus auf das Jahr 1940 eingefügt. Als die französische Armee geschlagen ihre Waffen niederlegen muss, schließt sie mit der deutschen Wehrmacht einen Waffenstillstand. Nach Unterzeichnung des Waffenstillstands in Compiegne am 22. Juni 1940 telegrafiert der Chef der französischen Delegation, General Huntzinger, an seinen Oberbefehlshaber in Bordeaux:

> „Die Bedingungen sind hart, aber sie enthalten nichts, was direkt gegen die Ehre geht.“

Zurück in das Jahr 1919: Auch auf der Siegerseite betrachtet manch einer mit Nüchternheit und Weitsicht die drei Pariser Verträge als „Hassverträge“ Dies spiegelt sich in vielen Kommentaren aus den ersten Nachkriegsjahren wider. US-Außenminister Lansing notiert als Mitglied der amerikanischen Delegation sofort nach Fertigstellung des Vertrages von Versailles:

> „Der Eindruck, den der Friedensvertrag macht, ist enttäuschend. Er weckt Bedauern und Niedergeschlagenheit. Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen. [...] Kriege werden früher oder später entstehen. [...] Es mag Jahre dauern, bis diese unterdrückten Völker imstande sind, ihr Joch abzuschütteln, aber so gewiß wie die Nacht auf den

80 Im Frieden von Brest-Litowsk verlangte Deutschland entgegen der gängigen deutschen Geschichtsschreibung weder Reparationen noch Gebietsabtretungen an Deutschland.

> Tag folgt, wird die Zeit kommen, da sie den Versuch wagen. [...] Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, weil er auf dem Treibsand des Eigennutzes begründet ist.“[81]

Der britische Premierminister Lloyd George äußert sich 1919:

> „Ich kann kaum eine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg erblicken.“

Der holländische Gesandte Swinderen vertraut einem englischen Kollegen an:

> „Die Friedensbedingungen von Versailles enthalten alle Keime eines gerechten und dauerhaften Krieges.“

Der englische Abgeordnete Kneeshaw sagt auf dem Labour-Parteitag 1920:

> „Wären wir das besiegte Volk und hätten solche Bedingungen auferlegt bekommen, so würden wir [...] in unseren Schulen und Heimen begonnen haben, unsere Kinder auf einen Vergeltungskrieg vorzubereiten.“

Der italienische Ministerpräsident Nitti schreibt 1923 in seinen Erinnerungen:

> „Noch nie ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten [...] Volkes begründet worden.“

Der britische General und Historiker Fuller urteilt in seinem Buch „1939-1945“:

> „So wurden die Drachenzähne gesät, aus welchen ein noch verheerenderer Konflikt hervorgehen sollte, als der, den diese Vertragsverletzungen beendeten.“

Mit der Vertragsverletzung bezieht sich Fuller auf die nicht eingelösten 14 Punkte Wilsons. Selbst der französische Marschall Foch, der noch kurz zuvor die alliierte Waffenstillstandsdelegation in Compiegne geleitet hatte, prophezeit:

> „Das ist kein Friede. Das ist ein Waffenstillstand für 20 Jahre.“

Der Ausspruch Fochs wirkt wie der Fluch der bösen Fee im Märchen; auch er wird sich erfüllen. Die Nachkriegsordnung von 1919 ruht auf vier fragilen Säulen: Die erste ist die momentane militärische und wirtschaftliche Überlegenheit der Sieger. Sie wird sich nicht sehr lange halten. Die zweite ist der Zusammenhalt

81 Lansing, S. 205 f.

der anti-deutsch-österreichischen Kriegskoalition, die sich bald in neuen Interessengegensätzen auseinanderleben wird. Die dritte ist die militärische Niederlage Deutschlands und die Zerteilung der Donaumonarchie. Beides wird jedoch die vitalen Kräfte der Deutschen und Österreicher nicht zerstören. Und die vierte Säule sind die drei Vielvölkerstaaten, die die Sieger an den Grenzen Deutschlands, Österreichs und Ungarns schaffen: Polen,[82] die Tschechoslowakei und Jugoslawien.[83] Die drei neuen Staaten sollen Deutschland und Österreich-Ungarn nach Osten abriegeln und mit und unter Frankreichs Führung kontrollieren. Doch alle drei Kunststaaten, in denen zusammen 15 Minderheitenvölker gegen ihren Willen leben müssen, werden später an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen. Statt in Ost- und Südosteuropa für Stabilität zu sorgen, werden die drei genannten Staaten selbst die Brutstätten neuer internationaler Auseinandersetzungen sein.

Die Verträge von Versailles, Saint-Germain und Trianon sind auch auf andere Weise schon von Anbeginn an brüchig. An ihnen haftet nicht nur der Makel des Diktats, sondern auch der bittere Beigeschmack des „falschen Spiels“, das man zwar Betrügern zutraut, nicht aber Kriegsgegnern, die vorgegeben haben, für Freiheit und Gerechtigkeit ins Feld gezogen zu sein. Es wird 1919 in Deutschland und in Österreich sehr wohl vermerkt, dass man die eigenen Waffen unter Präsident Wilsons 14 Regeln aus der Hand gelegt hat, die nach vier Notenwechseln hin und her als fest vereinbart angesehen worden waren. Die 14 Punkte Wilsons endeten noch mit der Aussicht *auf „Verträge der Gerechtigkeit, des Rechts und der Fairness“*. Die drei Pariser Vorortverträge sind dann das genaue Gegenteil geworden. Es wird registriert, dass der erste der 14 Punkte Wilsons, „die Abschaffung der Geheimdiplomatie“ nicht einmal für Wilson selbst zählt. Er duldet, dass die Verhandlungen um die drei Verträge in Paris geheim geführt werden mit den Vertretern der Tschechen, der Polen und der Serben, aber unter Ausschluss der drei besiegten Staaten. Und es prägt sich den Menschen in Deutschland, Österreich und Ungarn sowie den Deutschen und Ungarn in den abgetrennten Reichsgebieten mit besonderer Verbitterung ein, dass der Leitgedanke Wilsons, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, offenbar für sie nicht gilt. So bekommt nicht nur die neue Nachkriegsordnung schon von Geburt an viele Risse. Bei den besiegten Völkern bleibt auch ein abgrundtiefes Misstrauen gegen die angeblichen Ideale der Sieger zurück, die vorgegeben haben, für Demokratie, Frieden, Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzutreten. Sowohl die Deutschen als auch die Ungarn und die Österreicher kehren der Demokratie

82 Zu Polen gehören ab 1921 auch 5 Mio. Ukrainer, 2,5 Mio. Juden, 2 Mio. Deutsche, 1,2 Mio. Weißrussen usw.

83 Der später Jugoslawien genannte Staat heißt zu der Zeit noch „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“.

nach 15 Jahren Republik den Rücken, und alle drei helfen 20 Jahre später dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf brachiale Weise im eigenen Sinne nach. Deutsche, Österreicher und Ungarn behalten diese Friedensschlüsse als Durchsetzung des Rechts der Stärkeren im kollektiven Gedächtnis, bei denen es alleine um die Verwirklichung der Kriegsziele der Sieger ging und nicht um Ausgleich, Gerechtigkeit und Frieden.

Infolge des Vertrags von Saint-Germain kehren sich die Gewichte der Tschechoslowakei und Österreichs um. Die Tschechoslowakei geht mit 140.000 km$^2$ und 13,6 Millionen Einwohnern aus der Teilung als der größere Staat hervor, während Österreich mit 84.000 km$^2$ und 6,7 Millionen Einwohnern nur noch halb so groß ist. Die Tschechoslowakei erbt rund 80 Prozent der Steinkohlevorkommen und rund 70 Prozent der Industrieanlagen des alten Österreich-Ungarns.[84] Währenddessen muss sich Wien nun von der komfortablen Rolle, Zentrum eines Industriestaats mit einem Markt von 52 Millionen Menschen zu sein, verabschieden und an die Rolle der Hauptstadt eines kleinen rohstoffarmen Landes gewöhnen. Die tschechoslowakische Regierung beginnt sofort damit, die eigene Stärke und die neue Schwäche Österreichs für die eigene Außenpolitik auszunutzen.

## Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Gedanken des amerikanischen Außenministers Robert Lansing, die er drei Jahre nach den Pariser Friedenskonferenzen zum „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ in einem eigens diesem Thema gewidmeten Buchkapitel zu Papier bringt.[85] Lansing hat nach eigenem Bekunden während der Pariser Konferenzen kein einziges Mal mit seinem Präsidenten über das Selbstbestimmungsrecht gesprochen. Doch seine Überlegungen zeigen die Beweggründe der Siegermächte, denen sich Wilson mit der Zeit gebeugt hat, um die Zustimmung der anderen Siegerstaaten zu seinem Lieblingsprojekt, dem Völkerbund, nicht zu gefährden.

Der erste Entwurf des Völkerbundvertrags, den Wilson persönlich ausarbeitet, schreibt die zukünftige Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen fest, allerdings mit der Einschränkung, dass „gewisse territoriale Umgruppierungen unter Zustimmung der betroffenen Völker vorgenommen werden können“. Diese Einschränkung lässt dem Recht der Völker Raum, die sich in freier Selbstbestimmung zu neuen Staaten zusammenschließen wollen, oder der Volksgruppen, die sich, noch von der eigenen Sprachnation getrennt, zukünftig mit ihr vereinigen wollen. Unter

84 Lill, S. 40
85 Lansing, S. 70-79

dieser Klausel hätte das Selbstbestimmungsrecht für die Sudetendeutschen verwirklicht werden können, ohne den hier nicht betroffenen Staaten wie Frankreich oder der Sowjetunion ein völkerrechtlich anerkanntes Einspruchsrecht zu geben. Schon in dem von Wilson während der Pariser Konferenzen selbst überarbeiteten zweiten Entwurf fehlt der Passus „dass gewisse territoriale Umgruppierungen unter Zustimmung der betreffenden Völker vorgenommen werden können". Lansing vermutet dazu:

> „Wie man damals allgemein annahm, ließ Wilson die Klausel über zukünftige territoriale Veränderungen hauptsächlich deshalb aus, weil die Vertreter des Britischen Reiches im Gegensatz zu den Vertretern der autonomen Dominien sich dagegen aussprachen. Diese Opposition erklärte man sich damit, daß die Vertreter des Britischen Reiches nicht geneigt waren, ihrerseits das Prinzip der Selbstbestimmung als ein Recht zu künftigen Änderungen in territorialen Souveränitätsfragen anzuerkennen oder anzuwenden."

Lansing teilt die britischen Bedenken und kommentiert sie noch während der Pariser Verhandlungen selber schriftlich:

> „Je mehr ich über Wilsons .Selbstbestimmung' nachdenke, um so klarer wird mir, wie gefährlich es ist, solche Ideen in die Köpfe gewisser Rassen zu pflanzen. Dieses Prinzip wird der Ausgangspunkt unmöglicher Ansprüche an die Friedenskonferenz werden und viel Unruhe in vielen Ländern stiften. Welche Wirkung wird diese Phrase z. B. auf die Iren, die Inder, die Ägypter und die Burennationalisten haben? Wird sie nicht Unzufriedenheit, Ruhestörung und Aufruhr wecken? Werden sich nicht die Mohammedaner in Syrien und Palästina und womöglich auch in Marokko und Tripolis darauf berufen? [...] Das ganze Wort .Selbstbestimmung' ist mit Dynamit bis zum Rande geladen."

Außenminister Lansing bezeichnet das Selbstbestimmungsrecht der Völker als „wertlose Theorie" und „bloße Phrase", die selbst sein Präsident Wilson bei den Pariser Verhandlungen außer Acht gelassen habe. Wie hätte man sonst den Österreichern verwehren können, sich Deutschland anzuschließen?

> „Eine klarere Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechts ist kaum denkbar als dieses Verbot des fast vom einmütigen Wunsche des österreichischen Volkes getragenen Anschlusses an Deutschland."

Als „schlagendes Beispiel für die Verleugnung des Prinzips der Selbstbestimmung" führt Minister Lansing die Vertragsbestimmungen von Saint-Germain an, mit denen „Millionen von Menschen deutschen Blutes unter die Oberhoheit der Tschechoslowakei gestellt" worden sind. Lansing lässt hier keine Skrupel gelten.

Er bedient sich der US-amerikanischen Geschichte, um die Nachrangigkeit des Selbstbestimmungsrechts der Völker vor seinen Lesern zu begründen. Lansing stellt das Selbstbestimmungsrecht der Südstaaten, das er an sich nicht leugnet, hinter das „Prinzip der nationalen Sicherheit“. Im amerikanischen Bürgerkrieg habe „die nationale Sicherheit und die wirtschaftliche Blüte der Vereinigten Staaten“ auf dem Spiel gestanden. Nach Lansing geht es um die Lebensfähigkeit und die Sicherheit der Staaten und nicht in erster Linie um das Selbstbestimmungsrecht der dort betroffenen Bevölkerungen. Auch aus dieser Perspektive wird verständlich, warum das wirtschaftliche und das militärische Interesse der Tschechen an den böhmischen Randgebieten in Saint-Germain höher eingestuft wird als die nationalen Wünsche der dort lebenden Sudetendeutschen.

Nun zurück zum weiteren Weg der Tschechoslowakei.

## Der Staatsvertrag mit der Tschechoslowakei

Zwei Monate nach der Verkündung der provisorischen tschechoslowakischen Verfassung beginnen die Siegermächte im Januar 1919, in Paris zu konferieren. Die Professoren Masaryk und Benes nutzen ihre Chance, den Delegierten aus England, Frankreich und Amerika ihre Vorstellungen über den neuen Staat der Tschechen und Slowaken anzudienen und ihnen die zukünftige Rolle der nationalen Minderheiten in ihrem Lande als human und gleichberechtigt darzustellen. Wirkungsvoll sind dabei offensichtlich Benes’ *Memoires* und die Ergänzungsschreiben dazu. Das Memoire III, Teil 6 enthält Zusagen wie: „Die Deutschen werden in Böhmen alle Rechte haben wie die Tschechoslowaken.“ - „Alle Ämter werden allen Staatsbürgern zugänglich sein.“ und: „Die Sprache der Minderheiten wird überall zugelassen sein.“ Im Ergänzungsschreiben zum Memoire III verspricht Prof. Benes, „den neuen Staat wie eine Schweiz zu organisieren“. Nun sind das allerdings keine Versprechen an die Adresse der Besiegten.

Am 10. September 1919 geht die Saat der Tschechen auf. Am gleichen Tag, an dem die Österreicher den Vertrag von Saint-Germain unterschreiben, schließen die USA, Japan, Großbritannien, Frankreich und Italien einen Staatsvertrag mit der Tschechoslowakei, in dem der neue Staat mit seinen Grenzen völkerrechtlich anerkannt wird.[86] Die Präambel des Vertrags beginnt mit einer groben Entstellung der Wirklichkeit in der entstehenden Tschechoslowakei, die da lautet:

86 Jahrbuch öffentl. Rechts, Band XVII, Nr. 508

> „in Anbetracht, daß die Völker Böhmens, Mährens und eines Teiles von Schlesien sowie das Volk der Slowakei aus eigenem Willen ihre Vereinigung zu einem dauernden Bund behufs eines einheitlichen, souveränen und selbstständigen Staates unter dem Namen .cechoslovakische Republik' beschlossen und diese Vereinigung tatsächlich vollzogen haben.“

Die Sudetendeutschen, eines der Völker Böhmens und Mährens, ist nicht „aus eigenem Willen“, sondern ganz im Gegenteil, gegen seinen erklärten Willen in den neuen Staat hineingezwungen worden. Den Slowaken hat man die von Hlinka und anderen slowakischen Politikern geforderte Volksabstimmung über den Beitritt zur Tschechoslowakei verwehrt. Und die Ungarn, die im Präambeltext einfach in das „Volk der Slowakei“ mit einbezogen worden sind, haben sich mit Einsatz ihrer Truppen und einem halben Dutzend lokaler Volksaufstände gegen ihre Einbeziehung in die Tschechoslowakei gesträubt.

Der Vertrag erklärt die Unabhängigkeit der neuen Tschechoslowakei und erlegt den Tschechen und Slowaken ansonsten in mehreren Artikeln Pflichten gegenüber ihren Minderheiten auf. In Artikel 1 steht, dass sich die Tschechoslowakei verpflichtet, keine Gesetze, Verordnungen und Amtshandlungen zu erlassen, die im Widerspruch zu den folgenden Artikeln 2 bis 8 stehen und die Freiheitsrechte ihrer Staatsbürger verletzen. Die an späterer Stelle dieses Buches folgende Beschreibung der Wirklichkeit in der Tschechoslowakei bis 1938 wird die Artikel 2 bis 8 zum Maßstab nehmen. Die Artikel 2 bis 8 legen die Freiheitsrechte, das Optionsrecht, das tschechoslowakische Staatsbürgerschaftsrecht und die Rechte der Minderheiten fest. Der Staatsvertrag wird deshalb in der Literatur meist als **„Minderheitenschutzvertrag“** bezeichnet. Insbesondere die Artikel 7 und 8 garantieren diese Rechte - Artikel 7:

> „Alle cechoslovakischen Staatsbürger ohne Unterschied der Rasse, **Sprache** oder Religion werden vor dem Gesetz gleich sein und dieselben bürgerlichen und politischen Rechte genießen.“[87]

Des Weiteren besagen diese beiden Artikel, dass die Angehörigen der Völker nichttschechischer Sprache keine Benachteiligungen bei der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Ämtern und in der Gewerbe- und Berufsausübung erleiden dürfen, desgleichen, dass ihre Sprachen bei den Gerichten zugelassen sind. In den folgenden Kapiteln dieses Buchs wird des Öfteren darauf Bezug genommen werden. Artikel 14 des Vertrags stellt fest, dass die besagten Minderheitenrechte eine tschechoslowakische

87 Heraushebung im Zitat durch den Verfasser

> „Verpflichtung von internationalem Interesse begründen und unter die Garantie des Völkerbunds gestellt werden.“

Der Völkerbund wird dieser Garantie- und Aufsichtspflicht in der Tschechoslowakei nicht nachkommen.

Die Artikel 10 bis 13 betreffen die Rechte der südkarpatischen Ruthenen. Die Tschechoslowakei verpflichtet sich, die Karpato-Ukraine „als autonome Einheit einzurichten“, die mit einer „weitestgehenden Selbstverwaltung auszustatten ist“. In Artikel 11 heißt es:

> „Das Gebiet der südkarpatischen Ruthenen wird einen autonomen Landtag haben. Dieser Landtag wird die gesetzgebende Gewalt in sprachlichen, Unterrichts- und Religionsangelegenheiten sowie in Fragen der lokalen Verwaltung und in allen übrigen Fragen besitzen, die ihm durch Gesetze des cechoslovakischen Staates zugewiesen werden. Der Gouverneur des ruthenischen Gebietes wird von dem Präsidenten der cechoslovakischen Republik ernannt werden und dem ruthenischen Landtage verantwortlich sein.“

Damit wird den Ruthenen zugesagt, was sich auch die Slowaken und Sudetendeutschen wünschen, die weitestgehende Autonomie in den Gebieten, in denen sie die Mehrheit stellen.

Bemerkenswert an diesem Staatsvertrag ist noch, dass er keinen Artikel enthält, der die den Österreichern in Artikel 58 des Vertrags von Saint-Germain zugesagte Aufteilung der altösterreichischen Staatsschulden auf die Nachfolgestaaten Österreichs wiederholt. Mit diesem Staatsvertrag müsste der frisch gebackenen Tschechoslowakei nun ihr proportionaler Anteil dieser Schulden übertragen werden. Wir werden sehen, was aus diesem Anteil altösterreichischer Schulden wird.

Als großer Mangel des sogenannten Minderheitenschutzvertrages aus Sicht der nationalen Minderheiten wird sich mit der Zeit erweisen, dass der Vertrag nur die Mitglieder der Minderheiten in ihren Menschenrechten schützen soll, nicht aber die nationalen Minderheiten selbst. Es werden also die Individuen geschützt und nicht die Kollektive. Die Tschechen machen sich sofort das im Vertrag festgeschriebene, eingeschränkte Verständnis vom Minderheitenschutz zu eigen, was 1938 und 1939 ganz wesentlich zum Zusammenbruch ihres Staates beiträgt.

# TEIL 3
## DIE JUNGE REPUBLIK BIS 1920

**Staatsgebiet, Staatsgewalt und Staatsvolk**

**Die Provisorische Verfassung vom 13. November 1918**

**Das Schulgesetz vom 3. April 1919**

**Die Landenteignungen**

**Masaryks Versuch, die Deutschen einzubeziehen**

**Die ersten Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei am 15. Juni 1919**

**Der Staatsvertrag der Sieger mit der Tschechoslowakei vom 10. September 1919**

**Die Angliederung des Hultschiner Ländchens am 10. Januar 1920**

**Die Verfassung der Tschechoslowakei vom 29. Februar 1920**

**Das Sprachengesetz vom 29. Februar 1920**

**Das Wahlgesetz vom 29. Februar 1920**

**Das „Gesetz über das Verfassungsgericht" vom 9. März 1920**

**Das Schulgesetz von 1920**

**Die Parlamentswahlen und die Regierungsbildung von 1920**

**1920 und die parlamentarischen Anlaufschwierigkeiten**

**Der Kampf um Sprachen, Schulen und Kulturen**

# DIE JUNGE REPUBLIK BIS 1920

Dieses Kapitel behandelt die Gründungsphase der jungen Tschechoslowakei bis zu den ersten Wahlen im Frühjahr 1920.

## Staatsgebiet, Staatsgewalt und Staatsvolk

Österreich und Ungarn fallen in Etappen auseinander, beginnend mit der Niederlage 1918, fortgesetzt mit dem Waffenstillstand und den aufgezwungenen Verträgen und schließlich mit den Daten endend, zu denen die Verträge wirksam werden: am 10. September 1919 für die Sudetenlande, und am 4. Juni 1920 für die Slowakei und die Karpato-Ukraine. Der junge Staat wächst dementsprechend in einer Mischung von tschechischer Gewaltanwendung und völkerrechtlicher Legitimation auf, die ihm die Siegermächte kraft ihrer momentanen Überlegenheit verleihen. So entsteht die Tschechoslowakei eher in einem revolutionären Prozess denn in einer geordneten Entwicklung. Die Tschechen schaffen im Eilschritt Fakten, ehe sich Slowaken, Ungarn, Polen und Sudetendeutsche wehren können. Sie nutzen dabei mit Geschick und Eile den Einfluss ihrer **Diplomaten,** die Waffen ihres **Militärs** und Gesetze, die **ein nicht gewähltes Parlament** erlässt.

Die **diplomatischen Erfolge** sind bereits geschildert. Sie sichern den Tschechen, Slowaken und Ruthenen ihr neues **Staatsgebiet** und ihrem neuen Staat die **Souveränität.** Die diplomatischen Erfolge sind nur möglich, weil die Tschechen sich beizeiten zum Instrument der Feinde Habsburgs machen und so Zugang und Gehör bei den Regierungen erhalten, die Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg niederringen wollen. Die Auslandstschechen spielen hier die gleiche Rolle, die Lenin und die Bolschewisten für das Reich des Zaren spielen, das wie Österreich-Ungarn im Krieg um seine Existenz kämpft. Es ist der vom Erfolg gekrönte Ansatz, die eigenen politischen Ziele mithilfe der Kriegsniederlage ihrer eigenen ungeliebten Staaten zu erreichen. Das ist, je nach Perspektive, Befreiung oder Hochverrat. Die Tschechen und Slowaken stehen damit 1919 bis 1920 auf der „richtigen" Seite. Mit dem Rückenwind der Sieger und dem Wohlwollen des Völkerbunds können sie sich in ihrem neuen Staate etablieren, ohne Rücksicht auf die Interessen der Minderheiten zu nehmen, die ihnen fortan ausgeliefert sind, und ohne sich gewissenhaft an den Staatsvertrag halten zu müssen, mit dem die Sieger die Tschechoslowakei in die Selbstständigkeit entlassen haben.

Zum Wesen eines Staates gehört die **Staatsgewalt** über das eigene Territorium und die Menschen, die dort leben. Das tschechische **Militär** holt hierzu in aller Eile nach, was diplomatisch nicht zu regeln ist. Ab dem 5. November 1918 erobern

tschechische Soldaten die Sudetenlande und die Slowakei. Über vier Millionen Menschen - vor allem Ungarn, Polen und Sudetendeutsche - auf dem Staatsgebiet der neuen Tschechoslowakei erklären wiederholt, dass sie diesem Staat nicht angehören wollen. Sie erkennen ihn nicht an. Anfangs ist die Lage der Slowaken ähnlich. Sie wünschen ihre Unabhängigkeit, doch sie haben sich bislang nicht selbst entschieden, wohin ihr Weg sie führen soll: in einen eigenen Staat, in eine panslawische Union oder in einen Staat der Tschechen und Slowaken. So stellt auch hier das Militär die Weichen. Tschechische Truppen und Milizen besetzen vom November 1918 bis zum Juli 1919 mit Gewalt die Slowakei. Sie lösen im ganzen Land die Stadt- und Gemeinderäte auf, ehe die slowakische Bevölkerung sich durch ihre Volksvertreter äußern oder in einer Volksbefragung über ihre Zukunft selbst befinden kann und ehe die Sieger die Grenzen der neuen Slowakei doch noch anders ziehen als von Prag gefordert. Gerade die wirtschaftliche und militärische Bedeutung der Grenzregionen für die Lebensfähigkeit des neuen Staates erfordert es aus Sicht der Tschechen, dass sie dort Fakten schaffen, ehe die noch fehlenden Verträge folgen. Die Eroberung der Randgebiete Böhmens und der Slowakei beginnt bereits zwei Monate bevor die Siegermächte überhaupt zur Friedenskonferenz zusammentreten. Dann erst folgt ihr Ringen um die Grenzverläufe. Und wie die Verhandlungen bei den Konferenzen später zeigen werden, ist selbst dann noch, vom Januar bis in den Mai 1919 offen, was zu den Grenzen der Tschechoslowakei beschlossen werden wird. Die verschiedenen Vorschläge Prof. Benes', des amerikanischen Sachverständigen Prof. Coolidge und des englischen Premierministers Lloyd George zu den neuen Grenzen sind im vorigen Kapitel schon beschrieben. Sie zeigen, was hier für die Tschechen und Slowaken, aber auch für alle Minderheiten auf dem Spiele steht. Die Eroberungen der Tschechen zwischen dem November 1918 und dem Januar 1919 machen die Beratungen der Sieger zum neuen Grenzverlauf der Tschechoslowakei zur Farce.

Unter den Grenz-Vorschlägen Benes', Coolidges und Lloyd Georges wird zum Schluss der Vorschlag des tschechischen Vertreters siegen, weil er mit Frankreichs Vorstellungen übereinstimmt. Die französische Regierung baut sich mit der Tschechoslowakei einen militärisch starken eigenen Verbündeten und Gegner Deutschlands in dessen Rücken auf. Längst ehe in Versailles oder Saint-Germain die Würfel fallen, unterstützen die Franzosen die Tschechen auch militärisch. Kaum dass die Tschechen im November 1918 mit der Eroberung der Sudetenlande und der Slowakei begonnen haben, entsendet Frankreich im Dezember 1918 eine Militärmission nach Prag, die schon im Januar 1919 an den Kämpfen der Tschechen in der Slowakei teilnimmt.[88] So sorgt Frankreich zu Beginn der

88 Benoist-Mechin, Band VI, S. 44, Fußnote 6

Siegerkonferenz mit seinem Militär dafür, dass die Tschechen schnellstens zu den Grenzen kommen, die nun in Paris eigentlich erst ausgehandelt werden sollen. Damit geschieht jede tschechische Eroberung mit dem Segen der Franzosen, gegen den jeder slowakische, ungarische oder sudetendeutsche Einspruch macht- bzw. zwecklos ist. Dies ist der Anfang einer französisch-tschechischen Allianz, die bis 1938 anhält. Die französische Militärmission besetzt in Prag bis 1926 entscheidende Kommandostellen in der tschechoslowakischen Armee. Im Januar 1924 und im Oktober 1925 wird die militärische Zusammenarbeit erst in einem geheimen und dann mit einem offenen Militärabkommen untermauert. So wird die Unterwerfung der Sudetendeutschen, der Ungarn und in gewisser Weise auch der Slowaken 1918 bis 1919 von Frankreich gebilligt, gefördert und gedeckt.

Zu Staatsgebiet und Staatsgewalt fehlt der Tschechoslowakei nun noch ein **Staatsvolk.** Da sich die hier lebende Bevölkerung aus acht größeren und kleineren Bestandteilen verschiedener Nationalität zusammensetzt, stehen die zwei Titularnationen, die Tschechen und Slowaken, vor der Wahl, einen Vielvölkerstaat nach Art der Schweiz zu bauen, ein Land mit Völkern abgestuften Rechts oder gar einen Schmelztiegel, der seine Minderheiten nach Art der USA assimiliert. Letzteres würde die Tschechisierung aller Staatsbürger bedeuten. Der Weg, den die im Werden begriffene Tschechoslowakei jetzt einschlägt, ist zwar von Versprechen und Verträgen „eingerahmt“, doch er wird entscheidend von einem **nicht gewählten Parlament** vorherbestimmt. Ein dauerhaftes Problem des Staates Tschechoslowakei wird bleiben, das sein Staatsvolk nicht zu einer **Nation** zusammenwächst. Dazu hätte es des Willens der Bevölkerung bedurft, eine tschechoslowakische Nation zu werden. Warum das ausbleibt, wird im Folgenden beschrieben.

Das geregelte Leben und die Zukunft eines Staatsvolks beruhen normalerweise auf der Verfassung seines Landes und auf den Staatsgesetzen. Im Fall der jungen Tschechoslowakei entstehen Verfassung und grundlegende Gesetze in zwei Etappen. 1918 gibt ein nicht gewähltes Parlament, die sogenannte Revolutionäre Nationalversammlung, dem Staat, der erst entstehen soll, eine von Tschechen geschriebene provisorische Verfassung und in aller Eile grundlegende Gesetze, die das Staatsvolk, das auch erst werden muss, nach den Vorstellungen der Tschechen formen soll. Dem folgt 1919 in Paris die Konferenz der Siegermächte. Dort nimmt Prof. Benes mit seinen *Memoires* Einfluss auf die Vorstellungen der Sieger über den zukünftigen Staat der Tschechen und Slowaken. Die zweite Etappe beginnt damit, dass die Siegermächte mit den Tschechen und Slowaken einen Staatsvertrag schließen, der diesen Auflagen für ihre Verfassung und Gesetze macht. Viele dieser Auflagen betreffen die Rechte der Minderheiten, die dem neuen Staate zugesprochen werden. Diesem Staatsvertrag folgt 1920 die

zweite, endgültige Verfassung der Tschechoslowakei, die die Bedingungen des Staatsvertrags erfüllt. Doch die tschechischen Gesetze von 1919 bleiben gültig, ohne daran angepasst zu werden. Der Ablauf im Detail:

## Die Provisorische Verfassung vom 13. November 1918

Die erste, „Provisorische Verfassung“ der Tschechoslowakei entsteht fast ein Jahr, bevor die Siegermächte den Staatsvertrag mit den Tschechen und Slowaken schließen und lange bevor Prof. Benes seine beschwörenden *Memoires* verfasst. Schon drei Monate, vor Beginn der Friedenskonferenzen in Paris, am 28. Oktober 1918 ruft eine Gruppe tschechischer Politiker in Prag die Tschechoslowakei aus und bildet eine selbst ernannte „Revolutionäre Nationalversammlung“, die *Ndrodni shromäzdeni.* Ihr gehören meist tschechische Abgeordnete aus dem ehemaligen Wiener Reichsrat an, ergänzt durch Angehörige ihrer tschechischen Parteien, dazu einige Slowaken, die die These vom gemeinsamen „tschechoslowakischen“ Volk vertreten. Der slowakische Politiker Hlinka, der für die Autonomie der Slowakei kämpft, ist derweilen von den Tschechen inhaftiert und auch Vertreter seiner Slowakischen Volkspartei sind hier nicht eingeladen. Angehörige der nationalen Minderheiten, Polen, Deutsche, Ungarn sind selbstverständlich noch nicht anwesend. Sie ringen zu der Zeit darum, nicht in den Staat der Tschechen und Slowaken einverleibt zu werden.

Ein tschechischer Anlauf, den Landeshauptmann der gerade erst gegründeten „Provinz Deutschböhmen“ Dr. Rudolf Lodgman von Auen zur neuen Prager Nationalversammlung einzuladen, scheitert. Lodgman von Auen, noch österreichischer Staatsbürger, verlangt, als Vertreter einer eigenen Landesvertretung auf gleicher Augenhöhe mit dem Parlament der Tschechen und Slowaken zu verhandeln.[89] Doch das verträgt sich nicht mit deren Absicht, auch die deutschsprachigen Gebiete als integralen Teil des neuen Staates zu regieren. So bleiben die Sudetendeutschen bei der Entstehung der Provisorischen Verfassung und der ersten Gesetze des neuen Staates ausgeschlossen. Selbst die Exilruthenen in den USA beschließen erst sechs Monate später, sich den Tschechen und Slowaken anzuschließen. Die Nationalversammlung von 1918 ist demnach nicht nur ein nichtgewähltes Parlament, sie ist auch nicht repräsentativ für die Bevölkerung, die ab 1920 zur Tschechoslowakei gehört. Am 14. November 1918 tritt diese Nationalversammlung in Prag zusammen, wählt Prof. Masaryk zum ersten Prä-

89 Brügel, S. 61

sidenten der Republik[90] und nimmt noch gleichen Tages per „Handheben“ ohne vorherige Debatte die Provisorische Verfassung für den neuen Staat an.

Die Bedeutung der Provisorischen Verfassung vom 13. November 1918 liegt darin, dass das nicht gewählte Parlament sich selbst ermächtigt, Gesetze zu erlassen, und dass es die just begonnene illegale Besetzung der Slowakei und der Sudetenlande sanktioniert. Im Artikel 4 der Provisorischen Verfassung gibt sich die Revolutionäre Nationalversammlung selbst gesetzgebende Gewalt bis ein aus Wahlen hervorgegangenes Parlament Zusammentritt. Artikel 6 bestimmt, dass die Nationalversammlung ihre „Beschlüsse mit absoluter Mehrheit der Anwesenden“ fasst. Das klingt zwar selbstverständlich, kommt aber in einem multiethnischen Lande der Entmündigung der Minderheiten gleich. Niemand wird fortan den Block der Tschechen und Slowaken überstimmen können, und selbst ein Votum der Slowaken zusammen mit den Minderheiten gegen die sie bald beherrschenden Tschechen ist *de facto* fast nicht möglich. Die Provisorische Verfassung passt nicht zur Natur des werdenden Vielvölkerstaats. Sie sieht keine realen parlamentarischen Einflussmöglichkeiten für die Minderheiten in den Fragen vor, die vor allem sie betreffen. Mit dieser Selbstermächtigung stellt die vor allem aus Tschechen bestehende Nationalversammlung anschließend die Weichen für den neuen Staat. So entstehen bis zum 1. Juni 1920, dem Tag, an dem das erste gewählte Parlament der Tschechoslowakei Zusammentritt, das Bodenreformgesetz, das Wahlgesetz, das Sprachen- und das Schulgesetz. Die Tschechen und eine Minderheit von tschechenverbundenen Slowaken zimmern sich den neuen Staat zurecht, ehe sich die Minderheiten regen können. Und Artikel 20 genehmigt nachträglich und pauschal alle vom bisherigen Nationalausschuss „durchgeführten Akte der Exekutivgewalt“, damit auch dessen Befehle, die Slowakei und die von nationalen Minderheiten bewohnten Randgebiete mit Soldaten und Milizen zu erobern.

## Das Schulgesetz vom 3. April 1919

Zu den ersten Gesetzen, mit denen sich die Tschechen im nichtgewählten Parlament bemühen, den neuen Staat zum eigenen Vorteil einzurichten, gehört das **„Gesetz vom 3. April 1919 betreffend die Volksschulen und privaten Unterrichts- und Erziehungsanstalten“,** wie es im Amtsdeutsch heißt.[91] Dieses Gesetz erlässt Sonderregelungen für den Bau von „tschechischen Minderheitenschulen“ in den Gebieten der Deutschen und der Ungarn.

90 Masaryk weilt zu der Zeit noch in den USA.
91 Sammlung der Gesetze der ÖSR, 1919, S. 295-297

Das Schulgesetz von 1919 legt ansonsten fest, dass Volksschulen eine Mindestzahl von 40 Schülern haben müssen und dass nicht mehr als 80 Schüler in einer Klasse sitzen dürfen. Bei über 80 Schülern ist eine Parallelklasse einzurichten. Nach weiteren Einzelregelungen kommt das Gesetz ab § 5 zu Sonderregelungen, „die das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur aus gewichtigen Gründen anordnen“ kann. Nach den §§ 5 bis 9 ist geregelt, dass Schulen „aus gewichtigen Gründen“ auch weniger als die sonst festgelegte Schülerzahl haben dürfen. Solche Ausnahmeschulen werden nicht von den Gemeinden, wie sonst üblich, sondern vom Staate unterhalten, und sie unterstehen nicht, wie sonst auch üblich, den Orts- und Bezirksschulräten. Wem sie unterstehen, bleibt hier offen. Auch für den Bau solcher Schulen gelten besondere Regeln. § 7 des Gesetzes lautet:

> „Staat und Land haben das Recht, durch Enteignung den Bauplatz für das künftige Schulgebäude zu erwerben oder ein schon fertiggestelltes Gebäude zu enteignen, um darin die Schule und die Schulleiterswohnung unterzubringen.“

Was das Gesetz verschweigt, ist, für wen diese Sonderregelungen gelten. Sie gelten für die tschechischen Minderheitenschulen, die in den nächsten Jahren zu Hunderten in den rein sudetendeutschen und rein ungarischen Regionen errichtet werden sollen. Der Bau der Tschechen-Schulen bereitet die Ansiedlung tschechischer Familien in den Gebieten vor, in denen die nationalen Minderheiten bis dato die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Es sind die Kinder der zugewanderten Post- und Eisenbahnbeamten, der Wald- und Industriearbeiter, der Kleinsiedler, die schon bald der Landaufteilung folgen, die Kinder der Lehrer und Verwaltungsleute, die diese Schulen füllen sollen. Bis 1930 gibt es über 1400 solcher neugebauter Schulen für die Tschechen, die bis dahin in die sudetischen Gebiete zugezogen sind.

Mit den Minderheitenschulen hat es auch noch eine andere Bewandtnis. Sie werden zwar alleine für die Förderung der Tschechen und zur Tschechisierung der bis dahin überwiegend ungarisch und deutsch besiedelten Gebiete eingerichtet, doch im Staatsbudget und in den amtlichen Statistiken werden sie als Maßnahmen zur Förderung der Minderheiten deklariert. Eine Praktik, die im Ausland in aller Regel nicht durchschaut wird und dort den guten, aber falschen Eindruck hinterlässt, dass hiermit die Bildung der nichttschechischen Minderheiten in der Tschechoslowakei gefördert würde.

## Die Landenteignungen

Weiter gehört zu den ersten Gesetzen, welche das nicht gewählte Parlament verabschiedet, das **Enteignungsgesetz vom 16. April 1919.** Dieses Gesetz - als erstes einer ganzen Reihe - setzt eine Bodenreform in Gang, die aus sozialen Gründen an sich seit Langem überfällig ist. So gibt es einerseits Hunderttausende von Bauern mit minimalem Landbesitz und andererseits zum Beispiel den Fürsten von Liechtenstein, der 247.000 Hektar Ackerland und Wald sein Eigen nennt.[92] In der Vergangenheit hatte schon die Deutsche Arbeiterpartei eine Landreform gefordert. Die Sudetendeutschen hätten sich deshalb einer Bodenreform wahrscheinlich nicht verweigert. Doch die tschechischen Abgeordneten treibt 1919 neben dem sozialen vor allem ein nationaltschechisches Motiv. Sie bemühen sich, den Grund und Boden in den nichttschechischen Randgebieten der Tschechoslowakei mit Tschechen zu besiedeln. Die Absicht, die hinter dieser wie weiteren Reformen steht, ist, das Siedlungsgebiet der Tschechen und Slowaken bis an die Grenzen ihres neuen Staatsgebietes vorzuschieben.

Die Tschechen begründen die Reform unter anderem damit, dass sie das historische Unrecht der Landenteignung vom Prager Strafgericht im Jahre 1621 nach der historischen Schlacht am Weißen Berge wieder gutzumachen hat.[93] Dementsprechend entfallen von den ab 1920 enteigneten 1.750.000 Hektar landwirtschaftlich genutzten Bodens 750.000 auf das deutsche Sprachgebiet, 730.000 auf ungarische Ländereien in der Slowakei und nur 270.000 Hektar auf das tschechischsprachige Gebiet.[94] Umgekehrt gehen 92 Prozent des enteigneten Landes zunächst in den Besitz von Tschechen über.

Auf diese Weise verschwinden bis 1930 in der Tschechei 3250 deutsche Bauernhöfe. Da die neuen tschechischen Besitzer in der Regel keine deutschen Landarbeiter mehr beschäftigen, wandern auch diese mit ihren Familien zu Zigtausenden von den Höfen ab und machen der nachrückenden tschechischen Landbevölkerung in den bisher überwiegend deutschen Dörfern Platz. Es entstehen in dieser Zeit im deutschen Sprachgebiet auch 65 neue tschechische Dörfer.[95]

Die Verteilung einst deutsch und ungarisch bewohnten Landes an Tschechen und Slowaken zieht weitere Tschechen als Lehrer, Forstleute, Polizisten und andere Beamte nach. So erweist sich die Reform bald als ein probates Mittel, das Siedlungsgebiet der Tschechen und Slowaken bis an die neuen Landesgrenzen auszudehnen.

92 Jung, S. 144
93 Benes, Zdenek, S. 88
94 Benoist-Mechin, Band VI, S. 50
95 Krystlik, S. 100

Das nicht gewählte Parlament von 1918 versucht damit, den in seinem Inneren nicht homogenen Staat zu festigen und für ihn vorab die Grenzen abzustecken, die die Siegermächte ihm bislang völkerrechtlich und vertraglich noch nicht zugestanden haben. Der Preis dafür ist die Abneigung der Sudetendeutschen und der Ungarn gegen ihren neuen Staat, dem sie nun angehören. Die Sudetendeutschen vermögen auch die Rechtfertigung der einseitigen Land-Umverteilung ab 1920 mit dem Prager Strafgericht von 1621 nicht nachzuvollziehen. Das Strafgericht beurteilte die Böhmen nach ihrer Konfession und nach ihrer Kaisertreue, nicht aber nach ihrer Sprach- und Volkstumszugehörigkeit. So wurde nach 1621 auch der böhmendeutsche Adel enteignet, soweit er nicht zum Kaiser und zur katholischen Kirche gestanden hatte. Auch unter den 1621 hingerichteten *TI* böhmischen „Rädelsführern“ waren immerhin zehn Deutsche. 1920 sagt Ministerpräsident Kramar in einer Debatte in der Nationalversammlung:

> „Ich war schon lange für die Bodenreform, weil ich geglaubt habe, daß auf den deutschen Besitzungen tschechische Dörfer mit tschechischen Legionären geschaffen werden müssen.“

1925 spricht auch der Präsident des Staatsbodenamts, das die Land-Umverteilung steuert, Dr. Karel Viskovsky, den eigentlichen Zweck der Bodenreform ganz offen an. Er sagt in einem Interview:

> „Dieses Werk nähert sich nun seiner Beendigung und wir stehen mit Freude zu ihm, wenn wir seine große nationalpolitische und wirtschaftliche Bedeutung werten. Der Boden gelangte aus den Händen der Fremden in die Hand des tschechischen Volkes.“[96]

Viskovsky ist kein kleiner Amtschef. Er wird nach erfolgter Bodenreform zweimal Staatsminister.

Am **13. Mai 1919 verändert** die Revolutionäre Nationalversammlung die **Provisorische Verfassung** von 1918 durch ein Gesetz in wenigen Details. Die politischen Gewichte von Ministerpräsident und Parlament werden zulasten des Staatspräsidenten leicht gestärkt. Das Parlament lässt die Gelegenheit verstreichen, das Änderungsgesetz dazu zu nutzen, die Provisorische Verfassung den Bedürfnissen der nationalen Minderheiten anzupassen, die seit einem halben Jahr dem neuen Staate angehören müssen. Stattdessen bringt das Parlament danach noch die Gesetze über die Schulen und die Sprachen unter Dach und Fach, ehe sich die Minderheiten in der ersten frei gewählten Nationalversammlung dazu äußern können. Diese wird am 1. Juni 1920 ein erstes Mal zusammentreten.

96 Polzer, S. 19

Am 15. Mai 1919 billigen die drei ruthenischen Regionalparlamente von Uzgorod, Presov und Chust nachträglich den Anschluss der Karpato-Ukraine an die Tschechoslowakei.[97]

Zwischen den großen politischen Entwicklungen ereignen sich auch immer wieder hässliche Einzelereignisse, die das sudetendeutsch-tschechische Verhältnis nachhaltig vergiften. So kommt es am 17. Mai, als Masaryk als neuer Präsident feierlich in Pilsen einzieht, zu einem Akt von abstoßender Brutalität. Eine deutsche kranke Witwe, Mutter von vier Kindern, hält ihre Fensterläden geschlossen, statt die Fenster für den Präsidenten zu schmücken. Tschechen brechen in ihr Haus ein und zerren die Kranke aus dem Bett. Erst wird die Frau misshandelt und dann an ihren Füßen die Treppe abwärts aus dem Haus geschleift. Da ihr Kopf dabei auf alle Treppenstufen schlägt, stirbt sie kurze Zeit darauf. Sie ist das 64. sudetendeutsche Todesopfer tschechischer Gewalt in diesem Jahre.

## Masaryks Versuch, die Deutschen einzubeziehen

Prof. Masaryk, Präsident der jungen Republik, versucht die Sudetendeutschen genauso wie die Slowaken und Ruthenen in den neuen Staat der Tschechen einzubeziehen. Er hält es für möglich, dass die Deutschen ihre Abtrennung vom österreichischen Mutterland verschmerzen und dass sie gemeinsam mit den Tschechen in Böhmen und Mähren auch unter der tschechischen Herrschaft einvernehmlich leben können. Seine Vorstellungen vom Zusammenleben der „Tschechoslowaken“ und ihrer nationalen Minderheiten - so ist dem Informationsmaterial für die Lehrerweiterbildung im heutigen Tschechien zu entnehmen -[98] sind noch anders, als sie sich schon bald in der Verfassung und in den Gesetzen niederschlagen, und als er sie selber später praktiziert. Masaryk geht nach dem erwähnten Informationsmaterial davon aus, dass Deutsch die zweite Staatssprache wird und Prag dann eine zweisprachige Stadt. Er setzt zunächst voraus, dass der deutschen Minderheit ein Ministersessel in der Prager Regierung zusteht, und dass die Tschechoslowakei in Gaue unterteilt wird, von deren 10 zwei bis drei deutschsprachig sein werden. So bietet Masaryk den Deutschen dann zu einem nicht überlieferten Zeitpunkt zwei Ministersessel an.[99]

Der deutsche Sozialdemokrat Johann Brügel bestätigt die mehrfachen Angebote Masaryks an sudetendeutsche Politiker in seinem Buch „Tschechen und Deutsche“, wenn er von der „vielleicht nicht ganz eindeutigen Einladung an Lodgman

97 Jung, S. 213
98 Benes, Zdenek, S. 67 und 344
99 Benes, Zdenek, S. 67

von Auen[100] zum Eintritt in den *Närodnt Vybor"*[101] schreibt.[102] Doch 1918 kann ein Böhmendeutscher nicht tschechoslowakischer Minister werden, es sei denn, er beginge Hochverrat. Bis zur Unterzeichnung des Vertrags von Saint-Germain im September 1919 gehört Böhmen staatsrechtlich noch zu Österreich, und der Noch-Österreicher und Sprecher der Sudetendeutschen Lodgman von Auen kann nicht Minister eines Staates werden, der sich selbst als Feindstaat Österreichs bezeichnet.

Brügel erwähnt ganz konkret noch zwei spätere solcher Angebote an deutschsprachige Fachleute. Danach hat Staatspräsident Masaryk im Sommer 1919 versucht, den in Böhmen geborenen österreichischen Professor Josef Redlich als Handelsminister und den Herausgeber des *Prager Tageblatts,* Dr. Rudolf Keller, als Kultusminister zu gewinnen. Beide haben aus persönlichen Gründen abgelehnt. Diese Angebote fallen dann auch schon in eine Zeit, in der der Weg der Tschechoslowakei zum Nationalstaat festgelegt ist. Die Regierung des tschechisch-nationalistischen Ministerpräsidenten Dr. Karel Kramär von 1918 bis 1919 hat dazu die Pflöcke mit der Provisorischen Verfassung und den „Nationalisierungsbestimmungen" in einer Reihe von Gesetzen eingeschlagen.[103] Zwei deutschsprachige Minister hätten nun, wie sich später zeigen wird, nichts Wesentliches mehr zugunsten der nationalen Minderheiten ausgerichtet. Außerdem zeigt das alsbaldige Verhalten des Staatspräsidenten Masaryk, dass seine Anschauungen nicht weit tragen. So wird er bald die Verbindlichkeit des Pittsburg-Abkommens mit den Slowaken leugnen, den Ruthenen die ihnen jüngst zugesagten Autonomierechte beschneiden und bestreiten, dass das „Schweizer Modell" für die Tschechoslowakei tauge.

## Die ersten Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei am 15. Juni 1919

Die selbst ernannte Nationalversammlung setzt für den 15. Juni 1919 erstmals Neuwahlen für die Gemeinderäte an. Die Stimmen in den deutschsprachigen Gemeinden der Sudetenländer gehen ausnahmslos an die deutschsprachigen Parteien.[104] Damit sind Benes' und Masaryks Behauptungen, es gäbe keine ge-

100 Lodgman von Auen, damals kurzzeitig Chef der Regierung Deutschböhmens und später Sprecher des deutschen Parlamentarierverbandes in Prag.

101 Nationalausschuss bzw. Regierung

102 Brügel, S. 146

103 „Nationalisierungsbestimmungen" ist ein in der Informationsschrift für tschechische Lehrer gebrauchter Ausdruck. Siehe Benes, Zdenek, S. 67

104 Bohmann, S. 84

schlossenen Siedlungsgebiete der Deutschen in Böhmen, widerlegt. Mit dieser Falschdarstellung hatten beide den Siegermächten in Paris den sudetendeutschen Anspruch auf Autonomie und Selbstverwaltung ausgeredet.

Die Gemeindewahlen vom Juni erlauben es der tschechoslowakischen Führung, die Mehrheitsverhältnisse in den sprachlich gemischten Regionen auszutesten, ehe man die Wahlkreisgrößen für die Nationalratswahlen festlegt. Damit entsteht für die Tschechen und Slowaken die Möglichkeit, noch entsprechend nachzubessern. So schneidet die Wahlordnung von 1920 die Wahlkreise dann auch mit recht verschiedenen Größen zu. Ihr zufolge stellen im Durchschnitt bei den Nationalratswahlen 1920 je 39.957 Tschechen einen Abgeordneten im Parlament in Prag, während die Sudetendeutschen je 47.716 Stimmen und die Ungarn sogar 109.847 Stimmen brauchen, um einen Abgeordnetensitz zu erringen. Es hat auch einen Nachteil, erst Gemeinderats- und dann erst die Nationalratswahlen abzuhalten. Auf diese Weise gibt es im Februar 1920 noch kein demokratisch legitimiertes Parlament, das die dann erlassene endgültige Verfassung beraten und beschließen könnte. Dies wird ein bleibender Makel der Verfassung sein, da sie auch niemals nachberaten wird.

## Der Staatsvertrag der Sieger mit der Tschechoslowakei vom 10. September 1919

So wie ein Absatz über diesen Staatsvertrag naturgemäß das vorige Kapitel über die „Entstehung der Tschechoslowakei“ abschließen musste, so muss der Vertrag hier nach dem Ablauf der innerstaatlichen Ereignisse in der Tschechoslowakei noch einmal kurz Erwähnung finden. Der Staatsvertrag sollte von nun an das Verhältnis der tschechoslowakischen Regierung und der Verwaltung zu den vielen nationalen Minderheiten regeln und deren Rolle im neu entstandenen Staat bestimmen.

In Artikel 1 des Staatsvertrages verpflichtet sich die Tschechoslowakei, wie bereits erwähnt, keine Gesetze, Verordnungen und Amtshandlungen zu erlassen, die im Gegensatz zu den Artikeln 2 bis 8 des Staatsvertrages stehen und die Freiheitsrechte ihrer Staatsbürger verletzen. Artikel 7 ist dabei für die Minderheiten von besonderer Bedeutung. Er bestimmt, dass alle tschechoslowakischen Staatsbürger ohne Unterschied der Sprache, des Volkstums und der Religion vor dem Gesetze gleich sind und die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte genießen. Des Weiteren bestimmt Artikel 7, dass tschechoslowakischen Staatsbürgern keinerlei Beschränkungen im freien Gebrauch ihrer Muttersprache im Privat- oder Geschäftsverkehr, in Angelegenheiten der Religion, der Presse und vor Gericht

auferlegt werden dürfen. Auffallend ist jedoch, dass die gleichen Garantien in Bezug auf die Zulassung zum öffentlichen Dienst, zu Ämtern, zu Gewerben und Berufen dem genauen Text nach nur den Angehörigen verschiedener Religionen, Glaubensrichtungen und Bekenntnisse zugestanden werden, nicht aber den Bürgern aller Muttersprachen. Die Siegermächte wollen Regierung und Behörden der Tschechoslowakei hier offensichtlich nicht verpflichten, die deutsch-, ungarisch-, polnisch- und rumänischsprachigen Bürger gleichberechtigt zum öffentlichen Dienst und zu öffentlichen Ämtern zuzulassen. Die Tschechen werden diese Lücke weidlich auszunutzen wissen.

**Das Jahr 1920** beginnt ansonsten mit einem Ereignis, das das tschechisch-sudetendeutsche Verhältnis erneut mit Blut belastet. Am 20. Februar kommt es in Pohrlitz in Südmähren zu einer Protestversammlung deutscher Bauern. Tschechische Legionäre treiben die deutschen Demonstranten mit Gewehrsalven auseinander, wobei unter den Deutschen zwei Tote und 18 Verletzte zu beklagen sind.

## Die Abtretung des Hultschiner Ländchens von Deutschland an die Tschechoslowakei am 10. Januar 1920

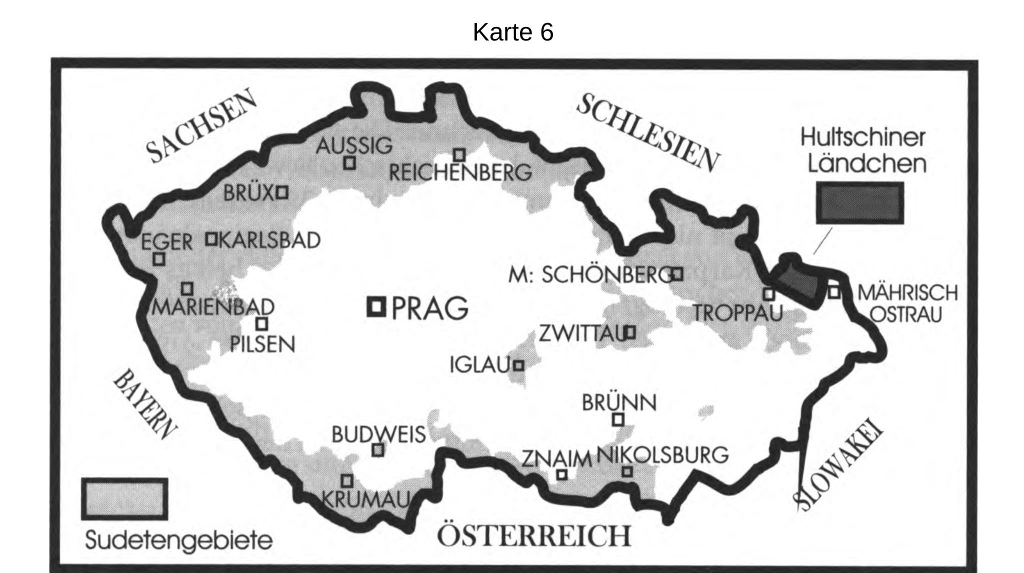
Der einzige Landstrich, den das Deutsche Reich nach den Versailler Bestimmungen an die Tschechoslowakei verliert, ist das Hultschiner Ländchen. Dieses nicht einmal ganze 300 Quadratkilometer große schlesische Grenzgebiet mit seinen knapp 45.400 Einwohnern wird von den Tschechen beansprucht, weil die dortige Bevölkerung mit großer Mehrheit slawischen Ursprungs ist. Man spricht dort einen altmährischen Dialekt mit deutschen Einmischungen. Nur rund 6500 der Bewohner sind deutsche Muttersprachler. Das Hultschiner Ländchen ist für die Tschechen wegen seiner Steinkohlevorkommen von besonderer Bedeutung.

### Die Lage des Hultschiner Ländchens

Die „Begeisterung" der rund 39.000 Mähren für ihren Anschluss an die Tschechoslowakei ist allerdings nur minimal. Die Bevölkerung des Ländchens veranstaltet eine Volksbefragung, in der sich 93,7 Prozent der Teilnehmer für den Verbleib im Deutschen Reich entscheiden.[105] Sie verlangt noch während der Versailler Konferenz in wiederholten Petitionen an die Siegermächte und den Papst, die Entscheidung der Landabtretung zurückzunehmen, beziehungsweise zu verhindern oder zumindest eine offizielle Volksabstimmung. Doch der endgültige Beschluss der Siegerstaaten übergeht das Votum der ortsansässigen Bevölkerung. Im No-

105 Bollacher, S. 34

Karte 6




Das Hultschiner Ländchen

vember 1919 kommt es im Ländchen zu anti-tschechischen Demonstrationen. Trotz allem erfolgt am 10. Januar 1920 die Abtretung an die Tschechoslowakei. Als tschechische Behörden und Soldaten das Gebiet übernehmen wollen, gibt es Widerstand, und die Tschechen müssen Infanterie und Artillerie aufmarschieren lassen, um sich durchzusetzen.

Nach dem Anschluss verlassen 4503 der ursprünglich 6480 Deutschsprachigen ihre dortige Heimat. Die im Ländchen verbleibenden Mähren machen 1923 noch einmal von sich reden, als sie bei Kommunalwahlen mit ihrer Stimmabgabe zeigen, was sie von ihrem neuen Staate halten. Doch davon ist erst 1923 zu berichten. 1922 und 1923 erfolgen nach späterer Entscheidung der Siegermächte auch noch die Abtretungen der schlesischen Gemeinden Haatsch, Owschütz und Sandau, die direkt nördlich des schon abgetretenen Hultschiner Ländchens liegen, von Deutschland an die Tschechoslowakei.

## Die Verfassung der Tschechoslowakei vom 29. Februar 1920

Die Revolutionäre Nationalversammlung begibt sich nun daran, eine endgültige Verfassung zu entwerfen, die sie am 29. Februar 1920 per Gesetz in Kraft setzt. Auch dies geschieht, noch bevor das erste gewählte Parlament der Tschechoslo-

wakei im Juni 1920 ein erstes Mal Zusammentritt. Diese Nationalversammlung wird zum Beschluss der endgültigen Verfassung um ein paar Personen auf 270 Abgeordnete erweitert. Die Tschechen teilen dabei den Slowaken 54 Sitze zu. Auch das ist zugunsten der Tschechen knapp gerechnet: Die slowakische Bevölkerung der Tschechoslowakei zählt 30 Prozent der tschechischen Bevölkerung, die zugestandenen Sitze in der Nationalversammlung jedoch nur 25 Prozent. Die Ruthenen werden überhaupt nicht eingeladen, obwohl ihre drei Regionalparlamente den Anschluss der Karpato-Ukraine an die Tschechoslowakei bereits vor mehr als einem halben Jahr bestätigt hatten. Die Revolutionäre Nationalversammlung verabschiedet noch am selben Tage wie die Staatsverfassung das „Gesetz über die Grundsätze des Sprachenrechts", das „Gesetz über die Wahlordnung für das Abgeordnetenhaus" und das „Gesetz über das Verwaltungsgericht", ehe die vielen Minderheiten Einfluss nehmen könnten. Damit ist der Rahmen für den neuen Staat gezimmert.

Die Endgültige Verfassung begleitet ein Gesetz,[106] das in zehn Artikeln die Provisorische Verfassung von 1918 aufhebt und die neue, endgültige in Kraft setzt. Zwei Artikel darunter fallen auf. Artikel II setzt ein Verfassungsgericht als Wächter über die Gesetze ein, die das tschechoslowakische Parlament und der karpatoukrainische Landtag zukünftig erlassen werden. Bemerkenswert ist, dass das in Pittsburg vereinbarte Landesparlament der Slowakei hier erstmals nicht mehr vorgesehen ist. Zum zweiten fällt ins Auge, dass Artikel IV festschreibt, dass die bisher von der Nationalversammlung beschlossenen und „verkündeten" Gesetze Gesetzeskraft behalten. Sie können damit nicht noch einmal unter Beteiligung von Slowaken, Ungarn und Sudetendeutschen nachberaten werden.

Die Präambel der Verfassung beginnt mit den vier Worten: „Wir, das tschechoslowakische Volk". Diese ersten Worte sagen, dass diese Verfassung die der zwei Titularnationen ist, der Tschechen und Slowaken, nicht aber die Verfassung des gesamten Staatsvolks, das in Zukunft in der Tschechoslowakei lebt. Dass die Worte „das tschechoslowakische Volk" hier nicht die Ungarn, Polen, Sudetendeutschen, Rumänen und Ruthenen einbeziehen, zeigt sich am Unterschied zu anderen Formulierungen in der Verfassung, in denen von „Einwohnern oder Staatsbürgern der Tschechoslowakei" die Rede ist. Damit ist ein Nationalstaat der Tschechen und Slowaken ausgerufen und kein Nationalitätenstaat wie die moderne Schweiz. Und etwas Zweites sagt der Begriff „tschechoslowakisches Volk" aus. Es spiegelt vor, dass Tschechen und Slowaken **ein** Volk seien. Man merkt der Wortwahl an, dass die entschiedenen Vertreter des slowakischen Volkes hier nicht

106 „Gesetz vom 29. Feber 1920, womit die Verfassungsurkunde der tschechoslowakischen Republik eingeführt wird". Siehe Verfassungsgesetze, S. 6

mitberaten haben. Der Chef der Slowakischen Volkspartei, Andrej Hlinka, sitzt noch in einem tschechischen Gefängnis, und der slowakische General Stefänik ist mit seinem Flugzeug inzwischen von tschechischen Soldaten abgeschossen worden. Der übliche Sprachgebrauch in der Tschechoslowakei schließt sich dann auch bald dem der Verfassung an. Man bezeichnet die Tschechen und Slowaken als die Staatsnation und die anderen Völker als die Minderheiten.

Die Leitidee der endgültigen Verfassung ist die „Einheit von Volk und Staatsgebiet der Republik". Die Präambel mit dem „tschechoslowakischen Volk" setzt sich mit den Worten von der „vollständigen Einheit des Volkes" fort. Artikel 3 bezeichnet das Gebiet der tschechoslowakischen Republik als ein „einheitliches, unteilbares Ganzes". Die Idee der Einheit und der Unteilbarkeit der Republik wird in den nächsten 18 Jahren die Politik im Land beherrschen und den Autonomiebestrebungen der Slowaken und der anderen Minderheiten keinen Spielraum lassen.

Auffallend ist, dass sich die Verfassungsgeber zwar in der Präambel auf die „Grundsätze der Selbstbestimmung" berufen, aber nicht auf den damals gängigen Begriff vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker". Das ist aus Sicht der Tschechen konsequent. Ein Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker hätte den Ansprüchen der vielen Minderheiten Tür und Tor geöffnet. Kein Artikel der Verfassung befasst sich deshalb mit den Rechten für eine Minderheit als Ganzes. Die Rechte, welche die Verfassung zugesteht, sind nur Rechte für die Individuen. Sie werden einzelnen Personen zugesprochen, den Bürgern, Staatsbürgern, Einwohnern und „Staatsbürgern, welche einer Minderheit angehören". Es wird bis 1937 dauern, bis eine Minderheit ansetzt, ihre Anerkennung als Volksgruppe und Rechtsperson innerhalb der Tschechoslowakei erfolgreich durchzusetzen. Es sind das die Sudetendeutschen mit ihrem Sprecher Konrad Henlein.

Das einzige Volk, das in der Verfassung mit Autonomie und besonderen Rechten ausgestattet wird, sind die Ruthenen. Die Karpato-Ukraine war der Tschechoslowakei von den Siegermächten im Vertrag von Saint-Germain und im Staatsvertrag vom 10. September 1919 ausdrücklich als „autonomes Gebiet" zugesprochen worden und nicht als integraler Teil des Landes. So wird den Ruthenen in Artikel 3 der Verfassung die „vereinbarte Autonomie" zugesagt, dazu, wie es der Staatsvertrag verlangt, ein eigener Landtag, der zu Angelegenheiten der Sprache, des Unterrichts, der Religion und der örtlichen Verwaltung ruthenische Gesetze erlassen darf. An der Spitze der Karpato-Ukraine soll außerdem ein dem Landtag verantwortlicher Gouverneur stehen. Diese in der Verfassung am 29. Februar 1920 zugesagte Autonomie wird aber schon vier Wochen später, am 26. April

1920, durch eine einfache Regierungsverordnung wieder außer Kraft gesetzt.[107] Den zugesagten Landtag bekommen die Ruthenen dann erst 1937 zugestanden, und ein eigenes „Gesetz über die Autonomie der Karpato-Ukraine“ ergeht erst 1938, zu spät, um die Einheit der Tschechoslowakei noch zu retten. Ihren eigenen Landtag berufen die Ruthenen erstmals 1939 gegen den Willen der Prager Zentralregierung ein.

Das Volk, dem seine Autonomie und ein eigener Landtag zuerst vertraglich zugesichert worden war, sind die Slowaken. Im Vertrag von Pittsburg, der gerade einmal eineinhalb Jahre alt ist, hatten Tschechen und Slowaken vereinbart:

> „Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung, ihr Parlament und ihre Gerichte haben. Die slowakische Sprache wird zur Amtssprache in Schulen und in Behörden und im öffentlichen Leben überhaupt.“[108]

In der Verfassung vom Februar 1920 findet sich davon nichts wieder. Nach dem Text der Verfassung sind die Slowaken inzwischen „Tschechoslowaken“ und ihre Sprache ist, wie das am gleichen Tag beschlossene Sprachengesetz ausweist, „Tschechoslowakisch“. Der versprochene Landtag wird - anders als der für die Ruthenen - in der Verfassung unterschlagen. Es wird bis zum 9. Oktober 1938 dauern, bis die Slowaken in Preßburg ihren Landtag einberufen, übrigens auch gegen den Willen der tschechoslowakischen Regierung.

Das gebrochene Versprechen von Pittsburg, die Leugnung einer slowakischen Nation und die Bevormundung des Slowaken durch die Tschechen lassen den neuen Staat nur 19 Jahre später auseinanderbrechen.

Außer „Tschechoslowaken“ und Ruthenen erwähnt die Verfassung keine weiteren Völker. Sie spricht nur von Einwohnern, Staatsbürgern oder Minderheiten verschiedener „Sprachen, Rassen und Religionen“. Allen werden in den Artikeln 106 bis 134 gleiche Rechte und bürgerlichen Pflichten zugesprochen. Für Ungarn, Polen, Sudetendeutsche und Rumänen, die alle weder Tschechisch noch Slowakisch als ihre Muttersprache sprechen, sind besonders folgende Artikel von Bedeutung:

> „Artikel 128
>
> (1) Alle Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik sind vor dem Gesetze vollständig gleich und genießen gleiche bürgerliche und politische Rechte, ohne Rücksicht darauf, welcher Rasse, Sprache oder Religion sie sind.

107 Dolezel, S. 96, Fußnote 28
108 ODSUN-Dokumente, S. 483

> (2) Der Unterschied in der [...] Sprache ist für keinen Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik in den Grenzen der allgemeinen Gesetze ein Hindernis, insbesondere soweit es sich um den Zutritt zum öffentlichen Dienste, zu Ämtern und Würden handelt, oder soweit es sich um die Ausübung irgendeines Gewerbes oder Berufes handelt.
>
> Artikel 134
>
> Jegliche Art einer gewaltsamen Entnationalisierung ist unerlaubt.“[109]

Der Artikel 128 wird in der Folgezeit durch Regierungsmaßnahmen zu großen Teilen ausgehebelt.

Die Verfassung sagt zwar allen Bürgern, ungeachtet ihrer Rasse, Sprache oder Religion, die gleichen Rechte zu, doch sie hält eine Anzahl grundlegender Versprechen nicht, die Prof. Benes den Delegierten der Siegermächte in seinen *Memoires* vor einem Jahr noch schriftlich abgegeben hatte. Das erste gebrochene Versprechen besteht darin, den neuen Staat nicht nach Art der Schweiz zu strukturieren. Den nationalen Minderheiten, soweit sie in geschlossenen Gebieten wohnen, wird weder eine administrative Autonomie noch eine territoriale zugestanden, noch gibt es in Wirklichkeit die einst zugesagten Landtage für die Slowaken und Ruthenen. So fehlt dem neuen Staat der föderative Aufbau nach Art der Schweiz. Die Tschechoslowakei ist zum Teil nach der Verfassung und später in Wirklichkeit zur Gänze ein tschechischer Zentralstaat mit einer großen Zahl von nationalen Minderheiten. Am 1. Januar 1922 gesteht Staatspräsident Masaryk das auch so ein, als er in seiner Neujahrsbotschaft sagt, dass die Lösung der Minderheitenfrage nach dem Schweizer Muster nicht der geschichtlichen Vergangenheit entspricht und dass für die Tschechoslowakei eher das belgische Muster heranzuziehen sei. In Belgien dominieren zu der Zeit die Wallonen noch die Flamen. Übertragen auf die Tschechoslowakei sagt Masaryk damit nichts anderes, als dass die Tschechen den neuen Staat führen und beherrschen sollten. Das zweite gebrochene Versprechen betrifft das Deutsche als zweite Landessprache. Diese Zusicherung in Benes’ *Memoire* III findet weder Eingang in die Verfassung noch in das am gleichen Tag erlassene Sprachengesetz. Im Alltag der Tschechoslowakei werden sich die Tschechen vielmehr darum bemühen, das Deutsche aus dem Kulturleben zu verdrängen, bei Gericht, wo möglich, zu vermeiden und im offiziellen Sprachgebrauch zu tilgen. So werden als Erstes die Namen der rein sudetendeutschen Städte ausgetauscht. Aus Eger wird Cheb, aus Gablonz Jablonec und Karlsbad heißt fortan Karlovy Vary. Selbst die 21 sudetendeutschen Städte,[110] die 1921

109 Sammlung der Gesetze der CSR, 1920, Nr. 121
110 Bohmann, S. 25

noch immer einen über 97 Prozent deutschen Bevölkerungsanteil aufweisen, wie Reichenberg, Komotau und Aussig verlieren wie selbstverständlich ihre alten Namen.

Die neue Verfassung vom Februar 1920 soll - so ist die Sicht der Tschechen - dem neuen Staate unter ihrer Führung Stabilität und eine gute Zukunft garantieren. Doch sie entspricht nicht dem Selbstverständnis all der vielen Völker, die mit oder gegen ihren Willen in diesem Staate leben werden. Die Tschechoslowakei wird mit dieser Verfassung zu einem Nationalstaat unter dem Primat der Tschechen statt zum Nationalitätenstaat, mit dem die vielen Völker sich vielleicht noch angefreundet hätten.

Die noch vor der ersten Nationalratswahl im April 1920 beschlossene endgültige Verfassung und die bis zum Zusammentreten des ersten frei gewählten Parlaments im Juni erlassenen Gesetze prägen die nun kommende, 19 Jahre währende Geschichte der Tschechoslowakei. Die Auswirkungen dieser Gesetze werden uns im folgenden Kapitel bis 1933 beschäftigen.

## Das Sprachengesetz vom 29. Februar 1920

Die Verfassung, die allen Bürgern „unabhängig von Herkunft, Nationalität, **Sprache,** Rasse usw. ein gleiches Maß an vollkommener und absoluter Sicherheit des Lebens und der Freiheit“ garantiert, dazu den Zugang zum öffentlichen Dienst und allen öffentlichen Ämtern, ist eine hoffnungsvolle Ouvertüre für den neuen Staat, dem Menschen aus so vielen Sprachnationen angehören. Es ist auch gut und richtig, dass die Nationalversammlung so früh wie möglich den Gebrauch der verschiedenen Sprachen mit einem Sprachengesetz regelt. Doch die Mitberatung der davon betroffenen Minderheiten fehlt. So ist und bleibt das **„Gesetz, mit welchem die Grundsätze des Sprachenrechts in der tschechoslowakischen Republik festgesetzt werden“ -** so heißt es amtlich - vom 29. Februar[111] ein tschechisches Gesetz mit allen Konsequenzen.

Das Gesetz beginnt mit dem Satz:

> „§ 1 Die tschechoslowakische Sprache ist die staatliche, offizielle Sprache der Republik.“

Damit hebt das Gesetz eine bisher nicht vorhandene Sprache aus der Taufe. Selbst Paragraf 4 des Gesetzes unterscheidet wieder zwischen Tschechisch und Slowa-

111 Verfassungsgesetze, S. 47-51

kisch. Und noch Jahre später, am 24. Juni 1937, hält Ministerpräsident Milan Hodza eine Rundfunkrede an sein Volk, zweimal unmittelbar nacheinander, zuerst in Tschechisch und dann in Slowakisch.[112] Auch das tschechoslowakische Statistische Staatsamt teilt 1938 in seinen „Statistischen Mitteilungen" mit, dass im Vorjahr in der Tschechoslowakei 40 Werke aus dem Tschechischen in das Slowakische übersetzt worden sind.[113] Soweit zur Gleichheit von Tschechisch und Slowakisch. Nun steht die politische Führung der Tschechoslowakei von Anfang an vor der sehr schwierigen Aufgabe, aus ihren Staatsangehörigen ein neues Staatsvolk zu entwickeln. Hinderlich ist dabei die Verschiedenartigkeit der Religionen, Sprachen, Volkstümer, Traditionen und anderer Unterschiede der 14 Millionen Bürger, die die Siegermächte dem neuen Lande zugewiesen haben. Es sind die Sprachenunterschiede, die dabei zum Zeichen für den wahren Kern der Schwierigkeiten werden. Die Neubürger gehören acht verschiedenen Völkern an, von denen nur die Tschechen und Slowaken eng verwandte Sprachen sprechen. Das Slowakische weicht allerdings vom Tschechischen in manchen Wortbedeutungen, zum Teil im Satzbau und in der grammatischen Formenlehre ab. Die Ähnlichkeit der Sprachen verleitet trotz alledem die Tschechen, das Slowakische als eine Minderheitensprache dem Tschechisch anzupassen und den Slowaken zuzumuten, in Zukunft ein „Tschechoslowakisch" genanntes Prager Tschechisch zu gebrauchen.

In einer Beschreibung der Sprachenwirklichkeit, die sich daraus ergibt, schreibt ein Prof. Rädl von der Universität in Prag 1924 über das „Sprachenrecht des Staates" und führt aus, „dass einzig und allein die tschechische Sprache staatsbildend ist".[114] Die Tschechen sehen in der Beherrschung ihrer eigenen Sprache fortan den Nachweis der Zugehörigkeit zur „tschechoslowakischen" Nation und der Loyalität zum neuen Staat. Soweit das aus der Sicht der Tschechen praktisch und berechtigt ist, so sehr verletzt es auf Dauer die Gefühle der Slowaken. Die Sprache ist das Band, das nun nach dem Willen der Tschechen aus zwei verschiedenen Völkern eines binden soll, ein Volk der Tschechoslowaken. Damit bilden die Tschechen mit ihrem rund 50 Prozent Bevölkerungsanteil zusammen mit den nicht ganz 15 Prozent der Slowaken eine klare Mehrheit im Verhältnis zu den vielen Minderheiten und somit das Fundament der neuen Tschechoslowakei.

Zurück zu dem Gesetzestext: Kern des Gesetzes ist die Regelung, dass in Gebieten mit einer Sprachenminderheit von mindestens 20 Prozent der ortsansässigen Bevölkerung die Minderheitensprache bei „Gerichten, Behörden und Organen

112 PAAA, R103653, Blatt 157
113 PAAA, R 29932, Blatt 616
114 Rädl, S. 183

der Republik“ im Amtsgebrauch verwendet werden darf. Auch sind die Gerichte usw. verpflichtet, Eingaben der Minderheiten in deren Sprache entgegenzunehmen und sie in Tschechisch und in deren Muttersprache zu beantworten. Soweit ein liberales, sinnvolles und unproblematisches Gesetz. Dort, wo es solche 20 Prozent-plus-Minderheiten gibt, ist für sie kein Zuwachs zu erwarten, und die dort ansässige Verwaltung spricht in aller Regel notfalls aus Altösterreichs und Altungarns Zeiten noch immer Deutsch und Ungarisch. Problematisch wird es, wo das Gesetz die gleichen Sprachenrechte für die Tschechen und Slowaken fordert, was eigentlich ganz selbstverständlich ist. Doch in den rein und überwiegend deutschen und ungarischen Sprachgebieten, in denen die angestammten Beamten, Richter und Staatsangestellten meist kein oder nur sehr wenig Tschechisch können, wird die systematische Besiedlungspolitik der Tschechen und Slowaken, die von nun an an der Tagesordnung ist, bald zum ernsten Sprachproblem für die alteingesessenen Richter und Beamten in der Verwaltung und an den Gerichten.

Die Tschechen führen mit dem Sprachengesetz von 1920 ihren alten Vorwurf gegen Habsburg ad absurdum, die Österreicher hätten sie zur Kaiserzeit kulturell unterdrückt. Die altösterreichische Sprachenregelung mit der Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen und mit dem Verzicht auf Deutsch als alleinige Staatssprache war weitaus liberaler als das neue Gesetz mit dem Tschechoslowakischen als alleiniger Staatssprache oder wie es im Gesetzestext genau heißt, als der staatlichen, offiziellen Sprache. Mit dem Gesetz von 1920 brechen die Tschechen auch zwei ihrer früheren Versprechen. In Pittsburg war den Slowaken die Verwendung der slowakischen Sprache als Amtssprache in der Slowakei vertraglich zugesagt worden. Davon findet sich nun kein Wort mehr im Sprachengesetz wieder. Außerdem hatte Benes in seinem Memoire III den Siegermächten zugesagt, dass Deutsch die zweite Staatssprache werden würde. Auch dies Versprechen wird nicht eingehalten.

Das Gesetz verfügt zum Schluss noch, dass die Regierung binnen fünf Jahren eine Verordnung zur „Durchführung des Gesetzes“ zu erlassen hat. Die Verordnung erscheint erst 1926.

## Das Wahlgesetz vom 29. Februar 1920

Zusammen mit der Staatsverfassung und einer Reihe anderer grundlegender Gesetze wird auch das **„Gesetz betreffend die Erlassung der Wahlordnung**

**für das Abgeordnetenhaus“** erlassen,[115] und ein entsprechendes Gesetz für die Senatswahl. Das Gesetz legt das Wahlrecht für alle Bürger ab dem 21. Lebensjahr und die Wahlpflicht bis zum Alter von 70 Jahren Alter fest. Es beschreibt minutiös die Vorbereitung und den Ablauf von Wahlen, wie es einer modernen Demokratie entspricht. Ein Haken - und kein kleiner - findet sich für die Minderheiten in Artikel I. Dort wird die Tschechoslowakei in 22 Wahlbezirke eingeteilt, und die Bezirke erhalten je nach Zuschnitt verschieden große Abgeordneten-Zahlen zugeteilt. Das reicht von 45 Mandaten für den Wahlbezirk I in der Stadt Prag bis zu 7 Mandaten für den weitgehend „ungarischen“ Wahlbezirk XIIX mit den Komitaten Hont, Komärno, Svolen und Tekova. Der Haken liegt damit bei der Zahl der Stimmen, die je nach Wahlbezirk für einen Abgeordneten erforderlich sind. So fällt - wie schon einmal erwähnt - durchschnittlich ein Mandat auf rund 39.900 Tschechen, eines auf rund 47.700 sudetendeutsche und eines auf rund 110.000 ungarische Stimmen.[116] Besonders begünstigt ist der schon genannte Wahlkreis Prag. Folgen hat das zum Beispiel bei der Wahl von 1935, als die Sudetendeutsche Partei von Konrad Henlein über 81.000 Stimmen mehr erhält als die stärkste tschechoslowakische Partei, die Agrarier, und damit dennoch einen Parlamentssitz weniger als Letztere erzielt.

Problematisch wird sich in Zukunft auch eine Ausnahmeregelung für das Militär erweisen. Jeder Bürger muss sonst drei Monate vor dem Wahltermin am Wahlort angemeldet sein. Soldaten aber können nach den §§ 1 und 4 an dem Ort wählen, an dem sie stationiert oder am Wahltag dienstlich kommandiert sind. Die tschechoslowakische Regierung wird diese beiden Paragrafen bei der ersten Wahl von 1920 nutzen und Truppen in Orte mit nur knapper deutscher Mehrheit kommandieren, um das Wahlergebnis dort zu ihren Gunsten zu verschieben.

## Das „Gesetz über das Verfassungsgericht“ vom 9. März 1920

Ein weiteres Gesetz beengt den politischen Bewegungsspielraum der nationalen Minderheiten. Nach dem „Gesetz zur Einrichtung des Verfassungsgerichtes“, wie es amtlich heißt, können nur die Obersten Gerichte und die Parlamente das Verfassungsgericht anrufen. Damit bilden Verfassung, Verfassungsgericht und Gesetze einen geschlossenen Regelkreis zugunsten der den Staat beherrschenden Nation der Tschechen. Einzelne politische Parteien oder gar eine nationale Minderheit haben keine Möglichkeit, im Streit, z. B. um Minderheitenfragen das

115 Verfassungsgesetze, S. 52-98
116 Pleyer, S. 155

Verfassungsgericht zu bemühen. Verfassung und Gesetze sind so zugeschnitten, dass die nationalen Minderheiten als juristische Personen für den Staat nicht existieren. Parteien, die Teile solcher Minderheiten politisch vertreten, haben nicht die Möglichkeit, die Minderheitenrechte ihrer Gemeinschaften vor dem Verfassungsgericht auf legalem Wege durchzusetzen. Einzelne Minderheitenangehörige, die ihre in der Verfassung verbrieften Rechte bei den Gerichten im Dschungel der ansonsten tschechenfreundlichen Gesetze und Verordnungen regelmäßig nicht erstreiten können, sind vor dem Verfassungsgericht ebenfalls nicht zugelassen. So sind die Minderheiten, was die Wahrung der ihnen in der Verfassung zugestandenen Rechte angeht, völlig auf das Wohlwollen und auf die Rechtsauffassungen der Tschechen und Slowaken angewiesen.

## Das Schulgesetz von 1920[117]

Am 9. April 1920, noch ehe die nationalen Minderheiten in einem ordentlich gewählten Parlament in dieser Frage mitbestimmen können, erlässt das selbst ernannte Parlament ein weiteres Schulgesetz nach dem von 1919. Das Gesetz von 1919 hatte nur die Sonderregelungen für den Bau der neuen tschechischen Minderheitenschulen festgelegt, aber noch nicht die alten Bindungen der Kindergärten, Schulen und Akademien an die lokalen Orts- und Bezirksschulräte und an die nationalen Aufsichtsgremien angetastet. Das wird jetzt nachgeholt. Das Ministerium für Schulwesen und Volksbildung übernimmt die Angelegenheiten des Hoch, Mittel- und Fachschulwesens, der Gemeinde- und Bürgerschulen, der Minderheiten-Volksschulen und der Kindergärten. Damit ist das gesamte Schulwesen der Republik in tschechischer Hand und die in Altösterreich 1867 eingeführte Landesselbstverwaltung im Bereich des Bildungswesens abgeschafft.

Unabhängig vom Gesetz üben viele tschechische Arbeitgeber in den Sudetenlanden Druck auf ihre deutschen Arbeitnehmer aus, die Kinder in die tschechischen Minderheitenschulen zu schicken. Der Hinweis, dass der Arbeitsplatz nicht sicher sei, hilft dabei kräftig nach.

## Die Parlamentswahlen und die Regierungsbildung von 1920

Die „revolutionäre" Zeit der jungen Tschechoslowakei endet mit den Nationalratswahlen von 1920. Der Rat besteht in Zukunft aus dem Abgeordnetenhaus

117 „Gesetz vom 9. April 1920, mit dem die Schulverwaltung geregelt wird'

mit 300 Sitzen und dem Senat mit 150. Die Parteien, die zur Wahl antreten, unterscheiden sich in erster Linie in ihrem Nationalgefühl und erst in zweiter nach der Weltanschauung. So arbeiten in der Zukunft kaum einmal tschechische und deutsche Sozialdemokraten zusammen, genauso wenig wie tschechische und deutsche Nationalsozialisten oder die Agrarierparteien. Das erste Abgeordnetenhaus, das aus der Wahl hervorgeht, umfasst 151 Sitze für die tschechischen Parteien, 72 für die deutschen, 48 für die slowakischen, 10 für die ungarischen und 19 Sitze für die Ruthenen, die Hultschiner und die Teschener, was den Proporz der Muttersprachen in etwa widerspiegelt. Der Wahlausgang wird für den Chef der Slowakischen Volkspartei Andrej Hlinka zum persönlichen Erfolg. Die Tschechen müssen ihn aus seiner Haft entlassen, wo sie ihn wegen seines Kampfes für die Autonomie der Slowakei ein halbes Jahr ohne Anklageschrift und Urteil als „Hochverräter“ haben schmoren lassen. Hlinka zieht als Parteiführer in das Abgeordnetenhaus in Prag ein. Die deutschsprachigen Abgeordneten verteilen sich auf sechs Parteien. Nur die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei wird mit 31 Mandaten zur 10 Prozent-Partei. Die anderen erringen nur so wenig Sitze, dass sie selbst zusammen mit den Sozialdemokraten gerade 24 Prozent der Abgeordnetenstimmen auf die Waage bringen könnten, zu wenig, um Einfluss auf Gesetzesvorlagen zu bekommen, die für die Sudetendeutschen von Belang sind. Dazu ist nach der Verfassung eine absolute Mehrheit nötig.

Schwierig wird die Regierungsbildung, die den Wahlen folgen muss. Die tschechischen Sozialdemokraten gehen als stärkste Partei aus dieser Wahl hervor. Folglich erhält ihr Parteivorsitzender, Vlastimil Tusar, den Auftrag, eine neue Regierung aufzustellen. Doch das ist für Tusar nicht ganz einfach. Seine eigene Partei befindet sich im Zustand der Auflösung, und ein Parteitag schreibt ihm vor, dass er keine „allgemeine Koalition“ bilden darf, was eine aus allen tschechischen Parteien gebildete Koalition ausschließt.[118] Damit sind Tusars Möglichkeiten eingeschränkt. Die tschechischen Parteien, die ihm dann noch bleiben, bringen im Parlament keine zuverlässige Mehrheit mehr zusammen. So beschließt Tusar, den deutschen Parteien die Mitregierung anzubieten. Er lädt die sozialdemokratischen Abgeordneten Seliger, Czech und Czermak zu Gesprächen ein. Tusar, als tschechischer Sozialdemokrat, hofft mit den deutschen Sozialdemokraten eine größtmögliche Übereinstimmung für eine Koalition zu finden, und er lockt sie mit der Aussicht auf die Chance, gemeinsam einen sozialistischen Staat aufbauen zu können.[119] Doch das deutsche Hemd ist den drei Abgeordneten näher als der sozialistische Rock. Bei ihren Sondierungsgesprächen am 5. Mai

118 Dietl, S. 219
119 Gesandtschaftsberichte aus Prag, Teil 1, Dok. 105

1920 stellen sie drei Bedingungen für ihren Eintritt in das Kabinett. Sie fordern eine neue Beratung der Verfassung, die zwei Monate zuvor ohne Beteiligung der nationalen Minderheiten beschlossen worden ist, ferner eine Aufhebung des Sprachengesetzes und das Ausscheiden der Tschechoslowakei aus der „Kleinen Entente“, einem gegen Österreich und Ungarn gerichteten Bündnis von drei neuen Staaten, die einst Alt-Österreich-Ungarn angehörten.[120] Danach lässt Tusar den Gedanken fallen, die deutschen Sozialdemokraten in sein Kabinett zu holen. Sondierungsgespräche mit den Vertretern anderer deutschsprachiger Parteien am Tag danach verlaufen ähnlich.

Die Zugeständnisse, die die sudetendeutschen Sozialdemokraten als Preis für eine Mitarbeit der Deutschen in der Tschechoslowakei verlangen, würden bedeuten, dass Tusar bei einer Nachverhandlung der Verfassung auch bereit sein müsste, von der Staatsidee des tschechoslowakischen Nationalstaats abzurücken. Das kann und will er nicht. Einen solch grundlegenden Kurswechsel würde er politisch nicht überleben. Was Ministerpräsident Tusar will, ist dass die Deutschen den Staat der Tschechen und Slowaken akzeptieren und ihn mitgestalten, nicht aber dass sie ihn verändern. Die verlangte Anpassung der auf den tschechoslowakischen Nationalstaat fokussierten Staatsverfassung an die multiethnische Realität ist allerdings die letzte Chance, die nationalen Minderheiten doch noch mit dem ihnen aufgezwungenen neuen Staate auszusöhnen. Sie wird nicht genutzt. Andererseits ergreifen auch die Deutschen ihre Chance für eine Mitgestaltung nicht. Die spätere Mitarbeit von drei deutschen Ministern ab 1926 zeigt allerdings, dass der Einfluss, den der Platz am Kabinettstisch einbringt, marginal bleibt.

## 1920 und die parlamentarischen Anlaufschwierigkeiten

Das im April gewählte Abgeordnetenhaus tritt am 1. Juni 1920 ein erstes Mal zusammen. Die ersten Wochen und Monate sind für das Parlament und die Regierung turbulent. In der Eröffnungssitzung ergreift der Sudetendeutsche Lodgman von Auen das Wort und erklärt im Namen des Deutschen Parlamentarischen Verbandes:[121]

> „Als gewählte Vertreter des im tschechischen Staate unterdrückten deutschen Volkes erklären wir bei unserem Eintritte in das tschechoslowakische Parlament feierlich vor der Bevölkerung dieses Staates, vor ganz Europa und der gesamten gesitteten Welt:

120 Dietl, S. 220

121 Dem Deutschen Parlamentarischen Verband gehörten alle Parteien außer den Sozialdemokraten an.

> Durch den Friedensvertrag von Saint-Germain ist mitten in Europa ein Staat entstanden, welcher neben rund sechseinhalb Millionen Tschechen unter anderem auch fast vier Millionen Deutsche umfaßt. Vergebens waren unsere Vorstellungen, welche wir vor Beginn und während des Verlaufes der Friedensverhandlungen erhoben haben, vergebens war unser einmütiges Bestreben, das Schicksal unseres Siedlungsgebietes selbst zu bestimmen, vergebens haben wir darauf hingewiesen, daß ein so gestalteter Staat nicht den 14 Punkten Wilsons, nicht dem Begriff der Demokratie entspräche, daß er niemals zur Ruhe käme, und schon infolge seiner unmöglichen Zusammensetzung eine stete Bedrohung des europäischen Friedens bilden würde [...]
>
> Die tschechoslowakische Republik ist daher das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes, und sie hat diese deutschen Gebiete widerrechtlich mit Waffengewalt besetzt [...]
>
> Die gesamte tschechoslowakische Gesetzgebung einschließlich der oktroyierten Verfassung stellt eine offenkundige Verletzung des Minderheitenschutzvertrages[122] dar. Wir erklären daher feierlich, daß wir keines dieser Gesetze als für uns verbindlich anerkennen.“[123]

Dieselbe grundsätzliche Erklärung gibt der deutsche Senator Dr. Moritz Vetter-Lilie am 9. Juni noch einmal vor den Mitgliedern des Senates ab.

Am zweiten Sitzungstag des Abgeordnetenhauses, am 2. Juni, meldet sich auch der Sprecher der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Wort:

> „Als unter dem Druck einer der größten Umwälzungen der Geschichte die österreichisch-ungarische Monarchie zerfiel, haben wir deutschen Sozialdemokraten die Befreiung der Nationen aus den jahrhundertelangen Fesseln nationaler Unterdrückung freudig begrüßt. Wir anerkannten ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung das Recht aller slawischen und romanischen Nationen, ihre eigenen nationalen Staaten zu gründen und nahmen dasselbe Recht in gleichem Maße auch für unser Volk in Anspruch [...]
>
> In der Stunde, da wir das Parlament der tschechoslowakischen Republik betreten, [...] erklären wir deutschen Sozialdemokraten feierlichst, daß wir am Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes unverrückbar und unverbrüchlich festhalten und [...] auf dem Boden dieses neuen Nationalitätenstaates unseren großen geschichtlichen Kampf aufnehmen.“[124]

122 Staatsvertrag vom 10.09.1919

123 Beilage zum Stenoprotokoll der 2. Versammlung des Abgeordnetenhauses der Nationalversammlung vom Dienstag, dem 1. Juni 1920, S. 28

124 Abgeordnetenhaus, 1. WP., 1. SP., S. 28 ff. und 61 ff.

Dieser Rütli-Schwur der Sozialdemokraten wird nur sechs Jahre halten, dann treten sie in die tschechoslowakische Regierung ein. Ihr Tun ist dabei allerdings pragmatisch. Sie hoffen, dass sie das Schicksal der Sudetendeutschen von der Regierungsbank aus beeinflussen können.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. Juni greift der Sprecher des sudetendeutschen Bundes der Landwirte, Franz Krepek, das Thema noch einmal in aller Schärfe auf. Er sagt:

> „ [...] Und nun haben Sie Ihren eigenen Staat errichtet und uns mit Hilfe der siegreichen Westmächte in diesem Staat festgehalten, und heute stehen wir in unserer nationalen Bedrängnis genau dort, wo Sie einst gestanden sind. Sehen Sie denn nicht, daß Sie uns ein Beispiel gegeben haben, das man nur nachzuahmen braucht? Sie haben dem deutschen Volk förmlich vorgezeichnet, wie man sich gegen einen solchen Staat zu verhalten hat.“[125]

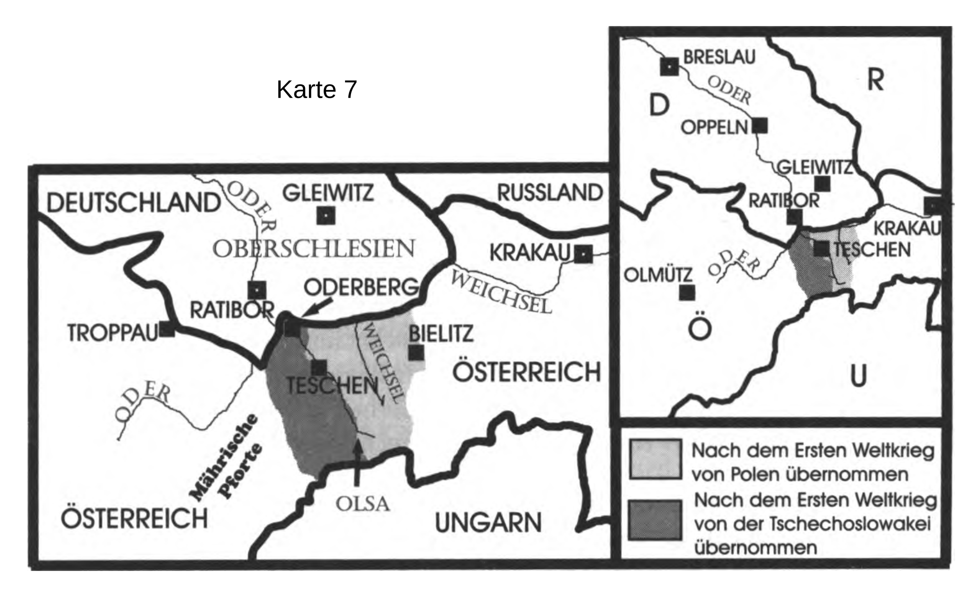
Wenn man den Fortgang der Geschichte kennt, empfindet man den letzten Satz als düsteres Orakel.

Als Nächsten geht den Ruthenen auf, was ihr Anschluss eigentlich bedeutet. Am 8. November 1919 hatten sie mit den Franzosen eine Vereinbarung getroffen, ein *Generalnij Statut,* in dem ihnen binnen 90 Tagen nach der ersten allgemeinen Wahl ein eigenes Landesparlament, ein *Soym* versprochen worden war. Die Wahlen sind nun am 20. April gewesen. Weder bis zum 20. Juli 1920 noch jemals später wird dieses Versprechen eingelöst. Das ruthenische Landesparlament ist schließlich auch in Artikel 3 der tschechoslowakischen Verfassung garantiert. Damit beginnt die Reihe der Verfassungs- und Vertrauensbrüche von Tschechen und Slowaken gegen die Ruthenen. Ein weiteres Problem belastet das Verhältnis der Ruthenen zu den Tschechen und Slowaken: Bis 1920 hat sowohl die Slowakei als auch die Karpato-Ukraine zum ungarischen Königreich gehört. Die Ruthenen erwarten deshalb, dass die Grenze ihres Landesteils zur neu formierten Slowakei der Sprachengrenze folgt. Stattdessen wird die Slowakei so weit nach Osten ausgedehnt, dass rund 150.000 Ruthenen fortan zur Slowakei gehören müssen. Die Behandlung der Karpato-Ukraine durch die Regierenden in Prag führt bald dazu, dass sich die Ruthenen wie die Bewohner einer Kolonie behandelt fühlen.

In das Jahr 1920 fällt noch die polnisch-tschechische Auseinandersetzung um das Industriegebiet von Teschen südöstlich Oberschlesien. Das Gebiet, ein Territorium von 50 mal 60 Kilometer Flächengröße, wird in der Literatur mal nach der Stadt Teschen als Teschener Gebiet, mal nach dem Fluss Olsa, der es durchquert,

125 Abgeordnetenhaus, 1. WP., 1. SP., S. 254

als Olsa-Gebiet bezeichnet. Die Mehrheit der Bevölkerung stellen die Slonzaken, ein kleines Slawenvolk mit eigener Identität, ähnlich den Sorben in der deutschen Lausitz. Ansonsten leben rund um Teschen Deutsche, Polen und Tschechen.[126]




Das Teschener Gebiet als Teil Altösterreichs
zwischen den Staatsgrenzen von 1918

Die Bedeutung des Teschener Gebiets ergibt sich aus drei Faktoren. Der erste liegt im Reichtum dieser Gegend an Kohlengruben, Stahlwerken und Schwerindustrie. Der zweite ergibt sich aus den geografischen Gegebenheiten. Am Nordrand des Gebietes durchbricht das Hochtal der Mährischen Pforte eine Kette von Gebirgen. Der Staat, der im Besitz dieser Pforte ist, beherrscht das Einfallstor zu seinem Nachbarland. Der dritte Faktor hängt damit eng zusammen. Am Nordrand der Mährischen Pforte liegt die Stadt Oderberg mit einem der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte Mittelosteuropas. Bei den Pariser Verhandlungen 1919 fordern sowohl Tschechen als auch Polen das Gebiet für sich. Die Polen berufen sich dabei auf das Nationalitätenprinzip, die Tschechen auf ein historisches Recht und darauf, dass das Industriegebiet für ihren Staat existenznotwendig sei. Der „Höchste Alliierte Rat“ der Siegermächte erwägt eine Volksabstimmung, was die Tschechen gern vermeiden möchten.

126 Roos, Polen und Europa, S. 18

Inzwischen ändert sich die Lage für die Polen. Ihr 1919 begonnener Versuch, die Ukraine und Weißrussland zu erobern, scheitert im Juli 1920. Die sowjetische Armee rückt gegen Warschau vor. Nun kann Polen eine zweite Auseinandersetzung zur gleichen Zeit nicht brauchen. So lässt die Warschauer Regierung sich auf einen Kompromiss mit Prag ein. Am 10. Juli 1920 unterzeichnen Außenminister Benes und der polnische Unterhändler Grabski eine gemeinsame Erklärung, in der sie den „Höchsten Alliierten Rat" um eine Schlichtung des Streits um Teschen bitten. Der Rat teilt das Gebiet und spricht der Tschechoslowakei West-Teschen zu. Damit kommen das Karwiner Kohlenrevier und die Eisenbahnlinie Kaschau-Oderberg zur Tschechoslowakei. Die Linie ist eine der zwei beiden Eisenbahnverbindungen zwischen der Slowakei und der Karpato-Ukraine und deshalb für den Zusammenhalt des neuen Staates wichtig. Der Streit ruht damit allerdings nur für ein paar Jahre. Als die Tschechoslowakei 1938 in die Krise kommt, wird Polen diese Chance nutzen. Es droht der geschwächten Tschechoslowakei mit Krieg und annektiert West-Teschen. So gewinnt die Prager Regierung mit der Schlichtung von 1920 ein Industriegebiet, eine weitere Minderheit mit von 80.000 Polen und einen Feind, der 1938-39 zum Kollaps der Tschechoslowakei beiträgt.

Das Jahr 1920 lastet auch dem neuen Österreich und den Sudetendeutschen eine besondere wirtschaftliche Bürde auf. Die tschechoslowakische Regierung weigert sich, den der Tschechoslowakei in Artikel 58 des Vertrags von Saint-Germain auferlegten Anteil der finanziellen Altlasten Österreich-Ungarns mit zu übernehmen. Schon bei der Festlegung der Vertragsbestimmungen hatten die Tschechen sich gewehrt, ihren Anteil aus den Staatsschulden Altösterreichs zu akzeptieren. Der Prager Finanzminister Rasin findet sich zu Teilen erst unter dem Vorbehalt dazu bereit, dass die Tschechoslowakei als „Siegerstaat" später auch umfangreiche Reparationszahlungen von den besiegten Mächten zu erhalten hat. Rasin akzeptiert einen Teil der Vorkriegsschulden Österreich-Ungarns, jedoch eine Beteiligung seines Landes an den Kriegsschulden der Donaumonarchie lehnt er kategorisch ab.[127] Die tschechoslowakische Regierung lädt dann auch noch den Anteil der Vorkriegsschulden auf die Sudetendeutschen ab.

## Der Kampf um Sprachen, Schulen und Kultur

Das tschechoslowakische Bemühen, die vielen nationalen Minderheiten mit den eilig erlassenen Gesetzen zur Bodenreform, zur Sprachenregelung und zu den Schulen und mit entsprechenden Verordnungen in den Staat zu integrieren, wird

127 Lill.S. 90

von den Minderheiten je nach Ort als „Tschechisierung“ und „Entdeutschung“ oder als „Slowakisierung“ und „Entungarisierung“ wahrgenommen.[128] Besonders die ungarische Minderheit setzt sich dagegen mit Leidenschaft zur Wehr. Die Polizei der Tschechen und Slowaken reagiert: Zwischen dem 1. Juli 1920 und dem 1. Juli 1921 werden 28 Ungarn von der Polizei getötet, 183 schwer verletzt und 1482 Ungarn kommen ins Gefängnis.[129]

Unter den Sudetendeutschen sorgen die Schulgesetze von 1919 und 1920, die Benachteiligung des deutschen Bildungswesens und der forcierte Aufbau von Schulen für die Tschechen in bislang rein deutschen Gemeinden für Unmut und Besorgnis. Die nun tschechischen Landesschulräte schließen eine erhebliche Zahl an kleinen deutschen Schulen, wenn diese nicht mindestens 40 Schüler haben, und errichten neue für die Kinder zuziehender tschechischer Familien. Die Tschechenschulen werden unabhängig von der Schülerzahl gegründet. So wird z. B. in Tittnei bei Dauba eine tschechische Schule für 17 Kinder errichtet und die deutsche mit 24 Schülern im selben Ort geschlossen. In Tereschau bei Brünn wird eine tschechische für 16 Kinder eröffnet und die vorhandene deutsche mit 31 Kindern geschlossen. In Chvelatitz bei Znaim wird eine Schule für 5 tschechische Schüler und in Frischau in Mähren eine für zwei tschechische Kinder eingerichtet. Ende 1920 gibt es auf diese Weise in den Sudetenlanden bereits 495 tschechische Volks- und Mittelschulen. Bis 1930 steigt deren Zahl noch auf über 1400 an.[130] Obwohl die deutschen Schülerzahlen zurückgehen, was eine Reduzierung der deutschen Schulen und ihrer Klassenzahlen zum Teil rechtfertigt, wird das Wuchern der neuen Tschechenschulen von den Sudetendeutschen als das angesehen, was es ist, als gezieltes Tschechisieren der Sudetenlande.

Dort, wo deutsche Schulen geschlossen und stattdessen tschechische eröffnet werden, sind deutsche Kinder oft gezwungen, die Tschechenschulen zu besuchen. In manchen Fällen führt das zu paradoxen Verhältnissen. 1936 besuchen 33 deutsche Kinder und 1 tschechisches die tschechische Schule in Tschernoschin, 14 deutsche Schüler und kein tschechischer die tschechische Schule in Techlowitz, 22 deutsche und 4 tschechische Kinder die tschechische Schule in Kladrau usw. Dementsprechend werden die deutschen pädagogischen Hochschulen mit der Zeit von 19 auf 10 zurückgeführt. Auch im Segment der höheren Bildung gilt die staatliche Förderung fortan den Tschechen. An der deutschen Universität in Prag und den zwei deutschen Technischen Universitäten im Lande sinken die staatlichen Stipendien für deutsche Studenten auf 4,7 Prozent der gesamten

128 Der in der Geschichtsschreibung eingeführte Begriff lautet „Entmagyarisierung“.
129 Benoist-Mechin, Band VI, S. 48, Fußnote 16
130 Bohmann, S. 69

Studentenhilfen in der Tschechoslowakei - bei einem deutschen Bevölkerungsanteil von 22 Prozent.[131]

Zu allem Überfluss kommt es am 19. November 1920 auch noch zu schweren antideutschen Ausschreitungen in Prag. Das Deutsche Landestheater, das Deutsche Haus und die Redaktion des *Prager Tageblatts* werden verwüstet und von tschechischen Mitbürgern besetzt.

131 Bohmann, S. 67

# TEIL 4

## DIE ZEIT DER UNANGEFOCHTENEN TSCHECHENHERRSCHAFT BIS 1933

**1921 und die Volkszählung am 15. Februar**

**1922 - Wirtschaftliche Not und der slowakische „Hilferuf'**

**1923 - Deutsche Solidarität und das „Staatsschutzgesetz“**

**1924 und die ausgeschlossenen Minderheiten**

**1925 - Die Bodenreform und die Nationalratswahlen**

**1926 - Das „Sprachendurchführungsgesetz“ und zwei deutsche Minister**

**1927 und der Traum von der slowakischen Autonomie**

**1928 und die Neuordnung der Verwaltung**

**1929 und der Tuka-Prozess**

**1930 und die 2. Volkszählung am 1. Dezember**

**1931 und die Deutsch-Österreichische Zollunion**

**1932 - Die Vision vom sudetendeutschen Notparlament**

**Die Rolle des Völkerbunds in diesen Jahren**

# DIE ZEIT DER UNANGEFOCHTENEN TSCHECHEN-HERRSCHAFT BIS 1933

Dieses Buchkapitel behandelt die Jahre der Tschechoslowakischen Republik bis zur Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront.

## 1921 und die Volkszählung am 15. Februar

Das herausragende Ereignis des Jahres 1921 ist die erste Volkszählung der Tschechoslowakei, in der unter anderem die Stärken der Nationalitäten ermittelt werden sollen. Die Bedeutung dieser Zahlen liegt darin, dass nach ihnen die Bezirke festgelegt werden, in denen den nationalen Minderheiten die in der Verfassung garantierte Zweisprachigkeit zugestanden werden soll. Das Sprachengesetz von 1920 sieht die Zweisprachigkeit nur da vor, wo mindestens 20 Prozent der Bevölkerung eine andere als die „tschechoslowakische“ Sprache gebrauchen. Die Zählung wird von sogenannten Zählkommissaren durchgeführt, die von den Bezirksbehörden eingesetzt und für diese Aufgabe vorbereitet und vereidigt werden. Bei der Volkszählung setzt man allerdings nur Tschechen und Slowaken ein. Ungarn und Sudetendeutsche sind dazu nicht einmal in den deutschen und ungarischen Landesteilen zugelassen. In manchen Bezirken, wie im Hultschiner Ländchen und in Teschen, dürfen die Deutschsprachigen ihre eigenen Fragebögen nicht selbst ausfüllen; das tun für sie die Kommissare.[132] In Krankenhäusern, Klöstern und Kasernen deklarieren allein die Vorsteher und Kommandanten die Nationalitäten von Patienten, Ordensleuten und Soldaten.[133] Diese und andere Modalitäten führen dazu, dass in manchem Distrikt der deutsche oder ungarische Bevölkerungsanteil nur mit 19,7 Prozent gezählt wird, obwohl bei den vorangegangenen Nationalratswahlen der Stimmenanteil der nationalen Minderheiten deutlich höher lag. Damit gibt es in solchen Städten und Bezirken fortan keine Zweisprachigkeit und keine staatlichen deutschen oder ungarischen Schulen mehr. Im Landesteil Mähren-Schlesien zählen die Kommissare die Sudetendeutschen mit einem 24-prozentigem Bevölkerungsanteil. Bei den Wahlen kurz zuvor wählten 29,4 Prozent der gezählten Bürger deutsch.[134]

Nach dem offiziellen Ergebnis der Zählung des Jahres 1921 setzt sich die Bevölkerung der Tschechoslowakei wie folgt zusammen: 6.727.038 Tschechen, 3.122.390

132 Jung, S. 138
133 Habel-Dokumente, S. 313
134 Rädl, S. 187, Fußnote 4

Sudeten- und Karpatendeutsche, 2.010.292 Slowaken, 734.935 Ungarn, 459.346 Ruthenen, 180.322 Juden, 75.656 Polen und 238.727 Angehörige anderer Nationalitäten.[135] Interessant ist, dass die Slowaken dabei in der Tschechei statistisch als „Tschechoslowaken“ gezählt werden, während man in der Slowakei sorgfältig zwischen Tschechen und Slowaken unterscheidet. Die Volkszählung erweist außerdem noch drei bemerkenswerte Fakten. Zum Ersten legt sie offen, dass die Tschechen nicht einmal ganz die Hälfte der Bevölkerung stellen, zweitens zeigt sie, dass Prof. Benes die Bevölkerungszahl der Deutschen und ihren Siedlungsraum bei der Pariser Friedenskonferenz falsch angegeben hat. Er schrieb den Siegermächten damals in seinem *Memoire* III, dass die Deutschen „800.000 bis eine Million“ Menschen weniger seien, als bei der letzten Volkszählung in Altösterreich ermittelt. Und drittens zeigt die Volkszählung, dass auch Benes’ Behauptung, es gebe fast keine Bezirke, die wirklich rein deutsch seien und die Gebiete mit deutschen Einwohnern in Böhmen hingen nicht aneinander, falsch war. Die Volkszählung von 1921 weist ein zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet und eine einigermaßen klare Sprachengrenze nach. Rund 90 Prozent der deutschsprachigen und rund 90 Prozent der tschechischen Bevölkerung in Böhmen und Mähren leben in Gebieten, in denen sie über 90 Prozent der Bevölkerung stellen.[136] Immerhin ergibt die Zählung noch fast 1000 deutsche Gemeinden ohne einen einzigen tschechischen Bewohner, 36 Verwaltungsbezirke mit über 90 Prozent deutschsprachiger Bevölkerung, weitere 5 mit über 80 Prozent usw.[137] Benes’ Aussage, dass die Deutschen verstreut unter den Tschechen wohnten, war also frei erfunden. Man muss ihm dabei Absicht unterstellen, denn er hat die Zahl heruntergerechnet und die geschlossenen deutschsprachigen Siedlungsgebiete geleugnet, um eine schwerwiegende Behauptung damit zu belegen. Benes schreibt im *Memoire* III, dass die Sudetendeutschen aus den genannten Gründen nicht in der Lage seien, eine autonome Provinz in der Tschechei zu bilden.

Noch 1964 schreibt der tschechische Historiker Vaclav Kräl:

> „Der erste Vorstoß der Sudetendeutschen gegen die Existenz des tschechoslowakischen Staates war der Versuch, ein geschlossenes deutsches Gebiet zu schaffen, die sogenannte Provinz Deutschböhmen [...] Bei dem national gemischten Charakter der Grenzgebiete war die Nutzlosigkeit der Erwägungen über die Schaffung eines geschlossenen deutschen Siedlungsraumes von allem Anfang an offenkundig.“[138]

135 Rassinier, S. 167
136 Habel-Massenvertreibung, S. 43
137 Bohmann, S. 19 ff.
138 Kräl-Dokumente, S. 9

Der an der Prager Karls-Universität lehrende tschechische Professor Rädl bewertet die Volkszählung von 1921 in einem Buch. Er schreibt:

> „Ich halte die amtliche Zählung aus dem Jahre 1921 nicht für verläßlich. [...] Wer die Ergebnisse der Volkszählung so zurechtstutzt, daß sie im Vorhinein bestimmten politischen Zwecken dienen, der untergräbt die obersten Grundsätze der Demokratie. [...] Das durch freie Parlamentswahl festgestellte Nationalitätenverhältnis kommt der vor dem Kriege durchgeführten Volkszählung näher als die amtliche Zählung in der Tschechoslowakei.“[139]

Prof. Rädl weist auch daraufhin, dass man vielerorts in Städten und Gemeinden die Deutsch und Ungarisch sprechenden Juden herausgerechnet hat, um die Zahlen unter der magischen 20-Prozent-Grenze zu halten. Die Sudetendeutschen versuchen, sich zu wehren. Am 19. Mai richten ihre Parteien eine parlamentarische Anfrage an den Innenminister, in der sie sich mit reichlich beigefügtem Beweismaterial gegen ungesetzliche Praktiken bei der Volkszählung beklagen. Nachdem sie sehr lange ohne Antwort bleiben, richten sie im Sommer 1923 noch einmal eine ebenfalls mit Beweisen versehene Beschwerde an den Völkerbund in Genf.[140] Auch diese bleibt ohne Antwort, obwohl die Siegermächte den Völkerbund im Staatsvertrag vom 10. September 1919 zur Schutzmacht für die Minderheiten in der Tschechoslowakei erklärt hatten.

Inzwischen, nach nur einem Jahr des staatlichen Zusammenlebens, führen die gebrochenen Versprechen Masaryks und Benes’ gegenüber den Ruthenen zu einem ersten offenen Bruch zwischen Uzgorod und Prag. Am 16. März 1921 tritt der ruthenische Gouverneur der Karpato-Ukraine Dr. Grigorij Zatkovic unter Protest von seinem Amt zurück und wandert aus. Er wirft Staatspräsident Masaryk und Minister Benes vor,

- dass er als Gouverneur entgegen der Verfassung nicht befugt sei, die Karpato-Ukraine autonom zu regieren,
- dass ihm ein tschechischer Vize-Gouverneur aus Prag zu seiner Kontrolle an die Seite gestellt worden sei,
- dass es noch immer kein gewähltes Parlament für die Ruthenen gebe, obwohl das im Vertrag von Trianon und in der tschechoslowakischen Verfassung vorgesehen sei,
- dass die Grenze zwischen der Slowakei und der Karpato-Ukraine entgegen Masaryks Versprechen ohne die Ruthenen gezogen worden sei, kurzum
- dass den Ruthenen elementare Rechte vorenthalten würden.

139 Rädl, S. 187
140 Habel-Dokumente, S. 314

Im Jahre 1921 schwächt sich auf indirekte Weise die Position der Sudetendeutschen weiter. Österreich, die bisher informelle Schutzmacht der Sudetendeutschen, erleidet eine weitere Niederlage. Wirtschaftsprobleme halten die Alpenrepublik nach wie vor in einer starken Abhängigkeit zu der nun starken Tschechoslowakei. Österreich leidet unter dem Verlust seiner früheren Märkte und Rohstoffquellen, an drückendem Kapitalmangel, unter Reparationslasten, Kriegsschulden und den Ex- und Importschranken seiner Nachbarstaaten. Dazu kommt in diesem Jahre, dass die Siegerstaaten einen in Aussicht gestellten Sanierungskredit nun nicht mehr gewähren wollen. Allerdings gibt es zunächst noch eine Hoffnung. Ende Oktober 1921 findet unter Druck der Siegermächte eine Wirtschaftskonferenz der Donaustaaten in Portorose[141] statt. Dort sollen die Verkehrsprobleme des Donauraums, der Abbau der Handelshemmnisse und die finanzielle Sanierung Österreichs behandelt werden. Doch die tschechoslowakische Regierung widerspricht dem Abbau der Handelsschranken. Auch die Finanzen Österreichs werden nicht saniert. Die Konferenz endet nur mit einem Protokoll und der unverbindlichen Empfehlung, sich wechselseitig wirtschaftlich zu unterstützen.[142] Ein Vertrag kommt nicht zustande, und Wiens Lage gegenüber Prag ist nach der Konferenz ein weiteres Mal geschwächt. Die Regierung der Republik Österreich kann nun mit Fug und Recht nicht mehr als Fürsprecher der Sudetendeutschen angesehen werden. Österreich hat die Macht der jungen Tschechoslowakei erneut in aller Deutlichkeit gespürt.

Indessen wächst der Unmut der Tschechen über solche Bürger ihres Landes, die immer noch versuchen, die österreichische Regierung für sich zu mobilisieren. Noch immer reisen Sudetendeutsche nach Wien, um Petitionen zu überbringen, um sich bei Wiener Zeitungen über ihre Lebensumstände in der Tschechoslowakei zu beklagen oder um an auslandwirksamen Großkundgebungen teilzunehmen. Die Tschechen betrachten dies als illoyal, als Auslandshetze und als Agitationen von tschechoslowakischen Staatsbürgern gegen ihren eigenen Staat.

Im Herbst 1921 kommt es bei einer Teilmobilmachung des tschechischen Heeres zu einer weiteren Belastung für das sudetendeutsch-tschechische Verhältnis. Als aus Ungarn Bestrebungen bekannt werden, den abgedankten Kaiser Karl von Österreich als König Karl der Ungarn auf den Thron zu heben, macht Präsident Masaryk das Heer mobil. In einem Teil der deutschen Städte protestiert die Bevölkerung gegen das Einrücken des tschechischen Militärs. In Graslitz, einer rein deutschen Kleinstadt in Westböhmen, nur vier Kilometer von der Grenze zu Sachsen, versuchen Bürger, den einmarschierenden tschechischen Soldaten

141 Istrien
142 Lill, S. 177 ff.

die Gewehre abzunehmen. Das kostet 15 Graslitzer das Leben. Die tschechischen Soldaten können sich das Entwaffnen nicht gefallen lassen, und für die Bürger von Graslitz liegt die Vermutung nahe, dass das einrückende Militär nicht den Ungarn, sondern ihnen gilt. Kaum ein Ort der Tschechoslowakei liegt weiter von Ungarn entfernt als Graslitz in Westböhmen.

## 1922 - Wirtschaftliche Not und der slowakische „Hilferuf“

Am 1. Januar spricht Staatspräsident Masaryk seine schon an früherer Stelle erwähnte, bemerkenswerte Neujahrsbotschaft, in der er das historische Versprechen von der Tschechoslowakei nach Schweizer Vorbild widerruft. Er dient stattdessen das „belgische Modell“ an, wo - was er allerdings verschweigt - die Wallonen den Staat beherrschen und damit auch die Flamen. Die Sudetendeutschen, die Slowaken und die anderen Minderheiten haben längst begriffen, was mit dem belgischen Modell gemeint ist.

Das Jahr 1922 ist für die Tschechoslowakei ein wirtschaftlich sehr schweres Jahr. Die Preise klettern um 42 Prozent. Die Löhne halten da nicht mit. Sie steigen nur um 32 Prozent. Da alle Wirtschaftsförderung, die der Regierung möglich ist, in die tschechischen Gebiete fließt, leiden die Sudetendeutschen besonders unter dieser Geldentwertung. Doch Finanzminister Rasin fährt einen harten Kurs der Deflation und kann so den Wert des Geldes im Inneren einigermaßen halten und den Außenwert der Tschechenkrone sogar festigen.

Dagegen trifft man Österreich in der gleichen desolaten finanziellen Lage an wie schon im Jahr zuvor. Die österreichische Regierung klopft an die Türen des Völkerbunds und an die der Finanzministerien Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei. Die Verhandlungen verlaufen bis zur Jahresmitte ohne nennenswerte Resultate. Als Österreichs Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel dann in seiner Not andeutet, dass er - wenn anderweitig Hilfe ausbleibt - das Schicksal Österreichs in die Hände der italienischen oder der deutschen Regierung legen müsse, lenkt die tschechoslowakische Regierung eilig ein. Außenminister Benes bietet Seipel an, sich beim Völkerbund, in Paris und bei befreundeten Regierungen energisch für Österreich einzusetzen. Am 4. Oktober 1922 übernehmen vier Staaten beim Völkerbund in Genf, nämlich England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei, die Garantien für eine Anleihe Österreichs in Höhe von 650 Millionen Goldkronen. Die Tschechoslowakei deckt 24,5 Prozent der Anleihe. Die Modalitäten der Sanierung von Österreichs Staatsfinanzen werden in den

drei sogenannten „Genfer Protokollen“ festgeschrieben.[143] Der politische Preis, den Österreich dafür zahlt, ist hoch. Wien verzichtet erneut auf einen Anschluss an das Deutsche Reich. Es überträgt die Finanzaufsicht über seine Staatsfinanzen bis 1926 an ein Leitungsgremium der Geberstaaten und verliert damit einen Teil seiner Souveränität. Und Wien hängt mehr denn je von Prag ab. Die Sudetendeutschen haben nun von Österreich für alle Zukunft nichts mehr zu erwarten.

Im August 1922 macht auch eine Stimme der Slowaken, die Slowakische Volkspartei, wieder auf sich aufmerksam. Knapp vier Jahre sind vergangen, seit die slowakische Nation zur Tschechoslowakei gekommen ist, ohne dass ihr die 1915 und 1918 versprochene Autonomie und Selbstverwaltung zugestanden worden ist. Am 3. August unterzeichnen Parteiführer Hlinka und etliche Genossen auf ihrem Parteitag in Sillein[144] ihre Denkschrift „Hilferuf eines zum Tode verurteilten Landes, einer im Todeskampf liegenden Nation.“ und lassen sie von einer Delegation an Staatspräsident Masaryk übergeben.[145] Der „Hilferuf“ ist eine im Ton und in der Sache harte Anklage gegen die tschechische Nation. Der Appell erinnert an die nicht eingehaltenen Versprechen auf slowakische Autonomie und Selbstverwaltung, wie sie in den Vereinigungsverträgen von Moskau 1915, von Cleveland 1915 und von Pittsburg 1918 zugesichert worden waren. Da heißt es:

> „Fast vier Jahre nach der Befreiung [von Ungarn] sind wir gezwungen, unsere tschechischen Brüder vor ein Weltgericht zu laden. [...] Tschechisches Militär besetzte das Land, den Einwohnern wurden die Waffen abgenommen. [...] Trotz des Vertrages von Saint-Germain, der vorschreibt, daß die Verfassung der neuen Republik das Werk eines auf dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Parlaments zu sein hat, riß die tschechische Mehrheit des selbsternannten Revolutionsparlaments das Recht der Verfassungsgebung an sich. Sie zwang der slowakischen Nation eine Verfassung auf, die das slowakische Volk in eine erfundene „tschecho-slowakische Nation“ aufgehen ließ.“

Der „Hilferuf“ spricht von falschen tschechischen Presseinformationen vor dem Ausland, von Brief- und Telegrammzensur der slowakischen Post ins Ausland und einer Spanischen Wand, die die Slowakei vor dem Ausland verdeckt.

> „Die Welt aber glaubt, daß [...] die tschecho-slowakische Republik als Insel der Freiheit entstanden sei, während in Wahrheit hinter dieser Spanischen Wand im Herzen Europas eine Kulturnation erdrosselt wird.“

143 Lill, S. 180 ff.
144 In der Slowakei
145 Zeitschrift *Sudetendeutschland,* Wien Nov.-Dez. 1922

Zum Abschluss fordert der „Hilferuf“ noch einmal Autonomie und Selbstverwaltung für die Slowakei innerhalb der Tschechoslowakei.

Während die Slowakische Volkspartei hier ganz entschieden Flagge zeigt, beginnt der Widerstand unter den Sudetendeutschen gegen die ihnen aufgezwungene Tschechoslowakei zu bröckeln. Im Oktober 1922 erklären vier der zwölf deutschsprachigen Parteien ihre Bereitschaft, sich an einer tschechoslowakischen Regierung zu beteiligen und Verantwortung in diesem Staat zu übernehmen. Es sind dies der Bund der Landwirte, die Deutschen Sozialdemokraten, die Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei. Doch es werden noch vier weitere Jahre ins Land gehen, ehe ein tschechoslowakischer Ministerpräsident von diesem deutschen Angebot Gebrauch macht.

Im Herbst 1922 versucht eine deutschsprachige Region noch einmal, ihrer tschechoslowakischen Herrschaft zu entkommen oder sie zu lindern. Am 23. Oktober fordern die Vertreter des Egerlandes in einer Denkschrift an den Völkerbund das Selbstbestimmungsrecht für ihren Landesteil und damit eine Rückkehr in das Deutsche Reich. Der Versuch hat keine Aussicht auf Erfolg.

## 1923 - Deutsche Solidarität und das „Staatsschutzgesetz“

Obwohl die wirtschaftliche Not in den Sudetenlanden groß ist, zeigen die Sudetendeutschen eine beeindruckende Solidarität mit den Reichsdeutschen an der Ruhr, denen es 1923 noch erheblich schlechter geht als ihnen. Nachdem Teile des Ruhrgebiets 1921 schon einmal wegen der nicht voll entrichteten Reparationen besetzt worden waren, ordnet Frankreichs Ministerpräsident Poincare am 11. Januar 1923 ein weiteres Mal an, das Ruhrgebiet mit Truppen zu besetzen und die gesamte Kohleförderung für Frankreich zu beschlagnahmen und dorthin abzutransportieren. Die Gewerkschaften wehren sich mit einem Generalstreik, und die Bergleute weigern sich, ihre Gruben an die Franzosen zu übergeben. In Essen erschießen französische Soldaten vierzehn Arbeiter, die versuchen, sich den Beschlagnahmen zu widersetzen. Hunderte von deutschen Männern, die sich gegen die Franzosen stellen, werden nach Frankreich und in die Kolonien deportiert. Rund 80.000 Deutsche werden ausgewiesen und müssen auf französischen Befehl das Ruhrgebiet verlassen.[146] Zigtausende Familien sind nicht mehr versorgt und leiden bittere Not. Bei diesem Massenelend an der Ruhr zeigt sich die Hilfsbereitschaft der Sudetendeutschen. Eine landesweite Sammlung unter den Deutschen in der Tschechoslowakei bringt 2 Milliarden Mark, um die Not

146 Binder, S. 132

im Ruhrgebiet zu lindern, und in den deutschböhmischen Gemeinden werden 17.000 Erholungsplätze für deutsche Kinder angeboten. Die tschechoslowakische Regierung lässt allerdings nur 4500 deutsche Kinder in ihr Land und - wie zum Hohn - keine Kinder von der Ruhr. Sie lässt 4500 Kinder aus anderen reichsdeutschen Gegenden einreisen. Die Not im inflationsgeschwächten Deutschen Reich ist 1923 groß genug.

Im März 1923 beschließt der Prager Nationalrat das **„Gesetz vom 19. März 1923 zum Schutze der Republik“,** auch verkürzt „Staatsschutzgesetz“ genannt.[147] Der Anlass des Gesetzes ist ein Attentat auf den Finanzminister Rasin, verübt von einem Kommunisten. Es ist völlig legitim, dass sich die junge Prager Republik gegen jede Gewaltanwendung gegen den Staat und, seine Amtsträger und Organe wehrt. Doch das Gesetz ist auch eine starke Waffe gegen die nationalen Minderheiten, wenn sie versuchen sollten, an der tschechoslowakischen Staatsidee der „Einheitlichkeit des Staates“ zu rütteln und etwa eine Autonomie jenseits der Verfassung zu verlangen. Die ersten Paragrafen des Gesetzes stellen die Gewaltanwendung gegen den Staatspräsidenten, die Gouverneure, die Regierung usw. unter Strafe. Je nach Straftat sind fünf Jahre schweren Kerkers bis zu lebenslänglich vorgesehen. Ein Straftatbestand, der in vielen Paragrafen des Gesetzes auftaucht, ist

- die Gewaltanwendung zur Veränderung der verfassungsmäßigen Einheitlichkeit der Republik,
- das Aufwiegeln gegen die verfassungsmäßige Einheitlichkeit der Republik und
- das Gründen einer geheimen Organisation, die die verfassungsmäßige Einheitlichkeit der Republik untergräbt.

Damit wird erkennbar, dass das Gesetz vor allem systemerhaltend wirken soll. Es schützt den Zentralstaat Tschechoslowakei gegen alle zukünftigen Bestrebungen der Slowaken, Ruthenen, Polen, Ungarn und Sudetendeutschen, ihren bisher stark eingeengten Autonomie- und Selbstverwaltungsspielraum auszudehnen. Das Gesetz schiebt allen Entwicklungen zu mehr Autonomie und Föderalismus einen Riegel vor. Das prominenteste Opfer dieser Strafbestimmung wird eines Tages der slowakische Politiker Tuka sein, der 1929 zu 15 Jahren schwerem Kerker verurteilt werden wird, weil er die früher zugesagte Autonomie für die Slowaken fordert. Eine große Zahl Sudetendeutscher wird in den 30er-Jahren in ihrem Kampf um mehr Selbstbestimmung in den deutschsprachigen Gebieten nach diesem „Gesetz zum Schutz der Republik“ der Spionage oder des Verrats beschuldigt und verurteilt werden, weil sie mit Deutschen im Reich oder in Ös-

147 Sammlung der Gesetze der CSR, 1923, S. 239-252

terreich Kontakte unterhalten haben. Auch der Verdacht genügt oft schon. Nach dem Staatsschutzgesetz werden selbst Reichsdeutsche, die zu Sportwettkämpfen, Singwochen oder Trachtenfesten in die Sudetenlande reisen, bestraft und inhaftiert. Das Gesetz sieht schließlich auch Straftatbestände, wie „Aufwiegelung mehrerer Leute gegen den Staat wegen seiner Entstehung“ vor.[148] Es ist schon eine bemerkenswerte Besonderheit des Staatsschutzgesetzes, dass es die bloße Darstellung der Staatsentstehung unter Kerkerstrafe stellt. So kann auch schon einmal ein Reichsdeutscher hinter Gittern landen, wenn er sich über die zweifelhaften Methoden unterhält, mit denen die Tschechoslowakei auf der Konferenz von Saint-Germain entstanden ist.

Das Gesetz ist zudem auf die tschechische Identität des Staates ausgerichtet. Wer entsprechend dem § 11 des Gesetzes den Präsidenten der Republik durch eine „gröblich verunglimpfende Äußerung an der Ehre kränkt oder ihn öffentlichem Spotte aussetzt“ oder entsprechend § 20 „die Fahne der Republik schmäht oder beseitigt“, begeht eine Übertretung und kann mit Arrest bis zu einem halben Jahr bestraft werden. Wer das Gleiche in der Slowakei oder in der Karpato-Ukraine begeht, kann nach § 40 desselben Gesetzes entsprechend härter belangt werden.

In einer gemeinsamen Denkschrift der deutschen und der ungarischen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei vom 21. Mai 1923 an den internationalen Kongress der Sozialdemokraten in Hamburg beklagen sich die Verfasser über dieses Gesetz:

> „Den Gipfel nationaler und sozialer Unterdrückung bildet das Gesetz zum Schutze der Republik. Dieses Gesetz bedeutet einen schweren Angriff auf die Grundlagen staatsbürgerlicher Freiheit. Nach diesem Gesetz kann jede Obstruktion im Parlament als Verbrechen erklärt und mit lebenslänglichem Kerker bestraft werden. Besonders aufreizend ist aber die Unterdrückung der Preßfreiheit, die in dem Gesetz vorgesehen ist und eine besondere Spezialität der tschechoslowakischen Republik geworden ist. Jeder Redakteur, ‚der gegen den Staat [...] aufwiegelt’, kann mit strengem Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden. Jedes oppositionelle Wort wird dadurch unmöglich gemacht. Aber der Redakteur kann nicht nur eingesperrt, die Zeitung kann auch eingestellt werden - gegen welche Einstellung gar kein Rechtsmittel besteht.“[149]

Das „Gesetz zum Schutze der Republik“ zieht eine Flut politischer Prozesse in der Tschechoslowakei nach sich. In den Jahren 1923 bis 1930 sind es bereits 6244 Strafprozesse. Je stärker sich der Widerstand der nationalen Minderheiten

148 Paragraf 14 des Gesetzes
149 Eine ohne Impressum gedruckte 16-seitige Denkschrift

regt, desto höher steigt die Zahl pro Jahr. 1931 und 32 sind es schon 2728 Strafprozesse.[150]

Im Spätsommer des Jahres 1923 machen die Hultschiner der Prager Regierung wieder einmal Sorgen. Es stehen die zweiten Kommunalwahlen in der Tschechoslowakei an, die ersten für die Hultschiner, die erst im Januar 1920 angegliedert worden sind. Seit der Abtrennung von Deutschland sind 4500 Deutschsprachige abgewandert; freiwillig oder gezwungen, weil sie nicht für die Tschechoslowakei optieren wollten. So leben zur Zeit der Wahl, am 16. September 1923, nur noch knapp 2000 Deutschsprachige im Hultschiner Ländchen. Die große Mehrheit bilden 39.000 alteingesessene Mähren und eine dem Autor nicht bekannte Zahl an jüngst zugezogenen Tschechen; meist Beamte, Polizei und Militär. Tschechische Polizei lässt die Wahlen in ein paar kleinen Orten, in denen sich eine deutschsprachige Mehrheit gehalten hat, gesetzeswidrig unterbrechen. Trotzdem wählt die inzwischen zu mindestens 95 Prozent mährische und tschechische Bevölkerung zu 76,4 Prozent die deutschsprachigen Parteien.

1922 und 1923 erfolgen nach späterer Entscheidung der Siegermächte auch noch die Abtretungen der schlesischen Gemeinden Haatsch, Owschütz und Sandau am Nordrand des schon abgetretenen Hultschiner Ländchens von Deutschland an die Tschechoslowakei. Kurz vor dieser erneut erzwungenen Abtretung führen die drei Gemeinden eine Volksabstimmung durch, bei der sich 93 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen. 2244 Bürger stimmen für den Verbleib im Deutschen Reich, und 19 wünschen einen Wechsel in die Tschechoslowakei. Somit votieren nur 0,86 Prozent für ihren Anschluss an die Tschechoslowakei.[151] Das sind die letzten Abstimmungen der Hultschiner für ihren Wunsch nach Wiederanschluss an das Deutsche Reich.

## 1924 und die ausgeschlossenen Minderheiten

Die tschechoslowakische Regierung beginnt das Jahr 1924 mit einer außenpolitischen Weichenstellung, die das Land in eine auf lange Sicht verhängnisvolle Richtung führt. Als die französisch-deutschen Beziehungen im Jahr zuvor auf einem Tiefpunkt angelangt sind, hat die französische Regierung die tschechoslowakische gedrängt, sich enger an Frankreich anzuschließen. Es wird verhandelt, und am 25. Januar 1924 schließen die Tschechoslowakei und Frankreich einen Freundschaftsvertrag, dem ein geheimer Anhang den Charakter eines Mili-

150 Jung, S. 114
151 Bollacher, S. 37

tärpakts gibt. Schon am 26. und 31. Januar tauschen die Außenminister beider Länder eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit ihrer Generalstäbe bei der Ausarbeitung von Plänen aus, wie dem Angriff eines gemeinsamen Feindes gegen einen der beiden Vertragspartner zu begegnen ist. Das klingt noch defensiv. Doch die Vereinbarung sieht auch die Prüfung von Beistandsmöglichkeiten für den Fall vor, dass ihre gemeinsamen Interessen bedroht sind.[152] Der Vertrag ist der Einstieg in das Garantieversprechen Frankreichs für die Tschechoslowakei, das am 16. Oktober 1925 in einem Militärvertrag bekräftigt wird, und das Frankreich 1939, als es soweit ist, nicht einlöst. Der Vertrag vom Januar 1924 ist eine Richtungsentscheidung der Tschechen gegen Deutschland. Die Führung der Tschechoslowakei setzt damit auf die militärische Unterstützung des Feindes seines Nachbarn, statt auf eine gute Nachbarschaft mit dem zu bauen. In England gibt es Leute, die ahnen, wohin dieses Bündnis einmal führen wird. Der ehemalige englische Premier Lloyd George kommentiert die französisch-tschechoslowakische Militärallianz schon 1924:

> „Mit ihren Nachbarn in Freundschaft zu leben, ist das höchste Interesse der Tschechen, wenn sie auf die geografische Lage Böhmens und dessen nationale Verhältnisse Bedacht nehmen. Es liegt nicht in ihrem Interesse, die Schakale hinter den französischen Löwen zu sein. Sobald das deutsche Nashorn seine Kräfte wiedergewinnt, können die Schakale in dem kommenden Kampf leicht zertreten werden. Aus diesen Gründen werden Jene Militärbündnisse zusammenbrechen, wenn je die Zeit kommt, daß man sich auf sie stützen muß.“[153]

So wird es dann auch kommen.

Nach fünf Jahren Tschechoslowakei hat sich das Klima im Land noch nicht so weit erwärmt, dass deutsche Parteien an der Regierung beteiligt werden könnten. Die in der Presse veröffentlichte Meinung dazu ist dafür in gewissem Maß ein guter Spiegel. Die *Lidove Listy* [Volkszeitung], das Organ der Tschechischen Katholischen Volkspartei schreibt am 18. Juni 1924 zur Möglichkeit des Eintritts einer deutschen Partei in die tschechoslowakische Regierung:

> „Der Nationaldemokrat Sis hat vor einigen Tagen richtig gesagt, daß unserer politischen nationalen Öffentlichkeit der Gedanke nicht eingeimpft werden darf, unsere Republik könnte einmal eine Schweiz werden. [...] Nach unserer Überzeugung kann unsere Republik nur als National- und tschechischer Staat bestehen. Verständige Deutsche [...] werden einsehen, daß sie diesen Staat nicht aufgebaut haben und werden sich deshalb nicht schämen, daß sie hier mehr oder minder Fremde oder bloß

152 Gamelin, Band 2, S. 469
153 Grebert, S. 30

> zugewanderte Elemente sind, die nicht fordern können, daß die Tschechen mit ihnen das Recht auf die Verwaltung des Staates teilen. Die .Magna Charta' der Deutschen in unserer Republik kann nur diejenige sein, die ihnen die Republik durch die Friedensverträge diktiert. Darüber hinauszugehen, wäre nationaler Selbstmord. Unser Bestreben muß im Gegenteil dahin gerichtet sein, durch einen mäßigen Druck die nationalen Verhältnisse immer mehr und mehr dem Ideal eines Nationalstaats näherzubringen, also einem einsprachigen Staat."[154]

Die Zeit ist offensichtlich immer noch nicht reif für die politische Integration der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei. Bemerkenswert ist, dass die tschechische Zeitung immer nur von Tschechen spricht und nicht von Tschechoslowaken.

Im Dezember kommt es dank dieser Haltung der tschechischen politischen Elite zu einem Eklat in der Prager Nationalversammlung. Bei dem Versuch der tschechischen Parteien, den Haushalt für 1925 nach eigenem Gusto zu bestimmen, weigern sich die Parteien der Slowaken, Ruthenen, Ungarn und Sudetendeutschen, den ohne sie aufgestellten Haushalt mitzutragen. Redner aller Minderheiten ergreifen kurz das Wort, und dann verlassen die Abgeordneten aller Minderheiten den Plenarsaal. Der Parteivorsitzende der deutschen Sozialdemokraten, Dr. Ludwig Czech, eröffnet die Folge dieser Reden mit der Erklärung, seine DSAP wolle nicht an der Komödie einer Scheinberatung über den Staatshaushalt teilnehmen. Er geißelt mit scharfen Worten die Drangsalierung der deutschen Staatsangestellten, den Missbrauch der Bodenreform zu Tschechisierungszwecken, die Benachteiligung des deutschen Schulwesens, die Einschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit, die Vernichtung der deutschen Selbstverwaltungsorgane und die Erniedrigung des Parlamentarismus in der Tschechoslowakei zu einer Komödie. Er schließt mit einem „Aufschrei": „Die Abstimmungsmaschine, die wir hier zurücklassen, wird niemand als Volksvertretung betrachten. Aber unser Aufschrei wird in die Welt dringen." In diesem Punkt jedoch irrt Ludwig Czech.

Der Sprecher der in einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft vereinigten deutschen Parteien der Christlich-Sozialen, der Deutsch-Demokratischen Freiheitlichen, der Landwirte und der Gewerbepartei setzt Czechs wortgewaltige Rede mit gleich harten Anschuldigungen fort. Dem folgt ein ungarischer Abgeordneter, der den Tschechen unter anderem vorwirft, sie beantworteten die Loyalität der ungarischen Minderheit mit Illoyalität. Der Sprecher der Ruthenen schließt den Kreis: Er klagt das Parlament an, die Karpato-Ukraine, die sich freiwillig der

154 *Zeitschrift des Hilfsvereins für Deutschböhmen und die Sudetenländer,* Wien, Juli 1924

Tschechoslowakei angeschlossen habe, werde von den Tschechen wie eine Kolonie behandelt und die einst zugesagte Autonomie sei bis heute nicht verwirklicht. Nach dieser kalten Dusche verlassen alle slowakischen, ungarischen, deutschen und ruthenischen Abgeordneten den Saal. Die tschechischen Regierungsparteien und die Kommunisten beschließen den Haushaltsplan allein.

Das Parlament beschließt zum Jahresende noch ein Gesetz, das den nationalen Minderheiten in den nächsten Jahren schwer im Magen liegen wird: das **„Gesetz vom 22. Dezember 1924 betreffend Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung“,** kurz „Abbaugesetz“ genannt.[155] Dieses Gesetz soll den Staatsapparat in den Landesteilen mit so unterschiedlichen Traditionen und so viel Parallelstrukturen straffen und sparsam und effizient gestalten. Das Gesetz schreibt eine einfache, sparsame und einheitliche Verwaltung vor, schlanke Strukturen und das Subsidiaritätsprinzip. Das Gesetz wirkt heute, über 80 Jahre nach Erlass, immer noch modern. Was das Gesetz für die nationalen Minderheiten auf die Dauer unerträglich macht, ist sein Missbrauch durch die Tschechen.

Paragraf 2 des Abbaugesetzes regelt, dass die Regierung den Umfang der Planstellen im öffentlichen Dienst alle drei Jahre neu festzusetzen hat, und Paragraf 4 schreibt vor, dass schon 1925 mindestens 10 Prozent der Bediensteten des öffentlichen Dienstes zu entlassen sind. Statt nun die Reduzierung nach dem Nationalitätenproporz vorzunehmen, sind drei Viertel der abgebauten Stellen in den Sudetenlanden Deutsche. Paragraf 14 bestimmt, dass die Entscheidung darüber, welche Personen zu entlassen sind, nach Eignung, Leistung, Verwendbarkeit sowie wirtschaftlichen und Familienverhältnissen zu treffen sind. Die Punkte Eignung und Verwendbarkeit in Verbindung mit der Versetzbarkeit der Staatsdiener in die innere Tschechei sprechen wegen ihrer meist schlechten oder mangelhaften Tschechischkenntnisse bei der Auswahl in aller Regel gegen die ungarischen und sudetendeutschen Bediensteten. So werden 1925 33.000 Stellen nach dem Gesetz gestrichen, davon sind bis dato 18.000 Stellen für Deutsche und für Ungarn und nur 15.000 Stellen für Tschechen und Slowaken.

Schon 1919 sind nur rund 27 Prozent der Staatsbediensteten in den Sudetenlanden Deutsche. Die meisten sind dort bereits zu Habsburgs Zeiten Tschechen. Nach der Gründung der Tschechoslowakei geht als erstes eine Pensionierungswelle durch die Reihen der deutschen Richter und Beamten. Dann sorgt das Sprachengesetz von 1920 für ein zweites Aussortieren. Und nun gibt das Abbaugesetz den Tschechen ein drittes Mal den Hebel in die Hand, den sudetendeutschen Anteil im Staatsdienst zu vermindern. Infolge dieser drei Aussortierungswellen verlieren

155 Sammlung der Gesetze der CSR, 1924, S. 2086-2092

die Sudetendeutschen bis 1935 rund 60.000 Stellen bei staatlichen Diensten und Behörden.[156] Der zahlenmäßige Rückgang von 1921 bis 1930 ist beachtlich:

- bei den Staats- und Landesbehörden um 49,0 Prozent,
- in der Postverwaltung um 41,2 Prozent und
- bei der Eisenbahnverwaltung um 48,5 Prozent.

Damit stellen die Sudetendeutschen bei einem Bevölkerungsanteil von 25 Prozent im Jahre 1930 noch 13,1 Prozent bei der Post, 12,4 Prozent bei der Bahn und 12,8 Prozent bei den Gerichten. Nur im Schuldienst ist der Proporz noch eingehalten. Die Entlassungen, die sich in diesen Zahlen widerspiegeln, schlagen voll auf die deutschen Arbeitslosenzahlen durch.

Dieses Phänomen erklärt der tschechische Historiker Vaclav Kral wie folgt:

> „Jeder Staat ist berechtigt, von seinen Angestellten Treue und genaue Pflichterfüllung zu fordern. Es gibt keinen Staat, der seinen Apparat freiwillig in die Hände seiner Feinde übergäbe. Die chauvinistisch gesinnte und dem tschechoslowakischen Staat feindliche deutsche Intelligenz suchte sich in den 20er Jahren vor allem in Industrie und Handel Geltung zu verschaffen, denn diese Betätigung war viel einträglicher als der Staatsdienst.“[157]

Mit der Reduzierung der Beamten tauscht die tschechoslowakische Regierung auch die Deutschen in den Spitzenpositionen aus. 1933 ist keiner der 8 Staatsbahndirektoren mehr ein Deutscher. Unter den 90 Vorstandsmitgliedern der Staatsbahndirektionen finden sich nur noch 3 Deutsche. An den obersten Gerichten ist nur noch einer von zehn Senatspräsidenten ein Deutscher usw. Das Abbaugesetz fördert diesen Trend ein weiteres Mal. Die Arbeitslosigkeit bei den Sudetendeutschen wächst und die tschechische Bevölkerung schiebt sich langsam, aber sicher zur Landesgrenze vor. Auch das ist nicht geeignet, die nationalen Minderheiten in den neuen Staat zu integrieren.

## 1925 - Die Bodenreform und die Nationalratswahlen

Sowohl die Beschlagnahmen von landwirtschaftlich genutztem Boden und von Wäldern als auch die anschließende Neuverteilung wird vom staatlichen Bodenamt geleitet. Das Amt untersteht einem Verwaltungsrat, in dem ausschließlich

156 Die Zahlenangaben in diesem Kapitel sind den Statistiken bei Bohmann S. 56 ff. entnommen.

157 Kräl-Dokumente, S. 12

Vertreter tschechischer Parteien sitzen. Das Bodenamt erstellt jährliche Statistiken über den Fortgang der Enteignungen und Verteilungen, jedoch ohne die Nationalität der Verlierer und Gewinner anzugeben. Dementsprechend gehen die Daten dazu in der deutschen und der tschechischen Literatur weit auseinander. Aus diesem Grunde seien hier vor allem die entsprechenden Zahlen aus einer französischen Quelle zitiert.

Land und Wälder gehen zu großen Teilen Zug um Zug an den Staat oder in die Hände von Tschechen und Slowaken über. Von den ab 1920 enteigneten 1.750.000 Hektar landwirtschaftlich genutzten Bodens entfallen rund 750.000 auf das deutsche Sprachgebiet, 730.000 auf ungarische Ländereien in der Slowakei und nur 270.000 Hektar auf das tschechischsprachige Gebiet.[158] Umgekehrt gehen 92 Prozent des enteigneten Landes zunächst in den Besitz von Tschechen über. In Böhmen sind es 3 Prozent des Bodens, die vom Staatsbodenamt den Deutschen zugewiesen werden, plus 38 Prozent der kleinen Pachtparzellen, die allerdings erst nach Gerichtsverfahren als Eigentum den alten Pächtern zurückgegeben werden. Insgesamt werden die deutschen Kleinbauern und Häusler schwer enttäuscht. Sie hatten gehofft, mit der „sozialen“ Reform den für die Existenz ihrer Familien erforderlichen Boden zu bekommen. Stattdessen geht die Masse des Ackerlandes und der Wälder an tschechische Legionäre, die an den Landesgrenzen angesiedelt werden sollen, und an andere, oft vermögende Tschechen und Slowaken, die das Land weit unter Wert erwerben können. Ein Teil der Tschechen und Slowaken nutzt das zugeteilte Ackerland - was sinnvoll ist - zur eigenen Landwirtschaft. Ein anderer Teil der Neueigentümer verpachtet den Boden - was äußerst unsozial ist - nach zum Teil kräftigen Pachterhöhungen an die bisherigen deutschen Pächter, und ein Teil verkauft das Land, das mit einem Achtel seines Werts entschädigt worden war, zu einem weitaus höheren Preis zurück an die vormaligen Besitzer. Insgesamt geht ein gutes Viertel des vormals sudetendeutschen Landbesitzes in Böhmen und Mähren damit an die Tschechen über.

Von den 297 im Zuge der Bodenreform neu aufgesiedelten Dörfern liegen 290 in den deutsch- und den ungarischsprachigen Gebieten.[159] Die Neusiedler, denen beschlagnahmte Äcker und Weiden übereignet werden, sind in den Sudetengebieten fast ausschließlich Tschechen. Von Beginn der Landenteignungen von 1919 an gehen bis 1930 3250 sudetendeutsche Landwirtschaften verloren. Zur gleichen Zeit steigt die Zahl der tschechischen Bauernstellen in den Sudetenlanden um 18.527 an. So dient die Bodenreform der tschechoslowakischen Regierung dazu, die tschechische und die slowakische Bevölkerung in die bisher rein deutsch und

158 Benoist-Mechin, Band VI, S. 50
159 Bohmann, S. 63

ungarisch bewohnten Grenzregionen vorzuschieben. Und diese Bevölkerungsverschiebung zulasten der Sudetendeutschen findet statt, obwohl große Gebiete in der inneren Tschechei seit Langem unter Landflucht leiden.

Zur Bodenreform gehört auch die Enteignung großen Waldbesitzes. Ausgedehnte Waldregionen gibt es in Böhmen und Mähren vor allem in den Randgebieten, in denen die Sudetendeutschen wohnen. So ist ein Drittel der Sudetenlande waldbedeckt. Viele dieser Wälder sind in Staatsbesitz. Die Regierung der Tschechoslowakei übernimmt den Staatswald in eigene Regie, ohne ihn auf neue Eigner aufzuteilen. Sie entlässt die Masse der zu 98 Prozent deutschen Forstleute, um sie durch Tschechen zu ersetzen.[160] 267 deutsche Forstbeamte und geschätzte 40.000 deutsche Waldarbeiter verlieren ihre Stellung und die Familien ihren Lebensunterhalt. Ähnliches geschieht in der Slowakei und der Karpato-Ukraine mit den Angehörigen der ungarischen Forstverwaltung. Auch dadurch dringen Tschechen und Slowaken in die bisher rein ungarischen Siedlungsräume vor.

Der Präsident des staatlichen Bodenamts Dr. Viskovsky kommentiert die nun inzwischen weit fortgeschrittene Bodenreform 1925 mit den schon zitierten Sätzen:

> „Dieses Werk nähert sich nun seiner Beendigung und wir stehen mit Freude zu ihm, wenn wir seine große nationalpolitische und wirtschaftliche Bedeutung werten. Der Boden gelangte aus den Händen der Fremden in die Hand des tschechischen Volkes."[161]

Eine weitere Enteignungswelle erhitzt 1925 die Gemüter der Sudetendeutschen. Nach der erfolgten Enteignung der regionalen Privatbahnen wird nun auch noch die Verstaatlichung der Straßenbahnen in den deutschen Städten angekündigt, und nach der in diesem Jahre begonnenen Zwangsverwaltung der bisher deutsch betriebenen Bäder- und Kureinrichtungen in Marienbad lässt die Ankündigung eines Bädergesetzes das Gleiche für Karlsbad, Teplitz-Schönau und Franzensbad befürchten.

Die Tschechisierung verschont auch die deutschsprachigen Vereine nicht. Das Prager Innenministerium verfügt mit einem Erlass vom 4. November, dass alle deutschsprachigen Schützenvereine Tschechisch als Kommandosprache benutzen müssen und dass sich alle Schützen unter Eid verpflichten müssen, ihren Wehrdienst in der tschechoslowakischen Armee abzuleisten.

160 Benoist-Mechin, Band VI, S. 51
161 Bohmann, Seite 61

Das Jahresende 1925 bringt mit den Nationalratswahlen am 15. November eine bemerkenswerte Verschiebung der Gewichte innerhalb der sudetendeutschen Wählerschaft. Seit Kriegsende waren die Sozialdemokraten in den drei Republiken Deutschland, Österreich und Tschechoslowakei stets die stärksten Parteien in den Parlamenten. Doch mit den Novemberwahlen 1925 gibt es einen Einbruch bei der sudetendeutschen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP). Sie verliert 14 ihrer bisher 31 Sitze und wird damit fast von der Wahlfusion der Landwirte- und Gewerbepartei mit insgesamt 16 Sitzen eingeholt. Die schwindende Akzeptanz der sudetendeutschen Sozialdemokraten hat mindestens zwei Ursachen. Die erste ist, dass sich die deutschsprachigen linken Extremisten, die vorher in der DSAP vertreten waren, von dort lösen und nun mit den tschechischen Kommunisten vereinigen. Der zweite Grund liegt vermutlich in der Erfolglosigkeit, zu der die Sozialdemokraten als stärkste deutsche Kraft bisher bei ihrer Vertretung sudetendeutscher Interessen verurteilt gewesen sind.

Eine vergleichbare Entwicklung tritt in der Slowakei ein. Die Slowakische Volkspartei von Andrej Hlinka verbessert sich von bisher 11 auf 24 slowakischsprachige Mandate. Damit vertreten nun schon 30 von insgesamt 47 slowakischen Abgeordneten den Grundsatz, dass die Slowaken eine eigene Nation darstellen.

Am 17. Dezember 1925 tritt der neu gewählte Nationalrat zum ersten Mal zusammen. Während der Ministerpräsident versucht, seine Regierungserklärung zu verlesen, erhebt sich die Mehrheit der slowakischen Abgeordneten und singt ein altes tschechisches Kampflied mit einem neuen Text: „Wenn die Tschechen untergehen, werden wir Slowaken weiterleben!“ Danach erheben sich die Deutschen und singen die reichsdeutsche Nationalhymne. Der erste Sitzungstag endet im Tumult. Auch die zweite Sitzung verläuft nicht wesentlich geordneter. Nachdem die Regierungserklärung unter viel Protest der nichttschechischen Abgeordneten verlesen worden ist, erheben sich nacheinander die Parteiführer und -Sprecher der sudetendeutschen, slowakischen und ungarischen Parteien und protestieren in ihren Grundsatzerklärungen gegen den nationalstaatlichen Aufbau des tschechischen Regierungssystems, gegen die Landenteignungen, die Massenentlassungen unter den Nicht-Tschechen, die ungleichen Zuschnitte der tschechischen, slowakischen, ruthenischen und ungarischen Wahlkreise, die nicht gehaltenen Regierungsversprechen und so weiter und so fort. Aufsehen erregt dabei die „staatsrechtliche Erklärung“ des Parteichefs des sudetendeutschen Bundes der Landwirte, Dr. Franz Spina. Sie ist eine Kampfansage:

> „Die während des siebenjährigen Bestandes des tschechoslowakischen Staates gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß sein nationalstaatlicher Aufbau und sein einseitig nationalistisches Regierungssystem für die einverleibten Völker unerträg-

> lieh sind. [...] Fest auf dem Boden unserer angestammten Heimat stehend, erklären wir, dieses System und seine Auswirkung rücksichtslos gemeinsam bekämpfen zu wollen.“[162]

Ein schlechtes Echo auf die Demokratie im Staate Tschechoslowakei.

## 1926 - Das „Sprachendurchführungsgesetz“ und zwei deutsche Minister

Das für die nationalen Minderheiten einschneidendste Ereignis des Jahres ist der Erlass der **„Regierungsverordnung vom 3. Februar 1926“,** auch „Sprachendurchführungsgesetz“ genannt.[163] Die Verordnung konkretisiert das 1920 erlassene Sprachengesetz, das das fiktive Tschechoslowakische zur Staatssprache erhoben und verfügt hatte, dass in den Gebieten mit einer Sprachenminderheit von mindestens 20 Prozent der ansässigen Bevölkerung die Minderheitensprachen bei Gerichten, Behörden und Staatsorganen verwendet werden dürfen. Nun folgt die konkretisierende Verordnung. Diese erregt unabhängig von ihrem Inhalt sofort den Widerspruch der nationalen Minderheiten, weil sie an der Gestaltung der Verordnung, die vor allem sie betrifft, nicht beteiligt worden sind.

Das „Sprachendurchführungsgesetz“ verordnet den vorrangigen Gebrauch des Tschechoslowakischen bei Gerichten und Behörden, bei Staatsunternehmen und -Organen. Es hält sich an die 1920 eingeführte 20 Prozent-Minderheitenregel und sieht auch sonst noch einige Ausnahmeregeln zugunsten der Minderheiten vor. Vor allem erlaubt es den fremdsprachigen Gemeinden, ihre Minderheitensprachen innerhalb der Gemeindegrenzen als Amtssprache zu benutzen. Außerdem wird jede Minderheitensprache, sobald sie von mindestens 50 Prozent der Bürger gesprochen wird, stets auch erste oder zweite Amtssprache der Gemeinde. Soweit die Regelungen, die der Vielsprachigkeit im Vielvölkerstaat entgegenkommen. Doch ein weiterer Teil der Verordnung belastet die nationalen Minderheiten erneut in nachhaltiger Weise. Es ist das „Hauptstück XII“, das die „sprachliche Befähigung der staatlichen Bediensteten“ neu regelt. Fortan können nur noch Bewerber in den Staatsdienst aufgenommen werden, die „der Staatssprache vollkommen kundig sind“. Alle aktiven Richter und Beamten, Angehörigen von Staatsbetrieben und Staatsorganen haben ihre Befähigung, ihr Amt auf Tschechoslowakisch wahrzunehmen, binnen sechs Monaten mit Zeugnis oder Prüfung

162 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses der Nationalversammlung der CSR, 2. Wahlperiode, 1. Sitzungsperiode, S. 86

163 Sammlung der Gesetze der CSR, 1926, S. 65-89

nachzuweisen. Die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfung kann nach einem weiteren halben Jahr zugelassen werden. Ist der Staatsdiener dann noch immer nicht in der Lage, seinen Amtsgeschäften in fließendem Tschechisch nachzukommen, ist er zu pensionieren. Ausnahmen sind nur bei über 50-jährigen Richtern und Beamten möglich, wenn ihre Dienste nicht unter ihren mangelhaften Sprachkenntnissen leiden.

Hier sei daran erinnert, dass es in Altösterreich seit 1867 für Beamte - außer für die Offiziere der Armee - keinen Zwang gegeben hat, sich einer anderen als der eigenen Muttersprache zu bedienen.

Was für das Funktionieren einer Staatsverwaltung eigentlich so selbstverständlich ist, die einheitliche Sprache, kann in einem Vielvölkerstaat ohne einen politischen und Verwaltungsmittelbau für die nationalen Minderheiten zum Verhängnis werden. Da es in der Tschechoslowakei keine nach Sprachnationen gegliederten Kantone oder Bundesländer gibt, greift die Staatsverwaltung so weit nach unten durch, dass sie die Minderheitensprachen im öffentlichen Dienst der fremdsprachigen Regionen mit der Zeit erstickt. So sieht auch das „Sprachendurchführungsgesetz“ keine Regelungen für einen Verwaltungsmittelbau in den deutsch- oder ungarischsprachigen Regionen vor. Infolgedessen werden die bisher mit vielen Sudetendeutschen besetzten Dienstposten in den mittleren Gerichten und Behörden der Sudetenlande von den des Tschechischen unkundigen deutschen Richtern und Beamten geräumt, und deren Posten mit Tschechen nachbesetzt.

Das gleiche gilt auch für Angestellte im Öffentlichen Dienst. Das Ergebnis dieser verschärften Sprachenregelungen stellt sich bald ein. Bis 1930 werden 33.000 Angehörige der deutschen Minderheit aus dem Öffentlichen Dienst entlassen, weil sie den Sprachentest nicht bestehen, und 41.000 Tschechen dafür eingestellt. Damit sinkt der Anteil der Deutschen in der Tschechei auf 12,7 Prozent der dortigen Staatsangestellten bei ihrem Bevölkerungsanteil von 30,6 Prozent.[164]

Den Hebel, Gleiches in den deutschen Städten und Gemeinden zu vollziehen, bietet die Verstaatlichung kleinerer lokaler Unternehmen, z. B. von Regionalbahnen, Kurbetrieben usw.. Sobald diese bisher von Deutschen betriebenen kleinen Unternehmen Staatsbetriebe sind, müssen auch deren Angestellte binnen eines halben Jahres ihre Tschechischkenntnisse beweisen. Falls sie das nicht können, werden auch sie in aller Regel durch tschechisches Personal ersetzt. Gleichzeitig werden zahlreiche Sudetendeutsche, die des Tschechischen „vollkommen kundig“ sind, in die innere Tschechei versetzt. Die Kinder dieser sudetendeutschen Richter und Beamten müssen dort auf tschechische Schulen gehen, während

164 Krystlik, S. 107

für die Kinder der neu eingesetzten tschechischen Richter und Beamten in den deutschen Gebieten neue tschechische Schulen eingerichtet werden. So ist die „Regierungsverordnung vom 3. Februar 1926“ ein sehr probates Mittel der Regierung, die Sudetengebiete von der deutschsprachigen Beamtenschaft zu räumen und den dortigen Anteil der Tschechen zu erhöhen. Dass die Tschechen es ansonsten nicht so genau mit der Durchmischung ihrer Staatsnationen nehmen, belegt der „Proporz“ innerhalb der Prager Ministerien. Dort arbeiten neben rund 8000 tschechischen Beamten nur 200 Slowaken.[165]

Inzwischen besteht die Tschechoslowakei acht Jahre, ohne dass die Oppositionsrolle der sudetendeutschen Parteien im Nationalrat oder im Senat irgendeine Verbesserung der rechtlichen, politischen oder wirtschaftlichen Lage der deutschen Minderheit bewirkt hätte. Schon 1922 hatten vier der deutschsprachigen Parteien den Tschechen angeboten, in die Regierung einzutreten und Mitverantwortung für den Aufbau der jungen Tschechoslowakei zu übernehmen. Damals war die Zeit nicht reif dafür. Nachdem nun im Dezember 1925 eine neue Regierung unter dem deutschfreundlichen Ministerpräsidenten Anton Svehla ins Amt gekommen ist, bieten drei deutsche Parteien erneut ihre Mitarbeit in der Regierung an. Es sind dies der Bund der Landwirte, die Gewerbepartei und die Christlich-Soziale Partei. Als 1926 zwei der tschechischen Parteien die Regierung Svehla verlassen, ist der Ministerpräsident der bis dahin rein tschechischen Regierung mit nur noch 107 von 300 Abgeordneten im Nationalrat nicht mehr handlungsfähig. Svehla bietet daraufhin den deutschen und slowakischen Parteien den Eintritt in die Staatsregierung an. Die drei genannten deutschsprachigen Parteien nehmen die Offerte an, ohne sie mit Bedingungen zugunsten der Deutschen zu verknüpfen. Svehla nimmt Prof. Dr. Spina vom Bund der Landwirte als Minister für Öffentliche Arbeiten in das Kabinett auf und Prof. Dr. von Mayr-Harting von den Christlich-Sozialen als Justizminister. Fortan bürgert sich für die aktiv in der Regierung mitarbeitenden Parteien der Ausdruck „Aktivisten“ ein und für die Oppositionsparteien der Ausdruck „Negativisten“. Am 12. Oktober 1926 vereidigt Staatspräsident Masaryk erstmals mit Franz Spina und Robert von Mayr-Harting zwei Deutsche als Minister.

Anders als die Deutschen tritt Andrej Hlinka von der Slowakischen Volkspartei erst nach langwierigen Verhandlungen in die Regierung Svehlas ein. Seine Bedingung für den Eintritt ist die Einsetzung einer autonomen Landesregierung für die Slowakei. Sie wird ihm zugesichert und 1928 in sehr eingeschränkter Weise auch erfüllt.

165 Glaser, S. 48

Am 15. Oktober gibt Ministerpräsident Svehla eine Regierungserklärung im Sinne eines gedeihlichen Zusammenlebens aller Nationen in der Tschechoslowakei ab. Doch die Hoffnungen, die die nationalen Minderheiten mit diesem Neuanfang verbinden, werden nicht erfüllt. Die tschechische Mehrheit im Nationalrat lässt auch weiterhin keine Wende zugunsten der Minderheiten zu, und Ministerpräsident Svehla wird schon 1927 schwer erkranken und dann sterben. Die drei deutschen Parteien im Prager Kabinett können z. B. die Verwaltungsreform von 1927 nicht verhindern, in der die Landesteile Schlesien und Mähren vereinigt werden, womit der sudetendeutsche Bevölkerungsanteil von 40,3 Prozent in Schlesien im überwiegend tschechisch besiedelten Mähren aufgeht und sein politisches Gewicht verliert. Auch den Stellenabbau und die Landenteignung zulasten der Deutschen können die drei aktivistischen Parteien nicht mehr bremsen und ebenso auch eine gerechtere Verteilung von Staatsaufträgen und mehr Wirtschaftsförderung für die Sudetenlande nicht erreichen.

## 1927 und der Traum von der slowakischen Autonomie

Zur Enttäuschung für die Sudetendeutschen werden bald die neuen Töne bei einem Teil der Aktivisten. Ende Januar 1927 hält Franz Spina vom Bund der Landwirte, einer der zwei deutschen just ins Amt gekommenen Minister, einen Vortrag auf Einladung der französischen Zeitung *Le Matin* [Der Morgen]. Er trägt dort zur Lage der Sudetendeutschen vor:

> „Die Anschlußfrage: Wir haben 1000 Jahre mit den Tschechen gelebt, und wir sind mit ihnen ökonomisch, sozial, kulturell und sogar rassenblütlerisch so eng verbunden, daß wir mit ihnen eine Einheit bilden. Wir leben mit den Tschechen in einer Symbiose. Wir haben mit ihnen eine Vernunftheirat geschlossen.“[166]

Die neue Sprache des Ministers Spina muss man als sein Bemühen um eine Verständigung mit der tschechischen Elite werten. Doch angesichts der noch immer harten Wirklichkeit der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei stoßen seine Worte bei den Deutschen bitter auf. Spina erntet postwendend Widerspruch, zum Teil sogar Empörung. *Der Tag* in Aussig kommentiert:

> „Minister Spinas Schlagwort von der deutsch-tschechischen Symbiose war eine böse Entgleisung.“

166 Zeitung *Sudetendeutschland;* Wien 1.2.1927

Die *Brüxer Zeitung* schreibt:

> „Das Ausland enthält durch diese Minister-Worte eine unrichtige Vorstellung von den nationalen und politischen Zuständen in der Tschechoslowakei und von der Einstellung des Tschechentums zu den Minderheiten.“

*Der Sozialdemokrat* aus Prag meint:

> „Dem deutschen Volke werden von dieser Sorte von Aktivismus die Augen übergehen. Es wird eines Tages aus seinem Schlafe erwachen und sehen, wie dieser Aktivismus gewütet hat - diese Symbiose zwischen Dummheit und Eigennutz.“

Die wütenden oder enttäuschten Reaktionen auf Spinas Vortrag vor einem französischen Auditorium sind auch deshalb sehr verständlich, weil sich die sudetendeutschen Leser dieser neuerlichen Spina-Einlassung noch gut an seine Aufsehen erregende Rede von vor einem Jahr erinnern. Spina hatte am 18. Dezember 1925 als Sprecher von vier deutschen Parteien seine „staatsrechtliche Erklärung“ vor dem Parlamente abgegeben. Und da gab es noch Sätze wie:

> „Die während des siebenjährigen Bestandes des tschechoslowakischen Staates gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß sein nationalstaatlicher Aufbau und sein einseitig nationalistisches Regierungssystem für die einverleibten Völker unerträglich sind. [...] Fest auf dem Boden unserer angestammten Heimat stehend, erklären wir, dieses System und seine Auswirkung rücksichtslos gemeinsam bekämpfen zu wollen.“

„Unerträglich“ und „bekämpfen“ stehen hier in krassem Gegensatz zu „eng verbunden“ und „Symbiose“. Auf viele sudetendeutsche Leser wirkt dieses Zeugnis aktivistischer Politik nicht einmal taktisch klug und staatsloyal, sondern eher wie eingeknickt und eingekauft.

1927 wird ein politisch dramatisches Jahr für die Slowaken. Nach dem Abschluss der langen Koalitionsverhandlungen zwischen Ministerpräsident Svehla und der Führung der Slowakischen Volkspartei glaubt Parteichef Hlinka, dass er sich den Regierungseintritt von Svehla teuer hat bezahlen lassen.[167] Am 18. Januar verkündet Hlinka in Bezug auf das Pittsburg-Abkommen von 1918, in dem den Slowaken ihre volle Selbstverwaltung zugestanden worden war:

> „Wir gehen in die Regierung, um den Pittsburg-Vertrag, im Ganzen und in Teilen zu verteidigen. [...] An Stelle eines ohnmächtigen Ministers werden wir einen

167 Der Eintritt der Slowakischen Volkspartei findet am 15.1.1927 statt.

> slowakischen Landespräsidenten haben, an Stelle bedeutungsloser Gauausschüsse einen Landtag. Der künftige Landespräsident wird alle Verwaltungsbeamten von der 8. Rangklasse aufwärts ernennen. [...] Wir gehen als Sieger aus dem Kampfe, denn wir haben die Autonomie eingepflanzt und die Einheit des slowakischen Landes durchgesetzt."

Hlinka fügt hinzu, dass Slowakisch künftig Unterrichts- und Amtssprache in der Slowakei sein werde.[168] Andrej Hlinkas Freude währt jedoch nicht lange. Die Koalition bricht schon 1929 wieder auseinander. Staatspräsident Masaryk schiebt der slowakischen Emanzipation entschlossen einen Riegel vor. Er streitet erstmals im Herbst 1928 in seinen Memoiren und dann noch einmal 1929 schriftlich gegenüber Hlinka die Gültigkeit des Vereinigungsvertrags von Pittsburg ab.

Im November 1927 veröffentlicht Präsident Masaryk in New York sein Buch *„The Making of a State"*, seine Memoiren bis 1918. Er schildert dort, wie er in den Jahren 1915-1918 Gruppen von Exiltschechen- und Exilslowaken dazu gebracht hat, sich auf einen gemeinsamen, unabhängigen Staat für die Nachkriegszeit zu einigen. Das Pittsburg-Abkommen sei nur einer von vielen Schritten auf diesem Weg zum tschechoslowakischen Einheitsstaat gewesen. Es sei damals darauf angekommen, Gruppen von Exilslowaken mit Vereinigungstendenzen zu Russland, zu Rumänien, Ungarn oder Polen politisch einzufangen. So sei das *Pittsburgh Agreement* zustande gekommen. Er bezeichnet es in seinem Text sonst fast immer als „*Convention*".

> „Es wurde geschlossen," - *so schreibt er wörtlich* - „um eine kleine slowakische Partei zu beruhigen, die von einer weiß Gott wie gearteten Unabhängigkeit für die Slowakei träumte. [...] Deshalb einigten sich die Tschechen und Slowaken auf die **Convention,** die eine autonome Verwaltung, ein Parlament und Gerichtshöfe für die Slowakei verlangte. Ich unterzeichnete die *Convention* ohne Zögern als eine lokale Vereinbarung zwischen amerikanischen Tschechen und Slowaken über die politische Zielrichtung, die sie bereit waren, zu verfolgen."[169]

Nach dieser Buchpassage begründet Masaryk, warum die *Convention* aus seiner Sicht nicht bindend sei. Er schreibt, dass die Slowakische Liga, mit der die *Convention* 1918 geschlossen worden sei, erst 1919 von der Tschechoslowakei anerkannt worden sei. Mit „nicht anerkannten Autoritäten" könne man keinen Vertrag schließen. Danach - so muss man kommentieren - hätte es vor der Gründung der Tschechoslowakei auch kein anderes slowakisches Einverständnis für eine

168 Zeitung *Sudetendeutschland;* Wien 1.2.1927
169 Masaryk, S. 220 f.

Vereinigung von Tschechen und Slowaken geben können. Die slowakischen Repräsentanten, die am 29.2.1920 die Verfassung mitbeschlossen haben, sind auch nicht rechtmäßig gewählt gewesen. Die Verfassung wurde acht Wochen vor den ersten Parlamentswahlen festgelegt. Die slowakischen „Abgeordneten“ die die Verfassung 1920 mitbeschlossen haben, waren von den Tschechen ausgesucht. Zum Zweiten beruft sich Masaryk darauf, dass in der *Convention* stehe, die Einzelheiten der slowakischen Frage würden erst durch die rechtmäßigen Repräsentanten der Slowaken in der späteren Verfassung festgelegt. Dazu ist zu sagen: in der *Convention* steht nur, dass die „näheren Einzelheiten“ zur Abmachung den rechtmäßigen Repräsentanten überlassen werden, und nicht etwa, ob die Abmachungen über die Selbstverwaltung und den Landtag eingehalten werden oder nicht.

Das schwerwiegendste Argument des Präsidenten bezieht sich auf das Wort Convention. Er schreibt, dass das Pittsburg-Abkommen eine *Convention* sei und kein *treaty*. Masaryk argumentiert, dass eine *Convention* so etwas wie eine unverbindliche Übereinkunft sei und kein verbindlicher Vertrag. Doch im Englischen können sowohl *convention* als auch *treaty* das bedeuten, was auf Deutsch Vertrag heißt. Die Urkunde von Pittsburg trägt außerdem die tschechische Überschrift *„Cesko Slovenskä Dohoda“*. Auch *dohoda* ist auf Deutsch mit „Vertrag“ zu übersetzen. Hier leistet sich Masaryk ein echtes Lumpenstück: Er zerreißt den „Trauschein“ zwischen Tschechen und Slowaken. Ob Staatspräsident Masaryk das Dokument formaljuristisch als Staatsvertrag betrachtet oder nicht; für die Mehrheit der Slowaken hat der Vertrag Symbolwert, verbunden mit der vagen Hoffnung, dass ihre relative Selbstbestimmung innerhalb der Slowakei doch noch eines Tages kommt. Tomas Masaryk stirbt 1937. Er wird es nicht mehr erleben, wie die Slowaken ihm seinen Wortbruch heimzahlen und 1939 aus der Tschechoslowakei austreten.

1927 und 1928 verlagern sich die Gewichte zwischen bisher zugestandener Autonomie und Zentralismus ein weiteres Mal. 1927 drängen die Sudetendeutschen, die Slowaken und die Ungarn auf eine Verwaltungsreform. Die Tschechen streben die Reform zur Straffung der Verwaltung an, die Slowaken glauben anfänglich, dass diese Reform ihnen die von Svehla zugesagte Selbstverwaltung in der Slowakei beschert, die Sudetendeutschen und die Ungarn erhoffen sich dadurch eine Erweiterung ihrer Befugnisse in der regionalen Selbstverwaltung. Das von den Deutschen angestrebte Ziel ist eine Gauverwaltung, die zwar seit 1920 gesetzlich vorgesehen, jedoch nie verwirklicht worden ist. Gaue mit mehreren Bezirken, in denen vor allem nur eine Sprachnation zu Hause ist, sollen nach dem Wunsch der Deutschen und der Ungarn eine autonome Mittelinstanz zwischen der von Tschechen und Slowaken beherrschten Republik und den Gemeinden werden. Doch die Entwicklung läuft dann ganz anders als erwartet. Die seit 1920 vorgesehene Gaueinteilung wird abgeschafft und alle Länder von Böhmen bis zur Karpato-

Ukraine bekommen mit dem **Gesetz zur Verwaltungsneuordnung** vom 14. Juli 1927 eine neue einheitliche Struktur mit Länder- und Bezirksverwaltungen.[170] Das Gesetz tritt erst 1928 in Kraft.

## 1928 und die Neuordnung der Verwaltung

Die Verwaltungsreform setzt auf Länder- und Bezirksebene neuartige Länder- und Bezirksvertretungen ein.[171] Gewählte Bezirksvertretungen hat es seit Anbeginn der Republik gegeben. Die Ländervertretungen für Böhmen, Mähren, die Slowakei und die Karpato-Ukraine sind dagegen neu. Die neu geschaffenen Ländervertretungen sollten eigentlich die seit 1919 zugesagten Länderparlamente werden. Die neuen Vertretungen auf Bezirks- und Landesebene werden allerdings nur zu zwei Dritteln gewählt. Der Rest der Mandate wird mit Landesbeamten besetzt, die das Innenministerium bestimmt.[172] Bislang wurden alle Mitglieder der Bezirksräte gewählt und stammten aus den verwalteten Regionen. Nach § 56 des neuen Gesetzes müssen die ernannten Beamten vor der Wahl erklären, welche Wählergruppe oder Partei sie in der Vertretung unterstützen werden. Mit dieser neuen Ordnung der Verwaltung greift die Staatsregierung in die regionale Selbstverwaltung der Bezirke ein, und die 60 Jahre alte - alt-österreichische - demokratische Selbstverwaltung in Böhmen und Mähren ist damit beendet. Die tschechoslowakische Regierung begründet ihren Eingriff in das allgemeine und gleiche Wahlrecht und in die regionale Selbstverwaltung damit, dass so Niveau und Kompetenz der regionalen Parlamente angehoben würden. Die neuen Landes- und Bezirksvertretungen sind für Fragen der Wirtschaft und Verwaltung zuständig, für Soziales, Kultur und andere Belange der Regionen. Doch sie sind als teils gewählte Körperschaften nicht die Souveräne, die der Verwaltung Weisungen erteilen und sie überwachen können. Die neuen Landes-Vertretungen sind nur Beiräte der Landespräsidenten und ihrer Verwaltungen. So verbietet ihnen das Gesetz auch, für ihre Regionen politische Beschlüsse zu fassen. Außerdem nimmt das Gesetz der Karpato-Ukraine das ihr in der Verfassung zugesprochene Recht, ihre gebietseigene Verwaltung autonom zu regeln. Und die Slowakei bekommt mit dem neuen Landesparlament nur pro forma das autonome Parlament, das Hlinka vom inzwischen verstorbenen Ministerpräsidenten Svehla vor zwei Jahren versprochen worden war. Aber, immerhin, die Slowaken haben nun wenigstens ein eigenes, wenn auch nur eingeschränkt gewähltes Landesparlament.

170 Gesetz vom 14. Juli 1927 über die Organisation der politischen Verwaltung, Sammlung der Gesetze der CSR, 1927, S. 1599-1615

171 4 Landes- und 239 Bezirksvertretungen

172 Lipscher, S. 97 ff.

Zur Verwaltungsreform von 1928 gehört noch eine Gebietsreform, die den Sudetendeutschen Sorgen macht, die aber auch die deutschen Minister in der Regierung trotz allen Bemühens nicht verhindern können. Der größere Landesteil Mährens mit 20 Prozent deutschem Bevölkerungsanteil wird mit dem sehr viel kleineren Landesteil Schlesien mit 40 Prozent deutscher Bevölkerung vereinigt, sodass der Einfluss, den die große deutsche Minderheit bis dahin in Schlesien und in der dortigen Hauptstadt Troppau hatte, im größeren Mähren untergeht.

Die Kritik an dem Gesetz geht quer durch alle Nationen und Parteien. Die tschechischen Sozialdemokraten sehen in ihm einen fundamentalen Verstoß gegen die Regeln der Demokratie. Die deutschen Parteien fordern statt des Gesetzes die Bildung national getrennter Verwaltungskörper und Verwaltungssprengel. Die slowakischen Parteien verlangen statt des noch immer starken Prager Einflusses endlich die versprochene Autonomie für ihren Landesteil. Die Kommunisten bestehen auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch innerhalb der Tschechoslowakei. Das Gesetz dagegen bringt statt mehr Freiheit für die Selbstverwaltung der Regionen mehr Einfluss der Zentralregierung bis in die Bezirke. Staatspräsident Masaryk teilt diese negative Sicht der Verwaltungsreform ganz offensichtlich nicht. Er bewertet sie in einer Rede zum zehnjährigen Bestehen der Republik am 28. Oktober 1928 völlig anders.

> „Die Demokratie ist eine Selbstverwaltung der Bürgerschaft und jedes einzelnen Bürgers. In der Demokratie ist daher die Forderung nach Selbstverwaltung und Autonomie von selbst gegeben. Wenn in einem Staat mit national oder kulturell ungleicher Bevölkerung alle sich integrieren sollen, wenn sich alle selbst lenken sollen, dann ist die Teilung der politischen Macht auch nach den gegebenen Unterschieden der Bevölkerung erforderlich.“[173]

Im Dezember 1928 finden die ersten Wahlen für die vier Landesvertretungen nach dem neuen Recht statt. Zu den 120 gewählten Abgeordneten in Böhmen treten 60 Staatsbeamte, zu den 40 in Mähren-Schlesien sind es zusätzlich 20. In der Slowakei ist das Verhältnis 36 zul8 und in der Karpato-Ukraine 12 zu 6. Die einst zugesagten frei gewählten und autonomen Landtage für die Slowaken und Ruthenen sind nach zehn Jahren Tschechoslowakei in Prag vergessen, nicht aber in Preßburg und in Uzgorod.

Zu Jahresanfang 1928 schon rührt sich ein weiterer slowakischer Versuch, die einst versprochene Autonomie samt eigenem Landtag für die Slowakei zu fordern. Der slowakische Verleger und Politiker, Prof. Dr. Vojtech Tuka,[174] veröffentlicht am

173 Lipscher, S. 197
174 Statt Vojtech auch Adalbert genannt.

1. Januar 1928 eine Schrift mit dem Titel *„Vacuum juris“*, in der er die Grundlagen der Tschechoslowakei bestreitet. Tuka behauptet darin, dass die „Erklärung von St. Martin am Turz“ von 1918, in der Vertreter der Slowaken ihren Beitrittswillen zu einer Tschechoslowakei bekräftigt hatten, einen geheimen Zusatz enthalten habe. Nach diesem Zusatz sollte der Anschluss der Slowakei zunächst nur für eine Probezeit von zehn Jahren gelten, und diese Probezeit sei am 30. Oktober 1928 abgelaufen. Die tschechoslowakische Zentralregierung habe der Slowakei die einst zugesicherte Autonomie und die damit verbundenen regionalen Rechte niemals eingeräumt und der damaligen Vereinigung damit das Fundament entzogen. Prof. Tuka verlangt eine Volksabstimmung unter den Slowaken über die weitere Zugehörigkeit der Slowakei zur Tschechoslowakei oder ihre Lostrennung. Nach einer gewissen Zeit der Unentschlossenheit lässt die Regierung Tuka wegen Hochverrats verhaften. Der Prozess findet 1929 statt.

Für das Jahr 1928 ist noch ein weiterer Vorgang der Erwähnung wert. Er wirft ein Licht auf das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis. Im Mai 1928 stattet Außenminister Benes den ersten Staatsbesuches in seiner Amtszeit in Berlin ab. Im Außenministerium empfängt ihn Staatssekretär von Schubert. Das Gespräch dreht sich im Wesentlichen um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Nachbarstaaten. Immerhin sind Deutschland und Österreich zusammen die größten Abnehmer des tschechoslowakischen Exports. Benes strebt einen günstigeren Außenhandelsvertrag für sein Land und Vorzugszölle bei der Einfuhr tschechoslowakischer Güter in das Deutsche Reich an. Von Schubert denkt drei Schritte weiter und schlägt Benes vor, gänzlich auf Zollschranken zwischen der Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland zu verzichten, also eine Zollunion zu bilden. Besonders Österreich leidet seiner Zeit darunter, dass der frühere Zoll- und Wirtschaftsraum der Habsburg-Doppelmonarchie nun nicht mehr existiert. Auch für Deutschland und die Tschechoslowakei würde diese Zollunion von großem Vorteil sein. Das Projekt hätte sich später zu einer Zollunion der früheren Länder Habsburgs in den gesamten Donauraum hinein erweitern lassen. Als letzten Schritt dieser Idee führt von Schubert an:

> „Es klingt natürlich phantastisch, wenn man, wirtschaftlich gesprochen, von den Vereinigten Staaten von Europa sprechen wolle, letzten Endes sei dies aber gewissermaßen das Ziel. Man müsse sich nur vergegenwärtigen, welche ungeheure Stoßkraft das homogene Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Staaten allein darstellt, um sich die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Staaten in Europa klarzumachen.“[175]

175 ADAP; Serie B, Band IX, Dok. 30, Gespräch am 23.5.1928

Doch Außenminister Benes, der 1922 noch selbst eine Donauföderation unter tschechischer Führung vorgeschlagen hatte, lehnt jetzt ab. Er befürchtet und deutet das auch an, dass sein Land damit wirtschaftlich und politisch auf Dauer in den Sog des größeren Deutschen Reichs geraten könnte. Drei Jahre später, 1931, taucht das Problem erneut auf, als die Regierungen in Berlin und Wien versuchen, doch noch eine, wenn auch kleinere, Zollunion zu bilden. Auch 1931 ist es Benes, der unverzüglich eine Koalition Englands, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei und des Völkerbunds gegen die deutsch-österreichische Zollunion zusammentrommelt.

## 1929 und der Tuka-Prozess

Zwei Ereignisse des Jahres 1929 werfen ein Licht auf das slowakisch-tschechische Verhältnis im zehnten Jahr der Tschechoslowakei. Es sind der Prozess gegen den slowakischen Politiker Adalbert Tuka und die endgültige Leugnung des Vertrags-charakters des Abkommens von Pittsburg durch Staatspräsident Masaryk.

Zu Prof. Tuka: Er gehört der Slowakischen Volkspartei an und kämpft wie sein Parteichef Hlinka politisch für die Autonomie der Slowaken innerhalb der Tsche-choslowakei. Tuka erinnert daran, dass die Slowaken nie in einer Volksbefra-gung über ihre Zugehörigkeit zur Tschechoslowakei befragt worden sind, und er vertritt die Ansicht, dass ihnen nun nach zehn Jahren das Recht zugestanden werden müsste, eine Volksabstimmung nachzuholen. Die Staatsregierung fasst das als Verrat an der Idee der tschechoslowakischen Einheit auf und lässt ihn strafrechtlich belangen. Tuka wird zunächst des Hochverrats beschuldigt. Seine Abgeordnetenimmunität wird aufgehoben. Er wird im Januar 1929 verhaftet und vor Gericht gestellt. Eigentlich hätte er schon nach dem Staatsschutzgesetz von 1923 wegen Hochverrats zu lebenslangem Kerker verurteilt werden können. Doch das hätte ihn für viele Slowaken zu einem nationalen Märtyrer gemacht. So verurteilt man Tuka wegen behaupteter Spionagetätigkeit für Ungarn. Die Ungarn sind für die Slowaken noch immer die alten Unterdrücker, und so gilt eine Spionage für Ungarn als schwerer Makel unter den Slowaken.

Tuka wird im Oktober zu 15 Jahren „schwerem Kerker“ verurteilt, von denen er achteinhalb Jahre unter schlimmsten Bedingungen verbüßt.[176] Zwei Jahre nach dem Prozess wird allerdings bekannt, dass einer der Hauptbelastungszeugen für den Spionagevorwurf, eine Christine Schramm aus Wien, mit Geld gekauft worden ist. Da ihr 50.000 tschechische Kronen im Zusammenhang mit ihrer

176 Jung, S. 73

Aussage angeboten und später nicht gezahlt worden sind, zieht sie im Juli 1932 wegen ihres nicht gezahlten Judas-Lohnes selber vor Gericht. Der Prozess gegen den Slowaken Tuka wird trotzdem nicht noch einmal aufgerollt.

Nach der Haft ist Tuka fast erblindet. Sein politisches Gewicht und damit auch die Bedeutung des Prozesses ergibt sich aus der Rolle, die er in der Slowakei spielt. Tuka organisiert und leitet die *Rodobranci,* die Parteijugend der Slowakischen Volkspartei, womit er zur Zeit seines Prozesses die Zentralfigur der nationalslowakisch orientierten Jugend seines Landes ist. Der Tuka-Prozess und sein hartes Urteil zeigen, dass es in der tschechisch-slowakischen Ehe noch immer heftig kriselt. Nach dem Prozess verlässt die Slowakische Volkspartei Hlinkas die Regierung nach nur zwei Jahren Zugehörigkeit.

Während des Prozesses gegen Tuka versucht Hlinka, Staatspräsident Masaryk noch einmal an seine Unterschrift unter das Pittsburg-Abkommen zu erinnern und an die Autonomieversprechen, um die es letzten Endes auch dem angeklagten Tuka geht. Da hieß es doch:

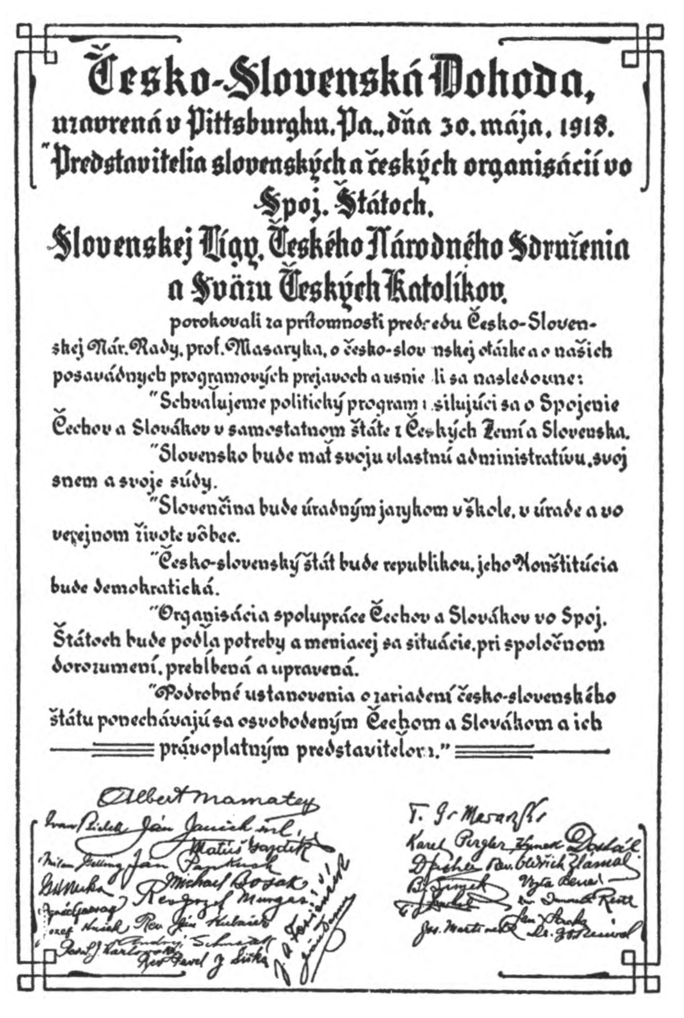
> „Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung, ihren Landtag und ihre Gerichte haben. Das Slowakische wird die amtliche Sprache der Schulen, Behörden und des öffentlichen Lebens überhaupt sein.“[177]

Der Präsident bleibt jedoch bei seiner Linie, die er schon im Buch *„The Making ofa State“* vorgezeichnet hatte. Er antwortet am 12. Oktober mit einem Brief an Hlinka, in dem er das Abkommen - wie im Buch - als ungültig und eine Fälschung abtut. Masaryk versteigt sich in seinem Brief an Hlinka zu der Behauptung, bei dem Abkommen habe es sich lediglich um ein mündliches Einvernehmen gehandelt, dem später ein schriftlicher Vertrag untergeschoben worden sei. Einige der Unterzeichner hätten nachträglich unterschrieben, was den Vertrag, wie er nun vorliege, zu einer Fälschung mache. Zu guter Letzt stellt sich Masaryk in seinem Brief an Hlinka auf den Standpunkt, dass der Vertrag nicht gelte, weil die 1918 für die Slowaken verhandelnde Organisation „Slowakische Liga“ erst 1919 von der Tschechoslowakei staatlich anerkannt worden sei. Masaryk folgert: „Ein Falsifikat kann nicht Staatsakt werden.“

Was hier verwundert, ist, dass Masaryk so argumentiert, obwohl er das Abkommen von Pittsburg 1918 selbst mit unterzeichnet hat, und obwohl er das in seinem Buch auch selber so beschreibt.[178] Seine Unterschrift ist auf der Urkunde rechts unten als oberste von elf anderen ganz eindeutig erkennbar. Mit seinem

177 ODSUN-Dokumente, S. 483
178 Masaryk, S. 221

Brief versucht Masaryk als Staatspräsident der Tschechoslowakei die Fiktionen der Verfassung zu einer Zeit aufrechtzuerhalten, zu der der spektakuläre Prozess gegen Prof. Tuka hohe Wellen in der Slowakei schlägt. Da ist in der Präambel der Verfassung und in Artikel 3 die Rede von der „vollständigen Einheit des Volkes" und vom Staat als „einheitlichem und unteilbarem Ganzem". Doch genau dort liegt der Bruch. Diese Verfassung war einst ohne die Beteiligung rechtmäßig gewählter slowakischer Abgeordneter „geboren" worden. Staatspräsident Masaryk behilft sich jetzt mit einem Wortbruch, mit einer Lüge bezogen auf die eigene Unterschrift und mit viel Wortverdreherei. Er kündigt die „Gründungsakte" der Tschechoslowakei von 1918 und damit die „Magna Charta" der Slowaken.



Česko-Slovenská Dohoda,

uzavrená v Pittsburghu, Pa., dňa 30. mája, 1918.

"Predstavitelia slovenských a českých organisácií vo Spoj. Štátoch,

Slovenskej Ligy, Českého Národného Sdruženia a Sväzu Českých Katolíkov,

porokovali za prítomnosti predsedu Česko-Slovenskej Nár. Rady, prof. Masaryka, o česko-slovenskej otázke a o našich posavádnych programových prejavoch a usniesli sa nasledovne:

"Schvalujeme politický program usilujúci sa o Spojenie Čechov a Slovákov v samostatnom štáte z Českých Zemí a Slovenska.

"Slovensko bude mať svoju vlastnú administratívu, svoj snem a svoje súdy.

"Slovenčina bude úradným jazykom v škole, v úrade a vo verejnom živote vôbec.

"Česko-slovenský štát bude republikou, jeho Konštitúcia bude demokratická.

"Organisácia spolupráce Čechov a Slovákov vo Spoj. Štátoch bude podľa potreby a meniacej sa situácie, pri spoločnom dorozumení, prehĺbená a upravená.

"Podrobné ustanovenia o zariadení česko-slovenského štátu ponechávajú sa osvobodeným Čechom a Slovákom a ich právoplatným predstaviteľom."

Albert Mamatey

T. G. Masaryk

Karel Pergler

**Dokument 2: Die Pittsburg-Urkunde vom 30. Mai 1918**

1929 gibt es einen Wechsel der aktivistischen Parteien innerhalb der tschechoslowakischen Regierung. Am 7. Dezember verlässt die Christlich-Soziale Partei die Prager Koalition, und an ihre Stelle tritt die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in die Regierung ein. Ludwig Czech, ihr Parteivorsitzender, wird Minister für Öffentliche Arbeit.

Der Oktober 1929 bringt ein Ereignis in den USA, das sehr schnell auf England und auf Deutschland überspringt und bald darauf die Tschechoslowakei erreicht. Am 19. Oktober brechen an der New Yorker Börse erstmals die Aktienkurse ein. Der Dow-Jones-Index fällt in ein paar Tagen von seinem damaligen Allzeit-Hoch von 381 Punkten auf ganze 41. Die Banken kündigen sich ihre wechselseitigen Kredite und entziehen sich gegenseitig Kapital. In diesen Sog geraten in nur vier weiteren Tagen auch die deutschen Banken. Es folgt ein dramatischer Finanz- und Wirtschaftskollaps im Deutschen Reich, dem größten Außenhandelspartner der Tschechoslowakei. Das deutsche Bruttosozialprodukt sinkt bis 1932 auf 59 Prozent des Standes von 1929. Die Folgen für die Tschechoslowakei sind unausweichlich. Die Exporte nach Deutschland brechen ein, und die deutschen Feriengäste bleiben aus. Die Depression pflanzt sich nach Böhmen, Mähren und in die Slowakei fort. Besonders betroffen werden davon die sudetendeutschen Randgebiete Böhmens sein mit ihrer Textil- und Glasindustrie sowie ihren Ferienzielen und Kurorten unweit der deutschen Landesgrenze. Die Wirtschaftsdepression und ihre Folgen bei den Sudetendeutschen werden ein Dauerthema und -problem der nächsten sieben Jahre bleiben.

## 1930 und die 2. Volkszählung am 1. Dezember

Schon 1930 schlägt die New Yorker Bankenkrise auf die Tschechoslowakei durch. Die durchschnittliche Arbeitslosenzahl in der Tschechoslowakei beträgt 1930 monatlich 105.442.[179] Am 30. November zählt die staatliche Arbeitsverwaltung 149.164 registrierte Arbeitslose und am 31. Dezember deren bereits 227.058. Das ist ein erschreckend hoher Anstieg um 52 Prozent in nur einem Monat.[180] Nach einer Gewerkschaftsstatistik wohnen von 145.000 Anfang Dezember unterstützten Arbeitslosen rund 120.000 in den deutschsprachigen Gebieten. Das liegt zum Teil auch daran, dass dort die meisten exportabhängigen Betriebe liegen.

Nach allen Zweifeln, die der Volkszählung von 1921 anhaften, wird im Dezember 1930 ein zweites Mal gezählt. Die Zahlen und politischen Gewichte verschieben

179 Bohmann, S. 100
180 *Sudetendeutschland-*, Ausgabe April 1931

sich dabei insofern gegenüber 1921, als die Tschechen nun mit 51,4 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung stellen, insofern als rund 430.000 Tschechen in die Sudetengebiete zugewandert sind[181] und insoweit, als sich die Zahl der Deutschen nur um rund 200.000 erhöht. Das war etwa die Zahl, um die sich 1921 das Ergebnis der Volkszählung von dem der Wahlen unterschied. Die sogenannten anderen Nationalitäten zählen 1930 etwa 186.000 Köpfe weniger als 1921, was den Verdacht nährt, dass 1921 so mancher Deutsche nicht richtig zugeordnet worden ist. Die Ruthenen weisen durch Geburtenüberschuss einen Zuwachs von circa 90.000 Seelen auf, ein beachtliches Wachstum von 19 Prozent in nur 9 Jahren.

Obwohl die Zahlen von 1930 offensichtlich näher bei der Wahrheit liegen als die von 1921, bleiben wiederum gewisse Zweifel. Wieder werden die Personen in Krankenhäusern, Gefängnissen, Klöstern und Kasernen von den Vorstehern und Kommandanten zugeordnet. Hinzu kommt, dass die Tschechen dieses Mal die Zählung vielerorts manipulieren. Hunderte von tschechischen Soldaten, Eisenbahnern und Finanzbeamten werden für den Zähltag in Ortschaften mit gemischter Bevölkerung verlegt, um den Tschechen-Anteil zu erhöhen. In Oderfurt in Schlesisch-Mähren zählt man rund 400 tschechische Streckenarbeiter als dauernd anwesend, obwohl sie nach ein paar Tagen weiterziehen. In Hohenstadt in Mähren sind es etwa 200 Tschechen, die nur zur Zählung dort Quartier beziehen. Ausgerechnet am 1. Dezember wird ein Infanteriebataillon mit 600 Soldaten nach Trautenau in Nordböhmen umquartiert, obwohl die Unterkünfte dort noch nicht ganz fertig sind, und die Verlegung erst für das nächste Frühjahr vorgesehen ist.[182] Eine parlamentarische Anfrage bringt nach der Volkszählung eine vertrauliche Weisung des Prager Innenministeriums ans Licht. Dort heißt es zur Auswahl der Volkszählungskommissare, dass nur solche Personen für diese Aufgabe einzuteilen sind, die „vom tschechoslowakischen nationalen Standpunkt vollständig zuverlässig sind“. Ganz besonders sei dieser Grundsatz in jenen Bezirken anzuwenden, „wo die Erstarkung des tschechoslowakischen Elements erwünscht ist“. Weiter heißt es in der Weisung:

> „Als allgemeiner Grundsatz wird die Kontinuität der Volkszählung festgesetzt, das heißt, man muß darauf bedacht sein, daß zwischen den Nationalitätsdaten der letzten Volkszählung und denen der jetzigen keine auffallenden Verschiebungen eintreten.“[183]

181 Habel-Dokumente, S. 314
182 Habel-Dokumente, S. 315
183 Habel-Massenvertreibung, S. 65

Die Zahlen von 1930 belegen den starken Zustrom von tschechischen Lehrern und Beamten in die nichttschechischen Regionen. So leben inzwischen über 30.000 Tschechen in der Karpato-Ukraine, die genannten über 430.000 Tschechen in den sudetendeutschen Grenzregionen und fast 120.000 Tschechen in der Slowakei. Ein tschechischer Dozent für Neuere Geschichte an der Karls Universität in Prag kommentiert den starken Zuzug der Tschechen in die Slowakei folgendermaßen:

> „Die erwähnten Veränderungen wurden in den ersten Jahren einfach durch das Fehlen von Slowakisch sprechenden Gebildeten behindert, was durch den Zustrom von Lehrern, Verwaltungsbeamten, aber auch anderer staatlicher Angestellter, z. B. Postboten und Eisenbahnern, aus Böhmen ausgeglichen wurde. Eine ungeliebte Gruppe von Staatsbeamten tschechischer Herkunft stellten die Angehörigen der Staatsmacht dar, die Polizisten und Soldaten, von denen viele dorthin strafversetzt worden waren. [...] Die Umsiedlung einer verhältnismäßig großen Zahl solcher Leute in ein kulturell unterschiedliches Milieu führte aber auch zur Konfrontation zweier Welten.“[184]

## 1931 und die Deutsch-Österreichische Zollunion

Die 20er-Jahre sind für Österreich eine Zeit der Not gewesen. Das wirtschaftliche Netzwerk Habsburgs ist zerschlagen. Die sudetendeutsche Industrie in der Tschechoslowakei und die Landwirtschaftsgebiete Ungarns sind von Österreich abgeschnitten. Nun sucht die Weltwirtschaftskrise Österreich heim. Die Außenhandelsdefizite und die Auslandsschulden wachsen. Die Lebenshaltungskosten steigen und die Nahrungsmittel werden knapp. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die Lage zwingt die österreichische Regierung, neue Lösungswege aufzutun. Sie hält ein eigenständiges Überleben für ausgeschlossen und sieht im Anschluss an den großen Wirtschaftsraum des Deutschen Reiches den Ausweg aus der wirtschaftlichen Katastrophe. So betreibt sie die Bildung einer Zollunion mit Deutschland. 1930/31 versuchen die Außenminister von Berlin und Wien, eine deutsch-österreichische Wirtschafts- und Zollunion zu gründen, wohl auch mit dem Wunsch von beiden Seiten, dass dies das Fundament für eine spätere Vereinigung sein möge. In Deutschland sieht man in dieser Union zugleich die Möglichkeit, damit den Grundstein für eine große mitteleuropäische Wirtschaftszone zu legen, zu der auch die Tschechoslowakei gehören sollte. So hatte der deutsche Außenamtsstaatssekretär von Schubert dem tschechoslowakischen Außenminister Benes schon im März 1928 den Vorschlag einer tschechoslo-

184 Kubü, S. 7-21

wakisch-österreichisch-deutschen Zollunion unterbreitet, und noch einmal im September 1930 hatte der deutsche Außenminister Curtius Benes einen gemeinsamen tschechoslowakisch-österreichisch-deutschen Agrarmarkt für südosteuropäische Produkte vorgeschlagen.[185] Doch Benes sieht in den Donauländern eine tschechoslowakische Domäne und zeigt, wie 1928 und 1930, auch diesmal kein Interesse.

Am 13. März 1931 werden Benes erstmals Nachrichten über die geplante deutsch-österreichische Zollunion vorgetragen. Er leitet sie sogleich an Briand, den Außenminister Frankreichs, weiter. Die Prager Führung glaubt, die deutsch-österreichische Zollunion verhindern zu müssen, weil sie um ihre Absatzmärkte fürchtet, vor allem für ihre Textil- und Zuckerindustrie. Sie fürchtet auch um ihr eigenes politisches Gewicht. Man zieht in Prag sofort Parallelen zum deutschen Zollverein von 1833, der letztendlich zum Zusammenschluss der deutschen Länder zum Deutschen Reich geführt hat. In einem Runderlass an seine Diplomaten konkretisiert Außenminister Benes seine Sorgen dahin gehend, dass „der Zollunionsplan [...] zum Anschluss Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens führen“ könnte. Damit wäre aber die Tschechoslowakei gezwungen, „ebenfalls einzutreten“[186]. Dr. Kamil Krofta, ein hoher Beamter des tschechoslowakischen Außenhandelsministeriums[187] warnt den österreichischen Gesandten in Prag nachdrücklich davor, die Tschechoslowakei von der zukünftigen Gestaltung Mitteleuropas auszuschließen. Ohnehin habe eine wirtschaftliche Neuordnung der Region seiner Meinung nach nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn einzelne Großmächte wie Deutschland vorläufig außen vor blieben, so eines seiner Argumente. Die Reaktionen innerhalb der Tschechoslowakei sind durchaus verschieden. Während die politische Elite Prags befürchtet, ihre dominante Rolle gegenüber Österreich zu verlieren und selbst in einen wirtschaftlichen Sog Deutschlands zu geraten, reagieren die Kreise der tschechoslowakischen Wirtschaft nicht ablehnend, teils sogar günstig auf die Konzeption der Zollunion. Sie sehen darin durchaus einen Ausweg aus der europäischen Volkswirtschaftskrise. Wirtschaftsleute fordern die Regierung auf, das Projekt allein nach ökonomischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Alle sudetendeutschen Parteien und die Slowakische Volkspartei sprechen sich vorbehaltlos für die Zollunion aus. Die Deutschen erhoffen sich dadurch einen größeren Absatzmarkt für ihre Industrie- und Manufakturprodukte und die Slowaken für ihre Agrarerzeugnisse.

185 Lill, S. 259
186 Lill, S. 260, Fußnote 16
187 Krofta ist ab Ende 1935 tschechoslowakischer Außenminister.

Am 20. und 21. März 1931 stellen die Außenministerien in Berlin und Wien das „Wiener Protokoll“ über die Vereinbarung einer deutsch-österreichischen Zollunion der Öffentlichkeit vor. Die Union soll sich auf eine Harmonisierung der Zoll- und Handelspolitik nach außen und den freien Warenverkehr im Inneren beschränken. Sie ist offen für den Beitritt weiterer Länder, und jedes Unionsmitglied behält die Freiheit, Handelsverträge mit dritten Staaten abzuschließen.

Außenminister Benes entfacht sofort eine energische Kampagne gegen das Projekt. Er versucht, Großbritannien, Italien und Frankreich gegen den Zollverein aufzubringen und fordert den Völkerbund auf, sich mit dem deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsbündnis zu befassen. Er geht sogar soweit, anzukündigen, dass die Tschechoslowakei und Frankreich einen Spruch des Haager Gerichts nicht anerkennen würden, wenn der die Rechtmäßigkeit der Zollunion trotz der Prager Einwände bestätigen würde. Benes beschuldigt Österreich, die Genfer Protokolle von 1922 mit dem Abschluss dieser Zollunion verletzt zu haben. Damals hatten England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei das zahlungsunfähige Österreich mit einem Kredit über 650 Millionen Goldkronen vor dem Staatsbankrott bewahrt. Wien hatte dafür unter anderem auf einen Anschluss an das Deutsche Reich verzichten müssen. Frankreich ist jetzt sofort auf Benes’ Seite. In Paris erkennt man, dass der wirtschaftliche Sog, der von einer deutsch-österreichischen Zollunion auf die Tschechoslowakei ausgeht, der militärischen Allianz zwischen Paris und Prag gefährlich werden könnte. England schwenkt nach Zögern auf die Linie der Tschechen und Franzosen ein. Nur Italien hält sich aus dem Streit heraus. Die Regierungen Englands und Frankreichs bringen das „Wiener Protokoll“ schließlich als Bruch des Unabhängigkeitsartikels 88 des Vertrags von Saint-Germain vor den Völkerbund in Genf.[188] Die Klage kommt vor dem Haager Gerichtshof zur Entscheidung, der die Zollunion als unzulässig untersagt.

Es ist letzten Endes Frankreich, das die Zollunion zu Fall bringt. Frankreichs Banken fordern alle kurzfristigen Kredite aus Österreich zurück, was nach wenigen Wochen zum Kollaps der Wiener Creditanstalt führt. Wien sieht nun keinen anderen Ausweg aus der neuen finanziellen Krise, als die vier Geberländer von 1922 noch einmal um finanzielle Hilfe anzugehen. Damit muss die österreichische Regierung die Zollunion „begraben“. Am 3. September 1931 teilt der österreichische Außenminister Schober vor der Europäischen Kommission des Völkerbundes offiziell mit, dass Österreich auf die Zollunion verzichtet.

188 DBFP, 2nd Series, Volume II Doc. 1 bis 29

Dieses erzwungene Ende eines großen Binnenmarktes, dem die Tschechoslowakei hätte angehören können, ist auch das Ende für manchen sudetendeutschen Traum, der eigenen momentanen Wirtschaftskrise zu entkommen. So steigt die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei auch weiter an - besonders unter den Sudetendeutschen. Während der monatliche Durchschnitt an Arbeitslosen im ganzen Lande 1930 noch bei über 105.000 Personen lag, liegt er 1931 bei über 291.000. Im Dezember 1931 sind es dann bereits rund 350.000. Die ungleiche Verteilung der Arbeitslosigkeit unter tschechischen und deutschen Arbeitnehmern deutet sich in den Gewerkschaftsstatistiken an. Im Jahre 1931 müssen tschechische Gewerkschaften 10 Prozent ihrer Mitglieder wegen deren Arbeitslosigkeit unterstützen, die deutschen dagegen rund 30 Prozent ihrer Mitglieder.[189] Zu Ende des Jahres liegt die Arbeitslosenquote im Landesdurchschnitt bereits bei 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung, während sie im sudetendeutschen Grenzland die 50-Prozent-Marke erreicht, bei noch steigender Tendenz.[190] Die katastrophale wirtschaftliche Lage in den deutsch besiedelten Randgebieten der Tschechei führt mancherorts zu sogenannten Hungermärschen, zu Demonstrationen, mit denen die Betroffenen „die Politik“ auf ihre Not aufmerksam machen wollen. Bei einer solchen Demonstration im kleinen Kurort Nieder-Lindewiese in Mährisch-Schlesien kommt es am 25. November 1931 zu einem tragischen Ereignis. Etwa 300 sudetendeutsche Demonstranten geraten auf dem „Marsch“ mit tschechischen Gendarmen aneinander. Es gibt auf deutscher Seite acht Tote und mehr als 20 Schwerverletzte. Die tschechoslowakische Regierung erklärt anschließend, die Deutschen - alles Kommunisten - hätten die Gendarmen angegriffen. Die Prager *Prävo Lidu* [Das Recht des Volks] berichtet, elf der Getroffenen hätten ihre Einschusswunden in den Rücken. Von deutscher Seite wird berichtet, dass sich unter den acht Toten auch Sozialdemokraten und Nationalsozialisten befunden hätten und nicht nur Kommunisten.

Am 27. September 1931 finden Kommunalwahlen in einem Teil der über 15.000 tschechoslowakischen Gemeinden statt. Die Wahlen werden in 11.417 Gemeinden ausgeschrieben, doch nur in 6589 wirklich abgehalten. In 4828 Gemeinden entfällt der Urnengang, weil sich die dortigen Parteien und Kandidaten vorher auf Einheitslisten geeinigt haben. In großen Städten und Gemeinden sind meist keine Wahlen ausgeschrieben. So bringt der Wahltag zwar die üblichen statistischen Gewichtsverschiebungen, doch keine politischen Impulse für das Land. Die Wahlen decken allerdings mancherorts die tschechischen Manipulationen bei der Volkszählung im Dezember 1930 auf, wo man die Zahlen der tschechischen

189 Bohmann, S. 99
190 Krystlik, S. 132

Bevölkerung durch eilig „zugezogene“ Soldaten und Streckenarbeiter aufgebessert hatte. Die Zählzahlen und die Stimmverteilung der Nationen bei der Wahl klaffen auseinander.

## 1932 - Die Vision vom sudetendeutschen Notparlament

Während die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ab dem Frühjahr 1932 wieder, wenn auch nur zögernd, abnimmt, steigt sie in der Tschechoslowakei noch deutlich weiter an. Von 1931 bis 1932 steigt sie um 90 Prozent auf über 554.000 Personen ohne Arbeit an, und sie wird noch beträchtlich weiter klettern. Die stark industrialisierten Sudetenlande sind davon nach wie vor besonders hart betroffen, und die Ausgleichs- und Förderungsmaßnahmen der Regierung helfen vor allem in den tschechischen Gebieten.

Die zunehmende wirtschaftliche Not der Sudetendeutschen, die Zerstrittenheit ihrer politischen Parteien und die Unfähigkeit der drei aktivistischen Parteien, aus der Regierung heraus die wirtschaftliche Lage der Sudetendeutschen ein wenig zu verbessern, veranlasst den deutschen Nationalratsabgeordneten Othmar Kallina, ein „sudetendeutsches Notparlament“ vorzuschlagen. Kallina, Mitglied der Deutschen Nationalpartei, hält einen Vor trag auf einer öffentlichen Tagung in Graslitz, einer noch rein deutschen Kleinstadt, vier Kilometer von der Grenze nach Sachsen entfernt, südlich von Plauen gelegen.[191] Er referiert über die wirtschaftliche Lage der Sudetendeutschen und führt ihre Not auf die mangelhafte Kooperation der deutschsprachigen Parteien, Unternehmen und Verbände zurück. Er fordert die Zusammenfassung aller sudetendeutschen Kräfte als notwendige Voraussetzung für die Verbesserung der Lage. Und Kallina fordert Taten und begnügt sich nicht nur - wie bisher - mit eindrucksvollen Reden. Er sieht eine solche Tat - so sein Vorschlag - in der Einberufung eines „sudetendeutschen Notparlaments“, in dem Parlamentarier **aller** deutschsprachigen Parteien, ihre Landesvertreter, Vertreter der deutschen Industrie, des Handels, des Gewerbes, der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und der Genossenschaftsverbände zusammenkommen und als Erstes die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen der Sudetendeutschen zusammenfassen und sie zweitens der Regierung in Prag und der Öffentlichkeit in der Welt vor Augen führen sollten.

191 Graslitz hat mit 38.000 Einwohnern einen tschechischen Bevölkerungsanteil von 1,1 Prozent.

Kallina schlägt die erste Zusammenkunft dieses Parlamentes in Aussig, der größten deutschen Stadt in den Sudetenlanden vor,[192] doch er überlässt es anderen, den Vorschlag auszuführen. So bleibt sein Vorschlag ein kurzer, nicht ausgeführter Blütentraum. Die tschechische Zeitung *Närodnt Politika* [Nationale Politik] stuft den Vorschlag Kallinas als gefährliche Provokation ein und als einen Versuch, der letztendlich zum Anschluss der Sudetenlande an Deutschland führen soll. Doch der Vorschlag kommt offensichtlich noch zu früh. Auch wenn der Abgeordnete Kallina in Graslitz die Stimmung und die Meinung vieler Sudetendeutscher wiedergibt, so sind Verdruss und Not der Deutschen noch nicht groß genug zum allgemeinen Kräftesammeln. Es dauert noch ein weiteres Jahr, bis ein sudetendeutscher Sportlehrer Ähnliches versucht und die große Mehrheit der Sudetendeutschen hinter sich versammelt.

Die Tschechen sind über das Vorpreschen Kallinas so aufgebracht, weil er im sudetendeutschen Trend liegt. Unter einem Teil der Deutschen regt sich erneut verstärkt der Wunsch nach einer Loslösung von der Tschechoslowakei. Es sind besonders die Deutsche Nationalpartei und die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei und ihre Organisationen, die dieses Ziel verfolgen. Die tschechoslowakische Regierung reagiert darauf mit einer Flut von politischen Prozessen, zu denen ihr das Staatsschutzgesetz von 1923 mit Straftatbeständen wie Hochverrat, Spionage, Herabsetzen des Ansehens der Tschechoslowakei und anderen die Handhabe zur strafrechtlichen Verfolgung gibt. 1932 folgt ein Prozess dem anderen: gegen sudetendeutsche Sport- und Gesangsvereine, Jugendgruppen, Wandervögel und Burschenschaften, die meist den beiden nationalen Parteien nahestehen. Der bekannteste Prozess in dieser Reihe ist der sogenannte Volkssportprozess im Sommer 1932, nach dessen Ende 1933 Hunderte von Disziplinarverfahren gegen deutsche Staatsbedienstete wegen Mitwisserschaft eingeleitet werden und zu Strafen führen. Eine kleine Arabeske: Bei einem der Prozesse wird der deutsche Landtagsabgeordnete Erwin Gröger verurteilt, weil er den deutschen „General Martin Luther“ verherrlicht habe. Das Urteil gegen Gröger wird erst 1936 aufgehoben, weil ein Richter am Kreisgericht in Brünn weiß, dass Luther niemals General gewesen ist.

Aus Sicht der Tschechen ist die Prozesslawine eine Gegenwehr gegen die Zersetzung ihres Staates. Aus deutscher Sicht wird oft beklagt, dass die meist harten Kerkerstrafen, zu denen viele der Prozesse führen, auf Verdächtigungen beruhen, die von den tschechischen Richtern als Indizien gewertet werden. Soweit sich die

192 Aussig hat 103.000 deutsche und 26.000 tschechische Einwohner, 1910 war das Verhältnis noch 108.000 zu 6000.

sudetendeutschen Angeklagten zu ihrer „Schuld“ bekennen, denken sie im Sinne des alten Masaryk-Ausspruchs aus dessen Irredenta-Zeit:

> „In einem Staate, der aus mehreren Völkern besteht, die nach Freiheit streben, hat das Wort Hochverrat jeden Sinn verloren. Hier gibt es nur den Hochverrat gegen das eigene Volk.“

## Die Rolle des Völkerbunds in diesen Jahren

In den Artikeln 2 bis 8 des Staatsvertrags, den die Siegermächte 1919 mit der Tschechoslowakei geschlossen haben, sind die Rechte festgeschrieben, die den nationalen Minderheiten einzuräumen sind. In Artikel 14 sind diese Rechte zusätzlich „unter die Garantie des Völkerbunds gestellt“. So bildet der Völkerbund in Genf ein Forum - quasi ein Gericht - vor das die Minderheiten ihre Klagen gegen die Regierung oder die Behörden der Tschechoslowakei bringen können, wenn sie glauben, dass ihre Rechte nicht geachtet werden. Dies ist für die nationalen Minderheiten von besonderer Bedeutung, weil sie daheim als Ganzes oder als Körperschaften vor dem tschechoslowakischen Verfassungsgericht nicht klageberechtigt sind. Der Völkerbund nimmt diese Aufgabe aus der Sicht der Minderheiten allerdings nicht wahr. Von 1920 an z. B. legen Vertreter der sudetendeutschen Minderheit 24 Petitionen wegen Missachtung der Friedensvereinbarungen durch die tschechoslowakische Regierung vor. Keine dieser Petitionen führt die Petenten zum Erfolg. Im Sommer 1923 legen sudetendeutsche Abgeordnete dem Völkerbund eine mit umfangreichem Beweismaterial belegte Beschwerde über die tschechischen Manipulationen bei der Volkszählung vor. Diese Beschwerde bleibt unerledigt liegen.[193] Das bereits zitierte tschechische Geschichtsbuch „Geschichte Verstehen“ aus dem Jahr 2002 stellt das damalige Wirken des Völkerbunds aus Sicht der Tschechen so dar:

> „Die CSR gehörte zu denjenigen Staaten, gegen die sich eine große Anzahl von Petitionen richtete. Am häufigsten wurden sie von der deutschen Minderheit beim Völkerbund eingereicht. [...] Der Deutsche Parlamentsverband z. B. reichte am 15. Mai 1922 eine Petition mit dem Gegenstand ein: Nichteinhaltung der Vereinbarung von St.-Germain durch die revolutionäre Nationalversammlung; oktroyierte Gesetze, Schulwesen, Sprachengesetze, Bodenreform. [...] Generell zusammengefaßt: Die meisten Petitionen der Deutschen stammten aus den Jahren 1922 bis 1926. [...] Die Petitionen erledigte üblicherweise ein Brief des tschechoslowakischen Außen-

193 Habel-Dokumente, S. 314

ministeriums an den Direktor der Minderheitensektion des Völkerbundes, in dem Prag die Situation erläuterte.“[194]

194 Benes, Zdenek, S. 72 f.

# TEIL 5

# DIE TSCHECHOSLOWAKEI 1933 BIS 1937

## 1933 und die Sudetendeutsche Heimatfront

Das Parteienverbot
Die Sudetendeutsche Heimatfront
Die tschechoslowakisch-sowjetische Annäherung

## 1934 und die tschechoslowakisch-polnische Entfremdung

Das tschechoslowakisch-polnische Verhältnis
Die Bürgermeisterwahlen
Das tschechoslowakisch-reichsdeutsche Verhältnis

## 1935 und die Gründung der Sudetendeutschen Partei

Die Saarabstimmung und Verträge zwischen Prag, Paris und Moskau
Die Umbenennung in Sudetendeutsche Partei
Henleins Loyalität zur Tschechoslowakei
Dr. Benes' Wahl zum Staatspräsidenten und die Rolle der Slowaken

## 1936 - Deutsche Denkschriften und Benes' Reden

Die Rheinlandbesetzung
Der Kampf der aktivistischen Parteien um die deutsche Gleichberechtigung
Sudetendeutscher Parteienzwist
Das Staatsverteidigungsgesetz
Henlein in London und Berlin
Die Reichenberger Reden
Benes in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine
Tschechische Zurückweisungen

# DIE TSCHECHOSLOWAKEI 1933 BIS 1937

Der nächste Zeitabschnitt umfasst die Jahre, in denen sich der größte Teil der sudetendeutschen Bevölkerung zu einer einzigen Kraft zusammenschließt, um sich das Selbstbestimmungsrecht innerhalb der Tschechoslowakei zu erstreiten. Der Weg führt von der Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront über die Sudetendeutsche Partei bis schlussendlich zu der Forderung nach dem Anschluss an das Deutsche Reich.

## 1933 und die Sudetendeutsche Heimatfront

### Das Parteienverbot

In den 20er- und 30er-Jahren nimmt der Verdruss der Sudetendeutschen an der Vorherrschaft und an der Selbstbedienung der Tschechen in ihrem neuen Staate stetig zu. Die deutsche Volksgruppe artikuliert sich zunächst zersplittert in zwölf sehr unterschiedlichen und zum Teil zerstrittenen Parteien. Drei von ihnen, die „aktivistischen" werden - wie erwähnt - seit 1926 zwar an der Regierungsmacht beteiligt, doch sie erreichen keinerlei bemerkenswerte Konzessionen in Bezug auf wirtschaftliche Hilfestellung und die Selbstverwaltung im Interesse der Sudetendeutschen. So entstehen neben den Parteien Selbsthilfeorganisationen wie der Deutsche Kulturverband und der Bund der Deutschen. Diese freiwilligen Zusammenschlüsse bauen deutschsprachige Schulen, geben Notstandsdarlehen, um deutsche Bauern vor der Versteigerung ihrer Höfe zu bewahren, und ergänzen die sehr knappen staatlichen Arbeitslosenunterstützungen.[195] Diese Art von sicht- und spürbarer Gemeinschaftsleistung stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen in der Tschechoslowakei. Für die Jugend spielt der Turnerbund die gleiche Rolle. Der Vorsitzende des Bundes, Sportlehrer Konrad Henlein, macht sich zum Sprecher seiner jungen Sportler und vertritt die deutschen Wünsche mit der Zeit immer ungeschminkter und direkter.

1933 entsteht für die tschechoslowakische Regierung eine neue außenpolitische Konstellation. Mit dem Regierungsantritt einer bürgerlich-konservativ-nationalsozialistischen Koalition unter Kanzler Adolf Hitler im benachbarten Deutschland bekommen zwei der zwölf sudetendeutschen Parteien ein anderes Gewicht. Die Regierung in Prag befürchtet, dass die Deutsche Nationalpartei DNP und die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei DNSAP ihre Verbindungen zu ihren reichsdeutschen Schwesterparteien spielen lassen und, dass nun Druck

195 Glaser, S. 52

aus Deutschland auf die Tschechoslowakei zugunsten der Sudetendeutschen ausgeübt wird.

Die tschechoslowakische Regierung will das unterbinden und erlässt am 12. Juli 1933 das **„Gesetz betreffend die Verfolgung staatsfeindlicher Tätigkeit von Staatsbediensteten“** und bereitet das am 25. Oktober folgende **„Parteien-auflösungsgesetz“** vor, mit dem staatsgefährdende Parteien fortan verboten werden sollen. Die davon betroffenen Parteien DNP und DNSAP kommen dem Verbot zuvor und lösen sich am 28 September 1933 auf einem gemeinsamen Kongress in Bodenbach bei Tetschen in Nordböhmen selbst auf.[196] Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) in Böhmen steht der reichsdeutschen NSDAP ideologisch nahe. Die Prager Regierung wird fortan mit ihrem Kampf gegen die sudetendeutschen Nationalsozialisten in Frankreich und in England punkten, doch das nur, weil die Parteienlandschaft der Tschechoslowakei dort ein Buch mit sieben Siegeln ist. Die DNSAP ist nicht nur älter als die deutsche NSDAP, sie ist auch ein altböhmisches Gewächs - ebenso wie die Tschechische Nationalsozialistische Partei, die in Prag mit in der Regierung



**Abb. 4: Konrad Henlein**

196 Benoist-Mechin, Band VI, S. 58

sitzt. Außenminister Benes zum Beispiel, der zwei Jahre später Staatspräsident der Tschechoslowakei werden wird, ist selber Nationalsozialist, nur eben ein tschechischer. Das aber stört niemanden in London oder in Paris. So ist es auch weniger die Ideologie des nationalen Sozialismus, die die Tschechen zum Verbot veranlasst. Es ist der ausgesprochene Wunsch und Wille der sudetendeutschen Nationalsozialisten nach einem Anschluss an das Deutsche Reich, der für die Tschechen staatsgefährdend ist.

## Die Sudetendeutsche Heimatfront

Zurück zu Konrad Henlein, dem Vorsitzenden des sudetendeutschen Turnerbunds:

Lehrer Henlein kommt nicht aus dem „Stall“ der Nationalsozialisten. Er erkennt die Tschechoslowakei als den Staat der Sudetendeutschen an, doch er versucht, die Kultur, das Heimatrecht, die wirtschaftliche Stellung und die Arbeitsplätze der deutschen Bevölkerung in ihrem neuen Staate zu erhalten und, wo nötig, durchzusetzen.[197] Als den drei an der Regierung beteiligten sudetendeutschen aktivistischen Parteien der Erfolg versagt bleibt, die wirtschaftliche Lage der Deutschen immer schlechter wird und sich dann auch noch zwei Parteien notgedrungen selbst auflösen, ergreift der bislang politisch unbekannte Henlein die Initiative, die Sudetendeutschen zu einer handlungsfähigen Kraft zusammenzuführen. Am 1. Oktober 1933 richtet er einen Aufruf an seine Landsleute deutscher Sprache, der allgemein Beachtung und Gefolgschaft findet:

> „An alle Sudetendeutschen!
>
> Die Bestrebungen, in der gegenwärtigen sichtbaren Notzeit die bestehenden sudetendeutschen Parteien zu einer großen, geschlossenen politischen Einheit zusammenzuschließen, sind gescheitert. Unser Volk ist um eine Hoffnung ärmer. [...] Das Volk hat dieses zaghafte Parteiwesen satt. Das Volk will auch nicht mehr den Partei- und Völkerhaß, sondern sehnt sich nach einem gerechten Aufbau der Völkergemeinschaft durch Überwindung des Partei- und Klassenkampfes und nach einem friedlichen Zusammenleben der Völker in diesem Staate.
>
> Ich rufe daher über alle Parteien und Stände hinweg zur Sammlung des gesamten Sudetendeutschtums auf und stelle mich an die Spitze der Bewegung. [...]
>
> Die *Sudetendeutsche Heimatfront* erstrebt die Zusammenfassung aller Deutschen in diesem Staate, die bewußt auf dem Boden der Völkergemeinschaft und der christlichen Weltanschauung stehen. Sie [...] erblickt ihre Hauptaufgabe in der Sicherung und

197 Benoist-Mechin, Band VI, S. 59

> dem Aufbau unseres Volksbesitzstandes: unseres Heimatbodens, unserer kulturellen Einrichtungen, unserer Wirtschaft und unseres Arbeitsplatzes. [...]
>
> Alle Arbeit gilt unserer Heimat.
>
> Konrad Henlein“[198]

Es verwundert, dass Henlein nicht gleich eine neue Partei gründet, sondern nur eine politische Bewegung. Auf die Frage, warum er nicht für die Nationalversammlung kandidiert, gibt er selbst die Antwort:

> „Ich bin kein Parteimann und werde kein Parteimann sein! Ich will auch kein Abgeordnetenmandat, sondern ich bleibe der, der ich immer war, der einfache Mann des Volkes. Durch unsere Uneinigkeit feiern unsere Gegner Triumphe. Es ist ebenso wertlos, darüber zu klagen, ohne bewußt zur Tat zu schreiten.“[199]

Der bisher ergebnislose Kampf aller deutschsprachigen Parteien in der Prager Nationalversammlung, die Wirtschaftskrise, welche die Sudetendeutschen noch immer besonders hart betrifft, und die zwei Parteienauflösungen bringen Henleins Heimatfront schnell ungeahnten Zulauf.

Besonders die wirtschaftliche Not der Deutschen lässt die Heimatfront als letzten Hoffnungsschimmer scheinen. Während die Arbeitslosigkeit bei den Tschechen langsam wieder abnimmt, ist sie unter den Sudetendeutschen nach wie vor extrem hoch. Dazu mehren sich bei den Deutschen noch immer Unternehmensbankrotte, Versteigerungen verschuldeter Bauernhöfe und Gewerbebetriebe, Krankheiten und Selbstmorde. Die tschechoslowakische Regierung aber kümmert sich derweil vor allem um die Rettung tschechischer und slowakischer Betriebe.[200]

## Die tschechoslowakisch-sowjetische Annäherung

Derweilen preisen Staatspräsident Masaryk und Außenminister Benes die Tschechoslowakei trotz ihres Umgangs mit den Sudetendeutschen dem Ausland gegenüber, so oft es geht, als vorbildliche Republik an, als „Leuchtturm der Demokratie“, wie Benes das öfters ausdrückt. Sie betonen dabei stets ihre Gegnerschaft zu autoritären Ideologien wie dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus. 1935 fällt allerdings ein Schatten auf das Bekenntnis zum Antibolschewismus. Am 16. Mai schließt die Tschechoslowakei ein Militär- und Freundschaftsbündnis mit der Sowjetunion. Dieser Vertrag, der die Tschechoslowakei gegen mögliche

198 Benoist-Mechin, Band VI, S. 59 f.
199 Benoist-Mechin, Band VI, S. 61
200 Krystlik, S. 134

Angriffe von polnischer, deutscher oder ungarischer Seite schützen soll, wird ein paar Jahre später zur Belastung, wie sich 1938 zeigt. Schon im Juni 1935 bezeichnet die *Paris Soir* [Pariser Abend] die Tschechoslowakei als einen „Flugzeugträger“. Auch später taucht das Thema immer wieder auf. Im Februar 1937 beschreibt die *Daily Mail* [Tagespost], dass sowjetische Fliegeroffiziere die tschechoslowakischen Flugplätze und Treibstofflager sofort nach Abschluss des Vertrages für die Nutzung ihrer eigenen Luftwaffe erkundet haben.[201] Das rege Interesse der Sowjets und Franzosen an der Tschechoslowakei als einem Keil zwischen Schlesien und Bayern bleibt den Deutschen nicht verborgen. So muss das, was den Tschechen Schutz und Garantie bedeutet, von den Reichsdeutschen als Bedrohung für die Zukunft in Betracht gezogen werden.

## 1934 und die tschechoslowakisch-polnische Entfremdung

### Das tschechoslowakisch-polnische Verhältnis

Das neue Jahr bringt der Tschechoslowakei eine weitere Unwägbarkeit an ihren Grenzen. Bislang hatten Prag und Warschau gegenüber Deutschland ähnliche Interessen. Beide hatten nach 1918 erhebliche Territorien der geschlagenen Kaiserreiche Österreich und Deutschland übernommen, die es fortan zu sichern galt. So waren sie sich beide darin einig, in Zukunft keinerlei Grenzveränderungen zur Revision des *Status quo* mehr zuzulassen. Polen hatte Deutschland nie zu einer Anerkennung seiner Gebietsgewinne bewegen können. So war Polen ein zuverlässiger Verbündeter der Tschechoslowakei, soweit es um die Erhaltung der Nachkriegsgrenzen ging. Das ändert sich zu Jahresanfang 1934. Deutschland und Polen schließen am 9. Januar einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt für die Dauer von zehn Jahren. Damit ist Polen zunächst von seiner Furcht befreit, die ehemals deutschen Provinzen wieder zu verlieren. Es kann nun selber wieder Grenzveränderungen zum eigenen Vorteil anvisieren und alte Wünsche wiederbeleben. Warschau erhebt seinen alten Anspruch auf das Bergbau- und Industriegebiet süd- und westlich Teschens, und es favorisiert erneut eine Neuordnung der früher ungarischen Gebiete in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine.

Das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen ist für Polen fortan nicht mehr heilig. Das bleibt auch dem tschechoslowakischen Gesandten Vaclav Girsa in Warschau nicht verborgen. Im Bericht vom 31. Oktober 34 schreibt er nach Prag:

201 *Daily Mail* vom 12.2.1937

> „Die polnische Regierung verbarg auch früher nicht ihre Ansicht, daß sie Interesse nur an der Erhaltung jener Friedensverträge hat, welche ihr Territorium sichern, daß sie sich aber nicht um die Erhaltung jener Friedensverträge bemüht, welche sie nicht unmittelbar betreffen. [...] Sicher ist es aber, daß sie unverhohlen ihre Sympathie für die Bestrebungen der ungarischen Außenpolitik, ja sogar für ihre revisionistischen Pläne erkennen ließ. Das hat einstweilen zur Folge, daß Polen sich gegebenenfalls auf die Seite der revisionistischen Staaten stellen kann.“[202]

Girsa hat den Trend, der sich bis zur Zerteilung der Tschechoslowakei im Frühjahr 1939 fortsetzt, früh erkannt: die Absicht Polens, die Slowakei von der Tschechei zu lösen und die Karpato-Ukraine Ungarn zuzuschlagen. Was er noch nicht erwähnt, was in den Berichten 1935 folgt, ist Polens „Anspruch“ auf den tschechoslowakischen Teil des Industriegebiets von Teschen, der einen Anteil polnischer Bevölkerung aufweist.

### Die Bürgermeisterwahlen

1934 hapert es in der Tschechoslowakei auch weiter mit den demokratischen Gepflogenheiten. Landesweite Bürgermeisterwahlen enden damit, dass das Innenministerium 487 der gewählten Bürgermeister nicht im Amt bestätigt, in der Karpato-Ukraine sogar jeden fünften, und deren Posten mit Leuten eigener Wahl besetzt. Die neue Gemeindewahlverordnung von 1933 lässt das zu. Die Beschlagnahme und Schließung von Zeitungen aller Sprachen und verschiedenster politischer Couleur setzt sich im ganzen Staate fort. Der „Gewerkschaftsverband deutscher Arbeiter“, eine Sozialkasse zur Arbeitslosenunterstützung, wird aufgelöst und seine Konten konfisziert, und das zu der Zeit als die Arbeitslosigkeit im Lande kurz vor ihrem Gipfel steht.

### Das tschechoslowakisch-reichsdeutsche Verhältnis

Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Deutschen Reich verschärft sich auch das deutsch-tschechische Verhältnis. Die tschechische Abneigung gegen den deutschen Nationalsozialismus legt sich verstärkend auf das ohnehin gestörte Verhältnis der Tschechen zu den Sudetendeutschen. Diese Aversionen finden ihren Ausdruck in der Tschechoslowakei besonders in der Tagespresse. So sieht sich der tschechoslowakische Gesandte Mastny in Deutschland 1933 und 1934 wiederholt veranlasst, in seinen Berichten aus Berlin nach Prag mehr Sachlichkeit in der Berichterstattung über Deutschland anzumahnen. So schreibt er z. B. am 25. Februar 1934:

202 Berber, Dok. 34

„[...] kann ich nicht anders als dringend bitten, daß alle Maßnahmen getroffen werden, daß bei öffentlichen Kundgebungen und in Kritiken der hiesigen (Anm.: der deutschen) Verhältnisse in unserer Presse ein sachliches Maß eingehalten werde und Deutschland nicht überflüssig gereizt wird. Von entscheidenden Stellen ist mir bekannt, daß die hiesige Presse den strengen Befehl erhielt, selbst nichts Aufreizendes zu bringen.“[203]

## 1935 und die Gründung der Sudetendeutschen Partei

### Die Saarabstimmung und Verträge zwischen Prag, Paris und Moskau

Anfang 1935 sind die 15 Jahre abgelaufen, die das Saargebiet nach dem Vertrage von Versailles unter der Verwaltung Frankreichs bleiben musste. Nun darf die saarländische Bevölkerung vertragsgemäß in einer Volksabstimmung selbst entscheiden, ob sie bei Frankreich bleiben, selbstständig werden oder Deutschland angeschlossen werden will. Am 13. Januar ergibt die Wahl ein überwältigendes Votum für den Anschluss an das Deutsche Reich, und am 1. März 1935 wird das Saarland wieder Deutschland angeschlossen. Man hätte nun erwarten können, dass der Wunsch nach einer solchen Volksabstimmung auch bei den Sudetendeutschen wieder hochkommt. Nichts dergleichen wird gefordert, auch nicht von der Sudetendeutschen Heimatfront. Doch das Thema „deutsche Irredenta“[204] bewegt die Tschechen wieder stärker.

Zwei weitere außenpolitische Ereignisse berühren sowohl Frankreich als auch Deutschland und die Tschechoslowakei. Frankreich schließt am 2. Mai einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der Sowjetunion. Am 16. Mai folgt Prag und schließt ebenfalls einen solchen Pakt mit Moskau. Beide Verträge berühren Deutschlands Sicherheit und bleiben nicht ohne Konsequenzen. Frankreich verletzt mit seinem Beistandspakt den Rheinpakt, den es 1925 mit dem Deutschen Reich geschlossen hatte. Die Folgen werden 1936 sichtbar und deshalb Thema des nächsten Buchkapitels sein. Der Vertrag zwischen Prag und Moskau belastet das deutsch-tschechische Verhältnis und wird 1938/39 zur Hypothek für Prag.

203 Berber, Dok. 6 und 20

204 Unabhängigkeitsbewegung, die den Anschluss abgetrennter Gebiete an das Mutterland anstrebt.

### Die Umbenennung in Sudetendeutsche Partei

Nun begeht die tschechoslowakische Regierung einen politisch schweren Fehler. Sie ordnet zwei Wochen vor der nächsten Parlamentswahl an, dass sich die Sudetendeutsche Heimatfront umbenennt und offen zur Partei erklärt. Fortan suggeriert der Name Sudetendeutsche Partei (SdP) so etwas wie einen Alleinvertretungsanspruch für die Deutschen in der Tschechoslowakei. Tatsächlich wählen am 19. Mai 1935 fast zwei Drittel aller Deutschen Henleins Sudetendeutsche Partei. Das Wahlergebnis verdient ein paar Bemerkungen. Unter den deutschsprachigen Parteien überleben neben der SdP und einigen Splitterparteien nur die drei „aktivistischen“ das Parteiauflösungsgesetz. Die SdP erringt mit 1.256.101 Stimmen nur 44 Sitze im Abgeordnetenhaus, während die Tschechischen Agrarier mit 81.574 Stimmen weniger einen Sitz mehr als die SdP bekommen - eine Folge der bereits beschriebenen ungleichmäßig zugeschnittenen Wahlbezirke für Sudetendeutsche und Tschechen. Die politischen Gewichte der tschechischen und slowakischen Parteien, die zusammen über 60 Prozent der Bevölkerung vertreten, verteilen sich neben den Agrariern auf acht weitere Parteien, sodass keine alleine dominant wird. Die Sudetendeutsche Partei wird, obwohl sie auf diese Weise als die stimmenstärkste Partei unter allen aus der Wahl 1935 hervorgeht, nicht zur Regierungsbildung, nicht einmal zur Mitregierung aufgefordert.

Am Morgen nach der Wahl versucht Henlein, der tschechoslowakischen Staatsführung die Mitarbeit der SdP an der Regierung anzubieten. Dieser Schritt ist nach den jahrelangen, schlechten Erfahrungen der deutschen aktivistischen Parteien mit ihrer fruchtlosen Mitarbeit im Kabinett kaum zu verstehen. Doch Henlein steht noch immer loyal zur Tschechoslowakei. Er schickt Staatspräsident Masaryk ein Telegramm, in dem er schreibt:

> „Herr Präsident!
>
> Der gestrige Wahltag hat der Sudetendeutschen Partei einen Wahlerfolg beschieden, wie er in der jungen Geschichte des öffentlichen Lebens unseres Staates einzig dasteht. [...] In dieser Stunde, Herr Präsident, drängt es mich, Ihnen als dem Präsidenten des Staates und dem Garanten der verfassungsmäßigen Grundlagen unsere Gefühle der Hochachtung und Ehrerbietung zum Ausdruck zu bringen. Seien Sie überzeugt, daß ich selbst das Ergebnis des gestrigen Tages nur als Aufgabe empfinde, deren Lösung [...]. von mir und meinen Mitarbeitern nur auf dem Boden der Verfassung des Staates angestrebt wird. Mich beherrscht jetzt nur ein Gedanke: der historischen Verantwortung, die mir und meinen Mitarbeitern vom Schicksal auferlegt worden ist, gerecht zu werden.“[205]

205 Weichselbaumer, S. 321

Gleichen Tages sendet Henlein ein ähnliches Schreiben an den bisherigen Ministerpräsidenten Jan Malypetr. Doch weder Masaryk noch Malypetr würdigen den eigentlichen Wahlsieger Henlein einer Antwort. Der Versuch, die Mitarbeit der SdP an der Regierung anzubieten, bringt Henlein stattdessen nur härteste Kritik in der Partei ein.

Außenminister Benes kommentiert den relativen Wahlsieg der SdP stattdessen fehleinschätzend:

> „Henlein wird in der Opposition sein. Seine Partei besteht aus einem solchen Konglomerat, daß sie bald auseinanderfallen wird. Schließlich werden als solider Henlein-Block etwa 25 Abgeordnete übrig bleiben, was der wirklichen Lage entsprechen würde.“[206]

Im gleichen Kommentar schätzt Benes die „Henlein-Partei“, wie er sie nennt, als nicht irredentisch ein, womit er zu der Zeit richtig liegt. Der tschechoslowakische Staatspräsident Masaryk und Benes, der ihm im Dezember im Amt des Präsidenten nachfolgt, schätzen die Entschlossenheit der deutschen SdP-Wähler völlig falsch ein. Statt dankbar anzuerkennen, dass die SdP nicht irredentisch ist und loyal zur Tschechoslowakei steht, wird sie als Saisonerscheinung abgetan und nicht als **die** sudetendeutsche Stimme ernst genommen. Masaryk bezieht sie als stärkste sudetendeutsche Wählergruppe nicht einmal in die Überlegungen zur Regierungsbildung ein. Stattdessen verlassen er und Benes sich weiter auf die treuen Wasserträgerdienste der drei deutschen „aktivistischen“ Parteien.

Was offensichtlich weder Masaryk noch Malypetr noch Benes richtig sehen, ist, dass der Wahlsieg Henleins keine Wählerlaune ist, sondern die Reaktion der deutschen Wähler auf ihre gesamte politische und insbesondere wirtschaftliche Lage. Schon seit Jahren spiegeln die deutschsprachigen Zeitungen die drückende Not der sudetendeutschen Bürger im Staate Masaryks, Malypetrs und Benes’ wider. Am 2. Februar schreibt der *Sozialdemokrat*, das Organ der DSAP, aus Prag:

> „Die Unterernährung hat in den ausgesprochenen Notstandsgebieten einen Grad erreicht, der dem Zustand von 1918 gleichkommt. Es fehlt das Geld zum Einkauf von Lebensmitteln, die heruntergerissene Kleidung kann nicht mehr ersetzt werden. [...] Am schlimmsten sind die Not und der Jammer in den Grenzgebieten der Republik. Einstmals hochentwickelte Industriebezirke sind verarmt. Schon jahrelang stehen Betriebe still, die Maschinen rosten ein, die Fabrikgebäude werden abgetragen, [...]“

206 Berber, Dok. 49

Auch die Tschechen hätten das in dieser Klarheit sehen können. Der tschechische Dichter und Dramatiker Frantisek Saida kommentiert die Ursachen der sudetendeutschen Bewegung, indem er seinen Landsleuten vorhält:

> „In den deutschen Bezirken wüten Armut und Hunger, wie nie zuvor. Es herrscht eine tatsächlich katastrophale Not, so schrecklich, dass sie die Bevölkerung dezimiert. Die Arbeitslosigkeit ist dort mehr als 250 Prozent höher als in unseren Bezirken. Und ihr, Tschechen, könnt ihr euch vorstellen, dass in dieser Situation das einfache deutsche Volk dem tschechischen Staat aufrichtig innig zugetan ist? Hand aufs Herz und ehrlich gesagt: was haben wir seit dem Umschwung für die deutschen Bezirke Böhmens und Mährens getan? ... Ihr habt euch nur darum gekümmert, dass dort genügend tschechische Gendarmen sind. Was könnt ihr von den Deutschen anderes erwarten, als dass sie aus den trüben Gewässern Hitlers trinken werden, wenn ihr ihnen nicht rechtzeitig gesundes Wasser zu trinken gegeben habt?“[207]

## Henleins Loyalität zur Tschechoslowakei

Henlein grenzt seine Sammlungsbewegung 1935, wie schon in den Jahren vorher, vom deutschen Nationalsozialismus ab und bekundet weiter Loyalität zur Tschechoslowakei, auch wenn er die inneren Verhältnisse in diesem Staate heftig kritisiert. Das eine kostet ihn Sympathien in Deutschland, das andere in der Tschechoslowakei. Die ersten, die sich in der großen Politik für Henlein interessieren, sind die Briten. In England befürchtet man, dass die im Inneren zerstrittene Tschechoslowakei mit ihren vielen Völkerschaften ein Kriegsgrund in Europa werden könnte. Das *Royal Institute of International Affairs* [Königliches Institut für internationale Beziehungen] lädt Henlein zu einem Vortrag am 9. Dezember 1935 in das Chatham House nach London ein. Dem Vortrag folgt eine hitzige Debatte, in der Henlein seinen Zuhörern erklärt, dass die Tschechen alle ihre Verpflichtungen gegenüber den nationalen Minderheiten mit Füßen getreten und den Saint-Germain-Vertrag auf schlimmste Weise verletzt hätten. Das englische Auditorium hält den Sudetenführer zunächst für einen Agenten der Berliner Reichsregierung, doch der versichert wahrheitsgemäß, dass er weder mit der NSDAP noch mit Reichskanzler Hitler je in Kontakt gestanden hat. Henlein kann in London überzeugen und für die sudetendeutschen Minderheitenrechte werben, doch in Prag erzeugt er damit großes Unbehagen. Die Befürchtungen der Engländer und der Tschechen in Bezug auf die Verbindungen der SdP zum Deutschen Reich sind trotz der Beteuerungen Henleins nicht ganz aus der Luft gegriffen. Nach den Wahlen im vergangenen Mai ist innerhalb der SdP eine

207 Harna-Fiser, S. 158

Gruppe um den ehemaligen Parteivorsitzenden der 1934 aufgelösten DNSAP, Karl Hermann Frank, entstanden, die den Anschluss der Sudetenlande an das Deutsche Reich anstrebt. Dennoch bleibt Henlein noch zwei weitere Jahre bei seiner Politik des Verbleibens der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei.

Obwohl Henlein vor der Gründung seiner Sudetendeutschen Heimatfront und auch vor deren Umwandlung in eine Partei nirgendwo Parteimitglied gewesen ist, und obwohl er auch weiterhin Distanz zur reichsdeutschen NSDAP hält, fragt der tschechische Historiker Vaclav Kral in einem seiner Bücher: „Warum stellten die Nazis gerade Henlein an die Spitze der neuen Partei?“ und unterstellt damit, dass es 1933 die reichsdeutsche NSDAP oder die gerade aufgelöste böhmische DNSAP gewesen ist, durch die Konrad Henlein zum Vorsitzenden der SdP gemacht wird.[208]

## Dr. Benes’ Wahl zum Staatspräsidenten und die Rolle der Slowaken

Das Jahr 1935 schließt mit einer Wachablösung in den höchsten Ämtern in der Hauptstadt Prag. Staatspräsident Masaryk tritt zurück, und Benes folgt ihm in sein Amt nach. Benes wiederum wird als Außenminister durch Kamil Krofta ersetzt. Nach der vergangenen Nationalratswahl im Mai schon hatte auch der Ministerpräsident gewechselt. Dies ist nun der Slowake Milan Hodza geworden. Damit sitzt in allen Spitzenämtern weiterhin allein die Gründungsgarde von 1918 bis 1920. Ein Wechsel in der Minderheitenpolitik ist da so gut wie ausgeschlossen. Doch vor der Wahl des neuen Staatspräsidenten tut sich da für kurze Zeit ein Fenster auf. Benes kennt die Stimmung im Lande und die Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Er weiß, dass er die Wahl ohne die Stimmen der Slowaken, insbesondere der Slowakischen Volkspartei, nicht gewinnen kann.

Noch empfinden die Slowaken die Tschechen mehr als Besatzer denn als Brudervolk. Noch sind die Slowaken nicht an dem Staat beteiligt, der auch ihren Namen trägt. Alle Macht in Prag liegt nach wie vor fast ausschließlich bei den Tschechen. So sind in der Präsidentenkanzlei in Prag 96 tschechische Beamte tätig und nur drei Slowaken. Von den 224 Beamten im Parlament sind 223 Tschechen und nur einer ist Slowake. Im Beamtenapparat der Hauptstadt Prag sind die Slowaken, die im Gesamtstaat rund 16 Prozent der Bevölkerung stellen, sogar nur mit 2,4 Prozent vertreten. Selbst in der Slowakei, in der der Slowakenanteil an der Bevölkerung rund 72 Prozent beträgt, kommt der Anteil der Slowaken an der Beamtenschaft je nach Behörde kaum einmal über die 20 Prozent hinaus.[209] Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse und der Wohlstand in der agrarisch geprägten

208 Kräl-Dokumente, S. 15
209 Venohr, S. 1290a

Slowakei hängen weit hinter denen in der stärker industrialisierten Tschechei zurück. Vor allem aber ist die Tschechoslowakei nach 15 Jahren Existenz noch immer keine Föderation von gleichberechtigten Nationen, und die Slowaken vermissen unvermindert die ihnen vor 17 Jahren versprochene Autonomie. Jeder Slowake weiß inzwischen, dass Außenminister Benes einer der Hauptschuldigen an diesen Zuständen ist. So bietet Benes, der nun die Slowaken für seinen Wahlsieg braucht, dem Parteichef der Slowakischen Volkspartei, Monsignore Andrej Hlinka, Verhandlungen über die Zukunft der Slowaken an. Der Parteivorstand entsendet Monsignore Dr. Jozef Tiso,[210] einen Vertrauten Hlinkas, zum Gespräch nach Prag. Benes kann Tiso überzeugen. Er erkauft sich die Stimmen der Slowakischen Volkspartei für seine Wahl mit dem Versprechen, der Slowakei innerhalb eines Jahres eine großzügige politische Autonomie zu gewähren. Er sagt den Slowaken außerdem Konfessionsschulen zu, die Korrektur der Staatszuschüsse zugunsten der Slowakei, die Bevorzugung der slowakischen Industrie bei der Vergabe von Staatsaufträgen und die prozentuale Beteiligung von Slowaken in der Stellenbesetzung der Staatsämter.[211]

Am 18. Dezember 1935 wird Benes mit 340 von 442 Stimmen zum neuen Staatspräsident der Tschechoslowakei gewählt. Nun wäre die Zeit reif für eine Staatsreform gewesen. Doch Benes zeigt schon drei Monate nach der Wahl, dass er nicht beabsichtigt, seine Wahlversprechen an die Slowaken einzulösen. Er verkündet bei einer Sitzung vor der Nationalversammlung kategorisch, dass er nicht daran denke, von seiner Vorstellung einer „tschechoslowakischen Nation“ abzugehen. Er erklärt, es gäbe weder einzelne Tschechen noch einzelne Slowaken. Es gäbe nur ein einheitliches tschechoslowakisches Volk mit der Hauptstadt Prag. Benes lässt außerdem verbreiten, dass er den Pittsburg-Vertrag, wie schon sein Amtsvorgänger Masaryk, nicht anerkenne.[212] Ansonsten hält Benes seine Versprechen offensichtlich mit der schon erfolgten Einsetzung des Slowaken Hodza als Ministerpräsident und der Ernennung einiger slowakischer Minister für erledigt.

Diese Wahl Benes’ zum Staatspräsident im Dezember 1935 und seine erneut gebrochenen Versprechen hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack bei den Slowaken. Tiso, der im Oktober 1938 der erste Premierminister einer autonomen Landesregierung in Preßburg werden wird, verliert jegliches Vertrauen zu seinen tschechischen Kollegen. Dass Benes seine Versprechen, vor allem das der Autonomie, nicht einlöst, wird er 1939 mit der Abspaltung der Slowakei aus seinem Staat bezahlen müssen.

210 Dr. Tiso wird 1939 Ministerpräsident der selbstständigen Slowakei
211 Dolezel, Seite 100
212 Venohr, S. 13

# 1936 - Deutsche Denkschriften und Benes' Reden

## Die Rheinlandbesetzung

Das Jahr 1936 beginnt wieder mit einem französisch-deutschen Streit, doch diesmal wirkt sich die Auseinandersetzung - anders als 1935 - auch auf die Tschechoslowakei aus. Die deutsche Wehrmacht besetzt am 7. März 1936 das bis dahin entmilitarisierte deutsche Rheinland. Der Vorgang ist nicht ohne Vorgeschichte und bleibt nicht ohne Wirkung. Deutschland, Frankreich und andere Staaten hatten 1926 den Rhein-Pakt geschlossen, bei dem die deutsche Seite die in Versailles erzwungene Entmilitarisierung noch einmal bestätigt hatte, und alle Unterzeichner im Gegenzuge dafür zugesichert hatten, in Zukunft „in keinem Falle zu einem Angriff, zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten".[213] 1935 bricht Frankreich diesen Teil des Paktvertrages und schließt den bereits erwähnten Beistandspakt mit der Sowjetunion samt geheimem Zusatzprotokoll. In diesem Zusatz sagen die Franzosen den Sowjets auch Waffenhilfe gegen Deutschland zu.[214] Am 13. und 14. Februar 1936 besucht der sowjetische Marschall Tuchatschewski den französischen Oberbefehlshaber General Gamelin in Paris. Die deutsche Abwehr kann ermitteln, dass der französische Generalstab einen Plan für den Eventualfall eines französisch-sowjetischen Zusammengehens ausarbeitet. Der Plan sieht einen französischen Einmarsch durch das von deutschem Militär entblößte Rheinland vor, Truppenbewegungen über den Mittelrhein und dann entlang der Mainlinie in Richtung Tschechoslowakei, wo eine Vereinigung mit den sowjetischen Bundesgenossen vorgesehen ist.[215]

Der französische Vertragsbruch und die Absicht der Franzosen, die entblößte deutsche Rheingrenze im Falle eines Falles für einen Angriff auszunutzen, bewegen Hitler dazu, den Rheinpakt nun als aufgehoben zu betrachten, deutsche Heerestruppen in das Rheinland zu entsenden und sie dort zu stationieren. Am 7. März marschieren 19 deutsche Heeresbataillone in das bis dahin entmilitarisierte deutsche Rheinland beiderseits des Rheins.[216] In den folgenden Beratungen des Rats des Völkerbunds zu diesem deutschen Vorgehen stellt sich die Tschechoslowakei auf die Seite der Franzosen, während die Briten im deutschen Einmarsch zwar einen Bruch des Vertrages von Versailles sehen, aber „keine Bedrohung des Friedens". So bleibt die Rheinlandbesetzung für Deutschland ohne Konse-

213 Artikel II des sog. Rheinpakts

214 Benoist-Mechin, Band III, S. 278. Dieses Zusatzprotokoll ist im Vertragsploetz ausgelassen.

215 IMT, Verhandlungen, Band XVI, S. 686

216 Davon überschreiten allerdings nur 3 Bataillone den Rhein nach Westen.

quenzen, doch für die Tschechoslowakei wird sie zur Hypothek. Hitler wird der tschechoslowakischen Regierung 1939 diese Parteinahme für Frankreich gegen Deutschland vor dem Völkerbund mit auf die Rechnung setzen.

Der zuvor geschlossene tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag bekommt nun ein besonderes Gewicht. Die Einbeziehung der Tschechoslowakei in den französisch-sowjetischen Eventualplan für den Fall des Krieges und ihre geografische Lage als Keil zwischen Schlesien und Bayern machen die Tschechen schon ohne eigenes Zutun zu einem Bedrohungsfaktor für das Deutsche Reich. Aber die Tschechen klinken sich hier selbst mit ein. Während deutsche Truppen im Rheinland an die deutsche Westgrenze zurückkehren, bietet die tschechoslowakische Regierung der französischen ihre Waffenhilfe an, um gemeinsam gegen Deutschland vorzugehen. Ein Vierteljahr danach nutzt der sowjetische Außenminister Litwinow die Konferenz von Montreux, um seinen rumänischen Amtskollegen Titulescu auf eine Durchmarscherlaubnis für sowjetische Truppen durch Rumänien anzusprechen.[217] So fügt sich eins zum anderen: der französisch-sowjetische Eventualplan gegen Deutschland, die Tschechoslowakei als Sprungbrett für die Sowjets und der Wunsch nach einer Durchmarscherlaubnis durch rumänisches Gebiet. Letzteres lassen die Rumänen allerdings nicht zu. So zeigt sich, dass es 1936 für das Deutsche Reich ein sicherheitspolitisches Gebot ersten Ranges ist, die bislang ungeschützte Westgrenze in Richtung Frankreich wieder verteidigungsfähig zu machen und die Tschechoslowakei an der Südostgrenze mit aller Vorsicht zu betrachten.

### Der Kampf der aktivistischen Parteien um die deutsche Gleichberechtigung

Trotz dieser tschechoslowakischen Irritationen halten die Sudetendeutschen und die Deutsche Reichsregierung zunächst noch voneinander Abstand. Auch die wirtschaftliche Not unter den Sudetendeutschen führt bisher nur zu Klagen innerhalb der Tschechoslowakei, noch nicht zu einem lauten Ruf nach Anschluss an das Deutsche Reich. Die Arbeitslosenrate der Sudetendeutschen ist unverändert doppelt so hoch wie bei den Tschechen und Slowaken. Im Deutschen Reich dagegen sinkt die Arbeitslosigkeit bereits rapide, womit ein Anschluss für die Sudetendeutschen eigentlich verlockend wirken müsste.

Nach wie vor kämpfen die sudetendeutschen Parteien unterschiedslos für die Gleichberechtigung der Deutschen innerhalb der Tschechoslowakei. Bei einer Debatte im Abgeordnetenhaus am 26. April sind es zwei Vertreter der aktivistischen Parteien, die das Thema wieder auf die Tagesordnung bringen: der Sozial-

217 Hillgruber, S. 271, Fußnote 47. Meerengenkonferenz von Montreux 22.6.-20.7.1936

demokrat Wenzel Jaksch und der Abgeordnete Hans Schütz von der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei. Jaksch verwahrt sich dagegen, die Deutschen als Minderheit im Staate zu behandeln. Er fordert, sie als „durchgebildeten Volkskörper“ anzuerkennen, und verlangt von der Regierung, innerstaatliche Verträge mit ihr zu schließen, eine Forderung, die Konrad Henlein ein Jahr später akzentuierter formulieren und mit einem Ultimatum auf die Spitze treiben wird. Der Sozialdemokrat Jaksch führt in seiner Rede unter anderem aus:

> „Offiziell werden die Deutschen als .Gleiche unter Gleichen’ bezeichnet. Inoffiziell sind die nationalen Kampfvereine[218] als Hüter der Ungleichheit tätig. [...] Wer den letzten deutschen Briefträger oder Eisenbahner ausrotten will, ist ein Totengräber im Grenzgebiet. Vom staatspolitischen Standpunkt ist es heller Wahnsinn, immer neuen Menschenzuzug in die ohnehin bereits übervölkerten Krisengebiete zu lenken. [...] Nach dem Wahltag[219] wurden Stimmen der Erkenntnis laut, daß den Deutschen gegenüber schwere Fehler begangen worden seien. Die praktischen Forderungen sind aber ausgeblieben - im Gegenteil: Die Politik der kleinen Nadelstiche ist fortgesetzt worden. [...] Unsere berechtigten Beschwerden sind bisher an einer Mauer des Schweigens abgeprallt. [...] Wir erklären ganz offen, daß die Benachteiligung der Deutschen im öffentlichen Dienst, in der Sprachenfrage und in der ganzen Verwaltung einen Grad erreicht hat, der allgemein als unhaltbar empfunden wird.“[220]



**Abb. 5: Wenzel Jaksch im Wahlkampf, 1935 in Pilsen**

218 Unübersichtliches Geflecht von politischen Vereinen und Kreditkassen, gegründet zum bevölkerungspolitischen Kampf gegen einen nationalen Gegner

219 Nationalratswahl 1935

220 *Deutscher Nachrichtendienst,* 11. Jahrgang, Prag, vom 28.04.1936

Der christlich-soziale Abgeordnete Hans Schütz schließt nahtlos daran an:

> „Die Forderung nach Anerkennung des Lebensraums der Sudetendeutschen enthält keine Spitze gegen die tschechischen Mitbürger, die seit Generationen dort zuhause sind. Aber in einer Zeit schwerster und drückendster Wirtschaftsnot bisherige deutsche Arbeitsplätze aus welchen Motiven immer tschechischen Landsleuten in die Hände zu spielen, heißt den sudetendeutschen Aktivismus bei lebendigem Leibe ans Kreuz zu schlagen.“[221]

Der letzte Satz wirkt wie der entsetzte Aufschrei eines Mannes, der sich jahrelang im Rahmen seiner aktivistischen Partei bemüht hat, die Sudetendeutschen in die Tschechoslowakei zu integrieren, und der nun bemerkt, dass er gescheitert ist. Seit der Staatsgründung haben die Tschechen und Slowaken den drei kooperierenden Parteien in Bezug auf den Gebrauch der Sprachen, den Erhalt der Arbeitsplätze, die faire Regelung der Bodenreform, die Vergabe öffentlicher Aufträge oder in Bezug auf was auch immer so gut wie nichts bewilligt. Anstatt bei den Sudetendeutschen mit Zugeständnissen für den neuen Staat zu werben, hat man nur versucht, sie zu tschechisieren. Nun ist die Zeit der Aktivisten abgelaufen. Schon bei der Nationalratswahl von 1935 haben diese nur noch knapp ein Drittel der deutschen Stimmen auf sich vereinigen können. Die Tschechen und die tschechoslowakischen Slowaken haben diese Warnung nicht verstanden.

## Sudetendeutscher Parteienzwist

Am 10. Mai 1936 finden in einzelnen Gemeinden außerhalb der regulären Wahltermine Gemeindewahlen statt. Der Wahlkampf wirft ein Licht auf das sudetendeutsche Lager. Die drei aktivistischen Parteien und die Sudetendeutsche Partei kämpfen nach wie vor getrennt für eine gute Zukunft der Sudetendeutschen innerhalb der Tschechoslowakei. Wie immer geht es dabei nicht nur um das Wohl der Wähler, es geht auch um Personen, Posten und politische Nuancen. Der Wahlkampf zeigt, dass der „Sudetenführer“ Henlein nicht ganz unumstritten ist. Ein Wahlaufruf der Deutschen christlich-sozialen Volkspartei zum Beispiel lautet:

> **„Katholiken!**
> **Deutsche Männer und Frauen!**
> Die Sudetendeutsche Partei hat unserer Deutschen christlich-sozialen Volkspartei die Daseinsberechtigung abgesprochen. Unser herrlich deutsch-christlich-soziales Gedankengut soll verschwinden! ... Genauso politisch einflußlos sollen wir werden, wie unsere deutschen Glaubensbrüder im Dritten Reich, in dem jetzt das Neuhei-

221 *Deutscher Nachrichtendienst;* 11. Jahrgang, Prag, vom 28.04.1936

dentum an Stelle der christlichen Weltanschauung tritt.... Die SdP sagt Euch nicht, daß ihr Führer, Herr Henlein vom katholischen Glauben abgefallen und Protestant geworden ist....
**Wählt Liste 17"**[222]

## Das Staatsverteidigungsgesetz

Die Tschechisierung und Slowakisierung der deutschen und ungarischen Grenzgebiete geht unvermindert weiter. Den nächsten Schritt geht die Nationalversammlung, als sie am 13. Mai 1936 das **Gesetz über die Verteidigung des Staates** erlässt, gemeinhin als „Staatsverteidigungsgesetz" bezeichnet und dazu später acht Durchführungsverordnungen. Das Staatsverteidigungsgesetz erläutert in seinen ersten Paragrafen seine eigene Zweckbestimmung: die Sicherstellung aller militärischen, wirtschaftlichen und sonstigen Maßnahmen zur Verteidigung der Tschechoslowakei. Soweit verfolgt die Nationalversammlung mit dem Gesetz ein legitimes Staatsziel. Von dem Gesetz ist allerdings die Bevölkerung der grenznahen Regionen besonders hart betroffen, und das sind nun einmal überwiegend Ungarn und Sudetendeutsche. Schon § 7 zeigt die ersten Lasten für die Minderheiten. Der Paragraf „Mitwirkung der Gemeinden" trägt den grenznahen Gemeinden auf, für Vorbereitungen zur Landesverteidigung „zu sorgen", d. h. auf eigene Kosten. Noch schwerwiegender für die Ungarn und Sudetendeutschen sind die Bestimmungen über „für die Staatsverteidigung wichtige Unternehmungen" und die „staatliche Zuverlässigkeit". Die Kombination von beidem ist ein schwerer wirtschaftlicher Schlag gegen alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Grenzregionen, und das sind neben vielen Deutschen und Ungarn zunehmend auch Slowaken.

§ 19 bestimmt, dass in Zukunft nur Betriebe verteidigungswichtige Aufträge erhalten dürfen, soweit die Besitzer, die Aufsichtsratsmitglieder und die Betriebsleiter von den Polizeibehörden als staatlich zuverlässig eingestuft werden und soweit sie „staatlich unzuverlässige" Arbeiter durch „zuverlässige" ersetzen. Als Sperr- und Entlassungsgründe nennt § 20 u. a. die **frühere** Zugehörigkeit zu politischen Parteien, die **nach** Wirksamwerden des Gesetzes „wegen staatsfeindlicher Tätigkeit aufgelöst worden sind und [...] dgl." sowie Tätigkeiten gegen die „verfassungsmäßige Einheit des Staates". Letztere ist das tschechische Kontrastprogramm zur Autonomie innerhalb der Tschechoslowakei, für die viele Angehörige der Minderheitenvölker noch immer aktiv eintreten. Firmeneigner und Aufsichtsratsmitglieder verteidigungswichtiger Unternehmen, die von der tschechoslowakischen Polizei als staatlich unzuverlässig eingeordnet werden,

222 PAAA, R 103652, Blatt 169

haben ihre Firmen an staatlich zuverlässige Betriebsleitungen zu übergeben bzw. zurückzutreten. Anderenfalls droht ihnen das Gesetz den Entzug der Betreiberkonzessionen und eine Zwangsverwaltung zu ihren eigenen Kosten an. § 19 (6) bestimmt zudem noch, dass Behörden ihre Entscheidungen, mit denen sie Firmeneigentümer als staatlich unzuverlässig qualifizieren, nicht begründen müssen. Tschechoslowakische Behörden entscheiden, welche Unternehmenseigner staatlich unzuverlässig sind. Sie können diese Entscheidungen ohne Rechtfertigung und Offenlegung treffen. Die Betriebe gehen danach regelmäßig in die Hände „zuverlässiger" Tschechen und Slowaken über. Der Kanon der Kriterien für staatliche Unzuverlässigkeit endet mit den drei Buchstaben „dgl.". Mit dem Wort „dergleichen" ist der Willkür tschechischer Behördenleiter in ihrem Kampf gegen immer noch die Autonomie anstrebende Deutsche, Ungarn, Polen und Slowaken Tür und Tor geöffnet. Genauso verfahren tschechische und slowakische Polizei mit „unzuverlässigen" Arbeitern, an deren Stelle dann in aller Regel „zuverlässige" Tschechen und Slowaken treten. Letztendlich erweist sich das Staatsverteidigungsgesetz als Waffe gegen Angehörige der Minderheiten, insbesondere soweit sie noch immer für ihre nationale Autonomie im Staat eintreten. Das Gesetz und die Durchführungsverordnungen verdrängen Ungarn, Polen und Sudetendeutsche aus der Wirtschaft und schaffen dort Einfluss und Arbeitsplätze für Tschechen und Slowaken.

Eine weitere Belastung vor allem für die Angehörigen der nationalen Minderheiten beschert § 34 des Gesetzes mit der Einrichtung einer „Grenzzone" entlang den Außengrenzen und den Durchführungsverordnungen dazu. Die Grenzzone umfasst 56 Prozent des gesamten Territoriums der Tschechoslowakei. In ihr leben 85 Prozent aller Sudetendeutschen, 95 Prozent der Ungarn und alle Polen und Ruthenen. Die Grenzzone wird faktisch schon zu Friedenszeiten unter Militärhoheit gestellt. In ihr werden die Bürgerrechte eingeschränkt. Den Menschen und Kommunen in der Zone werden einschneidende Leistungs- und Duldungspflichten auferlegt, und die ohnehin nur begrenzte Selbstverwaltung der Gemeinden wird *de facto* abgeschafft. Nach dem Gesetz und den Verordnungen unterliegt fast alles wirtschaftliche Handeln in der Zone der vorherigen Genehmigung und laufenden Überwachung der militärischen Behörden. Dazu gehören alle Hochbauten, der Straßen-, Wege- und Wasserbau, die Elektrizitätsversorgung, die Telefon- und Funkeinrichtungen, die Forstwirtschaft und die Vergabe von Gewerbekonzessionen für Druckereibetriebe, Buchhandlungen, Apotheken, Gaststätten, Reisebüros, Speditions- und Transportbetriebe und noch vieles mehr. Dass die faktische Herrschaft des tschechoslowakischen Militärs über die ungarischen und deutschen Bewohner in der Grenzzone dem Verhältnis beider zueinander schaden wird, liegt auf der Hand. Das Staatsverteidigungsgesetz von

1936 treibt den Keil zwischen den Tschechen und Slowaken auf der einen und den Angehörigen der Minderheiten auf der anderen Seite nur noch tiefer. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Tschechen und in ihrem Schlepptau die Slowaken ihr Staatsverteidigungsgesetz von 1936 so verfasst haben, dass sie damit nicht nur den Staat verteidigen können, sondern auch ihre Volkstumsgrenzen durch den damit angestoßenen Arbeitskräfteaustausch ein weiteres Mal zu den Landesgrenzen hin ausdehnen können. Was hier den Staat nach außen schützen soll, trägt stattdessen dazu bei, ihn in seinem Inneren zu zerstören.

Soweit das Gesetz durch die tschechoslowakischen Militärbehörden auch bei reichsdeutschen Grundbesitzern und Arbeitnehmern im sudetendeutschen Grenzgebiete angewendet wird, lässt die Prager Regierung die dazu ergangenen Verfügungen fast allesamt aufheben, nachdem die deutsche Reichsregierung angekündigt hat, die vollzogenen Enteignungen und Entlassungen eins zu eins auf tschechische Staatsbürger im Deutschen Reich zu übertragen.[223]

Das Staatsverteidigungsgesetz packt die grenznah lebenden nationalen Minderheiten bei ihren materiellen Wurzeln. Zur gleichen Zeit greift Außenminister Krofta auch das ohnehin nur schwach ausgeprägte tschechoslowakische Nationalgefühl der Minderheiten an, als er die „Tschechoslowaken" in einer Rede am 21. Mai als „führende Nation" im Staat bezeichnet, die „das Recht besitzt, die Tschechoslowakei als ihren Staat zu behandeln". Das klingt sehr nach Alleinvertretungs- und Alleinbesitzanspruch.[224]

Was der Ministerpräsident hier so akademisch ausdrückt, klingt vor Ort ein wenig gröber. Die tschechische Zeitung *Zatecky Kraj* [Saazer Land] vom 4. Juli 1936 schreibt dazu in der noch überwiegend deutschen Stadt Saaz:

> „Wir wollen unsere Dörfer erobern und wir müssen auf der folgenden psychologischen Grundlage aufbauen: Ansiedlung mehrerer Tschechen auf einmal in den Dörfern, damit sie die Möglichkeit haben, unter sich zu leben. ... Wir glauben, daß es methodisch am besten sein wird, ein Dorf nach dem anderen zu erobern. Wenn erst die Dörfer in unseren Händen sind, wird der deutsche Anstrich vieler Städte rascher verschwinden als bisher, da sich rund um die Städte ein zusammenhängender Gürtel deutscher Einwohner befindet."[225]

223 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 55
224 Jung, S. 132
225 PAAA, R 103652, Blatt 144

## Henlein in London und Berlin

Im Juli 1936 erhält Henlein noch einmal eine Einladung nach London samt Besuchstermin beim Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Vansittart. Die zweite Einladung an Konrad Henlein in nur einem halben Jahr zeigt die Bedeutung, die man ganz offensichtlich neuerdings in London der Sudetenfrage beimisst. Vansittart ist über den inneren Zustand der Tschechoslowakei gut informiert. Er bezeichnet die ungelösten Nationalitätenprobleme dort als „offene Wunde in Europa“ und sagt zu, dass die britische Regierung das sudetendeutsche Problem beim Völkerbund in Genf aufgreifen werde. Henlein nutzt die Gelegenheit des Gesprächs dazu, sich über die noch immer andauernden Entnationalisierungsmaßnahmen der Tschechen gegenüber ihren Deutschen zu beklagen, die negativen Folgen des neuen Staatsverteidigungsgesetzes besonders für die sudetendeutsche Wirtschaft vorzutragen und Vansittart auf die Nebenregierung Benes’ hinzuweisen, den „Nationalen Rat“. Staatspräsident Benes benutzt dieses informelle Gremium, um das Land vorbei an der Regierung und vorbei am Parlament mithilfe einer kleinen Gruppe tschechischer Nationalisten zu regieren.[226] Die Unterredung dauert immerhin drei Stunden. Das Interesse Vansittarts am Schicksal der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei beruht offensichtlich auf der Sorge, sie könnten sich bei weiterer Benachteiligung durch die Tschechen zum Dritten Reich und zum Nationalsozialismus hingezogen fühlen.

Bislang unterhält Henlein selbst keine persönlichen Verbindungen zur NSDAP im Deutschen Reich und ihren Führern. Seine ersten Kontakte kommen kurz darauf während der Olympischen Spiele in Berlin zustande. Henlein reist dorthin als Gründer und Vorsitzender der Sudetendeutschen Turnverbände. Sein erstes und bei dieser Gelegenheit einziges Treffen mit dem deutschen Reichskanzler Hitler währt nur kurz, als ihm dieser einen Orden in Anerkennung für seine Verdienste um den Sport verleiht. Während der Olympischen Spiele kommt es am 14. August allerdings zu einer kurzfristig vereinbarten Einladung Henleins beim Reichsaußenminister von Neurath. Henlein berichtet dem Minister über die Sudetendeutsche Partei und ihre Arbeit. Dabei beklagt er, dass ihm die Parteimitglieder, die Verbindungen nach Deutschland unterhalten, die Arbeit sehr erschwerten. Bei diesen Leuten gehe das Gerücht um, dass Deutschland 1936 „zum Schwert greifen werde“. - Es liegt auf der Hand, dass dieses Gerücht jegliches Vertrauen der Tschechen und Slowaken zu ihren Sudetendeutschen im Keim erstickt. - Von Neurath beruhigt:

226 PAAA, R 103652, Blätter 72 ff.

> „Es ist keine Rede davon, daß wir uns in absehbarer Zeit wegen der Sudetendeutschen in kriegerische Verwicklungen einlassen werden. Die Sudetendeutschen müssen sich in ihrem Kampf zunächst auf sich selbst verlassen, wobei wir ihnen selbstverständlich moralisch und soweit möglich, auch finanzielle Hilfe leisten werden.“[227]

**Die Reichenberger Reden**

Daheim gehen die nächsten deutsch-tschechischen Irritationen nicht von Henlein aus. Es ist der deutsche Handelskammerpräsident aus Reichenberg, Baron von Liebig, der sie anstößt. Am 20. August eröffnet Staatspräsident Benes die Mustermesse der Textilstadt Reichenberg im überwiegend sudetendeutschen Teil Nordböhmens. Zu Altösterreichs Zeiten hatten die Textil- und die Glasindustrie der Stadt und der Region die Menschen hier noch gut ernähren können. Doch seit Kriegsende leidet die Region an der Zerteilung des früher großen Wirtschaftsraums von Österreich-Böhmen und seit ein paar Jahren in besonderem Maß an den Folgen der Weltwirtschaftskrise. Seit 1922 wurden im Handelskammerbezirk Reichenberg 153 Fabrikbetriebe stillgelegt, der Fremdenverkehr blieb aus und das Baugewerbe lag zu großen Teilen brach. Dort, wo der Staat jetzt noch bauen lässt, gehen die Aufträge an tschechische, meist auswärtige Betriebe, die sich ihre Bauarbeiter zudem von außerhalb mitbringen. Nordböhmen leidet Not, während die Wirtschaft in Zentralböhmen nach der Krise langsam wieder anzieht.

In dieser Situation nutzt Baron von Liebig die Reichenberger Mustermesse, um eine Denkschrift zu verfassen und sie am Tag vor dem Erscheinen Benes' in der *Prager Presse* zu veröffentlichen.[228] Liebig prangert die hohe Arbeitslosigkeit in seinem früher wirtschaftlich so starken Kammerbezirk Reichenberg an. Er weist nach, dass sich die Arbeitslosenrate hier seit vier Jahren auf dem Doppelten des Landesdurchschnitts hält, während in Innerböhmen das Ende der Weltwirtschaftskrise deutlich spürbar wird. Liebig macht dafür die Wirtschaftspolitik der Regierung in Prag verantwortlich, die öffentliche Aufträge fast ausschließlich an tschechische Firmen außerhalb Nordböhmens vergibt und Subventionen dorthin fließen lässt. Baron von Liebig weist auf den bedauerlichen gesundheitlichen Zustand und die weitverbreitete Unterernährung der sudetendeutschen Jugend als Folge dieser wirtschaftlichen Not und des sozialen Elends hin und verlangt von der Regierung, die Industrie und das Gewerbe in Nordböhmen wieder an öffentlichen Aufträgen, Lieferungen und Subventionen zu beteiligen.

Staatspräsident Benes reagiert sofort. Er hält zur Eröffnung der Reichenberger Messe und noch am gleichen Tag in Gablonz und in Eisenbrod drei öffentliche

227 PAAA, R 103652; Blätter 153 f.
228 PAAA, R 103652, Blätter 185 ff.

Reden.[229] Er spricht dabei stets Deutsch, ein verbindendes Signal von einem Mann, der auch der Präsident von über drei Millionen Sudetendeutschen ist. Benes bezeichnet die Tschechen und die Deutschen als Schicksalsgemeinschaft und ruft seinen deutschen Landsleuten versöhnend zu: „Ich will als Staatsoberhaupt ein Mittler zwischen beiden Teilen und ein Helfer beider sein!“ Doch inhaltlich bewegt sich Benes kaum auf seine Deutschen zu. Er gesteht zwar in der Reichenberger Rede ein, dass es ein Fehler sei, bei der hohen sudetendeutschen Arbeitslosigkeit ortsfremde tschechische Arbeitskräfte in die Sudetengebiete zu entsenden, und dass die Anstellung deutscher Beamter im öffentlichen Dienst noch immer nicht dem Bevölkerungsanteil entspricht, aber ansonsten vertritt Benes nur seine altbekannten Ansichten. Er preist wiederholt die „vorbildliche Minderheitenpolitik in der Tschechoslowakei“, die „eine derartige Arbeit geleistet und derartige Fortschritte erzielt hat, dass sich in Europa und auf der Welt niemand mit ihr vergleichen kann“. Er bezeichnet die Tschechoslowakei als einen „gesunden und festen Staat, der zu einer immer höheren Stufe sozialer, wirtschaftlicher und nationaler Gerechtigkeit fortschreitet“. Der sudetendeutsche Arbeitslose, der das am nächsten Morgen in der *Prager Presse* oder in der *Zeit* liest, fragt sich mit Sicherheit, welche Wirklichkeit sein Präsident noch wahrzunehmen in der Lage ist.

Benes lehnt in den drei Reden erneut das „Schlagwort der Autonomie und irgendwelche föderativen Tendenzen“ ab und schlägt stattdessen „Dezentralisation und Regionalismus“ vor. Das klingt entgegenkommend und ist doch eine Mogelpackung. Die öffentliche Verwaltung liegt inzwischen auch in den Sudetenlanden so weit in den Händen tschechischer Beamter, dass ein Regionalismus den Sudetendeutschen nicht mehr die begehrte Selbstverwaltung bringen würde. Weiterhin beklagt sich Benes über das mangelnde Vertrauen der Sudetendeutschen in die Tschechoslowakei und begründet damit, dass so wenige von ihnen in den Staatsdienst aufgenommen werden. Auch da bleibt Benes nicht ganz bei der Wahrheit, denn selbst die Mitglieder der drei deutschen aktivistischen Parteien, die dem Staate offen ihre Loyalität und ihr Vertrauen zeigen, werden bislang nur recht selten in den Staatsdienst übernommen. Zusammenfassend erklärt Benes: „Die Minderheitennationen kämpfen keinen Existenzkampf als Minderheit, sondern sie führen ihren Kampf um die politische Macht und um das Mitregieren im Staate.“ Damit geht er einen Schritt zu weit. Die Macht im Staate hat eine ganz andere Qualität als die geforderte Selbstverwaltung in der sudetendeutschen Heimat. Ansonsten äußert sich der Präsident ganz generell, als er in der Reichenberger Rede sagt:

229 PAAA, R 103652, Blätter 188 ff.

> „Es hat so kein europäischer Staat das Recht, sich in diese Fragen einzumengen, und die Tschechoslowakei wird das auch als souveräner Staat... in keinem Fall zulassen. ... Unsere Verfassung ist so liberal, daß sie für alle diese Probleme ausreicht.... Ein ehrlicher Mensch muß konstatieren, daß die Tschechoslowakei gemeinsam mit der Schweiz und Belgien in diesen Belangen in Europa am weitesten ist.“[230]

Obwohl die Denkschrift des Barons von Liebig vor allem die wirtschaftliche Not der sudetendeutschen Bevölkerung zum Inhalt hat, rafft sich der Präsident an diesem Tag nur zu kleinen Eingeständnissen der tschechischen Mitschuld an der beklagten Not auf, ohne wesentliche Hilfen oder eine grundsätzliche Besserung für die Zukunft zu versprechen. Stattdessen weist er die Deutschen generell in ihre Schranken. *In summa* sagt er: „keine Autonomie und keine föderativen Tendenzen!“

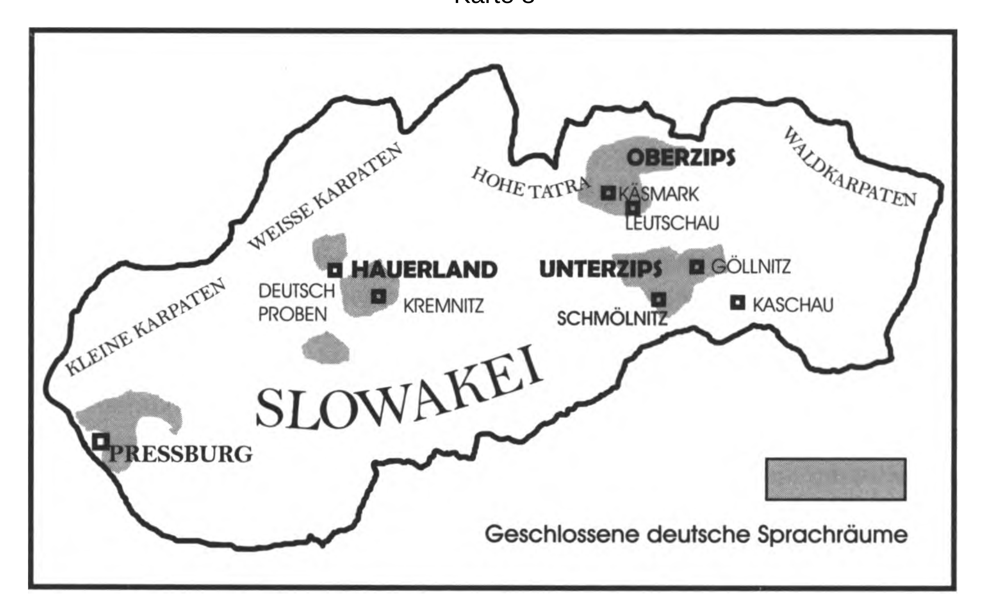
**Benes in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine**

Im September 1936 bereist Staatspräsident Benes Städte und Gemeinden in der Slowakei. Dabei werden auch Vertreter der nationalen Minderheiten ins Programm mit eingebunden. In der Slowakei stellen die Karpatendeutschen mit nur 160.750 Seelen eine kleine Minderheit, die sich allerdings in drei Siedlungsschwerpunkten konzentriert, rund um die Städte Kremnitz, Käsmark und Göllnitz. Den Delegierten der Karpatendeutschen wird bei den Ortsbesuchen Benes' nach dem Protokoll nur eine Minute Sprechzeit zugestanden. Dem Bürgermeister von Deutschproben - in einer deutschen Sprachinsel gelegen - wird untersagt, in seiner Begrüßungsansprache den Wunsch der deutschen Bevölkerung nach einer eigenen Schule vorzutragen.[231] Es ist schwer, den Präsidenten Benes auf die Sorgen der Karpatendeutschen anzusprechen. So versucht die deutsche Minderheit auch hier - wie schon in Reichenberg geschehen - ihre Sorgen und Begehren in einer Denkschrift anzubringen.

Am 22. September druckt die deutschsprachige Zeitung *Die Zeit* „Die Forderungen des Karpaten-Deutschtums“, die Staatspräsident Benes bei seinem Aufenthalt in Preßburg überreicht werden. Die Denkschrift enthält kulturelle, wirtschaftliche und soziale Forderungen, darunter die Einhaltung bestehender Gesetze auch gegenüber der karpatendeutschen Minderheit. Obwohl die Bitten leicht erfüllbar scheinen, berühren sie doch die Wurzeln des inzwischen eingespielten tschechoslowakischen Zentralismus. Zu den Forderungen und Bitten gehören eine deutsche Gemeindebücherei, die Errichtung deutscher

230 Tschechoslowakische Quellen, Nr. 13, S. 12 ff.
231 PAAA, R 103562, Blatt 232

Karte 8




Karpatendeutsche Siedlungsgebiete in der Slowakei

Bürgerschulen dort, wo es in ausgedehnten deutschsprachigen Gebieten gar keine höheren Schulen gibt, die Förderung des deutschen Priesternachwuchses, die Schaffung einer deutschen Sektion im Landesschulrat der Slowakei, die Einrichtung einer deutschen Selbstverwaltung für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, die Anstellung deutscher Richter und Beamter in den deutschsprachigen Siedlungsinseln und nicht zuletzt die Erlaubnis, die deutschen Namen karpatendeutscher Orte wieder offiziell benutzen zu dürfen.[232]

Trotz der Petitionen und Denkschriften entspannt sich das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis nicht. Im Oktober kommt es unter den Sudetendeutschen zu einer Verhaftungswelle wegen Hochverrats. Rund 40 Deutsche, zumeist Mitglieder der SdP werden aus dem Erzgebirge und dem Egerland nach Prag und Pilsen abtransportiert und dort in Haft gehalten. Da ihnen bei Hochverrat kein deutscher Rechtsanwalt zusteht, bleiben die Verhaftungsgründe oft im Dunkeln.

232 PAAA, R 103562, Blatt 233

### Tschechische Zurückweisungen

Zu Jahresende 1936 gibt es statt des erhofften tschechoslowakischen Entgegenkommens in der Autonomie- und Selbstverwaltungsfrage noch ein paar deutliche Zurückweisungen. In einer Sitzung des Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses lehnt der Ministerpräsident die Einstellung von Angehörigen der Minderheiten als Staatsbeamte ab, wenn sie nicht „vorher den Nachweis der 100-prozentigen Loyalität zum Staat“ erbracht haben. Das gelte auch für die Bewerber deutscher Sprache.[233] Damit befinden sich die Tschechen und Slowaken auf der einen und die Deutschen und die Ungarn auf der anderen Seite in einem Teufelskreis des Misstrauens. Ungarn und Sudetendeutsche erwarten von Tschechen und Slowaken, dass sie ihnen ihre Minderheitenrechte auch im Alltag zu 100 Prozent zugestehen - und nicht nur im Texte der Verfassung -, ehe sie bereit sind, dem Staat der Tschechen und Slowaken Loyalität zu zeigen. Zu den Minderheitenrechten gehört auch die Einstellung von deutsch- und ungarischsprachigen Beamten nach dem Bevölkerungsproporz.

Am Tag danach, am 11. November 1936 schreibt der Ministerpräsident a.D. Karel Kramar in einem Leitartikel in der *Närodni Listy* (Nationalzeitung), dass die Tschechoslowaken sich nicht als Vielvölkerstaat empfänden, in dem die Deutschen das zweite Staatsvolk seien. Die Deutschen seien eine demokratisch gleichberechtigte Minderheit mit allen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten, zugleich aber auch mit der bindenden Verpflichtung, die Gesetze des Staates zu erfüllen.[234] Kramar bringt hier wieder die alte tschechoslowakische Auseinandersetzung auf den Punkt. Die Tschechen gestehen den Deutschen als Einzelpersonen ihre Minderheitenrechte zu, aber nicht den dreieinhalb Millionen Deutschen als einem in sich geschlossenen Volk. Die Sudetendeutschen aber wollen ihre Existenz als Volk innerhalb der Tschechoslowakei bewahren, mit eigenem Grund und Boden, mit eigener Sprache und Kultur und mit Selbstverwaltung in den eigenen Gebieten. Abgesehen davon sind die meisten Sudetendeutschen der Ansicht, dass ihnen die garantierten Minderheitenrechte nicht einmal als Einzelpersonen zugestanden werden.

Den Reigen dieser tschechoslowakischen Einlassungen und Reden zum Problemkreis von Gleichberechtigung und Autonomie der Minderheiten schließt Außenminister Krofta, als er am 13. Dezember vor dem Bezirksbildungsausschuss in Karlsberg einen Vortrag zum Thema „Die Deutschen in der Tschechoslowakei“ hält. Er lehnt darin das „Schweizer Modell“ ab, mit dem einst Benes die Tsche-

233 Sitzung am 10. November 1936
234 Jung, S. 135

choslowakei der Zukunft den Siegermächten in Paris als Vielvölkerstaat nach Art der Schweiz angepriesen hatte. Die Einlassungen und Reden Hodzas, Kramars, Kroftas und die der Sudetendeutschen gegen Ende des Jahres 1936 zeigen, dass sich Tschechen und Slowaken und ihre Minderheitenvölker nicht aufeinander zubewegen. Die Wunden der Vergangenheit sind nicht vernarbt.

Am 16. Dezember meldet sich noch einmal eine deutsche Stimme. Senator Dr. Karl Hilgenreiner von der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei spricht bei der Beratung des Haushalts für das nächste Jahr vor dem Senat. Er beklagt erneut die wirtschaftliche Benachteiligung der sudetendeutschen Minderheit. Die Staatsaufträge an deutsche Firmen entsprächen weder dem deutschen Steueraufkommen noch dem Bevölkerungsproporz. Die Deutschen seien in den Beamten- und Angestelltenstellen noch immer unzureichend repräsentiert. Tschechische und deutsche Banken würden mit Staatshilfen ungleich unterstützt, und von den 16 Emissionsbanken in der Tschechoslowakei sei trotz des Fünftels deutschsprachiger Bevölkerung nicht eine einzige deutsch.[235] Tatsächlich hat sich 1936 am Trend der wirtschaftlichen Lage der Sudetendeutschen im Vergleich zu der der Tschechen nichts positiv verändert. Vom Januar 1936 bis zum Januar 1937 sinkt die Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Bezirken nur um 21,5 Prozent, während sie in den tschechischen Bezirken um 40,7 Prozent abnimmt. In den deutschen Gebieten gehen die Betriebsstilllegungen weiter, und viele stillgelegte Werke werden trotz örtlicher Proteste abgerissen, sodass den Deutschen hier nicht einmal die Hoffnung auf neue Arbeit bleibt. Die Benachteiligung der sudetendeutschen Wirtschaft durch die staatliche Verwaltung ist seit der Reichenberger Rede des Staatspräsidenten Benes vom August zwar mehrmals in öffentlichen Reden zugegeben worden, doch geändert hat sich bislang nichts. So vermeldet der *Zprävy vefejni sluzby technicke* [Technischer Dienst der Öffentlichen Verwaltung], dass vom 1. Oktober 1936 bis Anfang 1937 von 63 Staatsaufträgen in die sudetendeutschen Gebiete 46 an tschechische, 14 an deutsche und 3 an gemischtsprachige Firmen vergeben worden sind.[236]

Die Prager deutsche Gesandtschaft berichtet regelmäßig über den Volkstumsstreit, der sich seit Jahren in der Tschechoslowakei abspielt. Die Reden und ihr Echo in der Presse, Wirtschaftsdaten und -berichte sowie Wahl- und Volkszählungsergebnisse werden in Berlin mit Anteilnahme für die Sudetendeutschen wahrgenommen. Dennoch respektiert man in Berlin die Souveränität des Nachbarstaats und hält sich mit Kommentaren und Einflussnahmen strikt zurück. Als zum Beispiel der „Volksbund für die Deutschen im Ausland“ eine Veranstaltung

235 PAAA, R 103653, Blatt 096
236 PAAA, R 103655, Blätter 43 ff.

für den 5. Dezember mit dem Generalthema „Aus tschechischen Kerkern“ bei der Polizei anmeldet, wird das Treffen von der Geheimen Staatspolizei verboten. Das Auswärtige Amt hatte der Polizei zu dem Verbot geraten, weil „die Veranstaltung geeignet sei, die Beziehungen zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei zu gefährden wie auch das Verhältnis der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei zur dortigen Regierung“.[237]

237 PAAA, R 103653, Blatt 096

# TEIL 6

## 1937 - DAS LETZTE JAHR DER EINHEIT

**Das Ringen der Minderheiten um ihre Autonomie**

**Henleins Entwurf eines Volksschutzgesetzes**

**Der „Offene Brief[4] der Slowaken**

**Das erfolglose Hodza-Henlein-Gespräch**

**Henleins erster Brief an Hitler**

**Ein vergeblicher Versuch der sudetendeutschen Sozialdemokraten**

**Etwas Rätselhaftes aus der Aktenlage**

**Das Ende der tschechoslowakischen Sicherheit**

**Das „Hoßbach-Protokoll“ und der „Fall Grün“**

**Sonderbotschafter Halifax bei Reichskanzler Hitler**

**Das „Recht“, Krieg zu führen**

# 1937 - DAS LETZTE JAHR DER EINHEIT

## Das Ringen der Minderheiten um ihre Autonomie

Das Jahr 1937 steht im Zeichen des Ringens der Sudetendeutschen um ihren Status innerhalb der Tschechoslowakei und neuer Gewitterwolken aus dem Ausland. Zu Beginn des Jahres stellt Ministerpräsident Hodza wieder einmal klar, wie er sich die Minderheitenpolitik im Lande vorstellt. Am 24. Januar spricht er über Rundfunk erst in Tschechisch, danach auf Slowakisch und dann noch einmal denselben Text auf Deutsch über die „Vervollkommnung der Minderheitenpolitik“. Er lässt keine Zweifel, dass er als Regierungschef nicht an gesetzliche Neuregelungen zugunsten der Sudetendeutschen denkt, sondern nur an gewisse administrative Maßnahmen. Hodza beschwört in seiner Rede die „schöne Tradition der edlen Minderheitenpolitik der Tschechoslowakei“, behauptet, dass dieser Staat die „Freiheiten mit freigiebigen Händen austeilt“ und nennt die tschechoslowakische Demokratie „einen Granitblock, einen Felsen, auf dem die tschechoslowakische Staatsverfassung sicher ruht“.[238]

Trotz dieser neuerlichen Hodza-Rede werden die deutschsprachigen Parteien nicht müde zu versuchen, das Eis im Land zu schmelzen. Die drei aktivistischen Parteien verfassen gemeinsam ein Memorandum, in dem sie die Regierung um Erleichterungen für die Deutschen bitten. Ministerpräsident Hodza fordert das Papier an, doch die Aktivisten weigern sich, es ihm zu senden. Sie wollen ihr Memorandum nur in einer Audienz persönlich überreichen und bei der Übergabe zugesichert bekommen, dass die Regierung anschließend tatsächlich Verhandlungen beginnt. Hodza lädt daraufhin die drei deutschen Minister der Koalitionsparteien zu einem Gespräch am *TI.* Januar ein, bei dem das Memorandum überreicht wird. Das Papier enthält im Wesentlichen die schon seit Jahren erhobenen Forderungen. Das sind Wünsche nach Arbeitsbeschaffung, Anstellung von mehr Sudetendeutschen im öffentlichen Dienst, besserer Jugendfürsorge, gesetzlicher Zusicherung des Schulunterrichts in der Muttersprache, Berichterstattung im Parlament durch Angehörige aller im Staat lebenden Nationen, Übersetzung des gesamten parlamentarischen Schriftguts ins Deutsche und die Forderung nach einer parlamentarischen Beschwerdekommission. Die Forderungen sind sehr moderat. Sie rütteln weder an der tschechoslowakischen Verfassung, noch am bisherigen Zentral- und Einheitsstaat. Der Vorstoß führt zunächst zu einer

238 PAAA, R 103653, Blatt 158

hoffnungsvollen Reaktion. Am 18. Februar geht der Ministerpräsident in einer Regierungserklärung auf das Memorandum ein. Er spricht über Sprachfragen, das Bildungswesen und die Selbstverwaltung. Er sagt zu, dass zukünftig ortsansässige Sudetendeutsche bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten berücksichtigt werden sollen, dass mehr Proportionalität bei der Anstellung in den öffentlichen Dienst angestrebt werden soll, und schließlich verspricht er noch, Mängel in der Verwaltung abzustellen.

Viele Aktivisten nennen die Erklärung Hodzas vom 18. Februar hoffnungsvoll das „Februar-Abkommen“[239]. Die drei Parteien gründen eine „Zentralstelle“, ein Sekretariat unter der Leitung des sozialdemokratischen Abgeordneten Jaksch, die alle Folgemaßnahmen der Regierungserklärung Hodzas unterstützen und begleiten soll. Die Zentralstelle gründet dazu 80 Verbindungsstellen in der ganzen Republik, um Kontakte zwischen Deutschen und Behörden auf Staats- und Bezirksebene herzustellen, um Arbeitskräfte zu vermitteln und um deutscherseits zu koordinieren, was für das erwartete Entgegenkommen der Regierung hilfreich sein könnte. Nach genau einem Jahr resümiert der Leiter der Zentralstelle Willi Wanka die Erfolge dieser Arbeit. Er vermerkt, dass inzwischen rund 5000 sudetendeutsche Arbeitskräfte vom Arbeiter bis zum Akademiker in Staats- und Behördendienste vermittelt werden konnten, schränkt aber zugleich ein, dass die „Proportionalität nach dem Bevölkerungsanteil der Deutschen nicht wirklich zum Zuge gekommen war“.

Er schreibt:

> „Die deutschen aktivistischen Parteien sind ohne Illusionen an die neue Aufgabe herangegangen. [...] Und tatsächlich stellte es sich bald heraus, daß in der Auslegung des Februar-Abkommens ein merklicher Zwiespalt zwischen den demokratischen Sudetendeutschen und der tschechischen Seite bestand. Die letztere wollte in dem Februar-Abkommen nicht mehr als die .Regelung einiger administrativer Probleme' sehen, während der deutsche Aktivismus darin den Ausgangspunkt - und nicht mehr als einen Ausgangspunkt - zu einer positiven und einvernehmlichen Lösung des deutsch-tschechischen Verhältnisses erblickte. [...] Nach wie vor erblickte man in dem im Februar-Abkommen in Aussicht gestellten Entgegenkommen .Zugeständnisse’, die nicht aus echter Überzeugung, sondern nur unter Zwang außenpolitischer Gegebenheiten einräumt.“[240]

239 Der Begriff taucht auch in der tschechischen Geschichtsschreibung auf, z. B. Kräl-Dokumente, S.22.

240 Wanka, S. 45

Eine nüchterne Bilanz nach einem Jahr. Den aktivistischen Parteien, die sich noch immer bemühen, ihre Wähler mit dem Staat der Tschechen und Slowaken zu versöhnen, bleibt der Erfolg versagt. Die Wähler, Parteimitglieder und selbst die Parteifunktionäre gehen deshalb in immer größeren Zahlen in das Lager der Erfolg versprechenderen Sudetendeutschen Partei des Konrad Henlein über.

Die Enttäuschung und der Unmut grassieren nicht nur alleine unter den Sudetendeutschen. Auch unter den Polen im Teschener Gebiet, unter den Ungarn in der Slowakei und sogar unter der slowakischen Bevölkerung wächst die Unzufriedenheit über die von Prag aus betriebene Gleichschaltung der gesamten Tschechoslowakei. Die Ungarn und die Mehrheit der Slowaken lehnen die Tschechisierung ihrer Landesteile in Verwaltung und Kultur ab, insbesondere auf dem Gebiet der Sprachen und der Schulen. Selbst der tschechoslowakische Botschafter in Paris, Stefan Osusky, ein geborener Slowake, sieht sich wiederholt genötigt, Staatspräsident Benes vor den Gefahren seiner Tschechisierungspolitik zu warnen.[241]

## Henleins Entwurf eines Volksschutzgesetzes

Parallel zur Erarbeitung des Memorandums der drei aktivistischen Parteien verfasst der SdP-Parteichef Konrad Henlein eine Reihe von Entwürfen für ein **„Volksschutzgesetz“,** das die Gleichberechtigung aller nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei verbriefen soll. Henlein stellt im Wesentlichen drei Forderungen auf. Die erste zielt auf die Einführung einer Minderheiten-Selbstverwaltung, die allerdings die Einheit der Tschechoslowakei und ihre Außengrenzen nicht verletzen soll. Die zweite verlangt die Anerkennung der verschiedenen Minderheitenvölker als geschlossene Volkskörper und gleichberechtigte Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Sudetendeutschen sollen damit - wie auch die anderen Minderheitenvölker - auf der Basis der gleichen Volkszugehörigkeit ihr Recht auf Eigenbestimmung innerhalb ihres Siedlungsgebiets erhalten. Sie sollen als Körperschaften des Öffentlichen Rechts ein Mitbestimmungsrecht in allen Staatseinrichtungen bekommen. Als Drittes fordert Henlein die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen, damit die Regierung den Beweis erhält, dass die Forderungen der SdP wirklich von der großen Mehrheit der Minderheiten so gebilligt werden. Kurzum, Henlein fordert die Anerkennung der Sudetendeutschen als Staatsvolk innerhalb der Tschechoslowakei, die Sicherung ihrer regionalen Volkstumsgrenzen, ihr Selbstbestimmungsrecht in diesen Grenzen und ihre Mitbestimmung in der Tschechoslowakei. Separatistische Tendenzen lehnt Henlein hierbei noch immer ab.

241 Benoist-Mechin, Band VI, S. 65, Fußnote 26

Henleins Volksschutzgesetz versucht, zwei tschechische Bastionen einzunehmen. Ein Mitspracherecht des sudetendeutschen Staatsvolks hätte die manifeste Mehrheit der Tschechen und Slowaken im Prager Parlament unterlaufen. Und eine Garantie der Grenzen der Sudetengebiete hätte der weiteren Tschechisierung dort den Riegel vorgeschoben. Der SdP-Parteichef trifft den Kern des Grundsatzstreits, um den es eigentlich geht, in der schriftlichen Begründung, mit der er seinen Gesetzesvorschlag einreicht. Er bezieht sich nämlich auf die in der Verfassung verbürgte Gleichheit vor dem Gesetz „ohne Unterschied der Sprache“ und beklagt, dass die Erfahrung in der Tschechoslowakei zeige, dass der einzelne Staatsbürger regelmäßig zu schwach sei, seine verbrieften Minderheitenrechte durchzusetzen.

> „Bisher“, so schreibt er, „ist der Gleichheitsgrundsatz nur auf das Individuum bezogen. Das Volk selbst muß Gegenstand des verfassungsmäßigen Schutzes und folgerichtig auch das Subjekt der daraus fließenden verfassungsmäßigen Gleichberechtigung sein“.[242]

Henlein geht mit seinen Gesetzesentwürfen also erheblich weiter, als die drei aktivistischen Minister zuvor mit ihrem Memorandum. Wenn die tschechoslowakische Regierung das Memorandum der drei aktivistischen Parteien mit ihren moderaten Forderungen vorher akzeptiert und rasch verwirklicht hätte, wäre die Wirkung der Henleinschen Gesetzesentwürfe unter den Sudetendeutschen möglicherweise wirkungslos verpufft. Vor allem hätte das aktivistische Modell der deutschen Mitarbeit in der Regierung politisch überleben können. So aber werden die aktivistischen Parteien und mit ihnen die sudetendeutsche Mitarbeit im Staate ein Jahr später „sterben“. Am 28. Februar stellt Henlein seine sechs Gesetzesentwürfe für ein Volksschutzgesetz in Aussig auf dem SdP-Parteitag vor, und am 27. April bringt die SdP-Fraktion sie ins Parlament ein,[243] wo sie von den tschechischen Parteien als verfassungswidrig abgelehnt werden. Damit ist das Volksschutzgesetz jedoch noch nicht vom Tisch.

Zu den am 27. April eingebrachten Gesetzesentwürfen zählt auch ein Antrag auf eine Novelle zum **„Gesetz über das Verfassungsgericht“** vom 9. März 1920. Nach bestehender Gesetzeslage können nur die obersten Gerichte und die Parlamente das Verfassungsgericht anrufen. Einzelne politische Parteien oder gar eine nationale Minderheit haben damit keine Möglichkeit, im Streit, z. B. um Minderheitenfragen, das Verfassungsgericht zu bemühen. Henlein schlägt nun vor, das Gesetz so zu erweitern, dass auch den nationalen Minderheiten als Kör-

242 PAAA, R 103655, Blatt 062
243 PAAA, R 103655, Blätter 050-062

perschaften des öffentlichen Rechts der Gang zum Verfassungsgericht ermöglicht wird. Auch dieser Vorschlag wird von den tschechischen Parteien abgelehnt. Die Gesetzanträge dieses Tages werfen ein Licht auf die Rechtslage in der Tschechoslowakei seit 1920: Verfassung und Gesetze sind so zugeschnitten, dass die nationalen Minderheiten als juristische Personen für den Staat nicht existieren und dass Parteien, die Teile solcher Minderheiten politisch vertreten, keine Möglichkeit besitzen, die Minderheitenrechte ihrer Gemeinschaften vor dem Verfassungsgericht durchzusetzen. Auch einzelne Minderheitenangehörige, die ihre Minderheitenrechte bei den Gerichten im Dschungel der ansonsten tschechenfreundlichen Gesetze und Verordnungen regelmäßig nicht erstreiten können, sind vor dem Verfassungsgericht nicht zugelassen. So sind die Minderheiten, was die Wahrung der ihnen in der Verfassung zugestandenen Rechte betrifft, völlig auf die Rechtsauffassungen der Tschechen und Slowaken angewiesen.

## Der „Offene Brief“ der Slowaken

Obwohl Ministerpräsident Hodza, der dem Drang der Sudetendeutschen nach Autonomie und mehr Selbstverwaltung ständig neue Dämpfer aufsetzt, selbst Slowake ist, kämpfen seine Volksgenossen, die Slowaken, selbst um ihre Stellung in der Tschechoslowakei. Am 26. April fordert der Chef der Slowakischen Volkspartei, Andrej Hlinka, eine Garantie der früher einmal zugestandenen slowakischen Autonomie. Zeitgleich verlangt die Partei die Garantie des slowakischen Besitzstandes an Boden und fordert, dass die verfassungsmäßig vorgesehenen Autonomieeinrichtungen nicht von den Tschechen aufgekündigt werden dürfen. Auch im Ausland opponieren nun Slowaken. In den USA, wo einst die Exil-Slowakische Liga ihr Bündnis mit den Exiltschechen zur Gründung des gemeinsamen Staats geschmiedet hatten, verschafft sich nun ein „Slowakischer Rat“ Gehör. Der Rat verbreitet von Mac Keespoort (USA) und Genf aus einen **„Offenen Brief an die tschechische Nation“.** In dieser etwas reißerischen Kampfschrift werfen diese Exilslowaken den „tschechischen Führern“ vor, sie hätten eine ganze Reihe von Minderheiten unter ihre Herrschaft gebracht. Der Ton der Schrift ist harsch. Da heißt es:

> „Mit welchem Recht habt ihr die Slowakei und Ruthenien besetzt? Wir sind keine Tschechen, keine Tschechoslowaken. Wir sind Slowaken und wollen Slowaken bleiben. Unser Volk leidet Mangel. Tschechische Polizei schießt bei Demonstrationen auf Slowaken. Die *Daily Mail* schreibt, Eure Republik sei ‚ein Gefängnis für verschiedene Nationen. Wir sind Gefangene in Eurem Staat. Gebt uns die Freiheit wieder!“[244]

244 Conseil Slovaque, Mai 1937

Es knirscht offensichtlich zwischen Tschechen und Slowaken. In dieser Lage kommt Staatspräsident Benes dem slowakischen Bevölkerungsteil mit einer Geste ein kleines Stück entgegen. Am 6. Juni begnadigt er den seit achteinhalb Jahren in „schwerem Kerker“ inhaftierten slowakischen Politiker Tuka. Der hatte 1929 nach zehnjährigem Bestehen der Tschechoslowakei eine Volksabstimmung unter den Slowaken über ihren Verbleib im Staate oder ihre Unabhängigkeit gefordert. Er war dafür wegen Hochverrats zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Prof. Dr. Adalbert (Vojtech) Tuka wird uns noch einmal von 1939 bis 1944 als slowakischer Ministerpräsident begegnen.

## Das erfolglose Hodza-Henlein-Gespräch

Die zunehmenden Anzeichen innerer Auflösung seines Staates bewegen Ministerpräsident Milan Hodza im Sommer 1937 dazu, Kontakt mit Henlein aufzunehmen. Dies hatte er bisher stets mit der Begründung abgelehnt, Henlein gehöre nicht dem Parlament an. Dieses erste Treffen beider Männer ist für den 16. September anberaumt. Henlein nutzt die Gelegenheit, dem Ministerpräsidenten seine sechs Gesetzentwürfe für das Volksschutzgesetz zu überreichen, die das Abgeordnetenhaus im vergangenen April verworfen hatte. Henlein lässt alle Zurückhaltung fallen, deren man sich als Bittsteller bei einem Ministerpräsidenten sonst befleißigt. Er verlangt unumwunden eine gesetzliche Verankerung der sudetendeutschen Rechte innerhalb der Staatsverfassung und warnt den Präsidenten vor den Folgen, die ein weiteres Verweigern von Reformen nach sich ziehen wird. Hodza beharrt jedoch darauf, dass die Minderheitenprobleme in der Tschechoslowakei politisch nur in einer langsamen Entwicklung lösbar seien. Dann wendet er sich plötzlich einem ganz anderen Thema zu. Hodza gibt der Hoffnung Ausdruck, dass nach einer möglichen Entspannung in den gegenseitigen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen und Ungarn diese vier Länder gemeinsam als Verhandlungspartner gegenüber dem Deutschen Reich auftreten werden, „weil sonst die Tschechoslowakei verschluckt werden könnte“. Hodza äußert diese Angstvorstellung, noch bevor Hitler erstmals seine Eroberungsabsicht gegenüber der Tschechei erwähnt. Hodza fühlt in diesem Augenblick ganz offenbar, dass der innere Zerfall sein Land in kurzer Zeit zur Beute seiner Nachbarstaaten machen kann.

Der Ministerpräsident äußert sich dann noch zu den Gesetzentwürfen, die ihm Henlein anfangs überreicht hat:

> „Diese Gesetze sind nicht von Politikern, sondern von Theoretikern gemacht worden. Auch die Verfassung darf nicht angetastet werden.“

Darauf Henlein:

> „Das ist auch meine Meinung. Ich hätte ebenso gut die Verfassung negieren können, da sie von den Sudetendeutschen 1920 nicht mitbeschlossen wurde. Ich hätte das Selbstbestimmungsrecht verlangen können. Ich habe das nicht getan, sondern den Staat und die Verfassung als gegebene Fakten angenommen."

Zum Abschluss des Gesprächs fordert Henlein die längst fälligen Gemeindewahlen und beklagt sich darüber, dass nach den vergangenen Bezirksvertretungswahlen eine Anzahl gewählter Volksvertreter durch ernannte ersetzt worden ist. Ministerpräsident Hodza verspricht ihm Gemeindewahlen für 1938.[245] Die Resultate des Gesprächs sind für beide Seiten dürftig. Henlein nimmt das Versprechen neuer Wahlen mit und Hodza das Bekunden Henleins, dass er sich immer noch an die Verfassung und die Tschechoslowakei gebunden fühlt. Als Henlein acht Tage später um eine neue Unterredung bittet, lehnt Ministerpräsident Hodza diese unter einem nichtssagenden Vorwand ab.

Damit bleibt beiden Seiten der Erfolg versagt, den sie jetzt so dringend bräuchten. Ministerpräsident Hodza hätte die Tschechoslowakei mithilfe der Sudetendeutschen doch noch zu einem Nationalitätenstaat nach Art der Schweiz umformen können, der allen die ersehnte Eigenständigkeit gegeben und sie doch zu einem Staat verbunden hätte. Henlein auf der anderen Seite hat nun auch nichts vorzuweisen. Ihm wird deutlich, dass sein Rückhalt in der Partei zu schwinden anfängt, weil weder seine Bemühungen noch seine Loyalität zur Tschechoslowakei das Geringste an der politischen und wirtschaftlichen Lage der Sudetendeutschen ändern. Stattdessen gewinnt der radikale Flügel um seinen Stellvertreter Frank aus der ehemaligen DNSAP Gewicht in der Partei, der Henleins Weg des ehrlichen Verhandelns nicht die geringste Chance gibt und von ihm erwartet, dass er sich hilfesuchend an die deutsche Reichsregierung wendet. Doch Henlein ist noch nicht so weit. Seine bisher im Ausland unternommenen Versuche haben ihn auch nicht dazu ermutigt. Das Versprechen Sir Robert Vansittarts bei seiner letzten Londonreise, die Sache der Sudetendeutschen vor den Völkerbund zu bringen, war auch nur eine politische Floskel ohne Wert.

245 Gesprächsverlauf nach dem Bericht der deutschen Gesandtschaft vom 8.10.1937, offensichtlich nach persönlicher Berichterstattung Henleins, PAAA, R 103655, Blätter 40-45 und Kräl-Dokumente, S. 126 ff.

## Henleins erster Brief an Hitler

In dieser politisch so angespannten Lage kommt es am 17. Oktober zu einem folgenschweren Zwischenfall. Ministerpräsident Hodza hat die mehrfach verschobenen und nun Henlein endlich versprochenen Gemeindewahlen für den 22. November 1937 anberaumt. Dabei hat er öffentliche Wahlkampfveranstaltungen allerdings verboten. Der nur kurze Wahlkampf ist trotzdem an Emotionen kaum zu überbieten. Henleins Stellvertreter Frank lässt sich auf dem Kreistag der Sudetendeutschen Partei in Teplitz-Schönau dazu hinreißen, Staatspräsident Edvard Benes heftig anzugreifen. Die tschechische Polizei treibt die Versammelten mit Kolbenschlägen auseinander und verhaftet Frank an Ort und Stelle, wobei er Prügel abbekommt.[246] Sofort gerät die sudetendeutsche Bevölkerung in kochende Erregung. Die überzogene Reaktion der tschechischen Polizei erinnert zu sehr an den 4. März von 1919, als tschechische Polizisten und Soldaten sudetendeutsche Demonstranten auseinandertrieben und dabei 53 Tote und Hunderte Verletzte auf der Strecke blieben. Die Empörung springt schnell auf die Presse und die Bevölkerung in Deutschland über. Die führenden Funktionäre der SdP beraten, ob sie den Zwischenfall benutzen sollen, um endgültig mit der tschechoslowakischen Regierung abzurechnen. Schnell steht der Vorschlag zur Debatte, die deutsche Reichsregierung um eine sofortige Intervention zu bitten.

Henlein hält die Zeit noch nicht für reif zu diesem letzten Schritt, der nur der erste auf dem Weg zu einem Anschluss der Sudetenlande an das Deutsche Reich sein könnte. Noch trägt Österreich die historische Verantwortung für die Deutschen in Böhmen und in Mähren. Henlein kann seine SdP-Parteigenossen vorläufig mit dem Versprechen hinhalten, dass er Staatspräsident Benes ein Ultimatum stellen werde, unverzüglich die Autonomie der Sudetenlande innerhalb der Tschechoslowakei zu verkünden. Henlein verfasst ein förmliches Ultimatum und schickt es an den Präsidenten. Doch Henleins Brief an Benes gelangt sofort und ohne Henleins Wissen in die Hände der Presse im deutschen Reichsgebiet und wird dort veröffentlicht, ehe er Benes vorgelegen hat. So entsteht der falsche Eindruck, Henlein arbeite mit dem Deutschen Reich zusammen. Der Führer der Sudetendeutschen kann sich danach von diesem Verdacht auch nicht mehr befreien. Benes würdigt Henleins Ultimatum daraufhin nicht einmal einer Antwort.

Da Konrad Henlein bei Hodza und bei Benes kein Gehör gefunden hat und offensichtlich nicht mehr finden wird, und da er nun ohnehin als Kollaborateur der Deutschen gilt, richtet er am 19. November 1937 einen schriftlichen Bericht über die katastrophale Lage der sudetendeutschen Bevölkerung in der Tschechoslowa-

246 Benoist-Mechin, Band VI, S. 68 f.

kei an Hitler.[247] Das ist sein erster Hilferuf nach Deutschland, der letzte Schritt vor der offiziellen Bitte, die Sudetengebiete dem Deutschen Reiche anzugliedern. Der Brief mit diesem Hilferuf, der letzten Endes Hitler zugedacht ist, ist zunächst formal ein Schreiben an Reichsaußenminister von Neurath mit zwei Bitten: Die erste gilt einer „grundsätzlichen Beratung". Mit der zweiten beantragt er, Hitler den als Anlage beigefügten Bericht zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Bericht hat einen Umfang von zehn Schreibmaschinenseiten und enthält eine ausführliche Darstellung der Probleme und Nöte der deutschsprachigen Bevölkerung der Tschechoslowakei. Henlein vergisst nicht, im Bericht zu erwähnen, dass seine SdP bei den letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Prag 70 Prozent der deutschen Stimmen auf sich vereinigen konnte, und dass er sich deshalb für berechtigt hält, für das deutsche Element in seinem Staat zu sprechen. Henlein bemerkt das so ausdrücklich, weil er sich nicht gewiss sein kann, dass ihn die deutsche Reichsregierung als Nichtnationalsozialisten in dieser Sprecher rolle akzeptiert. Der Bericht schildert die Tschechisierung der Sudetendeutschen, die Zerstörung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Existenzgrundlagen in den vergangenen 17 Jahren, die Folgen der tschechoslowakischen Kultur- und Schulpolitik, der Bodenreform und des Staatsverteidigungsgesetzes vom vergangenen Jahr. Henlein schlussfolgert, dass es infolge des Staatsverteidigungsgesetzes und der damit über die Sudetengebiete errichteten Militärherrschaft „realpolitisch sinnlos geworden [sei], für eine Autonomie des sudetendeutschen Gebietes einzutreten". In der zweiten Hälfte des Berichts vollzieht Henlein seine persönliche Wende vom deutschen Patrioten in der Tschechoslowakei zum Nationalsozialisten. Er erklärt - nicht wahrheitsgemäß -, dass seine sudetendeutsche Bewegung von Anfang an nationalsozialistisch gewesen sei. Sie habe sich, den harten Realitäten folgend, aber ideologisch tarnen und zur Tschechoslowakei bekennen müssen. Auf den zwei Seiten, die er diesem Thema widmet, heißt es an einer Stelle:

> „Die Sudetendeutsche Partei ist heute nationalsozialistisch ausgerichtet und in einer umfassenden einheitlichen, führungsmäßig [Anm. d. Verf.: nach dem Führerprinzip] aufgebauten, nationalsozialistischen Partei organisiert."

Der Satz ist mehr als eine politische Verbeugung, er ist ein Kniefall.

Henleins zehn Seiten enden noch einmal mit der Bitte um eine „grundsätzliche Beratung zwischen der Reichsführung und der Volksgruppenführung über die Fortführung der Politik der SdP". Es folgt nicht einmal der Ansatz einer Bitte um eine deutsche Intervention. Allerdings bekennt sich Konrad Henlein nun zum

247 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 23

Nationalsozialismus. Das ist wohl auch sein letzter Strohhalm, nachdem ihm Benes und Hodza nicht entgegenkommen wollten, nachdem Vansittarts Hilfe ausgeblieben ist und nachdem der Völkerbund als Minderheitenschutzmacht bis zum Schluss passiv geblieben ist.

## Ein vergeblicher Versuch der sudetendeutschen Sozialdemokraten

Inzwischen haben sich die politischen Gewichte bei den Sudetendeutschen eindeutig zu Henlein und seiner SdP verlagert. Die Aufmerksamkeit, die Henlein zuerst in England und dann im Deutschen Reich zuteil geworden ist, und die Härte seines Verhandlungsstils mit den Tschechen lassen die erfolglosen aktivistischen Parteien in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Ein kleiner Teil der Deutschen, voran die Sozialdemokraten und die Kommunisten, wollen die Hinwendung zum nationalsozialistischen Deutschland für sich nicht mitvollziehen. So versucht der Sprecher der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Wenzel Jaksch selbst, ausländische Politiker für das Los der deutschen Minderheit zu interessieren und mit dem Druck des Auslands die Prager Regierung doch noch zu bewegen, den Deutschen Zugeständnisse zu machen. Jaksch reist mit einer kleinen Mannschaft 1937 zuerst in die Schweiz, dann über Frankreich, wo er immerhin von Ministerpräsident Leon Blum empfangen wird, nach England. Dort kommt es zu einer Reihe von Gesprächen mit und Vorträgen vor Abgeordneten und Journalisten, doch Jaksch findet keinen Zugang zu den großen Trägern der politischen Verantwortung.[248] Im Ausland interessiert sich noch niemand von Bedeutung wirklich für die Lage der sudetendeutschen Minderheit. So ist auch Jakschs Versuch gescheitert, das Los der Deutschen in der Tschechoslowakei erträglicher zu machen und ihnen damit eine Perspektive auf mehr Anerkennung und mehr Selbstständigkeit innerhalb der Tschechoslowakei zu geben. Jaksch gelingt es mit der Reise nicht, in den Augen der Mehrheit der Sudetendeutschen politisch Punkte gegenüber Henlein wett zu machen.

## Etwas Rätselhaftes aus der Aktenlage

An dieser Stelle sei noch etwas Rätselhaftes aus der Aktenlage eingefügt. Die Originalakten zu den Geschehnissen in der Tschechoslowakei von 1937 im Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin enthalten zwischen anderen Berichten über Sudetendeutsche und Slowaken ein Schriftstück, das dort nach dem Datum

248 Wanka, S. 37 ff.

scheinbar hingehört. Das Schreiben, datiert auf den 3. März 1937 und ausgefertigt in Berlin, berichtet, dass Karl Hermann Frank, der stellvertretende Vorsitzende der SdP und damit Henleins Stellvertreter, am Vortag zum Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, beordert worden sei. Himmler habe ihm befohlen, sofort 25.000 sudetendeutsche Knechte und 40.000 Mägde als Arbeitskräfte nach Deutschland umzusiedeln. Auf den Einwand Franks, die Tschechoslowakei sei ein souveräner Staat, und eine solche Umsiedlung sei deshalb nicht zu machen, habe Himmler erwidert, dass die „Sudetendeutschen ja im Übrigen in nicht allzu ferner Zeit sowieso zum Reich“ kämen. Das Schreiben schließt mit der Bitte um eine Stellungnahme des Reichsaußenministers.[249]

Der bemerkenswerte Satz in diesem Text ist, dass „die Sudetendeutschen ja [...] in nicht allzu ferner Zeit sowieso zum Reich“ kämen.

Der Satz wirkt als Beweis dafür, dass der spätere Anschluss der Sudetenlande in Berlin schon Anfang 1937 eine beschlossene Sache gewesen sei. Die Spur, die hier gelegt wird, ist falsch und das Schreiben eine schlecht gemachte Fälschung. Alle Papiere in diesem Aktenordner sind bräunlich und vergilbt. Das fragliche Blatt ist schneeweiß und hat ein Wasserzeichen, das sonst nirgends in den Akten auftaucht. Das Schreiben weist weder einen Briefkopf mit dem Verfasser auf noch eine Unterschrift. So ist seine Echtheit auch kaum zu überprüfen. Einige Zeilen des Textes sind von Hand rot unterstrichen, als wäre das Schreiben vom Empfänger gelesen und bearbeitet worden, doch die beim Lesen üblicherweise angebrachte Paraphe fehlt. Auch eine Antwort oder Stellungnahme des Ministers ist im Ordner nicht zu finden. Selbst der Inhalt dieses Schreibens ist in sich nicht stimmig. Ende Februar 1937 gibt es in Deutschland noch immer über 1,5 Millionen Arbeitssuchende[250] und fast 63.000 arbeitslose Landarbeiter.[251] Selbst von den fast 63.000 beschäftigungslosen Landarbeitern im Januar 1937 sind zu Jahresende noch immer über 34.000 arbeitslos. Ein Dauerzuzug von 65.000 Arbeitskräften aus dem Ausland wäre 1937 kontraproduktiv gewesen. Stattdessen verhandelt das Auswärtige Amt wenig später tatsächlich mit der Tschechoslowakei um 3000 Saisonarbeitskräfte. Der Erfinder dieses Schreibens hat die wirtschaftliche Lage zu der Zeit nicht richtig recherchiert, aber wohl gewusst, dass der Bedarf an Landarbeitern wieder zunahm. So hat der Verfasser die falsche „Botschaft“, dass die Deutschen schon im März 1937 die Absicht hatten, der Tschechoslowakei die Sudetenlande abzunehmen, in das Thema „Arbeitskräfte“ eingepackt. Er hat als Überbringer den Reichsführer der SS gewählt, dem ohnehin ein jeder alles

249 PAAA, R 103654, Blatt 068
250 Reichsarbeitsblatt Arbeitsministerium 1937, Teil II, S. 141
251 Statistisches Jahrbuch DR, 1938, S. 371

zutraut. Aber Himmler war zu dieser Zeit dienstlich weder mit Wirtschaftsfragen noch mit den Problemen der Ausländsdeutschen befasst. Als Absicht des Erfinders dieser „Botschaft“ kann vermutet werden, ein frühes Indiz für deutsche Kriegsschuld in die Originalakten des Jahres 1937 zu platzieren. Diese Akten befanden sich während des Nürnberger Prozesses in amerikanischem und danach bis 1956 in englischem Gewahrsam.

## Das Ende der tschechoslowakischen Sicherheit

Im Laufe des Jahres 1937 überschreitet die Tschechoslowakei den Gipfel ihrer relativen Sicherheit. Bisher hatte die Militärmacht des Staates die innere Zerrissenheit der Bevölkerung noch immer ausgeglichen. Bei einer Kriegsstärke der tschechoslowakischen Armee von 1.453.000 Mann[252] mit 42 Heeresdivisionen[253] und rund 1500 Militärflugzeugen, dazu den Bündnissen mit der Sowjetunion und Frankreich musste die Prager Führung nicht befürchten, dass Deutschland, Ungarn oder Polen zugunsten „ihrer“ Minderheiten in der Tschechoslowakei militärisch Druck ausüben würden. Doch nun beginnt der Ausgleich der inneren Spannungen durch die äußere Sicherheit aus den Fugen zu geraten. Die Sudetendeutschen wenden sich dem Deutschen Reich zu. Die Staatsverdrossenheit der Slowaken nimmt weiter zu. Die Bündnisbegeisterung der Siegermächte gegenüber den Tschechen schwindet. Die militärische Stärke der deutschen Wehrmacht wächst, und Hitler greift gegen Jahresende die Tschechei- und die Sudetenfrage auf.

Der Umschwung zeichnet sich zuerst in England ab. Die Massenmedien entziehen den Tschechen und Slowaken ihre Sympathien. Lord Rothermere, Besitzer vieler Zeitungen auf der Insel, schreibt am 12. Februar in der ihm eigenen *Daily Mail:*

> „Der grobe Fehler, das synthetische und unechte Staatengebilde .Tschechoslowakei' zu schaffen, kann Europa leicht einen neuen Krieg kosten. [...] Diese beiden Gruppen von Ausländern [Anm. d. Verf.: Deutsche und Ungarn] werden seitdem in der Tschechoslowakei als Gefangene gehalten. [...] Als Gefangene eines wegen seiner kleinlichen Niederträchtigkeit bekannten Volkes sind sie den kaltblütigsten Enteignungen und Bedrückungen unterworfen. [...] Die Drachenzähne, die die Tschechen gesät haben, gehen überall um sie herum zu einer Ernte der tödlichen Gefahr auf.“

252 Zückert, S. 287, bezieht sich auf Srämek: Ceskoslovenskä armäda, S. 66 f.
253 Michaelis, S. 107

Dem Medienecho folgt auch bald die außenpolitische Ernüchterung für die tschechoslowakische Regierung. Im Mai 1937 reist Ministerpräsident Hodza nach London zu den Krönungsfeierlichkeiten König Georgs VI. Die tschechoslowakischen Regierungen hatten sich bisher stets bemüht, England in ihr Bündnissystem einzubeziehen und als Garantiemacht zu gewinnen. Schließlich war Großbritannien einer der Schöpfer und Paten ihres neuen Staats gewesen. So versucht Hodza wohl auch dieses Mal, seinen Londonaufenthalt dazu zu nutzen, England als Garantiemacht zu verpflichten. Der Versuch schlägt offensichtlich fehl. Hodza gesteht das indirekt in einem Interview mit der *Morning Post* ein, als er äußert, dass die tschechoslowakische Regierung das Bemühen aufgibt, die bisher angestrebte Garantie der Briten zu erhalten. Auch sonst enthält das Hodza-Interview ein paar ganz aufschlussreiche Punkte. Der Ministerpräsident hält eine Besserung der tschechisch-ungarischen Beziehungen wegen der ungarischen Gebietsansprüche für nicht möglich, und das Deutsche Reich beschuldigt er, Interventionspläne hinsichtlich der Tschechoslowakei zu hegen.[254] Das äußert er - so sei hier angemerkt - sechs Monate bevor Hitler selbst erstmals von solchen Überlegungen spricht. Tags darauf dementiert das tschechoslowakische Pressebüro in Prag den Text des Hodza-Interviews, doch der Vorwurf gegen Deutschland bleibt im Raum stehen.

In Deutschland erwägt zur Zeit des Hodza-Interviews im Mai noch niemand ernstlich und konkret eine Intervention in der Tschechoslowakei. Noch sechs Wochen später erlässt der Oberbefehlshaber der Wehrmacht eine neue Grundsatzweisung für die Kriegsvorbereitungen der Streitkräfte, in der man nicht den geringsten Anhalt für eine solche Absicht finden kann.[255] Darin heißt es unter Ziffer 1):

> „1. Die allgemeine politische Lage berechtigt zu der Vermutung, daß Deutschland mit keinem Angriff von irgendeiner Seite zu rechnen hat. [...]
>
> Ebensowenig besteht vonseiten Deutschlands die Absicht, einen europäischen Krieg zu entfesseln."

Im Teil zwei der Weisung stehen Ausführungen zu „Wahrscheinliche Kriegsfälle":

> „1.) Im Westen ist Frankreich der Gegner. [...]
>
> Die Kriegseröffnung wird sich voraussichtlich durch einen überfallartigen Angriff des franz. Heeres und der franz. Luftwaffe auf Deutschland und durch Teilaktionen

254 Hodza-Interview, das am 12.5.1937 in der *Morning Post* erscheint

255 Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht vom 24.4.1937, siehe IMT, Akten, Band XXXIV, Dok. 175 C

> der franz. Flotte abspielen. Im Osten kann mit der vorläufigen Zurückhaltung der Tschechei gerechnet werden, sofern sie nicht unter dem politischen Druck Rußlands zu vorzeitigem Handeln, vor allem mit ihrer durch Rußland verstärkten Luftwaffe gezwungen wird.“

## Das „Hoßbach-Protokoll“ und der „Fall Grün“

Im Mai 1937, als Hodza das Deutsche Reich beschuldigt, eine Invasion der Tschechoslowakei zu planen, gibt es in Deutschland keine solche Absicht. Am 5. November 1937 kommt es dann zu einer Änderung der deutschen Außenpolitik in dieser Richtung. Das Datum beruht dabei offensichtlich nur auf einem Zufall. Kriegsminister von Blomberg hat Hitler an diesem Tag zusammen mit den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile[256] und Außenminister von Neurath zu einer Konferenz über dringende Rüstungs- und Rohstofffragen gebeten. Hitler nutzt die Gelegenheit, den Herren seine außenpolitischen und militärischen Ansichten über die Entwicklung Europas in der Zukunft in einem langen Monologe vorzutragen. Diese Einlassungen Hitlers werden von seinem Adjutanten, Oberst i.G. Hoßbach, fünf Tage nach der Konferenz aus dem Gedächtnis aufgeschrieben. So bildet dieses **„Hoßbach-Protokoll“** die erste schriftliche Bekundung der Absicht Hitlers, die Tschechei in nicht allzu ferner Zukunft anzugreifen. Wohlgemerkt, Hitler spricht bei der Besprechung stets von der Tschechei. Die Zukunft der Slowakei und der Karpato-Ukraine beschäftigt ihn jetzt und später offensichtlich kaum. Hitlers Ausführungen kreisen um den steigenden Bedarf an „Lebensraum“ für die rasch wachsende eigene Bevölkerung. Er gibt unzweifelhaft zu verstehen, dass er gewillt ist, dazu gegebenenfalls selbst einen Krieg zu beginnen und Österreich und die Tschechei dem Deutschen Reich einzuverleiben. Der Lebensraumgedanke greift ansonsten bei dieser Konferenz nicht über Österreich und die Tschechei hinaus.

Hitlers Kriegsbereitschaft erschreckt - Hoßbachs Niederschrift zufolge - den Minister und die Generale. Was sie jedoch vermutlich nicht besonders stört, ist Hitlers Wille, Grenzen zu verändern. Das ist zu der Zeit in Europa nichts Besonderes. In diesen Jahren hat England Forderungen an Irland, Spanien an Italien, Italien an Frankreich, Polen und Ungarn an die Tschechoslowakei, Litauen und Russland an Polen, Russland und Bulgarien an Rumänien, Jugoslawien und Ungarn an Österreich und Norwegen an Dänemark. Grenzverläufe und -gebiete sind in den Dreißigerjahren in Europa kaum jemandem heilig. Was Österreich und

256 Heer, Luftwaffe und Marine

den deutsch besiedelten Teil der Tschechoslowakei betrifft, wäre ein Anschluss an das Deutsche Reich nur ein Vollzug des Selbstbestimmungsrechtes der Betroffenen. Die Volksvertreter in Österreich und in den Sudetengebieten hatten ja 1918 in der Wiener Nationalversammlung selbst beschlossen, sich Deutschland anzuschließen.

Was die Tschechoslowakei betrifft, so beendet Hitler seine Ausführungen mit der Beschreibung zweier Möglichkeiten. Für den Fall - so sagt er -, dass ein von ihm erwarteter Krieg der Italiener, Spanier und Franzosen um ihre gegenseitigen Gebietsforderungen zu einer Mobilmachung der anderen Staaten in Europa führt, wolle er „diese sich nur einmal bietende günstige Gelegenheit für einen Feldzug gegen die Tschechei nutzen“. Für den Fall aber, dass sich die anderen Staaten aus einem Krieg der Mittelmeerländer heraushalten, wolle er das auch. Ansonsten steht im Hoßbach-Protokoll, dass Hitler bei einer Annexion Österreichs und der Tschechei mit einem Zugewinn an Nahrungsmitteln für fünf bis sechs Millionen Menschen rechne, wenn er dem die „zwangsweise Emigration“ von zwei Millionen Menschen aus der Tschechei und einer Million aus Österreich zugrunde lege. Damit endet das berühmte Hoßbach-Protokoll. Konkrete Planungen für einen Feldzug gegen die Tschechoslowakei werden an diesem Tage nicht besprochen und auch nicht befohlen.

Während der beschriebenen Konferenz argumentieren der Außenminister, der Kriegsminister und der Oberbefehlshaber des Heeres gegen Hitlers Absichten in Bezug auf die Tschechei, doch ohne Hitler umzustimmen. Außenminister von Neurath nimmt daraufhin bald seinen Abschied. Kriegsminister von Blomberg und Generaloberst Freiherr von Fritsch werden einige Zeit später aus anderen Gründen aus dem aktiven Dienst entlassen. Von dieser geheimen Hitler-Rede hat Henlein jetzt und wird er auch später nichts erfahren. Er wird erst ab dem 20. Februar des folgenden Jahres nach einer öffentlichen Reichstagsrede Hitlers wissen, dass er in Zukunft mit der Unterstützung der deutschen Reichsregierung rechnen kann. Doch seit jener Konferenz vom 5. November 1937, deren Inhalt Oberst i. G. Hoßbach später zu Papier gebracht hat, stehen düstere Wolken über der Tschechei. Ab jetzt greifen der innere Zerfall und die äußere Bedrohung gefährlich ineinander.

Hitler spielt seit der Generalsbesprechung vom 5. November 1937 insgeheim ein Doppelspiel. Während er sich gegenüber Henlein weiterhin bedeckt hält, ändert er im Dezember 1937 die Weisungslage innerhalb der Wehrmacht. Er ordnet erstmals an, Pläne für eine spätere Eroberung der Tschechei „und damit die Lösung des deutschen Raumproblems“ zu erarbeiten. Am 7. Dezember weist Hitler den Oberbefehlshaber der Wehrmacht an, die schon erwähnte Weisung

für die Kriegsvorbereitungen vom April mit einem Nachtrag zu versehen und in Bezug auf die Tschechoslowakei zu erweitern.[257]

Es heißt nun in ihren Ziffern 1, 3 und 4:

> „1.) Die Weiterentwicklung der außenpolitischen Lage läßt den Fall „Rot“ in seiner Wahrscheinlichkeit immer mehr gegen den Fall „Grün“ zurücktreten.“

Hierbei bedeutet „Rot“ Krieg mit Frankreich und „Grün“ mit der Tschechoslowakei.

> „3.) Die politischen Voraussetzungen für die Auslösung des Falles ‚Grün‘ haben sich nach den Weisungen des Führers und Reichskanzlers geändert, die Ziele eines derartigen Krieges erweitert.
>
> 4.) Ich verbiete jedoch alle Maßnahmen, die geeignet sind, bei Stäben und Truppe die Vermutung auszulösen, als ob schon im Jahre 1938 mit einem Kriege zu rechnen sei.“

Der Oberbefehlshaber, zugleich der Kriegsminister, rechnet also nicht damit, dass die Auseinandersetzung um die Tschechoslowakei schon im nächsten Jahr beginnen könnte. Auch Hitler rechnet offensichtlich nicht im Ernst damit, dass die Sudetenfrage schon 1938 eskaliert. Die Details zu dieser neuen Weisung folgen in einer Anlage 1 vom gleichen Datum mit dem Titel „Aufmarsch Grün“. Die entscheidenden Passagen hieraus lauten:

> „1.) Hat Deutschland seine volle Kriegsbereitschaft auf allen Gebieten erreicht, so wird die militärische Voraussetzung geschaffen sein, einen Angriffskrieg gegen die Tschechoslowakei und damit die Lösung des deutschen Raumproblems auch dann zu einem siegreichen Ende zu führen, wenn die eine oder andere Großmacht gegen uns eingreift. [...]
>
> Entwickelt sich die politische Lage nicht oder nur langsam zu unseren Gunsten, so wird damit auch die Auslösung des Falles,Grün’ von unserer Seite her noch um Jahre hinausgeschoben werden müssen. [...]
>
> 2.) Das Kriegsziel im Falle ‚Grün‘ ist stets die rasche Inbesitznahme von Böhmen und Mähren unter gleichzeitiger Lösung der österreichischen Frage im Sinne der Einbeziehung Österreichs in das Deutsche Reich.“

Mit diesem Befehl ist Hitlers Wille manifest, die Tschechei zu annektieren. Eine moralische Rechtfertigung, zum Beispiel die Befreiung der Sudetendeutschen,

257 ADAP, Serie D, Band VII, S. 547, Anlage 1 zur entsprechenden Weisung vom 7.12.1937

lässt die Weisung nicht erkennen, stattdessen eine politische Begründung. Die Weisung spricht von einem Angriffskrieg, der die „Lösung des deutschen Raumproblems [...] zu einem siegreichen Ende führen“ soll. Hier wird noch einmal die Annexion der Tschechei und der Anschluss Österreichs als die Lösung des deutschen Raumproblems bezeichnet, so wie es Adolf Hitler schon bei der Konferenz getan hat, die wir von Hoßbachs Protokoll her kennen.

Bislang war ein Krieg mit der Tschechoslowakei von der Wehrmacht nur im Zusammenhang mit möglichen Kriegsabsichten der Franzosen und der Sowjets betrachtet und vorbereitet worden. Nach den französisch-sowjetisch-tschechischen Militärbündnissen von 1935 war ein Angriff Frankreichs und der Sowjetunion unter Nutzung der Tschechoslowakei gegen Deutschland - aus deutscher Sicht - nicht mehr gänzlich unwahrscheinlich. Also richtete sich die Wehrmacht auf diesen negativen Fall ein und untersuchte in ihren jährlichen Studien und Generalstabsreisen die Möglichkeiten, zuerst die Tschechoslowakei als schwächsten der drei Gegner angriffsweise aus dem Feld zu schlagen, um sich als nächstes der Abwehr der Franzosen zuzuwenden. So hat sich die Wehrmachtsführung schon ab 1935 mit den Angriffsmöglichkeiten gegen die Tschechoslowakei beschäftigt. Mit Hitlers neuer Weisung vom 21. Dezember 1937 wird die Tschechoslowakei jedoch zum eigenen Kriegs- und Eroberungsziel. Jetzt geht es auch nicht mehr alleine um die „Heimkehr“ der Sudetendeutschen. Nun steht die Tschechei als Erweiterung des deutschen Lebensraums und als militärisch dauerhaftes Risiko für Deutschlands Sicherheit auf Hitlers Tagesordnung. Die neue Weisung lässt den Zeitpunkt für einen deutschen Angriff jedoch offen, wie der Anlage 1 - oben zitiert - zu entnehmen ist.

Eine solche Weisung für einen **Aufmarsch** ist ja auch erst der vorletzte Planungsschritt für einen Angriffskrieg. Ein Aufmarsch ist die Verlegung der Truppen auf einen „Kriegsschauplatz“. Der letzte Schritt ist dann die eigentliche Weisung für den **Angriff.** Diese Weisung wird Hitler erst am 21. April 1938 geben.

Hier sei noch ein Gedanke angefügt, der diesem Zeitabschnitt sehr weit vorausgreift. Außenminister von Neurath und die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile, die an der Konferenz mit Hitler teilgenommen und die Weisungen von 1937 bis 1939 empfangen und gelesen hatten, werden sich neun Jahre später genau hierauf berufen, als sie sich im Nürnberger Prozess wegen der Planung eines Angriffskrieges zur Eroberung von Lebensraum in der Sowjetunion rechtfertigen sollen. Alle verweisen darauf, dass Hitler mit „Lebensraum“ ihrer Ansicht nach nur Österreich und die Tschechoslowakei gemeint habe, weil er es so formuliert hatte.

## Sonderbotschafter Halifax bei Reichskanzler Hitler

Zurück zum Winter 1937/38 und zum Geschehen außerhalb der Tschechoslowakei. Der englische Premierminister Chamberlain, seit einem halben Jahr im Amt, entsendet Sonderbotschafter Lord Halifax nach Deutschland, um Hitlers Absichten zu sondieren und dazu beizutragen, Großbritanniens Einfluss auf die kontinentalen Entwicklungen zu wahren, insbesondere soweit sie die sich anbahnenden Ereignisse betreffen.[258] Halifax befragt den deutschen Kanzler nach seinen Plänen in Bezug auf den Völkerbund und auf die Chancen für Rüstungsbegrenzungen in Europa. Er wirbt dabei um eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen England, Deutschland, Frankreich und Italien. Das Gespräch berührt schließlich auch die Erbschaft des Versailler Vertrages, die Abspaltung Danzigs, das Vereinigungsverbot mit Österreich und das weitere Schicksal der drei Millionen Deutschen unter tschechoslowakischer Herrschaft. Halifax bezeichnet diese drei offenen deutschen Wunden etwas verklausuliert als Fragen, die im Zuge einer Änderung der europäischen Ordnung früher oder später gelöst würden. „England sei nur daran interessiert, dass diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden." Hitler entgegnet, als das Thema noch einmal aufgegriffen wird:

> „Mit der Tschechoslowakei [...] würde sich ebenfalls bei vernünftiger Einstellung eine Regelung treffen lassen. [...] Die Tschechoslowakei habe es selbst in der Hand, die bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Sie brauche nur die in ihren Grenzen wohnenden Deutschen gut zu behandeln, dann würden sie durchaus zufrieden sein.“[259]

Während Halifax zum Ausdruck bringt, dass die englische Regierung befürchtet, die „Behandlung solcher Angelegenheiten“ könnte „Ärger verursachen“, vertritt Hitler die Auffassung, dass es zwei Wege gebe, die strittigen Verhältnisse zu ändern, „das freie Spiel der Kräfte oder Lösungen durch Vernunft.“ Chamberlain hat hier übermitteln lassen, dass England Änderungen der Versailler Erbschaft nur in Abstimmung mit sich und mit Italien und Frankreich sehen möchte. Hitler hat verschlüsselt, aber dennoch deutlich mitgeteilt, dass es solche Änderungen entweder auf dem Wege der Einigung gebe oder mit Krieg. Zu Ende des Gesprächs regt Lord Halifax die baldige Fortsetzung solcher deutsch-britischer Gespräche an. Doch Hitler geht darauf nicht ein. Er meint, man sollte ruhig zwei bis drei Jahre warten, bis der Japan-China-Krieg im Fernen Osten und der

258 DBFP, 2nd Series, Volume XIX, Doc. 336 und ADAP, Serie D, Band I, Anlage zu Dok. 31
259 ADAP, Serie D, Band I, Anlage zu Dok. 31

Bürgerkrieg in Spanien beendet seien, und die internationale Atmosphäre sich beruhigt habe. Hitler, der hier die Chance hat, die offenen Fragen von den Kolonien über Danzig bis zur Zukunft der Sudetendeutschen am Verhandlungstisch zu lösen, wiegelt ab. Man kann ihm dafür zwei Motive unterstellen: erstens die Erfahrung, dass Deutschland seit 1918 am Verhandlungstisch noch niemals etwas von Bedeutung zugestanden worden ist, und zweitens die Erkenntnis, dass die Lage der Sudetendeutschen innerhalb der Tschechoslowakei für die möglichen Verhandlungspartner noch nicht zum brennenden Problem geworden ist. So lässt er die Probleme reifen und bereitet die Wehrmacht auf den Fall der Fälle vor.

## Das „Recht“, Krieg zu führen

Zu Ende des Jahres 1937 sei eine Frage angeschnitten, die hier nur im Ansatz eine Antwort finden kann und deshalb in der Endbetrachtung des Jahres 1939 noch einmal aufgegriffen werden muss. Die Frage lautet: „Mit welchem Recht plant Adolf Hitler einen Krieg gegen die Tschechoslowakei?“ Das Wort Recht ist schillernd. Es kann das Richtige bedeuten und ebenso das Billige, den Anspruch, die Befugnis, die Berechtigung und das Gesetz. Die Antwort soll hier keine der Bedeutungen ausblenden. Dass Hitlers Absicht, die Tschechoslowakei bei passender Gelegenheit anzugreifen und die Tschechei zu annektieren, von Außenminister von Neurath, von Kriegsminister von Blomberg und den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile bei der Konferenz am 5. November 1937 als nicht rechtens empfunden worden ist, ist schon erwähnt. Hitler gibt bei der Konferenz und danach in seiner Weisung nur den deutschen Bedarf an Lebensraum als Grund für seine Absicht an. Das Los der über drei Millionen Sudetendeutschen, die es zu befreien gilt, erwähnt er nicht. Er macht auch keine historischen Ansprüche geltend. Immerhin hat die Tschechei als Königreich Böhmen und Herzogtum Mähren rund tausend Jahre zum Deutschen Reich gehört. Hitler begründet den gewollten Angriffskrieg allein mit seiner Absicht, zusätzlichen Lebensraum für die rasch wachsende deutsche Bevölkerung zu schaffen.

Darf ein Staat mithilfe eines Angriffskriegs ein Nachbarland erobern oder auch nur einen Teil davon? Es hat zwar seit alters her in der christlichen Welt die subjektive Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen gegeben, dennoch war das Recht zum Kriege, das *jus ad bellum*, bis zum Ersten Weltkrieg ein allgemein anerkanntes und weltweit genutztes Recht der Staaten. Erst mit den furchtbaren Folgen des Ersten Weltkriegs und der Saturierung Frankreichs und Englands mit Land und Kolonien setzt in dieser Frage eine neue Rechtsauffassung ein. Die Gründung des Völkerbundes ist in diesem Sinn

der erste Versuch, Angriffskriege zu vermeiden. Am 16. Oktober 1925 schließen Frankreich, Belgien, Großbritannien, Italien, Polen, die Tschechoslowakei und Deutschland in **Locarno** in der Schweiz einen Pakt, der ein weiterer Schritt zur Ächtung von Angriffskriegen werden soll. Im Locarno-Pakt ermuntern sich die Unterzeichnerstaaten, „Verträge und Abkommen in Kraft zu setzen", die „eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeiführen" und „die in Artikel 8 der Völkerbundssatzung vorgesehene Entwaffnung beschleunigen". Diesem Vertrag von Locarno folgt bald der sogenannte **Rheinpakt,** der am 1. Dezember 1925 in London unterzeichnet wird. Im Artikel 1 des Rheinpakts garantieren sich Frankreich, Belgien und Deutschland die „Unverletzbarkeit" ihrer Grenzen. Artikel 2 lautet: „Deutschland und Belgien und ebenso Deutschland und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten". Der Pakt wird außer von den drei genannten Staaten auch von den zwei Garantiemächten Italien und England unterzeichnet. Auffallend beim Vergleich des Vertrages von Locarno und des Rheinpakts ist, dass die Tschechoslowakei und Polen ersteren unterzeichnen und beim zweiten ausgeschlossen werden. Großbritannien weigert sich 1925, auch die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei zu garantieren.[260] So gibt es 1937 auch kein Völkerrecht, das einen Angriffskrieg gegen die Tschechoslowakei verboten hätte.

Es bleibt noch etwas zum Pakt von Locarno nachzutragen. Die Tschechoslowakei ist zwar - wie Polen - nicht in den Schutz des Rheinpaktes mit einbezogen worden, doch Deutschland und die Tschechoslowakei schließen am 16. Oktober 1926 im Nachgang zu den Locarnoer Verhandlungen ein Schiedsabkommen, in dem sie sich verpflichten, etwa entstehende Streitigkeiten zwischen beiden Staaten friedlich und ohne Anwendung von Gewalt zu regeln. In Artikel 1 das Schiedsabkommens heißt es dazu:

> „Alle Streitfragen jeglicher Art zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, bei denen die Parteien untereinander über ein Recht im Streite sind und die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gütlich geregelt werden können, sollen in der nachstehend bestimmten Weise, sei es einem Schiedsgericht, sei es dem Ständigen Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet werden."[261]

Dieses Abkommen hätte bis zu diesem Punkt Deutschland und die Tschechoslowakei berechtigt oder verpflichtet, die Sudetenfrage vor ein internationales Schiedsgericht zu bringen. Da die in Locarno versammelten Siegermächte of-

260 Benoist-Mechin, Band II, S. 323
261 Handbuch der Verträge, S. 246 ff.

fensichtlich verhindern wollten, dass die mit den Verträgen von Versailles und Saint-Germain geschaffenen Grenz- und Gebietsregelungen durch Schiedsgerichte neu verhandelt und geregelt werden, hat man in den zitierten Artikel 1 des Schiedsabkommens eingefügt:

> „Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Streitfragen, die aus Tatsachen entsprungen sind, die zeitlich vor diesem Abkommen liegen.“

Der Streit um die Zugehörigkeit der Sudetengebiete zu Österreich oder zu der damals neu entstehenden Tschechoslowakei hat 1918/19 begonnen. Er unterliegt damit nach dem Schiedsabkommen von 1926 auch nicht der internationalen Gerichtsbarkeit.

Zwischen 1920 und 1937 hat eine Vielzahl von großen Angriffskriegen und kleinen gewaltsamen Annexionen in Osteuropa stattgefunden, die der Völkerbund geduldet hat, sodass sich das *jus ad bellum* in Europa per Gewohnheitsrecht wieder eingeschlichen hat. Ein Angriff des Deutschen Reiches gegen seinen Nachbarn Tschechoslowakei würde 1937 zwar von vielen anderen Staaten geächtet werden und von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht gut geheißen, aber er ist völkerrechtlich nicht verboten. Die moralische und politische Bewertung eines solchen Angriffs soll der Schlussbetrachtung des Jahres 1939 vorbehalten bleiben, des Jahres, in dem die Besetzung der Tschechei tatsächlich stattfindet.

# TEIL 7

# 1938 - DIE ALLERLETZTE CHANCE FÜR DIE TSCHECHOSLOWAKEI

# 1938 - DIE ALLERLETZTE CHANCE FÜR DIE TSCHECHOSLOWAKEI

## Die Lage bis zur ersten deutschen Einmischung

Zu Beginn des Jahres findet in Berlin ein Amtswechsel statt, der für den Fortgang der Geschichte von Bedeutung ist. Der bisherige deutsche Botschafter in London, Joachim von Ribbentrop, rückt zum Reichsaußenminister auf und löst damit Konstantin Freiherr von Neurath in diesem Amte ab. Von Neurath hatte das Auswärtige Amt seit 1932 mit Umsicht und mit Sachverstand geführt und oft versucht, Reichskanzler Hitler von außenpolitisch riskanten Schachzügen abzuhalten. Er gehörte auch zu denen, die nach der durch das Hoßbach-Protokoll bekannt gewordenen Generalsbesprechung versucht hatten, Hitler von seiner Absicht abzubringen, die Tschechei zu annektieren. Der neue Außenminister von Ribbentrop dagegen wird Hitler meist bei seiner aggressiven Außenpolitik bestärken. Die sich in diesem Jahr zusammenbrauende tschechoslowakisch-sudetendeutsche Krise wird bald zu einer englisch-deutschen Krise werden. In dieser Lage wird sich Hitler gern auf den Rat seines neuen London-erfahrenen Außenministers verlassen. Doch von Ribbentrop hat die englische „Seele“ offensichtlich nicht verstanden.

Auch das Jahr 1938 beginnt wieder mit dem alten Grundsatzstreit der Tschechen und Sudetendeutschen. Die Tschechen bieten den Sudetendeutschen einen Anteil an Ämtern, Arbeitsplätzen, Staatsaufträgen und Funktionen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil an, Versprechen, die jahrelang vage angekündigt und nicht eingehalten worden sind. Die Deutschen um Konrad Henlein bleiben bei ihren Forderungen nach Anerkennung als Volksgruppe und nach Autonomiestatus für das sudetendeutsche Staatsvolk innerhalb der Tschechoslowakei. Am 8. Februar versuchen Staatspräsident Benes und Ministerpräsident Hodza noch einmal, die Forderung nach deutscher Selbstverwaltung mit Zugeständnissen zu umgehen. Sie erneuern ihr Angebot zur Zusammenarbeit und teilen allen deutschen Parteiführern mit, dass sie mit Konzessionen in sprachlichen und kulturellen Belangen rechnen könnten.[262] Sie sagen aber auch in aller Klarheit, und das recht polemisch, dass sie das Nationalitätenprinzip oder eine Autonomie niemals anerkennen werden. Die Sudetendeutsche Partei lehnt dieses neuerliche Angebot ab, da es nur die alte Position der Tschechen wiederholt, und die Zugeständnisse nichts

262 Benoist-Mechin, Band VI, S. 71

anderes als die Gewährung verfassungsmäßig garantierter Minderheitenrechte sind. Die Antwort ist so scharf wie die vorausgehende Ablehnung der Autonomie. Jetzt schaltet sich der Generalsekretär der tschechischen Agrarierpartei Rudolf Beran[263] mit einem offenen Brief ein und fordert „eine verständnisvollere Haltung der tschechoslowakischen Staatsführung gegenüber der Sudetendeutschen Partei“. Das aber bringt die tschechischen Sozialdemokraten in Harnisch, sodass am Ende dieses Benes-Hodza-Angebots sowohl die größten tschechischen Parteien untereinander als auch die Deutschen und die Tschechen uneins und zerstritten sind. Ob der erneuten Abfuhr der sudetendeutschen Forderungen kommt es in Aussig, Eger, Reichenberg und Komotau zu spontanen Demonstrationen, auf denen die Sudetendeutschen nicht nur eigene Selbstverwaltungen verlangen, sondern auch gegen die große Arbeitslosigkeit und das damit verbundene Elend protestieren.

Die Lage eskaliert. Erst treibt tschechische Polizei die deutschen Demonstranten mit Knüppeln auseinander und verletzt dabei zwei Dutzend Menschen. Dann folgen Hausdurchsuchungen, man findet Waffen. Die Besitzer illegaler Waffen werden verhaftet, vor Gericht gestellt und beschuldigt, einen Angriff gegen die Sicherheit des Staats geplant zu haben. Die Entwicklung gleitet auch Konrad Henlein aus der Hand. Dieser wendet sich daraufhin am 19. Februar an den reichsdeutschen Gesandten Dr. Ernst Eisenlohr in Prag, um ihn um Rat zu fragen. Er will, ehe er weitere Schritte unternimmt, die Absichten der deutschen Reichsregierung in Erfahrung bringen. Am Tag darauf erfährt Henlein diese Absicht allerdings schon auf direktem Wege. Am Sonntag, dem 20. Februar hält Hitler vor dem Reichstag eine Rede, in der er auf das Schicksal der Sudetendeutschen eingeht, ohne sie jedoch namentlich zu nennen. Nach einem Lob für den Neutralitätskurs mancher Staaten führt Hitler aus:

> „Wir sehen aber umgekehrt auch die schmerzlichen Folgen der durch den Versailler Wahnsinnsakt durcheinandergebrachten europäischen Landkarte. [...] Allein zwei der an unseren Grenzen liegenden Staaten umschließen eine Masse von über 10 Millionen Deutschen. [...] Sie sind gegen ihren eigenen Willen durch die Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Reiche verhindert worden. Dies ist an sich schmerzlich genug. [...] Die staatsrechtliche Trennung vom Reich kann nicht zu einer volkspolitischen Rechtlosmachung führen, d. h. die allgemeinen Rechte einer völkischen Selbstbestimmung, die übrigens in den 14 Punkten Wilsons als Voraussetzung zum Waffenstillstand feierlich uns zugesichert worden sind, können nicht einfach mißachtet werden deshalb, weil es sich hier um Deutsche handelt.

263 Beran ist von der Abtretung der Sudetenlande bis zum Zerfall der Tschechoslowakei tschechoslowakischer Ministerpräsident.

> Wir wissen genau, daß es eine alle befriedigende Grenzziehung in Europa kaum gibt. Allein um so wichtiger wäre es, unnötige Quälereien von nationalen Minoritäten zu vermeiden, um nicht zum Leid des politischen Getrenntseins auch noch das Leid der Verfolgung [...] hinzuzufügen. [...] Es soll nicht bestritten werden, daß solange Deutschland selbst ohnmächtig und wehrlos war, es viele der fortgesetzten Verfolgungen der deutschen Menschen an unseren Grenzen einfach hinnehmen mußte. Allein wie England seine Interessen über einen ganzen Erdkreis hin vertritt, so wird auch das heutige Deutschland seine wenn auch so viel begrenzteren Interessen zu vertreten und zu wahren wissen. Und zu diesen Interessen des Deutschen Reiches gehört auch der Schutz jener deutschen Volksgenossen, die aus Eigenem nicht in der Lage sind, sich an unseren Grenzen das Rechts einer allgemeinen menschlichen, politischen und weltanschaulichen Freiheit zu sichern.“[264]

Bei den erwähnten 10 Millionen Ausländsdeutschen weiß jedermann im Inland und im Ausland, dass Hitler außer den 6 Millionen Deutsch-Österreichern auch die über 3 Millionen Sudetendeutschen meint. Die Hitler-Rede erfährt je nach Standpunkt recht unterschiedliche Bewertungen; negative natürlich aus der Tschechoslowakei. Vier Tage nach der Rede kommentiert sie Außenminister Krofta noch ziemlich moderat:

> „Wir bestehen darauf, daß wir mit Deutschland nicht über unsere Staatsangehörigen verhandeln können, auch wenn sie deutscher Nationalität sind. [...] Deutschland hat bisher niemals solche Forderungen gestellt, und erst in der letzten Zeit hat die deutsche diplomatische Korrespondenz einige Male angedeutet, daß das gute Verhältnis Deutschlands zur Tschechoslowakei von der Lage unserer deutschen Minderheit abhängt. Nun eignet sich Hitler das Recht des Eingreifens in der Minderheitenfrage an.“[265]

Staatspräsident Benes ist diese Erwiderung zu schwach. Er erklärt einem Korrespondenten der *Sunday Times:*

> „Entschieden sprechen wir jedem Staat, welcher es auch sei, das Recht ab, sich in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei einzumischen. [...] Wir sind fest entschlossen, unsere demokratischen Ideale, die wir mit Paris, London und Washington teilen, ebenso wie die Unversehrtheit unseres Landes zu verteidigen, wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand.“[266]

Benes denkt offensichtlich eher daran, an die westlichen Demokratien zu appellieren und mit deren Hilfe einen Krieg um die Erhaltung des *Status quo* zu riskieren, als den Sudetendeutschen echte Zugeständnisse zu machen.

264 Domarus, Band I, S. 801 f.
265 Berber, Dok. 99
266 Erschienen in der *Sunday Times* vom 6. März 1938

Obwohl die Hitler-Rede einen deutlichen Seitenhieb gegen Großbritannien enthält, trifft der deutsche Kanzler mit seinem Eintreten für die Deutschen in der Tschechoslowakei durchaus auch auf Verständnis bei einem Teil der britischen Öffentlichkeit. So kommentiert der englische Medienzar Rothermere am 6. Mai 1938 in der *Daily Mail:*

> „Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, daß Großbritannien zwanzig Jahre lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.“

Hitler verlangt mit seiner Februar-Rede vor dem Reichstag noch keinen Anschluss. Er gießt kein Öl ins Feuer. Er fordert nur das Selbstbestimmungsrecht der Ausländsdeutschen und bezieht sich dabei sehr geschickt auf US-Präsident Wilsons frühere Versprechen.

Die Hitler-Rede zeigt in Prag auch durchaus eine positive Reaktion. Drei Tage nach der Rede sucht der deutsche Gesandte Dr. Ernst Eisenlohr den Ministerpräsidenten Hodza auf, um mit ihm über die Weiterentwicklung des sudetendeutschen Lebens in der Tschechoslowakei zu sprechen.[267] Es geht zunächst um ein paar konkrete Projekte aus Sport und Wirtschaft, dann aber um das Problem des fehlenden Vertrauens der Deutschen in ihren Staat, die Tschechoslowakei. Hodza äußert dazu kritisch, dass sich die tschechischen Beamten in Zukunft in den sudetendeutschen Gebieten nicht mehr so chauvinistisch gebärden dürften wie bisher und dass er inzwischen Weisung erteilt habe, fast alle deutschen Beamten in die Sudetengebiete zu versetzen. Eisenlohr empfiehlt ihm, unmittelbare Fühlung zu Henlein als Repräsentanten der größten sudetendeutschen Gruppierung aufzunehmen und einen regelmäßigen Gedankenaustausch und Kontakt mit der Sudetendeutschen Partei zu arrangieren. Ministerpräsident Hodza verspricht, den Gedanken zu erwägen. Dieses Gespräch zwischen Eisenlohr und Hodza wird einen Monat später - nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich - wieder aufgenommen, dann aber mit neuer Dringlichkeit.

Noch ein anderes Volk zeigt reges Interesse an einer Revision seiner Grenzen: die Polen. Im Frühjahr 1938 wird auch in Warschau über die Aufteilung der Tschechoslowakei zu eigenen Gunsten diskutiert.[268] Die polnische Regierung

267 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 61
268 Scheil, S. 144

ist dabei besonders an der Zukunft der Slowakei interessiert, die man in einer Föderation mit tschechischen Gebieten unter eigene Oberhoheit stellen möchte oder gegebenenfalls auch an Ungarn fallen lassen könnte. Die Karpato-Ukraine sollte dabei Ungarn zugeschlagen werden. Ziel Warschaus ist eine gemeinsame Landesgrenze Polens mit Ungarn und eine Ausdehnung der eigenen Einflusszone nach Südosteuropa. Am 23. Februar 1938 bespricht der polnische Außenminister Beck das tschechoslowakische Problem mit dem deutschen Reichstagspräsidenten Göring und meldet fürs Erste das polnische Interesse am tschechischen Teil des Industriegebiets von Teschen an. Beck gibt Göring zudem zu verstehen, dass die polnische Regierung darauf Wert legt, bei jedem deutschen Vorgehen gegenüber der Tschechoslowakei vorher konsultiert zu werden. Kurze Zeit darauf macht Beck einen weiteren Versuch, international für die Aufteilung der Tschechoslowakei zu werben. Während eines Staatsbesuchs des ungarischen Staatschefs Admiral Horthy in Warschau trägt Beck dem Ungarn seine Vorstellungen zur Zukunft der Slowakei unter ungarischer Herrschaft oder polnischer Verwaltung vor. Doch Horthy will davon nichts wissen.[269]

Das nächste außertschechische Ereignis soll hier mitbehandelt werden, obwohl es anscheinend die tschechisch-sudetendeutsche Problematik nicht berührt: der Anschluss Österreichs. Doch für Adolf Hitler und die tschechoslowakische Regierung hängen der Anschluss Österreichs und die spätere Annexion der Tschechei durchaus zusammen. Adolf Hitler erwähnt den Anschluss der Alpenrepublik und die Einverleibung der Tschechei in der durch das Hoßbach-Protokoll bekannt gewordenen Generalsbesprechung im November 1937 in einem Atemzug, um damit „Lebensraum“ und „Nahrungsmittel“ für die anwachsende deutsche Bevölkerung zu gewinnen - so seine damalige Begründung. Und die Tschechen werden das Trauma der „Revision“ nicht los, die Angst, dass Deutschland - sobald es sich vom Krieg erholt hat - den Willen der Österreicher und der Sudetendeutschen von 1918/19 in die Tat umsetzen und dazu Österreich und die Sudetengebiete mit Gewalt erobern wird. Der Anschluss Österreichs wird für die Tschechen zu einem Menetekel, zum unheilvollen Vorzeichen, dass die Sudetenlande bald den gleichen Weg einschlagen werden.

## Der Anschluss Österreichs

Im März 1938 verändert sich die strategische Lage der Tschechoslowakei von Grund auf. Der Nachbarstaat Österreich wird Deutschland angeschlossen, und

269 Scheil, S. 145

Litauen wird von Polen mit einer Kriegsdrohung erpresst, den polnischen Eroberungsgewinn des Wilnaer Gebiets von 1920 vertraglich als endgültig anzuerkennen. In keinem dieser beiden Fälle greifen die jeweiligen Garantiemächte helfend ein. Auch der Völkerbund lässt beides ohne Konsequenz geschehen. Damit wird für die tschechoslowakische Regierung erkennbar, dass auch sie kaum mit einer Waffenhilfe rechnen kann, falls es wegen der Sudetendeutschen zum Krieg mit Deutschland kommen sollte. Die Parallelen zwischen dem Österreich-Anschluss und einer eventuellen Annexion der deutsch besiedelten Randregionen der Tschechoslowakei sind auch für die Tschechen unverkennbar. Beide, Deutsch-Österreicher und Sudetendeutsche hatten sich 1919 für einen Anschluss an das Deutsche Reich entschieden. Beiden war der Anschluss durch ein Verbot der Siegermächte untersagt worden. Dann erst hatten die Deutschen in Österreich und in der Tschechoslowakei getrennte Wege gehen müssen. Die Sudetendeutschen hatten sich mangels einer Schutzmacht darauf verlegt, ihr Selbstbestimmungsrecht als Autonomie innerhalb der Tschechoslowakei anzustreben. Die Deutschen in Österreich waren durch eine Diktatur ab 1933 auf eine andere Spur geraten.

Die Deutsch-Österreicher hatten sich ihren Willen zur Vereinigung mit dem besiegten Deutschland 1918 in die Verfassung ihrer neuen Republik geschrieben, diesen Passus aber auf Zwang der Sieger wieder streichen müssen. Sie hatten den Anschluss an das Deutsche Reich dann in mehreren Volksabstimmungen in den Bundesländern bis 1921 mit je über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen eindrucksvoll verlangt, ihn in Parlamentsdebatten bis 1928 wiederholt gefordert und 1931 noch einmal über eine Zollunion mit Deutschland angestrebt. 1933 hatte es dann in Österreich einen Bruch gegeben, und damit war der „deutsche Weg“ der Alpenrepublik zunächst beendet.

1933 beginnt die sogenannte Dollfuß-Diktatur in Österreich mit dem Aussetzen aller weiteren Nationalrats-, Landtags- und Gemeindewahlen, gefolgt von dem Verbot der Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien, der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten. Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß herrscht von da an mit einem Einparteienregime, der Vaterländischen Front. Er lässt KZ einrichten.[270] Die ordentliche Strafjustiz löst sich vom Gesetzesrecht und wird als politisches Herrschaftsinstrument missbraucht.[271] Der Diktator Dollfuß geht auf Abstand zur anderen deutschen Diktatur, zum Dritten Reich, und lässt fortan alle österreichischen Anschlussbestrebungen an das Deutsche Reich durch die Strafjustiz verfolgen. Als Dollfuß 1934 einem

270 Anhaltelager genannt

271 Führer-Dokumentation, zusammengestellt von 25 österreichischen Anwälten

Attentat zum Opfer fällt, folgt ihm Dr. Kurt Schuschnigg im Amt nach. Auch unter Bundeskanzler Schuschnigg gibt es keine freien Wahlen, und auch er versucht, eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland zu verhindern. Im Sommer 1936 kommt es zu einem Wiederannäherungsversuch der beiden deutschen Staaten. In einem Abkommen vom 11. Juli 1936 vereinbaren beide Regierungen freundschaftliche Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich. Das Reich erkennt die „volle Souveränität des Bundesstaates Österreich" an. Österreich bekennt sich ausdrücklich dazu, ein deutscher Staat zu sein. In einem Zusatz zum Abkommen[272] sichert Dr. Schuschnigg schriftlich zu, zukünftig Vertreter der sogenannten Nationalen Opposition zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen. Als die österreichische Regierung in den Monaten danach keine Ansätze dazu zeigt, dies Versprechen einzuhalten, wird das deutsch-österreichische Verhältnis wieder kalt.

In der Folgezeit lösen sich in Österreich pro- und antideutsche Demonstrationen des Bevölkerungswillens ab. Zudem ist die österreichische Diktatur außenpolitisch zunehmend isoliert, und ein Wirtschaftsaufschwung - wie in Deutschland - lässt in Österreich auf sich warten. Dazu kommt, dass sich die Diktatur in Österreich kaum von der in Deutschland unterscheidet, sodass letztere keinen Grund für die Österreicher darstellt, einen Anschluss abzulehnen. So wird der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich für die Bürger Österreichs wieder zu einer attraktiven Perspektive. Bundeskanzler Schuschnigg, der die außenpolitische Isolierung seines Landes spürt und den Drang weiter Bevölkerungskreise zu einem Anschluss kennt, reist am 12. Februar 1938 ein zweites Mal zu Hitler.

Hitlers Wunschvorstellung ist sicherlich gewesen, dass ein frei gewählter Nationalrat und eine österreichische Regierung kraft des Selbstbestimmungsrechts der Völker von sich aus den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich verkünden, den die Verfassungsväter Österreichs und der Nationalrat schon vor zwei Jahrzehnten fest beschlossen hatten. Doch Hitler ist inzwischen klar, dass es ohne Parlament und ohne Wahlen in Österreich keinen legalen Weg für einen Anschluss geben kann. Hitler drängt Schuschnigg deshalb bei dem Treffen am 12. Februar eine „Liste mit deutschen Vorschlägen für eine endgültige Regelung der österreichischen Frage" auf, die eine politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit beider Staaten vorsieht. Diese „Vorschläge" enden mit dem Ultimatum: „Der Bundeskanzler erklärt sich bereit, die vereinbarten Maßnahmen bis zum 18. Februar 1938 durchzuführen"[273], also in nur einer Woche.

272 ADAP, Serie C, Band V2, Dokument ohne eigene Nr., nach Dok. 446
273 ADAP, Serie D, Band I, Dok. 294 und 295

Jetzt tritt Bundeskanzler Schuschnigg die Flucht nach vorne an. Er glaubt, dass die Mehrheit der Bürger Österreichs für die Selbstständigkeit ihres Landes und gegen einen Anschluss ist. Er setzt ganz überraschend am 9. März eine Volksabstimmung für den 13. März an, ohne - wie es die Verfassung vorsieht - zuvor das Kabinett dazu zu konsultieren. Die Wahl wird von vielen Eigentümlichkeiten begleitet.[274] Es gibt keine aktuellen Wählerlisten mehr, da Wahlen seit 1933 generell verboten sind. Das Wahlalter wird auf 24 Jahre heraufgesetzt, vermutlich weil Dr. Schuschnigg fürchtet, dass besonders junge Wähler zu einem Anschluss an das Deutsche Reich tendieren. Wahlaufsicht und Stimmenauszählung werden allein der „Vaterländischen Front“, die den Anschluss ablehnt, übertragen. Es werden nur Stimmzettel gegen den Anschluss vorbereitet. Stimmzettel für den Anschluss müssen die Wähler selbst fertigen und zur Abstimmung mitbringen. Und als letztes legt Kanzler Schuschnigg fest, dass Angehörige des Öffentlichen Dienstes am Tage vor dem Wahltermin geschlossen unter der Aufsicht eines Vorgesetzten in ihren Behörden zur Wahl zu gehen und ihre Stimmen offen abzugeben haben.[275]

Nun regt sich Widerstand im Kabinett. Innenminister Seyß-Inquart erhebt noch am gleichen Tag, am 9. März Einspruch und verlangt vom Bundeskanzler, dass er sich an die Regeln der Verfassung hält und dass er die Volksabstimmung verschiebt, sodass sie ordnungsgemäß vorbereitet werden kann. Schuschnigg lehnt beide Forderungen ab. Nach einem weiteren vergeblichen Versuch am 10. März, Schuschnigg umzustimmen, schicken Minister Seyß-Inquart und andere Minister ein Ultimatum an den Bundeskanzler. Als Schuschnigg auch hierauf nicht nachgibt, wendet sich der Innenminister am 11. März telefonisch Rat suchend aus dem Bundeskanzleramt in Wien an das Reichskanzleramt in Berlin. Dort hat man die österreichischen Turbulenzen seit dem 9. März aufmerksam verfolgt und Schuschniggs Absicht, einen Anschluss Österreichs mithilfe einer getürkten Volksabstimmung für immer zu verhindern, längst durchschaut. Göring und Hitler raten Seyß-Inquart, den Bundeskanzler ultimativ zum Rücktritt aufzufordern, die Volksabstimmung um 14 Tage zu verschieben und sich selbst mit der Regierungsbildung beauftragen zu lassen. Wenn er, Seyß-Inquart nicht noch heute, den 11. März bis 18.30 Uhr zum neuen Bundeskanzler Österreichs ernannt sei, werde die Deutsche Wehrmacht in Österreich einmarschieren.[276]

Inzwischen, noch am 10. März um 16.30 Uhr, erfährt General der Infanterie von Bock, dass er am 12. mittags einen Einmarsch deutscher Truppen in das fiebernde Österreich führen soll.

274 Benoist-Mechin, Band V, S. 229
275 Ö. St. Archiv-Bundeskanzleramt, Pr. 1938-2270, Pr. 2275
276 Benoist-Mechin, Band V, S. 254

Gegen 18.30 Uhr werden die Verbände für den Einmarsch festgelegt. Kurz nach 21 Uhr gehen die nötigen Befehle an die bisher nicht vorgewarnte Truppe, die nach ihrer Alarmierung ohne weitere Vorbereitung in Richtung Österreich abmarschiert. Ob es allerdings zum Einmarsch kommt, ist damit noch nicht entschieden. Hitler erlässt erst am Tag danach, dem 11. März um 11 Uhr, seine Weisung Nr. 1 und hält sich auch hier noch mit der Ziffer 4 der Weisung seine letzte Entscheidung offen, die Truppen anzuhalten, wenn - wie in Ziffer 1 bedacht - „andere Mittel zum Ziele führen“.

„Der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht Berlin, den 11.3.1938

Weisung Nr. 1

1. Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken, um dort verfassungsmäßige Zustände herzustellen und weitere Gewalttaten gegen die deutschgesinnte Bevölkerung zu unterbinden.

4. Die für das Unternehmen bestimmten Kräfte des Heeres und der Luftwaffe müssen ab 12. März spätestens 12.00 Uhr einmarsch- bzw. einsatzbereit sein. Die Genehmigung zum Überschreiten und Überfliegen der Grenze und die Festsetzung des Zeitpunktes hierfür behalte ich mir vor.

5. Das Verhalten der Truppe muß dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, daß wir keinen Krieg gegen ein Brudervolk führen wollen. Es liegt in unserem Interesse, daß das ganze Unternehmen ohne Anwendung von Gewalt in Form eines von der Bevölkerung begrüßten friedlichen Einmarsches vor sich geht. Daher ist jede Provokation zu vermeiden. Sollte es aber zu Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit durch Waffengewalt zu brechen.

Übergehende österreichische Verbände treten sofort unter deutschen Befehl. [...]

Adolf Hitler“[277]

Zurück zu den Ereignissen in Österreich: Am 11. März ringen Bundespräsident Miklas, Bundeskanzler Schuschnigg und Innenminister Seyß-Inquart den ganzen Tag um eine Lösung. Zuerst will Schuschnigg die Wahl noch immer nicht verschieben. Als er das endlich zugesteht, will er aber Kanzler bleiben. Als er darauf verzichtet, will Miklas ihn nicht aus dem Amt entlassen. Als er diesen Schritt dann doch vollzieht, will er Seyß-Inquart nicht als neuen Kanzler akzeptieren. Miklas lässt in aller Eile den Präsidenten des Obersten Rechnungshofes

277 IMT, Dokumente, Band XXXIV, Dok. 102 C

Österreichs zu sich rufen und trägt ihm die Regierung an. Doch der lehnt ab. Als nächster muss der Generalinspekteur des Heeres kommen. Auch dieser weigert sich, das Amt des Bundeskanzlers anzunehmen. Stattdessen befiehlt er den österreichischen Truppen, sich in die Kasernen zurückzuziehen.

Inzwischen ist ganz Österreich ein einziger Hexenkessel. Im Gewühl der Menschen in den Straßen hört man durcheinander die Parolen „Heil Moskau", „Heil Schuschnigg", „Nieder mit Schuschnigg", „Heil Hitler", „Nieder mit Hitler", „Es lebe Österreich", „Es lebe Deutschland" und andere mehr. Auch die Beflaggung von Rot-Weiß-Rot über Hammer und Sichel bis hin zum Hakenkreuz zeigt die augenblickliche Zerrissenheit der österreichischen Bevölkerung. Die regierungsnahe Presse wird nicht müde, eine Wahlentscheidung für den Anschluss als Landesverrat an Österreich zu bezeichnen, während der Stellvertreter des Innenministers die Menschen über Rundfunk zum Boykott der Volksabstimmung aufruft - ein Bild, das dem der DDR in ihren letzten Tagen ähnelt, in denen die einen zu Tausenden mit Fackeln und Paraden den 40. Jahrestag der DDR feiern und verkünden, dass die Mauer noch in 100 Jahren steht, während die anderen ebenfalls zu Tausenden Bittgottesdienste abhalten und auf Montagsdemonstrationen „Wir sind ein Volk" skandieren.

In der Nacht wendet sich das Blatt. Ex-Bundeskanzler Schuschnigg hat inzwischen seinen Rücktritt über Rundfunk mitgeteilt. Kurz darauf ruft der nun nur noch geschäftsführende Innenminister Seyß-Inquart die Bevölkerung gleichfalls über Radio zur Ruhe auf. Plötzlich trägt die Polizei in Wien Armbinden mit dem Hakenkreuz. Die Anti-Anschluss-Demonstrationen sind wie von jetzt auf gleich verschwunden. Stattdessen bewegt sich ein Auto-Korso mit Hakenkreuzfahnen und Fackeln durch die Wiener Innenstadt. Sprechchöre vor dem Ballhaus[278] rufen: „Es lebe das neue Österreich!" und man verlangt „Seyß-Inquart auf den Balkon!" Zu dieser Zeit ist Seyß-Inquart noch immer nicht als neuer Bundeskanzler eingesetzt. Da das auch offensichtlich nicht mehr zu erwarten ist, befiehlt Hitler um 20.45 Uhr mit seiner Weisung Nr. 2 den Einmarsch der an Österreichs Grenzen aufmarschierten Truppen. Um etwa 23 Uhr ernennt Bundespräsident Miklas Seyß-Inquart doch noch zum neuen Chef der österreichischen Regierung.

In den Morgenstunden des neuen Tages - es ist inzwischen Samstag, der 12. März 1938 - marschieren deutsche Heerestruppen in Richtung Salzburg, Linz und Innsbruck. Blumenschmuck und Fahnen auf den Militärfahrzeugen sollen zeigen, dass dies eine Wiedervereinigung nach langen Jahren deutscher Trennung und kein Eroberungsfeldzug ist. Das Zeichen wird auch so verstanden. Die österrei-

278 Bundeskanzleramt in Wien

chische Bevölkerung beiderseits der Straßen reagiert erst freundlich, dann bald mit steigender Begeisterung. Es gibt Umarmungen, Winken, Händeschütteln, Freudentränen, Fahnenschwenken. Seyß-Inquart, der selbst kein Freund des Einmarschs ist, schlägt Hitler vor, auch österreichische Truppen ins Deutsche Reich zu schicken, um aller Welt zu zeigen, dass sich hier eine freiwillige Vereinigung vollzieht und keine einseitige Eroberung. Hitler ist von dem Vorschlag angetan und ordnet auf der Stelle an, so zu verfahren. Schon tags darauf marschieren österreichische Truppen nach München, Dresden, Stuttgart und Berlin.[279]

Am 13. März 1938 wird Österreich an Deutschland angeschlossen. Die nun auf den 10. April verschobene Volksbefragung wird zur eindrucksvollen Bestätigung der österreichischen Verfassungsväter von 1918 und zum Triumph für die, die einen Anschluss wollten. Von 4.284.795 Wählern stimmen 4.273.844 für die Vereinigung Österreichs mit Deutschland und 9852 dagegen. Das sind 99,72 Prozent für den Anschluss.[280]

## Die Auswirkung des Österreich-Anschlusses

Die drei Tage von der überraschenden Ankündigung einer Volksabstimmung durch Bundeskanzler Schuschnigg bis zum Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich stellen die tschechoslowakische Regierung aus heiterem Himmel vor eine strategisch völlig neue Lage. Die Vertragsstaaten des Saint-Germain-Vertrags, die Österreichs Unabhängigkeit auf ewig festgeschrieben hatten, und die einen Anschluss Österreichs schon mehrfach mit Erfolg verhindert hatten, schauen diesmal ohne einzugreifen zu. Ein Signal für die tschechoslowakische Regierung, selbst auf keine Waffenhilfe der Bündnispartner im Falle einer Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich mehr zu hoffen. Zum Zweiten verlängert sich die südliche tschechisch-deutsche Grenze um rund 250 Kilometer, was die Verteidigung der Tschechoslowakei im Fall des Krieges mit dem deutschen Nachbarn bedeutend schwerer machen würde. Drittens verliert Prag mit dem Anschluss Österreichs einen wirtschaftlich abhängigen Partner an der Landesgrenze. Und viertens tritt das Deutsche Reich nun als Rechtsnachfolger Österreichs in die natürliche Schutzmachtfunktion für die Sudetendeutschen ein, die durch Österreichs Schwäche zwei Jahrzehnte brachgelegen hatte. Es ist erstaunlich, dass die tschechoslowakische Regierung keine Konsequenzen daraus zieht.

279 IMT, Verhandlungen, Band XV, S. 664 ff.

280 Juden und andere Gruppen sind allerdings von der Abstimmung ausgeschlossen, was die 99 Prozent relativiert.

Auch Drittländer stehen nun vor einer völlig neuen Lage. Die Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs sehen diesen Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich mit Befürchtungen und Sorge. Mit diesem Schritt steht Nachkriegsdeutschland so stark da wie vor 1914. Die Regelungen von Versailles und Saint-Germain zur ewigen Unabhängigkeit Österreichs von Deutschland sind aufgehoben worden, ohne dass Frankreich, England und die USA auch nur um ihre Meinung, geschweige denn um ihr Einverständnis hierzu gebeten worden wären.

Für die Deutschen in Österreich und im „Altreich" sieht der Anschluss anders aus. Sie verwirklichen mit ihm, was Deutsche hier und drüben schon 1848 in der Paulskirche zustande bringen wollten. Sie setzen in die Tat um, was Wilson 1917 mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zugestanden hatte, was im Deutsch-Österreichischen Vereinigungsvertrag vom 2. März 1919 vereinbart worden war, was ein Verfassungsziel der ersten Verfassungen der neuen Republiken Österreich und Deutschland von 1918 und 1919 gewesen war und was die Menschen in beiden Teilen Großdeutschlands nun in einer Volksabstimmung eindrucksvoll bestätigt haben: die Wiedervereinigung der Deutschen.

Eine weitere Wirkung innerhalb des Deutschen Reiches wird bisweilen übersehen. Sie zeigt sich in einer Parallele zur Wiederbesetzung des vom deutschen Militär entblößten deutschen Rheinlands 1936. In beiden Fällen warnt die deutsche Generalität, dass der nächstgeplante Schritt das Ausland provozieren könne. Die Generale sind der Überzeugung, dass England, Frankreich, die Tschechoslowakei und Polen den Bruch der Verträge von Versailles, Locarno und Saint-Germain nicht dulden und in Deutschland einmarschieren werden. In beiden Fällen schätzt Hitler die Reaktion des Auslands besser ein, und beide Male behält er Recht. Die fatale Folge ist, dass sich Hitlers Selbstvertrauen steigert, und dass sein Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der militärischen Berater schwindet und bei der Generalität nimmt dementsprechend die Sicherheit des eigenen Urteils ab. Beides wird Deutschland später zum Verhängnis.

Noch in der Nacht vom 11. auf den 12. März, während sich die Lage zwischen Österreich und Deutschland zuspitzt, versichert Reichstagspräsident Göring dem tschechoslowakischen Gesandten Mastny in Berlin, dass der deutsche Aufmarsch Österreich gilt und nicht gegen die Tschechoslowakei gerichtet sei. Die deutschen Truppen würden stets 15 Kilometer Abstand zu ihren Grenzen halten. Deutschland habe keine feindlichen Absichten gegen sein Land. Ein paar Stunden später, am Tag des deutschen Einmarschs, lässt auch der frühere Außenminister von Neurath den Gesandten Mastny zu sich bitten. Er teilt ihm mit, dass er ihm, da Hitler und von Ribbentrop in Österreich weilten, in deren Namen die Zusicherung übermitteln solle,

> „daß die österreichische Sache eine Familienangelegenheit ist, und daß die Tschechoslowakei nicht den geringsten Anlaß hat, sich wegen der eingetretenen Ereignisse irgendwie zu beunruhigen, daß Deutschland gerade im Gegenteil [...] aufrichtig eine Besserung des Verhältnisses mit uns [Anm. d. Verf.: der Tschechoslowakei] wünscht unter der bekannten Voraussetzung, daß unser Verhältnis zu den Sudetendeutschen sich bessert, in welches Deutschland aber nicht eingreifen will.“[281]

Mastny erwidert:

> „Unser Standpunkt gegenüber Deutschland ist ihm und auch dem Reichskanzler sehr gut bekannt, und jetzt präzisierte ihn wieder unser Ministerpräsident Dr. Hodza auf eine völlig klare Art, durch die er nicht nur den unabänderlichen Grundsatz der Unzulässigkeit der Einmischung in unsere inneren Verhältnisse offen betont, sondern auch unseren ständig besten Willen zu einer Annäherung an Deutschland und zu einer Regelung der Angelegenheiten unseres inneren Verhältnisses zu unseren deutschen Landsleuten. Wir geben Deutschland niemals irgendeinen Anlaß zu irgendeinem Angriff, aber wenn es dazu kommen sollte, verstehen wir uns zu wehren. Wir fürchten uns nicht, haben unsere Verbündeten und Freunde und haben auch unsere hervorragende Armee.“[282]

Von Neurath legt noch einmal nach, als er betont, dass die Tschechoslowakei den Sudetendeutschen „wenigstens einige Zugeständnisse in ihren Forderungen nach kultureller Autonomie“ machen müsse. Er betont zwar den Willen zur deutsch-tschechischen Verständigung, doch mit der Erwähnung des tschechischen Verhaltens gegenüber den Sudetendeutschen berührt er den wunden Punkt bei Mastny und die Wunde im Selbstverständnis der „Tschechoslowaken“. Bisher gibt es öffentlich nur den Passus in der Hitler-Rede, dass die Ausländsdeutschen im schlimmsten Fall nicht schutzlos bleiben werden, und die dringenden Empfehlungen von Neuraths und des deutschen Gesandten in Prag, dass man den Sudetendeutschen bei ihrem Wunsch nach Autonomie entgegenkommen möge. Selbst die Sudetendeutschen fordern öffentlich noch immer keinen Anschluss an das Deutsche Reich. So hätte sich Hitler bei wirklichem Entgegenkommen der tschechoslowakischen Regierung gegenüber „ihren“ Deutschen ein halbes Jahr darauf auch auf keinen Kriegsanlass gegen die Tschechoslowakei berufen können. Doch für die Tschechen sieht die Lage anders aus. Sie begreifen einerseits den Anschluss Österreichs durchaus als einen ersten Schritt auf dem Weg zur Loslösung der Sudetenlande, sie sehen aber andererseits, dass eine Autonomie für die Sudetendeutschen sofort die gleichen Ansprüche auch bei den Ungarn, Polen

281 Berber, Dok. 107
282 Berber, Dok. 107

und Slowaken nach sich ziehen würde. Damit widerspricht die Autonomie der Minderheiten der Staatsidee von einem einheitlichen Staat unter der Herrschaft der Staatsnation der „Tschechoslowaken“. So befindet sich die Prager Regierung trotz des gerade beobachteten Menetekels in der Klemme zwischen Einsicht und selbst aufgebauten Zwängen.

Die tschechoslowakische Diplomatie entfaltet in den nächsten Tagen und Wochen eine rege Tätigkeit, um die Franzosen, Briten und Sowjets als Schutzmächte für ihr Land zu aktivieren. Die Tschechen fürchten nun zu Recht, dass die Sudetendeutschen - vom Österreich-Anschluss ermutigt -, ihren Anschluss an das Deutsche Reich betreiben könnten. Am 13. März versuchen die tschechoslowakischen Gesandten Jan Masaryk[283] in London und Stefan Osusky in Paris die dortigen Außenminister dazu zu gewinnen, die göringsche Erklärung vom Vortag, Deutschland habe keine feindlichen Absichten gegen die Tschechoslowakei, als Quasi-Garantieerklärung anzusehen, und für den Fall, dass Deutschland sich an diese Versicherung nicht halte, ernste Konsequenzen anzudrohen.[284] Der französische Außenminister teilt seinem britischen Kollegen mit, Frankreich sei „entschlossen, die Sache der Tschechoslowakei als eine eigene anzusehen“. Damit will er den Engländer wohl zu einer gleichen Zusicherung bewegen. Doch in London nimmt man den Masaryk-Vorstoß und die göringsche Erklärung lediglich zur Kenntnis. Am 17. März muss der Gesandte Masaryk sogar schon nach Prag berichten, dass der ehemalige Labour-Minister Lord Noel-Buxton in einer Rede vor dem Oberhaus eine Volksabstimmung unter den Sudetendeutschen gefordert habe, um festzustellen, ob sie wirklich an Deutschland angeschlossen werden wollten oder mit einer Autonomie in der Tschechoslowakei zufrieden seien oder gar mit einem *Status quo.*[285]

Natürlich fühlt man auch in Moskau vor. Der tschechoslowakische Gesandte Fierlinger spricht am 15. März mit Potjemkin, dem Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, und fragt ihn, ob die Sowjetunion im Falle eines deutsch-tschechoslowakischen Konflikts zu ihren Hilfsversprechen nach dem tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag stehen werde. Potjomkin sagt ihm dies ohne Zögern zu.[286] Sechs Wochen später allerdings beginnt die Moskauer Führung, diese uneingeschränkte Hilfszusicherung zu relativieren. Am 26. April stellt Kalinin, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, in einer Rede klar, dass eine genaue Auslegung des sowjetisch-französischen und

283 Sohn des vormaligen Staatspräsidenten Tomas Masaryk
284 Berber, Dok. 110
285 Berber, Dok. 114
286 Tschech.-sowjet. Dok., Nr 2

des sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspaktes und ihrer Ergänzungen unter anderem ergibt:

> „Es besteht aber die Ergänzung, daß wir der Tschechoslowakei nur dann helfen, wenn ihr Frankreich hilft, und andererseits die Tschechoslowakei uns nur in dem Fall Hilfe gewährt, wenn uns Frankreich helfen wird.“[287]

Am 23. März sieht sich der tschechoslowakische Gesandte Mastny genötigt, erneut aus Berlin nach Prag zu berichten:

> „Wenn ich daran denke, wie stark im Ausland die Theorie verbreitet ist, daß den Deutschen bei uns tatsächlich Unrecht getan wird, dann ist es in der jetzigen Situation eine unerläßliche Notwendigkeit, daß es möglichst schnell zu einem Ausgleich mit unseren Deutschen kommt.“

An späterer Stelle des Berichtes heißt es:

> „Der französische Botschafter [...] machte mich darauf aufmerksam, [...] wie auch ernsthafte Faktoren - keine radikalen - extreme Forderungen nach einer Umwandlung der Tschechoslowakei in einen neuen Staat schweizerischer Verfassung stellen, und sonst einen Zerfall unserer Republik zugunsten Deutschlands, Polens und Ungarns voraussagen.“

Den englischen Botschafter in Berlin zitiert er mit den Worten:

> „Es ist der Tschechoslowakei durch 20 Jahre nicht gelungen, die Fragen ihrer Minderheiten zu lösen. Durch eine solche dauernde Last bedroht die Tschechoslowakei ernsthaft ihre Zukunft; die Deutschen in der Republik haben bisher ihre Rechte nicht erhalten.“[288]

Es zeigt sich, dass die Front der Freunde Prags nun an allen Enden bröckelt. Man erinnert sich jetzt offensichtlich vielerorts an die Erklärungen, mit denen Masaryk und Benes 1919 in Paris den Siegermächten eine föderale Tschechoslowakei nach Art der Schweiz versprochen hatten. Aber die Regierung in Prag kann - wie sich noch zeigen wird - das heraufziehende Gewitter vor lauter Blitzen nicht erkennen.

287 Tschech.-Sowjet. Dok., Nr. 8
288 Berber, Dok. 116

## Hitler lässt die Sudetenkrise „reifen“

Zurück zur Lage der Sudetendeutschen: Der Anschluss Österreichs ohne Blutvergießen und ohne Eingreifen der Siegermächte weckt bei den Deutschen, die noch immer gegen ihren Willen getrennt vom Mutterland in fremden Staaten leben müssen, die Hoffnung, dass auch sie bald wieder Deutschland angeschlossen werden - seien es die Memelländer, die Danziger, die Westpreußen oder die Sudetendeutschen.

In der Tschechoslowakei äußert sich die Hoffnung unterschiedlich heftig. Der Parteichef der SdP Henlein operiert zunächst mit aller Vorsicht, während sein Stellvertreter Frank nun glaubt, man müsse das Eisen schmieden, solange es noch glüht. Henlein schickt Außenminister von Ribbentrop am 17. März lediglich ein Glückwunschtelegramm zum Anschluss Österreichs und bittet darin gleich um einen Besuchstermin zur „Überprüfung der sudetendeutschen Lage“. Frank dagegen drängt in der Partei, die momentane Lage zu einem offenen Aufstand in der Tschechoslowakei zu nutzen. Doch das passt nicht zu Hitlers politischem Kalkül. Der deutsche Diktator hat zwar - wie man seit der Generalsbesprechung vom November 1937 weiß - die Absicht, die Tschechoslowakei bis „spätestens 1943/45“ zu zerschlagen und die „Tschechei an Deutschland anzugliedern“. Doch er lässt die Früchte, die er ernten will, reifen, bis sie fast von selber fallen. So hat er es bei der Wiederbesetzung der deutschen Rheinlandgrenze 1936 getan und nun beim Anschluss Österreichs. Hitler lässt sich nicht von der Ungeduld der Ausländsdeutschen treiben. Das muss auch Henleins Stellvertreter Frank erfahren. So beauftragt Hitler den deutschen Gesandten in Prag, Ernst Eisenlohr, den vorpreschenden Stellvertreter Henleins zur Vernunft zu bringen. Eisenlohr bestellt Frank ein und hält ihm vor:

> „Berlin ist zur Zeit der Auffassung, daß eine Entspannung notwendig ist. Wenn Sie auf die Unterstützung des Führers rechnen wollen, müssen Sie zunächst seine Befehle ausführen.“[289]

Frank ist maßlos enttäuscht über diese Abfuhr. Er reist nach Berlin, um sich im Auswärtigen Amt über Eisenlohr zu beschweren, doch er blitzt auch hier ab. Nachdem Frank nach Prag zurückgekehrt ist, lässt Eisenlohr noch einmal die Spitzen der SdP, Frank und Henlein, zu sich kommen - getrennt und nacheinander. Der deutsche Gesandte teilt beiden seine Bedingungen für eine zukünftige Zusammenarbeit mit, wenn sie auf deutsche Hilfe rechnen wollen, deren drei erste lauten:

289 Benoist-Mechin, Band VI, S. 108

> „1. Maßgebend für Politik und taktisches Vorgehen der SdP ist ausschließlich die durch die Gesandtschaft übermittelte Linie der deutschen Außenpolitik.
>
> 2. Öffentliche Reden und Presseinterviews müssen mit mir abgesprochen werden.
>
> 3. Die Führung der Partei gibt ihre unversöhnliche Linie, die letzten Endes zu politischen Verwicklungen führen könnte, auf und schwenkt auf die Linie schrittweiser Förderung der sudetendeutschen Belange ein. Ziele sind jeweils gemeinsam mit mir festzulegen und diplomatisch parallel zu fördern. Volksschutzgesetze und Territorialautonomie sind nicht mehr in den Vordergrund zu stellen.“[290]

## Die deutsche Einmischung in die tschechische Sudetenkrise

Nun ist es Dr. Eisenlohr, der sich teils in die tschechisch-sudetendeutschen Probleme einmischt und teils hineingezogen wird. Die Probleme eskalieren weiter. In der Woche nach dem Österreich-Anschluss tritt die deutsche Partei „Bund der Landwirte“ aus der tschechoslowakischen Regierung aus und schließt sich der SdP an. Sie zieht damit die Konsequenz aus der Erkenntnis, dass ihre zehnjährige Mitarbeit in der Regierung den Sudetendeutschen nichts gebracht hat. In dieser neuen Lage bittet Ministerpräsident Hodza den Gesandten Eisenlohr zu einem Gespräch am 23. März in seinen Amtssitz.[291] Hodza leitet das Gespräch mit der Bemerkung ein, dass er mit dem Übertritt des „aktivistischen Landbundes“ einen „beschwerlichen Ballast“ aus der Regierung losgeworden sei, und dass es sichere Anzeichen dafür gebe, dass auch die Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei seine Regierung verlassen und in die SdP eintreten werde. Hodza kommt damit zum Kern der Unterredung. Die SdP ist nun die mit Abstand größte Partei in der Prager Nationalversammlung. Hodza sagt, dass er Staatspräsident Benes vorgeschlagen habe, die Sudetendeutsche Partei in die Regierung aufzunehmen. Er sei mit Benes übereingekommen, die SdP zum Eintritt in die Regierung aufzufordern, „aber erst nach den nächsten Wahlen. Im Parlament säßen sie ja schon, aber noch nicht in den Gemeindestuben“. Nach Hodzas Vorstellungen soll es deshalb erst Gemeindewahlen geben, ab dem 28. Oktober, vielleicht auch früher, und dann Staatswahlen. Ohne, dass das im Gespräch vertieft wird, würde eine Regierungsbeteiligung damit nicht vor 1939 zustande kommen. Hodza verweist noch auf den Widerstand der tschechoslowakischen Linksparteien, der Klerikalen und der tschechischen Nationalsozialisten - der Partei des Staatspräsidenten Benes - gegen die Regierungsbeteiligung der SdP. Damit ist die Katze aus dem Sack. Es geht Hodza wohl weniger um die mangelnde Regierungspraxis der SdP

290 ADAP, Serie D, Band II, S. 136

291 Verlauf des Gesprächs nach ADAP, Serie D, Band II, Dok. 103

in den Gemeinden als um den Widerstand der Linksparteien und der Tschechen generell in der Nationalversammlung, der eine baldige Beteiligung der SdP an der Regierung ausschließt.

Ministerpräsident Hodza nennt dann die Bedingung für den späteren Regierungseintritt der SdP. Er sagt, er möchte eine „Deckung“ haben, nämlich die Zusicherung, dass die Lösung der sudetendeutschen Frage aufgrund der bestehenden Verfassung erfolgt. Es dürfe keine territoriale Autonomie geben, bei der die deutschen Gebiete nicht mehr von Prag aus, sondern von einer deutschen Stadt aus verwaltet würden. Das wäre - so muss hier eingefügt werden - der Modus, nach dem wenigstens offiziell - wenn auch nicht real - die Karpato-Ukraine und die Slowakei seit 1928 regional verwaltet werden. Hodzas und Eisenlohrs Gespräch berührt dann noch eine Reihe weiterer sudetendeutscher Wünsche: eine Amnestie, den Beamtenproporz nach dem regionalen Deutschenanteil, die Beendigung des für die Deutschen unheilvollen Wirkens der tschechischen Staatspolizei in den Sudetengebieten und die Beseitigung der nachteiligen Folgen des Staatsverteidigungsgesetzes für die deutschen Bewohner der grenznahen böhmischen und mährischen Gebiete. Zu allen Punkten sagt Hodza wohlwollende Regelungen zu.

Nach dem Lesen des Protokolls dieser Unterredung fragt man sich, ob dem nun Taten folgen werden oder ob es sich um ein Spiel auf Zeit handelt, um die Sudetendeutsche Partei so lang wie möglich aus der Regierung fernzuhalten. Nachdem sich Hodzas Vermutung mit dem Übertritt der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei kurze Zeit darauf bestätigt, und sich auch noch die Deutsche Gewerbepartei der SdP anschließt, stellt die SdP 55 Abgeordnete in der Nationalversammlung. Die nächststärkste Partei mit 45 Sitzen ist die tschechische Agrarpartei des Ministerpräsidenten Hodza. Daneben gibt es auf sudetendeutscher Seite noch 11 sozialdemokratische Abgeordnete, die bei einem Anschluss der Sudetengebiete an das Deutsche Reich ein Verbot wie das der SPD in Deutschland fürchten müssten, und 6 deutsche Kommunisten in der KP der Tschechoslowakei. Damit sind inzwischen drei Viertel der deutschsprachigen Abgeordneten in der Prager Nationalversammlung in der SdP vereinigt. So ist es in Bezug auf die Mehrheiten nur schwer ersichtlich, warum zwei weitere Wahlen abgewartet werden sollen, ehe der SdP angeboten werden kann, in die tschechoslowakische Regierung einzutreten.

Vier Tage später, am Sonntag, dem 27. März, finden angesichts der Parteivereinigungen landesweit in den deutschsprachigen Gebieten öffentliche Kundgebungen der SdP statt.[292] In über 30 Städten und Gemeinden versammelt sich dabei

292 Die folgende Darstellung nach ADAP, Serie D, Band II, Dok. 112

rund eine halbe Million Sudetendeutsche. Das Thema, das die Menschen an diesem Tag zu allererst bewegt, sind aber nicht die Parteifusionen, sondern die für den 10. April in Österreich angesetzte Volksabstimmung. Vielerorts hissen die Deutschen die Fahne der Henlein-Bewegung auf den Rathausdächern. Kirchenglocken läuten. Etliche der bis dahin parteilosen Bürgermeister verkünden öffentlich ihren Eintritt in die SdP. Es kursieren Gerüchte über ein Eingreifen des Deutschen Reiches in der Tschechoslowakei, und so herrscht eine aufgeregte Aufbruchsstimmung. Die tschechoslowakische Polizei und Gendarmerie zeigen - offensichtlich auf höhere Weisung - eine sonst unbekannte strikte Zurückhaltung. Die Führung der SdP erkennt die Gefährlichkeit der so plötzlich aufgekommenen Stimmung und erlässt sofort eine parteiinterne Weisung, den April weniger der Versammlungstätigkeit, als dem organisatorischen Aufbau der nun erweiterten Partei zu widmen.

Auch Ministerpräsident Hodza sieht nun, wie nahe sein Vielvölkerstaat bereits am Abgrund steht. Tags darauf, am 28. März, kündigt er im Rundfunk an, dass das Minderheitenstatut von 1919 durch ein modernes abgelöst werden soll. Zuerst sollen - so seine Vorstellung - die bereits bestehenden Rechte und Konzessionen an die nationalen Minderheiten zusammengefasst als ein Gesetz erlassen werden, das dann als legale Basis für eine zukünftige Lösung der Minderheitenprobleme dienen könne. Alles aber müsse sich im Rahmen der bestehenden Verfassung bewegen. Dieses „neue Minderheitenstatut" ist Hodzas Gegenvorschlag zu Henleins 1937 vorgeschlagenem Volksschutzgesetz. Es ist bei Licht besehen nur der Versuch, den *Status quo* zu zementieren. Ministerpräsident Hodza wird in den kommenden sechs Monaten noch ein paar Mal vergeblich mit seinem „neuen Minderheitenstatut" aufwarten.

## Englands und Frankreichs Haltung zur Tschechoslowakei

In Frankreich und England ist man sich seit dem Anschluss Österreichs an Deutschland der Gefahr bewusst, dass Hitler und die Wehrmacht in der Tschechoslowakei das tun könnten, was die Sudetendeutschen immer lauter fordern. Die französische Regierung, die aus vorhergehenden Sondierungen in London weiß, dass die Briten nicht bereit sind, für den Chauvinismus der Tschechen zu marschieren, fühlt sich außerstande, alleine für die Tschechoslowakei zu kämpfen. Obwohl die französische Regierung die Gründe für den drohenden Zerfall der Tschechoslowakei kennt, will sie diesen Staat als Verbündeten in Deutschlands Rücken unbedingt am Leben erhalten. So versichert der französische Ministerpräsident Blum dem tschechischen Gesandten in Paris noch am 14. März 1938

in allem Ernst, Frankreich werde seine militärischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei ohne Vorbehalt erfüllen, wenn Deutschland wegen der Sudetendeutschen zu den Waffen greifen sollte.[293] Doch schon am Tag danach wendet sich das Blatt. Auf der Konferenz des Ständigen Verteidigungsausschusses in Paris am 15. März kommen Ministerpräsident Blum und die anwesenden Minister und Generale zu dem Ergebnis, dass die französischen Streitkräfte für einen Zweifrontenkrieg Frankreichs und der Tschechoslowakei gegen Deutschland zu schwach und der Westwall zur Abwehr eines französischen Angriffs inzwischen zu stark seien. Sie beurteilen die Lage so, dass Spanien und Italien Frankreich in den Rücken fallen könnten, dass Polen auf deutscher Seite die Tschechoslowakei angreifen werde, dass Belgien keinen französischen Durchmarsch dulde, dass die Hilfsmöglichkeiten der Sowjetunion fraglich seien, dass sich England auf keine konkrete Unterstützung festlegen lasse und dass man daher den Tschechen selber nicht zu Hilfe eilen könne.[294] So ist auch Frankreich nun nicht mehr bereit, der Tschechoslowakei gegenüber bündnistreu zu bleiben, auch wenn Blum das tags zuvor noch so versprochen hat, und es die französische Regierung im Mai und Juni noch weitere Male „heilig“ versprechen wird.

Englands Interesse an einer Tschechoslowakei als Gegner Deutschlands und als „Schwert in dessen Flanke“ ist nicht so ausgeprägt wie das entsprechende Interesse der französischen Regierung. So bleibt die britische Beurteilung der tschechoslowakischen Lage nach dem Anschluss Österreichs auch entsprechend nüchtern. Am 15. März berichtet der englische Botschafter in Prag Mr. Newton über die durch den Anschluss veränderte außenpolitische Lage der Tschechoslowakei an Minister Halifax nach London. Dabei äußert er Bedenken gegen die Prager Politik, die sich auf ihre französische Rückendeckung gegenüber Deutschland verlässt und gegen die stille Hoffnung der Tschechen, dass die Briten ihnen im Falle einer Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich an der Seite Frankreichs militärisch beistehen werden. Newton schreibt unter anderem:

> „Denn selbst wenn das Reich einmal aufhören sollte, die in ‚Mein Kampf' entwickelten ehrgeizigen nationalsozialistischen Ziele anzustreben, wird es sich - so fürchte ich - nie mit einer potentiell feindlichen Tschechoslowakei in seiner Flanke abfinden. Es wird nur auf eine Gelegenheit warten, die Tschechoslowakei aus ihrer Machtposition zu vertreiben, der nach meiner Auffassung auch keine natürliche Stabilität innewohnt. [...] Wenn meine Sorgen berechtigt sind, und ich es richtig beurteile, ist die Position der Tschechoslowakei wegen ihrer geographischen Lage, ihrer Geschichte und der Zerrissenheit ihrer Bevölkerung auf Dauer nicht zu halten. Man tut ihr

293 Churchill, Memoiren, S. 335

294 Benoist-Mechin, Band VI, S. 169-178 und Gamelin, Band 2, S. 322 ff.

> keinen Gefallen, wenn man versucht, sie in ihrer jetzigen Position zu erhalten. [...] Sollte Frankreich trotzdem glauben, den tschechoslowakischen *Status quo* auf ewig erhalten zu müssen, sollte es das mit seinen eigenen Kräften tun."[295]

Die englische Regierung unter Chamberlain ist den Tschechen gegenüber vertraglich zu nichts verpflichtet und außerdem für einen Krieg mit Deutschland nicht gerüstet. Chamberlain macht daraus den Franzosen gegenüber nicht den geringsten Hehl. In Frankreich wechselt inzwischen die Regierung. Als der frisch ins Amt gekommene französische Ministerpräsident Daladier am 28. und 29. April 1938 nach London reist, um doch noch einmal den Versuch zu machen, die Briten zu einer Garantieerklärung für den Bestand der Tschechoslowakei zu bewegen, entgegnet ihm Chamberlain während der Gespräche:

> „Niemals werde das englische Volk, noch weniger die Dominions einen Krieg beginnen, um zu verhindern, daß die Völker Mitteleuropas in einer Volksabstimmung ihren Willen kundtun. [...] Wenn Benes, wozu er sich 1919 verpflichtet hatte, die von ihm annektierten deutschen Minderheiten liberal behandelt hätte, dann gäbe es die gegenwärtige Krise nicht. Dazu kommt aber noch eine andere Überlegung. England hat 1925 bis 1935 abgerüstet. Soeben erst sind die neuen Rüstungsprogramme für die See- und Luftrüstung angelaufen. Erst wenn diese Programme beendet sind, kann England einem neuen Krieg ins Auge sehen."[296]

Doch die englische Regierung teilt der französischen und auch der deutschen Reichsregierung mehrfach mit, dass sie im Falle eines Krieges, in den Frankreich eingreift, auf der Seite Frankreichs stehen werde.[297] So hat England nach Auffassung der dort amtierenden Regierung ein Interesse, dass der Konflikt der vielen Völker innerhalb der Tschechoslowakei keine Kettenreaktion in Gang setzt, bei der erst die Tschechen die Franzosen und dann die Franzosen die Briten in einen Krieg mit Deutschland ziehen. Lediglich eine Gruppe von Oppositionspolitikern um Winston Churchill vertritt jetzt in England schon die Auffassung, dass Großbritannien sogleich eine „Große Allianz" mit Frankreich und der Sowjetunion zum Kriege gegen Deutschland schließen müsse.

295 DBFP, 3rd Series, Volume I, Doc. 86

296 Zitiert bei Benoist-Mechin, Band VI, S. 185 aus Georges Bonnet: Le Quai d'Orsay sous trois Republiques, S. 191. In der engl. Wiedergabe in DBFP, 3rd Series, Volume I, Doc. 164 ist die Ablehnung nicht so scharf formuliert.

297 Henderson, S. 132

## Polens Haltung zur Tschechoslowakei

Mit den sudetendeutschen Unruhen vom Februar und März 1938 tritt auch Polen wieder auf den Plan. Die Warschauer Regierung erwägt, welche Möglichkeiten sich bei einer Aufteilung der Tschechoslowakei für sie ergeben könnten. Man denkt dabei nicht nur an die Abtrennung des tschechischen Teils des Teschener Gebiets mit seiner Stahl- und Kohleindustrie bei Mährisch-Ostrau, Karwin und Trinec zugunsten Polens, sondern auch an die Zukunft der Slowakei. Zwei Alternativen stehen dabei zur Debatte: Die Slowakei könnte an Ungarn zurückgegeben werden oder sie könnte in einer Föderation mit tschechischen Gebieten unter polnische Oberherrschaft kommen. Beide Möglichkeiten würden zu einer erwünschten gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze führen.[298] Am 23. Februar wird der polnische Außenminister Beck in dieser Frage beim deutschen Reichstagspräsidenten Göring vorstellig. Er meldet Polens „Anspruch“ auf das Teschener Gebiet an und bittet, bei einem deutschen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei vorher konsultiert zu werden. So hofft Beck erst einmal, mit im Geschäft zu sein. Wenig später unternimmt Minister Beck einen zweiten Vorstoß in die gleiche Richtung. Er trifft den ungarischen Reichsverweser Admiral Horthy, den er ebenfalls für die polnischen Vorstellungen zur Aufteilung der Tschechoslowakei zu interessieren sucht. Doch hier erhält er eine Abfuhr. Horthy verweist Beck an die deutsche Reichsregierung und gibt ihm dabei auch den Rat, Polen möge erst einmal Danzig und den Korridor an Deutschland zurückgeben.

Es fehlt auch die Begleitmusik vor Ort nicht. Im kleinen, zwischen Polen und der Tschechoslowakei strittigen Gebiet bei Teschen und Mährisch-Ostrau rührt sich der polnisch gesinnte Teil der dortigen Bevölkerung. Am 30. März fordert der „Bund der Polen“ in Mährisch-Ostrau öffentlich die Autonomie für die polnische Bevölkerung in der Tschechoslowakei. Am 9. Mai verabschiedet das „Einigungskomitee der Polnischen Parteien in der Tschechoslowakei“ eine Deklaration über die politische, kulturelle und wirtschaftliche Autonomie der Polen.[299]

## Henleins Audienz bei Hitler

Zwei Wochen nach dem Anschluss Österreichs kommt es am 28. März 1938 zum ersten offiziellen Treffen des Führers der Sudetendeutschen, Henlein, mit Adolf Hitler. Eine Angliederung der Sudetengebiete an das Deutsche Reich wird

298 Scheil, S. 144 f.
299 Stosunki Dyplomatyczne, S. 86

auch hier noch nicht konkret besprochen.[300] Hitler weiß inzwischen, dass die große Mehrheit der Sudetendeutschen wünscht, an das soeben mit Österreich zum „Großdeutschen Reich“ vereinigte Deutschland angeschlossen zu werden. Er ist sich jedoch nicht sicher, wie Frankreich, die Sowjetunion und England auf eine solche Angliederung reagieren würden. So wagt er es noch nicht, von sich aus diesen Anschluss öffentlich zu fordern oder ihn gar zu vollziehen. Und offensichtlich gehen seine Ambitionen ja auch über den Anschluss der Sudetengebiete hinaus. Hitler will die Tschechoslowakei zerschlagen und die Tschechei angliedern. Hitler erklärt Henlein:

> „daß er beabsichtige, das tschechoslowakische Problem in nicht allzu langer Zeit zu lösen. Er könne nicht mehr dulden, daß Deutsche drangsaliert würden oder auf Deutsche geschossen würde.“

Aber er fügt auch hinzu:

> „Das Reich wird von sich aus nicht eingreifen. Für die Ereignisse sei zunächst Henlein selbst verantwortlich.“

Im Wortlaut der Gesprächsniederschrift heißt es dann weiter:

> „Die Tendenz der Anweisung, die der Führer Henlein gegeben hat, geht dahin, daß von Seiten der SdP Forderungen gestellt werden sollen, die für die Tschechische Regierung unannehmbar sind. [...] Henlein hat dem Führer gegenüber seine Auffassung folgendermaßen zusammengefaßt: Wir müssen also immer so viel fordern, daß wir nicht zufriedengestellt werden können. Diese Auffassung bejahte der Führer.“[301]

Damit ist der Bann gebrochen. Das verlockende Österreich-Vorbild, die von Hitler hingehaltene Hand und die Bilanz von 20 Jahren Tschechoslowakei lassen Henlein, der die Zukunft der Deutschen bisher innerhalb der Tschechoslowakei vernünftig regeln wollte, die Seite wechseln. Er arbeitet von nun an - wenn auch mit verdeckten Karten - für den Anschluss der Sudetenlande an das Deutsche Reich. Davon werden ihn auch weitere Angebote und Versprechen der tschechoslowakischen Regierung nicht mehr abhalten. Die Liste der gebrochenen tschechischen Versprechen ist zu lang geworden. Die föderale Tschechoslowakei nach Art der Schweiz ist nie verwirklicht worden. Die Mitarbeit der deutschen

300 Verlauf des Gesprächs nach ADAP, Serie D, Band II, Dok. 107

301 Die vom Archivar Domarus im Sammelband „Hitler-Reden und Proklamationen“ (Band I. S. 837) aufgestellte Behauptung, Hitler habe Henlein eine Weisung für die „8 Karlsbader Forderungen“ gegeben, wird durch das Gesprächsprotokoll nicht belegt.

aktivistischen Parteien in der Regierung seit 1926 hat die vielen seitdem erlassenen deutschfeindlichen Gesetze nicht verhindern können. Die Benes-Zusagen aus seiner Reichenberger Rede von 1936 zur wirtschaftlichen Förderung der Deutschen sind nicht eingehalten worden. Die Versprechen Hodzas zum Proporz der Sudetendeutschen unter den Beamten, Richtern, Offizieren und den öffentlich Bediensteten von 1937 sind nun, ein Jahr danach, nicht einmal im Ansatz umgesetzt. Noch immer werden frei werdende Stellen der Spitzenbeamten, Richter und Behördenleiter in den deutschsprachigen Gebieten vor allem mit Tschechen nachbesetzt. Nur ein Narr könnte jetzt noch weiteren Versprechen trauen.

Am Tage nach der Hitler-Henlein-Konferenz wird die zukünftige Zusammenarbeit mit der SdP noch einmal im Auswärtigen Amt im großen Kreis besprochen.[302] Neben Außenminister von Ribbentrop sind u. a. Henlein, sein Stellvertreter Frank und der aus Prag angereiste Gesandte Eisenlohr zugegen. Das Fazit dieser Besprechung ist, dass sich die Reichsregierung in der Sudetenfrage offiziell zurückhält und die SdP agieren lässt. Reichsminister von Ribbentrop, der hier die Richtlinien der zukünftigen Zusammenarbeit festlegt, sagt:

> „Es könne nicht Aufgabe der Reichsregierung sein, Konrad Henlein [...] im Einzelnen Anregungen zu geben, welche Forderungen gegenüber der Tschechoslowakischen Regierung zu stellen seien."

Aber auch er hebt dabei hervor:

> „Es käme darauf an, ein Maximalprogramm aufzustellen, das als letztes Ziel den Sudetendeutschen die volle Freiheit gewähre."

Ansonsten rät von Ribbentrop noch, den Eintritt in die Regierung zu vermeiden. Doch ein solches Angebot aus Prager Regierungskreisen dürfte es nach dem Hodza-Eisenlohr-Gespräch zu diesem Thema wohl auch so schnell nicht geben.

Hitler deckt also auch im Umgang mit Henlein seine Karten nicht ganz auf. Er lässt intern die Eroberung der Tschechei vorbereiten und verlangt nach außen und öffentlich nicht mehr, als dass die Staatsführung in Prag „die Sudetendeutschen anständig behandelt". Am 21. April 1938 gibt Hitler Generaloberst Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, zum ersten Mal den Auftrag, eine detaillierte Studie über die Möglichkeiten eines Angriffs gegen die Tschechoslowakei anfertigen zu lassen. In der Einleitung zu dieser Weisung macht Hitler deutlich, wie er sich das Szenario eines solchen Krieges vorstellt:

302 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 109

„Grundlage zur Studie ‚Grün'

A. Politisch

1. Strategischer Überfall aus heiterem Himmel ohne jeden Anlaß oder Rechtfertigungsmöglichkeit wird abgelehnt.

2. Handeln nach einer Zeit diplomatischer Auseinandersetzung, die sich allmählich zuspitzt und zum Kriege führt.

3. Blitzartiges Handeln aufgrund eines Zwischenfalls (z. B. Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluß an eine deutschfeindliche Demonstration)

B. Militärische Folgerungen ..."

Unter den militärischen Folgerungen erklärt Hitler, dass die politischen Möglichkeiten 2 und 3 detailliert vorzubereiten seien, die 2. Möglichkeit der sich allmählich zuspitzenden politischen Lage, aber unerwünscht sei, weil sie der Tschechoslowakei und Drittländern zuviel Vorbereitungszeit ließen. Hitler setzt also wieder auf die Gunst einer geeigneten Gelegenheit, deren es in der Vergangenheit ja schon genug gegeben hat. Bei der „Ermordung des deutschen Gesandten" mag Hitler an die Ermordung Wilhelm Gustloffs, des Leiters der NSDAP-Auslandsorganisation in der Schweiz im Februar 1936 gedacht haben. Hitler lässt bei diesem Gespräch mit Keitel den Zeitpunkt für ein solches Unternehmen völlig offen. Er sagt zu Keitel, „dass er einstweilen nicht die Absicht zu einem Angriff habe", und dass er gedenke, einen tschechischen Zwischenfall als Anlass für sein Handeln abzuwarten.[303] Als Begründung für die nun geforderten Vorbereitungen auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei nennt Hitler gegenüber Keitel zwei verschiedene Gründe: Der erstgenannte ist die Sorge um das weitere Schicksal der Sudetendeutschen; der zweite betrifft die strategische Bedeutung der Tschechoslowakei für Deutschland. Hitler spricht dabei von der

> „für uns unhaltbaren Lage, wenn einmal die große Auseinandersetzung im Osten [...] vor allem mit dem Bolschewismus kommen werde. Es sei seine heiligste Überzeugung, daß dem Reich von hier die größte Gefahr drohe. Die Tschechoslowakei werde dann das Sprungbrett für die Rote Armee und Landeplatz für deren Luftwaffe sein."[304]

Hiermit gibt Hitler ein weiteres Mal nach der schon mehrfach erwähnten Generalsbesprechung im November 1937 zu verstehen, dass er die Tschechoslowakei nicht in erster Linie wegen der Sudetendeutschen als Problem für Deutschland

303 IMT, Band X, S. 569
304 Keitel, S. 222

ansieht. Er nimmt das Nachbarland im Osten vor allem als Bundesgenossen der Staaten wahr, die ideologisch oder machtpolitisch auf Gegenkurs zu Deutschland fahren.

Die Regierung der Tschechoslowakei, ja selbst der „Sudetenführer" Henlein wird von diesen Angriffsvorbereitungen in Deutschland nichts erfahren. Die aktuellen Sorgen kommen für das Prager Außenamt vielmehr zunächst aus den Hauptstädten der Nachbarn und Verbündeten. So vermerkt Außenminister Krofta am gleichen Tag, an dem Hitler Keitel die besagte Weisung gibt, in einem Vortrag, dass Polens Außenminister Jozef Beck versuche, die Öffentlichkeit in seinem Land davon zu überzeugen, dass die polnische Minderheit in der Tschechei unterdrückt werde, und dass es gelte, „die Stellung zweier polnischer Bezirke in der Tschechoslowakei zu revidieren"[305]. Am 26. April meldet der Gesandte Osusky aus Paris nach Prag, wie schlecht es in Paris und London aufgenommen werde, dass die Sudetendeutschen erst nach den Gemeindewahlen zur Mitregierung aufgefordert werden sollen. Dadurch werde der Eindruck hervorgerufen, dass die tschechoslowakische Regierung „manövriere, um den Verhandlungen mit ihnen auszuweichen". Dies gebe, so heißt es weiter, den Engländern den Vorwand, mit den Franzosen nicht weiter zu verhandeln.[306] Und am 28. April meldet der Gesandte Masaryk aus London:

> „Der britische Kriegsminister Hore-Belisha erklärte heute führenden USA-Vertretern ganz vertraulich seine Ansicht über die auswärtige politische Situation. Über die Tschechoslowakei sprach er sehr pessimistisch. Nichts wird angeblich die Tschechoslowakei vor der deutschen Herrschaft schützen, die vielleicht auch ohne direkte Invasion erreicht wird. Wörtlich sagte er: Das Schicksal der Tschechoslowakei ist besiegelt."[307]

## Das Karlsbader Programm

Vier Wochen nach seiner Berlin-Reise und den Gesprächen mit Hitler und von Ribbentrop nutzt Henlein die nächste sich bietende Gelegenheit, seine Forderungen im Namen der Sudetendeutschen zu verkünden. Am 24. April 1938 tagt die SdP in Karlsbad. Henlein stellt dort einen acht Punkte umfassenden Forderungskatalog an die Prager Regierung vor. In diesem „Karlsbader Programm", von dem Henlein gleich sagt, es seien Mindestforderungen, verlangt er

305 Berber, Dok. 120
306 Berber, Dok. 122
307 Berber, Dok. 123

1. die volle Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volk,
2. die Anerkennung der deutschen Volksgruppe als Rechtsperson,
3. die Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes,
4. den Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet, soweit es sich um die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt,
5. gesetzliche Schutzbestimmungen für die Sudetendeutschen, die außerhalb der geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete wohnen,
6. Wiedergutmachung der Schäden, die der deutschen Volksgruppe seit 1918 durch Unrecht zugefügt worden sind,
7. deutsche öffentliche Angestellte in den deutschen Gebieten und
8. die volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung.[308]

Henlein verlangt damit noch keinen Anschluss der Sudetenlande an das deutsche Reichsgebiet. Was er fordert, bleibt im Rahmen der 14 Punkte Wilsons, im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und im Rahmen des tschechisch-slowakischen Abkommens von Pittsburg aus dem Jahre 1918, worin den Völkern innerhalb der Tschechoslowakei Autonomie nach dem Modell der Schweizer Kantone zugesichert worden ist. Doch im Hintergrund und ohne Wissen Henleins wartet Adolf Hitler darauf, dass sich ihm die Tschechen irgendwann durch eigene Fehler selbst ans Messer liefern.

Das Karlsbader Programm hat eine ungeheure Wirkung. Kaum, dass es bekannt geworden ist, verlangen die Vertreter der Slowaken, der Polen und der Ungarn im Prager Parlament die gleiche Autonomie für sich.

## Die Maikrise

In den folgenden zwei Wochen bedrängen die Regierungen in London und Paris die Regierung der Tschechoslowakei mehrmals, mit den Sudetendeutschen zu verhandeln und eine schnelle und friedliche Lösung der Nationalitätenprobleme zu finden. Ministerpräsident Hodza geht darauf ein und legt der englischen Regierung den Entwurf einer neuen Bundesverfassung vor, um damit zu retten, was zu retten ist. Dieser Entwurf für die Verfassung kommt den Forderungen der Minderheiten zwar ein großes Stück entgegen, doch er geht auf ihren Wunsch nach Autonomie nicht ein. Das ist in dieser fortgeschrittenen Lage erneut zu kurz gesprungen, wie schon vier Wochen vorher, als Hodza die nationalen Minder-

308 ODSUN-Dokumente, S. 719

heiten mit der Ankündigung seines „neuen Minderheitenstatuts“ zu beruhigen versuchte.

Vom Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung aus betrachtet steht der Ministerpräsident jetzt mit dem Rücken an der Wand. Wenn er der sudetendeutschen Grenzbevölkerung das volle Recht auf Selbstbestimmung zugesteht, würde das mit dem Staatsverteidigungsgesetz von 1936 installierte „Militärregime“ in den Grenzgebieten der Tschechei zusammenbrechen, und die Verteidigungsfähigkeit der Tschechoslowakei nähme schweren Schaden. Das wird Hodza nicht riskieren. Dennoch sind die Erinnerungen aus London an das Versprechen eines Staats nach Art der Schweiz und das Verlangen der deutschen, ungarischen und polnischen Minderheiten und der Slowaken inzwischen so unüberhörbar, dass keine tschechoslowakische Regierung mehr hinter diese Marke wird zurückweichen können. Als Hodza seinen Verfassungsentwurf Henlein vorlegt, lehnt der ihn - aus seiner Sicht - folgerichtig ab. Henlein entzieht sich dann erst einmal weiteren Gesprächen, indem er nach Berlin und London reist. Auf Bitten Benes’ wird er dort von keinem Mitglied der englischen Regierung empfangen. Doch seine Gesprächspartner sind auch ohnedies hochkarätig, u. a. Churchill, Sinclair und Vansittart, der seinen Chef, den Außenminister, sofort vom Inhalt der Henlein-Gespräche unterrichtet. Dem Sudetendeutschen gelingt es offensichtlich, seine Gesprächspartner und die Presse auf der Insel davon zu überzeugen, dass die Tschechoslowakei im Begriff ist, auseinanderzufallen.

Während Henlein sich noch in Berlin und London aufhält, läuft in der Tschechoslowakei der Wahlkampf für die Gemeindewahlen, die, wie dort üblich, in drei Etappen am 22. und 29. Mai sowie am 12. Juni abgehalten werden sollen. Die Prager Regierung schießt ein Eigentor in diesem Wahlkampf. Sie schickt Propagandaredner in die deutschsprachigen Gebiete und lässt durch sie verbreiten, dass Henlein und die Sudetendeutsche Partei im Solde Deutschlands stünden, und dass ihr Kampf um die Autonomie nur ein Vorwand für einen Anschluss an das Deutsche Reich sei.[309] Diese Wahlwerbung - was den letztgenannten Punkt betrifft - hätte sich die SdP selbst nicht leisten können, ohne des Landesverrats beschuldigt zu werden, aber aus dem Mund der Tschechen ist das straffrei und verlockend. Die SdP fährt sicherlich auch daraufhin am 22. Mai 90 Prozent der deutschen Stimmen ein, am 29. Mai 92 Prozent und am 12. Juni 90,9 Prozent. Ein Erdrutschsieg für Henlein und ein klares Zeichen für die tschechoslowakische Regierung, dass ihr auf sudetendeutscher Seite nun nur noch ein einziger Verhandlungspartner bleibt, Henlein und die SdP.

309 Benoist-Mechin, Band VI, S. 116

Die Wahlkampfwochen bringen eine Reihe von das innen- und außenpolitische Klima störenden Begleiterscheinungen mit sich. In der Zeit vom 1. bis 31. Mai 1938 werden in der Tschechoslowakei bei Übergriffen 3 Sudetendeutsche getötet und 130 verletzt, viele davon schwer. Des Weiteren werden 40 Überfälle mit Misshandlungen von sudetendeutschen Bürgern registriert.[310]

Auch in der Slowakei zieht ein neues Wetterleuchten auf. Am 5. Juni veranstalten autonomistische Slowaken unter Hlinkas Führung in Preßburg einen Kongress, auf dem sie einen Antrag an die Staatsregierung beschließen, ihrem Volk endlich den seit 20 Jahren mehrfach zugesagten und bisher nicht gewährten Autonomiestatus zu gewähren. Tags darauf tagt die tschechentreue Agrarierpartei des Milan Hodza - auch in Preßburg - und der Slowake Hodza spricht dort dem Slowaken Hlinka das Recht ab, für das slowakische Volk zu sprechen. Auch wenn die Gemeindewahlen dann erweisen, dass die Slowakische Volkspartei Hlinkas mit gut einem Drittel der in der Slowakei abgegebenen Stimmen die Agrarierpartei des Ministerpräsidenten Hodza klar abgeschlagen hat, so zeigt sich doch, dass die Stimmung unter den Slowaken sehr geteilt ist. So ist Hlinkas Stellung für die Slowaken in der Slowakei nicht ganz mit der Bedeutung Henleins für die Deutschen in der Tschechei vergleichbar. Doch die Ankündigung der Hlinka-Leute auf dem Preßburger Kongress, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag mit dem Bruch des Pittsburg-Abkommens zu befassen, sorgt in Prag für Turbulenzen.

Ein drittes Ereignis legt sich wie ein Schatten über diese Wahlen. Präsident Benes macht am 20. Mai die Armee der Tschechoslowakei teilmobil, beruft gut 150.000 Reservisten zu den Waffen[311] und behauptet zur Begründung, Deutschland habe seinerseits zuvor mobilgemacht. Das tschechische Kriegsministerium ergänzt, die deutsche Wehrmacht sei bereits mit 8 bis 10 Divisionen auf dem Marsch zur Tschechoslowakei. Die Botschafter Englands und Frankreichs in Berlin lassen die Nachricht von der angeblichen deutschen Mobilmachung von ihren Militärattaches sofort vor Ort nachprüfen. Die Nachrichten der Tschechen erweisen sich als falsch.[312] Außenminister Krofta erklärt den Zweck der Mobilmachung noch am gleichen Abend mit einem „Runderlass“ an alle tschechoslowakischen Botschaften. Er schreibt in einer seltsamen Gedankenführung, dass die Regierung beschlossen habe, Maßnahmen zur Einberufung von Reservisten zu treffen,

310 Bernhardt, S. 210

311 Michaelis, S. 107. Danach werden die tschechoslowakischen Streitkräfte von 171.000 auf 320.000 Mann verstärkt. Nach Zückert (S. 284) werden die tschechoslowakischen Streitkräfte von ca. 183.000 auf ca. 383.000 Mann verstärkt.

312 Henderson, S. 135

weil das aktive Heer unzureichend präsent sei, weil die Reservisten nicht an neu beschafften Waffen ausgebildet seien und schließlich wegen der wachsenden Unruhen im Lande. Im Hinblick auf die Nachrichten über einen deutschen Truppenaufmarsch, so fährt er fort, sei „die Einberufung von fünf Jahrgängen erwogen worden“. Nach der Widerlegung dieser Nachricht „schritt man nur zu den oben erwähnten wichtigen Maßnahmen“[313]. Es ist nicht klar, was die Mobilmachung wirklich ausgelöst hat. In Deutschland wirkt es so, als habe Staatspräsident Benes hier entweder den Versuch gemacht, die Briten, Russen und Franzosen durch diesen Schachzug für sich und gegen Deutschland einzunehmen oder die Sudetendeutschen während der Gemeindewahlen einzuschüchtern oder beides.

Noch 1963 hält der tschechische Historiker Vaclav Kral an Benes’ Begründung zu dieser tschechoslowakischen Teil-Mobilmachung im Mai 1938 fest. Er schreibt noch 25 Jahre später:

> „Die deutschen Truppen bezogen an der tschechoslowakischen Grenze ihre Stellungen. Der tschechoslowakischen Regierung blieb nichts anderes übrig, als eine teilweise Mobilisierung anzuordnen. Mit Erstaunen mußte Hitler zur Kenntnis nehmen, daß die Tschechoslowakei kein Österreich sei; er zog sich zurück.“[314]

Die tschechoslowakische Mobilmachung vom 20. Mai wirkt wie ein Brandbeschleuniger. Es kommt zwar nicht zum Brand, doch sie löst hektische Betriebsamkeit und einen Klärungsprozess aus. Aufgeschreckt durch das Phantom des deutschen Aufmarschs gegen die Tschechei konferieren die Regierungen in London, Washington, Warschau, Rom, Bukarest, Budapest, Brüssel, Moskau und Paris gut eine Woche, wie im Falle eines solchen deutschen Angriffs denn zu reagieren sei. Die französische Regierung akzeptiert die Erklärung des Ministers Krofta, dass die Mobilmachung der Aufrechterhaltung der Ordnung bei den Gemeindewahlen dienen sollte, und sie bekräftigt ihre Entschlossenheit, den Tschechen notfalls mit den Waffen beizustehen. Doch diese mutige Zusicherung der Franzosen steht auf wackeligen Beinen. Der französische Generalstab, der sich nun erneut mit einem Angriff gegen Deutschland auseinandersetzen muss, stellt bald fest, dass man die Deutschen nicht über den Schwarzwald angreifen kann, dass sich die Belgier weigern, französische Truppen durch ihr Land marschieren zu lassen und dass die französische Armee deshalb über den Mittelrhein angreifen müsse. Dort aber seien die Deutschen zu stark. So empfiehlt der französische Generalstabschef, General Gamelin, seinem tschechoslowakischen Kameraden General Syrovy später, die tschechoslowakische Armee möge sich im Falle eines

313 Berber, Dok. 127
314 Kräl-Dokumente, S. 26

deutschen Angriffs aus Böhmen in das mährische Gebirge zurückziehen, wo sie schließlich von der sowjetischen Armee unterstützt werden könnte.[315]

Die Sowjetunion steht zwar auch zu ihrer Beistandspflicht, aber auch sie muss schnell zur Kenntnis nehmen, dass ihr die Regierungen Polens und Rumäniens den Durchmarsch sowjetischer Truppen durch ihre Länder zur Tschechoslowakei verwehren.[316] Die Engländer vermerken mit Verärgerung, dass die Tschechoslowaken weder sie noch die Franzosen vor ihrer Mobilmachung um ihren Rat gefragt, ja nicht einmal informiert haben. Der britische Botschafter in Paris beklagt sich zu Recht beim französischen Außenminister, dass die Mobilmachung der Tschechoslowakei die Mobilmachung der Deutschen nach sich hätte ziehen können. Die Nachbarstaaten Ungarn, Rumänien und Polen sind alle drei nicht Willens, der Tschechoslowakei zu helfen. So kann man diese sogenannte Mai-Krise aus Sicht der Tschechen mit Fug und Recht als eine verpatzte Generalprobe für die Krise des Herbstes 1938 ansehen, die auf der Konferenz von München mit der Abtrennung der Sudetenlande von der Tschechoslowakei endet.

Die Maikrise wirkt sich natürlich auch auf Deutschland aus. Am Tage nach der tschechoslowakischen Einberufung von ein paar Reservistenjahrgängen berichten viele Zeitungen in Europa und den USA, das „klare Nein“ der Tschechen habe Hitler gezwungen, von der Eroberung der Tschechoslowakei abzulassen. Hitler habe „klein beigegeben“ und seine Erklärungen zur Sudetenfrage seinen „nichts als Wind gewesen“[317] Der britische Botschafter in Berlin Henderson kommentiert diesen Vorgang zwei Jahre später in seinen Erinnerungen so:

> „Es war vor allem das Jubilieren der Presse, das Hitler die Entschuldigung für seinen schlechtesten Einfall dieses Jahres gab, und das ihn endgültig über die Grenze zwischen friedlichen Verhandlungen zur Anwendung von Gewalt trieb. [...] Die Deutschen hatten nie mobilgemacht noch [...] hatten sie zu der Zeit in Wirklichkeit die geringste Absicht, einen Handstreich gegen die Tschechoslowakei zu unternehmen. [...] Wir hatten voreilig ‚Der Wolf kommt, der Wolf kommt!’ gerufen. [...] Die Pressekampagne gegen Deutschland hatte zwei verhängnisvolle Folgen. Sie diente Hitler als Entschuldigung für eine gewaltsame Lösung, sie ermunterte die Tschechen fatalerweise, sich in ihrer Situation sicher zu fühlen, und sie bestärkte Benes in seinem Widerstreben, die Sudetendeutschen zufriedenzustellen.“[318]

315 Gamelin, S. 355 f.

316 Bezogen auf Rumänien siehe Hillgruber, S. 19 f. und 27

317 Benoist-Mechin, Band VI, S. 103

318 Henderson, S. 140 f.

Die Reaktionen der Auslandspresse haben, wie Botschafter Henderson später zu Recht bemerkt, eine fatale Wirkung auf den Diktator Hitler, der sich am 20. Mai wieder einmal mit dem „Fall Grün“ beschäftigen muss. Generaloberst Keitel legt ihm an diesem Tage den Entwurf einer Neufassung der Weisung „Grün“ vor, die er genehmigen soll. Bisher sind Hitlers „Konditionen“ so, dass er es den Tschechen überlässt, sich ihr Grab selbst auszuheben. Der Entwurf der Weisung beginnt mit der Erklärung:

> „Es liegt nicht in meiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen, es sei denn, daß eine unabwendbare Entwicklung der politischen Verhältnisse innerhalb der Tschechoslowakei dazu zwingt.“[319]

Hitler kann an diesem Tag nicht wissen, dass Benes zu genau der gleichen Zeit bereits dabei ist, ihm einen Anlass für den nächsten deutschen Schritt zu liefern.

Hitler, der bisher nichts gegen die Tschechoslowakei unternommen hatte, muss mit einiger Berechtigung vermuten, dass Benes mit dem Kriegsgerücht Frankreich und England auf seine Seite ziehen und Deutschland in Schwierigkeiten bringen wollte. Er muss im schlimmsten Falle sogar damit rechnen, dass Benes die noch taufrische Verärgerung der Briten, Sowjets und Franzosen über den jüngst vollzogenen Anschluss Österreichs nutzen will, um diese drei Länder zu einem Kriege gegen Deutschland aufzustacheln. Die falsche Behauptung, die Wehrmacht marschiere nun auch gegen die Tschechoslowakei auf, hätte durchaus diese Folgen haben können. Hitler ist empört und handelt ohne langes Zögern. Am 28. Mai, eine Woche nach der Mobilmachung der Truppen in der Tschechoslowakei, ruft er die Chefs der drei Wehrmachtsteile und andere höchste Offiziere sowie den Außenminister und dessen Amtsvorgänger in die Reichskanzlei. Hitler eröffnet den Herren, dass er sich angesichts der Drohgebärde der Tschechen nun dazu entschlossen habe, die Tschechei bei passender Gelegenheit „blitzschnell zu beseitigen“[320]. Während dieser Generalsbesprechung am 28. Mai erwähnt Hitler kein einziges Mal das Schicksal der Sudetendeutschen. Es geht ihm an diesem Tage und in diesem Kreis um eine andere Frage. Es geht ihm hier allein um die Bewertung der strategischen Bedeutung, die die Tschechoslowakei bei zukünftigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben wird. Hitler spricht von dem Widerstand, den Briten und Franzosen dem weiteren Erstarken Deutschlands entgegensetzen werden, vor allem, wenn es einmal darum gehen wird, die von den beiden Mächten annektierten deutschen

319 Domarus, Band I, S. 863
320 BA/MA., N 28/3, S. 25

Kolonien zurückzuverlangen oder einen Ersatz dafür in Osteuropa. Hitler sieht eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Deutschland auf der einen Seite und Frankreich und Großbritannien auf der anderen für diesen Fall als sehr wahrscheinlich an. Und die Tschechoslowakei steht dabei mit etwa 42 Divisionen auf der Seite der Gegner Deutschlands und zwar in Deutschlands Rücken. Den gleichen Gedanken hatte Hitler schon einmal in der bereits mehrfach zitierten Besprechung am 5. November 1937 vor den Generalen ausgeführt.[321] Nun ist die Tschechoslowakei, nachdem sie am 20. Mai teilmobil gemacht und Deutschland ohne deutschen Anlass ihre Zähne gezeigt hat, nach Hitlers Ansicht reif, um als Risiko aus Deutschlands Rücken zu verschwinden. Der Inhalt dieser neuerlichen Generalsbesprechung im Mai 1938 macht verständlich, warum Hitler ein halbes Jahr danach noch immer nicht zufrieden ist, als ihm auf der Konferenz von München die Sudetenlande zugesprochen werden. Die Sudetengebiete sind für Hitler nur ein Teil des tschechischen Problems. Es geht ihm im Sommer 1938 in Wirklichkeit um die Gefahr an Deutschlands Hintertür. Es geht um die Tschechei.

## Die deutschen Kriegsvorbereitungen

Am 30. Mai 1938 lässt Hitler das Ergebnis der Generalsbesprechung vom Vor-Vortage schriftlich folgen. In der neuerlichen Weisung zum „Aufmarsch Grün“ an die Oberbefehlshaber des Heeres, der Marine und der Luftwaffe heißt es:

> „Es ist mein unabänderlicher Entschluß die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen. Den politisch und militärisch geeigneten Zeitpunkt abzuwarten oder herbeizuführen ist Sache der politischen Führung.
>
> Eine unabwendbare Entwicklung der Zustände innerhalb der Tschechoslowakei oder sonstige politische Ereignisse in Europa, die eine überraschend günstige, vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit schaffen, können mich zu frühzeitigem Handeln veranlassen.“[322]

Ansonsten befiehlt Hitler, die drei Wehrmachtsteile in aller Stille so auf einen Angriff auf die Tschechoslowakei vorzubereiten, dass ein Feldzug dazu ab 1. Oktober 1938 begonnen werden könnte. Neu in dieser Weisung ist die Bereitschaft Hitlers, den geeigneten Zeitpunkt für den Angriff gegebenenfalls auch selbst „herbeizuführen“, also nachzuhelfen.

321 Die mit dem Hoßbach-Protokoll überlieferten Ausführungen Hitlers
322 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 221

Nicht ganz drei Wochen später ist der Entwurf für eine neue Grundsatzweisung fertig und wird Hitler zum Unterschreiben vorgelegt. Eine Grundsatzweisung wie diese ergeht in aller Regel einmal jährlich an die Wehrmacht. Sie klärt je nach aktuellem Stand der außenpolitischen Beziehungen die grundsätzliche Frage, wie sich die Wehrmacht zu verhalten habe, falls es im nächsten Jahr zum Kriege käme. Sie benennt, welche Staaten als Verbündete, Neutrale oder Gegner anzusehen sind, ob ihnen abwartend, verteidigend oder angriffsweise zu begegnen sei, und sie klärt andere Grundsatzfragen. Auf der Grundlage dieser Weisungen werden dann die Aufmarschpläne und die Verteidigungs- bzw. Angriffspläne für die verschiedenen Landesgrenzen erstellt und danach die immer detaillierten Operationspläne der Luftflotten, Armeen, Korps und Divisionen ausgearbeitet. Das ist ein Prozess, der ein paar Monate in Anspruch nimmt. So ist die Wehrmacht mit dieser neuen Weisung vom 18. Juni 1938 noch nicht bereit und in der Lage, die Tschechoslowakei in ein paar Wochen anzugreifen, doch die Weichen sind gestellt, und die Vorbereitungen laufen.

Die Kernaussagen dieser Weisung vom 18. Juni 1938, soweit sie sich auf die Tschechoslowakei beziehen, lauten:

> „Als Nahziel steht die Lösung der tschechischen Frage aus eigenem freiem Entschluß im Vordergrund meiner politischen Absichten. Ich bin entschlossen, ab 1.10.1938 jede günstige politische Gelegenheit zur Verwirklichung dieses Ziels auszunutzen. [...]
>
> Ich werde mich aber zur Aktion gegen die Tschechei nur entschließen, wenn ich, wie bei der Besetzung der entmilitarisierten Zone und beim Einmarsch in Österreich, der festen Überzeugung bin, daß Frankreich nicht marschiert und damit auch England nicht eingreift.“[323]

Es folgt dennoch der Auftrag an die Wehrmacht, sich gedanklich auf die Fälle einzustellen, dass Frankreich wider Erwarten in den Krieg eingreift, dass England Frankreich unterstützt und dass auch die Sowjetunion der Tschechoslowakei zu Hilfe eilt.

Die Deutsche Wehrmacht wird ab dem 1. Oktober dieses Jahres also einen Angriff auf die Tschechoslowakei beginnen können. Es bleibt da nur die Frage offen, ob sich bis dahin oder auch danach jene „günstige politische Gelegenheit“ ergeben wird, die Hitler als Voraussetzung für diesen Angriff vorsieht. Diese „günstige Gelegenheit“ kann sich z. B. aus einem weiteren Fehler der tschechoslowakischen Führung oder aus den inneren Spannungen der Tschechoslowakei ergeben.

323 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 282

Weder die tschechoslowakische Regierung noch Konrad Henlein erfahren die Bedeutung, die der kommende 1. Oktober ab jetzt durch diese neue Grundsatzweisung für die Wehrmacht hat. Beide wissen nicht, dass Teile der Wehrmacht ab diesem Datum jederzeit zum Angriff auf die Tschechoslowakei antreten können. Die Tschechen kennen nur die Hitler-Warnung, „dass es zu den Interessen des Deutschen Reichs gehört, auch die Rechte der Volksgenossen außerhalb der eigenen Landesgrenzen zu schützen, wenn diese nicht in der Lage sind, das selbst zu tun“. Auch später - bis zur Konferenz von München - wird Hitler nicht mit Krieg drohen und auch nicht den Anschluss der Sudetengebiete an das Deutsche Reich verlangen. Er wird die Krise sich innerhalb der Tschechoslowakei bis zur „günstigen Gelegenheit“ entwickeln lassen. Auch Henlein kennt die Bedeutung dieses Datums nicht. Aber der „Sudetenführer“ hat seinen Freifahrtschein von Hitler. Er weiß, dass er von den Tschechen mehr fordern darf, als sie ihm je gewähren würden. Die tschechoslowakische Führung hat keine Chance mehr, die Katastrophe von ihrem Staat noch abzuwenden. Sie hat es 20 Jahre lang versäumt, den Slowaken, den Deutschen und den anderen Minderheitenvölkern ihre ursprünglich garantierten oder versprochenen Rechte einzuräumen. Sie hat in aller Regel auch ihre zwischenzeitlich gegebenen Versprechen ohne Hemmungen gebrochen. Die tschechoslowakische Führung hat den Kredit verspielt, den sie jetzt so dringend bräuchte. Und Henlein hat das Verhandeln nicht mehr nötig. Er wäre töricht, wenn er die bessere Alternative, den Anschluss an das Deutsche Reich, durch neue Absprachen mit den stets unzuverlässigen Tschechoslowaken jetzt noch verspielen oder auch nur verzögern würde.

## Das letzte Vierteljahr vor München

Seit dem Februar-Gespräch zwischen Benes und Hodza auf der einen und den sudetendeutschen Parteichefs auf der anderen Seite, das mit der generellen Ablehnung der deutschen Autonomiewünsche geendet hatte, hat es auf Drängen der Briten und Franzosen am 23. Mai noch einmal ein erfolgloses Gespräch zwischen der Regierung und der SdP gegeben. Nun am 23. **Juni** folgt eine weitere Verhandlung. In dieser ersten gemeinsamen Sitzung der Regierung mit der Parteispitze der SdP versucht letztere die Regierung von der Berechtigung ihrer Karlsbader Forderungen zu überzeugen. Diese legt ihrerseits den sudetendeutschen Politikern stattdessen einen Gegenvorschlag vor, den sie nun Punkt für Punkt verhandelt haben will. Die Sudetendeutschen aber möchten sich nicht mit Einzelkonzessionen abspeisen lassen. Sie wollen zuerst die grundsätzlichen Ansprüche, wie sie im Karlsbader Programm zu lesen sind, behandelt wissen, z. B. die volle Gleichberechtigung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Auch

dies Gespräch vom 23. Juni bringt beide Seiten nicht einander näher. Zwei Tage später, am 25. Juni kommt die Regierung der SdP ein kleines Stück entgegen. Sie sichert zu, dass in den deutschen Städten und Gemeinden keine weiteren Staatspolizeiämter mehr eingerichtet werden. Doch schon am 28. Juni werden die vier nächsten solcher Ämter in Lobositz, Neubistritz, Podersam und Bluditz aufgemacht. Wenig später folgen weitere in anderen Orten. Auch sonst wird in den nächsten Tagen von tschechischer Seite mehr Vertrauen ab- als aufgebaut. Am 26. Juni kündigt der Justizminister Disziplinarverfahren für alle Staatsbeamten an, die für das Selbstbestimmungsrecht der Minderheiten eintreten. Am 29. Juni wird in Prag ein Boykott gegen sudetendeutsche Geschäfte organisiert. Das alles fördert weder Benes' noch Hodzas jüngste Bemühungen, das Vertrauen und die Mitarbeit der SdP zu aktivieren.

Während die Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen Führung und Henlein erfolglos auf der Stelle treten, gibt es eine weitere Warnung für die Tschechen aus Paris. Am 17. **Juli** übergibt der französische Außenminister George Bonnet dem tschechoslowakischen Botschafter in Paris Stefan Osusky eine Note. Der Inhalt dieses Schreibens besagt, dass die Regierung in Prag ihre „illusionistischen Vorstellungen aufgeben müsse“. Im einzelnen ist in der Note ausgeführt, dass Jugoslawien wie die USA im Falle eines Krieges neutral blieben werden, dass Rumänien und Polen den sowjetischen Truppen keinen Durchmarsch in die Tschechoslowakei gestatten werden, dass Frankreich die Gewissheit einer britischen bewaffneten Unterstützung haben müsste, dass England aber eine schiedsgerichtliche Lösung der Sudetenfrage vorziehen könnte. Bonnet sagt Osusky offen:

> „Frankreich wird keinen Krieg wegen des Sudetenlandes führen. In der Öffentlichkeit bestätigen wir natürlich unsere Solidarität, wie es die tschechoslowakische Regierung wünscht. [...] um eine ehrenhafte friedliche Lösung zu finden. [...] aber die tschechoslowakische Regierung muss bedenken, dass Frankreich so wie England, nicht in den Krieg zieht.“[324]

Ministerpräsident Hodza reagiert. Am 29. **Juli** versucht er ein aus seiner Perspektive nächstes Stück Entgegenkommen. Er schickt der SdP einen weiteren Entwurf des im März angekündigten neuen Nationalitätenstatus, nämlich den „Entwurf des Gesetzes über die Grundlagen der territorialen Selbstverwaltungsverbände“. Die SdP lehnt den Entwurf ab, weil die in ihm vorgesehenen Verwaltungsräume kleinere deutsche Gebiete in größere tschechische Gebiete integrieren. Wenn dieses Gesetz verwirklicht würde, fänden sich viele Deutsche, die heute noch in

324 Krystlik, S. 159 f.

weitgehend deutschsprachigen Gebieten leben, als Minderheit in überwiegend tschechischen Gebieten wieder. So vergeht auch der Juli 1938 mit untauglichen Versuchen des Ministerpräsidenten Hodza, die Sudetendeutsche Partei mit diversen Konzessionen im Boot der Tschechoslowakei zu halten.

Der **August** und der **September** stehen ganz im Zeichen des Besuchs einer englischen Untersuchungskommission. Sonderbotschafter Runciman reist durch die Tschechoslowakei, um den tschechoslowakisch-sudetendeutschen Streit zu untersuchen und - wenn möglich - zu vermitteln. So hat die Anwesenheit der Engländer im Lande einen nicht geringen Einfluss auf den Fortgang und den Inhalt der tschechoslowakisch-sudetendeutschen Verhandlungen. Keine der beiden Seiten möchte vor den Engländern den Eindruck erwecken, sie sei nicht gesprächsbereit und trage die Schuld an einem endgültigen Bruch.

## Die Runciman-Mission

Ab dem Mai 1938 brauen sich der Ärger um die Mobilmachung in der Tschechoslowakei und die Gerüchte über eine aggressive Reaktion aus Deutschland in London zu der Furcht vor einem neuen Krieg zusammen, für den sich England derzeit noch nicht genug gerüstet fühlt. So bietet die englische Regierung am 20. Juli 1938 der tschechoslowakischen die Entsendung einer „unparteiischen Persönlichkeit von Rang und Ansehen“ an, die die zerstrittene Lage in der Tschechoslowakei vor Ort untersuchen und dabei auch vermitteln könne. Gedacht ist an den ehemaligen britischen Handelsminister Viscount Walter Runciman.[325] Staatspräsident Benes nimmt den Vorschlag zunächst mit dem Kommentar auf, „man könne nicht zulassen, dass die Sudetendeutsche Partei als gleicher Partner neben die tschechoslowakische Regierung gestellt werde“. Doch Paris rät Prag, den Vorschlag anzunehmen, keine Bedingungen zu stellen und dem englischen Vermittler aufzulisten, mit welchen sudetendeutschen Forderungen man nicht einverstanden sei. Staatspräsident Benes nimmt Englands Anerbieten schließlich an, auch wenn er Runciman in der Vermittlerrolle ablehnt. Er akzeptiert ihn nur als „freundschaftlichen Berater“. Den Sudetendeutschen ist Runciman willkommen. Und Hitler ist verschnupft, weil die Runciman-Mission nicht vorher mit ihm abgesprochen worden ist.

Die Noten und Notizen, die sich jetzt und in den nächsten Wochen um Viscount Runcimans Besuch ranken, offenbaren eine Überlegung, die nichts mit der Minderheitenfrage in der Tschechoslowakei zu tun hat. Sie legen offen, dass Tschechen

325 Berber, Dok. 142

und Franzosen glauben, England vermittele nur, weil es sich noch nicht zu einem Krieg gerüstet fühlt. So berichtet der tschechoslowakische Gesandte Osusky am 5. August aus Paris nach Prag über einige Gespräche, die er in letzter Zeit mit anderen Diplomaten in Paris geführt hat:

> „Massigli[326] sagt, daß die Engländer wissen, daß es zum Kriege kommen wird, und daß sie sich mit allen Mitteln bemühen, ihn hinauszuzögern. [...] Sir Arthur Street [Ständiger Unterstaatssekretär im brit. Luftfahrtministerium] [...] der mit einer leitenden Aufgabe im Luftfahrtministerium beauftragt wurde, [...] sagte, daß er in sechs Monaten die englische Luftfahrt in Ordnung haben wird.“[327]

Osusky meldet sich am 20 August ein weiteres Mal zu diesem Thema und schreibt, dass der Generalstabschef der französischen Luftwaffe, General Vuillemin geäußert habe:

> „daß im Frühjahr des kommenden Jahres die französische Luftwaffe erneuert sein wird. Die Engländer rechnen damit, daß sie in sechs Monaten ihre Luftwaffe in Ordnung haben werden. [...]. Im Großen und Ganzen wird Deutschland im Verhältnis zu Frankreich und England nur verlieren, und so arbeitet die Zeit gegen Deutschland.“[328]

Am 3. August 1938 trifft Sonderbotschafter Runciman mit seiner Kommission in Prag ein, um dort den Stand der sudetisch-tschechischen Differenzen zu ermitteln und, wenn nötig, zu vermitteln. Viscount Runciman - zunächst noch optimistisch - kommt schon nach 48 Stunden für sich zu dem Ergebnis, dass ein Ausgleich zwischen Tschechen und Sudetendeutschen nicht mehr möglich ist. Er reist wochenlang durch die Tschechoslowakei und sucht nach einem Ansatz. Auch seine Rücksprachen mit der Londoner Regierung bringen ihn nicht weiter. Lord Halifax, der englische Außenminister, rät ihm am 18. August in einem Brief, er solle, falls die Vermittlung scheitern sollte, selbst einen Plan entwickeln und ihn beiden Seiten übergeben. Die könnten ihn dann ablehnen oder akzeptieren, was die ablehnende Partei ins Unrecht setzen würde. Vorschläge, die Halifax in seinem Brief selbst ins Gespräch bringt, sind eine Gipfelkonferenz mit Großbritannien, Frankreich, der Tschechoslowakei und Deutschland, gegebenenfalls auch einschließlich Polens, Ungarns, Italiens und Russlands oder eine Volksabstimmung. Auf alle Fälle drängt der englische Minister seinen Vermittler Runciman zu größter Eile. Er solle Ergebnisse vor dem Nürnberger Parteitag der NSDAP

326 Leitender Beamter in der politischen Abteilung des französischen Außenministeriums
327 Berber, Dok. 147
328 Berber, Dok. 150

vorweisen, damit Hitler dort nicht behaupten könne, er habe die Geduld verloren. Ansonsten drückt Halifax im Brief die Hoffnung aus, dass Benes nun endlich die schon lange versprochene Übernahme von mehr Sudetendeutschen in den Staatsdienst in die Tat umsetze.[329]

Bis Mitte August ist es vor allem Präsident Benes, der mauert und den deutschen Bürgern seines Staates nicht entgegenkommen will. Am 24. und 25. August kommt es auf Drängen des Präsidenten des Verfassungsgerichts dann doch noch zu Gesprächen, zu denen Benes den gemäßigten Abgeordneten Ernst Kundt in seinen Amtssitz einlädt. Kundt sagt unter der Bedingung zu, dass ein weiterer SdP-Abgeordneter als Zeuge am Gespräch teilnimmt. Der Abgeordnete Kundt wird damit für die nächsten Wochen zum Verhandlungsführer der Sudetendeutschen. Die erste Gesprächsrunde vom 24. August erschöpft sich in gegenseitigen Vorwürfen.[330] Der zweite Tag beginnt ebenfalls mit Benes' Vorwürfen gegen die Sudetendeutschen und seinen Lobpreisungen der Tschechoslowakei.[331] Doch schließlich kommen die zwei deutschen Abgeordneten auf das Karlsbader Programm zu sprechen, das Kundt nun als Mindestforderung bezeichnet. Benes hakt hier ein und entwickelt einen **Plan mit sieben Punkten,** die die deutschen Wünsche zu einem großen Teil erfüllen. Das sind 1. die Errichtung dreier autonomer deutscher Kreise, 2. der sofortige Austausch der tschechischen Beamten in den Sudetengebieten gegen deutsche Beamte für die drei autonomen Kreise, 3. das Budgetrecht für die drei deutschen Kreise, 4. eine Anleihe zur wirtschaftlichen Förderung dieser drei deutschen Kreise, 5. die Einberufung eines Verfassungsausschusses, damit dieser innerhalb eines und spätestens dreier Monate eine Änderung der tschechoslowakischen Verfassung ausarbeite und darüber beschließe, 6. einen Waffenstillstand in den gegenseitigen Pressepolemiken und 7. die Abberufung der tschechischen staatlichen Polizei aus den Sudetengebieten für den Fall, dass dort eine Beruhigung eintritt.[332]

Als Benes diesen Vorschlag drei Tage später schriftlich nachreicht - er nennt es seinen „4. Plan“ -, ist von den sieben Punkten nicht mehr viel geblieben außer allgemein gehaltenen, grundsätzlichen Zusagen. Runciman ist tief enttäuscht, als er Benes' neuen Vorschlag in den Händen hält. Er hatte erwartet, dass das

329 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 643

330 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 398, Anlage 1 und Kräl-Dokumente, Dok. 190

331 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 398, Anlage 2

332 Nach Berber, Dok. 154 bezeichnet der tschechoslowakische Gesandte Osusky die Vorschläge als „7-Punkte-Plan“. Nach dem deutschen Gesprächsprotokoll (ADAP, Serie D, Band II, Dok. 389) decken sich die Benes-Vorschläge weitgehend, jedoch nicht ganz, mit der Osusky-Darstellung. Der tschechische Historiker Kräl lässt dieses Dokument und den 7-Punkte-Plan interessanterweise in seinem Dokumentenband aus.

Papier nun die 7 Punkte vom 25. August schriftlich ausführt und konkretisiert. Runciman bewertet das Benes-Schreiben in seinem Bericht nach London als „Verwässerung der alten Zusagen und einen Rückschritt, der sich im Bereich akademischer Grundsatzerklärungen bewegt“.[333] Er sieht voraus, dass die Veröffentlichung dieses Elaborats vom 27. August mehr Schaden anrichten als von Nutzen sein werde. Die Vertreter der Sudetendeutschen bewerten das Benes-Schreiben nicht so pessimistisch. Die deutsche Prager Botschaft meldet, dass der Henlein-Stellvertreter Frank die Vorschläge als verhältnismäßig weitgehend bezeichnet, die nicht ohne Weiteres abgelehnt werden könnten. Doch der Bericht der Botschaft bestätigt auch den Grund der Runciman-Enttäuschung. Es heißt dort, dass die Einzelheiten der Benes-Vorschläge erst von einer paritätischen Kommission ausgearbeitet werden müssten.[334] Also hat sich Staatspräsident Benes nicht konkret auf Einzelheiten festgelegt. Das hat Runciman wohl mit „Verwässerung der alten Zusagen“ gemeint.

Am 30. August bewertet Konrad Henlein das schriftliche Benes-Angebot, den „4. Plan“, gegenüber einem Mitglied der Runciman Kommission „als unzureichend“ und „er äußert auf Erfahrung begründete Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit Benes’ und an der Fairness der tschechoslowakischen Regierung“.[335] Jetzt geht die Saat der vielen Benes’schen nicht gehaltenen Versprechen auf. Die Vertreter der Sudetendeutschen zeigen ohnehin kein Interesse mehr an den Zugeständnissen der Tschechen, weil sie inzwischen nur noch den Anschluss an das Deutsche Reich im Auge haben.

Hier ist ein kleiner Vorgriff auf den August des Jahres 1939 nötig: Am 3. August 1939, im Londoner Exil, versucht der Parteichef der sudetendeutschen Exil-Sozialdemokraten Wenzel Jaksch den nun Ex-Staatspräsidenten Benes für eine Föderationslösung für die Nachkriegs-Tschechoslowakei zu gewinnen. Er erinnert Benes dabei an seinen 4. Plan von 1938, worauf dieser ihm antwortet, dass dieses Dokument „mehr zur Demaskierung Henleins bestimmt gewesen sei“[336]. Man kann daraus nur schließen, dass Henlein mit seinen Zweifeln an Benes’ Vertrauenswürdigkeit im August 1938 realistisch dachte.

Zurück zum 31. August des Jahres 1938: Inzwischen stößt Benes’ Hinhaltetaktik auch in London auf massive Kritik. Am 31. August telegrafiert Außenminister Halifax an Runciman:

333 DBFP; 3rd Series, Volume II, Doc. 717
334 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 407
335 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 417
336 Wanka, S. 47

> „Wie Ihr Telegramm erscheinen läßt, treibt Benes Schindluder. Ist es nicht soweit, jetzt drastische Maßnahmen zu ergreifen? Benes' augenblickliches Verhalten wird unübersehbaren Schaden anrichten. Ich schlage deshalb vor, daß Sie ihm sagen, daß Sie es im Interesse des europäischen Friedens für richtig halten, daß er jetzt sofort den vollen Inhalt seiner 7 Punkte, wie er sie letzte Woche vorgeschlagen hat, veröffentlicht und sie als unveränderbare Grundlage für die Verhandlungen festschreibt. Und sagen Sie ihm, daß Sie es tun werden, wenn er es nicht tut, und daß Sie die 7 Punkte dann als ihren eigenen Vorschlag an beide Seiten herausgeben.“[337]

Nun unternimmt Viscount Runciman einen Schritt, der nicht leicht nachvollziehbar ist. Er bittet Henlein, Hitler aufzusuchen, was Henlein sofort in die Tat umsetzt. Er reist nach Deutschland und kann Hitler zweimal sprechen, am 1. und am 2. September. Es sind keine Protokolle dieser Audienzen überliefert, aber es wird amtlich mitgeteilt, dass Konrad Henlein „auf Veranlassung Lord Runcimans den Führer aufgesucht hat“[338]. Henlein berichtet nach der Rückkehr einem Mitglied der Runciman-Mission, dem Diplomaten Ashton-Gwatkin. Dieser übermittelt dann, dass Henlein Hitler vorgetragen habe, er werde kompromisslos auf der Erfüllung der acht Karlsbader Forderungen bestehen, was Hitler gutgeheißen habe. „Im Übrigen hätte Konrad Henlein von dem Führer keine bestimmten Richtlinien oder Instruktionen erhalten.“[339] Hitler verzichtet demnach darauf, Henlein und die Sudetendeutschen weiter aufzustacheln. Welche Absicht Runciman mit der Henlein-Mission verfolgt hat, bleibt im Dunkeln.

Am 2. September lehnen sowohl die Sudetendeutsche Partei als auch Viscount Runciman den letzten, „verwässerten“ Benes-Vorschlag ab. Am 5. berichtet Runciman über den Druck, den er und seine Mitarbeiter mittlerweile auf die Prager Regierung ausüben. Über Benes schreibt er an Minister Halifax:

> „Aber nichts kann die langsame Gangart und die hinauszögernde Verhandlungsführung der vergangenen fünf Monate entschuldigen. Man darf öffentlich nichts über die unglücklichen Fehler seines Vorgehens sagen, und ich kann nur hoffen, daß wir für die Zukunft keinen Grund zur Klage mehr haben. Er nimmt die Verhandlungen morgen wieder auf, aber mit meiner ernsten Warnung, unterstützt von Botschafter Newton am Sonnabend, daß das britische Volk und die britische Regierung zwischen Henleins acht Karlsbader Punkten und Krieg zu wählen hätten. Bei dieser Entscheidung gäbe es ja keine Zweifel. [...] Ich bin mit tschechischen Führern und Ministern in Kontakt, und ich habe viele unangenehme Gesellen unter ihnen angetroffen, mit

337 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 724
338 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 429
339 ADAP, Serie D, Band II, Anlage zu Dok. 435

> denen allein Hodza und Benes fertig werden können. Diesen Aspekt darf man bei der ganzen Angelegenheit nicht übersehen.“[340]

Am 7. nimmt Benes einen letzten Anlauf und gesteht der SdP in einem neuen Plan fast alles zu, was sie in ihrem Karlsbader Programm gefordert hat. Der Plan ist zuvor vom Prager Kabinett gebilligt worden, doch auf deutscher Seite kommt er nun nicht mehr zum Zuge. Am 7. September, als er überreicht wird, ist Konrad Henlein schon nach Nürnberg zum Reichsparteitag abgereist. Bevor Henlein nach Prag zurückkehrt, hat sich die Großwetterlage schlagartig verändert. Über Benes’ letzten Plan wird nun nicht mehr verhandelt.

Viscount Runciman erstattet am 16. September 1938 Bericht an Halifax in London. Der Report fällt vernichtend für die Tschechen aus. Er gibt Henlein zwar die Alleinschuld für den letzten Abbruch der Gespräche, doch er schreibt auch:

> „Mein Eindruck ist, daß die tschechische Verwaltung im Sudetengebiet, wenn sie auch in den letzten 20 Jahren [...] gewiß nicht „terroristisch“ war, dennoch einen solchen Mangel an Takt und Verständnis und so viel kleinliche Intoleranz und Diskriminierung an den Tag legte, daß sich die Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung unvermeidlich zur Auflehnung fortentwickeln mußte. Die Sudetendeutschen mußten auch erleben, daß ihnen seitens der tschechoslowakischen Regierung in der Vergangenheit zwar eine Menge versprochen worden war, daß aber nur sehr wenig oder nichts hiervon in Erfüllung gegangen ist.“[341]

Er fährt fort, man habe tschechische Beamte und Polizisten ohne Deutschkenntnisse in rein deutschen Bezirken eingesetzt, Tschechen in deutschen Gebieten angesiedelt, tschechische Firmen bei der Vergabe von Staatsaufträgen bevorzugt, soziale Hilfen auf die Tschechen konzentriert und vieles mehr.

> „Sogar“, so beklagt Runciman, „jetzt noch, zur Zeit meiner Mission, habe ich bei der tschechischen Regierung keinerlei Bereitwilligkeit gefunden, diesem Sachverhalt in erschöpfendem Maße abzuhelfen.“

Runciman schließt mit der Empfehlung, die Grenzbezirke mit „bedeutender deutscher Bevölkerungsmehrheit“ unverzüglich von der Tschechoslowakei zu trennen und an Deutschland anzugliedern. Für weitere Gebiete, in denen die Sudeten nicht die große Mehrheit bilden, schlägt er Volksabstimmungen vor und einen autonomen Status innerhalb der verbleibenden Tschechoslowakei.[342]

340 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 783

341 Der Abschrift für Benes entnommen aus DBFP, 3rd Series, Volume II, Appendix II, Doc. IV

342 Francois-Poncet, S. 370

Bemerkenswert ist eine Runciman-Bemerkung in seinem Abschiedsbrief an Benes, der den Bericht an Halifax im Wesentlichen wiederholt. Dort bedauert er, dass die Sudetendeutsche Partei als die zweitstärkste in der Nationalversammlung keine verfassungsmäßige Möglichkeit bekommt, sich zum Wohl der Deutschen auszuwirken, weil sie immer überstimmt werden kann. Runciman schreibt in diesem Brief an Benes, dass „Sudetendeutsche die tschechische Demokratie folgerichtiger Weise für eine Farce halten“[343]. Man kann vermuten, dass Runciman den Sachverhalt genauso sieht.[344]

343 DBFP, 3rd Series, Volume II, Appendix II, Doc. IV
344 DBFP, 3rd Series, Volume II, Appendix II, Doc. IV

# TEIL 8

# 1938 - DAS RINGEN UM EINE LÖSUNG

**Die Zuspitzung der Lage**

**Chamberlains erster Vermittlungsversuch vom 15. September 1938**

**Die Franzosen und der Benes-Vorschlag zur Aussiedlung der Sudetendeutschen**

**Der britisch-französische Abtretungsplan**

**Die anderen Interessenten**

**Roosevelts Rettungsversuch**

**Die „Prager Abtretung“ vom 21. September 1938**

**Das Treffen in Bad Godesberg vom 22. bis 24. September 1938**

**Benes’ „Sowjet-Plan“**

**Die Horace-Wilson-Mission**

**Eine schlimme Woche für die Sudetendeutschen**

**Das letzte Ringen um eine Lösung**

# 1938 - DAS RINGEN UM EINE LÖSUNG

## Die Zuspitzung der Lage

Noch während Lord Runciman in Prag versucht, zwischen Tschechen und Sudetendeutschen zu vermitteln, findet vom 5. bis zum 12. September 1938 in Nürnberg der NSDAP-Parteitag statt. Hitlers Abschluss- und Grundsatzrede ist für den 12. angesetzt. Die ganze Welt erwartet mit großer Spannung, was Hitler zur neuesten Entwicklung in der Tschechoslowakei sagt. Am 10. versucht Benes, Hitler mit einer Rundfunkrede vor der Welt zuvorzukommen und die öffentliche Meinung des Auslands für sich einzunehmen.

> „Die Tschechoslowakei“, so erklärt der Präsident der Republik, „hat sich infolge ihrer geografischen Lage als erstes Land an die Lösung der Nationalitätenproblematik begeben müssen. Der 4. Plan der Regierung [Benes’ Plan vom 7. September] legt eine Lösung vor, die allen Nationalitäten der Republik ihre Rechte proportional gewährt. [...] Dadurch wird Amerika und Europa, vor allem England und Frankreich der Beweis geliefert, daß die tschechoslowakische Regierung ihre Aufgaben kennt. Wenn es gelingt, sie zu erfüllen, wird die tschechoslowakische Republik einer der schönsten, der bestverwalteten, der reichsten und der gerechtesten Staaten auf der ganzen Welt.“[345]

Hitlers Antwort folgt der Benes-Rede auf dem Fuße. Seine Grundsatzrede zum Abschluss des Parteitags ist zwar harsch im Ton, doch Hitler verlangt dabei noch immer nur das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerungsgruppe innerhalb der Tschechoslowakei. Er fordert keinen Anschluss an das Reich, er drängt auf keine Volksabstimmung, er stellt kein Ultimatum. Doch die Benes-Rede mit den Lobpreisungen der Tschechoslowakei gibt Hitler den Aufhänger, ihn persönlich anzugreifen. Als Erstes wirft er dem Präsident der Republik den erlogenen deutschen Aufmarsch vom vergangenen Mai vor. Dann fährt er fort:

> „Herrn Benes’ Taktik ist, er redet und will Verhandlungen organisieren, nach Genfer Muster die Frage der Prozeduren klären und kleine Beruhigungsgeschenke geben. So geht das auf die Dauer nicht! Hier handelt es sich nicht um Redensarten, sondern um Recht, und zwar um verletztes Recht.“

345 Benoist-Mechin, Band VI, S. 244

Dann folgen die Kernsätze seiner Rede zum Problem des Nachbarlandes:

> „Was die Deutschen fordern, ist das Selbstbestimmungsrecht, das jedes andere Volk auch besitzt. [...] Ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der dreieinhalb Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei aufhört und an deren Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt. [...] Im Übrigen ist es Sache der tschechoslowakischen Regierung, sich mit den berufenen Vertretern der Sudetendeutschen auseinanderzusetzen und eine Verständigung so oder so herbeizuführen.“[346]

Doch lässt es Hitler auch nicht an einer Warnung fehlen. Er sagt an späterer Stelle:

> „Die Deutschen in der Tschecho-Slowakei sind weder wehrlos noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen.“

Für das Ausland lässt auch diese Rede den Weg des Friedens offen, und selbst im Inland kann daraus noch niemand schließen, dass Hitlers Ziel in Wirklichkeit die Unterwerfung der Tschechei in naher Zukunft ist. Immerhin hatte Hitler dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General Keitel, und dem Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, schon eine Woche vorher am 3. September befohlen, Wehrmachtstruppenteile bis zum 28. September so nahe an die Tschechoslowakei heranzuführen, dass sie gegebenenfalls nach zwei weiteren Tagesmärschen dort einmarschieren könnten.

Die weitere Zuspitzung der Lage entwickelt sich nun in den Städten und Gemeinden der Sudetenlande. Hatte die Führung der SdP zunächst eine Weisung an ihre Mitglieder erlassen, die Regierungsmacht nicht herauszufordern und sich bei Gewalttaten gegen Deutsche nicht zu wehren, so erteilt der Henlein-Stellvertreter Frank am 26. August den Rat, in solchen Fällen das „Recht auf Notwehr“ zu gebrauchen. Seitdem mehren sich die Zwischenfälle in den Sudetengebieten. Am Tage nach der Benes-Rede über die Aussichten auf den „bestverwalteten, reichsten und gerechtesten Staat“ sind die Sudetendeutschen in einem Zustand der Erregung und Empörung. Am 11. und 12. September kommt es zu Schlägereien in den Städten und Dörfern, namentlich in Teplitz, Komotau, Reichenberg und Aussig. In den Erinnerungen eines Sudetendeutschen liest man dazu:

> „Es kam zu Schlägereien und sehr unliebsamen Auseinandersetzungen, die zu ganz bösen Folgen führten. Alle Differenzen, die sich in den vergangenen 20 Jahren zwischen tschechischen und deutschen Familien ereignet hatten, wurden in diesen Tagen

346 Domarus, Band I, S. 904

> aufgerechnet und zum Großteil tätlich abgerechnet. Es gab Fälle, die mit Sippenhaftung ausgetragen wurden, und es wurde höchste Zeit, daß der Spuk vorüberging und durch das Militär wieder Ruhe und Ordnung in die Gegend kam.“[347]

Die Regierung zählt 23 Tote, darunter 13 Tschechen, und eine große Zahl Verletzter, und sie wirft den Deutschen vor, den Aufruhr provoziert zu haben. Am 13. September verhängt die Regierung das Standrecht über 16 sudetendeutsche Kreise. Nun „entwickelt sich die innere Situation der Tschechoslowakei von schlecht zu schlimm“[348]. Die Propaganda im Deutschen Reich malt schwarz und heizt die Sudetendeutschen weiter an. Wenn man die Unwahrheiten der deutschen Medien abzieht, bleiben immer noch ein paar standrechtliche Erschießungen und einige hundert Verhaftungen von Angehörigen der deutschen Bevölkerungsgruppe. In Deutschland nimmt man im Gegenzug 150 hier ansässige Tschechen als Geiseln in Haft, um weitere Erschießungen in der Tschechoslowakei zu unterbinden.

Am Tag des Standrechts, dem 13. September fordert die Regierung Frank auf, zur Fortsetzung der Gespräche über Benes’ „4. Plan“ nach Prag zu kommen. Frank teilt Ministerpräsident Hodza um 16 Uhr fernmündlich mit, dass die Sudetendeutsche Partei nur unter fünf Bedingungen mit der Wiederaufnahme der Gespräche einverstanden sei: 1. des Zurückziehens der Staatspolizei, 2. der Aufhebung des Standrechts, 3. der Kasernierung des tschechischen Militärs und seine Zurücknahme von den Straßen, um weitere Zusammenstöße mit der Zivilbevölkerung zu vermeiden, 4. der Übernahme des Polizei- und Sicherungsdienstes durch lokale Behörden, z. B. die Bürgermeister und 5. der Bekanntgabe der Maßnahmen durch den Rundfunk. Frank gibt Hodza sechs Stunden Zeit, seine Bedingungen zu akzeptieren. Das ist ein Ultimatum.[349] Sieben Stunden später gibt Hodza seine Antwort. Er sei bereit, in Prag über die Bedingungen zu verhandeln. Ministerpräsident Hodza dreht allerdings den Spieß um. Franks Bedingung war, nach Prag zu kommen, wenn die fünf Forderungen angenommen worden sind. Hodzas Bedingung ist, über die fünf Forderungen zu sprechen, wenn Frank nach Prag gekommen ist. Der Ministerpräsident hält damit weder die gesetzte Frist ein, noch akzeptiert er bisher die gestellten Forderungen. Die übliche Trickserei.

Frank setzt dennoch den bisherigen Verhandlungsführer Kundt nach Prag in Marsch. Doch Henlein ändert nachträglich Kundts Mission. Er beauftragt ihn,

347 Erinnerungen von Otto Paleczek, S. 187, geschrieben 1980-1982, Kopie im Besitz des Autors

348 Formulierung von Henderson, S. 151

349 Benoist-Mechin, Band VI, S. 248

dem Ministerpräsidenten nur zu übermitteln, dass die Ereignisse der letzten 48 Stunden es nicht mehr erlaubten, die Gespräche wieder aufzunehmen. Außerdem sei die gesetzte Frist nicht eingehalten worden. Damit ist der Verhandlungsfaden zwischen der Regierung und der SdP zerrissen.

Für Henlein ist die Zeit der Kompromisse abgelaufen. Er teilt der Runciman-Delegation mit, dass ab sofort nicht mehr über die Karlsbader 8 Punkte verhandelt werden könne, sondern nur noch über die Durchführung des Anschlusses der Sudetenlande an das Deutsche Reich. Anschließend schreibt er Hitler einen kurzen Brief, in dem er diesen von seiner Einlassung bei den Briten informiert und außerdem zwei Vorschläge unterbreitet:

> „1.) Keine Volksabstimmung, sondern sofortige Abtretung der Gebiete mit mehr als 50 Prozent deutscher Bevölkerung (Schlüssel 1918 verlangen).
>
> 2.) Besetzung dieses Gebietes innerhalb 24 Stunden (48) durch deutsche Truppen (Begründung: um dem weiteren Morden des tschechischen Fanatismus ein Ende zu setzen).“[350]

Hitlers Forderungen in den nächsten Wochen werden diesen Bitten Henleins weitgehend entsprechen.

Am 15. September gießt die Führung des SdP mit einer Erklärung, die der Reichssender Leipzig ausstrahlt, Öl ins Feuer, ehe Henlein noch am gleichen Tag den öffentlichen Bruch herbeiführt. In der Erklärung klagt die Partei die Regierung an, am Tode wehrloser Frauen und Kinder schuld zu sein. Sie behauptet außerdem, bis zum letzten Moment um eine friedliche Lösung bemüht gewesen zu sein, aber die tschechoslowakische Regierung habe alle Forderungen Henleins abgelehnt. Es trifft zwar zu, dass die Regierung jahrelang die sudetendeutschen Bitten und Forderungen zurückgewiesen hat, aber eine friedliche Lösung hat die SdP in der vergangenen Woche selber abgelehnt. Auch Viscount Runciman lastet die Verantwortung für das endgültige Scheitern der Gespräche in seinem Schlussbericht Frank und Henlein an.

Noch am gleichen Tag, dem 15., vollzieht Henlein den öffentlichen Bruch mit der Tschechoslowakei, den er selbst jahrelang vermieden hat. Er fordert in einer Rundfunkrede den Anschluss der Sudetenlande an das Deutsche Reich. Die tschechische Regierung versucht daraufhin, ihn in Haft zu nehmen. Henlein flieht nach Deutschland und mit ihm ein paar Tausend junge sudetendeutsche Männer im wehrpflichtigen Alter. Noch am selben Abend wird gegen ihn ein Haftbefehl erlassen.

350 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 489, Brief vom 15.9.1938

Die lokalen Auseinandersetzungen zwischen Tschechen und Sudetendeutschen seit dem 11. September, Hitlers Nürnberger Rede vom 12., die Einberufungen vom 13. und die Verhängung des Standrechts über 16 sudetendeutsche Bezirke am gleichen Tage lösen die ersten Fluchtbewegungen unter den Sudetendeutschen aus. Junge Männer, die sich mit der Einberufung nicht als Reservisten auf die „falsche" Seite stellen lassen wollen, gehen in großen Zahlen über die Grenzen nach Schlesien, Sachsen, Bayern oder Österreich oder zur „Grünen Armee" in die Wälder Böhmens oder Mährens. Am 15. September, als Henlein selbst die Tschechoslowakei verlässt, schwillt der Strom der Flüchtlinge in zwei, drei Tagen zu einer Massenflucht an. Bereits am 16. meldet das Deutsche Nachrichtenbüro 23.000 Flüchtlinge, am 17. gar über 100.000.[351] Inzwischen sind es auch Familien mit Frauen, Kindern und Alten, die das Land verlassen. Am 16. erscheint Karl Frank, der Stellvertreter Henleins bei Hitler und bittet, die Aufstellung einer sudetendeutschen Legion zu genehmigen. Hitler ordnet tags darauf an, aus den wehrtauglichen sudetendeutschen Männern bewaffnete Einheiten zu bilden, die die deutsche Bevölkerung im Grenzgebiet schützen und weitere Unruhe in die Sudetengebiete tragen sollen.[352] Binnen weniger Tage entsteht das Sudetendeutsche Freikorps unter der Führung Henleins. Das Korps existiert zwar nur drei Wochen, erreicht maximal 34.000 Mann, ist nur zur Hälfte mit Waffen ausgerüstet und an diesen dazu noch eilig von der reichsdeutschen SA eingewiesen, doch es wirkt sich in den letzten Septembertagen bei den deutsch-englischen Verhandlungen sehr wohl propagandistisch aus.

Für die sudetendeutschen Männer ist die Bewaffnung außerhalb der regulären Streitkräfte kein außergewöhnlicher Vorgang. Die politischen Organisationen in der Tschechoslowakei sind je nach Lage und Gelegenheit immer wieder bewaffnet worden, die Staatsjugend *Sokol* z. B. bei der Eroberung der Sudetenlande 1918/19 oder die Republikanische Wehr der sudetendeutschen Sozialdemokraten während der Mobilmachungen 1938. Schon in der Nacht vom 19. auf 20. September beginnen Angehörige des Sudetendeutschen Freikorps tschechoslowakische Grenzwachen, Zollstationen und öffentliche Gebäude im Grenzgebiet anzugreifen und Tschechen, deutsche Sozialdemokraten und Kommunisten zu verschleppen. Nun werden in den Grenzgebieten viele „alte Rechnungen" beglichen. Schon am zwanzigsten sieht sich Hitler genötigt, das Freikorps zu bremsen und ihm „jede Aktion größeren Ausmaßes" zu verbieten. Doch als am 21. die tschechoslowakischen Truppen aus dem nach Bayern-Sachsen hineinragenden Landzipfel von Asch zurückgezogen werden und am 25. aus dem nach Schlesien hineinragenden

351 Eichholtz, S. 233 u. 235
352 Broszat, S. 38

Zipfel von Jauernig, weist Hitler Henlein an, die verlassenen Gebiete mit seinem Freikorps zu besetzen.[353] In beiden Fällen beteiligen sich reichsdeutsche SA- und bewaffnete SS-Verbände an den Besetzungen. Am 22. widerruft Hitler seine Anordnung, den Ascher Zipfel zu besetzen. Am 26. fordert er Henlein wieder auf, die Aktivitäten seines Freikorps zu beleben. Seitdem Henlein den Anschluss fordert und die Sudetenfrage damit unausweichlich einer Lösung zustrebt, nutzt Hitler das Freikorps, die Begleitmusik für das Finale aufzuspielen. Was dabei wie ein „Hü und hott!“ erscheint, ist offensichtlich sein Bemühen, den Druck auf England und die Tschechoslowakei zu steigern, ohne es durch Übertreibungen zu offensichtlich werden zu lassen.

Es gibt in diesen Tagen 52 Tote und 65 Verwundete auf der Seite des Freikorps und 110 Tote, 50 Verwundete und über 2000 Verschleppte auf der Gegenseite.[354] Das Freikorps, von Henlein geleitet, sorgt auf seine Weise für die Dramatik, deren Hitler sich dann am 22. und 23. September in Bad Godesberg bei seinen Gesprächen mit dem britischen Premierminister Chamberlain bedienen wird. Dort wird er Chamberlain vorhalten:

> „Die von Stunde zu Stunde sich mehrenden Nachrichten über Zwischenfälle im Sudetenland beweisen, daß die Lage für das Sudetendeutschtum völlig unerträglich und damit zu einer Gefahr für den europäischen Frieden geworden ist. Es ist daher unerläßlich, daß die von der tschechoslowakischen Regierung anerkannte Abtretung des Sudetenlandes nunmehr ohne jede weitere Verzögerung erfolgt.“[355]

So wie Benes und Hodza jahrelang viel versprochen und ohne Skrupel kaum etwas davon gehalten haben, so hilft Hitler jetzt ohne Skrupel einer schnellen Lösung der Krise mithilfe des Sudetendeutschen Freikorps nach. In der letzten Septemberwoche stellt das Freikorps seine Tätigkeit im Grenzgebiet ein. Am 10. Oktober wird es aufgelöst.

## Chamberlains erster Vermittlungsversuch vom 15. September 1938

Ab Mitte September 1938 dreht sich das Rad des Schicksals immer schneller. Es folgen binnen 14 Tagen die Hitler-Chamberlain-Gespräche von Berchtesgaden und Bad Godesberg und die berühmte Münchener Konferenz, die den Gordischen Knoten der anstehenden Probleme mit einem Schlag durchtrennt und die

353 Broszat, S. 44 u. 46
354 Eichholtz, S. 263
355 Text aus Hitlers Memorandum vom 23.9.1938

große Mehrheit der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei befreit. Die verwirrende Fülle der Ereignisse sei erst einmal zur besseren Übersicht in einem Schnelldurchlauf geschildert, ehe sie danach ab dem 15. September wieder im Detail betrachtet werden soll.

Am **15. September** sucht der englische Premierminister Chamberlain Adolf Hitler in Berchtesgaden auf, um eine Lösung zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland zu vermitteln. Am **16.** berät Chamberlain Hitlers Forderung und seinen Lösungsansatz mit dem Kabinett in England. Am 18. erscheint der französische Premierminister Daladier in London, und Daladier und Chamberlain beschließen, die Tschechoslowakei zur Abtretung der Sudetenlande an das Deutsche Reich zu drängen. Am **19.** wird Staatspräsident Benes die Abtretungsforderung übermittelt. Am 20. lehnt die Tschechoslowakei den Plan ab. Am 21. nimmt die Tschechoslowakei ihn an. Am 22. tritt die Regierung Hodza zurück. Am 23. tagen Chamberlain und Hitler wieder, diesmal in Bad Godesberg. Hitler ist mit Chamberlains Angebot noch immer nicht zufrieden. Am **24.** macht die Tschechoslowakei mobil. Am **26.** kommen die Regierungschefs Daladier und Chamberlain ein zweites Mal zusammen und beschließen, Hitler nicht noch weiter nachzugeben. Am 27. drängt US-Präsident Roosevelt, die noch offenen Fragen in einer Konferenz zu lösen. Am 28. schlägt auch der italienische Diktator Mussolini eine Konferenz vor. Hitler willigt ein. England versetzt seine Flotte in den Kriegszustand. Am 29. fordert Polen das Teschener Gebiet für sich und stellt dazu ein Ultimatum. Am 29. September treffen sich vor allem Mussolini, Daladier, Chamberlain und Hitler in München und einigen sich auf die Übergabe der Sudetenlande an das Deutsche Reich. In der Nacht vom **29. auf 30. September** unterzeichnen die „Vier Großen" das Münchener Abkommen, das die Modalitäten für die Abtretung der Sudetenlande an das Deutsche Reich regelt. Doch nun noch einmal alles im Detail ab dem 15. September 1938:

Die Lage in der Tschechoslowakei ist inzwischen explosiv geworden. Die bürgerkriegsähnlichen Unruhen in einer Reihe von Bezirken vom 12. und 13. September, die Weigerung der Sudetendeutschen Partei, weiter mit tschechoslowakischen Politikern zu sprechen und dann noch Henleins offene Forderung nach einem Anschluss an das Reich haben eine Menge Sprengstoff aufgehäuft. Dazu kommt die versteckte Drohung Hitlers in seiner Nürnberg-Rede, er sei „unter keinen Umständen gewillt, einer weiteren Unterdrückung der deutschen Volksgenossen in der Tschechoslowakei in endloser Ruhe zuzusehen". Die Lunte brennt, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann der nächste Aufstand der Sudetendeutschen losbricht oder die deutsche Wehrmacht in die Tschechoslowakei einmarschiert.

Chamberlain sieht realistisch, dass die Ereignisse nun auf einen Krieg zusteuern, der die Briten gegen ihren Willen auf die Seite der Tschechen zwingen würde. Die Wehrmacht steht „Gewehr bei Fuß“, um die Tschechoslowakei anzugreifen. In dieser Lage versucht Premierminister Chamberlain zu retten, was zu retten ist. In der Nacht vom 13. auf den 14. September schreibt Chamberlain Hitler einen Brief und bietet an, sofort nach Deutschland zu kommen, um gemeinsam mit ihm eine friedliche Lösung der anstehenden Probleme in der Tschechoslowakei zu suchen. Chamberlain wagt diesen Schritt, ohne sich vorher mit seinem Außenminister oder gar dem ganzen Kabinett darüber abzusprechen. Hitler stimmt dem sofort zu und lädt den englischen Premier zum Tag danach nach **Berchtesgaden** ein. Er überlegt sogar, selbst nach England zu fliegen, um dem fast 70-jährigen Chamberlain die Beschwerden einer solchen Reise abzunehmen.



**Abb. 6: 15. September 1938: Hitler begrüßt Chamberlain in Berchtesgaden**

Der britische Premierminister kommt von England mit dem Flugzeug - der erste Flug in seinem Leben. Vom Flugplatz München geht es mit dem Auto durch die Stadt zum Bahnhof. Die Münchener Bevölkerung am Straßenrand begrüßt Chamberlain mit einer Mischung aus Herzlichkeit und Hoffnung. Von einer Kriegsbegeisterung ist da nichts zu spüren. Doch auf der Bahnfahrt nach Berchtesgaden, die dann folgt, sieht Chamberlain viele Truppentransporte, die auf den Nachbargleisen in Richtung Grenze rollen. Das zeigt ihm, dass er zur Rettung der verfahrenen deutsch-tschechoslowakischen Lage nicht hätte später kommen dürfen. Auf dem Obersalzberg gibt es eine herzliche Begrüßung. Hitler empfängt seinen Gast am Fuß der Treppe, die zum Haus hinaufführt. So stehen sich Chamberlain und Hitler am 15. September erstmals persönlich gegenüber. Nach ein paar Konversationsfloskeln fragt Hitler Chamberlain, ob er mit ihm unter vier Augen alleine sprechen wolle. Außenminister von Ribbentrop und Wilson, der außenpolitische Berater Chamberlains, werden nicht hinzugezogen. Allein ein Übersetzer ist zugegen. So wird dies erste Gespräch ein Ringen alleine zwischen Chamberlain und Hitler.[356]

Nachdem zunächst Punkte wie Abrüstung, Arbeitslosigkeit und Außenhandel besprochen worden sind, beklagt sich Hitler zuerst in ruhigem Ton, dann immer aufgebrachter über die Unfähigkeit des Völkerbundes, die Minderheitenprobleme der Ausländsdeutschen zu beheben. Er verlangt das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für die Sudetendeutschen. Hitler fordert unumwunden den Anschluss der Sudetendeutschen an das Reich und betont sehr drastisch, dass er bereit ist, den Anschluss um jeden Preis und schnellstmöglich durchzusetzen, wenn nötig auch mit Krieg. Hitler bezeichnet die Tschechoslowakei zudem als „Speerspitze in Deutschlands Flanke“. Chamberlain geht zunächst nicht darauf ein, sondern er fragt Hitler, ob mit dem Anschluss der Sudetenlande alle Forderungen Deutschlands erfüllt seien oder ob die deutschen Forderungen letztlich auf eine Zerstückelung der Tschechoslowakei abzielten. Hitler entgegnet, dass ähnliche Forderungen der Polen, Ungarn und Ruthenen im Raume stünden, und dass sogar die Slowaken von diesem Staat loskommen wollten. Damit weist er daraufhin, dass es nicht die Deutschen seien, die die Tschechoslowakei zerlegen wollten. Hitler beendet seine Ausführungen dazu, indem er dem englischen Premier zusichert, dass er, Hitler, nach der Überführung der Sudetengebiete in das Deutsche Reich keine weiteren territorialen Forderungen mehr zu stellen habe. Er fügt allerdings hinzu, dass es noch ein paar kleine Forderungen zu regeln gäbe,

356 Der Dolmetscher Dr. Paul Otto Schmidt ist der einzige Zeuge dieses Gesprächs. Darstellung des Gesprächs nach ADAP; Serie D, Band II, Dok. 487; DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 895 und Paul Otto Schmidt, S. 396 f.

wie den Anschluss des Memelgebiets und die Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien, aber diese Angelegenheiten hätten Zeit, und um sie werde er keinen Krieg beginnen.

Chamberlain hakt noch einmal nach und fragt, was es mit Hitlers Sorge um die „Speerspitze in Deutschlands Flanke“ auf sich habe. Die Tschechoslowakei rage nach einem Anschluss der Sudetenlande an das Reich ja immer noch „als eine gefährliche Speerspitze in die Flanke Deutschlands“. Hitler weist sehr sachlich daraufhin, dass dies nur so lange eine Bedrohung darstelle, wie die Tschechoslowakei Bündnisse zu Staaten unterhalte, die ihrerseits das Deutsche Reich bedrohten. Chamberlain weiß, dass Hitler damit den sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspakt anspricht, und so deutet er an, dass das Problem mit der Auflösung des Pakts beseitigt werden könne. Chamberlain, der lebhaft auf alle Argumente seines Gegenübers eingeht, betont dann, indem er Hitler fest in die Augen blickt, dass er zur Erörterung jeder Lösungsmöglichkeit für die deutschen Beschwerden bereit sei, dass aber Gewaltanwendung unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben müsse. Nun erregt sich Hitler wieder:

> „Wer spricht von Gewalt? Herr Benes wendet diese Gewalt gegen meine Landsleute im Sudetenland an. Herr Benes hat im Mai mobilisiert und nicht ich. Ich lasse mir das nicht länger bieten. Ich werde in kürzester Frist diese Frage - so oder so - aus eigener Initiative regeln.“

Chamberlain versteht die Drohung dieser Worte. „So oder so“ heißt in Hitlers Art, sich auszudrücken: Einlenken der Gegenseite oder Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei. Nun kommt auch der bisher ruhige Engländer in Wallung. Chamberlain:

> „Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann sind Sie entschlossen, auf jeden Fall gegen die Tschechoslowakei vorzugehen. Wenn das Ihre Absicht ist, warum haben Sie mich denn überhaupt erst nach Berchtesgaden kommen lassen? Unter diesen Umständen ist es das Beste, wenn ich gleich wieder abreise. Es hat ja anscheinend doch alles keinen Zweck mehr.“

Hitler zögert einen Augenblick. Er fragt - plötzlich wieder völlig ruhig - ob Chamberlain denn das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen wolle. Der entgegnet, „dass er den Grundsatz der Loslösung der Sudetengebiete anerkenne“. Er sehe die Schwierigkeiten aber in der praktischen Durchführung dieses Grundsatzes. Er wolle sich deshalb vor einer Antwort in London mit seinem Kabinett beraten, außerdem mit der französischen Regierung und mit Viscount Runciman. Chamberlain schlägt vor, das Gespräch jetzt abzubrechen und nach

einer Rücksprache in London unverzüglich fortzusetzen. Die Stimmung ist mit einem Schlage wieder freundlich. Chamberlain nutzt diese Wendung sofort geschickt aus, um Hitler das Versprechen abzunehmen, bis dahin von einer Intervention in der Tschechoslowakei abzusehen.

So endet diese erste Begegnung der zwei Hauptakteure dieser Krise mit einem Etappensieg für beide Seiten. Chamberlain hat Hitler erst einmal Fesseln angelegt, und Hitler hat den Preis für eine Lösung dieser Krise festgesetzt: den Anschluss der Sudetendeutschen an das Reich mit den Gebieten, in denen sie die Mehrheit bilden. Bemerkenswert ist dabei, dass der Gedanke einer Volksabstimmung, die die Tschechen ja um jeden Preis verhindern wollen, in dieser ersten Runde keine Rolle spielt. Das wird sich schon bald ändern. Am selben Tag, dem 15. September, schreibt der italienische Diktator Mussolini einen offenen Brief an Runciman in Prag.[357] Der Brief erscheint in Italien im *Popolo d'Italia* und wird damit in aller Welt bekannt. Mussolini spricht hier das Problem der vielen nationalen Minderheiten an und schlägt Runciman zur Lösung eine Volksabstimmung vor. Sein Brief endet mit den zwei Sätzen:

> „Mit Tinte gezogene Grenzen können mit Tinte geändert werden. Etwas anderes ist es, wenn die Grenzen von der Hand Gottes oder durch das Blut der Menschen gezogen wurden."

Sofort, nachdem der Chamberlain-Besuch bei Hitler in Paris bekannt wird, teilt der französische Außenminister Bonnet der englischen Regierung mit, dass die französische sich allen Vorschlägen Chamberlains an Hitler anschließen werde.[358] Am **16. September** erstattet Chamberlain, kaum zurück in London, seinem Kabinett ausführlich Bericht über die Reise. Er lässt dabei keinen Zweifel daran, dass Deutschland auf dem Sprung sei, in der Tschechoslowakei mit Truppen einzugreifen, wenn die Probleme der Sudetendeutschen nicht schnellstmöglich auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine Lösung fänden. Auch Lord Runciman, aus Prag zurückberufen, berichtet vor dem Kabinett in gleicher Sitzung. Er hält die tschechische Regierung für die jetzt entstandene und völlig festgefahrene Lage in der Tschechoslowakei für voll verantwortlich. Runciman schließt seinen Vortrag mit der Empfehlung, die Sudetengebiete mit deutlicher deutscher Mehrheit ohne große Diskussion in kürzester Zeit an Deutschland anzuschließen.

357 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 488
358 Benoist-Mechin, Band VI, S. 265

## Die Franzosen und der Benes-Vorschlag zur Aussiedlung der Sudetendeutschen

Präsident Benes, davon unterrichtet, versucht nun in aller Eile, die französische Regierung für eine minimale Lösung zu gewinnen. Am Abend des **17. September** führt er dazu ein Gespräch mit dem französischen Gesandten Lacroix in seinem Amtssitz auf der Burg. Benes unterrichtet ihn von einem Brief, den er dem französischen Ministerpräsidenten Daladier unverzüglich überbringen lassen will. Er informiert den Gesandten nicht nur über den Inhalt seines Briefes - zum Beispiel über seinen Vorschlag, gewisse Landesteile und „8 bis 900.000 Deutsche abzutreten“ -, sondern er offenbart ihm auch, dass seine Gedanken weitergehen, als es der Brief an Daladier erkennen lässt. Er ergänzt zu dem im Brief gemachten Vorschlag:

> „Andererseits - vorausgesetzt der Abtretung der Gebiete werde zugestimmt - muß die Regierung des [Deutschen] Reiches akzeptieren, auf ihrem eigenen Gebiet ungefähr eine Million Sudetendeutsche aufzunehmen, die aus tschechoslowakischem Gebiet gekommen sind.“[359]

Im Brief an Daladier, dem eine Karte beigefügt ist, schlägt Benes die Abtretung von drei sudetischen Gebieten mit etwa 800.000 Deutschen vor. 2,3 Millionen Sudetendeutsche wären danach bei der Tschechoslowakei verblieben. Der Benes-Brief enthält den handgeschriebenen Nachsatz:

> „Ich bitte Sie inständig, diesen Vorschlag nicht bekanntzugeben, denn ich müßte ihn dementieren.“[360]

Mit diesem allerdings zu späten Zugeständnis und dem handgeschriebenen Zusatz glauben die französische und die englische Regierung, dass Präsident Benes von nun an Gebietsabtretungen nicht mehr prinzipiell ablehnt, und sie wissen, dass er die Verantwortung dafür nicht selber tragen, sondern den Franzosen überlassen möchte.

Zusätzlich zu diesem Brief, den Lacroix nun kennt, schickt Benes den tschechischen Sozialminister Necas nach London und Paris, um dort einflussreiche Politiker von seinem Angebot zu überzeugen. Necas’ Auftrag ist es, den Briten und Franzosen als Bedingung für Gebietsabtretungen zu übermitteln, dass das Deut-

359 Telegramm von Lacroix an Außenminister Bonnet vom 17.9.1938, siehe ODSUN-Dokumente, S. 766 f.

360 Benoist-Mechin, Band VI, S. 267

sehe Reich „wenigstens 1,5 bis 2 Millionen deutsche Bevölkerung zu übernehmen“ habe.[361] Auch die Weisung an Minister Necas enthält den Nachsatz „Nicht sagen, dass das von mir kommt“. Hier taucht die Idee, die der späteren Vertreibung der Sudetendeutschen zugrunde liegt, ein erstes Mal bei Benes auf.

## Der britisch-französische Abtretungsplan

Am **18. September** treffen sich Daladier und sein Außenminister Bonnet in London mit Chamberlain und Halifax. Briten und Franzosen suchen nun gemeinsam nach einer Lösung, die weder Frankreichs Vertragsverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei verletzt noch zu einem Kriege wegen des bisher vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen führt. Frankreich sitzt wegen seiner vielen Hilfszusagen an die Tschechen, seiner Unwilligkeit und seinem Unvermögen, ohne englische und sowjetische Unterstützung erfolgreich Krieg zu führen, in der Klemme. England ist nicht gewillt, die verpfuschte Minderheitenpolitik der Tschechoslowakei und die verfahrene Bündnispolitik Frankreichs in einem Kriege auszubaden. Und die Sowjetunion macht ihre Waffenhilfe von der Hilfe Frankreichs abhängig. So geht es hier darum, einen Weltkrieg zu vermeiden, ohne dass Frankreich das Gesicht verliert.

Premierminister Chamberlain eröffnet die Besprechung,[362] indem er den Verlauf und das Ergebnis seiner Konferenz mit Hitler vorträgt. Die Quintessenz sei, dass der deutsche Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der Tschechoslowakei berechtigt ist, und dass Hitler offensichtlich fest entschlossen sei, notfalls einen Krieg zur Befreiung der Sudetendeutschen zu beginnen. Chamberlain schließt die Eröffnung damit, dass er Daladier um seine Meinung bittet, was denn nun geschehen soll. Der Franzose geht nicht auf diese Frage ein. Er spricht stattdessen über Frankreichs Pflichten den Tschechen gegenüber. Es sei eine Sache der Ehre, im Kriegsfall die Bündnispflichten einzuhalten. Dem könne sich bei einem Angriff Deutschlands gegen die Tschechoslowakei kein Franzose entziehen. Danach wird Runciman das Wort erteilt. Der gibt Benes die Schuld an der mittlerweile festgefahrenen Lage und spricht sich dafür aus, das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf die Sudetendeutschen anzuwenden. Für die konkrete Ausführung desselben gebe es viele Möglichkeiten. Nun führt Daladier die Möglichkeit der Volksabstimmung in die Diskussion ein und lehnt sie gleich energisch ab. Die anderen Minderheiten würden dann sogleich

361 ODSUN-Dokumente, S. 762
362 Die Konferenz ist geschildert nach dem brit. Tagungsprotokoll: DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 928

dem sudetendeutschen Beispiel folgen wollen - selbst die Slowaken. Das wäre das Ende der Tschechoslowakei. Premierminister Chamberlain, der sieht, dass man so nicht weiterkommt, unterbricht die Sitzung für zwei Stunden, damit die französische Delegation separat beraten kann. Doch vor dem Auseinandergehen gibt Chamberlain den Franzosen einen Rat. Er sagt, dass Frankreich, das der Tschechoslowakei eine Garantie gegeben und damit Lasten übernommen habe, nun auch das Recht besitze, der Regierung in Prag, die die Garantie in Anspruch nehmen wolle, Weisungen zu geben, wie sie sich verhalten solle. Das wiederum erlege Frankreich eine Pflicht auf.

Nach der Pause kommt man schnell auf eine Lösung. Daladier betont, dass Frankreich keine Volksabstimmung akzeptieren könne. Er führt viele Gründe dafür an, interessanterweise auch, dass sonst die deutschsprachigen Elsässer eine solche fordern könnten. Chamberlain erwidert, man müsse eine Lösung finden, die das sudetendeutsche Problem behebe, ohne das Selbstbestimmungsrecht noch einmal für alle zu verkünden. Jetzt kommt Daladier der rettende Gedanke. Er rät, den jüngsten Benes-Vorschlag aufzugreifen und die von ihm selbst bezeichneten Gebiete ohne Volksabstimmung abzutrennen und an Deutschland anzugliedern. Die Regierung in Prag habe wiederholt betont, dass sie keine Volksabstimmung akzeptieren werde. So sei eine Abtrennung ohne Plebiszit doch ein Entgegenkommen. Daladier hat den Gordischen Knoten damit durchgeschlagen und Frankreich - wenn Prag zustimmt - aus der Not befreit, sein Garantieversprechen einlösen zu müssen. Bemerkenswert in dieser Diskussion sind die Argumente, warum Frankreich weiterhin auf einer intakten Tschechoslowakei bestehen müsse. „Bei jeder militärischen Operation“, so sagt Daladier,

> „gibt es großartige Möglichkeiten, Deutschland von tschechoslowakischem Territorium aus anzugreifen.“

So einigt man sich schließlich doch auf einen Plan. Die Tschechoslowakei soll die Gebiete mit über 50 Prozent sudetendeutscher Bevölkerung ohne Volksabstimmung an das Deutsche Reich abtreten. So hart der Plan auch wirkt, er enthält drei Positiva für die Tschechoslowakei: Erstens entgeht sie einer Volksabstimmung. Zweitens soll die neue Grenzziehung Aufgabe einer internationalen Kommission sein, in der auch die Tschechoslowakei vertreten sein wird, und drittens sagt London der Tschechoslowakei nach der Abtretung eine englische Garantie der neuen Grenzen zu. Das ist ein Versprechen, dem sich England später mit Geschick entziehen wird. Dieses Garantie-Versprechen vom 18. September 1938 wird an späterer Stelle dieses Buches, wenn es um die Garantien geht, noch einmal aufgegriffen werden. Der britisch-französische Plan vom 18. September enthält acht

Punkte, von denen Nr. 1 bis 3 den harten Kern enthalten; sie lauten, entkleidet aller Floskeln und Zweitrangigkeiten:

> „1. Die Vertreter der französischen und britischen Regierung [...] sind beide davon überzeugt, daß [...] jetzt ein Punkt erreicht ist, wo das weitere Verbleiben der hauptsächlich von Sudetendeutschen bewohnten Bezirke innerhalb der Grenzen des tschechoslowakischen Staates tatsächlich nicht mehr ohne eine Gefährdung der Interessen der Tschechoslowakei selber und des europäischen Friedens möglich ist. [...] die Aufrechterhaltung des Friedens und der eigenen Lebensinteressen der Tschechoslowakei können nur dann wirksam gesichert werden, wenn diese Gebiete jetzt an das Reich abgetreten werden.
>
> 2. Dies könnte entweder durch eine direkte Gebietsabtretung oder als Ergebnis einer Volksabstimmung geschehen. [...] Da keine gegenteilige Äußerung vorliegt, nehmen wir aus diesem Grunde an, daß Sie es möglicherweise vorziehen werden, das sudetendeutsche Problem, in Form einer direkten Gebietsübertragung und als einen Sonderfall zu behandeln.
>
> 3. Die zu übertragenden Gebiete würden wahrscheinlich Gebiete mit über 50 Prozent deutschen Einwohnern enthalten müssen.“[363]

In Punkt 6 erklärt sich die englische Regierung bereit, nach der Abtretung der Sudetenlande an Deutschland einer internationalen Garantie der **neuen Grenzen** der Tschechoslowakei beizutreten.

In Punkt 8 fordern die beiden Regierungschefs die Antwort vor dem 21. September, dem nächsten Treffen Chamberlains mit Hitler.

Am **19. September** berät und billigt das Pariser Kabinett den englisch-französischen Abtretungsplan vom Vortag. Kurz nach 12 Uhr kann Daladier die Zustimmung des französischen Kabinetts nach London übermitteln. Um 14 und 15 Uhr senden die englische und die französische Regierung zwei gleichlautende Noten nach Prag, die die dortigen Gesandten Staatspräsident Benes mündlich übermitteln. Der englische Gesandte fügt auf Chamberlains Geheiß noch hinzu, dass die Antwort „unbedingt bis heute Abend, spätestens aber morgen“ gegeben werden müsse. Der Besuch des Ministerpräsidenten bei Hitler könne nicht über Mittwoch hinausgeschoben werden. So verbindet Chamberlain den Abtretungsplan noch mit einem sehr kurzfristigen Ultimatum.[364]

363 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 937 und Tschech.-sowjet. Dok., Nr. 36. Das Gelbbuch der Französischen Regierung über die diplomatischen Urkunden verschweigt diesen Plan jedoch.

364 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 938

Chamberlains und Daladiers Entscheidung, die Erhaltung des Friedens in Europa auf diese Weise zu erzwingen, stößt in England und Frankreich auf ein geteiltes Echo. Neben dem Zuspruch all derer, die Europa einen neuen Krieg ersparen wollen, gibt es in beiden Ländern „Falken”, die ungeachtet des desolaten inneren Zustandes des tschechoslowakischen Vielvölkerstaats eher Krieg mit Deutschland führen wollen, als dass sie eine Anschlusslösung zugunsten der Sudetendeutschen akzeptieren. In Frankreich bilden die Minister Mandel, Reynaud, Champetier de Ribes, Campinchi, Zay und de Chappedelaine die „Kriegspartei“. Mandel, Reynaud und Champetier drohen für den Fall, dass Daladier dem Anschluss der Sudetengebiete an Deutschland zustimmt, mit Austritt aus dem Kabinett.[365] Kolonialminister Mandel versteigt sich sogar dazu, Benes, den Präsidenten der Tschechoslowakei, am 20. September in Prag anzurufen und ihn im Gegensatz zum Brief seines Ministerpräsidenten unverhohlen zum Kriege, ja selbst zur Kriegseröffnung aufzufordern:

> „Weder Paris noch London haben das Recht, Ihnen Ihre Haltung zu diktieren. Wenn Ihr Gebiet verletzt wird, sollten Sie keine Sekunde zögern, den Befehl an Ihre Armee zu geben, die Heimat zu verteidigen. [...] Wenn Sie in Notwehr **den ersten Schuß abgeben,** wird der Widerhall in der Welt gewaltig sein. Die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens und auch Sowjetrußlands werden wie von selbst zu schießen beginnen.“[366]

In England sind es vor allem Churchill, Vansittart, der außenpolitische Berater der Regierung, und Eden, der Vorgänger des amtierenden Außenministers, die lieber Krieg als „Anschluss“ wollen. In gleicher Weise gibt es in Deutschland „Falken“ und „(Friedens-)Tauben“. Der prominenteste Vertreter der Friedenspartei im Reich ist der Reichstagspräsident und Luftfahrtminister Göring, zugleich Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe. Sein Gegenpol als „Falke“ im Kabinett ist Reichsaußenminister von Ribbentrop.

## Die anderen Interessenten

Die Vielvölkerkrise der Tschechoslowakei berührt auch andere Staaten in Europa. Ungarn, einst fast ein Jahrtausend Herrscher über die Slowakei, reflektiert auf die Gebiete in der Südslowakei, in denen noch immer fast 750.000 Ungarn leben. Am 20. September fordert die ungarische Regierung von Prag, die ungarische Minderheit in Zukunft in der gleichen Weise zu behandeln wie die

365 Benoist-Mechin, Band VI, S. 275
366 Benoist-Mechin, Band VI, S. 276

deutsche. Polen fordert das Teschener Gebiet, wo die Bevölkerung zu einem Drittel aus einer Minderheit besteht, die zwar eine dem Polnischen ähnliche Mischsprache, das Slonzakische, spricht, sich aber nach wie vor Österreich und nicht Polen zugehörig fühlt. Polen, das sich eng mit Ungarn verbunden fühlt, setzt sich bei Hitler außerdem für einen Anschluss der Karpato-Ukraine an Ungarn ein, wodurch die erwünschte gemeinsame polnisch-ungarische Grenze entstehen würde. Hitler - das sei hier schon einmal erwähnt - bringt bei dieser Gelegenheit bei den Polen den Wunsch nach einer Gegenleistung an. Es ist der Wunsch nach einem Anschluss der Stadt Danzig und nach einer exterritorialen Autobahnverbindung durch den westpreußischen Korridor in das vom Reich abgeschnittene Ostpreußen. Am 20. September meldet die polnische Regierung ihre Gebietsforderungen in drei Noten in Prag, Paris und London an. Der nächste Staat mit Ambitionen ist das Königreich Italien. Es ist zwar nicht Nachbar, aber Interessent und will eine Rolle als Schutzmacht Ungarns und als Vormacht im Raum der Donauländer spielen. Nachdem der „Duce“ Mussolini am 15. September erstmals eine Volksabstimmung ins Gespräch gebracht hat, wiederholt er diese Forderung noch einmal am 18. September bei einer öffentlichen Rede in Triest. In ihr verlangt er nicht nur eine Volksabstimmung für alle Minderheiten, er bezeichnet die Tschechoslowakei auch verächtlich als einen „Mosaikstaat“. Er mahnt einerseits zum Frieden, doch er fordert - ganz im Sinne Hitlers - auch, einen Krieg, wenn er denn gar nicht zu vermeiden sei, auf den Konfliktherd zu begrenzen. Mussolini sagt zu der Zeit mehrmals in öffentlichen Reden, dass Italien in einem Kriege um die Tschechoslowakei nur so lange neutral bleibe, wie sich auch Großbritannien aus ihm heraushalte.

Am 19. September wird Hitler eine Vorlage mit Vorschlägen der Sudetendeutschen Partei zur gewünschten Volksabstimmung übermittelt.[367] Die SdP gibt darin unter anderem zu bedenken, dass die Sprachengrenze zwischen Tschechen und Sudetendeutschen „eine ganz unregelmäßige Linie mit zahlreichen tiefen Einbuchtungen und Vorsprüngen, vor allem in Nordböhmen darstellt“, und dass jede neu gezogene Landesgrenze in gewissem Umfang tschechisches Siedlungsgebiet mit einschließt. Der Vorschlag der SdP lautet, als Ausgleich für den Einschluss tschechischer Gebiete in das Deutsche Reich von vorn herein auf gewisse deutsche Sprachinseln zu verzichten - ein Vorschlag, dem Hitler später folgen wird. Ansonsten macht das Papier auf die Besonderheit des Hultschiner Ländchens aufmerksam, wo sich eine Mährisch sprechende Bevölkerung zum Deutschen Reich bekennt. Hier müsse trotz der tschechischen Sprachenmehrheit ebenfalls abgestimmt werden.

367 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 536

Auch unter den Sudetendeutschen gibt es Menschen mit einer ganz anderen Interessenlage. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten wissen, dass sie bei einem Anschluss an das Deutsche Reich ihre Partei aufgeben und gegebenenfalls mit Inhaftierung rechnen müssen. Besonders die Sudetendeutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei setzt sich damit zwischen alle Stühle. So energisch sie sich in den 20er-Jahren für die Interessen der Sudetendeutschen eingesetzt hat, so löst sie sich nun aus der Gemeinschaft der über drei Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei und versucht, den Anschluss zu verhindern. In der Zeit, in der Hitler und Chamberlain verhandeln, und in der die Hoffnungen der großen Mehrheit aller Deutschen auf einen Anschluss an das Reich gerichtet sind, ruft der Parteichef der Sozialdemokraten Wenzel Jaksch „alle friedliebenden Deutschen" dazu auf, sich nicht der Einheitspartei anzuschließen - womit er die SdP meint -, sondern auf der Basis des 4. Benes-Plans mit der Regierung zu verhandeln.[368] Die Ablehnung des Nationalsozialismus, die Jaksch damit zum Ausdruck bringt, ist ehrenvoll; die Ablehnung des Anschlusses an Deutschland, die damit verbunden ist, kreidet die Mehrheit der Sudetendeutschen Jaksch als üblen Verrat an. So haben die harte Haltung der tschechoslowakischen Regierungen gegen „ihre" Deutschen über 20 Jahre auf der einen und die Haltung der Nationalsozialisten in Deutschland gegenüber den Sozialdemokraten auf der anderen Seite die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei und Wenzel Jaksch in eine wahrlich tragische Situation gebracht.[369]

## Roosevelts Rettungsversuch

Kurz vor dem Höhepunkt der Krise, am 19. September, versucht noch die große Macht im Hintergrund, die Tschechoslowakei zu retten. Für Präsident Roosevelt gehört der Vielvölkerstaat der Tschechen und Slowaken zu der von den USA mitgebauten Nachkriegsordnung in Europa, die der Diktator Hitler nicht ohne die Billigung der USA verändern darf. Hier geht es Roosevelt auch um den Führungsanspruch, den er in Europa für die USA erhebt. Der Selbstbestimmungsanspruch der Sudetendeutschen ist gegen diesen Führungsanspruch von geringerer Bedeutung. Der Präsident schlägt dem englischen Botschafter in Washington Sir Lindsay eine Seeblockade gegen Deutschland vor. Amerikanische und britische Seestreitkräfte sollen - so der Vorschlag - Deutschland mit einer Kontinentalsperre von der Nordsee über den Atlantik und das Mittelmeer bis Suez von

368 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 936, Fußnote 3
369 Wenzel Jaksch, ab 1939 im Exil, 1964-66 in der Bundesrepublik Deutschland Präsident des Bundes der Vertriebenen

seinen Überseeimporten abschneiden[370] und es so zwingen, den Status quo der Sudetendeutschen zu akzeptieren. Roosevelt nimmt dazu in Kauf, die Gesetze und Verfassung der USA zu brechen. Seeblockaden sind nach dem Völkerrecht Kriegshandlungen, und die USA sind nach eigenem Landesrecht neutral. Der Präsident ist trotz alledem bereit, die USA für den Erhalt der Tschechoslowakei in einen Krieg zu führen.

## Die „Prager Abtretung“ vom 21. September 1938

Am frühen Nachmittag des 19. September 1938 wird dem tschechoslowakischen Präsidenten der britisch-französische Vorschlag übergeben, die Sudetengebiete an Deutschland abzutreten. Benes begibt sich mit seinem Kabinett für 30 Stunden auf dem Hradschin[371] in Klausur. Die Nervosität in Paris und London steigt, da die Entscheidung über Frieden oder Krieg auch für Briten und Franzosen nun bei den Tschechen liegt. Für die tschechische Regierung geht es jedoch nicht allein um Krieg oder Frieden, sondern vielmehr um den Bestand eines von ihnen beherrschten Vielvölkerstaates oder dessen Auseinanderfallen.

Am **20. September, um 20 Uhr,** übermittelt der tschechische Außenminister Krofta den Botschaftern Englands und Frankreichs die gefasste Kabinettsentscheidung. Die Regierung der Tschechoslowakei lehnt es ab, die Sudetenlande abzutreten, und bittet die Regierungen in Paris und London, „ihre Standpunkte zu revidieren“[372]. Doch die Erklärung steht offensichtlich auf sehr schwachen Füßen. Sie wird den Tag nicht überleben.

In diesen Nervenkrieg hinein platzen noch zwei für Prag unerfreuliche Botschaften aus Budapest und Warschau. Am Morgen des 20. meldet sich der polnische Botschafter in Paris bei Außenminister Bonnet und fordert auch für die polnische Minderheit eine Volksabstimmung für den Fall, dass den Sudetendeutschen eine solche zugestanden wird. Kurz darauf erscheint auch der ungarische Botschafter und verlangt das Gleiche für die ungarische Minderheit. Er erklärt für Ungarn und für Polen:

> „Unsere beiden Länder sind entschlossen, die ungarischen und polnischen Bevölkerungsanteile aus der Gewalt der Tschechen zu befreien, und sie sind zu einem gemeinsamen Vorgehen bereit.“[373]

370 Bavendamm, Roosevelts Krieg, S. 129
371 Burg und Regierungssitz in Prag
372 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 987
373 Bonnet, S. 254

Bonnet lehnt diese Forderungen mit der Begründung ab, diese Fragen stünden jetzt nicht auf der Tagesordnung. Zurück nach Prag:

Schon zwei Stunden nach der eindeutigen Ablehnung des französisch-britischen Abtretungsplans schwenkt die tschechoslowakische Staatsführung ein. Ministerpräsident Hodza lässt folgendes Telegramm an die Regierungen in Paris und London übermitteln:

> „Im Einverständnis mit dem Präsidenten der Republik (Benes) erkläre ich Folgendes: Wenn ich in dieser Nacht Benes persönlich erklären würde, daß im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wegen der Sudetendeutschen Frankreich im Hinblick auf seine Vereinbarungen mit England nicht eingreifen würde, so würde der Präsident der Republik von dieser Erklärung Kenntnis nehmen. Der Ministerpräsident (Hodza) würde dann sofort das Kabinett zusammenrufen, dessen sämtliche Mitglieder dann mit dem Präsidenten der Republik zum Nachgeben bereit wären.“[374]

Damit schieben der tschechische Staatspräsident Benes und der slowakische Ministerpräsident Hodza die Verantwortung für die Entlassung der Sudetendeutschen aus ihrem Staatsverband zum zweiten Mal in einer Woche denen zu, die diese Deutschen 1919 in die Tschechoslowakei gezwungen haben - den Franzosen. Kurz nach dieser „Kapitulation“ der tschechoslowakischen Führung erklärt die französische Regierung in ihrer Antwortnote - wie ihr nun von den Tschechen suggeriert -, dass Frankreich nicht helfen werde, wenn es aufgrund einer Ablehnung des englisch-französischen Plans durch die tschechoslowakische Regierung zu einem Angriff der Deutschen komme. Eine Ablehnung des englisch-französischen Plans führe zu einem Erlöschen des französisch-tschechischen Bündnisses.[375] Die französische Note schiebt die Verantwortung, die Benes und Hodza gerade Frankreich zugeschoben haben, damit zurück zur Tschechoslowakei. Ein Satz der Note lautet:

> „Indem die tschechoslowakische Regierung den französisch-britischen Vorschlag ablehnt, übernimmt sie die Verantwortung dafür, daß sich Deutschland dazu entschließt, zu den Waffen zu greifen.“[376]

Die englische Reaktion ist nicht minder klar. Sie lautet:

> „Der französisch-britische Plan ist das einzige Mittel, den drohenden deutschen Angriff zu verhindern. [...] Wenn die tschechische Regierung sich nach einer neuen

374 Benoist-Mechin, Band VI, S. 289
375 Benoist-Mechin, Band VI, S. 290
376 Berber, Dok. 168

> Prüfung der Lage dennoch zur Ablehnung unseres Vorschlags entschließt, bleibt es ihr natürlich überlassen, alle ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um die daraus entstehende Lage zu meistern.“[377]

England und Frankreich lehnen es also ab, den Tschechen im Falle eines deutschen Angriffs beizustehen.

Kaum, dass diese Klarstellungen aus Paris und London in Prag eingegangen sind, versucht Benes noch einmal Forderungen nachzureichen. Am nächsten Morgen, um 8 Uhr 30 in der Frühe, es ist nun der **21. September,** lässt Benes den französischen Außenminister Bonnet wissen, dass die tschechoslowakische Antwort von gestern Abend eine Annahme der britisch-französischen Abtretungsaufforderung vom 18. September gewesen sei.[378] Aber dem fügt er eine Reihe weiterer Punkte an. Benes erklärt, den Polen und den Ungarn im Lande nur Autonomie innerhalb der Tschechoslowakei gewähren zu wollen. Mehr bedeute Krieg. In Bezug auf die Abtretung der Sudetenlande bezeichnet er den britisch-französischen Vorschlag als zu ungenau. Die Einzelheiten sollten von einer internationalen Kommission festgelegt werden. Die Abtretung solle keine wirtschaftlich, militärisch und verkehrstechnisch wichtigen Gebiete der Tschechoslowakei betreffen. Fast zum Schluss des Gesprächs folgt eine folgenschwere Einlassung Benes’. Er sagt, er wünsche beim jetzigen Stand der Dinge nicht, mit Hitler zu verhandeln. Wie sich acht Tage später auf der Konferenz von München zeigen wird, wird Hitler ihm diesen Wunsch erfüllen.

Am 21. September um 17 Uhr übergibt Außenminister Krofta den Botschaftern Englands und Frankreichs die endgültige Entscheidung der tschechoslowakischen Regierung und des Staatspräsidenten Benes. Der englisch-französische Plan zur Abtretung der mehrheitlich von Sudetendeutschen bewohnten Gebiete wird darin „mit dem Gefühl des Schmerzes“ akzeptiert.[379] Der Weg ist frei für weitere Gespräche zwischen Chamberlain und Hitler. Dieser wenig formelle Akt des Akzeptierens wird in der Geschichtsschreibung bisweilen als **„Prager Abtretung“** bezeichnet, die in der Tat der eigentliche völkerrechtliche Akt beim Wechsel der Sudetenlande von der tschechoslowakischen Hoheit unter deutsche Hoheit ist. Das spätere Münchener Abkommen bezieht sich deshalb auch auf diese Abtretung und bezeichnet sie im Präambeltext als das „Abkommen, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde“. Es sind also allein Großbritannien und Frankreich, die am 21. September 1938 mit

377 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 991
378 DBFP; 3rd Series, Volume II, Doc. 1036
379 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 1005

der Tschechoslowakei vereinbaren, dass die Mehrheit der Sudetendeutschen und ihre Gebiete an Deutschland abgetreten werden. Das Münchener Abkommen regelt, wie ebenfalls in der Präambel steht, nur noch die „Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und die danach zu ergreifenden Maßnahmen“.

Noch am 21. September verbreitet sich die Nachricht von der Annahme des Abtretungsplans durch die Prager Regierung wie ein Lauffeuer durch die sudetendeutschen Grenzgebiete. Sie löst dort eine Woge der Begeisterung und Freude aus. In Asch, in Eger und den anderen Gebieten, in denen der deutsche Bevölkerungsanteil die 90 Prozent übersteigt, werden die bisher verbotenen Hakenkreuzfahnen auf den Rathäusern und an Kirchen und Wohnhäusern gehisst. Die Vertreter der Sudetendeutschen schlagen den örtlichen Behörden vor, den Sicherheitsdienst selbst zu übernehmen. Aus Furcht vor Übergriffen, stimmt die tschechoslowakische Regierung zu. Dennoch bleiben Übergriffe von Deutschen gegen Tschechen und von Tschechen gegen Deutsche in der Folgezeit nicht aus. In krassem Gegensatz zur Begeisterung der Deutschen steht die Bestürzung und die Wut der Tschechen in der Hauptstadt Prag. Die Nachricht von der Annahme des französisch-englischen Abtretungsplans löst eine Welle des Zorns und der Verzweiflung bei den Tschechen aus. Eine aufgebrachte Menschenmenge zieht durch die Straßen Prags. Sprechchöre beschimpfen Benes und verlangen seinen Rücktritt. Die Menge ruft nach einer Militärdiktatur unter dem populären General Syrovy, der einst die tschechische Legion in Sibirien geführt hat. Der Druck der Straße wird in wenigen Stunden so stark, dass Ministerpräsident Hodza und sein Kabinett zurücktreten. Noch am 22. tritt unter General Syrovy ein neues Kabinett zusammen, doch Hodza hält die Regierungszügel im Hintergrund stehend weiter in der Hand.

Inzwischen haben sich auch die anderen Gegner der Tschechoslowakei in Position gebracht.

Am 18. September, nach dem Hitler-Chamberlain-Gespräch von Berchtesgaden, fordert Mussolini als Protektor Ungarns eine Volksabstimmung für alle Völker in der Tschechoslowakei, eine Forderung, die Hitler gegenüber Chamberlain noch nicht erhoben hatte. Am 20. empfängt Hitler den ungarischen Ministerpräsidenten Imredy mit Außenminister und Generalstabschef in Berchtesgaden auf dem Obersalzberg, wo der Ungar den Anspruch seines Landes auf die Slowakei und die Karpato-Ukraine vorbringt.[380] Am gleichen Tage erscheint auch der polnische Botschafter Lipski auf dem Obersalzberg und verlangt im Namen seiner Regierung eine Volksabstimmung für das Teschener Gebiet. Unabhängig

380 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 542

von Hitlers Verhandlungen und Gesprächen rühren sich auch die Slowaken, die am gleichen Tag in Prag öffentlich die volle Autonomie für sich verlangen. Am Tag darauf, am 21., marschieren ungarische Truppen in Richtung Slowakei und Karpato-Ukraine auf. Die Krise treibt der Lösung zu.

## Das Treffen in Bad Godesberg vom 22. bis 24. September 1938[381]

Am **22. September** folgt die zweite Hitler-Chamberlain-Verhandlung, die am 15. in Berchtesgaden vereinbart worden war. Hitler entschließt sich, Chamberlain dieses Mal auf halbem Wege entgegenzukommen. So ist der Ort des zweiten Treffens am 22. September Bad Godesberg bei Bonn am Rhein. Ministerpräsident Chamberlain wohnt fürstlich mit seiner Delegation auf dem Petersberg im Siebengebirge rechts des Rheins, und Konferenzort ist das Hotel Dreesen gegenüber, südlich von Bad Godesberg und links des Rheins. Chamberlain eröffnet das erste Gespräch damit, dass er Hitler ausführlich von den französisch-englischen Verhandlungen berichtet. Seine Darstellungen gipfeln in dem Plan zur Abtrennung der Sudetengebiete von der Tschechoslowakei, die letztere nur mit Druck und Mühen angenommen hat. Damit sind Hitlers Berchtesgadener Forderungen prinzipiell erfüllt. Chamberlain hat allen Grund, zufrieden über das bisher von ihm Erreichte zu sein. Er ergänzt noch viele Einzelheiten über Termine, Kommissionen, Garantien, Staatsschuldenübertragung und weitere vorgesehene Regelungen. Als Hitler ihn zum Schluss fragt, ob der ihm vorgestellte Plan mit dem identisch sei, dem die tschechische Regierung zugestimmt hat, antwortet Chamberlain mit einem klaren Ja. Hitler dankt ihm für seine Mühen um die friedliche Lösung des Konflikts, und es sieht für den Bruchteil eines Moments so aus, als sei dies der Durchbruch bei den äußerst schwierigen Verhandlungen. Doch dann gibt Hitler dem Gespräch eine unerwartete, dramatische Wende. Er sagt ruhig, fast bedauernd: „Es tut mir sehr leid, Herr Chamberlain, dass ich auf diese Dinge jetzt nicht mehr eingehen kann. Nach der Entwicklung der letzten Tage geht diese Lösung nicht mehr“ - und schiebt zu Chamberlains Bestürzung zwei neue Forderungen nach. Die erste ist die nach gleichen Regelungen für die ungarische und die polnische Minderheit. Damit nimmt Hitler die Forderungen der italienischen, der polnischen und der ungarischen Regierung auf, die diese seit dem ersten Hitler-Chamberlain-Gespräch erhoben haben. Zum Zweiten verlangt Hitler die sofortige Besetzung der mehrheitlich von Sudetendeutschen bewohnten Zonen durch die Wehrmacht innerhalb von nur vier Tagen und dementsprechend

381 Das Treffen ist nach dem britischen Protokoll (DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 1033) und nach dem deutschen Protokoll (ADAP, Serie D, Band II, Dok. 562) sowie der Schilderung des Dolmetschers Schmidt (S. 400 ff.) dargestellt.

den Abzug von Polizei und Militär der Tschechoslowakei von dort. Die Eile sei, so Hitler, wegen der unhaltbaren Zustände in den Grenzgebieten geboten. In den letzten 14 Tagen seien von dort bereits über 103.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei geflohen. Nun wird das Gespräch zwischen Chamberlain und Hitler erbittert und erregt.

Als Hitler nicht auf Chamberlains Vorstellungen von einer Grenzfestlegung durch eine Kommission eingehen will, kommt es zu einer zähen Auseinandersetzung um die Modalitäten. Es geht um die Frage, ob Gebiete mit 80 Prozent, 65 Prozent oder mehr als 50 Prozent Sudetendeutschen Deutschland angeschlossen werden sollen oder ob die Sprachengrenze nach neuen tschechoslowakischen oder alten österreichischen Karten gelten soll. Hier trifft Hitler einen weichen Punkt bei Chamberlain. Er schlägt eine Volksabstimmung unter internationaler Aufsicht vor, ein Vorschlag, dem der englische Premierminister in keinem Falle folgen darf. Ein Plebiszit, das wissen beide, würde das schnelle Ende der Tschechoslowakei bedeuten.

Woher kommen Hitlers Eile und seine Forderung nach Gebietsübergabe in vier Tagen so kurz vor dem Erfolg, der ihm doch offensichtlich jetzt so gut wie sicher ist? Hitler ist dank des deutschen Abhördienstes[382] inzwischen über Entwicklungen informiert, die selbst Chamberlain nicht kennt. Zum einen hat der französische Minister Mandel Präsident Benes in dem schon erwähnten Telefonat aufgefordert, den Deutschen Widerstand zu leisten. Mandel hatte dabei „die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion“ als Köder ausgelegt. Zum anderen hat die Prager Regierung auf Telefonleitungen, die durch das Reich verlaufen, offen mit den tschechischen Botschaftern in Paris und London darüber gesprochen, dass nun Zeit gewonnen werden muss, bis die Opposition in Frankreich und in England Daladier und Chamberlain stürzt und durch neue, kriegsbereite Regierungschefs ersetzt.[383] Hitler hat Kenntnis von der Kabinettskrise in Paris und ist sich der Gefahr bewusst, dass schon in Kürze statt des „Friedenspremierministers“ Daladier ein neuer Premier aus dem Nest der „Falken“ einen Konfrontationskurs gegen Deutschland fahren könnte. So hat es Hitler plötzlich eilig.

Die Konferenz von Bad Godesberg droht an Hitlers Nachforderungen schnell zu scheitern. Dass die Sorge des deutschen Kanzlers nicht ganz unberechtigt ist, erweist sich, noch während er mit Chamberlain verhandelt. Am Abend des

382 Der zentrale deutsche Abhördienst ist das sogenannte Forschungsamt im Reichsluftfahrtministerium.

383 Francois-Poncet, S. 375

ersten Konferenztages wechselt im Hradschin die Regierung. Am zweiten Konferenztag, um 22.30 Uhr verkündet die neue Regierung der Tschechoslowakei die allgemeine Mobilmachung und ruft damit noch einmal über 1,2 Millionen Reservisten zu den Waffen.[384] Offensichtlich befolgt sie damit den Rat Minister Mandels und hofft - wie der Franzose Mandel das bei seinem Ratschlag sagte -, dass nun die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens und Sowjetrusslands wie von selbst zu schießen beginnen. Doch die Mobilmachung passiert, wie gesagt, erst am nächsten Abend. Zunächst einmal endet der erste Konferenztag mit einem schweren Missklang, weil Hitler sich mit Chamberlains Verhandlungserfolgen nicht zufrieden gibt. Doch man verabredet sich dennoch für den nächsten Tag, und Hitler sichert Chamberlain zu, dass die Wehrmacht solange nicht marschiert, wie die deutsch-englischen Gespräche laufen.

Am folgenden Morgen, **dem 23.,** erscheint Ministerpräsident Chamberlain nicht wie vereinbart im Hotel Dreesen. Stattdessen schickt er Hitler einen Brief, in dem er freundlich, doch bestimmt Hitlers neue Vorstellungen und Forderungen ablehnt. Hitler liest am Ende dieses Schreibens:

> „Ich glaube, Sie sind sich nicht klar darüber geworden, daß es für mich unmöglich ist, einen Plan zu befürworten, von dem ich nicht weiß, ob er von der öffentlichen Meinung Englands, Frankreichs und der Welt im Allgemeinen dahingehend aufgefaßt wird, daß er die Grundsätze, über die bereits Einigung besteht, ordnungsgemäß und ohne Gewaltandrohung zur Anwendung bringt [...] Wenn die deutschen Truppen, so wie Sie es vorschlagen, in das Sudetenland einrücken, so besteht für mich nicht der geringste Zweifel darüber, daß der tschechischen Regierung nichts weiter übrig bleiben wird, als ihren Streitkräften den Befehl zum Widerstand zu geben."[385]

Der Brief schlägt bei den deutschen Gastgebern ein wie eine Bombe. Es sieht damit so aus, als seien die Gespräche zwischen Chamberlain und Hitler festgefahren. Doch Hitler lässt nicht nach. Er diktiert einen fünf Seiten langen Antwortbrief, den Dolmetscher Dr. Paul Otto Schmidt um 3 Uhr mittags mit einer Fähre über den Rhein zu Chamberlain ins Hotel auf dem Petersberg überbringt. Hitlers Antwort ist zwar lediglich eine Wiederholung seines Standpunkts, doch er argumentiert nicht unberechtigt.

> „Eure Exzellenz versichern mir nun", so schreibt Hitler, „daß der Grundsatz der Übereignung des sudetendeutschen Gebietes an das Reich an sich bereits akzeptiert sei. Ich darf Eurer Exzellenz hier leider entgegnen, daß die theoretische Anerkennung von Grundsätzen uns Deutschen auch früher schon ausgesprochen worden ist."

384 Zückert (S. 287) beruft sich auf Srämek: Öeskoslovenskä armäda, S. 66 f.
385 Paul **Otto** Schmidt, S. 402

Hitler erinnert dann an die 14 Punkte Wilsons, deren Versprechen „in schändlichster Weise“ gebrochen worden sei:

> „Was mich interessiert, Exzellenz, ist nicht die Anerkennung des Grundsatzes, sondern einzig und allein seine Verwirklichung, und zwar in der Weise, daß durch sie in kürzester Frist den Leiden der unglücklichen Opfer der tschechischen Tyrannei ein Ende bereitet und gleichzeitig der Würde einer Großmacht Rechnung getragen wird.“[386]

Dr. Schmidt liest und übersetzt den Hitlerbrief vor Chamberlain, was etwa eine Stunde dauert. Der Engländer entlässt ihn mit der Zusage, dass er sich noch heute schriftlich äußern werde. Als Schmidt um etwa 18 Uhr von seinem Botengang vom Petersberg zurückkehrt, wird er sofort zu Hitler vorgelassen. Der fragt gespannt: „Was hat er gesagt, wie hat er meinen Brief aufgenommen?“ Die Spannung wird sich bald lösen. Schon eine Stunde nach Schmidts Rückkehr wird die Antwort überbracht. Premierminister Chamberlain zeigt erneut Entgegenkommen. Er weiß, dass ein Verhandlungsabbruch sein Land unweigerlich in einen Krieg hineinzieht, dem England zurzeit noch nicht gewachsen ist. Chamberlain erklärt sich dazu bereit, die Vorschläge, auf denen Hitler so unbedingt besteht, als Vermittler der tschechoslowakischen Regierung zuzuleiten. Er fordert Hitler auf, die Vorschläge in einem Memorandum schriftlich zu fixieren, und kündigt an, zur Vorbereitung der Vermittlung sofort nach England aufzubrechen. Hitler gelingt es, Chamberlain noch einmal zu einem Gespräch und zur Entgegennahme des Memorandums in das Hotel Dreesen einzuladen. In aller Eile wird das Memorandum formuliert.

Kurz vor 23 Uhr erscheint Chamberlain mit seiner Delegation. Die folgende Besprechung bezeichnet Dr. Schmidt als eine der dramatischsten während der ganzen Sudetenkrise.[387] Beide Delegationen sitzen nun im Halbkreis im Festsaal des Hotels um Hitler und Chamberlain herum, und es wird fast drei Stunden auf das Zäheste verhandelt. Schließlich übersetzt Dolmetscher Schmidt das Memorandum:

> „Die von Stunde zu Stunde sich mehrenden Nachrichten über Zwischenfälle im Sudetenland beweisen“, heißt es darin, „daß die Lage für das Sudetendeutschtum völlig unerträglich und damit zu einer Gefahr für den europäischen Frieden geworden ist. Es ist daher unerläßlich, daß die von der tschechoslowakischen Regierung anerkannte Abtretung des Sudetenlandes nunmehr ohne jede weitere Verzögerung erfolgt. Auf

386 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 572

387 Diese Nachtsitzung ist nach dem britischen Protokoll (DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 1073) und nach dem deutschen Protokoll (ADAP, Serie D, Band II, Dok. 583) sowie der Schilderung des Dolmetschers Schmidt (S. 404 ff.) dargestellt.

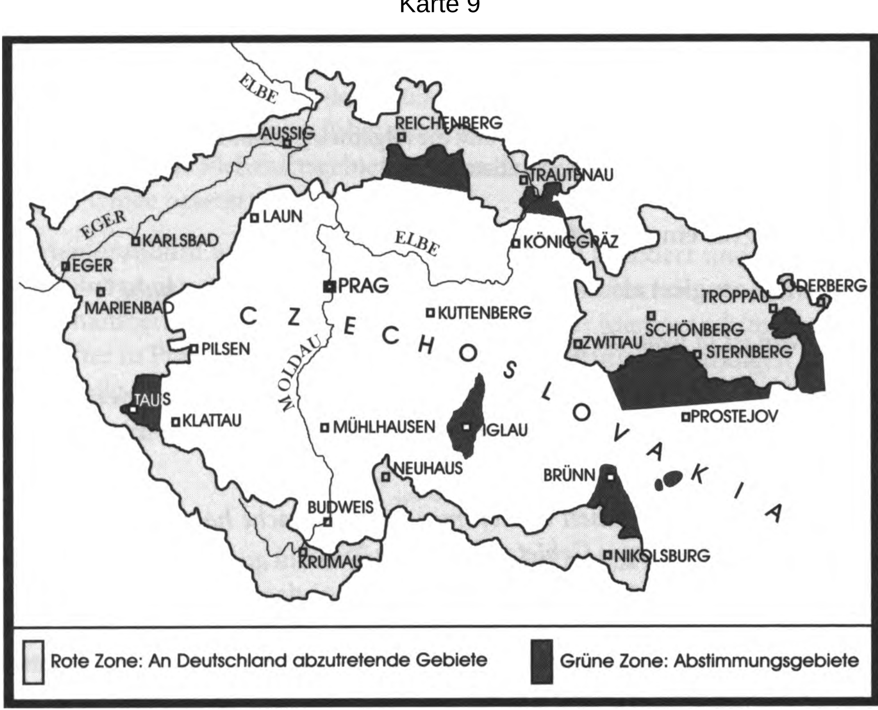
> beiliegender Karte ist das abzutretende sudetendeutsche Gebiet rot schraffiert. Die Gebiete, in denen über die zu besetzenden Gebiete hinaus ebenfalls noch abgestimmt werden muß, sind grün schraffiert eingezeichnet.“

Es folgt als Hauptbedingung die Zurückziehung der tschechischen Streitkräfte aus den auf der Karte bezeichneten roten und grünen Gebieten,

> „deren Räumung am 26. September beginnt und die am 28. September an Deutschland übergeben werden. [...] Die geräumten Gebiete sind in dem derzeitigen Zustand zu übergeben. [...] Die tschechische Regierung entläßt alle wegen politischer Vergehen inhaftierten deutschstämmigen Gefangenen. [...] Die Abstimmung in den grünen Gebieten findet bis zum 25. November 1938 unter Kontrolle einer internationalen Kommission statt.“

So lauten einige der übrigen Punkte des nur wenige Seiten umfassenden Memorandums.[388]

Karte 9




Karte zum deutschen Memorandum vom 23. September 193 8[389]

388 Paul **Otto** Schmidt, S. 404

389 Diese Karte entspricht der Map I aus DBFP, 3rd Series, Volume II. Sie zeigt im Verlauf der Flüsse Abweichungen von der Realität.

Die Wirkung auf Chamberlain und die anderen Engländer ist verheerend. „Das ist ja ein Ultimatum!“ ruft Chamberlain und erhebt beschwörend beide Hände. „Ein Diktat“, pflichtet ihm der englische Botschafter Henderson bei. Chamberlain erklärt äußerst aufgebracht, dass es ihm unmöglich sei, ein solches Ultimatum an die tschechoslowakische Regierung weiterzuleiten. „Mit großer Enttäuschung und tiefem Bedauern muss ich feststellen, Herr Reichskanzler“, so schließt Chamberlain seine ablehnenden Worte, „dass Sie mich in meinen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens auch nicht im Geringsten unterstützt haben.“ Chamberlain und Henderson argumentieren, dass der tschechoslowakischen Regierung bei dieser knapp gesetzten Frist nicht einmal 48 Stunden zur Erteilung der nötigen Befehle an ihre Streitkräfte verblieben, und dass bei einer schnellen Räumung binnen vier Tagen die Gefahr sehr groß sei, dass es zu Schießereien komme, die zu kriegerischen Verwicklungen und letztlich zu einem europäischen Kriege führen könnten. Während die Verhandlung damit offensichtlich an einem toten Punkt angelangt ist, betritt ein Adjutant den Saal und überreicht Hitler eine Meldung. Hitler liest sie und reicht sie dann an Schmidt mit dem Auftrag weiter, sie für Chamberlain zu übersetzen. Der Wortlaut:

> „Soeben hat Benes über den Rundfunk die allgemeine Mobilmachung der tschechoslowakischen Wehrmacht verkünden lassen.“

Nun herrscht für ein paar Momente Totenstille.

Chamberlain reagiert als erster: *„Das ist es, was ich befürchtet habe.“*

Hitler: *„Nun ist ja wohl die ganze Angelegenheit erledigt.“*

Chamberlain: *„Die Mobilmachung der Tschechoslowakei ist eine verständliche Vorsichtsmaßnahme. Sie kann sehr wohl als Defensivmaßnahme angesehen werden.“*

Hitler: *„Wenn die Tschechen erst einmal mobilgemacht haben, denken sie im Traume nicht mehr daran, Gebiete abzutreten.“*

Chamberlain: *„Das stimmt nicht. Sie haben den Gebietsabtretungen bereits zugestimmt.“*

Hitler; *„Ich traue den Tschechen nicht.“*

Chamberlain: *„Die trauen Ihnen nicht.“*

Hitler hatte Chamberlain versprochen, dass die Waffen solange schweigen werden, wie verhandelt wird, es sei denn, es passiere etwas Schwerwiegendes, das ihn zu sofortigem Handeln zwinge. Jeder im Konferenzsaal fragt sich, ob jetzt dieser

Moment gekommen ist. Da sagt Hitler leise, dass man es kaum hören kann, zu dem versteinert dasitzenden Chamberlain:

> „Meine Zusage, daß ich während der Verhandlungen nicht gegen die Tschechoslowakei vorgehen werde, halte ich trotz dieser unerhörten Provokation selbstverständlich aufrecht, zum Mindesten solange Sie, Herr Chamberlain, sich noch auf deutschem Boden befinden."

Der eine Satz genügt, die Spannung zu lösen. Der Verhandlungston wird wieder freundlicher. Trotzdem wird zäh um jeden Punkt gerungen. Chamberlain setzt durch, dass die deutschen „Forderungen" im Memorandum als „Vorschläge" bezeichnet werden. Hitler ist zu einer Konzession beim Zeitablauf bereit. Er mäßigt seine Forderung nach Übergabe der Sudetengebiete in vier Tagen und verschiebt sie um weitere fünf Tage auf den 1. Oktober 1938. In einer Frage allerdings bleibt Hitler hart. Als Chamberlain von ihm erwartet, dass die Wehrmacht zunächst nur das Land besetzt, in dem 80 oder mehr Prozent Sudetendeutsche wohnen, besteht er darauf, dass deutsche Truppen in die tschechoslowakischen Grenzregionen einrücken, in denen überhaupt eine deutsche Mehrheit lebt, also 50 Prozent und mehr. Hitler führt dazu ins Feld, dass zum Ausgleich dafür die sudetendeutschen Mehrheitsgebiete im Landesinneren von der tschechoslowakischen Armee besetzt würden.

Das Memorandum wird noch einmal entsprechend geändert und in eine Reinschrift übertragen. Man geht morgens um 2 Uhr auseinander, und Premierminister Chamberlain sagt Reichskanzler Hitler zu, das Memorandum von seinem Botschafter in Prag der tschechoslowakischen Regierung aushändigen zu lassen. Mittlerweile zeigt der Kalender den **24. September.**

## Benes' „Sowjet-Plan"

Nach der Mobilmachung in der Tschechoslowakei rechnet jedermann mit Krieg. In Frankreich werden noch in gleicher Nacht 600.000 Reservisten einberufen. Italien zieht 300.000 Soldaten ein, lässt Truppen an der Grenze zu Frankreich aufmarschieren und macht die Flotte kriegsbereit. Belgien macht mobil. England bringt die Flotte auf Kriegsstärke. Die Sowjetunion hat schon drei Monate zuvor begonnen, 330.000 Reservisten einzuziehen und sechs Armeegruppen in Weißrussland und in der Ukraine in Richtung Westen zu verlegen.[390] Auch Ungarn und Polen haben bereits vor der Tschechoslowakei mobilgemacht.

390 Mil. Geschichte UdSSR, Band 2, S. 127

Benes entwickelt inzwischen einen neuen Plan, um die Zerteilung der Tschechoslowakei in letzter Stunde abzuwenden. Schon am 19. September hatte er in Moskau fragen lassen, wie sich die Sowjetunion im Falle eines deutschen Angriffs gegen die Tschechoslowakei verhalten werde.[391] Nach einer ersten ausweichenden Antwort aus Moskau und einer weiteren Anfrage aus Prag erhält Benes am 20. das erwünschte Hilfsversprechen, jedoch auch dieses nur unter der Voraussetzung, dass auch entweder Frankreich oder der Völkerbund bereit sein müssten, die Tschechoslowakei zu schützen.[392] Doch die Sowjets können sich weder mit den Rumänen noch den Polen auf die Erlaubnis zum Durchmarsch ihrer Truppen durch eins der beiden Länder einig werden.[393] König Carol II. von Rumänien soll den Wunsch aus Moskau mit den Worten kommentiert haben:

> „Ich ziehe es vor, die Deutschen als Feinde im Lande zu haben, als die Russen als Freunde.“[394]

Ähnlich reagiert die polnische Regierung. Am 22. September ersetzt Benes - wie erwähnt - den antikommunistischen Ministerpräsidenten Hodza durch den der Sowjetunion genehmen General Syrovy,[395] und er nimmt Kontakt zur polnischen Regierung auf. Er bietet an, das Teschener Gebiet an Polen abzutreten, wofür Warschau den Durchmarsch sowjetischer Truppen gestatten müsse. Die polnische Regierung lehnt das ab, weil sie damit rechnen kann, Teschen bald aus deutscher Hand auch ohne dieses Zugeständnis zu bekommen. Der einzige Erfolg des neuen Benes-Plans ist eine Warnung der Russen an die Polen, dass sie den polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1932 lösen werden, wenn Polen sich an einem Angriff gegen die Tschechoslowakei beteiligt. Die Konsequenzen dieser Drohung wird Warschau 1939 spüren.

Der neue Benes-Plan ist also schnell gescheitert, doch er torpediert zunächst einmal die französisch-britischen Bemühungen. Am 24. September, kaum dass General Syrovy als neuer Ministerpräsident im Amt ist, lässt er den ausländischen Diplomaten in Prag die folgende Erklärung übermitteln:

> „Nachdem unsere Mobilmachung angelaufen ist, sind weitere Zugeständnisse von unserer Seite nicht mehr möglich. Wir haben das gefährliche Stadium hinter uns gebracht, die militärische Lage ist gut. Wir hatten gestern einen ersten Angriff der

391 Tschech.-Sowjet. Dok., Nr. 36
392 Tschech.-Sowjet. Dok., Nr. 39
393 bezogen auf Rumänien siehe Hillgruber, S. 19 f. und 27
394 Mil. Geschichte UdSSR, Band 2, S. 126 und ADAP, Serie D, Band V, Dok. 228
395 Syrovy war außerdem im Volk populär, und er garantierte eine ordnungsgemäße Durchführung der allgemeinen Mobilmachung.

> deutschen Luftwaffe erwartet, der die Zusammenziehung unserer Truppen verhindern sollte. Er hat nicht stattgefunden. Man muß diese Zurückhaltung in Berlin als ein Zeichen der Schwäche auslegen.“[396]

So ist der Stand der Prager Dinge, als der englische Botschafter der tschechoslowakischen Regierung die Godesberger Bedingungen Hitlers überreicht. Diesmal folgt die Antwort der Tschechen auf dem Fuß. Am **25. September** lehnt Prag die neuen Godesberger Forderungen Hitlers nach einer sofortigen Besetzung der Sudetenlande durch die Wehrmacht als unannehmbar ab.[397] Damit ist das englische Bemühen, den Krieg um die Sudetenfrage abzuwenden, zunächst erneut gescheitert.

In den Folgetagen steht Europa am Rande eines neuen Krieges. Die deutsche Wehrmacht ist mit 21 Heeresdivisionen aufmarschiert.[398] Die tschechische Regierung lehnt die Godesberger Forderungen Hitlers - besonders wegen der verlangten Volksabstimmung - ab und füllt die 42 Divisionen ihres Heeres mit 400.000 Reservisten auf.[399] Polen beharrt auf der Übergabe des Teschener Industriegebiets. Ungarn verlangt die Abtretung der „ungarischen Gebiete“ und Selbstbestimmung für die Slowaken und Ruthenen. Die Regierungen in Paris und London schwanken zwar politisch; dennoch ruft Frankreich 600.000 Reservisten zu den Waffen[400] und England versetzt seine Flotte in den Kriegszustand und teilt das der deutschen Reichsregierung mit, um dieser Drohung Nachdruck zu verleihen.[401] Die Franzosen fordern Englands Waffenhilfe, und London merkt, dass Paris bisher militärisch selber nichts zur Rettung der Tschechoslowakei vorbereitet hat. Daladier und Chamberlain lassen trotz alledem nichts unversucht, Hitler vom Selbstvollzug des Sudetenanschlusses abzuhalten. Beide drohen unmissverständlich, gegen Deutschland Krieg zu führen, falls deutsche Truppen in die Sudetenlande einmarschieren.

Hitler beharrt derweil darauf, dass die tschechische Regierung seine Godesberger Forderungen bis zum 28. September akzeptiert. Andernfalls - so seine Drohung - werde die Wehrmacht die Sudetengebiete am 1. Oktober 1938 notfalls mit Gewalt besetzen. In einer Rede im Berliner Sportpalast vor mehr als 25.000 Zuhörern und vor Presse aus England, Frankreich und den USA wiederholt er mit Nachdruck seine Forderungen aus dem Godesberger Memorandum. Er greift Benes dabei

396 Benoist-Mechin, Band VI, S. 309
397 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 1092
398 Michaelis, S. 161
399 Michaelis, S. 112
400 Benoist-Mechin, Band VI, S. 305
401 Churchill, Memoiren, S. 395

äußerst hart persönlich an. Er wirft ihm alle alten und neuen Sünden gegenüber den Sudetendeutschen und den anderen Minderheiten vor und verlangt:

> „Herr Benes wird am 1. Oktober uns das Sudetengebiet übergeben müssen. [...] Er hat jetzt die Entscheidung in der Hand! Frieden oder Krieg.“[402]

Nach dieser klaren Drohung, notfalls um das Schicksal der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen Krieg zu führen, und offensichtlich eingedenk der ebenso klar ausgesprochenen Warnung und Drohung von Briten und Franzosen, dass sie in diesem Falle ihrerseits dem Deutschen Reich den Krieg erklären würden, bittet Hitler Chamberlain in einem Brief um „weiterhin gute Vermittlungsdienste bei der tschechischen Regierung“ und verspricht, „dass Deutschland die Tschechoslowakei nach Übergabe der Sudetengebiete in Ruhe lassen und ihre Unabhängigkeit in keiner Weise verletzen werde“[403].

Chamberlain lässt an diesem und an den Folgetagen nichts unversucht, eine kriegerische Auseinandersetzung um die Sudetenfrage zu verhindern. Noch am 27. September ermahnt er Präsident Benes dringend, die deutschen Forderungen anzunehmen. Er fügt hinzu, dass die Tschechoslowakei selbst nach einem gewonnenen Krieg nicht so wiederhergestellt werde, wie sie vorher war.[404] Mit anderen Worten, selbst nach einem gewonnenen Krieg muss die Tschechoslowakei mit dem Verlust der Sudetenlande und vielleicht noch anderer Landesteile rechnen.

## Die Horace-Wilson-Mission

Als Chamberlain am Sonntag, den 25. September die Absage der tschechoslowakischen Regierung zum Godesberger Hitler-Memorandum zugestellt bekommt, bittet er die französische Regierung zu einer neuen Konferenz nach London. Noch am späten Nachmittag desselben Tages brechen Premierminister Daladier und Außenminister Bonnet erneut nach England auf. Um 21 Uhr beginnt in London, Downingstreet No. 10, die nun schon dritte britisch-französische Gipfelkonferenz über die Zukunft der Tschechoslowakei. Chamberlain berichtet über sein letztes Gespräch in Bad Godesberg mit Hitler und erklärt, er sei keinerlei Verpflichtung

402 Sportpalastrede vom 26.9.1938, siehe Domarus, Band I, S. 931 ff. In dieser Rede dramatisiert Hitler. So übertreibt er maßlos den Umfang der momentanen Massenflucht der Sudetendeutschen aus der CSR.

403 Brief vom 27. September 1938, siehe Henderson, S. 161

404 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 1138

gegenüber Hitler eingegangen, außer der Weiterleitung des Memorandums an die Tschechen. Daladier erwidert, dass man Prag die Annahme des Memorandums nicht empfehlen könne, außerdem hätte die tschechoslowakische Regierung es längst selbst abgelehnt. Chamberlain und Daladier sind sich in diesem Punkte einig. Doch nun kommt man zu der Frage, wie sich Paris und London jetzt verhalten sollten. Daladier beteuert zum wiederholten Male, dass Frankreich der Tschechoslowakei militärisch Beistand leisten werde. Daladier, der zugleich Kriegsminister Frankreichs ist, wird nun von den englischen Ministern mit einer Menge Fragen bombardiert, wie Frankreich diesen Beistand in die Tat umsetzen wolle. Daladier wird wortkarg und versucht, den Fragen mit der erneuten Erklärung auszuweichen, Frankreich werde seine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei erfüllen.

Angesichts der offensichtlichen Unfähigkeit Frankreichs, einen Krieg gegen Deutschland erfolgreich durchzustehen, bleibt den zwei Regierungschefs zunächst nur der Versuch, Hitler zum Nachdenken und Einlenken zu bewegen. Sie beschließen, den englischen Spitzendiplomaten Sir Horace Wilson zu Hitler zu entsenden. Wilson soll ihm übermitteln, dass die tschechoslowakische Regierung das Memorandum abgelehnt hat und ihn nachhaltig drängen, weiter zu verhandeln. Sollte Hitler sich dem Wunsch verweigern, würde Wilson ihm folgende Erklärung abgeben:

> „Die französische Regierung hat uns davon in Kenntnis gesetzt, daß sie im Falle eines deutschen Angriffs gegen die Tschechoslowakei ihre Verpflichtungen genau erfüllen wird. Wenn Frankreich in Ausführung seiner vertraglichen Verpflichtungen in einen Krieg mit Deutschland gerät, wird das Vereinigte Königreich sich verpflichtet fühlen, ihm Hilfe zu leisten.“[405]

Am Morgen des **26. September** fliegt Horace Wilson mit der Botschaft Chamberlains zu Hitler nach Berlin.[406] Um 17 Uhr wird er im Beisein des Außenministers von Ribbentrop und des Dolmetschers Paul Otto Schmidt in der Reichskanzlei empfangen. Schmidt übersetzt, wie immer, für den Kanzler Hitler. Die Note lautet:

> „Die tschechoslowakische Regierung teilt mir soeben mit, daß sie das Memorandum über die sofortige Räumung der angezeigten Gebiete und die sofortige Besetzung durch deutsche Truppen als unannehmbar ablehnt, während sie den britisch-fran-

405 Benoist-Mechin, Band VI, S. 318

406 Die Treffen Hitler-Wilson sind den Aufzeichnungen des Dolmetschers Dr. Schmidt entnommen, siehe Paul Otto Schmidt, S. 407 ff.

> zösischen Teilungsplan vom letzten Dienstag weiter akzeptiert. Ich erinnere Eure Exzellenz daran, daß ich Ihnen in meinem letzten Brief geschrieben habe, daß der Versuch, die Gebiete, die zum Reich sollen, sofort zu besetzen, als eine unnötige Machtdemonstration verurteilt würde. [...]
>
> Im Gegensatz dazu bleibt eine Verhandlungslösung weiterhin möglich. [...] Ich bitte Eure Exzellenz, einem Treffen zwischen Repräsentanten des Deutschen Reiches und der tschechoslowakischen Regierung zuzustimmen, um die entstandene Situation unverzüglich [...] zu beraten und eine Übereinkunft zu erzielen, wie die Gebiete übergeben werden können.“[407]

Hitler, der der Übersetzung mit wachsender Unruhe zugehört hat, springt plötzlich auf und schreit erregt: „Es hat überhaupt keinen Zweck, noch irgendwie weiter zu verhandeln.“

Er verlässt für einen Moment den Raum, kehrt immer noch erregt zurück. Es ist eine äußerst peinliche Szene. Der Dolmetscher kann seine Übersetzung beenden, aber Hitler tobt vor Empörung weiter. Es folgt ein Stimmendurcheinander, das man kaum als Gespräch bezeichnen kann. Wilson versucht immer wieder, Hitler zum Einlenken zu bewegen, doch er steigert damit Hitlers Zornausbrüche gegen Benes umso mehr. Wilsons erste Mission ist damit gescheitert.

Die Undankbarkeit, die Chamberlain hier trifft, beschränkt sich an diesem Tage nicht allein auf Hitler. Auch auf tschechoslowakischer Seite ist man nicht einverstanden mit der Art und Weise, wie der britische Premierminister hier vermittelt. Der tschechoslowakische Gesandte in London Jan Masaryk berichtet über denselben Vorgang, die Ablehnung des Hitler-Memorandums durch Benes:

> „Ich übergab die Note Chamberlain in Gegenwart von Halifax. Beide lasen sie schweigend durch und waren von dem Inhalt tief gerührt. Chamberlain ist ermattet, gealtert und unglaublich uninformiert.
>
> Chamberlain ist aufrichtig überrascht, daß wir eine Zurückziehung des Militärs aus den Befestigungen nicht beabsichtigen. Ich betonte, daß gestern die Befestigungen auf englischen und französischen Rat besetzt wurden und daß wir sie heute nicht wieder räumen können. Das wollte er nicht begreifen. Es ist ein Unglück, daß dieser dumme, schlecht informierte Mensch englischer Premier ist, und ich bin überzeugt davon, daß er es nicht mehr lange sein wird.“[408]

Am nächsten Morgen, dem 27. **September,** trifft eine weitere Botschaft Chamberlains für Hitler ein, die Wilson überbringt. Der englische Premierminister

407 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 1097
408 Berber, Dok. 176

knüpft an die freundlichen Worte an, die Hitler in seiner Sportpalastrede für ihn gefunden hatte, und verbindet damit das Angebot einer englischen Garantie für die Durchführung der tschechischen Räumungsverpflichtung, wenn Deutschland im Gegenzuge von Gewaltanwendung Abstand nimmt. Das Angebot klingt so entgegenkommend und trotzdem nimmt Hitler es nicht an. Als Wilson fragt, was er dem Premierminister übermitteln soll, beharrt Hitler auf seinem alten Standpunkt:

> „Ich danke lediglich dem Premierminister für alle seine Bemühungen. Die Tschechen haben sich zu entscheiden, das Memorandum anzunehmen oder es abzulehnen. Im letzteren Fall werde ich die Tschechoslowakei zerschlagen“, ruft er zornig. „Wenn die Tschechen nicht bis zum Mittwoch, den 28. September, 2 Uhr mittags, meine Forderungen angenommen haben, marschiere ich am 1. Oktober mit der deutschen Armee in das Sudetengebiet ein.“

Dieser Drohung folgen nur noch neue Beschimpfungen der Tschechen. Als Hitler einhält, richtet sich Wilson auf und erklärt mit fester Stimme und Betonung:

> „Unter diesen Umständen habe ich mich noch eines weiteren Auftrages des britischen Premierministers zu entledigen. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, folgende Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen. Wenn Frankreich bei der Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen aktiv in Feindseligkeiten gegen Deutschland verwickelt werden sollte, so würde sich das Vereinigte Königreich für verpflichtet halten, Frankreich zu unterstützen.“

Wütend erwidert Hitler, er nehme diese Mitteilung zur Kenntnis.

> „Wenn Frankreich und England losschlagen wollen“, sagt er, „dann sollen sie es nur tun. Mir ist das vollständig gleichgültig. Ich bin auf alle Eventualitäten vorbereitet. Ich kann die Lage nur zur Kenntnis nehmen. Dann werden wir uns eben alle miteinander in der nächsten Woche im Kriege befinden!“

Mit dieser Antwort endet auch Wilsons zweiter Anlauf erfolglos.

Obwohl London in weitem Entgegenkommen sich sogar bereit erklärt hat, eine Garantie für die Räumung der Sudetenlande zu übernehmen, schlägt Hitler dieses Angebot aus. Hier stellen sich dem späteren Betrachter ein paar Fragen: Ist es Hitlers Absicht, die Krise um die Sudetendeutschen bis zum Krieg zu treiben, um die Tschechei zu erobern, wie er es im November 1937 vor der Wehrmachtsspitze angekündigt hat? Ist es sein verbohrter Hass auf Benes, der mit den Böhmendeutschen zwei Jahrzehnte lang ein falsches Spiel getrieben hat? Ist es nur das ungenügende Angebot, das seine Forderung nach einer Volksab-

Stimmung in den „grünen Gebieten“ nicht berücksichtigt? Sind es die schlechten Erfahrungen, die Hitler in den vergangenen Jahren wiederholt mit Frankreich und der Tschechoslowakei gemacht hat, die nach prinzipiellen Zugeständnissen, nur verzögert haben oder sogar keine Konsequenzen folgen ließen?[409] Oder ist es eine Mischung? Niemand wird das je ergründen.

Für den 27. September ist noch eine diplomatische Note der Warschauer Regierung an die Prager nachzutragen. Die polnische Regierung fordert die tschechoslowakische ultimativ auf, mit ihr unverzüglich einen Vertrag über die Abtretung der Kreise Teschen und Freistadt abzuschließen sowie eine Vereinbarung über eine Volksabstimmung in Gebieten mit gemischt polnisch-tschechischer Bevölkerung.[410]

## Eine schlimme Woche für die Sudetendeutschen

Kurz vor der zu erwartenden Entscheidung über das weitere Schicksal der Sudetenlande gibt es noch einmal ein paar furchtbare Tage für viele Deutsche in der Tschechoslowakei. Die dortige Armee versucht, mit ihren Reservisten auch die sudetendeutschen einzuziehen, doch ein großer Teil von ihnen entzieht sich dem durch Flucht ins Deutsche Reich. Seit dem 13. September herrscht außerdem das Standrecht in 16 von 83 deutschen Kreisen. Vom 15. an flutet ein deutscher Flüchtlingsstrom aus der Tschechoslowakei ins nahe Deutschland. Mit den „Deserteuren“ und den Flüchtlingen verlässt bereits ein großer Teil der Sudetendeutschen ihre Heimat, die auf den Listen der tschechoslowakischen Geheimpolizei für eine spätere Verhaftung und Internierung vorgesehen sind. Das sind rund 20.000 Männer und Frauen, vor allem die Führer und Funktionäre der deutschsprachigen Parteien und Vereine. Sie gelten den Tschechen als potenzielle Helfer, „Verräter und Spione“ für die deutsche Seite im Falle eines deutschen Angriffs. Nach der späteren Behandlung kann man schließen, dass diese 20.000 Personen auch als Geiseln vorgesehen sind. Seit dem 20. September sorgt obendrein das Sudetendeutsche Freikorps für höchste Anspannung und Empörung bei den tschechoslowakischen Sicherheitsorganen.

**Am** 27. **September -** während die englischen Vermittlungsbemühungen auf Hochtouren laufen - schlägt die tschechoslowakische Polizei zu und versucht, die gesuchten Deutschen zu verhaften. Doch sehr viele Sudetendeutsche auf den

409 So hat Frankreich z. B. nach Anerkennung des Prinzips der gleichen Rechte für Deutschland in Rüstungsfragen am 11.12.1932 dieses anschließend in der Praxis nicht mehr akzeptiert.

410 Stosunki Dyplomatyczne, S. 87

Listen sind bereits entkommen. So fängt die Polizei bei ihrer Menschenjagd in Troppau statt der gesuchten 250 Deutschen nur etwa 40. In Jägerndorf sollen 88 Personen verhaftet werden. Man trifft nur noch ganze 14 an. So läuft es in der ganzen Tschechoslowakei. Die tschechische Polizei, an manchen Orten unterstützt vom Militär, versucht trotz allem wenigstens die Zahlen auf den Verhaftungslisten zu erfüllen. Sie greift sich andere Deutsche auf den Straßen und verfrachtet sie zusammen mit den als gefährlich Eingestuften in Internierungslager im Inneren des Landes. So wandern in diesen Tagen auch Tausende von Sudentendeutschen in die Lager, die völlig unpolitisch sind. Die „unterwegs" Verhafteten können sich dabei weder von ihren Familien verabschieden noch die nötigste persönliche Habe mit auf die Transporte nehmen. Die Internierungslager sind für die Unterbringung so vieler Menschen nicht vorbereitet worden. In Stefanau, dem größten Lager, werden zeitweilig 5000 gefangene Sudetendeutsche in einer stillgelegten Maschinenfabrik zusammengedrängt. Es gibt keine Betten, keine Waschgelegenheiten und zunächst fast nichts zu essen. Ähnlich schaut es in den Lagern Karthaus, Leitmeritz, Neubistritz und Pardubitz und in denen bei Olmütz, Prerau und Proßnitz aus. Die Behandlung der sudetendeutschen Internierten ist in den ersten Tagen ausgesprochen feindlich. Es setzt Prügel und Schikanen. Es kommt dabei zu Verletzten und zu Toten. Den Neuangekommenen in Stefanau zum Beispiel erklärt ein tschechischer Polizeioffizier den angeblichen Grund für die Verhaftungswelle. Er eröffnet den ohnehin Eingeschüchterten, sie seien hier als Geiseln, und sie würden erschossen, sobald Hitler den Krieg eröffne und die Wehrmacht die Grenze überschreite. Ob das so stimmt, sei hier dahingestellt. Auch wenn diese Begrüßung nur ein Ausfluss von Sadismus war, so zeigt sie, dass die wenigen Tage, die die Gefangenen in den tschechischen Lagern verbringen müssen, Tage voller Angst und Terror sind. Die tschechischen Bewacher sind ihrerseits voll Hass auf die eingesperrten Deutschen, in denen sie die Feinde ihres bedrohten Vaterlandes und Verräter sehen.

Was *die Sudetendeutschen in den Lagern* zu der *Zeit noch nicht wissen, ist, dass die Reichsregierung der tschechischen* Vergeltung für *jeden* ermordeten Deutschen angekündigt hat.

Ab dem 30. September verbreitet sich das Gerücht „Sie haben unterschrieben. Die Republik ist verloren!" in Windeseile unter den Bewachern.[411] Ganz plötzlich ändert sich das Leben in den Lagern. Die tschechischen Bewacher werden ausgewechselt. Die Verpflegung ist von nun an angemessen, und Ärzte und Priester erhalten Zutritt zu den Lagern. Dem folgt der baldige Rücktransport der deutschen „Geiseln" in ihre Heimatorte.

411 Das Gerücht bezieht sich auf das Münchener Abkommen.

## Das letzte Ringen um eine Lösung

Mit der unerfreulichen Begegnung zwischen Adolf Hitler und Horace Wilson ist das Ringen um eine befriedigende Lösung nicht beendet. Noch am gleichen Abend gehen viele Briefe hin und her. Hitler schreibt an Chamberlain. Botschafter Henderson telegrafiert an Chamberlain, und letzterer schickt eine Botschaft an den Gesandten Newton in Prag. Doch der Reihe nach: Nachdem Hitler Sir Wilson so rigide abgefertigt hat, fühlt er wohl, dass er zu weit gegangen ist. Er schreibt einen versöhnlichen Brief an Premier Chamberlain, dass das Deutsche Reich bereit sei, an einer internationalen Garantie für die Tschechoslowakei teilzunehmen, wenn zuvor die Minderheitenfragen dort geregelt seien. Fast zur gleichen Zeit empfängt Chamberlain den aus Berlin zurückgekehrten Wilson. Dieser schildert seine zwei Begegnungen mit Hitler. Er schließt mit den letzten unheilvollen Worten des deutschen Kanzlers: „Dann werden wir uns eben alle miteinander in der nächsten Woche im Kriege befinden!“ Ebenfalls zur gleichen Zeit telegrafiert Botschafter Henderson seinen Eindruck vom letzten Hitler-Wilson-Treffen.

> „Die Lage ist jetzt völlig klar. Wenn Prag bis morgen, 28. September, 14 Uhr, nicht das deutsche Memorandum annimmt oder seine Truppen aus dem Sudetenland zurückzieht, wird Hitler die allgemeine Mobilmachung anordnen und Frankreich ebenfalls. Wenn die britische Nation wünscht, sich in einen Krieg einzulassen, ist nichts zu machen, als sich auf ihn vorzubereiten.“[412]

Chamberlain ordnet, nachdem er dieses Telegramm gelesen hat, den Alarmzustand für die britische Marine an. Und er zieht eine zweite Konsequenz aus den übereinstimmenden Berichten von Henderson und Wilson. Er schickt dem englischen Gesandten Newton in Prag ein Telegramm und beauftragt ihn, Benes sofort folgende persönliche Botschaft zu übermitteln:

> „Ich lege großen Wert auf die Mitteilung, daß nach den Informationen der Regierung Seiner Majestät aus Berlin jetzt klar ist, daß die deutschen Streitkräfte Befehl haben, die tschechoslowakische Grenze sofort zu überschreiten, wenn nicht bis morgen, 14 Uhr, die tschechoslowakische Regierung die deutschen Bedingungen angenommen hat. Das bedeutet, Böhmen wird überrannt werden, und nichts, was irgendeine andere Macht tun kann, wird dieses Schicksal von Ihrem eigenen Land und Volk abwenden. Das ist die Wahrheit, einerlei wie der schließliche Ausgang eines möglichen Weltkrieges sein wird. Die Regierung Seiner Majestät kann nicht dafür die Verantwortung übernehmen, Ihnen zu raten, was Sie jetzt tun sollen; aber sie ist der Meinung, daß diese Information schnellstens in Ihre Hände gelangen sollte.“[413]

412 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 1142
413 DBFP, 3rd Series, Volume II, Doc. 1136

Chamberlain versucht noch in aller Eile, einen Kompromiss zwischen der Berchtesgaden-Formel, der Benes bereits zugestimmt hatte, und dem Godesberg-Memorandum, die er nun so vehement ablehnt, zu formulieren. Eineinhalb Stunden nach dem ersten Telegramm an Newton geht ein zweites ab nach Prag, in dem der englische Premier einen neuen Vorschlag ankündigt. Aber Benes ist nun so festgelegt wie Hitler. Er antwortet Newton, der die Ankündigung übermittelt:

> „Meine Bemühungen, eine Lösung des Sudetenproblems zu finden, sind übermenschlich gewesen. Mein Gewissen ist rein. Fehler mögen hie und da gemacht worden sein. Aber keiner war so groß, um eine derartige Strafe zu rechtfertigen."

Bezogen auf Benes' „übermenschliche" Bemühungen ist man geneigt, an den Gorbatschow-Ausspruch zu denken: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!"

Diese Antwort, die eine erneute Ablehnung ahnen lässt, verärgert Chamberlain. Er sieht, dass Benes seine letzte Chance, den Kern der Tschechoslowakei zu retten, ausschlägt, obwohl er weiß, dass er die Sudetengebiete ohnehin verliert. Der englische Premier setzt den Dialog nun über Rundfunk fort. Um 20 Uhr spricht er über den Äther. Seine kurze Rede wird nicht nur in Prag, sondern auch in Berlin verstanden. Er sagt:

> „Ich bin bereit, alles zu unternehmen, um den Frieden zu retten. Ich bin sogar bereit, zum dritten Male nach Deutschland zu fahren. Wie schrecklich, phantastisch, unglaubhaft ist es, daß wir Schützengräben anlegen und Gasmasken hier ausprobieren sollen wegen eines Streites in einem fernen Land zwischen Völkern, von denen wir kaum etwas wissen. [...] Wie sehr auch immer unsere Sympathien auf der Seite einer kleinen Nation sein mögen, die einem mächtigen Nachbarn gegenübersteht, so kommt es dennoch unter keinen Umständen in Frage, das britische Weltreich für diese kleine Nation in einen Krieg zu verwickeln. Wenn wir kämpfen, muß es um wichtigere Fragen gehen. [...] Solange der Krieg noch nicht begonnen hat, besteht immer noch die Hoffnung, daß er vermieden werden kann ..."

Benes vernimmt die Botschaft, doch er bewegt sich nicht. Auch Hitler wird unverzüglich eine Übersetzung der Rede Chamberlains vorgelegt. Er weiß jetzt, dass der englische Premier von Benes abrückt. Hitler schreibt sofort einen neuen Brief an Chamberlain, in dem er sich Punkt für Punkt mit den Ablehnungsgründen der Tschechen gegen sein Memorandum auseinandersetzt. Dann wiederholt er noch einmal seine Bereitschaft, die neuen Grenzen der Tschechoslowakei zu garantieren, sobald das Problem aller Minderheiten gelöst ist. Der Brief endet mit den Worten:

> „Ich muß es Ihrem Ermessen überlassen, ob Sie es bei dieser Sachlage für angebracht halten, Ihre Bemühungen, für die ich Ihnen auch bei dieser Gelegenheit noch einmal aufrichtig danken möchte, fortzusetzen, derartige Machenschaften zu durchkreuzen und die Regierung in Prag noch rechtzeitig zur Vernunft zu bringen."[414]

Es geht nun auf die Mitternacht des letzten Tages vor Ablauf des Hitler-Ultimatums zu. Die Regierungen in Washington, Paris und London versuchen weiter, die Tür zum Frieden aufzuhalten. In London weiß man, dass der italienische Diktator Mussolini der einzige Mann ist, der Hitler so nahe steht, dass er ihn jetzt noch bewegen könnte. Um 23 Uhr sucht der englische Botschafter in Rom den italienischen Außenminister Graf Ciano auf und bittet ihn, dem Duce Mussolini eine Vermittlung anzutragen. Auch US-Präsident Roosevelt bittet Mussolini noch in der Nacht, mäßigend auf Hitler einzuwirken und ihm eine internationale Konferenz zur Streitbeilegung vorzuschlagen. Auch in Paris ist man nicht müßig. Außenminister Bonnet bemüht sich, einen Kompromiss zu finden. Gleichzeitig mit Chamberlain erarbeitet er einen Vorschlag, der die Abtretung des gesamten im französisch-englischen Plan vorgesehenen Gebietes an Deutschland am 1. Oktober vorsieht und eine internationale Kommission zur Regelung der sonst noch offenen Fragen.[415] Um Mitternacht übermittelt Bonnet den Plan und eine Karte an den französischen Gesandten Francois-Poncet in Berlin und beauftragt ihn, schnellstmöglich bei Hitler vorstellig zu werden.

Es ist nun längst Mitternacht vorbei und der neue Tag beginnt. Es ist der **28. September,** der Tag, an dem um 2 Uhr mittags Hitlers Ultimatum abläuft. Die verbleibende Frist ist jetzt so kurz geworden, dass es fast unmöglich scheint, den Krieg noch zu vermeiden, doch das zähe Ringen um den Frieden ist noch nicht beendet. Um **4 Uhr** morgens trifft ein Telegramm von Roosevelt bei Hitler ein. Der amerikanische Präsident bittet, die Verhandlungen nicht einzustellen und, falls es nicht möglich sein sollte, mit den Tschechen zu einer Einigung zu kommen, sollte man zu einer internationalen Konferenz aller interessierten Staaten an einem neutralen Ort zusammenkommen. Um **10 Uhr** gelingt es dem englischen Gesandten in Rom, Lord Eric Perth, bei Mussolini im Palazzo Venezia vorzusprechen und ihn im Namen Chamberlains um eine Vermittlung im deutsch-tschechoslowakischen Konflikt zu bitten. Mussolini nimmt die Rolle gerne an, erhöht sie doch seinen Stellenwert unter den Regierungschefs Europas. Außerdem hat der Italiener keinerlei Verlangen, sich wegen der ungeliebten Tschechoslowakei in einen fremden Krieg hineinziehen zu lassen. Und zu guter Letzt kann er dabei zum eigenen Nutzen den Interessen der Ungarn und der Polen dienen.

414 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 635
415 Benoist-Mechin, Band VI, S. 336

Mussolini beauftragt sogleich den italienischen Gesandten in Berlin Bernardo Attolico, Hitler eine solche Konferenz unter seinem Vorsitz vorzuschlagen.

Um **11 Uhr** erscheint der französische Gesandte Francois-Poncet in der Reichskanzlei, dem Amtssitz Hitlers. Er wird sofort zu Hitler vorgelassen. Francois-Poncet spricht ausgezeichnet Deutsch und kann so die Botschaft Außenminister Bonnets in wohlgesetzten Worten und dem ihm eigenen diplomatischen Geschick überzeugend übermitteln.

> „Sie täuschen sich, Herr Reichskanzler“, sagt er im Verlaufe des Gesprächs, „wenn Sie etwa glauben, den Konflikt auf die Tschechoslowakei lokalisieren zu können. Wenn Sie dieses Land angreifen, stecken Sie damit ganz Europa in Brand. [...] Sie sind natürlich überzeugt, den Krieg zu gewinnen, genauso wie wir glauben, Sie besiegen zu können. Aber warum wollen Sie überhaupt dieses Risiko eingehen, wo Sie doch ohne Krieg die wesentlichsten Forderungen erfüllt erhalten können?“[416]

Hitler hört dem französischen Diplomaten zu und wird sichtlich nachdenklich. Als Francois-Poncet auch noch eine sauber gezeichnete Karte der Tschechei hervorholt und Hitler präsentiert, hat er fast gewonnen. Die Karte zeigt die Grenzen der Gebiete, die an die Deutschen übergeben werden sollen. Doch ehe der Franzose Hitler ganz hat überzeugen können, wird er unterbrochen. Ein Adjutant betritt den Raum und meldet, dass der Gesandte Attolico erschienen sei und eine Botschaft Mussolinis zu überbringen habe. Hitler, der annimmt, dass sein Gespräch mit Francois-Poncet noch länger dauern wird, verlässt für kurze Zeit das Arbeitszimmer, um Attolico zu hören. Später wird Hitler noch öfter zu diesem unterbrochenen Gespräch gestehen: „Francois-Poncet war der einzige, der einen vernünftigen Vorschlag machte!“

Vor der Tür kommt der Gesandte Attolico völlig außer Atem auf Hitler zu und ruft schon aus einiger Entfernung - ganz außerhalb der protokollarischen Gepflogenheit:

> „Ich habe eine dringende Botschaft vom Duce an Sie zu überbringen, Führer!“ Der Dolmetscher übersetzt ihn. „Soeben hat die britische Regierung in Rom durch ihren Botschafter mitteilen lassen, daß sie eine Vermittlung des Duce in der sudetendeutschen Frage annehmen würde. Die Differenzpunkte hat sie als nur gering bezeichnet.“ Und dann folgt eine interessante Wendung: „Was Sie auch beschließen mögen, Führer; das faschistische Italien steht hinter Ihnen, läßt der Duce mitteilen.“ Dann fügt er

416 Francois-Poncet, S. 378

> noch hinzu: „Der Duce ist aber der Ansicht, daß die Annahme dieses englischen Vorschlages günstig wäre, und bittet Sie von einer Mobilmachung abzusehen.“[417]

Hitler, der ganz offensichtlich schon im Gespräch mit Francois-Poncet nachdenklich geworden ist, wird von der Mussolini-Botschaft umgestimmt. In diesem Augenblick, kurz vor **12 Uhr,** zwei Stunden vor Ablauf des Hitler-Ultimatums, fällt die Entscheidung für den Frieden. Hitler antwortet Attolico: „Sagen Sie dem Duce, dass ich seinen Vorschlag annehme.“ Hitler geht zurück in sein Arbeitszimmer zu Francois-Poncet und unterrichtet ihn über Mussolinis Vorschlag und seine Bereitschaft, den Streit nun doch in einer Friedenskonferenz zu regeln. Kurz nach dem französischen Gesandten erscheint noch Henderson mit einer neuen Botschaft Chamberlains. Hitler informiert auch ihn sogleich von der soeben eingetretenen neuen Lage und sagt, er müsse nun erst einmal mit Mussolini sprechen. Die Unterhaltung zwischen beiden ist freundlich, und nur kurz. Als sie sich trennen, erklärt Hitler noch:

> „Ich habe übrigens die deutsche Mobilmachung auf Wunsch meines großen italienischen Bundesgenossen um 24 Stunden verschoben.“

So verstreicht das **14** Uhr-Ultimatum, ohne dass es zum Äußersten gekommen ist.

Am Nachmittag telefonieren der „Führer“ und der „Duce“ und beschließen, dass Hitler Chamberlain, Daladier und Mussolini zu einer Viererkonferenz über die Sudetenfrage gleich für den nächsten Tag, den 29. September, nach München einlädt. Sofort danach werden Chamberlain und Daladier nach München eingeladen. Beide akzeptieren. Um **18.45 Uhr** unterrichtet Chamberlain Staatspräsident Benes von der plötzlich eingetretenen Wende und der Konferenz in München. Darauf signalisiert der tschechoslowakische Außenminister Krofta noch die Bereitschaft zu ein paar geringen Zugeständnissen, aber eine Volksabstimmung in den Gebieten „mit großer tschechischer Mehrheit“ lehnt er mit Bestimmtheit ab.[418] Um **19.30 Uhr** gibt das Deutsche Nachrichten-Büro amtlich bekannt:

> „Der Führer hat den italienischen Regierungschef Benito Mussolini, den englischen Premierminister Neville Chamberlain, sowie den französischen Ministerpräsidenten Daladier zu einer Aussprache eingeladen. Die Staatsmänner haben die Einladung angenommen. Die Besprechung wird am 29. September vormittags in München stattfinden.“

417 Paul **Otto** Schmidt, S. 412
418 Berber, Dok. 180

# TEIL 9

## 1938 - DAS MÜNCHENER ABKOMMEN

**Die Münchener Konferenz vom 29. und 30. September 1938**

**Der Anschluss der Sudetengebiete**

**Die Folgen des Sudetenanschlusses**

# 1938 - DAS MÜNCHENER ABKOMMEN

## Die Münchener Konferenz vom 29. und 30. September 1938

Am 29. September reisen die eingeladenen Delegationen und auch zwei nicht geladene nach München an. Mussolini nutzt seinen Sonderzug für den Weg zur Konferenz. In Kufstein steigen Hitler und sein Übersetzer Schmidt zu, und er und Mussolini besprechen auf dem Rest der Strecke die für Hitler wesentlichen Punkte: Erstens sei es wichtig, dass die Konferenz nicht im Gestrüpp der üblichen Verfahrensfragen stecken bleibe. Es müsse am ersten Tag zu einer Lösung kommen, anderenfalls werde die Wehrmacht einmarschieren. Und zweitens müssten die deutschen Truppen am 1. Oktober in das Sudetenland einrücken. Ansonsten sei er zu Zugeständnissen bereit. Mittags, noch vor Mussolinis Sonderzug, treffen die Delegationen Frankreichs und Großbritanniens ein.

Die Prager Regierung war zwar aus London informiert, doch nicht von Hitler eingeladen worden. Der „Führer" will mit der Regierung, die den Sudetendeutschen keine Freiheit geben wollte, nicht verhandeln. Dennoch trifft am Nachmittag auch eine tschechoslowakische Delegation mit dem Flugzeug in Berlin ein. Sie wird nicht offiziell empfangen, sondern mit Polizeiautos zum Hotel der britischen Delegation gefahren. Dr. Hubert Masarik,[419] dem Delegationsleiter, gelingt es zwar, Kontakt zu Beamten aus der französischen und der englischen Delegation aufzunehmen und ihnen anhand einer aus Prag mitgebrachten Karte die „innenpolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen tschechoslowakischen Interessen", die bei einer Gebietsabtretung berücksichtigt werden sollten, darzustellen. Bis in den Konferenzsaal dringen diese Wünsche allerdings nicht vor.

Als Vertreter der ungarischen Regierung erscheint Graf Csäky, der zukünftige ungarische Außenminister, am Konferenzort. Aber niemand außerhalb der italienischen Delegation findet Zeit, sich mit ihm zu beschäftigen.

Kurz vor 1 Uhr mittags sitzen die Großen Vier im „Führerbau" am Königsplatz versammelt: Daladier und Mussolini, Chamberlain und Hitler, dazu die Außenminister Italiens, Graf Ciano, und Deutschlands, von Ribbentrop, sowie für die Außenministerien Frankreichs Staatssekretär Leger und Englands Sir Wilson.[420] Der Verlauf der Verhandlung ist wenig spektakulär, da man sich

419 Nicht zu verwechseln mit Jan Masaryk (von 1925-1935 Gesandter in London) oder Thomas Masaryk (Staatspräsident der Tschechoslowakei 1918-1935).

420 Verhandlung dargestellt nach ADAP, Serie D, Band II, Dok. 670

über die prinzipielle Lösung der Sudetenfrage durch eine Landabtretung längst geeinigt hat. Zunächst stellt jeder der vier Großen kurz seinen Standpunkt in der Sudetenfrage vor. Alle - einschließlich Hitler - sprechen sich gegen eine Gewaltlösung aus. Schnell kommt eine Atmosphäre allseitigen Einvernehmens auf. Mussolini übernimmt dabei bisweilen die Moderation. Er spricht als einziger alle Muttersprachen der hier versammelten vier Herren. Hitler betont noch einmal den Zeitdruck, unter dem die Übergabe der Sudetenlande steht. Er kommt den Engländern und Franzosen ein kleines Stück entgegen, indem er sich bereit zeigt, auf die Besetzung der Abstimmungsgebiete zu verzichten. Mussolini weist daraufhin, dass man sich ja bereits theoretisch auf die Abtretung geeinigt hat, und dass es hier nur darum gehe, sie in die Praxis umzusetzen. Chamberlain verlangt zweimal im Laufe der Gespräche, auch tschechische Vertreter zu den Verhandlungen zuzulassen, doch Hitler wehrt das ab. Die gleiche Ungerechtigkeit wie in Versailles. Nach einigem kontroversem Hin und Her legt Mussolini vor der Mittagspause einen Vorschlag über Zeiten, Zonen und Verfahren der Übergabe der Sudetenlande vor und über die militärische Besetzung der unzweifelhaften Abtretungsgebiete. Es ist ein Vorschlag, der - was weder Briten noch Franzosen wissen - am Tag zuvor von Göring, Neurath und Weizsäcker[421] aufgesetzt, dann von Hitler genehmigt und Mussolini als deutsche Verhandlungsposition zugeleitet worden ist. Mussolini präsentiert ihn nun als seinen eigenen Vorschlag. Damit sind Daladier und Chamberlain etwas hinters Licht geführt. Von Weizsäcker, von Neurath und Göring, alle drei Vertreter einer Friedenslösung, hatten das Papier allerdings verfasst, um Außenminister von Ribbentrop im eigenen Lager auszubremsen, der einer Sudetenlösung mit Gewalt offensichtlich gern den Vorzug gegeben hätte.

Nach der Mittagspause wird der Vertragsentwurf von Mussolini, inzwischen mit einigen Änderungen versehen und in drei Sprachen übersetzt, den Delegationen übergeben. Nun werden die acht Artikel des Abkommens noch einmal Punkt für Punkt verhandelt.[422] Man einigt sich schnell auf den 10. Oktober als Datum für den Abschluss der Räumung der an Deutschland zu übergebenden Gebiete. Hitler verzichtet im Gegenzug auf die Besetzung der wegen ihrer zweifelhaften Mehrheit umstrittenen Gebiete. Kritisch wird es bei der Frage, ob nicht doch die angereisten Tschechen zugezogen werden sollen, um ihre Zustimmung zu den ihnen auferlegten Pflichten einzuholen. Hier ist es merkwürdigerweise der französische Ministerpräsident Daladier, der sagt, dass das nicht nötig sei.

421 Göring ist Reichsluftfahrtminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, von Neurath gewesener Außenminister und von Weizsäcker Staatssekretär im Außenministerium.

422 ADAP, Serie D, Band II, Dok. 674

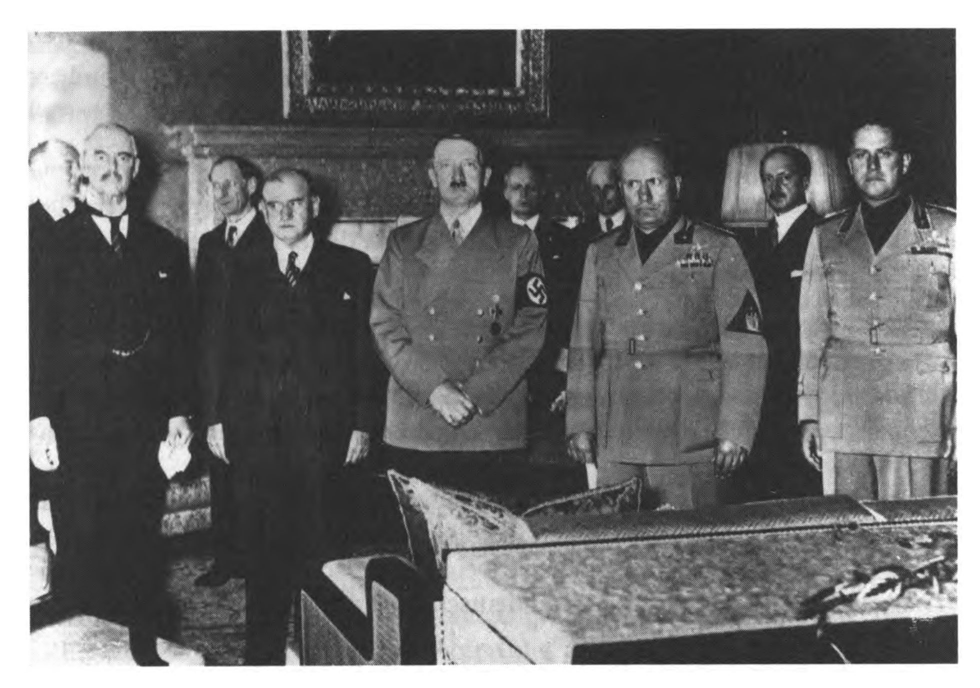


**Abb. 7: Die Teilnehmer der Konferenz**
**Von links: der britische Premierminister Chamberlain, der französische Ministerpräsident Daladier, Adolf Hitler, der italienische Staatschef Mussolini und sein Außenminister Graf Ciano. Im Hintergrund: Chefdolmetscher Dr. Paul Otto Schmidt, der französische Außenminister Bonnet, Reichsaußenminister von Ribbentrop, Staatssekretär von Weizsäcker und der Generalsekretär des französischen Außenministeriums Leger.**

> „Er habe seinerzeit auch dem Grundsatz der Gebietsabtretung der Tschechoslowakei in England [...] ohne vorherige Rückfrage bei der tschechoslowakischen Regierung zugestimmt und stehe jetzt auf dem Standpunkt, daß das, was einmal zugesagt sei, auch gehalten werden müsse.“

Nach der Einigung der Regierungschefs geht das Vertragspapier an die Juristen. Es folgen langwierige Auseinandersetzungen der Rechtsexperten, die nun um die endgültigen Formulierungen für den Vertragstext ringen, während sich die Besprechung sonst in eine Reihe von Einzelunterhaltungen auflöst. Abends, es ist schon 22 Uhr, informieren Sir Horace Wilson und der englische Diplomat Ashton-Gwatkin im Auftrag Chamberlains die wartenden Prager Delegierten über den Stand der Konferenz und den Plan, auf den man sich geeinigt hat. Als Hubert Masarik darauf besteht, den vorgesehenen Plan zu revidieren, erwidert Gwatkin:

> „Wenn Sie nicht annehmen, werden Sie Ihre Angelegenheiten mit Deutschland ganz allein zu regeln haben. Vielleicht werden es Ihnen die Franzosen liebenswürdiger sagen, aber glauben Sie mir, sie teilen unsere Auffassung [...], sie desinteressieren sich.“[423]

Lange nach dem Abendessen, zwischen zwei und drei Uhr morgens schreitet man zur Unterzeichnung. Die wesentlichen Punkte dieses nach dem Tagungsort benannten Münchener Abkommens lauten:

- Die Räumung der vorwiegend deutsch bewohnten Sudetengebiete beginnt am 1. Oktober und ist bis zum 10. Oktober 1938 abzuschließen.
- Ein internationaler Ausschuss unter tschechischer Beteiligung bestimmt zusätzliche Gebiete, in denen die spätere Zugehörigkeit durch eine Volksabstimmung geklärt wird.
- Ein Optionsrecht für Tschechen und Sudetendeutsche innerhalb von sechs Monaten stellt einen freiwilligen Bevölkerungsaustausch sicher. Tschechen aus den Sudetengebieten können nach eigener Entscheidung in die Tschechoslowakei übersiedeln und Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei in die Sudetengebiete.
- Die tschechoslowakische Regierung entlässt alle Sudetendeutschen, die dieses wünschen, aus dem Militär- und Polizeidienst.
- Beim Rückzug der Tschechen werden keine bestehenden Einrichtungen zerstört.[424]

Dieses Münchener Abkommen der vier Mächte wird den Tschechen noch in der Nacht von Daladier und Chamberlain eröffnet. Als Hubert Masarik fragt, ob eine Antwort der tschechoslowakischen Regierung auf das Abkommen erwartet werde, antwortet ihm der französische Staatssekretär Leger, dass keine Antwort mehr erwartet werde und dass der Plan hiermit als angenommen angesehen werde. Er fügt hinzu, dass die Prager Regierung am gleichen Tage, spätestens um 17 Uhr, ihren Vertreter nach Berlin zur ersten Sitzung der internationalen Kommission zu schicken habe.[425] So ist das Münchener Abkommen für die Tschechoslowakei ein Strafurteil ohne Berufungsmöglichkeit. So grausam diese nächtliche „Urteilsverkündung“ wirkt, so erinnert sie gespenstisch an die Aushändigung der Verträge von Saint-Germain und Versailles an die Delegationschefs aus dem geschlagenen Österreich und dem besiegten Deutschland. Die Münchener Konferenz ohne die Tschechen am Verhandlungstisch erinnert auch daran, dass es

423 Berber, Dok. 181
424 Nach Vertrags-Ploetz, Teil 2, Band 4, S. 154 ff.
425 Nach dem Bericht des Dr. Hubert Masarik, siehe Berber, Dok. 181

die tschechischen Delegierten waren, die 1919 in Saint-Germain dafür gesorgt haben, dass die slowakischen Delegierten nicht vorgelassen wurden, als über ihre nationale Zukunft beraten und entschieden wurde.

Der genaue Wortlaut des **Münchener Abkommens** ist es wert, genau studiert zu werden. Die Präambel lautet:

> „Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des **Abkommens, das** hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets **bereits grundsätzlich erzielt wurde,** über folgende **Bedingungen und Modalitäten** dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte."

(Hervorhebungen durch den Autor)

Hiermit drücken die vier Unterzeichner aus, dass die Abtretung nicht in München, sondern im Grundsatz schon zuvor entschieden worden ist. Die Formulierung „des Abkommens, das [...] bereits grundsätzlich erzielt wurde", bezieht sich ausdrücklich auf die „Prager Abtretung" vom 21. September 1938. Hier in München geht es, wie der Text besagt, nur noch um die „Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und die danach zu ergreifenden Maßnahmen". Die Abtretung ist zwar auf massiven deutschen Druck erfolgt, aber dennoch nicht zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei vereinbart worden. Und das hat eine lange Vorgeschichte, die mit Punkt 2 des Abkommens erkennbar wird. Punkt 2 lautet:

> „2) Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebiets bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird."

Hier wird Deutschland nicht erwähnt, und das hat seinen Grund. Nur die drei Siegermächte des Ersten Weltkriegs vereinbaren die Räumung der Sudetenlande mit der Tschechoslowakei, weil nur sie es sind, die den Tschechen die Rechte an den deutschen Gebieten wieder aberkennen können, die sie ihnen im November 1918 im Vorgriff auf den sieben Monate später geschlossenen Vertrag von Saint-Germain zugesprochen hatten. Die Tschechen hatten den Siegern 1918 in Paris falsche Angaben zu dem Bevölkerungsanteil der Deutschen und zu ihren Siedlungsflächen vorgelegt und zudem versprochen, die nationalen Minderheiten nach Art der Schweiz an der Regierung ihres neuen Staates zu beteiligen. Die

turbulenten Ereignisse des Jahres 1938 sind nun der Bankrott der Tschechen, die sich ihren großen Staat 1918/19 mit falschen Angaben, manch anderen Manipulationen und später nicht gehaltenen Versprechen erschwindelt hatten. Mit Punkt 2 des Abkommens korrigieren die Siegermächte von 1918 einen ihrer in Saint-Germain gemachten Fehler.

Karte 10




Karte zu den Münchener Vereinbarungen vom 29. September 1938[426]

Dem Münchener Abkommen ist eine Karte mit vier Gebietsabschnitten beigefügt, die deutsche Truppen etappenweise bis zum 7. Oktober besetzen sollen. Die vier dargestellten Zonen umfassen weitaus weniger Fläche, als Hitler noch vor einer Woche in Bad Godesberg im „Memorandum" als abzutretende Gebiete für das Deutsche Reich gefordert hatte. Aber die Zonen I bis IV bestimmen nur die von der Tschechoslowakei zu räumenden und von der deutschen Seite zu besetzenden

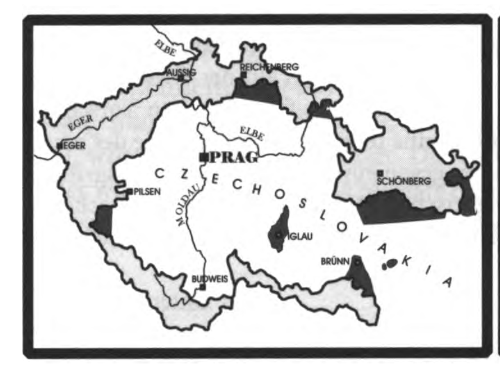
426 Diese Karte entspricht der Karte II aus ADAP, Serie D, Band II, Anlage zum Dokument 675.

Gebiete vor der Volksabstimmung. So erkennt die Londoner *The Times* vom 2. Oktober dann auch in einem Leitartikel an:

> „Im Endergebnis haben beide Seiten Zugeständnisse gemacht. Herr Hitler hat in wichtigen Punkten nachgegeben, indem er, wie es scheint, an einer Anzahl von Stellen die neuen Grenzen gegenüber seinen Godesberger Forderungen modifiziert hat. Als Diktator könnte er wohl kaum von einer entschieden erklärten Absicht abgehen, seine neuen Gebiete bereits heute zu betreten; die deutschen Truppen führen aber lediglich eine symbolische Teilbesetzung durch.“

Auch der französische Außenminister Bonnet berichtet am 4. Oktober in einem Runderlass an alle seine diplomatischen Vertretungen im Ausland von Hitlers Verhandlungszugeständnissen. Er zählt acht Punkte auf, bei denen Hitler Abstriche von seinen harten Godesberger Forderungen hingenommen hat. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, sei schon hier erwähnt, dass die geschickte deutsche Verhandlungsführung im Internationalen Ausschuss binnen zweier Wochen Hitlers wichtigstes Zugeständnis wieder wettmacht. Deutschland erhält die Sudetengebiete, soweit sie 1918 zu mehr als 50 Prozent deutsch besiedelt waren.[427]

Karte 11




Hitlers Forderungen in Bad Godesberg




Zugestandene Besetzungsgebiete von München

Das Münchener Ergebnis ist ein deutscher Sieg auf ganzer Linie. Doch für den Vermittler Mussolini ist die Konferenz nur zu Teilen ein Erfolg. Sein Versuch, dort auch die Interessen der Polen und der Ungarn durchzusetzen, scheitert am Einspruch Chamberlains. Die Gebietsforderungen aus Budapest und Warschau werden für eine spätere Regelung zurückgestellt. Immerhin sorgen die Polen selbst

427 Franz. Gelbbuch, Dok. 15. Grundlage für den Status von 1918 war die Volkszählung von 1910.

dafür, dass ihre Forderungen nicht untergehen, Am ersten Tag der Münchener Konferenz, am 29. September, übergibt der polnische Gesandte in Prag der ohnehin bedrängten tschechoslowakischen Regierung ein Ultimatum, in dem die Warschauer Regierung die Abtretung des Westteils des Teschener Kohle- und Industriereviers an Polen bis zum 1. Oktober fordert und dazu einen Teil der Zips, sowie die nordslowakische Grenzregion Arwa.[428] Angesichts der nördlich davon aufmarschierten polnischen Truppen tritt Prag die geforderten Gebiete am 1.10. ab.[429] Zurück zum Münchener Abkommen.

Drei zusätzliche Vereinbarungen zum Münchener Vertrag sind im späteren Ablauf der Geschichte von Bedeutung. Zwei stehen in den „Zusätzen Nr. 1 und Nr. 2“ des Vertrags. Sie betreffen die Garantien für „die neuen Grenzen der Tschechoslowakei“. Die dritte ist ein zusätzliches Papier, das allein Chamberlain und Hitler unterschreiben. Zuerst zu den Zusätzen des Vertrags: Die spätere Geschichtsschreibung übermittelt, dass Deutschland in München eine Garantie für den weiteren Bestand der Tschechoslowakei abgegeben habe. Doch das steht weder im Vertrag noch in den bezeichneten Zusätzen über die Garantien. Da heißt es:

> „Zusatz Nr. 1 zu dem Abkommen. München, 29. September 1938
>
> Seiner Majestät Regierung im Vereinigten Königreich und die französische Regierung haben sich dem vorstehenden Abkommen angeschlossen auf der Grundlage, daß sie zu dem Angebot stehen, welches in § 6 der englisch-französischen Vorschläge vom 19. September enthalten ist, betreffend eine internationale Garantie der neuen Grenzen des tschechoslowakischen Staates gegen einen unprovozierten Angriff.
> Sobald die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei geregelt ist, werden Deutschland und Italien ihrerseits der Tschechoslowakei eine Garantie geben.
>
> vier Unterschriften“[430]

In der zusätzlichen Erklärung Nr. 2 wird noch vereinbart, dass eine neue Konferenz der vier Mächte einberufen werden soll, falls das Problem der polnischen und der ungarischen Minderheiten nicht innerhalb von drei Monaten gelöst sein sollte.

Die deutsche Reichsregierung hat also in München keine Garantien ausgesprochen. Sie hat sie nur für den Fall versprochen, dass „die Frage der polnischen und

428 Krystlik, S. 199 und Stosunki Dyplomatyczne, Seite 87, dazu englischsprachige Übermittlung des polnischen Ultimatums siehe ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 7

429 Diese Gebiete werden am 17.10.1939 von Deutschland an die Slowakei zurückübertragen.

430 Vertrags Ploetz, Teil II, Band IV, S. 156

ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei geregelt“ wird. So bleibt nun abzuwarten, ob dieser Fall eintritt. Nach der Schilderung des Wiener Schiedsspruchs soll dieser Faden in einem späteren Kapitel wieder aufgegriffen werden.

Die dritte so wichtige Vereinbarung von München ist das Papier, das Chamberlain und Hitler unterzeichnen. Bei allen Vermittlungserfolgen Mussolinis bleibt es vor allem das Verdienst des englischen Premierministers Chamberlain, Europa im September 1938 den Weg in einen neuen Krieg erspart zu haben. Seine Besuche in Berchtesgaden und Bad Godesberg, sein mäßigender Einfluss auf die Regierungen in Paris und Berlin und sein Drängen gegenüber Prag haben letztendlich den Erfolg gebracht. Bei diesem Zerren um das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen auf der einen Seite und den Besitzstand der Tschechoslowakei auf der anderen, bei diesem Pokern um Frieden oder Krieg hat sich bei Chamberlain ein tiefes Misstrauen gegen Hitler eingestellt. So beschließt der englische Premier, den deutschen Kanzler mit einer weiteren Erklärung für die Zukunft festzulegen. Nach der Konferenz bittet Chamberlain Hitler um ein vertrauliches Gespräch unter vier Augen. Er bietet dabei an, die deutsch-britischen Beziehungen „in dem Wunsch, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen“ auf ein neues Fundament zu stellen und zukünftige Streitigkeiten auf dem Wege britisch-deutscher Konsultationen zu bereinigen. Das Angebot ist schriftlich in Form einer Erklärung formuliert, und Chamberlain bittet Hitler, diese Erklärung gemeinsam mit ihm zu unterschreiben. Hitler, noch dankbar für Chamberlains Entgegenkommen am Tag zuvor, unterzeichnet, ohne dass er offensichtlich dabei ahnt, wozu ihn dies verpflichtet. Die Unterschrift und die Verpflichtung holen Hitler wieder ein, als er sechs Monate danach den Rest der im Zerfall begriffenen Tschechoslowakei ohne Englands Mittun zum deutschen Protektorat erklärt.

We, the German Führer and Chancellor and the British Prime Minister, have had a further meeting today and are agreed in recognising that the question of Anglo-German relations is of the first importance for the two countries and for Europe.

We regard the agreement signed last night and the Anglo-German Naval Agreement as symbolic of the desire of our two peoples never to go to war with one another again.

We are resolved that the method of consultation shall be the method adopted to deal with any other questions that may concern our two countries, and we are determined to continue our efforts to remove possible sources of difference and thus to contribute to assure the peace of Europe.

A Hitler

Neville Chamberlain

September 30, 1938.

Wir, der deutsche Kanzler und Führer und der britische Premierminister, hatten heute ein weiteres Treffen und sind übereingekommen, die Frage der englisch-deutschen Beziehungen als erstrangig für unsere zwei Länder anzuerkennen.
Wir betrachten das heute nacht unterzeichnete Abkommen und das englisch-deutsche Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker, nie wieder Krieg gegeneinander zu führen.
Wir sind fest entschlossen, dass der Weg der Konsultation der Weg sein soll, jede andere Frage zu behandeln, die unsere beiden Völker berühren könnte, und wir sind entschlossen, unsere Bemühungen fortzusetzen, mögliche Ursachen für Differenzen zu beseitigen, um so dazu beizutragen, den Frieden in Europa zu sichern.
[Übers. des Autors]

**Dokument 3: Das Hitler-Chamberlain-Übereinkommen vom 29. September 1938**

## Der Anschluss der Sudetengebiete

Kaum, dass die Tinte der vier Unterschriften unter dem Abkommen ganz getrocknet ist, geht es - noch am **30. September -** an die Arbeit. Schon morgens, 6 Uhr 30 in der Frühe, übergibt der deutsche Geschäftsträger in Prag eine Kopie des Münchener Abkommens im Außenministerium an Minister Krofta. Er lädt außerdem einen bevollmächtigten tschechoslowakischen Vertreter und einen militärischen Sachverständigen zu 17 Uhr desselben Tages zur ersten Konferenz des Internationalen Ausschusses nach Berlin ein.[431] Um 12 Uhr empfängt Außenminister Krofta die Gesandten Italiens, Großbritanniens und Frankreichs. Krofta lässt die

431 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 1

drei Herren kaum zu Wort kommen. Er äußert nur seine Verbitterung über die Entscheidungen der letzten Nacht. Dieses Gespräch in Prag ist schnell zu Ende.

Um 17 Uhr 20 eröffnet Staatssekretär von Weizsäcker im Außenministerium in Berlin die erste Sitzung des Internationalen Ausschusses. Die vier Mächte von München hatten diesen Ausschuss eingesetzt und ihm drei wesentliche Aufgaben übertragen. Artikel 3 des Abkommens lautet:

> „3. Die Modalitäten der Räumung werden im Einzelnen durch einen internationalen Ausschuß festgelegt, der sich aus Vertretern Deutschlands, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei zusammensetzt.“

Und Artikel 5 legt fest:

> „5. Der in Artikel 3 erwähnte internationale Ausschuß wird die Gebiete bestimmen, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll. Diese Gebiete werden bis zum Abschluß der Volksabstimmung durch internationale Formationen besetzt werden.“

Artikel 6 ist nicht weniger bedeutend:

> „6. Die endgültige Festlegung der Grenzen wird durch den internationalen Ausschuß vorgenommen werden.“

Auch wenn die tschechoslowakische Regierung von der Konferenz in München ausgeschlossen war, so ist sie nun in Fragen der Modalitäten, der Volksabstimmung und der endgültigen Grenzfestlegung doch beteiligt. Die Völker Ungarns, Österreichs und Deutschlands wären 1918 und 1919 glücklich gewesen, wenn die Siegermächte einschließlich der Tschechen ihnen solches zugestanden hätten.

Auf der ersten Ausschusssitzung wird der deutsche Staatssekretär im Außenministerium und Stellvertreter von Ribbentrops von Weizsäcker vom französischen Botschafter Francois-Poncet zum Vorsitzenden vorgeschlagen. Von Weizsäcker nimmt das Präsidium an. Als Wesentliches wird an diesem Tag beschlossen, sofort einen militärischen Unterausschuss einzusetzen, der unverzüglich regeln soll, wann und wieweit täglich die tschechischen Truppen die Sudetengebiete räumen und die deutschen Truppen nachrücken sollen, und festlegen soll, welches militärische Gerät an die Deutschen übergeben oder bei den Tschechen bleiben soll. Für den Beginn des deutschen Einmarschs wird der folgende Tag, 14 Uhr, festgesetzt.[432]

432 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 2



**Abb. 8: 30. September 1938: Chamberlains Ankunft in Heston**

Das Bild des 30. September wäre ohne die triumphale Heimkehr Chamberlains nach England unvollständig. Am späten Nachmittag trifft er in Heston auf dem Flugplatz ein. Als Chamberlain aus seinem Flugzeug steigt, hält er in einer Hand den Hut und mit der anderen schwenkt er das Papierbündel mit dem Münchener Abkommen und der von ihm und Hitler unterschriebenen deutsch-englischen Erklärung. Sein Ausruf *„Peace for our time!“* geht an diesem Tag als frohe Botschaft um den Globus. Eine ungeheure Menschenmenge auf dem Flugplatz begrüßt ihren Premierminister als „fliegenden Botschafter des Friedens“, überschüttet ihn mit Blumen und singt das Lied *„He is a jolly goodfellow“*. Premierminister Daladiers Empfang in Frankreich ist nicht weniger eindrucksvoll. Doch in der ganzen Welt wird Chamberlain als der Architekt der friedlichen Sudetenregelung gefeiert. Mussolinis Anteil am Erfolg ist zwar bedeutend, doch er verblasst hinter Chamberlains beharrlichem Bemühen.

Am **1. Oktober** beginnt die bis zum 10. Oktober dauernde Übergabe der Teile der Sudetenlande an das Deutsche Reich, die ohne Volksabstimmung übergeben werden sollen. Deutsche Truppen rücken den abziehenden tschechischen folgend

in die Zone I nach. In dieser Zone liegen die überwiegend deutsch bewohnten Städte Wallern, Hohenfurt und Stuben. Zone I südwestlich Budweis ist mit etwa 100 Kilometern Breite und rund 25 Kilometern Tiefe, wie die drei anderen Zonen auch, nur der Kern des deutschsprachigen Gebiets, in dem die Deutschen 90 Prozent der Bevölkerung stellen. Entsprechend ist der Empfang für die einmarschierenden Soldaten. Die Grenzpfeiler mit den tschechoslowakischen Farben sind längst ausgerissen und beseitigt. Die Menschen stehen an den Straßen, jubeln, winken, werfen Blumen und sind überglücklich, nach 20 Jahren Fremdherrschaft wieder „heim ins Reich" zu kommen. Straßen, Gebäude, Rathäuser und selbst Kirchen sind mit Hakenkreuzfahnen geschmückt.

Die tschechoslowakische Regierung, die in diesen Tagen mit der Übergabe der Sudetengebiete an die Deutschen über alle Maßen beschäftigt ist, gerät nun auch noch wieder unter den Druck der Polen, Ungarn, Ruthenen und Slowaken. Um Mitternacht wird das polnische Ultimatum um das Kohle- und Industrierevier von Teschen östlich von Mährisch-Ostrau, um den geforderten Teil der Zips und die nordslowakische Arwa fällig. Die Polen drohen mit dem Einmarsch ihrer bereits an der Grenze aufmarschierten Truppen.[433] Die Prager Regierung gibt, wie bereits erwähnt, nach, und Teschen wechselt sofort, das heißt noch am selben Tag den Besitzer. Dieser Vorgang wird später schwere Folgen für die Polen haben. Warschau bricht mit seiner Drohung den Kellogg-Pakt von 1925 sowie das Litwinow-Protokoll von 1929 und verursacht damit obendrein die Auflösung des polnisch-sowjetischen Beistandspakts von 1932. Drei Verträge, die Polen 1939 hätten schützen können. Für das deutsch-polnische Verhältnis ist von Bedeutung, dass die polnische Regierung zunächst die Erwartung hegte, Teschen auf der Konferenz von München mit deutscher Hilfe zu erhalten. Nach dem Selbstvollzug ohne deutsches Zutun sieht man in Warschau später keinen Grund mehr, den Deutschen dafür Dank zu zeigen und in der Danzig-Frage Zugeständnisse zu machen. Dies wiederum führt direkt zum Zweiten Weltkrieg.

Auch die Ungarn rühren sich an diesem Tag. Sie fordern die tschechoslowakische Regierung zur sofortigen Aufnahme von Verhandlungen über ihre Gebietsansprüche auf. Das Münchener Abkommen sieht solches ja in seinem Zusatzprotokoll vor.

In Preßburg konferieren bereits seit zwei Tagen Vertreter aller slowakischen Parteien über „die Slowakische Frage". Sie werden, genauso wie die Ruthenen, am 4. Oktober und an den Folgetagen, die nächsten Schritte unternehmen, um

433 Stosunki Dyplomatyczne, S. 87

sich von der Prager Zentralregierung zu lösen und autonom innerhalb der Tschechoslowakei zu werden. Ihre Autonomieerklärung folgt vier Tage später.

Am 1. Oktober tagt auch der Internationale Ausschuss wieder. Er befasst sich in seiner zweiten Sitzung vormittags und der dritten nachmittags mit dem Räumungs- bzw. Einmarschablauf der tschechischen und deutschen Truppen in den Zonen I und II. Insbesondere werden zwei weitere Unterausschüsse eingerichtet, einer für Finanz- und Wirtschaftsfragen und ein anderer für die Volkszählung und die Grenzfestlegung. Letzterer gewinnt schnell überragende Bedeutung. Ansonsten wird beraten, inwieweit das tschechische Militär die Waffen und Geräte aus seinen Grenzbefestigungswerken ausbauen und abtransportieren darf. Es wird den Tschechen zugestanden, dies zu tun, soweit die Räumungsfrist das zulässt. Was nicht auszubauen und nicht abzutransportieren geht, soll unzerstört der deutschen Wehrmacht übergeben werden. Ein weiterer Verhandlungspunkt an diesem Tage sind die internationalen Überwachungstruppen für die Volksabstimmung. Man einigt sich auf je 1000 Briten, Italiener und Franzosen.[434]



**Abb. 9: Die einrückenden deutschen Soldaten werden mit Jubel begrüßt.**

Tags darauf, am **2. Oktober,** ist die Internationale Kommission zu einem Empfang bei Hitler eingeladen. Der Reichskanzler macht seinen Gästen ein interessantes Angebot und drängt zur gleichen Zeit darauf, die endgültige Grenze

434 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 10 und 11

dort festzulegen, wo er sie bei seiner Godesberger Konferenz mit Chamberlain in seinem Memorandum selbst gezogen hatte. Sein Vorschlag und sein Angebot sind, auf die Volksabstimmungen in den Sprachinseln zu verzichten, sowohl in den tschechischen als auch in den deutschen rund um Iglau, Brünn, Könitz und Olmütz. An diesem Tag beginnt auch der deutsche Einmarsch in die Zone II, dem nördlichsten Teil der Sudetenlande nahe der sächsischen Stadt Zittau. Hier liegen die deutschen Städte Friedland, Bodenbach und Rumburg.

Am **3. Oktober** beginnt der deutsche Einmarsch in die Zone III, dem westlichsten Teil der Sudetenlande mit den überwiegend deutschen Städten Asch, Eger, Karlsbad und Marienbad. Hitler trifft an diesem Tage eine richtungweisende Entscheidung. Er ordnet an, dass Angehörige von nationalen Minderheiten in Zukunft in Deutschland vom Wehrdienst ausgeschlossen werden, und dass sich die deutschen Minderheiten im Ausland von nun an auf die Pflege von Kultur und Brauchtum beschränken und jegliche Loslösungsbestrebungen von ihren Staaten unterlassen sollen. Beides dient dazu, die nach dem Anschluss der Sudetenlande verbleibenden Minderheitenprobleme zu entschärfen. Es heißt zugleich, dass sich die Sudetendeutschen in den Sprachinseln von Iglau, Brünn und andernorts von ihrer letzten Hoffnung auf einen späteren Anschluss verabschieden müssen. Am 3. rührt sich auch die ungarische Regierung wieder. Sie fordert von der Tschechoslowakei, sofort die ungarischen politischen Gefangenen auf freien Fuß zu setzen, unverzüglich alle Soldaten ungarischer Volkszugehörigkeit zu entlassen, als Zeichen guten Willens zwei oder drei Grenzstädte mit ungarischer Mehrheit an Ungarn zu übergeben und am 6. Oktober in Verhandlungen über die Gebietsabtretungen auf Regierungsebene einzutreten. Die Internationale Kommission fällt an diesem Tage auf ihrer 4. Sitzung keine Entscheidungen von weitreichender Bedeutung.

Vom **4. Oktober** an driften auch die noch im Staat verbliebenen Völker auseinander. Am 4. Oktober 1938 beschließen die Ruthenen und am 9. die Slowaken, eigene Landesparlamente aufzustellen[435] und damit ihre Rolle in dem neuen Bundesstaate selber zu gestalten. In Preßburg wird dazu eine vorläufige Landesregierung für die Slowakei und in Uzgorod eine solche für die Karpato-Ukraine gebildet. Die vorläufige Landesregierung für die Slowakei führt Monsignore Dr. Tiso, die für die Karpato-Ukraine der Führer der karpato-ukrainischen Bauernpartei Andrej Brödy.[436] Tiso ist der Mann, der 1935 die Verhandlungen mit Benes

435 Anstelle der 1928 eingesetzten und zu einem Drittel aus Beamten bestehenden Landesvertretungen

436 Brödy wird schon nach zwei Kabinettssitzungen von Monsignore Dr. Awgustyn Woloschyn abgelöst.

über die Stimmen der Slowaken für dessen Wahl zum Staatspräsidenten geführt hat. Benes hatte damals nach seinem Wahlsieg keines seiner Wahlversprechen eingelöst. Als die zwei Ministerpräsidenten der neuen „Bundesländer“, Tiso und Brddy, allerdings die ersten Landtagswahlen halten lassen, setzen Schwierigkeiten mit der von Tschechen dominierten Zentralregierung in Prag ein. Der Faden der weiteren Entwicklung der Karpato-Ukraine und der Slowakei soll im folgenden Kapitel wieder aufgegriffen werden.

Der Internationale Ausschuss begibt sich in der heutigen, seiner 5. Sitzung an zwei schwierige Probleme.[437] Erstens hat er zu entscheiden, bis wohin sich die bisher nicht festgelegte Zone V erstrecken soll, die bis zum 10. Oktober von der deutschen Wehrmacht zu besetzen ist, und zweitens ist noch auszuhandeln, wie hoch der Anteil der deutschen Bevölkerung in den Gebieten sein muss, die nach der Volksabstimmung an Deutschland angegliedert werden sollen. Das Münchener Abkommen spricht sehr vage von „überwiegend deutschen Gebieten“. In der Forderung, die Chamberlain und Daladier der tschechoslowakischen Regierung am 19. September übermittelt und die diese schlussendlich angenommen hatte, hieß es noch weitaus genauer: „Die zu übertragenden Gebiete würden wahrscheinlich Gebiete mit über 50 Prozent deutschen Einwohnern enthalten müssen“. Zu dieser zweiten Frage eröffnet der tschechoslowakische Delegierte die Debatte mit dem Vorschlag, nur solche Landesteile abzutreten, in denen der Deutschenanteil 75 Prozent betrage. Der französische Delegierte stimmt den 75 Prozent für die Landabtretung ohne Volksabstimmung zu und verlangt eine Abstimmung in den Gebieten mit über 50 Prozent. In der Frage, wie sich das Ergebnis der Volksabstimmung auswirken soll, ob Gebiete mit 51 Prozent, mit 66 Prozent oder mit 75 Prozent Deutschenanteil an Deutschland angeschlossen werden sollen, kommt keine Einigung zustande. Der Internationale Ausschuss überträgt die Entscheidung dazu deshalb an das kleine Komitee der fünf Delegationsführer. Das kleine Komitee der Fünf übernimmt noch am Abend den französischen Kompromissvorschlag, die Demarkationslinie der Zone V für das Vorrücken der deutschen Truppen bis zum 10. Oktober auf einer Linie festzulegen, bis zu der die Sudetendeutschen eine Zweidrittelmehrheit hätten, und die Volksabstimmung bis zur 51-Prozent-Linie stattfinden zu lassen. Der tschechoslowakische Vertreter stimmt dem als Einziger nicht zu. Er will sich erst eine Zustimmung aus Prag einholen.[438] Doch dazu wird es nicht mehr kommen.

Am 5. **Oktober** tagt zuerst das kleine Komitee ohne den Vertreter der Tschechoslowakei, der noch damit beschäftigt ist, die Meinung seiner Regierung ein-

437 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 24
438 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 25




**Abb. 10: Die Freude über die Befreiung ist übergroß.**

zuholen. Der kleine Kreis legt derweil fest, dass die deutschen Truppen bis zum 10. Oktober das Gebiet als Zone V besetzen sollen, in dem nach dem Bevölkerungsstand von 1918 mehr als 50 Prozent Sudetendeutsche wohnten.[439] Dabei kommt noch einmal die Frage auf den Tisch, welche Zahlen für die 50-Prozent-Grenze ausschlaggebend sein sollen, die Zahlen von der Volkszählung 1910 oder die von 1921 oder die von 1930, wie das die Tschechen wünschen. Bei dieser Diskussion bringt der Gesandte Attolico ein aus italienischer Sicht wesentliches Argument, dem sich der englische Gesandte sofort anschließt und das der französische schließlich akzeptiert. Er verweist darauf, dass es sich bei dem Wechsel der Sudetenlande von der tschechoslowakischen unter die deutsche Hoheit nicht um einen völlig neuen Rechtsakt handelt, sondern um eine Revision des Unrechts von 1918, bei dem das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen gebrochen worden war. Das Recht zu einer solchen Revision hatten sich die Sieger 1920 in den Vertrag von Saint-Germain geschrieben.[440] Dies ist eine Entscheidung, die den Landnahmeeffekt der tschechischen Siedlungspolitik seit 1920 zunichte macht.

Die Grenzen der abzutretenden Gebiete werden auf einer Karte festgelegt und der Beschluss auf einem Protokoll von den Botschaftern Italiens, Frankreichs und Englands und von Außenminister von Ribbentrop unterzeichnet. Nachmittags werden dem Vertreter der Tschechoslowakei Protokoll und Karte überreicht.

Der 5. Oktober endet in Prag mit einem Paukenschlag. Staatspräsident Benes tritt von seinem Amt zurück. Er hat die Tschechoslowakei, die er einst maßgeblich mit errichtet und gestaltet hat, mit seiner Unterdrückung aller nicht tschechischen Volksgruppen endgültig in den politischen Ruin getrieben. Das ist nun auch für

439 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 30

440 Artikel 19 des Vertrags, auch wenn die Aufgabe einer eventuellen Revision dem Völkerbund zugesprochen worden war.

jeden Tschechen sichtbar. Wenn die Konkursmasse des Staates nicht gänzlich auseinanderfallen soll, ist Benes in seinem Amte nicht mehr tragbar. So zwingt ihn Ministerpräsident General Syrovy an diesem Tage, sein Amt als Staatspräsident niederzulegen. Benes dankt ab und flieht ins Ausland. Ministerpräsident Syrovy übernimmt für kurze Zeit auch das verwaiste Amt des Staatspräsidenten und hat damit vorläufig die beiden Spitzenämter inne.

Am **6. Oktober** beginnt die deutsche Besetzung der Zone IV südlich von Breslau mit den sudetendeutschen Städten Freiwaldau, Freudenthal und Jägerndorf. Die Unruhe innerhalb der Tschechoslowakei und der Druck von außen wachsen. Die Ungarn mahnen erneut ihre Gebietsansprüche und die Aufnahme von Verhandlungen darüber an. Die Slowaken bilden in Preßburg ihre erste eigene Regierung. Die Bevölkerungsbewegungen innerhalb des Landes halten unvermindert an. Vor allem Tschechen, die in den letzten Jahren in die Grenzgebiete zugewandert sind, und Sudetendeutsche, die öffentlich für den Verbleib in der Tschechoslowakei eingetreten waren, strömen nun aus Angst vor Rache in die innere Tschechei. Zur gleichen Zeit setzt die Rückwanderung der in den letzten Wochen und Monaten ins Reich geflohenen Sudetendeutschen ein.

Der Internationale Ausschuss nimmt in seiner heutigen, der 7. Sitzung zu Beginn die Erklärung des tschechoslowakischen Gesandten entgegen:

> „Mit tiefem Schmerz hat die tschechoslowakische Regierung von der Entscheidung der vier Großmächte Kenntnis genommen. Sie nimmt die Grenzen des Gebietes an, das vom 7. bis 10. Oktober von den deutschen Truppen zu besetzen ist, und verpflichtet sich, die Maßnahmen zu treffen, die diese Entschließung umfaßt."

Danach steht die Lösung praktischer Probleme auf der Tagesordnung. Manche davon werden zur direkten Absprache und Regelung an die tschechoslowakische und die deutsche Seite überwiesen. Von weittragender Bedeutung ist in dieser Sitzung noch die erstmals aufgeworfene Frage, ob es überhaupt noch zu einer Volksabstimmung kommen muss, wenn die deutschen Truppen die Gebiete bis zur „51 Prozent-Grenze" übernommen haben. Auch diese Frage wird an den tschechoslowakischen und den deutschen Verhandlungsführer zur direkten Einigung überwiesen. Zu diesem Verfahren passt der Bericht des englischen Verhandlungsführers Henderson an seinen Minister Halifax in London, in dem er über die deutsch-tschechoslowakische Zusammenarbeit im Ausschuss schreibt, dass sich beide Seiten bei mancherlei Problemen gegenseitig entgegenkämen.[441]

Nun sind die Weichen für den weiteren Vollzug der Übergabe der Sudetengebiete an das Deutsche Reich gestellt. In der Zeit vom 7. **bis 10. Oktober** besetzen

441 DBFP, 3rd Series, Volume III, Doc. 138

deutsche Truppen mit dem Rest der kleinen Zone IV und mit der sehr großen Zone V die Gebiete, die nun für sieben Jahre deutsch sein werden. Wie sehr der deutsche Einmarsch dort erwartet und ersehnt wird, beschreibt ein Pioniermajor aus dem Dorf Ober-Lipka südlich des Glatzer Zipfels am 8. Oktober in seinem Tagebuch. Er notiert:

> „[...] erscheint eine Bäurin und erbittet verschiedene Auskünfte. Warum hat Ober-Lipka keine Einquartierung bekommen? Wir haben das letzte hervorgeholt und haben gebacken und sind enttäuscht, daß zu uns kein Soldat kam. Wann kommen die Flüchtlinge endlich zurück? Mein Mann und der Knecht sind gerade noch rechtzeitig vor dem Zugriff der Tschechen über die Grenze. Jetzt aber müssen sie doch bald zurückkommen, sie sind für die Feldbestellung dringend nötig. Alles kann ich nicht alleine machen; denn unser Pferd ist auch von den Tschechen ausgehoben, noch dazu ohne Requisitionsschein. Ich blieb auf dem Hof zurück, damit die Tschechen nicht alles nehmen. Es war höchste Zeit, daß der Hitler kam. Ohne ihn und seine Soldaten waren wir verloren.“[442]

Karte 12

Die an Deutschland übergebenen Sudetengebiete

442 Vierteljahreshefte der Pioniere, Heft 4, Nov. 1938

Das Prager Landesamt weist, wie schon erwähnt, am 7. Oktober die fliehende tschechische Bevölkerung an, nach Hause zurückzukehren. Die Prager wollen so verhindern, dass ihnen bei der noch immer vorgesehenen Volksabstimmung in den Grenzgebieten ihre Tschechen fehlen. Doch eine Volksabstimmung wird es nicht mehr geben. Nachdem der französische Verhandlungsführer schon am 6. Oktober im Internationalen Ausschuss die Frage aufgeworfen hatte, ob es eine solche überhaupt noch geben müsse, beschließen der englische und der französische Vertreter im Ausschuss am 7. Oktober, Plebiszite außerhalb der jetzt schon deutsch besetzten Gebiete nicht mehr zuzulassen. Am 10. Oktober schlägt der französische Botschafter in Berlin dann offiziell vor, auf eine Volksabstimmung gänzlich zu verzichten, weil bei der nun vorgenommenen Grenzziehung die deutsche und die tschechische Minderheit beiderseits der Grenzen zahlenmäßig ausgewogen seien.[443] Die beiden Regierungen in Berlin und Prag sind damit einverstanden.

Am 8. Oktober verkünden die Slowaken in Sillein die Autonomie der Slowakei im Staatsverband der Tschechoslowakei. Genauso proklamieren am 8. Oktober die Ruthenen ihre seit 20 Jahren überfällige Autonomie.

Bis zum 10. Oktober übernimmt die deutsche Wehrmacht in den von den Tschechen übergebenen Gebieten auch die weitgehend entwaffneten Grenzbefestigungen, und - so schreibt ein tschechischer Historiker - „Deutschland gewann so auch einige Munitionsfabriken, die unsinnigerweise in der ersten Republik im von Deutschen besiedelten Grenzgebiet gebaut worden sind.“[444]

Am 10. Oktober 1938 ist der Anschluss der Sudetenlande abgeschlossen. Am 13. Oktober wird im Internationalen Ausschuss noch einmal offiziell beschlossen, dass die Volksabstimmung unterbleibt. Und am 14. Oktober wird ein Drittel der deutschen „Einmarschtruppe“ wieder abgezogen. Man beginnt auf deutscher wie auf tschechischer Seite, sich zu arrangieren.

Synchron zur deutschen militärischen Besetzung rücken polnische Polizei und Militär vom 1. bis zum 11. Oktober in das bisher tschechoslowakische Teschener Gebiet ein. Anschließend finden in Prag tschechoslowakisch-polnische Verhandlungen über den genauen Verlauf der neuen Grenze statt. Dieses Prozedere findet seinen Abschluss in einem Notenaustausch, der den Grenzstreit vorläufig beendet.[445]

443 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 52
444 Krystlik, S. 199
445 Stosunki Dyplomatyczne, S. 88

## Die Folgen des Sudetenanschlusses

Die Heimkehr der Sudetendeutschen ist ein Erfolg mit Beigeschmack und Folgen. Sie war nur mit deutschem Druck und deutscher Drohung möglich, und sie hat offenbart, dass der Politiker Hitler bereit ist, für seine Ziele Krieg zu führen. Des Weiteren hat der Anschluss der Sudetendeutschen die Mächte aufgebracht, die diese drei Millionen Menschen einst gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gegen ihren Willen in die Tschechoslowakei gezwungen haben, die Franzosen und die US-Amerikaner. In beiden Ländern ist man schon bald der Überzeugung, dass Briten und Franzosen in München politisch eine Niederlage akzeptierten, weil sie militärisch schlecht gerüstet waren. So verspricht Ministerpräsident Daladier - kaum zurück in Paris - dem Parlament, die Aufrüstung der französischen Nation mit Energie voranzutreiben. In den USA lässt Präsident Roosevelt sechs Wochen nach der Konferenz von München ein Luftrüstungsprogramm auflegen, das die *U.S. Air Force* auf 10.000 Militärmaschinen bringen soll.[446] Zu alledem ist nun auch die Sowjetunion verprellt, die - obwohl Schutzmacht der Tschechoslowakei - in München ausgeschlossen blieb. Am schwersten für die Zukunft wiegt, dass Großbritannien mit der Konferenz von München zur neuen Schutzmacht des Rests der Tschechoslowakei geworden ist, ein Umstand, der später Folgen haben wird. So zahlt das Deutsche Reich für die Heimkehr der Sudetendeutschen den Preis der zunehmenden Isolation in Europa und Amerika.

In Paris und London wird das Münchener Abkommen in den Parlamenten ratifiziert, in Paris mit einer satten Mehrheit von 535 Stimmen bei nur 75, die dagegen sind. In London sind es 369 Zustimmungen bei 150 Gegenstimmen.[447] Der Abstimmung im englischen Unterhaus geht eine leidenschaftliche Debatte voraus, die ahnen lässt, in welche Richtung sich die deutsch-britischen Beziehungen bewegen. Die Redebeiträge reichen vom Verständnis für die Sudetendeutschen bis hin zur blanken Feindschaft gegen Deutschland, das manchem Abgeordneten zu gefährlich und zu mächtig wird.

Der Abgeordnete Raikes:

> „Wir sollten nicht vergessen, daß die Tschechen die deutschen Gebiete **noch vor** dem Vertrag von Versailles annektiert haben. Einige ehrenwerte Mitglieder dieses Hauses beklagen die kurze Frist zur Übergabe. Ich möchte Sie daran erinnern, daß

446 Benoist-Mechin, Band VII, S. 15
447 Benoist-Mechin, Band VI, S. 360

> sich die Tschechen 20 Jahre Zeit gelassen haben, ehe sie den Sudetendeutschen Rechte zugestanden haben.“[448]

Der Abgeordnete Sir Southby:

> „Wir sind alle der Meinung, daß die Sudetendeutschen ein Anliegen hatten, doch daß ihre Beschwerden erst berücksichtigt wurden, als Deutschland stark genug wurde, um für sie einzutreten.“[449]

Der Abgeordnete Churchill:

> „Wir haben eine völlige, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten. Das Bündnissystem mit den Staaten Mitteleuropas, auf das Frankreich bisher seine Sicherheit gegründet hatte, ist zerstört worden, und ich sehe kein Mittel, es wieder aufzubauen. Alle diese Länder in Mitteleuropa werden, eines nach dem anderen, in den Bannkreis dieses ungeheuren politischen Gewaltsystems geraten, überwältigt nicht nur von der militärischen Macht, sondern auch von der wirtschaftlichen Kraft, die von Berlin ausgeht.“[450]

Churchill kommentiert die Einigung von München auch noch im Rundfunk, wo er am 16. Oktober sagt:

> „Die Tschechoslowakische Republik war der demokratischste Musterstaat in Mitteleuropa, ein Land, in dem die Minderheiten besser behandelt wurden als irgendwo anders.“[451]

Southby geht es um Menschenrechte, Churchill um Konkurrenz und Macht.

Chamberlain begeht bei dieser Unterhausdebatte[452] über das Münchener Abkommen einen außenpolitisch schweren Fehler. Er verbindet die Billigung des Münchener Vertrages mit einer Abstimmung über ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, das angesichts des Vorsprungs, den Deutschland seit zwei Jahren bei den Land- und Luftstreitkräften hat einerseits verständlich ist, doch andererseits so gar nicht zu seinem erst vor fünf Tagen gemeinsam mit Hitler unterzeichneten Konsultationsabkommen passt, in dem es unter anderem heißt:

448 Wellems, S. 133
449 Wellems, S. 133
450 Benoist-Mechin, Band VI, S. 363
451 Bernhardt, S. 222
452 Debatte am 5.10.1938

> „Wir sehen das gestern Abend unterzeichnete Abkommen und den deutsch-englischen Flottenvertrag als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.“[453]

Das englische Aufrüstungsprogramm umfasst eine Aufstockung der Haushaltsmittel für das Militär von 400 Millionen auf 800 Millionen Pfund im Jahr, 11.000 Flugzeuge für die Royal Air Force bis zum Jahresende 1939, die erhebliche Verstärkung der Feuerkraft der Flotte und die Neuaufstellung und Ausrüstung von 6 aktiven Heeresdivisionen plus 13 Divisionen für das Territorialheer.[454]

Eine Verdoppelung des Wehrhaushalts und der Bau von 11.000 Militärflugzeugen in nur 15 Monaten sind Signale, die nach allem anderen riechen als nach Frieden. Sie zeigen stattdessen erhöhte Kriegsbereitschaft an. Zu den Worten „niemals wieder Krieg gegeneinander“ hätte in dieser Lage eher ein englischer Versuch gepasst, die deutsche Rüstung vertraglich zu begrenzen. Der Flottenvertrag von 1935 wäre hierzu das geeignete Modell gewesen. Der Rüstungsschub von London schlägt dagegen wie eine Bombe in Berlin ein. Das deutsch-englischen Verhältnis, um dessen Entspannung sich Chamberlain in den vergangenen Wochen so verdient gemacht hat, ist nun mit einem Schlag vergiftet. Dieser Londoner Rüstungsbeschluss muss Hitler, der bis dahin öffentlich kein einziges Mal weitere Eroberungsabsichten hat verlauten lassen, und der mit dem Flottenabkommen von 1935 von sich aus Englands Seeherrschaft anerkannt und festgeschrieben hat, wie ein Bruch des Friedens- und Konsultationsversprechens von vor fünf Tagen vorkommen.

Dementsprechend seine Reaktion: Vier Tage später, bei einer Rede, die er am 9. Oktober in Saarbrücken hält, macht er aus seinen Befürchtungen keinen Hehl:

> „Die Staatsmänner, die uns gegenüberstehen, wollen - das müssen wir ihnen glauben - den Frieden. Allein sie regieren in Ländern, deren innere Konstruktion es möglich macht, daß sie jederzeit abgelöst werden können, um anderen Platz zu machen, die den Frieden nicht so sehr im Auge haben. Und diese anderen sind da. Es braucht in England nur statt Chamberlain Herr Duff Cooper oder Herr Eden oder Herr Churchill zur Macht kommen, so wissen wir genau, daß es das Ziel dieser Männer wäre, sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Sie machen gar keinen Hehl daraus. Sie sprechen das offen aus.“[455]

453 Flottenvertrag vom 18.6.1935, in dem Deutschland seine Flottenrüstung freiwillig auf 35 Prozent der britischen beschränkt

454 Rassinier, Seite 214

455 Domarus, Band I, S. 955

Duff Cooper, der Erste Lord der Admiralität, hatte vier Tage vorher aus Protest gegen das Münchener Abkommen seinen Abschied eingereicht, und Eden sowie Churchill hatten während der Unterhausdebatte zum Vertrag die Auffassung vertreten, dass England gegen Deutschland hätte kämpfen müssen, um die Sudetengebiete für die Tschechoslowakei zu sichern. So hängt der britisch-deutsche Haussegen schon wieder schief, kaum dass Chamberlain und Hitler zehn Tage vorher das englisch-deutsche Freundschafts- und Konsultationsversprechen gemeinsam unterschrieben hatten.

Hitlers Reaktion auf Englands neue Parlamentsentscheidung und auf den dort beschlossenen Rüstungsschub lässt auch nicht lange auf sich warten. Mit Blick auf Englands und auf Frankreichs ungewisse Haltung gegenüber Deutschland sieht Hitler in der Tschechoslowakei mit ihren etwa 40 Heeresdivisionen und einer um die 1500 Flugzeuge starken Luftwaffe nach wie vor eine Gefahr in Deutschlands Rücken. Dazu kommt, dass Hitler den Westteil der Tschechoslowakei, nämlich die Tschechei, für historisch zum Deutschen Reich gehörend hält und ihn auch deshalb annektieren will. So mischt sich bei Hitler defensives Denken mit aggressiven Plänen. Als er drei Wochen nach der Konferenz von München der Wehrmacht eine neue Weisung für ihre Aufgaben in der Folgezeit erteilt, nennt er neben dem Schutz der Grenzen des Deutschen Reiches und der Inbesitznahme des noch von Litauen annektierten Memellandes die „Erledigung der Rest-Tschechei“. Es heißt in dieser Weisung kurz und lakonisch:

> „Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutschfeindliche Politik betreiben würde.“[456]

So bleibt die Rest-Tschechei auf Hitlers Tagesordnung, auch wenn der Diktator Termin und Einzelheiten jetzt noch offenlässt. Er setzt offensichtlich auf die selbstzerstörerischen Kräfte innerhalb der Tschechoslowakei. Ansonsten hüllt sich Hitler in dieser Sache nach außen hin in Schweigen.

Noch ein anderes Land behält die Tschechoslowakei auf der Agenda. Der polnische Botschafter Lipski spricht am 24. Oktober bei Hitler vor und bekundet Polens Interesse, die Karpato-Ukraine Ungarn zuzuschlagen. Lipski erwähnt bei der Gelegenheit, dass seine Regierung seit geraumer Zeit versucht, Ungarn zur Eroberung der Karpato-Ukraine zu bewegen.[457]

456 Domarus, Band I, S. 960
457 ADAP, Serie D, Band V, Dok. 81

Zu den Begleiterscheinungen des Münchener Abkommens ist noch nachzutragen, dass eine Gruppe hoher deutscher Generale[458] vor der Konferenz von München Vorbereitungen getroffen hatte, Hitler festzunehmen und vor Gericht zu stellen, falls er wegen der Sudetenlande einen Krieg vom Zaune brechen sollte. Der Verhandlungssieg von München lässt den Putschversuch ins Leere laufen und gibt Hitler einen Nimbus, der dazu führt, dass ähnliche Versuche in den folgenden fünf Jahren nicht mehr unternommen werden. Nach München bleibt zunächst das Rätsel offen, ob Hitler mit dem Wehrmachtsaufmarsch in Richtung Tschechoslowakei Krieg führen oder alle Gegner bluffen wollte. Dies wirkt ein Jahr später nach, als die deutschen Generale und die Spitzendiplomaten beim Wehrmachtsaufmarsch gegen Polen bis zum Schluss nicht wissen, ob Hitler angreifen oder nur mit einem Täuschungsmanöver eine Verhandlungs- bzw. Zugeständnislösung in der Danzig-Frage will.

Besonders bitter sind die Entscheidungen von München für viele Tschechen in den Gebieten, die nun zu Deutschland kommen. Von rund 15.000 Gemeinden in der Tschechoslowakei werden 3751 Deutschland angeschlossen und damit rund 743.000 Tschechen.[459] Umgekehrt sind es fast 378.000 Deutsche, die in der Tschechoslowakei verbleiben. **Von den 743.000 Tschechen** lebten rund 280.000 schon vor 1910 in den Sudetenlanden.[460] Sie dürfen deshalb nach dem Anschluss in ihrer angestammten Heimat bleiben. Sie werden nicht vertrieben. Von den verbleibenden 463.000 sind 39.000 mitgezählte „Tschechen“ Bürger des Hultschiner Ländchens, die bis 1920 deutsche Staatsbürger waren und sich noch bis 1923 bei Volksbefragungen und einer Wahl mit überwältigender Mehrheit für ihre Rückkehr in das Deutsche Reich entschieden haben. Rund 260.000 Tschechen sind Angehörige des Militärs und des sonstigen öffentlichen Dienstes mit ihren Familienangehörigen, die nun von der tschechoslowakischen Regierung zurückbeordert werden. Ein großer Teil der **restlichen rund 170.000 seit 1919 Zugewanderten** flieht aus Angst vor deutschen Repressalien oder zieht ganz geregelt, weil er nicht unter deutscher Herrschaft leben will, in die Tschechei zurück. Formal und offiziell ausgewiesen werden nur etwa 140 Zugewanderte als „missliebige Personen“.[461]

Die tschechoslowakische und die deutsche Reichsregierung schließen am 20. November 1938 im Nachgang zum Münchener Abkommen einen Staatsvertrag

458 Es handelt sich um die Generale Adam, Beck, Graf Brockdorff-Ahlefeldt, Halder, Hoeppner, Olbricht und von Witzleben.

459 Vaclav Kräl gibt die Zahl in Kräl-Dokumente, S. 30 mit 727.224 Tschechen an.

460 Diese und die folgenden Zahlenangaben sind den Zahlentabellen in Habe - Massenvertreibung, S. 67 ff. entnommen.

461 Habel - Massenvertreibung, S. 85

„über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen“, der diese Dinge regelt. Danach gibt es auf deutscher Seite selbst für die seit 1910 zugewanderten Tschechen und Slowaken, die sogenannten Zuzügler, keinen staatlich ausgeübten Zwang, die Sudetenlande zu verlassen. Auch die Optanten, die Tschechen bleiben wollen, werden nicht gezwungen, in die Tschechoslowakei zu gehen. Hier sei daran erinnert, dass die Sudetendeutschen, die sich 1920 bei der Übergabe Böhmens von Altösterreich an die neue Tschechoslowakei dafür entschieden, also optierten, deutsch zu bleiben, das Land verlassen mussten. Der Staatsvertrag sieht allerdings auch vor, dass missliebige Zuwanderer sowohl aus den Sudetenlanden als auch aus der Tschechoslowakei bis zum 10. Juli 1939 ausgewiesen werden können.[462] Aus Deutschland werden im Rahmen der Bestimmung lediglich die bereits erwähnten etwa 140 Tschechen ausgewiesen.

Nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939 leben zu der Zeit noch 319.000 Tschechen in den reichsangeschlossenen Gebieten.[463] Das bedeutet, dass statistisch 39.000 der seit 1919 Zugewanderten weiterhin in den Sudetenlanden wohnen bleiben, und dass außer den 260.000 Soldaten und öffentlich Bediensteten inzwischen noch etwa 127.000 in die Tschechei zurückgekehrt sind. Ältere tschechische Publikationen und zahlreiche deutsche Medien schreiben dahingegen von der Vertreibung „der Tschechen“ oder „aller Tschechen“ oder der „meisten Tschechen“.[464] Jüngeren tschechischen Angaben zufolge sind zwischen 140.000 und 170.000 Tschechen und Slowaken aus dem Land „getrieben“ worden.[465] Das entspricht in etwa den oben angegebenen 127.000 Tschechen, die das Land zusätzlich zu den Staatsdienern verlassen haben. Es spricht allerdings einiges dagegen, dass der Begriff Vertreibung die Realität von damals widerspiegelt.

Werfen wir einen Blick zurück auf das Jahr 1938: Am 7. Oktober 1938 weist die tschechische Zeitung *Lidove Noviny* [Volkszeitung] ihre Leser im Namen des Prager Landesamtes[466] darauf hin, dass die Bevölkerung der Grenzgebiete ihre Wohnorte nicht verlassen darf, und dass alle Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Zudem regelt der genannte Staatsvertrag die Staatsangehörigkeit der Bürger auf beiden Seiten der neuen Landesgrenzen. Danach erhalten

462 Artikel 2 des Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und der ÖSR über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 20.11.1938

463 Habel - Massenvertreibung, S. 79

464 Die Zeitung *Svobodne Slovo* [Freies Wort] vom 4.3.1992 gibt 835.750 in den Jahren 1938/39 ohne Entschädigung ihres Vermögens vertriebene Tschechen an. Die FAZ vom 21.3.1994 schreibt, dass „die meisten Tschechen“ aus dem Sudetenland vertrieben worden sind.

465 Komu slusi omluva, S. 42

466 Oberste Landesverwaltungsbehörde in der Tschechei, der Slowakei und der Karpato-Ukraine

alle in den abgetrennten Sudetenlanden alteingesessenen Bürger, soweit sie dort vor dem 1. Januar 1910 geboren, also mindestens 28 Jahre alt sind, und ihre Ehefrauen, Kinder und Enkel die deutsche Staatsbürgerschaft, gleich ob sie deutscher oder tschechischer Volkszugehörigkeit sind. Außerdem sieht der Vertrag ein befristetes Recht zum Optieren vor. Jeder Volkstscheche mit nun deutscher und jeder Volksdeutsche mit tschechischer Staatsbürgerschaft im Landesinneren der Tschechoslowakei darf sich bis zum 29. März 1939 dazu entscheiden, die Staatsbürgerschaft zu wechseln. Ein Zwang, danach auch wegzuziehen, ist damit nicht verbunden. Im § 12 des Vertrages wird den Ausgewiesenen und den umziehenden Optanten zugesichert, dass sie ihre gesamte bewegliche Habe beim Umzug nach Deutschland oder in die Tschechoslowakei mit sich führen dürfen. Ein weiteres Abkommen vom 23. November 1938 regelt, die „Wiederaushändigung“ von privatem Eigentum. So sind den Personen, die ihre Wohnungseinrichtungen und ihre sonstige bewegliche Habe „im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen“ in den Sudetenlanden oder in der Tschechoslowakei zurückgelassen haben, diese wieder auszuhändigen. Zurückgelassene Immobilien bleiben nach der Vereinbarung im Eigentum der Betroffenen. Es kann von ihnen weitervermietet oder auch verkauft werden. Das alles klingt nicht nach Vertreibung. So schreibt dann auch die tschechische Zeitung *Prävo* [Das Recht] vom 1. Januar 2003 zu diesem Sachverhalt:

> „Es ist wahr, daß nur ein Bruchteil von ihnen physisch vertrieben oder amtlich ausgesiedelt wurde. In den übrigen Fällen handelt es sich [...] um den Verlust der Beschäftigung und Bedrohung [...] als Folge einer durch Henleinleute hervorgerufenen Psychose.“

Eine Vertreibung der Tschechen ist das nicht gewesen. Dieser Exodus der nach 1919 in den Sudetenlanden angesiedelten tschechischen Staatsbediensteten, der Rückwanderer und der Ausgewiesenen, so schlimm er auch für die Betroffenen gewesen ist, ist kein Vorgänger der Vertreibung der Sudetendeutschen durch die Tschechen im Jahr 1945, bei der etwa 272.900 Menschen durch Mord und Totschlag und auf andere Weise um ihr Leben kommen werden.[467]

Das Münchener Abkommen wird nach dem Zweiten Weltkrieg annulliert, und es dient den Tschechen und den Siegern dazu, die Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat im Jahre 1945 und die Dekrete des Ministerpräsidenten Benes zu rechtfertigen. Das Abkommen wird dabei im

467 Nawratil, S. 89. Die in der sonstigen Literatur angegebenen Zahlen über die bei der Vertreibung umgekommenen Sudetendeutschen schwanken zwischen ca. 30.000 in tschechischen Verlautbarungen und 400.000 nach Angaben des Statistischen Bundesamts.

Nachhinein zur Ursache der Vertreibung und der Dekrete umgedeutet. Doch das Abkommen von München ist nicht zuerst die Ursache für die Verbrechen von Tschechen an den Sudetendeutschen im Jahre 1945, sondern diese ist weit vor dem Jahr 1938 in der Wirkung der Wortbrüche, Diskriminierungen, Vergehen und Verbrechen der Tschechen an „ihren“ Deutschen seit 1918 zu suchen. Die Regierungschefs Englands, Frankreichs und Italiens setzen ihre Unterschriften in München nicht alleine unter den Vertrag, um die Kriegsgefahr zu bannen. Sie unterzeichnen dieses Abkommen im September 1938 über die Köpfe der Tschechen hinweg auch deshalb, weil sie nur zu gut wissen, dass die Tschechen sich die Gebiete der Sudetendeutschen 1918 ohne Rechtstitel und mit Gewalt der Waffen angeeignet haben. Sie haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass Tschechen und Slowaken den Deutschen und Ungarn die in Saint-Germain versprochenen und in der Verfassung von 1920 festgeschriebenen Minderheitenrechte niemals völlig zugestanden haben. Sie wissen, dass die beiden Titularnationen die Sudetendeutschen in ihrem Staat als Bürger zweiter Klasse persönlich, wirtschaftlich und politisch diskriminiert haben und dass sie nie versucht haben, die Deutschen als ihre zweitstärkste Bevölkerungsgruppe gleichberechtigt in ihren neuen Staat zu integrieren.

# TEIL 10

# 1939 - DAS ENDE DER ALTEN TSCHECHOSLOWAKEI

**Die Zeit bis zum Protektorat**

**Noch einmal etwas Rätselhaftes in der Aktenlage**

**Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938**

**Der Irrtum mit der „freien Hand im Osten“**

**Der Zerfall der Tschechoslowakei**

**Die Tschechei wird zum Protektorat**

**Die Garantie, die es nie gab**

# 1939 - DAS ENDE DER ALTEN TSCHECHOSLOWAKEI

Mit der Rückkehr der Mehrheit der Deutschböhmen und Deutschmährer in den gesamtdeutschen Staat hätte das Buch der deutsch-tschechischen Geschichte eigentlich geschlossen werden können. Doch das würde darüber hinwegtäuschen, dass das Ausscheiden der Sudetendeutschen aus dem Staatsverband der Tschechoslowakei nur eine Teilursache des Auseinanderfallens dieses künstlichen Acht-Völker-Staates ist. Es würde außerdem die böse Fortsetzung der gemeinsamen Geschichte in der deutschen Besatzungszeit der Rest-Tschechei verschweigen. So soll beides, der Zerfall der Tschechoslowakei und die Errichtung der deutschen Oberherrschaft über die Rest-Tschechei den Schluss des Buches bilden.

## Die Zeit bis zum Protektorat

Mit der **Angliederung der Sudetenlande** kommen über 2,8 Millionen Deutsche „heim ins Reich“. Andererseits verbleiben fast 378.000 in der Tschechoslowakei. Daneben gibt es eine große Zahl von Emigranten, die das Land in Richtung innere Tschechei verlassen. Etwa 11.000 Sozialdemokraten und Kommunisten,[468] 250 Deutsch-Liberale[469] und zwischen 7.3OO[470] und 30.000 sudetendeutsche Juden.[471] Von den Kommunisten und Sozialdemokraten werden 7307 schon Anfang Dezember 1938 wieder von den Tschechen in die nun reichsangeschlossenen Sudetenlande abgeschoben.[472] In den Zugangslisten des Konzentrationslagers Dachau vom Oktober bis Dezember 1938 finden sich 2500 sudetendeutsche Neuzugänge.[473] Somit ist die Wahrnehmung des Anschlusses bei den betroffenen Deutschen sehr verschieden.

Die Masse der Sudetendeutschen begrüßt den Anschluss allerdings zunächst mit übergroßer Freude. Doch dann erlebt sie die „deutsche Zeit“ ähnlich wie die Mitteldeutschen ihre neue Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung ab 1990. Der Freude folgen Alltag und Ernüchterung. Es herrscht zwar alsbald Vollbeschäftigung im Lande, doch die Löhne werden nicht den höheren Löhnen im Altreich angepasst, und der fällige Währungsumtausch stellt viele Sudetendeutsche nicht zufrieden. Der alte offizielle Wechselkurs stand bei 1 Tschechenkrone gleich 8,5 Reichspfennig. Aber Konrad Henlein bittet, die Krone 1 zu 12 zu tauschen,

468 Komu slusi omluva, S. 42
469 Weisz, S. 94
470 Komu slusi omluva, S. 42
471 Weisz, S. 94, laut Badenheuer, S. 66 waren es 22.000 sudetendeutsche Juden
472 Komu slusi omluva, S. 42
473 Weisz, S. 94

um breiten Schichten der Sudetendeutschen wirtschaftlich zu helfen. So wird nach einer politischen Entscheidung 1 zu 12 gewechselt. Das aus dem Verkehr gezogene tschechische Geld und die Sparguthaben werden von der tschechischen Nationalbank allerdings nur zum offiziellen Kurs von 1 zu 8,5 zurückgenommen. Die Differenz von 41 Prozent auf alles Bargeld und die Sparguthaben der Sudetendeutschen trägt der reichsdeutsche Fiskus. Doch auch den subventionierte Umtausch 1 zu 12 empfinden viele Deutsche in den nun reichsangeschlossenen Gebieten als noch zu gering. So hat das Reich nach dem Anschluss eine hohe Erwartungshaltung der Sudetendeutschen einzulösen.[474]

Die wirtschaftliche Eingliederung der Sudetenlande in das Deutsche Reich dauert rund ein Jahr und fordert dem Reich viel Aufwand und den Sudetendeutschen viel Geduld ab. Die Sudetenlande waren wirtschaftlich und finanziell ausgeblutet und die Industrie meist unterkapitalisiert, und zahlreiche Branchen arbeiteten ohne Gewinne oder mit Verlusten.[475] So pumpt die deutsche Reichsregierung langfristige Kredite in die angeschlossenen Gebiete und veranlasst die ortsansässigen Banken, bei überschuldeten Betrieben, Nachlässe bei den Schulden einzuräumen. Die Kredite verbürgt das Deutsche Reich. Es folgen die Sanierung des nordböhmischen Braunkohlebergbaus und der Bau eines Treibstoffwerks bei Brüx. Ein Übriges leistet die Auftragsschwemme aus der deutschen Wirtschaft. So bemüht man sich von deutscher Seite, die sudetendeutsche Wirtschaft anzukurbeln und den dortigen Lebensstandart dem der Bevölkerung im Altreich anzugleichen. Mit der Hilfe kommen allerdings auch Fachleute für Wirtschaft, Verwaltung und Partei. Manche Sudetendeutsche sehen dann mit Unbehagen, dass viele reichsdeutsche Führungskräfte herausgehobene Positionen in den Sudetenlanden übernehmen und nicht nur die „eigenen“ Leute. Dennoch bleibt als Fazit: Die Sudetendeutschen im angeschlossenen Gebiet können wirtschaftlich gesunden, und sie leben wieder frei von nationaler Fremdherrschaft und frei vom Druck der Tschechen.

In den Herbst und Winter 1938 und 1939 fällt auch das sich neu ordnende Verhältnis des Reiches zur Tschechoslowakei. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, der Stellvertreter des Reichsaußenministers, instruiert die wichtigsten deutschen Auslandsvertretungen noch am 10. Oktober 1938 wie folgt zu diesem Thema:

> „Nach Regelung sudetendeutscher Frage [...] nehmen wir bezüglich der Tschechoslowakei folgende Haltung ein:
>
> 1. Ausgangspunkt ist Erwartung freundschaftlichen Verhältnisses mit Prag.

474 Kehrl, S. 135
475 Kehrl, S. 134

2.) Wir unterstützen ungarische Wünsche auf benachbartes magyarisches Gebiet und überlassen Regelung der Einzelheiten unmittelbaren Verhandlungen Ungarns mit Tschechoslowakei.

3.) In slowakischer Frage stehen wir Silleiner Beschlüssen, die starke Autonomie innerhalb tschechoslowakischen Staates fordern, sympathisch gegenüber. [Beschlüsse der neu errichteten slowakischen Regierung vom 6.10.1938]

4.) In karpato-ukrainischer Frage halten wir uns zurück [...]

6.) Wir entfalten in diesen Fragen zurzeit keinerlei besondere Aktivität. Parole lautet allgemein: Selbstbestimmung.

WEIZSÄCKER“[476]

Der **Rest der Tschechoslowakei** besteht nun noch ein knappes halbes Jahr. Dieser stark angeschlagene Staat gibt ein merkwürdig zwiespältiges Bild ab. Er ist national zerrissen und politisch und ideologisch gespalten. Die neue tschechoslowakische Regierung bemüht sich redlich um ein gutes Einvernehmen mit der deutschen. Die Wirtschaft kollaboriert so gut wie nützlich, genauso einige Teile des Militärs. Doch unter den tschechischen Künstlern, Philosophen, Berufsverbänden, Studenten und in der Presse macht sich ein ausgeprägter tschechischer Nationalismus breit,[477] der Ähnlichkeit mit dem Faschismus oder Nationalsozialismus in anderen Ländern zeigt. So entsteht eine Strömung, die sich gegen alles wendet, was nicht slawisch oder tschechisch ist, gegen die vielen deutschen Antifaschisten und andere Emigranten im Lande, gegen die verbliebene deutsche Minderheit in den deutschen Sprachinseln, gegen Juden und Freimaurer und gegen die römisch katholische Kirche. Da werden Forderungen nach Ausweisung der Fremden laut, Berufsverbote für nicht tschechische und nicht slowakische Ärzte, Anwälte und Techniker verlangt sowie jüdische Geschäfte und Synagogen geplündert.[478] Tschechen und Slowaken sehen die Anwesenheit so vieler Fremder als Bedrohung an.

Die neu gebildete Zentralregierung in Prag und sogar die eben erst entstandene slowakische Landesregierung in Preßburg und die ruthenische in Uzgorod versuchen, ein neues Verhältnis zum deutschen Nachbarn aufzubauen. Der tschechoslowakische Außenminister Frantisek Chvalkovsky, bisher ein Benes-kritischer Diplomat auf Auslandsposten, nimmt sofort Kontakt zum deutschen Botschafter in Prag auf und bittet um eine Einladung nach Berlin. Er äußert dort

476 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 50
477 Krystlik, S 212
478 Krystlik, S. 213 und 220

schon sinngemäß, dass die Tschechen ihre Konsequenzen aus den Gegebenheiten bereits früher und selber hätten ziehen müssen. „Was Deutschland in München verlangt und erhalten habe, sei gerecht.“[479] Am 13. Oktober treffen sich die Außenminister von Ribbentrop und Chvalkovsky in Berlin zum ersten Mal. Beide versichern sich gegenseitig ihrer Absicht, ein erfreuliches und wirtschaftlich förderliches Verhältnis zwischen ihren Ländern aufzubauen. Chvalkovsky sagt seinem deutschen Amtskollegen dabei eine außenpolitische Wende seines Landes um 180 Grad zu und die Auflösung der Achse Moskau-Prag-Paris. Er erklärt außerdem, dass sich die Tschechoslowakei auf ökonomischem Gebiet völlig an das deutsche Wirtschaftssystem anschließen wolle. So kommt man auch auf die Frage gegenseitiger Verkehrserleichterungen und den Wunsch nach einer deutschen Transitautobahn zu sprechen. Nur bei Chvalkovskys Drängen nach einer baldigen deutschen Garantie der neuen tschechoslowakischen Außengrenzen kommt von Ribbentrop dem Tschechen nicht entgegen. Er verweist darauf, dass nach dem Zusatzprotokoll von München zuvor erst einmal die Minderheitenfragen mit Warschau und Budapest geregelt werden müssten.[480] Bei allen weiteren Gesprächen zwischen den Außenministern Chvalkovsky und von Ribbentrop bis zur Tschechei-Besetzung im März 1939 sowie auch gegenüber Hitler verhält sich Chvalkovsky gleich entgegenkommend.

Außer Chvalkovsky machen auch der Ministerpräsident der neu gebildeten Landesregierung der Slowakei in Preßburg, Monsignore Tiso, sein Stellvertreter Dr. Ferdinand Durcansky und der karpato-ukrainische Innenminister Dr. Edmund Bacinsky aus Uzgorod ihre Antrittsbesuche in Deutschland. Die drei Besuche überschneiden sich am 19. Oktober, als alle drei in München bei von Ribbentrop Zusammentreffen. Zunächst geht es bei der ersten Begegnung der beiden Slowaken mit von Ribbentrop um die Zukunft der Slowakei und ihre Gebietsabtretungen an Ungarn. Tiso, der Ministerpräsident, strebt noch immer nur eine Autonomie der Slowakei innerhalb der Tschechoslowakei an. Durcansky, sein Stellvertreter, neigt eher zur völligen Unabhängigkeit der Slowakei von der Tschechei. Beide bitten die deutsche Reichsregierung, ihre Interessen auch gegenüber Ungarn zu vertreten. Von Ribbentrop erklärt, dass Deutschland gern bereit sei, politisch und wirtschaftlich mit der Slowakei zusammenzuarbeiten, doch er empfiehlt, die strittigen Grenzfragen direkt mit Ungarn auszuhandeln. Er erwähnt, dass er die Ungarn bereits gebeten habe, von der Forderung nach ein paar für die Slowakei lebenswichtigen Städten Abstand zu nehmen. Als sich das Gespräch auf das Verhältnis der Slowakei zur Karpato-Ukraine zubewegt, wird der karpato-ukrainische Innenminister Bacinsky hinzugezogen. Auch dann

479 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 49
480 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 55

geht es noch einmal um die Gebietsansprüche Ungarns und außerdem um die ruthenischen Interessen, darunter die Absicht der Ruthenen, nun endlich - wie schon 1919 von den Tschechen zugesagt - eine autonome Region innerhalb der Tschechoslowakei zu bilden.[481]

In einem weiteren Gespräch zwischen von Ribbentrop und Tiso kündigt letzterer an, dass die Slowakei sich von der Tschechei trennen werde, wenn Prag die jüngst gegebenen Versprechen über die slowakische Autonomie wieder einmal nicht halten werde.[482] In dieser Folge von Gesprächen wird von deutscher Seite aus weder den Slowaken noch den Ruthenen jeweils empfohlen, sich von Prag zu lösen.

Zurück zu Adolf Hitler: Der Reichskanzler wendet sich unmittelbar nach dem Anschluss der Sudetengebiete den praktischen Fragen der Politik in diesem Raume zu. Er bereist die Sudetenlande, zeigt sich der Bevölkerung, hält öffentliche Reden und besichtigt die von den Tschechen übergebenen Grenzverteidigungsanlagen. Er lässt prüfen, ob eine Ausweisung der 27.000 in Wien lebenden Juden tschechischer Staatsangehörigkeit in die Tschechoslowakei möglich ist.[483] Und schließlich regt Hitler eine Erleichterung des Transitverkehrs zum Vorteil beider Länder an, auch wenn der deutsche Vorteil größer sein würde. Er macht den Vorschlag, dass sowohl der tschechoslowakische Eisenbahn-Transitverkehr durch nun deutsch gewordenes Gebiet als auch der deutsche durch tschechisches Gebiet vereinfacht wird, indem er internationalisiert wird. Vorbild hierfür ist der Elbe-Schiffsverkehr von der Tschechei zur Nordsee, der bereits 1919 zum Vorteil der Tschechoslowakei internationalisiert worden war. Die Regelung soll sowohl die Strecke von Prag über Zwittau, jetzt deutsch, in die Slowakei betreffen als auch die Strecke von Breslau über Prag und Brünn nach Wien. Ein zweiter Teil des Hitler-Vorschlags ist mehr zu deutschem Vorteil: Parallel zur Eisenbahn von Breslau über Prag nach Wien soll auch eine Autobahn entstehen. Schon am 19. Dezember 1938 schließen die Regierungen in Berlin und Prag einen Staatsvertrag über eine exterritoriale Durchgangsautobahn, die vom Deutschen Reich gebaut, bezahlt und als eigenes Zollgebiet betrieben werden soll. Das Land, auf dem die Autobahn entstehen soll, soll tschechisch bleiben. Die Anschlüsse ins tschechische Straßennetz sollen nach tschechischen Wünschen auf deutsche Kosten entstehen, und die Autobahn soll für Tschechen und Slowaken zur gebührenfreien Nutzung offenstehen.[484]

481 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 72
482 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 73
483 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 53
484 Vertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei über den Bau und Betrieb einer Durchgangsautobahn, siehe Reichsgesetzblatt 1938 II, Nr. 54, S. 909

Die Autobahn kommt später durch den anderen Gang der Dinge nicht zustande, doch der Vertrag an sich ist aufschlussreich. 1939 versucht Hitler der polnischen Regierung in einer Serie von sechs Verhandlungsrunden eine gleiche Regelung für eine exterritoriale Autobahn von Pommern in das seit 1921 vom Reichsgebiet getrennte Ostpreußen abzuringen. Der Autobahn-Vertrag mit Prag zeigt, was Hitler in dieser Hinsicht von den Polen erwartete. Am selben Tag, an dem der Autobahn-Vertrag zwischen Berlin und Prag geschlossen wird, wird auch ein Protokoll über den Bau eines Oder-Donau-Kanals ausgetauscht. Damit kommen beide Staaten überein, die beiden Flüsse mit einer Wasserstraße zu verbinden.[485]

So wie nun die neuen Übereinkommen für die Transit-Eisenbahnen, die Transit-Autobahn und den Kanalbau möglich sind, so gibt es auch bald andere Regelungen zu beiderseitigem Vorteil. Im Januar 1939 schließen beide Staaten ein Abkommen über die Vermittlung tschechischer und slowakischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt ab. Den Antragstellern werden darin die gleichen Lohn- und Sozialleistungen wie den deutschen Arbeitnehmern garantiert, dazu Trennungsgeld und Fahrkostenermäßigung.[486] Der Fremdarbeiterboom im Deutschen Reich beginnt. Ein besonderes Kapitel deutsch-tschechoslowakischer „Zusammenarbeit“ spielt sich ganz unerwartet in einem völlig anderen Bereich ab. Unmittelbar nach Abschluss des Münchener Abkommens wird der deutsche Militärattache in Prag mit Anträgen von tschechoslowakischen Soldaten auf Übernahme in die Deutsche Wehrmacht überhäuft. Bis zum 19. Dezember 1938 melden sich bei ihm 231 Offiziere und eine nicht übermittelte Zahl an Unteroffizieren und technischen Spezialisten und bitten um Aufnahme in die deutschen Streitkräfte.[487] In dem halben Jahr, in dem die Tschechoslowakei dann noch besteht, gehen auch Rüstungsgüter auf die andere Seite über. Da die tschechische und slowakische Verkehrsinfrastruktur zu schlecht für Verlegungsmärsche der schweren Artillerie im Kriegsfall ist, beschließt das Prager Kriegsministerium, die gesamte schwere Artillerie ins Ausland zu verkaufen und bietet sie der französischen Armee an. Als die Franzosen zögern und zu lang verhandeln, greift die deutsche Seite zu und kauft. Am 17. Februar 1939, vier Wochen vor dem Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechei, wird der Kaufvertrag dazu unterschrieben, und die Artillerie nebst anderen Rüstungsgütern wechselt für 484 Millionen Tschechenkronen bzw. rund 57 Millionen Reichsmark den Besitzer.[488]

485 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 124
486 Krystlik, S. 209
487 Krystlik, S. 207, Die Volksgruppenzugehörigkeit der Bewerber ist nicht übermittelt.
488 Krystlik, S. 216

## Noch einmal etwas Rätselhaftes in der Aktenlage

Zu der bereits erwähnten Deutschlandreise der Slowaken gehört noch ein mysteriöser Besuch Durcanskys beim Reichstagspräsidenten und Luftfahrtminister Göring. Dazu findet sich in den gedruckten und veröffentlichten Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP)[489] ein Besprechungsprotokoll, das ein entsprechendes Originalpapier aus den Originalakten im Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin wiedergibt. Nach dem nur kurzen Protokoll wirbt Öurcansky - wie schon bei von Ribbentrop - für eine unabhängige Slowakei in Anlehnung an Deutschland. Göring äußert, dass das Deutsche Reich die „Bestrebungen der Slowaken auf Selbstständigkeit in geeigneter Weise unterstützen“ werde. Dem folgt im Protokoll eine Einlassung Görings, die wieder einmal etwas **Rätselhaftes in der Aktenlage** darstellt. Nach dem Protokolltext sagt Göring:

> „Flughafenbasis in Slowakei für Luftwaffe im Einsatz gegen Osten sehr wichtig.“

Der Satz wirkt etwas zusammenhanglos an den übrigen Gesprächstext angefügt. Gerade deswegen leuchtet er als Menetekel an der Wand, legt Göring hier doch offen, dass er sich schon im Oktober 1938 gedanklich mit einem Krieg im Osten auseinandersetzt. Östlich der Slowakei liegt nur die Sowjetunion und, wenn man es allegorisch nimmt, auch Polen. Dies wäre, wenn das Dokument stimmen würde, der erste Hinweis, dass ein Spitzenpolitiker des Dritten Reichs die Absicht eines späteren Angriffs in Richtung Osten offenlegt.

Inhaltlich fällt, wie gesagt, auf, dass der Göring-Satz nicht recht zum Inhalt passt, und dass Göring ihn wahrscheinlich nicht gesprochen hat. Die einschlägige Fachliteratur lässt vielmehr darauf schließen, dass sich Göring 1938 als „Beauftragter des Vierjahresplans“ mit Durcansky ausschließlich über Wirtschaftsfragen unterhalten hat[490] und dass er sich gedanklich erst recht spät mit einem Einsatz seiner Luftwaffe gegen die Sowjetunion befasst hat.[491] Formal fällt auf, dass die Aufzeichnung des Gesprächs weder Ort noch Datum der Besprechung noch den Protokollführer erkennen lässt. Das Dokument trägt weder Unterschrift noch Namenszeichen.

Nimmt man statt der Druckversion das „Original“ im Archiv des Auswärtigen Amts zur Hand, fallen zwei weitere Eigentümlichkeiten auf.[492] Das „Original“

489 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 68
490 Martens, S. 167
491 MGFA DR u. 2. WK, Band 4, S. 282 f.
492 PAAA, R 29932, Blatt 210058

trägt den Vermerk „Abschrift“, was in der gedruckten Version weggelassen wurde. Solch eine Auslassung ist bei der Veröffentlichung von Archivakten äußerst ungewöhnlich. Wenn das sogenannte Original tatsächlich eine Abschrift ist, wäre es durchaus möglich, dass das ursprüngliche Besprechungsprotokoll - falls das Gespräch überhaupt stattgefunden hat - durch Görings inkriminierenden Satz erweitert worden ist. Es ist auch möglich, dass das ganze Gespräch erfunden worden ist. Das Fehlen von Orts- und Zeitangaben sowie der Unterschrift lässt dies vermuten. Die zweite Eigentümlichkeit, die untermauert, dass es sich um kein „Original“ handelt, ist der Zustand des Papiers. Es ist hellweiß, während das sonstige Papier im ganzen Aktenordner stark vergilbt ist. Dieses „Dokument“ mit Görings verräterischem Satz ist vermutlich zu einer Zeit dem Ordner beigeheftet worden, als das 1938 gebräuchliche Schreibpapier und das Pepier des „Dokuments“ noch gleich weiß waren, sodass der Pfusch zunächst nicht sofort auffiel. Dieses „Dokument“ vom Durcansky-Besuch im Oktober 1938 bei Göring ist sehr wahrscheinlich wieder eine Fälschung. Die Botschaft, die es überbringen soll, heißt: Göring hat schon im Oktober 1938 an einen Angriff gegen Polen oder die Sowjetunion gedacht. Der anonyme Verfasser dieser Desinformation hat sie geschickt in das Thema „Staatsbesuch Öurcanskys“ eingereiht und das angebliche „Dokument“ dann unverdächtig zum Protokoll des Tiso-Öurcansky-Ribbentrop-Gesprächs geheftet. Auch hier kann - wie schon bei der angeblichen Order Himmlers an Frank aus dem Jahre 1937 [493] - die Konstruktion eines frühen Indizienbeweises für deutsche Kriegsschuld als Absicht hinter der Lancierung dieser „Botschaft“ in die Originalakten des Jahres 1938 angenommen werden, Auch diese Akten befanden sich während des Nürnberger Prozesses in amerikanischem und danach bis 1956 in englischem Gewahrsam.

## Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938

Deutschland wird trotz abgeschlossener Sudeten-Regelung auch weiter in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei hineingezogen. Nach der Münchener Konferenz bleibt das Problem der polnischen und ungarischen Minderheiten offen, zu dessen Lösung die vier Mächte sich drei Monate Zeit gelassen hatten. Obwohl Polen sich am 1. Oktober bereits das ihm noch nicht zugesprochene Teschener Gebiet selbst angeschlossen hatte, drängt es nun mit neuen Forderungen. Die Warschauer Regierung versucht ihre weiteren Interessen in der Tschechoslowakei mithilfe des deutschen Hebels und mit ungarischer, ru-

493 vgl. S. 210 dieses Buches

mänischer und slowakischer Hilfe durchzusetzen. Die Regierung in Budapest dagegen verhandelt mit der zuständigen Regierung in Prag.

Zunächst zu den Ungarn: Gleich zu Beginn des Oktobers 1938 treffen sich zwei Delegationen aus Prag und Budapest, um die Minderheitenrechte der Ungarn und einen neuen Grenzverlauf zu regeln. Nach fast zwei Wochen werden die Verhandlungen ergebnislos beendet. Der italienische Staatschef Mussolini, der sich nach wie vor als der Patron der Ungarn fühlt, und der seinen Einfluss dort nicht schwinden sehen möchte, drängt nun die deutsche Reichsregierung, helfend einzugreifen. Mussolini fürchtet, dass das Ungarnproblem in der Tschechoslowakei binnen dreier Monate anders nicht zu lösen sein wird, und er will vermeiden, dass dann die dafür vorgesehene nächste Viererkonferenz Zusammentritt. Dort könnten England und Frankreich zulasten Ungarns und zugunsten der Tschechen und Slowaken Einfluss nehmen. Berlin und Rom üben daraufhin gemeinsam Druck auf Prag und Budapest aus, bald eine Einigung zum Schicksal der ungarischen Minderheit und zum neuen Grenzverlauf zu finden. Die Regierungen in Budapest und Prag erklären daraufhin am 30. Oktober, dass sie bereit sind, im Voraus einen Schiedsspruch anzuerkennen, den Deutschland und Italien zum Streit der beiden Staaten fällen werden.

Mussolinis Ängste bezüglich Englands sind in diesem Falle offensichtlich unbegründet. Die britische Regierung zeigt gar kein Interesse an dem Streit Ungarns und der Tschechoslowakei. Sie selbst empfiehlt der italienischen Regierung, die Minderheitsfrage durch ein deutsch-italienisches Schiedsgericht ohne Hinzuziehung der Regierungen in London und Paris zu lösen.[494]

Am 2. November 1938 tritt daraufhin eine deutsch-italienische Schiedskommission in Wien zusammen. Ungarn, Tschechen und Slowaken tragen ihre Positionen vor, und das Schiedsgericht entscheidet. Ein von Westen nach Osten verlaufender Gebietsstreifen im Süden der Slowakei mit einem Zipfel in der Karpato-Ukraine wird Ungarn zugeschlagen. Damit kommen 746.000 Ungarn heim ins Mutterland. Doch auch 75.000 Slowaken werden dadurch gegen ihren Willen nach Ungarn eingebürgert.

494 PAAA, R 29770, Blatt 76076

Karte 13




Landabtretungen nach dem Wiener Schiedsspruch[495]

Mit dem Wiener Schiedsspruch ist nur die eine Minderheitenfrage einer Lösung zugeführt. Die zweite, die nach dem Münchener Abkommen ja auch noch offen ist, bleibt dabei ungelöst. Der Staat Polen stellt gleich nach der Annexion des Teschener Gebiets eine Reihe immer neuer Forderungen nach „polnischen“ Gebieten. Doch dabei handelt es sich neben einem Streifen Grenzland vor allem um Gebiete mit Kohlevorkommen und chemischer Industrie. Warschaus Wünsche sind auch damit nicht befriedigt. Während des ganzen Oktobers 1938 versucht Polen den Zerfall der Tschechoslowakei mit Deutschlands Hilfe zu beschleunigen, die Slowakei mit Teilen ihrer Industrie und Bodenschätze zu beerben und die Karpato-Ukraine den Ungarn zuzuschieben. Letzteres will Polen, um bei einem Krieg mit Russland die Unterstützung der Ungarn an der eigenen Hintertür zu

495 Die an Ungarn abzutretenden Gebiete sind der in Wien benutzten Originalkarte entnommen: Archiv Auswärtiges Amt, Signatur MULT R Nr. 230.

haben. Für die Polen sind die Tschechen und Slowaken nicht Partner, sondern im Falle einer Auseinandersetzung mit den Sowjets die Verbündeten des potenziellen Gegners, und zwar im eigenen Rücken. Die polnischen Gebietsansprüche, die erkennbar mehr nach fremden Bodenschätzen als nach eigenen Minderheiten trachten, werden beim Wiener Schiedsgericht nicht mitverhandelt. Sie werden tags zuvor von der tschechischen Regierung in einem Notenaustausch zwischen dem tschechischen Außenminister und dem polnischen Botschafter in Prag zugunsten Polens anerkannt.



**Abb. 11: Verkündigung des Wiener Schiedsspruchs**

Ein deutsch-polnischer Aspekt soll hier nicht übersehen werden. Die mangelnde Bereitschaft der deutschen Reichsregierung, den Polen jetzt schon zu mehr Annexionen zu verhelfen, hat letztlich böse Konsequenzen. Am 24. Oktober, bei einem der Gespräche, das der polnische Botschafter Lipski zu dieser Frage mit Außenminister von Ribbentrop in Berlin führt, bringt Letzterer ein neues Thema aufs Tapet. Von Ribbentrop eröffnet Lipski, dass Hitler in absehbarer Zeit die Rückgliederung Danzigs an das Deutsche Reich wünscht. Das hätte zu der Zeit durchaus ein Handel werden können, Danzig gegen ein Stück der „polnischen" Tschechoslowakei. Doch der Wiener Schiedsspruch lässt die Wünsche Polens

außen vor. Hier wird eine Chance verpasst, das Streitobjekt Danzig, das ein Jahr später den Krieg auslöst, im Zuge eines „Entgegenkommens“ aus der Welt zu schaffen. Ab dem 24. Oktober 1938 ist das Thema „Danzig“ zwischen Berlin und Warschau auf dem Tisch.

## Der Irrtum mit der „freien Hand im Osten“

Das Abkommen von München, die deutsch-britische Freundschafts- und Konsultationsvereinbarung vom 30. September, der Schiedsspruch von Wien, und die noch offenen französisch-italienischen Differenzen führen in den folgenden Monaten zu einem Hin-und-Her-Gezerre in Europa, bei dem es keine klaren Fronten gibt. Dennoch kommt es in der Zeit zu einer französisch-deutschen Annäherung, die auf deutscher Seite zu der Fehleinschätzung führt, die französische Regierung lasse der deutschen Reichsregierung fortan „freie Hand“ in der weiteren Behandlung der Tschechoslowakei.

In England hat man mit der Hitler-Chamberlain-Erklärung vom 30. September ein Dokument in der Hand, das Deutschland für alle Zeit verpflichtet, bei neuen Differenzen mit dritten Staaten zuerst die englische Regierung zu konsultieren. England legt Frankreich nahe, ein ähnliches Freundschafts- und Konsultationsabkommen mit Deutschland abzuschließen. In Frankreich ist man unzufrieden mit dem Münchener Abkommen, weil man glaubt, dort die Gelegenheit verpasst zu haben, Deutschland erneut auf Elsaß-Lothringen verzichten zu lassen.[496] Allerdings schlägt Hitler dem französischen Botschafter Francois-Poncet bei dessen Abschiedsaudienz am 18. Oktober schon von sich aus vor, „die im Münchener Abkommen enthaltenen Keime der Befriedung und der gegenseitigen Annäherung weiterzuentwickeln“. Hitler wird dabei schon sehr konkret. Er nennt in dem Zusammenhang ein Abkommen, in dem sich Frankreich und Deutschland gegenseitig ihre Grenzen anerkennen, und einen Konsultativpakt. Er wiederholt bei der Gelegenheit außerdem noch einmal seinen alten Vorschlag, den Bombenkrieg gegen Zivilbevölkerungen international zu ächten.[497] Hitler reicht hier also selbst die Hand.

Nach einigen Verhandlungen sind die Regierungen in Paris und Berlin im November 1938 zum Vertragsabschluss bereit. Nun gibt es Sperrfeuer aus Italien, den USA und aus Frankreich selbst. Der „Duce“ Mussolini beansprucht Nizza,

496 Deutschland hatte auf Elsaß-Lothringen bereits dreimal verzichtet: in Versailles 1919, im Locarno-Vertrag 1925 und nach der Saar-Abstimmung 1935.

497 Franz. Gelbbuch, Dok. 17

Korsika, Tunis und Dschibuti von den Franzosen und versucht folglich, die Deutschen von einer Annäherung an Frankreich abzuhalten. Auf der anderen Seite ist es US-Präsident Roosevelt, der allen Staaten - so auch Frankreich - auf einer Pressekonferenz am 15. November, kurz nach der „Reichskristallnacht“, rät, sich von Deutschland fernzuhalten. In Frankreich selbst sind es einige Gewerkschaften und die Kommunistische Partei, die auf Weisung Moskaus den Versuch unternehmen, den Besuch des Außenministers von Ribbentrop in Paris und damit die Unterzeichnung eines deutsch-französischen Nichtangriffspaktes zu vereiteln. Trotz aller dagegenlaufenden Bemühungen unterzeichnen die beiden Minister des Äußeren von Ribbentrop und Bonnet am 6. Dezember 1938 in Paris einen Vertrag, der feststellt,

- dass beide Länder keine Fragen territorialer Art mehr offenhaben,
- dass sie feierlich gegenseitig ihre gegenwärtigen Grenzen anerkennen und
- dass sie in Zukunft alle bilateralen Fragen miteinander beraten wollen, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte.[498]

Mit dem Hitler-Chamberlain-Freundschafts- und Konsultationspapier und dem ähnlichen Ribbentrop-Bonnet-Vertrag haben sich Hitler, Chamberlain und Daladier auf Gegenseitigkeit verpflichtet, dass sich Deutschland, England und Frankreich zukünftig um friedliche Beziehungen bemühen und in heiklen Fragen konsultieren werden. Dies hätte zu einer Mäßigung der deutschen Außenpolitik in der Zeit danach führen müssen, doch ein Missverständnis oder eine Irreführung oder beides bewirkt das genaue Gegenteil. Der deutsche Außenminister von Ribbentrop führt mit seinem französischen Kollegen Bonnet vor und nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages am 6. und 7. Dezember 1938 Gespräche über politische Themen, die für beide Seiten von Interesse sind: die Gebietsforderungen Italiens an Frankreich, die noch ausstehende Garantieerklärung Deutschlands für die neuen Grenzen der Tschechoslowakei, die französisch-sowjetischen Beziehungen und anderes mehr. Von besonderem Interesse ist dabei der Meinungsaustausch über die französischen Militärverträge mit den Staaten Osteuropas hinter Deutschlands Rücken. Von Ribbentrop bezeichnet Frankreichs Vertragssystem als „ärgerliches Überbleibsel französischer Einkreisungspolitik“[499]. Er hört aus Bonnets Entgegnungen heraus, dass Frankreich sich von Deutschland einen mäßigenden Einfluss auf Italien mit dessen Gebietsansprüchen verspricht, und dass es Deutschland dafür „freie Hand in Osteuropa“ lässt. Hier hat der deutsche Außenminister etwas gehört oder her-

498 Vertrags-Ploetz, Teil 2, Band 4, S. 160
499 Bonnet, S. 135

ausgehört, was Bonnet später nicht bestätigt. Das Protokoll der Gespräche weist zwar aus, dass von Ribbentrop das Thema Interessensphäre Deutschlands in Südosteuropa und in der Tschechoslowakei immer wieder und mehr als deutlich ins Gespräch bringt, doch von einem Einverständnis des französischen Ministers ist dort nichts zu lesen.[500] Von Ribbentrop jedoch berichtet seinen Mitarbeitern zum wiederholten Male, dass Bonnet ihm dieses angedeutet habe. Der bei den Gesprächen in Paris übersetzende Chefdolmetscher des Auswärtigen Amts Dr. Paul **Otto** Schmidt zum Beispiel berichtet dem Pressechef des Amts Dr. Paul **Karl** Schmidt schon auf der Rückfahrt nach Berlin über das Gespräch der zwei Minister:

> „Die osteuropäischen Fragen wurden mit harten Bandagen ausgetragen. Der Chef hat den guten Bonnet ziemlich betrommelt, und der hat sich schließlich in den Clinch gerettet. Wenn wir für die Franzosen die Italiener zügeln, wird Paris wahrscheinlich in der Danzigfrage die Polen nicht ermutigen, hartnäckig zu sein.“[501]

Von Ribbentrops Eindruck oder Irrtum hatte sich offensichtlich schon vor der Pariser Konferenz gebildet. Am 20. November, also gut zwei Wochen vorher, tritt der neue französische Botschafter Coulondre seinen Dienst in Deutschland an. Über das Gespräch des neuen Botschafters bei seinem Antrittsbesuch beim deutschen Außenminister schreibt der anwesende Chefdolmetscher Schmidt als Aufzeichnung:

> „Ribbentrop: eine Verständigung ist möglich, wenn sich die [...] europäischen Staaten auf ihre wirklichen Interessen beschränken, so Frankreich auf sein großes Kolonialreich, England auf sein Empire und Deutschland auf seine eigentliche Interessensphäre, nämlich den Südosten Europas.
>
> Coulondre sagte, daß er die Frage genauso sehe.“[502]

Dass der französische Außenminister Bonnet und sein Botschafter Coulondre in Berlin dies im November 1938 so sehen und Deutschland freie Hand im Osten lassen wollen, lässt sich auch aus den Memoiren des damaligen französischen Botschafters in Warschau Noel entnehmen. Noel beschreibt, dass Bonnet zu der Zeit drauf und dran ist, die französischen Beistandspakte mit Polen und mit der Sowjetunion zu lösen.[503] Dies ist ein ziemlich sicheres Indiz dafür, dass Frankreich

500 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 370

501 Paul **Karl** Schmidt, S. 29. Der Chefdolmetscher Dr. Paul **Otto** Schmidt hat das zitierte Gespräch in einem Buch 1952, also 14 Jahre später, anders wiedergegeben.

502 Paul **Karl** Schmidt, S. 32

503 Noel, S. 246 und 27

während einer kurzen Zeit Deutschland wirklich freie Hand in Osteuropa lassen will. Doch schon im Januar 1939, beim Besuch des deutschen Außenministers von Ribbentrop in Warschau und beim Versuch, die Danzig-Frage auf dem Verhandlungsweg zu lösen, mischt sich Frankreich wieder ein.

Zusagen der „freien Hand“ sind ansonsten zu der Zeit nicht selten. Im gleichen Jahr 1938 schließen zum Beispiel Italien und England ein solches Abkommen.[504] England gibt Italien darin „freie Hand“ in Abessinien und gegenüber Spanien und lässt sich dafür Handlungsfreiheit in Mitteleuropa zusichern.

Es ist auch nicht auszuschließen, dass von Ribbentrop sich nicht geirrt hat, und dass Frankreichs Minister und Diplomaten die „freie Hand“ erst angedeutet und dann geleugnet haben. Immerhin hatten sie für Deutschlands Einfluss gegen die Gebietsansprüche Italiens ja irgendetwas bieten müssen. Ob Wahrheit, Missverständnis oder Irrtum, der Gedanke hat sich bei von Ribbentrop so festgesetzt, dass er daraus die falschen Schlüsse zieht und Hitler in der Folgezeit dementsprechend falsch berät. Schon drei Monate nach von Ribbentrops Paris-Besuch, während der sich zuspitzenden Tschechoslowakeikrise, als der Staat in seine Einzelteile auseinanderbricht, sagt er dem „Führer“ in dieser irrigen Beurteilung voraus, dass Frankreich einen Krieg Deutschlands gegen seinen Nachbarn im Osten tolerieren werde.

Bei der folgenden Besetzung der Rest-Tschechei hält Frankreich aus ganz anderen Gründen still und erweckt damit den Anschein, von Ribbentrop habe die „Zusicherung der freien Hand“ in Paris korrekt verstanden. Doch beim Angriff gegen Polen im September 1939 kommt Ribbentrops Irrtum voll zum Tragen. Er berät Adolf Hitler wieder falsch, und Frankreich erklärt dem Deutschen Reich drei Tage nach dem deutschen Angriff gegen Polen von sich aus den Krieg.

Ansonsten sind die Monate vor dem Zerfall der Tschechoslowakei und vor dem Einmarsch in die Rest-Tschechei davon geprägt, dass Englands Presse gegen das Abkommen von München zu Felde zieht, und dass Winston Churchill nicht müde wird, gegen das Deutsche Reich zu trommeln. Im Gegenzug reagiert die deutsche Presse zunehmend anti-englisch. Im Dezember 1938 und im Januar danach laufen außerdem in England Gerüchte um, von denen niemand weiß, woher sie stammen. Es heißt, Deutschland wolle Holland und die Schweiz erobern, die Ölfelder Rumäniens besetzen, London bombardieren und anderes dergleichen.[505] So wird die öffentliche Meinung in England schon auf Temperatur gebracht, noch ehe irgendjemand in Deutschland Grund hat, über solches nachzudenken. Im Übri-

504 Britisch-Italienisches Abkommen vom 16.4.1938, siehe Churchill, Weltkrieg, S. 115
505 Henderson, S. 183

gen wird in Deutschland, Frankreich, England, in den USA, in der Sowjetunion und in der Tschechoslowakei um die Wette weiter aufgerüstet.

## Der Zerfall der Tschechoslowakei

Nach der Abtrennung der Sudetenlande, der Annexion des Teschener Gebiets durch Polen, dem Wiener Schiedsspruch und der Wiedereingliederung der Ungarn in ihr Mutterland gehören nur noch sechseinhalb Millionen Tschechen sowie zwei Millionen Slowaken, knapp eine halbe Million Ruthenen (Ukrainer) und kleine Minderheiten zum Rest der Tschechoslowakei. Dieser Rumpf soll, so ist es zwischen Tschechen, Slowaken und Ruthenen vereinbart worden, nun zu einem Bundesstaat mit innerer Autonomie für die drei Völker umgestaltet werden, wie sie 1919 in der Vereinbarung von Pittsburg und im Minderheitenabkommen von Saint-Germain versprochen worden war.

Am 5. Oktober 1938 war Staatspräsident Benes von seinem Amt zurückgetreten. Bis zur Neuwahl eines Nachfolgers vertritt ihn der amtierende Ministerpräsident General Syrovy, der nun für kurze Zeit die beiden Spitzenämter innehat. Am 29. November 1938 wird Dr. Emil Hächa nach General Syrovy vierter Präsident der Tschechoslowakei. Er ist Verwaltungsjurist und bis dahin ohne politische Tätigkeit und Ambitionen und auch ohne die dem Amt entsprechenden Erfahrungen. Ehe Hächa als Staatspräsident und Syrovy als Ministerpräsident die Zeit finden, das Land neu zu ordnen, driften die im Staat verbliebenen Völker von selbst auseinander.

Am 4. bzw. 9. Oktober 1938 beschließen die Ruthenen und Slowaken - wie bereits erwähnt -, die ihnen zugestandenen eigenen Landesparlamente aufzustellen und so ihre Rolle im neuen Bundesstaat selber zu gestalten. In Preßburg werden ein vorläufiger Landtag und eine provisorische Landesregierung für die Slowakei gebildet und in Uzgorod desgleichen für die Karpato-Ukraine. Die provisorische Landesregierung für die Slowakei führt der Geistliche Monsignore Dr. Jozef Tiso, die für die Karpato-Ukraine ebenfalls ein Geistlicher, Monsignore Dr. Awgustyn Woloschyn - in Ablösung für den nur kurze Zeit amtierenden Andrej Brödy. Am 25. November 1938 tritt das tschechoslowakische Gesetz über die 1918 versprochene Autonomie der Slowakei in Kraft. Als die beiden Präsidenten der neuen „Bundesländer“ allerdings die ersten Landtagswahlen halten lassen, setzen Schwierigkeiten ein.

Im Januar 1939 ernennt die Prager Zentralregierung General Prchala, einen der fünf höchsten Generale der Tschechoslowakei, zum dritten Minister der

Karpato-Ukraine, ohne dies vorher mit den Ruthenen abzusprechen. Prchala wird nicht akzeptiert und muss unverrichteter Dinge nach Prag zurückkehren. Die Landtagswahl der Ruthenen am 2. Februar zeigt dementsprechend einen klaren Wählerwillen. 92 Prozent der Stimmen bestätigen Woloschyn in seinem Amt und damit seine Forderung nach innerer Autonomie für die Karpato-Ukraine. Drei Wochen später, am 23. Februar, fällt die Wahl mit 98 Prozent für Tiso und die Autonomie der Slowakei sogar noch deutlicher aus. Nun fürchten Hächa und die tschechischen Minister seines Kabinetts, dass auch der Rest der Republik in seine Teile auseinanderbrechen könnte. Am 6. März lässt Hächa deshalb tschechische Truppen unter General Prchala in die Karpato-Ukraine einmarschieren und ernennt - auch dieses Mal ohne das neue Ruthenen-Parlament zu fragen - den General zum dortigen Innen-, Finanz- und Verkehrsminister. Ministerpräsident Woloschyn ist damit als Regierungschef der Karpato-Ukraine schon entmachtet, kaum dass er sein erstes ruthenisches Landeskabinett hat bilden können.

Der Slowakei ergeht es nicht besser. Präsident Hächa fordert Tiso und die drei slowakischen Minister der Zentralregierung auf, nach Prag zu kommen, doch die Vorgeladenen weigern sich, bei Hächa zu erscheinen. Am 10. März entlässt Hächa Monsignore Tiso als slowakischen Ministerpräsidenten und mit ihm die drei slowakischen Minister. Außerdem löst er den frisch gewählten Landtag der Slowaken wieder auf. Er verhängt das Standrecht über Preßburg und ein paar andere Städte in der Slowakei und lässt 60 slowakische Politiker verhaften. Damit ist die Herrschaft der Tschechen über die Slowaken, die Ruthenen und die Minderheiten im Gesamtstaat wiederhergestellt. Aber damit ist auch das Maß für Hitler voll. Er beschließt, die Tschechoslowakei, die ihren Völkern die Jüngst zugestandene Autonomie nun wieder nicht gewährt, mit deutschen Truppen zu besetzen.[506]

Doch zunächst zurück zur Slowakei: Am 10. März lässt Hächa Preßburg von tschechischem Militär besetzen, die slowakischen Milizen durch tschechische Polizei ersetzen[507] und die Post- und Bahnverbindungen ins Deutsche Reich einstellen. Die Krone setzt Präsident Hächa der Entmachtung der Slowaken auf, indem er der Slowakei eine neue Landesregierung unter dem früheren Erziehungsminister Sivak aufdrückt.[508] Doch Sivak nimmt das Amt nicht an, und Hächa muss Monsignore Tiso nach ein paar Tagen Chaos bitten, die Regierung in der Slowakei wieder zu übernehmen. Tiso ist von nun an nicht mehr dazu bereit, mit den Tschechen im Allgemeinen und mit der Prager Regierung im

506 ADAP, Serie D, Band VI, Dok. 16
507 Henderson, S. 201
508 Henderson, S. 201

Besonderen in irgendeiner Form Gemeinsamkeit zu suchen und die Tschechoslowakei am Leben zu erhalten. Der französische Gesandte de Lacroix in Prag, der diese Vorgänge offensichtlich nur aus der Sicht der Tschechen kennt, berichtet in diesen Tagen mehrfach nach Paris:

> „Nach mir aus Preßburg zukommenden Nachrichten scheint die Zentralregierung bis jetzt, trotz der dort herrschenden Gärung, Herrin der Lage zu sein. Die Militärbehörden haben [...] die Macht völlig in der Hand."

Er bezeichnet die Slowaken, die die Tschechoslowakei als Staatenbund gestaltet wissen wollen, als radikale Elemente und ergreift in seinen Berichten die Partei der Tschechen.[509]

Auch bei der kleinen, noch im Land verbliebenen deutschen Minderheit rumort es. Bei der Abtrennung der Sudetengebiete sind nicht nur 319.000 Tschechen gegen ihren Willen dem Deutschen Reiche zugeschlagen worden.[510] Auch 378.000 Deutsche in den Sprachinseln innerhalb der Tschechoslowakei und in Prag müssen in diesem ihnen fremd gebliebenen Staat verbleiben. Diese Sudetendeutschen - enttäuscht, dass sie nicht „heim ins Reich" gekommen - kooperieren nicht mehr mit den Tschechen. Diese ihrerseits sehen in den Deutschen ihren Feind im eigenen Lande. Viele Tschechen rächen sich an den in ihrem Land gebliebenen Deutschen für die Schmach von München. So boykottieren zum Beispiel tschechische Krankenkassen die deutsche Universitätsklinik in Prag. Und Tausende von Sudetendeutschen verlieren ihren Arbeitsplatz. Die Tschechoslowakei gewährt ihnen und ihren Familien zunächst keine Arbeitslosenunterstützung, was sonst im Lande üblich ist. So kommt für viele der in der Tschechoslowakei verbliebenen Deutschen zur Isolierung die wirtschaftliche Not. Damit steht eine dritte, wenn auch nur noch sehr kleine Volksgruppe auf schlechtem Fuße mit den Tschechen. Dieses Zerwürfnis zwischen Tschechen und in der Tschechoslowakei verbliebenen Sudetendeutschen kann allerdings nicht als Rechtfertigung für das später aufgezwungene Protektorat Deutschlands über die Tschechei herhalten. Neben den alteingesessenen Sudetendeutschen, die auch gern „heim ins Reich" gekommen wären, gibt es die nicht geringe Zahl der deutschsprachigen Exilanten, die beim Österreich-Anschluss und nun beim Anschluss der Sudetenlande in die Tschechoslowakei geflohen waren. Viele von ihnen arbeiten in der Presse und im Kulturbetrieb. Sie werden mit ihrer antinationalsozialistischen und zu Teilen antideutschen Publizistik in den tschechischen Medien zu einer schweren Belastung des deutsch-tschechischen Verhältnisses.

509 Franz. Gelbbuch, Dok. 52 bis 54
510 Dort verbliebene Tschechen nach der Volkszählung vom 17.5.1939

Präsident Hächa bemüht sich seit seinem Amtsantritt am 29. November 1938 zusammen mit Außenminister Chvalkovsky um ein gedeihliches Verhältnis zur deutschen Reichsregierung. Wann immer Klagen aus Berlin nach Prag gerichtet werden, beeilen sich Hächa und Chvalkovsky, den deutschen Wünschen nachzukommen. Außenminister Chvalkovsky bietet Hitler und von Ribbentrop mehrmals „bedingungslose Zusammenarbeit“ an. Doch es wird ihm nicht gedankt. Die Reichsregierung beklagt sich stattdessen immer wieder über das alte Benes-Klima in der Tschechoslowakei, was bei einem auf Benes eingeschworenen Beamtenapparat kein Wunder ist. Sie beanstandet die nach wie vor deutschfeindliche Presse und die von dieser Presse geäußerte Hoffnung, dass eine nächste internationale Krise das Münchener Abkommen rückgängig machen möge. Sie beschwert sich über das tschechische Heer, das auf Revanche sinnt. Doch ein Staat mit 9 Millionen Menschen, einem gewachsenen politischen Klima und mit eingefahrenen Gebräuchen ist nicht in einem Vierteljahr um 180 Grad zu wenden.

Die deutsche Reichsregierung weiß, dass die Ruthenen und Slowaken ihren Staat verlassen wollen, und will das Leben dieses Staates nicht verlängern. Statt Hächa, den neuen Ministerpräsidenten Beran und Außenminister Chvalkovsky in dieser schweren Lage psychologisch, politisch und wirtschaftlich zu stützen und die erbetene Garantie der Grenzen zu gewähren, kommt die Reichsregierung mit immer neuen Empfehlungen und Forderungen: Die Tschechoslowakei möge ihre Neutralität erklären, ihre Armee abrüsten, sich wirtschaftlich an Deutschland anlehnen und den Teil ihrer Goldreserven, der das mit den Sudetengebieten übernommene tschechische Papiergeld deckt, an Deutschland übergeben. So lässt die deutsche Reichsregierung der todkranken Tschechoslowakei keine Chance zu gesunden.

Zu allem inneren Aufruhr in der Rest-Tschecho-Slowakei kommt weiterer Druck von außen. Die Polen bleiben bei ihren - nach ihrer Sicht - noch immer offenen territorialen Forderungen. Am 17. Oktober beansprucht Warschau ein 5 mal 20 Kilometer großes Grenzgebiet südwestlich Zakopane. Dann steckt es Fühler nach Deutschland und Rumänien aus, um mit Berliner und Bukarester Hilfe eine Abtrennung der Karpato-Ukraine und deren Angliederung an Ungarn zu erreichen.[511] Am 22. Oktober fordert Warschau vier weitere, wenn auch nur kleine Grenzkorrekturen in der Tatra. Alsdann startet die polnische Regierung den allerdings vergeblichen Versuch, die Slowakei zur Erklärung ihrer Unabhängigkeit zu bewegen.[512] Bis zum 30. Oktober 1938 umfasst die Liste polnischer Forderungen an die Tschechoslowakei neben den schon genannten Grenzverschiebungen

511 PAAA, R 29770 und Roos, Polen und Europa, S. 382

512 PAAA, R 29770, Blatt 76021

die Gegend von Hrosow mit Kohlengruben und chemischen Fabriken, ein noch nicht ausgebeutetes Grubenfeld bei Hermanice, die Grube Ludwigsschacht bei Petrwald sowie die Bahn- und Straßenstrecke vom Jablunka-Pass über Cerny zum Zwardon-Pass, und die Straße bei Lubkov in den Ostbeskiden. Die slowakische Regionalregierung, die sich offensichtlich nicht mehr sicher ist, dass die Prager Zentralregierung sie vor den polnischen Gebietsansprüchen schützen kann, wendet sich am 31. Oktober an die deutsche Reichsregierung und bittet, die Slowakei vor den nachgeschobenen Forderungen der Polen zu beschützen.[513] Am 4. März 1939 beginnt die polnische Regierung, Truppen an die Grenze zu verlegen. Am 12. März sind es inzwischen zwei ganze Divisionen in und vor dem Teschener Gebiet.[514] Am 13. marschieren weitere Truppen aus Polen an die Grenze zur Karpato-Ukraine. Des Weiteren drängt die polnische Regierung die rumänische, sich der Eisenbahnlinien und der rumänischen Dörfer in der Karpato-Ukraine zu bemächtigen.[515]

Auch die ungarische Regierung stellt trotz ihres Landgewinns im Wiener Schiedsspruch weitere Forderungen. Dabei geht es nicht nur um die historischen Ansprüche, die die Ungarn geltend machen. Es geht auch um einen Streit zwischen Ungarn und Ruthenen wegen der Zerstörung der Natur, die die Ruthenen mit dem Abholzen der Südhänge der Waldkarpaten betreiben. Die Ruthenen versuchen, sich Devisen durch Holzexporte zu verschaffen. Sie treiben Raubbau in den Wäldern, die bisher die Niederschläge im Abgang zum Tal der Theis gespeichert haben, und verursachen damit die Verkarstung der dortigen Karpaten und als Folge dessen die Versumpfung des Ackerlands im ungarischen Theis-Tal. Am 8. März 1939 bietet Ungarn der Tschechoslowakei den Ankauf der Waldregionen in der Karpato-Ukraine an.[516] Ungefähr ab 11. März lässt Ungarn Truppen an den Grenzen zur Ostslowakei und zur Karpato-Ukraine aufmarschieren.[517] Am 13. März werden in ganz Ungarn Reservisten einberufen, und ein ungarischer Sender kündigt an, dass ungarische Truppen am 15. März marschieren werden, „um ihre ruthenischen Brüder zu befreien“. Am 14. März - zwei Tage vor dem deutschen Einmarsch in der Rest-Tschechei - kommt es bei Munkacz zu einem ersten Grenzgefecht, bei dem ungarische Truppen ein Dorf auf der tschechoslowakischen Seite erobern und besetzen.

513 PAAA, R 29770, Blatt 76088
514 PAAA, R 29934, Blatt 213499
515 PAAA, R 29934, Blatt 213380
516 PAAA, R 29934, Blatt 213537
517 PAAA, R 29934, Blatt 213499

Auch die Rumänen haben nichts für ihre Nachbarn übrig. Am 13. März teilt der rumänische Außenminister Gafencu dem deutschen Botschafter in Bukarest mit, dass

> „Rumänien kein Interesse an einem Fortbestand der Tschechei oder der Slowakei habe und daß es sich in keiner Weise mehr an Prag gebunden fühle.“[518]

Die rumänische Regierung will sich dennoch nicht zu einem Leichenfledderer der untergehenden Tschechoslowakei machen lassen. Sie lehnt deshalb einen Vorschlag des polnischen Außenministers Beck ab, die Ostspitze der Karpato-Ukraine zu annektieren.

Hitler weiß von den Ambitionen der Polen und der Ungarn und so beschließt er, Vorteil aus dem Zusammenbruch des ungeliebten Nachbarlands zu ziehen und den anderen Interessenten dabei zuvorzukommen. Am 12. März 1939 weist er Generaloberst Keitel an, dass sich die dafür vorgesehenen Heeres- und Luftwaffenverbände bereitzuhalten haben, um am 15. März um 6 Uhr morgens in die Tschechei einzumarschieren.[519] Er hat offensichtlich ein ausgeprägtes Zeitgespür für den Ablauf solcher Dramen.

Der Druck von außen beschleunigt den Zerfall im Inneren. Am 13. März reist der slowakische Ministerpräsident Tiso auf Einladung nach Berlin, um dort zu erkunden, wie sich die deutsche Reichsregierung im Falle einer Unabhängigkeitserklärung der Slowakei verhalten würde. Hitler bekundet, dass Deutschland kein Interesse am Besitze dieses Landes habe, weil es - anders als die Tschechei - nie zum Deutschen Reich gehört habe. Doch Hitler fragt Tiso mit einem Hinweis auf den Truppenaufmarsch des ungarischen Heeres, ob die Slowakei nun unabhängig werden oder zurück zu Ungarn wolle.

> „Sie sehen“, so Hitler, „wie die Dinge stehen. Ich habe keine Absichten auf die Slowakei. Sie hat niemals zu Deutschland gehört, und ich werde keinen einzigen deutschen Soldaten für sie einsetzen, sofern sie mich nicht um eine Garantie ihrer Grenzen ersucht. Dann muß die Slowakei aber auch ganz klar sagen, ob sie das will oder nicht.“[520]

Tiso beendet das Gespräch mit Dank, doch ohne eine Antwort. Er fliegt am gleichen Tag zurück nach Preßburg und tritt anderntags vor seinen Landtag, den er

518 PAAA, R 29934, Blatt 213473
519 Keitel, S. 235
520 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 202 und IMT, Band XXXI, Dok. 2802-PS

zu diesem Zweck schon vor der Reise nach Berlin hatte einberufen lassen. Tisos Rede dort ist kurz und klar:

> „Da die Prager Regierung mit dem Gewaltakt vom 10. März unsere Autonomie verletzt hat, löse ich alle Bindungen, die bisher zwischen uns bestanden haben. Kraft des Selbstbestimmungsrechts der Völker erkläre ich hiermit die Unabhängigkeit der Slowakei. Diejenigen, die meinen Entschluß gutheißen, mögen sich erheben!“[521]

Die Reaktion ist eindeutig. Alle Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen und singen die slowakische Nationalhymne. Sofort nach dieser für die Slowakei historischen Versammlung schickt Präsident Tiso dem deutschen Reichsluftfahrtminister Göring ein Telegramm, in dem er schreibt:

> „Ich bitte Sie, folgendes dem Führer und Reichskanzler zur Kenntnis zu bringen: In starkem Vertrauen auf Sie, den Führer und Reichskanzler des Großdeutschen Reiches, unterstellt sich der slowakische Staat Ihrem Schutz. Der slowakische Staat bittet Sie, diesen Schutz zu übernehmen.
>
> Tiso“[522]

Hitlers Antwort folgt noch am selben Tag:

> „Ich bestätige den Empfang Ihres Telegramms und übernehme hiermit den Schutz des slowakischen Staates.
>
> Adolf Hitler“

Ein gleiches Schutzersuchen der Ruthenen, ebenfalls am 14. März, wird für Monsignore Woloschyn zum außenpolitischen Desaster.[523] Hitler geht nicht darauf ein. Er lässt vielmehr Ungarns Staatschef von Horthy von der Unabhängigkeitserklärung der Karpato-Ukraine unterrichten und die Budapester Regierung davon informieren, dass sie „freie Hand“ in der Karpato-Ukraine habe. Am 18. März 1939 übernimmt Ungarn dieses kleine Land, das nur historisch, doch nicht dem Volkstum der Ruthenen nach zu ihm gehört. So ist mit dem 14. März das Dasein der nur 20 Jahre alt gewordenen Tschechoslowakei als Vielvölkerstaat beendet.

Hitlers Reaktion gegenüber den Ruthenen passt schlecht zu der von vielen Historikern gepflegten Theorie, dass der Diktator von Beginn seiner Laufbahn an die Eroberung eines Ostreiches in der Ukraine als sogenannten Lebensraum

521 Benoist-Mechin, Band VI, S. 65
522 ADAP, Serie D, Band VI, Dok. 10
523 PAAA, R 29934

im Osten als festen Plan im Auge hatte. Hitler hätte mit einer selbstständigen Karpato-Ukraine unter deutscher Schutzherrschaft den Grundstock für eine von Polen und Russland losgelöste und Deutschland assoziierte Gesamtukraine bilden können. Hitler weiß vom Hass der etwa fünf Millionen Ukrainer auf die Polen, deren Staat sie seit 1920 gegen ihren Willen angehören müssen, und er kennt die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ostukrainer in der Sowjetunion. Statt die Karpato-Ukraine und die Ruthenen den Ungarn zu überlassen, hätte Hitler Monsignore Woloschyns Antrag annehmen und das erste Stück Ukraine dem deutschen Herrschaftsgebiet als Protektorat angliedern können. Er hat es nicht getan. Warum? Das Desinteresse Hitlers an der Karpato-Ukraine im März 1939 kann man wohl als Zeichen dafür werten, dass er zu der Zeit noch keine ausgereiften Pläne hat, sich der Länder zu bemächtigen, die bislang Herren über die zwei größten Teile der Ukraine sind, Polen und die Sowjetunion. Hitler hat im März 1939 allem Anschein nach noch nicht vor, Polen anzugreifen.

Am 14. März 1939 hat die Tschechoslowakei aufgehört, zu existieren. Das Todesurteil für diese Kunstschöpfung von Saint-Germain ist nicht erst 1939 ausgesprochen worden, sondern kurz nach ihrer Gründung mit dem Bruch des Versprechens von Masaryk und Benes, ein Land von gleichberechtigten Völkern nach Art der Schweiz zu bauen. Mit der Tschechoslowakei zerbricht der erste der vier von den Weltkriegssiegermächten geschaffenen Vielvölkerstaaten. Die Tschechen, wie bald danach die Polen und später die Serben und Iraker, scheitern als Leitnationen dieser neuen Kunstgebilde, weil sie sich als Unterdrücker und nicht als Partner der ihnen anvertrauten nationalen Minderheiten zeigen. Amerikaner, Briten und Franzosen - als Paten der Vielvölker-Tschechoslowakei - und nicht zuletzt der Völkerbund haben die 1919 mit Tschechen und Slowaken vereinbarten Bürgerrechte für die Angehörigen der anderen Volksgruppen nie überwacht und durchgesetzt. Sie tragen ein Stück der Mitschuld am Desaster.

## Die Tschechei wird zum Protektorat

Am 13. März 1939, als der slowakische Präsident Tiso zu Hitler nach Berlin fährt, nimmt der englische Botschafter Henderson Verbindung zu Staatssekretär von Weizsäcker im Auswärtigen Amt auf. Er will erfahren, was Hitlers Absicht für den weiteren Verlauf der Dinge ist. Von Weizsäcker, der Hitlers Einmarschpläne kennt, weicht aus und sagt nur: „Was auch immer getan wird, wird in einer anständigen Weise geschehen.“[524] Henderson, der Großbritanniens Anspruch

524 Henderson, S. 202 und AA 1939, Nr. 2, Dok. 258

zu vertreten hat, die Zukunft der Tschechoslowakei mitzugestalten, warnt von Weizsäcker in aller Eindringlichkeit vor dem Eingreifen Englands für den Fall, dass das Münchener Abkommen verletzt werden sollte. Diese Warnung bleibt, was Hitler später wohl vermerkt, eine hohle Drohung. Henderson drängt am gleichen Tag noch seinen tschechischen Botschafter-Kollegen, er möge seinem Außenminister in Prag nahelegen, sofort nach Berlin zu reisen und die tschechoslowakische Entwicklung mit der Reichsregierung abzusprechen.[525]

Ob auf Druck des englischen Botschafters Henderson in Berlin oder aus eigenem Entschluss, am 14. März wendet sich nun als dritter auch der bisherige Staatspräsident der Tschechoslowakei, und ab diesem Tag nur noch Präsident der Tschechen, Emil Hächa an den deutschen Kanzler. Er bittet um einen schnellstmöglichen Besuchstermin,[526] der ihm auch sofort angeboten wird. Noch am 14. nachmittags reist Hächa in Begleitung seines Außenministers Chvalkovsky und seiner Tochter mit der Bahn von Prag nach Berlin. Eine Flugreise traut sich der schon alte und herzkranke Hächa nicht mehr zu. Der angegriffene Gesundheitszustand des Präsidenten ist auch der Grund, weshalb die Tochter ihn begleitet.

Hächa trifft spät abends ein und wird mit allen zeremoniellen Ehren, die einem ausländischen Staatsoberhaupt gebühren, in der Reichshauptstadt empfangen. Im Hotel überreicht Außenminister von Ribbentrop der Tochter Hächas einen Strauß mit gelben Rosen. Auf dem Zimmer liegt eine Bonboniere als Aufmerksamkeit Hitlers für die Dame. Im Vorgespräch, das der tschechische Präsident noch im Hotel mit dem deutschen Außenminister führt, sagt Hächa zu von Ribbentrop, dass er gekommen sei, „um das Schicksal der Tschechei in die Hände des Führers zu legen“[527]. Alles in allem ein Auftakt für die folgenden Gespräche, der noch nichts Böses ahnen lässt. Von Ribbentrop meldet Hitler die Bemerkung Hächas vom Schicksal der Tschechen, das in die Hände des „Führers“ gelegt werden soll. Der beauftragt den Minister, sofort ein deutsch-tschechisches Abkommen zu diesem Zwecke zu entwerfen.

Als Hächa bei Hitler eintrifft, ist es inzwischen 1.15 Uhr morgens;[528] für den alten und herzleidenden Präsidenten eine arge Strapaze. Hächa kann auf das, was nun auf ihn zukommt, nicht ganz unvorbereitet gewesen sein. Bereits beim Empfang am Bahnhof hatte ihn der tschechoslowakische Botschafter davon unterrichtet, dass soeben deutsche Truppen in Mährisch-Ostrau auf tschechisches Territorium

525 Henderson, S. 205
526 PAAA, R 29934, Blatt 213455
527 IMT, Vernehmungen, Band X, S. 291
528 15. März 1939

vorgedrungen seien.[529] Ansonsten sind die deutschen Verbände, die zur Besetzung vorgesehen sind, während sich Hächa und Hitler gegenübertreten, bereits auf ihrem Marsch zur Grenze. Hitler hatte den Einmarsch deutscher Truppen schon vor zwei Tagen für diesen Morgen auf 6 Uhr in der Frühe festgelegt.

Präsident Hächa geht mit ausgestreckten Armen auf Hitler zu und eröffnet das Gespräch mit einem Schwall von Freundlichkeiten:

> „Exzellenz, Sie wissen gar nicht, wie ich Sie bewundere. Ich habe alle Ihre Werke gelesen, und ich habe es möglich gemacht, daß ich fast alle ihre Reden hören konnte.“[530]

Das kann, da Hächa fließend deutsch spricht, durchaus so gewesen sein. Nach der Konferenzeröffnung ist es wieder der tschechische Präsident, der sofort das Wort ergreift. Nachdem er zunächst erklärt, dass er den nun selbstständigen Slowaken „keine Träne nachweint“, kommt er zum deutsch-tschechischen Verhältnis:

> „Jahrhunderte lang haben unsere Völker nebeneinander gelebt und den Tschechen ist es nie so gut gegangen wie dann, wenn sie mit den Deutschen im Einvernehmen lebten. Deshalb habe ich Sie auch um eine Unterredung gebeten, denn ich will die Mißverständnisse, die zwischen unseren beiden Ländern aufgetaucht sein mögen, ausräumen. Ich lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände mit der Überzeugung, daß ich es in gar keine besseren legen könnte.“[531]

Hitler erwidert zunächst freundlich, doch dann beginnt er aufzuzählen, wie die alte Tschechoslowakei das deutsch-tschechische Verhältnis ruiniert habe. Bei der Wiederbesetzung des deutschen Rheinlandes 1936 habe die Prager Regierung Paris angeboten, Deutschland bei einem deutsch-französischen Krieg mit seiner Armee in den Rücken zu fallen. Bei Völkerbundverhandlungen in Genf hätten die Tschechen stets eine deutschfeindliche Haltung an den Tag gelegt. Im Mai 1938 habe sein Land, ohne dass Deutschland einen Anlass dazu gegeben hätte, gegen das Deutsche Reich mobilgemacht. Damals habe er, Hitler, den Entschluss gefasst, Konsequenzen aus der feindseligen Haltung der Tschechoslowakei zu ziehen.[532] Auch nach der Konferenz von München vor sechs Monaten und nach

529 Hier waren deutsche Truppen zur Abriegelung der polnisch-tschechoslowakischen Grenze in Marsch gesetzt worden, um den polnischen Truppen, die den ungarischen Truppen durch die Slowakei entgegenmarschieren sollten, den Weg zu verlegen.

530 IMT, Band XXXVIII, S. 12997 f.

531 IMT, Band XXXVIII, S. 12997 f.

532 Am 30.5.1938 gab Hitler dem Chef des Obersten Kommandos der Wehrmacht (OKW) den Auftrag, einen Einsatz des Heeres gegen die Tschechoslowakei vorzubereiten, „um die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit [...] zu zerschlagen“.

der Ausgliederung der Sudetengebiete habe sich am alten Geist der Feindschaft nichts geändert. Die tschechische Armee sinne nur auf Rache.

> „So sind", sagt Hitler, „bei mir am letzten Sonntag die Würfel gefallen.[533] [...] Ich habe der Wehrmacht den Befehl gegeben, in die Rest-Tschecho-Slowakei einzurücken und sie in das Deutsche Reich einzugliedern. [...] Jetzt gibt es nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder leistet die tschechische Armee dem Vormarsch der deutschen Truppen keinen Widerstand. In diesem Falle hat Ihr Volk noch gute Aussichten für die Zukunft. Ich werde ihm eine Autonomie gewähren, die weit über alles hinausgeht, wovon es zu Zeiten Österreichs hätte träumen können. Oder aber Ihre Truppen leisten Widerstand. In diesem Falle werden sie mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln vernichtet werden."[534]

Eine Verhandlung zwischen Hitler und Hächa findet nicht mehr statt. Der „Führer" drängt den tschechischen Präsidenten, sofort mit seinem Verteidigungsminister Syrovy in Prag zu telefonieren und ihm zu befehlen, seine Truppen und die Bevölkerung aufzufordern, keinen Widerstand zu leisten. Der anwesende Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Göring, setzt nach und droht, andernfalls am nächsten Morgen Prag zu bombardieren. Hächa gibt schweren Herzens der Erpressung nach und weist, wie gefordert, Syrovy an, jeden Widerstand der tschechischen Armee zu unterbinden. Nachdem das klar ist, wird auch auf deutscher Seite ein Schießverbot für die Wehrmachtsteile ausgesprochen, die ab 6 Uhr die Grenzen überschreiten sollen.

Von dieser nächtlichen Besprechung kursieren wilde Versionen quer durch die Geschichtsschreibung. Ein Schwächeanfall des alten Dr. Emil Hächa und die Hilfe des anwesenden Leibarztes Hitlers liefern sicher den Stoff dazu. Doch die beiden Protokollanten dieses Abends, der deutsche Legationsrat Hewel und der Chefdolmetscher Schmidt, berichten nichts dergleichen. Schmidt schreibt stattdessen später über die Begegnung:

> „Dennoch ist es in jener Nacht nicht zu den turbulenten Szenen zwischen Hitler und Hächa gekommen, von denen die Auslandspresse damals und später geschrieben hat."[535]

Auch Hewels Protokoll des Abends schildert einen eher nachgiebigen denn aufgeregten Präsidenten Hächa. Im Protokoll steht, dass Hächa sich Hitler als ehemaligen Wiener KuK-Verwaltungsjuristen vorstellt, der sich sowieso „die

533 Bezieht sich auf die Absetzung der slowakischen und der karpato-ukrainischen Regionalregierungen und den Militäreinmarsch in der Karpato-Ukraine in den Tagen davor.

534 IMT, Band XXXVIII, S. 12997 f.

535 Schmidt, Paul Otto, S. 429 f.

Frage gestellt habe, ob es überhaupt für die Tschechoslowakei ein Glück sei, ein selbstständiger Staat zu sein".[536]

Als Hitler dem Präsidenten eröffnet, dass in ein paar Stunden deutsche Truppen in sein Land einmarschieren werden, bittet Hächa nur, dass seinem Volk ein „Seelenkauf wie zur österreichischen Zeit" erspart bleibe, will heißen, den Tschechen soll die eigene Nationalität erhalten bleiben. Hitler sagt das dem Tschechen zu.

Morgens um 3.55 Uhr schreiten Hitler und Hächa zur Unterzeichnung der Erklärung, die Außenminister von Ribbentrop nach seinem ersten Gespräch mit Hächa am vergangenen Abend auf Hitlers Geheiß entworfen hatte:

> „Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, daß das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teil Mitteleuropas sein müsse.
>
> Der tschecho-slowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er, um diesem Ziel zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschluß Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird."[537]

Der Vollzug dieser erpressten Abmachung geht erstaunlicher Weise ohne alle Reibungen über die Bühne der Tschechei. Die Wehrmacht besetzt noch bis zum Abend die Landesteile Böhmen und Mähren. Am gleichen Tag erscheint Hitler auf dem Hradschin und lässt sich von Präsident Hächa die Mitglieder der tschechischen Regierung und die Spitzen der Verwaltung vorstellen. Hächa bleibt Staatspräsident bis 1945. Der frühere deutsche Außenminister von Neurath wird ihm als „Reichsprotektor" und Hitlers persönlicher Vertreter vorgesetzt. Von Neurath erhält die Befugnisse, die bis vor 20 Jahren die Statthalter der Habsburger Krone in den Untertanen Ländern innehatten. Die deutsche Reichsregierung übernimmt die Ressorts Außenpolitik, Finanzen, Wirtschaft und Verteidigung in eigene Regie. Hächas tschechische Regierung verfügt mit der Hoheit über Inneres, Kultur und weitere Ministerien dann nur noch über die Befugnis, ein im Inneren autonomes Eigenleben zu gestalten. Die Polizei bleibt demnach tschechisch. Allerdings errichtet die deutsche Gestapo[538] daneben ein eigenes Kontroll- und Machtregime im Lande. Das Militär wird von 150.000 Mann auf 7000 abgerüs-

536 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 228
537 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 229
538 Geheime Staatspolizei

tet.[539] Die Tschechen werden nicht mehr zum Wehrdienst einberufen, sodass sie später den Zweiten Weltkrieg in dieser Hinsicht ungeschoren überstehen. Die entlassenen tschechischen Offiziere erhalten auf Hitlers Weisung Pensionen, womit ihnen die erlittene moralische Niederlage zumindest materiell erträglich wird. Unmengen von Wehrmaterial und eine leistungsfähige Rüstungsindustrie stehen nun zusätzlich für den weiteren Ausbau der deutschen Wehrmacht zur Verfügung.

Bemerkenswert ist, dass sich sofort eine große Zahl von tschechischen Militärpiloten bereit erklärt, die von der Wehrmacht annektierten über 1500 Militärflugzeuge gegen gute Bezahlung in das Deutsche Reich zu fliegen. Ein tschechischer Autor beziffert die Bewerber für diese Überführungsflüge mit rund 75 Prozent aller Flugzeugführer. Er schreibt, dass sich ganze Fliegerregimenter samt Bodenpersonal bewerben, Vertragsangestellte der deutschen Luftwaffe zu werden. Die Wehrmacht übernimmt allerdings nur wenige Piloten, die bis zum Kriegsbeginn in deutschen Diensten bleiben.[540]

Trotz der entlassenen fast 100.000 tschechischen Soldaten sinkt in der Folgezeit die Arbeitslosigkeit im Lande.[541] Die Wirtschaft erfährt Belebung durch den Anschluss an das Reich. Der Grund ist die deutsche Nachfrage nach dem qualitativ guten Warenangebot der Tschechen. Die Krone bleibt neben der Reichsmark Landeswährung. Die Tschechei wird Teil des deutschen Zollgebiets, doch die Außengrenzen bleiben. Deutsche Bürger reisen auch fortan nur mit Pass in diesen Teil des Reiches, der nun offiziell in Deutschland das „Protektorat Böhmen und Mähren“ heißt.

Auch in der Wirtschaft blüht bald eine erfolgreiche tschechisch-deutsche Zusammenarbeit. Die tschechischen Betriebe, einschließlich der Schwer- und Rüstungsindustrie, und die Tschechische Nationalbank bleiben unter tschechischer Regie. Die tschechischen Direktoren leiten ihre Werke und die Banken weiter, und die Reichsregierung entsendet lediglich Verbindungsleute aus dem Reichswirtschaftsministerium. Eine „Landnahme“ für die deutsche Industrie wird von der Reichsregierung strikt unterbunden. Das Reich hält hier sein Versprechen der Autonomie für die Tschechei. Die deutsche Reichsbank erwirbt lediglich die ehemals französischen Besitzanteile zweier großer Konzerne, der „Brünner

539 Benoist-Mechin, Band VII, S. 81. Der tschechische Historiker Miksche spricht jedoch von 16.000 Soldaten.

540 Krystlik, S. 220, Krystlik belegt die Zahlen allerdings nicht mit Quellen.

541 Die Differenz zwischen 150.000 ehemaligen Soldaten und den nur entlassenen 100.000 erklärt sich durch die slowakischen und ruthenischen Soldaten, die in der Tschechei nicht mehr mit Arbeitsplätzen zu versorgen sind.

Waffen“ und der Skoda-Werke, und sichert sich damit den deutschen Einfluss auf die Rüstungsindustrie im Protektorat. Der Export der Tschechen in die Länder außerhalb des Deutschen Reichs läuft weiter wie bisher, bis zu Kriegsbeginn selbst mit der Ausfuhr von Waffen und Stahl für den Kriegsschiffbau nach England.[542]

Diese Darstellung - das soll hier angemerkt werden - darf nicht verdecken, dass die Protektoratsmacht Deutschland die Tschechei bis 1945 mit einem Heer von 5000 Polizeibeamten kontrolliert und damit alle antideutschen Bestrebungen im Keim erstickt. Eine geschätzte Zahl von bis zu 13.000 Tschechen wird in den sechs Jahren im Protektorat zum Opfer deutscher Herrschaft,[543] wobei - auch das gehört zum deutsch-tschechischen Verhältnis - mehr als 90 Prozent der Denunziationen und Anzeigen, die zur Verhaftung von Tschechen führen, auch von Tschechen stammen.[544]

Am Tag des deutschen Einmarschs in die Tschechei besetzen auch die Ungarn mit der Rest-Karpato-Ukraine einen Teil der auseinanderfallenden Tschechoslowakei. Doch anders als die Tschechen bei den Deutschen, leisten die Ruthenen den Ungarn militärisch Widerstand. Hier liegen, auch anders als im Falle des Protektorats, kein Vertrag und kein Einverständnis der Ruthenen vor - nicht einmal ein unter Druck erpresstes. Trotzdem reagieren Frankreich, Großbritannien, die USA und die Sowjetunion nicht auf die Annexion durch Ungarn. Der Protest der vier genannten Staaten richtet sich in diesen Tagen alleine gegen das Vorgehen der deutschen Reichsregierung. Die Karpato-Ukraine - nun Karpatalja genannt - bekommt nach der ungarischen Annexion einen gewissen autonomen Status im Rahmen des ungarischen Staates zugestanden. Das ist das Ende der ersten Tschechoslowakei.

Dass dieser Staat, 1945 noch einmal von denselben Siegern errichtet, 1993 ein zweites Mal zusammenbricht und damit endgültig erlischt, zeigt, dass schon der erste Versuch der Siegermächte 1918, ein solches Völkerkonvolut zu schaffen, ein schwerer Fehler war.

542 Kehrl, S. 164 ff.

543 In der Zahl sind enthalten je nach Schätzung bis zu 4700 nach dem Attentat auf Heydrich hingerichtete und anders umgekommene Tschechen und ca. 8000 assimilierte Juden mit tschechischer Identität. Das sind etwa zehn Prozent der in der Tschechei umgebrachten und umgekommenen Juden.

544 FAZ vom 30.8.1997 aus dem Buch „Hyeny“ von Jaroslav Pospisil.

## Die Garantie, die es nie gab

Mit der Rest-Tschechei-Besetzung begeht der „Führer“ Hitler ein Unrecht an den Tschechen, das im folgenden Absatz bewertet werden soll. Zuvor ein Blick auf einen Detailaspekt:

Die Franzosen bezeichnen die Besetzung der Rest-Tschechei von Anfang an als einen Bruch des Münchener Abkommens. Die deutsche Geschichtsschreibung hat diese Sicht der Dinge oftmals übernommen. Bis heute müssen viele deutsche höhere Schüler das so lernen. Im Schulgeschichtsbuch „Unsere Geschichte“, Band 4 von Diesterweg z. B. heißt es zur Tschechei-Besetzung: „Er (Hitler) hatte [...] den feierlich in München unterzeichneten Vertrag gebrochen.“[545] Der weitere Vorwurf, der Eingang in die Geschichtsschreibung gefunden hat, ist, dass Hitler mit der Besetzung auch die in München abgegebene Garantie für die neuen Grenzen der Tschechoslowakei verletzt hat. Wer den Vertrag und die Zusätze zu jener Garantie liest, stellt schnell fest, dass das nicht stimmt.

Zum ersten Vorwurf: Der Münchener Vertrag regelt in seinen acht Artikeln tatsächlich nur die „Bedingungen und Modalitäten“ der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete, als da sind: Zeitpunkte und Zonen für die etappenweise deutsche Besetzung, eine Volksbefragung, die Bildung eines internationalen Ausschusses für die endgültige Festlegung der Grenzen, das Optionsrecht für die betroffenen Gebietsbewohner und die Entlassung der Sudetendeutschen aus dem Polizei- und Militärdienst der Tschechoslowakei. Diese acht Artikel - allesamt zu deutschen Gunsten - hat Deutschland mit seiner späteren unrechtmäßigen Tschechei-Besetzung nicht verletzt, das Abkommen also nicht gebrochen.

Zum zweiten Vorwurf: Auch eine Garantie hat Deutschland nicht verletzt, weil es keine Garantie gegeben hat. Der „Zusatz Nr. 1 zum Münchener Abkommen“ zur **Garantie der neuen Grenzen** sieht, wie schon beschrieben, die vorherige Regelung der ungarischen und der polnischen Minderheitenfrage vor. Die Ungarnfrage ist am 2. November 1938 auf dem Wiener Schiedsgericht und damit auf internationaler Ebene geregelt worden. Die Polenfrage ist zwar bereits am Tag zuvor geregelt worden, jedoch in aller Stille. Am 1. November tauschen der polnische Botschafter in Prag Papee und der tschechoslowakische Außenminister Chvalkovsky zwei fast gleichlautende Briefe aus, in denen sie einen neuen Grenzverlauf zwischen beiden Staaten und damit einen Gebietsverzicht der Tschechoslowakei zugunsten Polens festlegen und gegenseitig bestätigen.[546] Dieser Notenwech-

545 Diesterweg, 1988, S. 123

546 Archiv MZV CR, Karton cislo 57, Briefe vom 1. Nov. 1938.

sei wird der deutschen Reichsregierung dann allerdings erst am 22. November mitgeteilt und am 28. November zugestellt.[547] Nun wäre Deutschland, wie ja auch England, Frankreich und Italien, in der Pflicht gewesen, die in München angekündigte Garantie für den Bestand und die Grenzen der Tschechoslowakei zu übernehmen. Doch dies geschieht nicht. Das ist der berechtigte Vorwurf, der Berlin genauso wie Rom, Paris und London trifft. Auch Großbritannien und Frankreich sprechen ihre Garantie nicht aus. Von einem „Bruch der Garantie" kann also keine Rede sein.

Der Nutzen einer Garantie für die neuen Grenzen der Tschechoslowakei ist um die Jahreswende 1938 auf 1939 umstritten. Keine der Nationen, die den Vertrag von München unterzeichnet haben, will in der Zeit danach zu ihrer Garantie-Ankündigung stehen und die Garantie der Unverletzbarkeit der neuen Grenzen wirklich geben. Jeder schiebt zunächst den anderen vor. Nach dem Wiener Schiedsspruch im November 1938 fordert die Regierung in Paris die in London auf, gemeinsam mit ihr **die neuen Grenzen** der um die ungarischen Gebiete verkleinerten Tschechoslowakei als endgültig **zu garantieren.** Die englische Regierung hatte ihre Bereitschaft zur Abgabe einer solchen Garantieerklärung ja nicht nur in München, sondern auch schon vorher in der gemeinsamen französisch-britischen Note vom 18. September 1938 an die tschechoslowakische Regierung erklärt, mit der die Tschechen zur Abtretung der Sudetenlande an Deutschland aufgefordert worden waren. Am 14. November lehnt der britische Premier Chamberlain den Vorschlag der Franzosen trotzdem ab.[548] Daraufhin nimmt auch die französische Regierung Abstand von einer solchen Garantie. Vom 11. bis zum 14. Januar 1939 befindet sich Chamberlain in Rom, um sich mit seinem Kollegen Mussolini über die Krisenherde in Europa auszutauschen. Dabei sind sich Chamberlain und Mussolini einig, dass die Verhältnisse in der Tschechoslowakei derzeit zu instabil seien, um die englische und die italienische Garantie, wie man sie in München angekündigt habe, praktisch umzusetzen.[549]

Trotz ihrer eigenen Bedenken fragen die britische und die französische Regierung am 8. Februar 1939 in Berlin an, ob die deutsche Reichsregierung nach der tschechisch-polnischen und der tschechisch-ungarischen Einigung nicht endlich die in Aussicht gestellte Garantie für die neuen Grenzen der Tschechoslowakei abgeben wolle. Doch auch der deutschen Reichsregierung erscheinen die derzeitigen Verhältnisse innerhalb der Tschechoslowakei so labil, dass sie einen Staat, der bereits von innen bröckelt, nicht von außen zementieren will. Vier Tage

547 PAAA, R 104137, Blätter 114 f.
548 Nicoll, S. 129
549 Nicoll, S. 126

nach Eingang der englisch-französische Anfrage zur ausstehenden deutschen Garantie reist der slowakische Politiker Prof. Tuka nach Berlin.[550] Tuka ist der Mann, der gerade achteinhalb Jahre „schweren Kerkers“ abgesessen hat, weil er 1929 die innere Autonomie der Slowakei gefordert hatte. Von fast neun Jahren Haft gezeichnet, verlangt er jetzt kompromisslos die Abtrennung der Slowakei von der Tschechei. Am 12. Februar 1939 empfängt Adolf Hitler Vojtech Tuka, und der spricht Klartext. Er trägt vor, dass „ein weiteres Zusammenleben mit den Tschechen für die Slowaken inzwischen seelisch und wirtschaftlich unmöglich“ geworden sei, und erklärt, dass er und seine Mitkämpfer nun entschlossen seien, eine unabhängige Slowakei zu schaffen.[551] Zwei Wochen nach der Tuka-Audienz, am 28. Februar, gibt die Reichsregierung den Regierungen in London und Paris eine Antwort auf ihre Anfragen vom 8. Februar in Bezug auf jene noch offene Garantie. Die Reichsregierung gibt in ihrer Antwortnote zu bedenken, dass internationale Garantien zu diesem Zeitpunkt die Regierung der Tschechoslowakei ermuntern könnte, die innerstaatlichen Probleme ihres Landes wieder mit härterer Hand zu regeln.[552] Dass diese Vermutung nicht daneben liegt, zeigen schon die nächsten vierzehn Tage. Am 6. März setzt die Prager Zentralregierung General Prchala ein zweites Mal als Innenminister in der Karpato-Ukraine ein, wo er als General und Chef des Innenressorts Herr über Militär und Polizei ist. Damit ist der ruthenische Ministerpräsident Woloschyn entmachtet. Außerdem löst die Prager Zentralregierung den frisch gewählten Landtag der Slowaken am 10. März wieder auf. So ist es nicht erstaunlich, dass die erwähnte Antwortnote der deutschen Reichsregierung vom 28. Februar mit dem Satz schließt:

> „Die Deutsche Reichsregierung glaubt daher, daß es notwendig ist, zunächst eine Klärung der innerstaatlichen Entwicklung der Tschechoslowakei und die sich dann daraus ergebenden Verbesserungen der Beziehungen dieses Landes zu den umliegenden Staaten abzuwarten, ehe der Zeitpunkt für eine weitere Stellungnahme gekommen ist.“[553]

Die Reichsregierung lehnt hier also eine deutsche Garantie für Bestand und Grenzen der im Zerfall begriffenen Tschechoslowakei vorläufig ab. Bei Licht besehen hat damit keine der vier in München vertretenen Regierungen nach der Konferenz von München ihre „Garantie für die neuen Grenzen der Tschechoslowakei“ gegeben; so lautet der entsprechende Passus in der Zusatznote 1. Die Franzosen und die Briten wollten es vielleicht und haben es dann nie getan. Sie hatten sich

550 Tuka wird nach Tiso von 1939-1944 Ministerpräsident der Slowakei.
551 ADAP, Serie D, Band IV, Dok. 168
552 PAAA, R 29934, Blatt 213567
553 PAAA, R 29934, Blatt 213568

am 19. September 1938 bei ihrer denkwürdigen Forderung an die Prager Regierung, die Sudetenlande abzutreten, nur **„bereit erklärt,** einer internationalen Garantie beizutreten“. In jenem „Zusatz Nr. 1 zum Münchener Abkommen“, der die Garantie betrifft, haben sie dann noch einmal unterschrieben, dass sie „zu ihrem Angebot vom 19. September 1938 stehen“. Somit haben sie schriftlich und vertraglich nie mehr als ihre Bereitschaft zu einer solchen Garantie ausgedrückt. Aus diesem Grund spricht Chamberlain am Tag des deutschen Einmarsches in die Rest-Tschechei vor dem Unterhaus in London auch von der Tschechoslowakei als von einem Staat, dessen Grenzen England „zu garantieren beabsichtigte“. Damit drückt er aus, dass England niemals eine Garantie der neuen Grenzen der Tschechoslowakei gegeben hat. Trotzdem schiebt die französische Regierung ein Jahr später in ihrem offiziellen Rechtfertigungs-Gelbbuch dem Deutschen Reich die alleinige Schuld für die ausgebliebenen Garantieerklärungen zu, indem sie die von deutscher Seite als Hinderungsgrund ins Feld geführte instabile innere Lage in der Tschechoslowakei rundheraus bestreiten lässt.[554]

Keine der vier Münchener Mächte hat die neuen Grenzen der Tschechoslowakei je garantiert, auch Deutschland nicht.

Der Vorwurf, der gegen die deutsche Reichsregierung nach der Tschechei-Besetzung in Bezug auf die Abkommen von München und Paris mit Recht erhoben werden muss, ist, dass Reichskanzler Hitler die zwei Konsultationsverträge mit Großbritannien und Frankreich nicht eingehalten hat. Er hatte den einen bei Premierminister Chamberlain in München persönlich unterschrieben. Den anderen hatte Außenminister von Ribbentrop noch im Dezember 1938 zusammen mit Außenminister Bonnet in Paris geschlossen. Hitler hätte nach den zwei Verträgen in der Tschechei, in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine nicht ohne vorherige Beratung mit der englischen und französischen Regierung agieren dürfen. Er tut es trotzdem, was sich später in der Danzig-Frage rächen wird.

554 Franz. Gelbbuch, Dok. 51

# TEIL 11

# DER ANLASS ZUM ZWEITEN WELTKRIEG

## Hitlers vermutliche Motive

## Die Reaktion des Auslands

# DER ANLASS ZUM ZWEITEN WELTKRIEG

## Hitlers vermutliche Motive

Mit der Annexion der Rest-Tschechei und ihrer Umwandlung zum „Protektorat Böhmen und Mähren“ hat Hitler einen weiteren unblutigen Sieg und Landerwerb errungen. Doch dies ist erstmals ein Gewinn außerhalb der bislang allgemein akzeptierten Legitimation, deutsche Bevölkerungsgruppen „heim ins Reich“ zu holen. Hitler versucht, der Annexion mit dem von Präsident Hächa unterschriebenen Protektoratsvertrag den Schein von Legitimität zu geben. Der Vertrag ist zwar im Sinne des Völkerrechts gültig, doch da erpresst, fehlt ihm, gleich dem zuvor erpressten Vertrag von Versailles, die moralische Verbindlichkeit.[555]

Trotz des Zusammenbruchs des Staatsgefüges der Tschechoslowakei sind die Annexionen der Rest-Tschechei und der Karpato-Ukraine ein Unrecht an Tschechen und Ruthenen. Sie stellen eine Missachtung deren Rechts auf eigene Selbstbestimmung dar, in jeweils einem eigenen Staat zu leben. Dass die Sieger von 1918 das gleiche Unrecht an den Sudetendeutschen, den Danzigern, den Memelländern, den Südtirolern und anderen begangen haben, rechtfertigt Hitlers Vorgehen gegen die Tschechen von 1939 nicht. Das Protektorat über die Tschechei ist und bleibt ein Unrecht, trotz der erpressten Hächa-Unterschrift unter den Protektoratsvertrag, auch wenn das Münchener Abkommen dadurch nicht gebrochen worden ist und selbst wenn Briten, Deutsche, Italiener und Franzosen nie eine Garantieerklärung für die Tschechoslowakei gegeben hatten. Das ist und bleibt auch so, obwohl Großbritannien zur selben Zeit das Gleiche mit Ägypten macht, und obwohl Frankreich Deutschland vielleicht doch „freie Hand im Osten“ zugestanden hat. Dieses Unrecht wäre im Frühjahr 1939 ein Grund für England, Frankreich, die USA und die Sowjetunion gewesen, Deutschland und Ungarn den Krieg zur Befreiung der Tschechen und Ruthenen zu erklären. Doch das ist nicht geschehen.

Hitler bricht mit der Besetzung der Tschechei außerdem sein oft gegebenes Wort. Er hatte in der Zeit davor bei mehreren Gelegenheiten feierlich und öffentlich verkündet: „Ich will gar keine Tschechen“ oder „Deutschland wird die Tschechoslowakei nach der Übergabe der Sudetengebiete in Ruhe lassen“ und Ähnliches

555 Die Unterschrift unter den Protektoratsvertrag wird mit der Androhung der Bombardierung Prags erpresst. Die Unterschrift unter den Versailler Vertrag ist mit der Androhung der Wiederaufnahme der Hungerblockade bzw. Seeblockade gegen Deutschland erpresst worden.

in gleichem Sinne. Nach der Konferenz von München hatte er Chamberlain sein Wort gegeben, in Zukunft auf Alleingänge in solchen Fragen zu verzichten. Er hatte dem britischen Premier mit Unterschrift versprochen:

> „auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg zu räumen.“

Zu guter Letzt hatte er im deutsch-französischen Vertrag vom 6. Dezember 1938 auch den Franzosen zugesagt,

> „in Zukunft alle bilateralen Fragen untereinander zu beraten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte“.

Doch schon vor der Selbstauflösung der maroden Tschechoslowakei lassen Hitler, von Ribbentrop und sein Staatssekretär von Weizsäcker Paris und London wissen, dass die Reichsregierung keine weiteren Einmischungen von dieser Seite in die noch möglichen Veränderungen in Mittelosteuropa wünscht - und dies trotz der zwei Konsultationsabkommen mit Großbritannien und Frankreich. Paris und London werten diese Abkommen jedoch als ihr Mitspracherecht in allen die Tschechoslowakei betreffenden Zukunftsfragen. Hitler aber legt die Texte wörtlich aus und stellt sich auf den Standpunkt, dass die Bitte der Slowaken um ein deutsches Protektorat eine ausschließlich deutsch-slowakische Angelegenheit gewesen sei und die Annexion der Karpato-Ukraine eine ausschließlich ungarische. Zur Rechtfertigung der Tschechei-Besetzung argumentiert Hitler im Nachhinein mit der Instabilität, die dieses Restgebilde in die Region getragen habe. Doch dieser Grund ist vorgeschoben. Als seine wahren Gründe muss man folgende vermuten:

Zum Ersten nimmt Hitler, der in Habsburg aufgewachsen ist, die Tschechen und die Tschechei offensichtlich nicht als völlig eigenständig wahr. Für ihn sind sie seit rund eintausend Jahren - bis auf die letzten 20 Jahre - Teil des Deutschen Reichs gewesen und wurden nur durch eine Bosheit des Vertrages von Saint-Germain vom Reich abgetrennt. Hitler denkt und handelt in dieser Frage so, wie es zu der Zeit durchaus üblich ist. Die Tschechen und die Polen zum Beispiel setzen 1918 mit haargenau der gleichen Argumentation in Saint-Germain und Versailles durch, dass eine Reihe von Gebieten wegen historischer Zugehörigkeiten ihren neuen Staaten zugeschlagen werden, obwohl auch da die so einverleibten Bevölkerungen weder Tschechen oder Polen sind und es offenkundig auch nicht werden wollen. Hitler drückt dieses Denken sechs Wochen nach der Annexion in einer Reichstagsrede aus, als er betont, dass das Großdeutsche Reich selbst

mit der Tschechei nur aus solchen Gebieten bestehe, die seit alten Zeiten schon dazugehörten.

Als Zweites hegt Hitler offensichtlich ein Gefühl der Rache für die Tschechen. Er hat nie vergessen, wie sie als staatsbeherrschende Nation mit den Sudetendeutschen in ihrem Lande umgegangen sind. Großmut, Vergeben und Vergessen gehören nicht zu Hitlers Eigenschaften und Gewohnheiten.

Der dritte Grund hängt direkt mit der Sicherheit des Reichs zusammen. Hitler kennt die Gefahr, die bisher von der Tschechoslowakei für Deutschland ausging. Er hat die Gespräche der Tschechen und Franzosen von 1936 nicht vergessen, bei denen Prag Paris die Waffenhilfe gegen Deutschlands „Rücken" angeboten hat. Er hat Kenntnis von den Einweisungsbesuchen sowjetischer Luftwaffenoffiziere auf den Flugplätzen in der Tschechoslowakei. Und er zitiert auch immer wieder den französischen Luftfahrtminister Cot, der noch im Vorjahr in einem Interview geäußert hat,

> „daß gemeinsame Angriffe der französischen und der tschechischen Luftwaffe sehr schnell alle deutschen Produktionsstätten vernichten könnten".[556]

Von Cot stammt auch das Schlagwort von der Tschechoslowakei als „Flugzeugträger" gegen Deutschland. Cots wiederholte Hinweise auf die tschechische Bedrohung in Deutschlands weicher Flanke finden Hitlers besondere Beachtung, weil der französische Luftfahrtminister zugleich für die französische Luftwaffe zuständig ist, und weil er seit Jahren mit der sowjetischen Führung gegen Deutschland kooperiert.[557] Schon 1918, nach dem Zusammenbruch Österreichs, hatte die damals neu formierte „Operative Luftschlachtflotte" Englands den Befehl gehabt, zum Erdkampf gegen Deutschland in der Tschechei aufzumarschieren.[558] Hitler will die Gefahr in Deutschlands Rücken nun für alle Zukunft bannen. Dazu reicht es ihm dann allerdings, die Tschechei zum Protektorat zu machen und bis auf 7000 Soldaten abzurüsten. Doch eine neutrale Tschechei mit nur noch kleinem Heer hätte er auch zum Preis der Garantie der Grenzen haben können.

Das vierte und wahrscheinlich stärkste Motiv hängt mit dem letztgenannten eng zusammen. Hitler glaubt wie in einer Zwangsvorstellung daran, dass es irgendwann in den nächsten Jahren zu einer neuen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Italien auf der einen Seite und den Kolonialmächten Großbri-

556 Interview von 14.7.1938 in *News Chronicle*

557 Pierre Cot arbeitet später in den USA als Spion für die Sowjetunion.

558 Geyr.S. 110

tannien und Frankreich auf der anderen kommen wird. Hitlers dahin gehende Gedanken, die er erstmals am 5. November 1937 und dann noch einmal am 28. Mai 1938 in Vorträgen vor dem Reichsaußenminister und den Spitzengenералen der Wehrmacht offenlegt, drehen sich im Kern um die Sicherstellung der Ernährung in kommenden Jahrzehnten für die in Deutschland weiterwachsende Bevölkerung. Hitler mahnt in beiden Reden die Rückgabe der von England und Frankreich 1918 annektierten Kolonien oder Ersatz dafür in Osteuropa an. Er sieht als Folge dessen einen neuen Krieg mit den genannten Weltkriegssiegerstaaten als höchst wahrscheinlich an und fürchtet deshalb die militärisch starke Tschechoslowakei als potenziellen Feind im Gegnerlager.

Ganz ähnlich, wenn auch in die andere Himmelsrichtung, argumentiert Hitler in einem Gespräch am 21. Mai 1938, als er Generaloberst Keitel den Auftrag gibt, die Möglichkeiten eines Krieges gegen die Tschechoslowakei zu untersuchen. Er spricht dabei von der „unhaltbaren Lage, [...] wenn es einmal zu einer Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus kommt“, und bezeichnet die Tschechoslowakei in diesem Zusammenhang als „Sprungbrett für die Rote Armee und Landeplatz für deren Luftwaffe“.[559] Ob sich Hitlers Befürchtungen nun auf Großbritannien und Frankreich im Westen oder auf die Sowjetunion im Osten beziehen, für ihn ist die Tschechoslowakei mit ihren 42 Heeresdivisionen und einer respektablen Luftwaffe stets ein potenzieller Gegner nur 40 Flugminuten von Berlin. So wird die Tschechei der erste Verlierer eines großen Krieges, der noch gar nicht ausgebrochen ist.

Ein fünfter Punkt darf nicht vergessen werden: Er hat Hitler zwar nicht zur Annexion der Rest-Tschechei bewogen, doch ihm den Entschluss dazu erleichtert. Das ist seine falsche Einschätzung der Briten und Franzosen. Die falsche Interpretation Ribbentrops der Pariser Gespräche vom 6. und 7. Dezember 1938 verbunden mit dem Irrtum, die Franzosen hätten Deutschland „freie Hand in Osteuropa“ zugesagt, wenn dieses seinerseits die Italiener in ihren territorialen Forderungen bremse, entheben Hitler offensichtlich aller Vorsicht. Dazu kommen eine Reihe deutsch-britischer Botschaftergespräche, in denen die deutsche Seite den Eindruck gewinnt, die englische Regierung würde „ein deutsches Interesse am tschechischen Raum“ anerkennen.[560]

Der Politiker Hitler nutzt mit der Überrumpelung von Präsident Hächa und der Annexion seines Restgebiets taktisch und kurzfristig die Gelegenheit, die sich ihm mit dem Zerfall der Tschechoslowakei fast wie von selbst bietet. Doch mit diesem

559 Keitel, S. 222
560 AA 1939, Nr. 2, Dok. 258

wohlfeilen Erfolg verpasst er zugleich die andere, die strategische und langfristige Möglichkeit, die ihm die Notlage der Tschechen und das Entgegenkommen Hächas wahrscheinlich auch geboten hätte. Hitler hätte mit großer Sicherheit in jener Nacht vom 14. auf den 15. März 1939 eine „ideelle Annexion" mit Friedens- und Freundschaftsvertrag haben können, mit Wirtschafts- und Zollunion, mit Abrüstung der tschechischen Armee und dem Versprechen, die Außenpolitik der Tschechei in Zukunft mit der des Deutschen Reiches abzustimmen. Doch Hitler verpasst die Chance, die ihm hier gegeben wird.

Adolf Hitler hat, soweit es die Annexion der Tschechei betrifft, sicher keinen Krieg um des Krieges willen angestrebt. Aber seit seiner Rede vor einer Gruppe höchster Wehrmachtsgenerale im November 1937 ist bekannt, dass er die Tschechei gemeinsam mit Deutsch-Österreich zum Teil des Deutschen Reiches machen will. Und dazu ist er offensichtlich die ganze Zeit bereit gewesen, auch einen Krieg zu führen. Es ist beachtenswert, dass Hitler schon im November 1937 nur von der Tschechei spricht, als er den Generalen seine Absicht offenlegt, und nicht von der Tschechoslowakei. Er will - das lässt sich daraus schließen - das alte Deutsche Reich der letzten tausend Jahre wieder zu einem Staat zusammenfügen. Und zu diesem Reich gehörten weder Slowaken noch Ruthenen. Die Angliederung der Sudetengebiete ist Hitler in Verfolgung dieser Absicht nur ein Zwischenziel gewesen. Doch der Kampf um dieses Zwischenziel war dem Ausland und den deutschen Bürgern ein legitimes Handeln. Es war der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Sudetendeutschen. Die zwangsweise Rückführung der Tschechen in „ihr Altreich" dagegen stößt in Deutschland auf Befremden und führt im Ausland zu Empörung. Der „Führer" begeht mit der Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Tschechen ein schweres Unrecht. Er bricht dabei sein so oft gegebenes Wort, die Tschechei nicht anzurühren. Mit diesem Wortbruch verspielt Hitler den Kredit, den er bis dahin noch in Frankreich, England und den USA genossen hat. Was für Deutschland ungleich schlimmer ist: Hitlers Böhmen- und Mähren-Unterwerfung, dieser überflüssige Gewaltakt, lässt bei den Regierungen der drei genannten Länder die Absicht reifen, mit Deutschland bei nächstpassender Gelegenheit einen weiteren Krieg zu führen. Diese Annexion der Rest-Tschechei ist hierzu der Anlass. Die Polen sind Briten und Franzosen im nächsten Akt des Dramas ein sehr willkommener Partner, um Deutschland in der längst überfälligen Danzig-Frage und beim Schutz der deutschen Minderheit in Polen vor die unheilvolle Wahl zu stellen, Verzicht zu leisten oder Krieg zu führen, und den dann auch noch zu eröffnen.

## Die Reaktion des Auslands

Die Reaktionen des Auslands auf den Einmarsch der Wehrmacht in die Rest-Tschechei sind für das Deutsche Reich fatal. England lässt zwar erst die Tschechen fallen, doch dann braust es in Entrüstung gegen Deutschland auf. Am 15. März, dem Tag des Zusammenbruchs der Tschechoslowakei, dem Tag, an dem Präsident Hächa Hitler aufsucht, zieht die englische Regierung zunächst ihr Münchener Schutzversprechen von der Tschechoslowakei zurück. Premier Chamberlain verkündet an diesem Nachmittag vor dem Unterhaus in London:

> „Unserer Ansicht nach hat sich die Lage von Grund auf geändert, seit der Slowakische Landtag die Unabhängigkeit der Slowakei erklärt hat. Diese Erklärung hatte die Wirkung, daß der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so sein Ende fand. Demgemäß hat die Sachlage [...] die wir schon immer als nur vorübergehend ansahen, aufgehört zu bestehen. Seiner Majestät Regierung kann sich infolgedessen nicht mehr länger an diese Verpflichtung gebunden fühlen.“[561]

Damit baut sich die englische Regierung eine Argumentation zu eigenem Nutzen auf, die sie für Deutschland so nicht gelten lassen will. Als sich die deutsche Reichsregierung ebenfalls darauf beruft, dass es die auf der Münchener Konferenz mit neuen Grenzen versehene Tschechoslowakei seit dem 14. März 1939 nicht mehr gebe und dass der Einmarsch deutscher Truppen in die Rest-Tschechei folglich kein Verstoß gegen Geist oder Buchstaben des Münchener Vertrages sein kann, sieht das die englische Regierung plötzlich anders.[562] Sie wirft der Reichsregierung fortan den Bruch des Münchener Abkommens vor.

Am Morgen nach der Chamberlain-Erklärung, die das Schutzversprechen aufhebt, erfährt man in London vom Hitler-Hächa-Protektoratsvertrag und vom deutschen Einmarsch in die Rest-Tschechei. Die Empörung über beides ist in Parlament und Presse so gewaltig, dass Premier Chamberlain sofort wieder Partei für die Tschechei ergreift. Am Tag danach, am 17. März, hält er in Birmingham eine zweite Rede, mit der er seiner bisherigen Verständigungspolitik mit dem Deutschen Reich ein Ende setzt. Um seine Politik von gestern noch einmal ins rechte Licht zu rücken, beginnt er seine neue Rede mit einer Beschreibung der alten Tschechoslowakei vor der Abtretung der Sudetenlande. Er bezeichnet sie als

561 Benoist-Mechin, Band VII, S. 82
562 AA 1939, Nr. 2, S. VIII

> „ein Problem, das seit dem Vertrag von Versailles bestanden hat, und das schon längst hätte gelöst werden können, wenn bloß die Staatsmänner der letzten 20 Jahre eine umfassendere und aufgeklärtere Auffassung von ihrer Pflicht gehabt hätten. Es war wie eine lange vernachlässigte Krankheit geworden. Da half nur noch ein chirurgischer Eingriff, um den Patient zu retten“.[563]

Nach diesem Rückblick wechselt Chamberlain das Thema zu dem „stolzen und tapferen Volk der Tschechen“, ohne daran zu erinnern, dass es genau diese „stolzen und tapferen“ Tschechen gewesen sind, die die soeben noch beklagte „vernachlässigte Krankheit“ angerichtet haben. Chamberlain rügt zu Recht, dass Hitler, der vor Kurzem noch beteuert hat, „er wolle keine Tschechen“, diese nun dem Deutschen Reiche angegliedert hat. Dann schlägt der englische Premier - rhetorisch meisterhaft - eine Gedankenbrücke von der deutschen Rheinlandbesetzung 1936 über den Anschluss Österreichs und der Sudetengebiete 1938, die Annexion der Tschechei 1939 hin zu einer ungewissen Zukunft, zu der er fragt, ob Deutschland dann anstrebe, den Globus zu beherrschen. Mit dieser Wendung seiner Rede wirft Chamberlain der bisher akzeptierten Politik unter der Devise „heim ins Reich“ vor, offensichtlich nur der lange Anlauf zur deutschen Weltherrschaft zu sein. Von nun an, das sei hier angemerkt, bedienen sich Politik und Propaganda aller späteren Gegner Deutschlands dieser einprägsamen Formel, die man schon im Ersten Weltkrieg verwendet hatte. Das Gespenst von der deutschen Weltherrschaft beginnt umherzugeistern, noch ehe Hitler dem Gedanken nähertritt, mit dem Nachbarn Polen wegen Danzig Krieg zu führen.[564]

Zurück zu Chamberlain und seiner zweiten Birminghamer Rede: Der englische Premier hatte Hitler in Berchtesgaden, Godesberg und München dreimal die Hand gereicht, und Hitler hatte ihm in München einen Konsultationsvertrag und damit ein Versprechen unterschrieben. Chamberlain war dann mit seiner triumphalen Rückkehr aus München und dem Ruf *„Peace for our time'* auf dem Gipfel seiner Popularität in England angelangt. Nicht einmal ein halbes Jahr danach bricht Hitler sein Versprechen, zukünftig Fragen von gemeinsamem deutsch-britischen Interesse mit Chamberlain zu beraten, stattdessen lässt er die Rest-Tschechei in einer Blitz-Aktion besetzen. Hitler stürzt den englischen Premierminister damit in die innenpolitisch wohl schwierigste Lage, die der je durchzustehen hatte. So hat Chamberlain nun eine persönliche Rechnung mit Hitler zu begleichen. Er wirft Hitler in seiner Birminghamer Rede mit Fug und

563 British War Bluebook, Doc. 9

564 Hitlers erster Befehl an die Wehrmachtsführung, einen Krieg gegen Polen vorzubereiten, ergeht am 3. April 1939, elf Tage nach der polnischen Teilmobilmachung gegen Deutschland.

Recht vor, in der Tschechei das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verletzen, auf das sich Hitler bisher stets selbst berufen hatte. Chamberlain schließt seine Rede mit der Warnung, Englands Friedenssehnsucht nicht mit Kraftlosigkeit zu verwechseln. Großbritannien, so sagt er, sei bereit, einen Krieg „als Herausforderung bis zur Erschöpfung seiner Kraft anzunehmen“[565].

Mit der Besetzung der Tschechei vom 15. März 1939 und der Chamberlain-Rede vom 17. sind England und das Deutsche Reich erneut auf Kollisionskurs. Chamberlain hat objektiv zwar Recht mit seinen Vorwürfen vom Vertrauensbruch und von der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Tschechen, doch dabei die Friedenssehnsucht Englands zu erwähnen, ist pure Heuchelei. Das kurz vorher errichtete Protektorat der Briten über den seit 1922 souveränen Staat „Ägypten und Sudan“ zum Beispiel ist nichts anderes als das deutsche über die Tschechei. 1924 bittet die ägyptische Regierung die englische vergeblich, ihre Truppen abzuziehen. 1925 erzwingt England die Trennung der zwei Staatsteile Ägypten und Sudan. 1926 blockieren die Briten die Wiederwahl von Ägyptens Regierungschef Saghlul Pascha und 1928 setzen sie erneut den Regierungschef - diesmal Nahas Pascha - von seinem Amt ab. 1936 schließlich drückt England Ägypten wegen angeblicher Bedrohung durch Italien ein Protektorat auf - mit Truppenstationierung, Liegeplätzen für die englische Marine und dem Recht, englische Interessen auf ägyptischem Territorium zu verteidigen. England ist mit diesem 1939 noch jungen Zwangsprotektorat über das souveräne Ägypten kaum die moralische Instanz, die sich im Falle der Tschechei zum Richter über Deutschland aufschwingen dürfte. Es hat in dieser Hinsicht zu oft selbst gesündigt. Doch die englische Regierung, die sich weder an den Friedensbrüchen Frankreichs gegenüber Deutschland in den Jahren 1923 und 1925 stört noch an den vier Eroberungen der Polen in ihren Nachbarländern 1920, 1921 und 1938, nicht an der Memel-Annexion der Litauer 1923 und auch nicht an der gerade erst erfolgten Annexion der Karpato-Ukraine durch die Ungarn - diese englische Regierung reagiert im Falle der Tschechei-Besetzung ausgesprochen empfindlich gegenüber Deutschland. Hier stehen in Wahrheit nicht nur Hitlers gebrochene Versprechen auf der Tagesordnung und auch nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen. Hier geht es ebenso um das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent und um ein noch schlummerndes deutsch-britisches Problem, die früheren deutschen Kolonien.

Das Deutsche Reich ist mit dem Protektorat Tschechei ein Stück zu stark geworden. Das widerspricht dem jahrhundertealten Prinzip der englischen Außenpolitik, keine Vormacht auf dem Kontinent zu dulden. Der englische Oppositionsfüh-

565 British War Bluebook, Doc. 9

rer Churchill hat das schon ein Jahr zuvor beim Besuch des Außenministers von Ribbentrop konkret so ausgedrückt, als er dem Gast aus Deutschland sagte:

> „Wenn Deutschland zu mächtig wird, werden wir es wieder vernichten.“[566]

Hitlers rücksichtsloses Vorgehen gegenüber der Tschechei hat Kräfte auf den Plan gerufen, denen Deutschland - wie die nächsten Jahre zeigen - nicht gewachsen ist.

England hätte hier zum Schutz der Tschechen und zur Strafe für gebrochene Versprechen einen Grund gehabt, gegen Deutschland Krieg zu führen. Doch die Londoner Regierung fühlt sich trotz ihrer grandiosen Überlegenheit zur See, selbst im Verein mit der Land- und Luftmacht Frankreich, trotz der ihr angebotenen 30 Sowjet-Divisionen und mit den Heeresdivisionen, die die Tschechen selbst zum Schutze ihres Landes stellen können, noch nicht stark genug für einen Waffengang gerüstet. So erklärt sie den Tschechen, dass das Schutzversprechen von München nicht mehr gilt und lässt den Kriegsanlass ungenutzt verstreichen. Damit gilt wieder Friedenspflicht.

Gäbe es nach verstrichenen Kriegsanlässen und Kriegsgründen keine solche Friedenspflicht, dann hätte auch das Deutsche Reich jederzeit das Recht gehabt, nach dem aufgezwungenen Versailler Vertrag bei günstiger Gelegenheit von sich aus neue Kriege zur Tilgung des erlittenen Unrechts anzuzetteln. Dass England genau wie Frankreich nach dem Verstreichenlassen dieses Kriegsanlasses nun in englisch-polnischen und in französisch-polnischen Geheimgesprächen die Weichen für einen deutsch-polnischen Konflikt um Danzig stellt, ist mit der Tschechei nicht mehr zu rechtfertigen. Es ist ein eigener Anlauf, um mit der Hilfe Polens nach erfolgter eigener Aufrüstung doch noch zu einem Kriege mit dem Deutschen Reich zu kommen.

Auch weitere Länder lehnen die Angliederung der Tschechei als Protektorat an Deutschland ab, jedes auf seine ganz bestimmte Weise. Frankreich legt Protest in Deutschland ein und beginnt sehr bald, Fühler nach Polen und nach Russland auszustrecken, um sich mit Warschau und mit Moskau für einen Krieg gegen Deutschland abzustimmen, ein Krieg, der bis zu diesem Zeitpunkt bei der deutschen Reichsregierung noch gar nicht auf der Tagesordnung steht. Polen, bisher Komplize Deutschlands bei der Zerteilung der Tschechoslowakei, wechselt schnell die Seite und beginnt die schon erwähnten Geheimgespräche in Paris und London. Es sind offensichtlich viele Gründe, die die Warschauer Regierung hierzu bewegen. Zum Ersten die Gelegenheit, mit diesem Schritt dem Berliner Drängen

566 v. Ribbentrop, S. 97

auf einen Anschluss Danzigs an Deutschland zu entkommen. Zum Zweiten die Enttäuschung darüber, dass Hitler die polnische Regierung nicht auch nach München eingeladen hat. Zum Dritten die Verärgerung, dass Wehrmachtsteile bei Mährisch-Ostrau vor dem deutschen Einmarsch verhindert haben, dass die Polen dort zuerst einmarschieren.[567] Und zum Vierten, dass Deutschland einen Schutzvertrag mit der Slowakei geschlossen hat, ohne Warschau in die Regelung der slowakischen Zukunft mit einzubeziehen. Es ist mit München das zweite Mal, dass sich die polnische Regierung von der deutschen übergangen fühlt.

Auch die Sowjetunion zeigt Flagge. Sie verurteilt den deutschen Einmarsch und vertritt die Rechtsauffassung, dass die Hitler-Hächa-Übereinkunft verfassungswidrig sei, weil sie ohne die Zustimmung des Parlaments in Prag getroffen worden ist. Doch auch in Moskau geht es mehr um Macht und Vorteil als um Moral und Recht. So erhebt die sowjetische Regierung keinerlei Einwände gegen die gleichzeitige Annexion der Karpato-Ukraine durch die Ungarn. Dies kleine Stückchen tschechoslowakischer Ukraine ist Moskau als Basis einer gesamtukrainischen Bewegung stets ein Ärgernis gewesen. Moskaus Außenminister Litwinow nimmt die Eroberung der Karpato-Ukraine deshalb, wie berichtet, auch mit „unverhohlener Befriedigung“ zur Kenntnis.[568]

So haben alle Nachbarstaaten der Tschechoslowakei - und nicht nur Deutschland - die Auflösung dieses Kunstprodukts von Saint-Germain gewollt. So haben auch alle Signatarmächte von München - und nicht nur Deutschland - nie eine Garantie für den Bestand der Tschechoslowakei gegeben, und so haben alle Verbündeten die Tschechoslowakei im Stich gelassen, als sie in Bedrängnis kam. Nur die Sowjetunion hätte offensichtlich gern geholfen.

Auch die USA, die in Saint-Germain einer der Konstrukteure des Problemstaats Tschechoslowakei gewesen sind, die dort ein paar Volksgruppen gegen ihr nationales Selbstbestimmungsrecht und gegen ihren Willen den Tschechen und Slowaken zugeschlagen haben, reagieren nun empört auf das deutsche Vergehen am Selbstbestimmungsrecht der Tschechen. US-Präsident Roosevelt verfügt innerhalb nur weniger Tage, die Zölle auf deutsche Waren anzuheben, eine Novelle zur Revision der amerikanischen Neutralität in den Kongress einzubringen und die englische Marine massiv durch die amerikanische zu entlasten. Außerdem schickt Roosevelt bemerkenswerte Briefe an Hitler und an Mussolini, „aus Sorge für all die anderen Völker der ganzen westlichen Hemisphäre“ - wie es in der Briefeinleitung heißt. Er fordert Hitler und Mussolini in den Briefen auf, ihm zu versprechen, 31 namentlich genannte Staaten bis hin zu Syrien und Persien in

567 Siehe die bereits erwähnte Wehrmachtsaktion am 14. März 1939.

568 ADAP, Serie D, Band VI, Dok. 51

den nächsten 10 oder besser 25 Jahren nicht anzugreifen.[569] Roosevelt lässt die Briefe an die Presse weiterleiten, noch ehe sie Hitler und Mussolini ausgehändigt werden; ein offensichtlicher Versuch, die 31 genannten Staaten medienwirksam unter den Schutz der USA zu rufen und sich selber in Europa wieder ins Gespräch zu bringen. Hitler nutzt den diplomatisch plumpen Akt des Präsidenten und lässt die angesprochenen Staaten außer der Sowjetunion, Polen, England, Frankreich und die von diesen Mächten besetzten Länder fragen, ob sie sich von Deutschland bedroht fühlten und ob sie die USA um ihren Schutz gebeten hätten. Die befragten Staaten antworten allesamt zweimal mit „nein". Ein diplomatischer Triumph für Hitler, ein ebensolcher Reinfall für den Präsidenten der USA. Hitler zahlt Roosevelt die vorzeitige Veröffentlichung des Briefes mit der Öffentlichkeit seiner Antwort heim, indem er den Brief mit einer im Rundfunk übertragenen Reichstagsrede erwidert.[570] Er verweist auf die Antworten der angeblich bedrohten Staaten und sagt zu der im Brief von Roosevelt beschworenen Kriegsfurcht der genannten Völker:

> „So sind zum Beispiel nach dem Friedensschluß von Versailles vom Jahre 1919 bis 1938 allein vierzehn Kriege geführt worden, an denen Deutschland allerdings in keinem Fall beteiligt war, wohl aber Staaten der westlichen Halbkugel, in deren Namen der Herr Präsident Roosevelt ebenfalls das Wort ergreift. Dazu kommen aber noch im selben Zeitraum 26 gewaltsame Interventionen und mit blutiger Gewalt durchgeführte Sanktionen. Auch daran ist Deutschland gänzlich unbeteiligt gewesen."

Wie zum Spott schließt Hitler noch die Frage an, warum er auch die Sicherheit der Republik Irland garantieren solle, wo sich doch der irische Ministerpräsident de Valera gerade öffentlich darüber beklagt habe, dass sein Land unter den fortwährenden Aggressionen Englands zu leiden habe.

> „Wie kommt aber", so fährt Hitler an späterer Stelle seiner Rede fort, „Herr Präsident Roosevelt dazu, gerade dem deutschen Staatsoberhaupt zuzumuten, ihm eine Erklärung abzugeben, ohne daß nicht auch die anderen Regierungen diese Erklärung ihrer Politik abzugeben eingeladen werden? [...] Dann würde [...] mit demselben Recht auch von unserer Seite an den Herrn Präsidenten der amerikanischen Republik die Frage gerichtet werden können, welche Ziele denn die amerikanische Außenpolitik ihrerseits verfolge, und welche Absichten denn dieser Politik zugrunde liegen, sagen wir zum Beispiel den mittel- und südamerikanischen Staaten gegenüber. Herr Roosevelt wird sich in diesem Falle sicherlich auf die Monroe-Doktrin berufen und eine solche Forderung als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten

569 Roosevelt-Note vom 14.4.1939, siehe ADAP, Serie D, Band VI, Dok. 200

570 Reichtagsrede vom 28.4.1939, siehe Domarus, Band II, S. 1166 ff.

> des amerikanischen Kontinents ablehnen. Genau die gleiche Doktrin vertreten wir Deutsche nun für Europa, auf alle Fälle aber für den Bereich und für die Belange des Großdeutschen Reiches.“

Abgesehen von Roosevelts Irland-Schnitzer zählt der Präsident auch Länder auf, die noch immer Kolonien sind. Das demaskiert die Floskel von der „Sorge“ um die Völker.

Die Annexion der Tschechei tut Hitler auch in dieser Reichstagsrede damit ab, dass er mit ihr nur einen Zustand wiederhergestellt habe, der auch schon vorher fast ein Jahrtausend so bestanden hat. Diese selbstbewusste Antwortrede mag vielen deutschen Zuhörern im April 1939 noch gefallen haben, doch sie ist ein billiger Triumph. Sie ist - und das wiegt ungleich schwerer - auch eine Abfuhr, die Roosevelt Hitler nicht vergessen wird.

Hitler selbst verbucht die Angliederung Böhmens und Mährens als einen persönlichen Erfolg von geschichtlicher Bedeutung, besonders da ihm dies als Schachzug ohne Krieg gelungen ist. Die Konsequenzen, die er aus dem letztgenannten Umstand zieht, sind allerdings fatal. Er wertet das Nichtstun der Regierungen in London, Moskau und Paris als Zeichen von Schwäche und deren Unvermögen, sich zu einer Abwehr aufzuraffen. Dass er diesem Irrtum verfallen musste, liegt auf der Hand. Die Botschafter Francois-Poncet und Henderson hatten das militärische Eingreifen Frankreichs und Großbritanniens wiederholte Male angedroht, ohne dass etwas geschah. In dem halben Jahr, das folgt, wird Hitler bei den Verhandlungen um die Heimkehr Danzigs genau über diesen seinen Irrtum stolpern.

Hitlers Fehleinschätzung bezieht sich auch auf den inneren Zirkel seiner außenpolitischen Berater. Der frühere Außenminister von Neurath und Minister Göring raten Hitler von der Tschechei-Besetzung ab und sagen ihm voraus, dass die Weltkriegssiegermächte militärisch reagieren werden. Beide irren. Reichsaußenminister von Ribbentrop dagegen sagt vorher, dass Briten und Franzosen trotz ihrer Drohungen nicht handeln werden. Von Ribbentrop liegt mit seinem schlechten Rat in diesem Falle „richtig“, was seine Stellung bei Hitler auf fatale Weise stärkt. Ein halbes Jahr danach im Streit mit Polen berät von Ribbentrop den „Führer“ ein zweites Mal in gleicher Weise. Seine Vorhersagen in Bezug auf die Reaktionen aus Paris und London erweisen sich dieses Mal jedoch als falsch, und aus dem Streit mit Polen wird binnen dreier Tage auch ein Krieg mit Frankreich und mit Großbritannien.

So fügt sich hier eine Reihe von Faktoren zu einer unheilvollen Kette, die geradewegs zum Zweiten Weltkrieg führt und damit in den Untergang des Deutschen

Reiches mündet. Diese Faktoren sind Hitlers Fehleinschätzung der Briten und Franzosen, das Verprellen der Regierungen in London und Paris, der Lagerwechsel Polens und nicht zuletzt die Tatsache, dass Hitler dem Außenminister von Ribbentrop mehr strategische Kompetenz zutraut als seinen Generalen. Die Besetzung der Tschechei als Anschub für die weitere Entwicklung geht ganz allein auf Hitlers Rechnung.

# TEIL 12
# SCHLUSSBETRACHTUNG

**Die „Großwetterlage“**

**Die Rolle der Siegermächte**

**Die Rolle der Tschechen**

**Die Rolle der Slowaken**

**Die Rolle der Sudetendeutschen**

**Die Rolle des Deutschen Reiches**

# SCHLUSSBETRACHTUNG

Am Entstehen und Zerfall der Tschechoslowakei zeigen sich wie unter einem Brennglas die Dynamik und das Drama der europäischen Geschichte in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Die Tschechoslowakei ist das kurzlebige Ergebnis der Wirren dieser Zeit.

## Die „Großwetterlage“

Im Kampf um territoriale und wirtschaftliche Interessen und letztlich um die Vorherrschaft in Europa entsteht der Erste Weltkrieg. Zwei der bis dahin großen und vitalen Mächte, das Deutsche Reich und Habsburg, unterliegen. Statt den Konflikt, der zum Kriege geführt hat, einvernehmlich aus der Welt zu schaffen und Europa langfristig zu befrieden, wird kein Friede ausgehandelt, sondern den Verlierern eine Nachkriegsordnung aufgezwungen, die den Namen „Ordnung“ nicht verdient. Die Sieger bedienen sich dabei vieler zweifelhafter Mittel. Sie halten die Bedingungen nicht ein, die sie den Verlierern vor dem Waffenstillstand zugesichert hatten. Sie handeln keinen Frieden aus, sondern sie diktieren eine Unterwerfung. Sie zerschlagen Österreich und Ungarn, ohne dabei das vom US-Präsidenten Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker zu beachten.[571] Und sie schlagen deutsche, österreichische und ungarische Bevölkerungsteile neu geschaffenen Staaten zu, die damit fast zwangsläufig früher oder später zu Gegnern Deutschlands, Österreichs und Ungarns werden müssen. Einer dieser neu geschaffenen Staaten ist die Tschechoslowakei. Die Siegermächte greifen damit zu Methoden, die Hitler 20 Jahre später übernimmt. Er schafft vollendete Tatsachen, wo die Machtverhältnisse es erlauben. Er diktiert, wo ihm kein Widerstand entgegentritt, und er bricht sein Wort.

## Die Rolle der Siegermächte

1919 bringen alle Sieger ihre Kriegsgewinne heim, die einen deutsche, österreichische und ungarische Grenzgebiete, die anderen deutsche Kolonien und die dritten deutsche und österreichische Industriepatente und Reparationen. Das ist aber nur ein Stein im Mosaik. Ein anderer ist der Umgang mit den Verbündeten und mit den Gegnern. Die drei Siegerstaaten Frankreich, England und die USA befreien nach dem Kriege zwar die Polen und die Tschechen, indem sie ihnen

571 Genauso wird das Osmanische Reich restlos zerschlagen.

neue Staaten schaffen, und die Serben, denen sie zum Sieg verhelfen, doch sie berauben dafür zehn andere Völker und Volksteile ihrer Freiheit und zwingen sie gegen ihren Willen unter fremde Herrschaft. Diese Neueinteilung der Staaten in Europa schließt zudem auch zwei Jahrzehnte ab, in denen Großbritannien und Frankreich mehrfach Länder durch Vertragsbruch oder Krieg erworben hatten. So bemühen sich nun beide Staaten darum, ihre Eroberungsgewinne aus dem Kriege und den zwei Jahrzehnten davor abzusichern und dazu den neuen *Status quo* zu zementieren. Die Sicherung der Landgewinne ist nur möglich, wenn der *Status quo* von nun an völkerrechtlich Anerkennung findet, und Eroberungen wie die britischen und französischen der letzten 20 Jahre von Marokko bis Transvaal[572] in Zukunft international geächtet werden. So werden diese beiden Siegermächte nach dem Kriege zu entschiedenen Vertretern der Unverletzbarkeit der Grenzen. Mit ihrer von nun an konsequenten Politik des *Status quo* versäumen es die Siegermächte allerdings, die selbstgeschaffenen Störfaktoren eines dauerhaften Friedens in Europa selbst aus dem Weg zu schaffen, solange sie noch dazu in der Lage sind. So lassen sie die Memel-Frage schleifen, das Danzig-Korridor-Problem bestehen und die Abrüstungsfragen ungelöst. Sie nehmen Österreichs Anschlusswillen nicht zur Kenntnis, und sie tolerieren Frankreichs Anspruch, dass Deutschland auf Dauer militärisch unterlegen bleibt. Sie ignorieren die Minderheiten-Nöte in Polen, in Frankreich, Norditalien, in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei.

Die Sieger von 1919 bereiten so den Boden, auf dem die Tschechen, die Polen und die Serben ihre Herrschaft errichten und erhalten können. Sie schaffen das Klima, in dem Millionen von Menschen der nationalen Minderheiten in Polen, der Tschechoslowakei bis hin nach Jugoslawien von der Hoffnung beseelt sind, dass ihnen eines Tages eine politische Veränderung die nationale Freiheit bringen möge. Und sie bereiten damit Adolf Hitler das Feld, auf dem er säen und zunächst auch ungehindert ernten kann. Als die Zeit für einen Wandel in Europa mehr als reif ist, verweigern sich Engländer und Franzosen ihrer Aufgabe, den Wandel friedlich zu gestalten. Sie lassen sich von Hitler treiben. Schon als ab 1927 die deutschen Reichsregierungen versuchen, die Verteidigungsfähigkeit ihres Landes in Maßen auf dem Verhandlungswege zu erstreiten, und als sich 1931 die österreichische und die deutsche Regierung um eine Zollunion bemühen, stören die Deutschen damit das, was für die Siegermächte „Friede“ ist. Selbst der moderate Start der Hitler-Regierung mit ihren sieben Genfer Vorschlägen zur Rüstungsbegrenzung ändert daran nichts. Die Veränderungen des *Status quo*, die von der deutschen Seite vorgeschlagen werden, sind tendenziell Brüche des

572 Landesteil der Republik Südafrika

Versailler Friedens. Daneben zeigt sich, dass Hitler jeder mäßigende Schritt als Schwäche ausgelegt wird. Das erste Beispiel dazu ist sein Vorschlag, die Tumulte vor der Saarabstimmung 1935 durch Verzicht auf einen Urnengang und einen Freundschaftsvertrag mit Frankreich zu beenden, der die augenblicklichen Rechte der Franzosen im Saarbergbau als Dauerlösung festschreibt. Hitlers Misserfolge am Verhandlungstisch stehen im deutlichen Kontrast zu den Erfolgen, die er mit Handstreich oder Drohung durchsetzt, und „erziehen“ so den Diktator, sich fortan der letzteren Methoden zu bedienen. Chamberlains und Daladiers „Ringen um den Frieden“ in München ist vor allem die von Hitler erpresste Bereinigung der Schuld der Sieger am Los der nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei. Wenn Großbritannien und Frankreich schon zu der Zeit militärisch kriegsbereit gewesen wären, wäre der Zweite Weltkrieg vermutlich schon 1938 ausgebrochen. Chamberlain hätte sein beharrliches und ehrliches Bemühen um den Frieden und die Lösung der Sudetenkrise wohl nicht gegen die Kriegspartei daheim in England durchhalten können, wenn Englands Aufrüstung schon fortgeschrittener gewesen wäre.

## Die Rolle der Tschechen

Die Tschechen und ihr Staat sind in den Jahren 1918 bis 1939 sowohl Objekt als auch Subjekt der Geschichte. Sie sind Objekt insofern, als die Siegermächte sie benutzen, um erst Habsburg zu entmachten und dann Deutschland im Südosten zu „bewachen“. Soweit sie diese Rolle mitgestalten und über fremde nationale Minderheiten herrschen, sind sie auch handelndes Subjekt. Die Tschechen haben ihre Rolle als Objekt ohne Maß und Rücksicht ausgenutzt und ihre Chancen als Subjekt in nationalem Wahn vertan.

Noch in der Rolle des Objekts, als aus der Tschechei ein eigener Staat entstehen soll, täuschen die Tschechen den Siegermächten in Saint-Germain vor, die Slowaken und die Tschechen seien eigentlich dasselbe Volk, Slowakisch sei wie Tschechisch, die Böhmen- und die Mährendeutschen hätten keine geschlossenen Siedlungsgebiete, sie lebten nur eingestreut zwischen den Tschechen und sie seien an Zahl bedeutend weniger als man gemeinhin annehme. Das „Objekt“ lügt sich ein zu großes Territorium zusammen. Die Skrupel der Siegermächte zur Zukunft der nationalen Minderheiten in der neuen Tschechoslowakei zerstreuen die Tschechen mit dem Versprechen, ein Vielvölkerstaat nach Art der Schweiz werden zu wollen. So sind die Tschechen zu Anfang ein williges Objekt der Siegermächte, wenn es darum geht, dem alten Österreich-Ungarn Schaden zuzufügen und sich andererseits Vorteile zu erschwindeln.

Als Subjekt des eigenen Handelns setzen sie diese Rolle fort. So verspielen sie die Chance, eine zweite Schweiz zu werden und damit Heimat vieler Völker. Die tschechische Staatsidee vom als Zentralstaat angelegten tschechoslowakischen Nationalstaat widerspricht allen Erfordernissen eines lebensfähigen Vielvölkerstaates. Die Tschechen tschechisieren Land und Menschen. Sie durchdringen die Sudetenlande, die Slowakei und die Karpato-Ukraine mit eigenen Leuten. Sie setzen per Verfassung und Gesetzgebung sowie mit Wirtschaftsförderung und Verwaltung einen tschechisch dominierten Staat durch. Dieser Staat der Tschechen - und in gewissem Umfang auch der Slowaken - genügt nur insoweit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, als er die individuellen Bürgerrechte garantiert. Verfassung und Gesetze sehen keine nationalen Minderheiten als Kollektive oder Körperschaften vor. So sorgt ein reines Mehrheitsrecht im Parlament dafür, dass keine nationale Minderheit oder Nationalpartei zu einer echten Mitbestimmung kommt, auch nicht in eigenen Belangen. Sobald Staatskrisen doch einmal den Dialog der Ethnien erzwingen, endet dies mit ein paar nicht eingehaltenen Versprechen der Regierung und der Enttäuschung der betroffenen nationalen Minderheiten. So wächst auch in den 20 Lebensjahren dieses Staates kein Vertrauen, mit dem sich die Tschechoslowakei auf Dauer hätte konsolidieren können.

Die Tschechen und der Teil der Slowaken, der auf ihrer Seite steht, fordern die Loyalität der nationalen Minderheiten zur Tschechoslowakei, bevor sie ihnen alle Rechte und Vergünstigungen zugestehen, die sie in ihrem Staate selbst in Anspruch nehmen. Die Minderheiten aber erwarten die Verwirklichung dieser Rechte und Vergünstigungen auch für sich, ehe sie bereit sind, eine Loyalität dem ungeliebten Staate gegenüber zu bekunden. Das passt nicht zusammen. So wird die Tschechoslowakei bis zu ihrem Ende von fast der Hälfte ihrer Bürger abgelehnt. Man kann mit Blick auf 1939 nur vermuten, dass die vielen Völker und Volksteile der Tschechoslowakei eines fernen Tages auch ohne deutsche Hilfe diesen Staat verlassen hätten wie Jahrzehnte später die Völker der Sowjetunion ihren ungeliebten Staat. Die liberalen und für einen Vielvölkerstaat vorbildlichen Seiten Altösterreichs seit 1867 haben offensichtlich auf die junge Tschechoslowakei nicht abgefärbt. Die Tschechen und protschechische Slowaken, die auf ihrer Seite stehen, kopieren nur die schlechten Seiten des Vorherrschaftsgebarens der Österreicher und der Ungarn in Alt-Habsburg und zahlen nun den gleichen Preis dafür. Die Völker und Volksteile ihres Staates gehen auseinander. Zu dieser historischen Parallele gehört auch, dass der Zerfall des Vielvölkerstaats von Habsburg und der des Vielvölkerstaats Tschechoslowakei zum Schluss von außen her erzwungen wird.

## Die Rolle der Slowaken

Die Slowaken sind bei der Entstehung der ersten Tschechoslowakei und während ihrer 20-jährigen Geschichte sowohl Täter als auch Opfer. Ein Teil - oft protestantische und städtische - Slowaken beschließt, nach der Befreiung von ungarischer Herrschaft mit den Tschechen einen neuen Staat zu bilden. Diese Slowaken, soweit sie ab 1919 mit den Tschechen kooperieren, sind an den minderheitenfeindlichen Gesetzen und am tschechoslowakischen Zentralismus, der keinen Platz für nationale Minderheiten kennt, ebenso beteiligt wie die Tschechen. Daneben steht die große Mehrheit der überwiegend katholischen und zumeist ländlichen slowakischen Bevölkerung, die einer gemeinsamen Staatsgründung mit den Tschechen zwar zunächst nicht abgeneigt ist, aber eine autonome und der Tschechei gleichberechtigte Slowakei anstrebt. Je länger die tschechische Dominanz in Staat und Wirtschaft die Slowaken an die Wand drückt und je deutlicher erkennbar wird, dass die Tschechen den Vertrag von Pittsburg nicht mehr anerkennen, desto stärker wird der Wille dieser Mehrheit von Slowaken, ihre „Ehe“ mit den Tschechen zu verlassen. Doch die Tschechen und die staatsloyalen Slowaken lassen die nach Autonomie strebenden Slowaken nicht mehr aus der tschechoslowakischen Umarmung. Die Umarmung ist zum Schwitzkasten geworden. Insoweit sind die Slowaken nun Opfer und Gefangene der Tschechen.

Erst im März 1939 gelingt die slowakische Selbstbefreiung. Das Landesparlament in Preßburg erklärt die Souveränität der Slowakei. Die Slowaken müssen folglich den Weg des Opfers nicht zu Ende gehen. Am Ende dieses Weges wäre das Volk der Slowaken im Volk der Tschechen aufgegangen. Der slowakische Politiker und Diplomat Dr. Arved Grebert schreibt nach dem Zweiten Weltkrieg dazu:

> „Die Rolle der Slowaken im Rahmen des tschecho-slowakischen Staates war gefährlicher als die der Sudetendeutschen. Die herrschende tschechische Schicht trachtete nämlich danach, die Slowakei nicht nur zu beherrschen, sondern auch die Slowaken zu assimilieren, zu tschechisieren.“[573]

Dass die Tschechen die Eigenständigkeit des Volkes der Slowaken leugnen und ihnen keine eigene Sprache zugestehen wollen, bestätigt Greberts These von der Assimilation.

573 Grebert, S. 32

## Die Rolle der Sudetendeutschen

Die Sudetendeutschen bekunden 1918 bis 1925 ihren Selbstbestimmungsanspruch und ihren Willen zum Anschluss an die Republik Österreich klar und wiederholt. Sie haben in den ersten Jahren niemals falsch gespielt. In der Folgezeit bis 1937/38 versucht ein Teil der Deutschen, sein Schicksal als Realität zu akzeptieren und sich mit der neuen Obrigkeit zu arrangieren. Drei der sudetendeutschen Parteien - die aktivistischen - bemühen sich fortan, sich im Staat aktiv und loyal politisch einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Doch die Mehrheitsabstimmungen im Prager Parlament sorgen dafür, dass es keiner der nationalen Minderheiten je gelingt, ein die Minderheiten benachteiligendes Gesetz gegen die Stimmenmehrheit der Tschechen zu verhindern, geschweige denn ein politisches Minderheitenanliegen auf legalem Wege durchzusetzen. Damit bleibt den aktivistischen Parteien der Erfolg versagt, der ihnen auf Dauer eine wachsende Zustimmung unter der deutschsprachigen Bevölkerung eingetragen hätte und damit der Tschechoslowakei einen wahrscheinlich loyalen deutschen Bevölkerungsanteil. So aber dienen diese drei Parteien nur als Alibi der Tschechen, wenn sie dem Ausland gegenüber die Beteiligung der Deutschen an ihrem Staat belegen wollen.

Nachdem die tschechoslowakische Staatsführung den kooperationsbereiten aktivistischen Parteien acht Jahre lang keine Zugeständnisse gemacht und die wirtschaftliche und politische Lage der Sudetendeutschen nicht nennenswert verbessert hat, beginnt der Stern der Aktivisten zu sinken. An ihre Stelle tritt eine anfangs außerparlamentarische Bewegung, die sudetendeutsche Heimatfront, aus der sich 1935 die Sudetendeutsche Partei formiert. Ihr Führer Konrad Henlein versucht zunächst, die wirtschaftliche Lage und die Selbstbestimmungsrechte der Sudetendeutschen innerhalb der Tschechoslowakei zu fördern. Auch Henlein arbeitet bis 1937 legal und staatsloyal. Erst als Regierungsversprechen vom Februar 1937 nicht eingehalten werden und Gespräche mit der Staatsführung im Februar 1938 ergebnislos verlaufen, schlägt Henlein einen neuen Weg ein. Er sucht Unterstützung für die sudetendeutsche Sache - erst in England und dann im Deutschen Reich. Er geht Ende 1937 zu den Nationalsozialisten über und kooperiert mit der deutschen Reichsregierung, um die Sudetenlande aus der Tschechoslowakei zu lösen.

Die versperrten Wege innerhalb der Tschechoslowakei führen die Mehrheit der Sudetendeutschen unter Konrad Henlein auf den zu der Zeit einzig gangbaren Weg, der ihr die bisher verwehrte Selbstbestimmung und Gleichberechtigung verheißt: Es ist der Weg in das nationalsozialistische Deutschland. Die Sudetendeutschen handeln sich damit eine Weltanschauung ein, für die sie ein paar

Jahre später bitter büßen müssen. Ein anderer, nur kleiner Teil der Deutschen fühlt sich vom Nationalsozialismus abgestoßen und wählt deshalb den anderen Weg. Sie gehen in die innere Tschechei. Es sind dies Kommunisten, Juden und Sozialdemokraten. Letztere repräsentieren unter ihrem Führer Wenzel Jaksch bei den Gemeindewahlen von 1938 immerhin noch 10 Prozent der Deutschen. Jaksch und die Sozialdemokraten als letzte verbliebene aktivistische Partei setzen bis zum Untergang des Staates auf die Möglichkeit des Ausgleichs zwischen Tschechen und Sudetendeutschen. Ihre Treue zur Tschechoslowakei wird ihnen später nicht gedankt. Die Tschechen wollen sie nach 1945 nicht mehr in ihrem Lande dulden, und für viele Sudetendeutsche, die sich 1938 für den Anschluss an das Deutsche Reich entschieden haben, sind sie Verräter. Zwischen allen Stühlen ist kein guter Platz.

## Die Rolle des Deutschen Reiches

Das „Drama Tschechoslowakei“ spielt in vier Akten: Im Entstehen bis 1920, den Jahren der unangefochtenen Tschechenherrschaft bis 1933, den Jahren der Erosion bis 1938 und dem Finale, das mit der Besetzung der Rest-Tschechei abschließt. Österreich und Deutschland spielen ihre Rollen in den Akten eins und drei und vier. Im ersten Akt ist Österreich so macht- und hilflos, dass es seine Rolle nur erduldet. Aber das, was Österreich gegen eigenen Willen hinnehmen muss, die Abtrennung der über drei Millionen Deutschböhmen und Deutschmährer, erzeugt eine maßlose Empörung, die zwar zunächst verdrängt, aber auch nach zwanzig Jahren nicht vergessen ist. Im zweiten Akt bis 1933 ist Österreich passiv. Es hängt wirtschaftlich am „Tropf“ der Tschechen und hat seine Auslandsösterreicher abgeschrieben. Im dritten Akt bis 1938, in dem die vielen Völker innerhalb der Tschechoslowakei die Tschechenherrschaft zunehmend infrage stellen, erwächst mit dem politisch, wirtschaftlich und militärisch wieder stärker werdenden Deutschen Reich ein neuer Anwalt für die Sudetendeutschen, an den sich in ihrer Not auch Ungarn und Slowaken wenden. Im vierten Akt, im Jahre 1939 nutzt Deutschland seine Anwaltsrolle aus und nimmt dem Rest der Tschechoslowakei, der kleinen Rest-Tschechei ihre staatliche Souveränität und macht sie zum Protektorat. Das Protektorat ist für die Tschechen eine „Schutzhaft“ gegen ihren Willen.

Die letzten beiden Akte sind, was die deutsche Rolle angeht, so verschieden, dass sie getrennt betrachtet werden müssen. Und wie in der deutschen Geschichtsschreibung heute üblich, kommen nun das Recht und die Moral ins Spiel. Bei beiden wiederum ist zwischen 1938/39 und heute streng zu unterscheiden.

Der dritte Akt: Die deutsche Reichsregierung erpresst mit der Androhung eines Krieges die Rückkehr von fast drei Millionen deutschen Menschen unter deutsche Hoheit und die Abtretung der Sudetenlande an das Deutsche Reich. Hitler spielt dazu zunächst ein Doppelspiel. Das eine Spiel: Im November 1937 eröffnet er der Wehrmachtsspitze erstmals, dass er die Absicht hegt, die Tschechei etwa in den Jahren 1943-1945 als „Lebensraum im Osten“ zu erobern. Ab April 1938 lässt er diese Absicht militärisch vorbereiten. Das andere Spiel: Im März 1938 fordert Hitler den Sudetenführer Henlein auf, die Autonomieforderungen seiner Landsleute soweit auszureizen, bis die tschechoslowakische Regierung sie nicht mehr erfüllen will. Öffentlich verlangt er jedoch bis in die Mitte des Septembers 1938 nur das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen innerhalb der Tschechoslowakei und ihre anständige Behandlung. Erst als die Septemberkrise in der Tschechoslowakei ihren Siedepunkt erreicht, und Premierminister Chamberlain nach Berchtesgaden reist, eröffnet Hitler, dass er die Rückkehr der drei Millionen Deutschen in das Reich anstrebt und dass er „jeden Krieg und sogar das Risiko eines Weltkrieges dafür in Kauf“ nimmt.[574] Hitler droht mit einem Kriege, mit dem er eigentlich die Tschechoslowakei zerschlagen und die Tschechei erobern will, doch er schiebt die ebenfalls von ihm gewollte Befreiung der Sudetendeutschen vor. Das Pokerspiel, das Adolf Hitler danach bis zur Konferenz von München spielt, dauert gerade einmal 14 Tage. In den Verhandlungen von Berchtesgaden, Bad Godesberg und München erweist sich Hitler als zäher, harter und erfolgreicher Verhandlungsgegner, der trotz mancher Konzessionen, die er in München zugestehen muss, am Ende den Anschluss der Sudetendeutschen und der Sudetenlande ohne Krieg erreicht.

Ein Blick auf das Geschehen aus deutscher Sicht von 1938: Hitlers Absichten und Taten laufen 1937/38 auseinander. Das was er, was die Reichsregierung und die deutsche Wehrmacht bis zum Anschluss der Sudetenlande tun, liegt 1937 innerhalb des praktizierten Völkerrechts, wie am Ende des Kapitels „1937“ schon behandelt worden ist. Auch die Rückendeckung, die Hitler Henlein für seine Forderungen an die tschechoslowakische Regierung gibt, liegt innerhalb dessen, was zu jener Zeit und heute international an Ränkespielen üblich ist. Die Befreiung der Sudetendeutschen von ihrer Fremdherrschaft und der Gebietsanschluss sind 1938 legitim. Die Tschechen hatten sich die Sudetendeutschen und ihre Wohngebiete 1918/19 selbst mit militärischer Gewalt genommen. Sie hatten den ausdrücklichen Willen der Sudetendeutschen, der Tschechoslowakei **nicht** beizutreten, selbstherrlich missachtet. Und sie haben beide Missstände in den 20 Jahren ihrer Herrschaft nicht versucht zu heilen, indem sie den Deutschen

574 Formulierung Hitlers gegenüber Chamberlain am 15.9.1938.

- wie allen anderen Nicht-Tschechen auch - die Gleichberechtigung verweigert haben. So ist es 1938 angebracht, die Fremdherrschaft der Tschechen über „ihre" Deutschen zu beenden.

Zwei gänzlich andere Dinge sind die Kriegsgefahr, die Hitler damit heraufbeschwört, und seine Absicht, schon 1938 die Tschechoslowakei zu zerschlagen und die Rest-Tschechei zu annektieren. Beide, die Kriegsgefahr und die Eroberungsabsicht, sind 1939 wieder - und noch viel ausgeprägter - auf der Tagesordnung. Sie sollen deshalb erst im „vierten Akt", dem Finale der Tschechoslowakei bewertet werden.

Der Erfolg der deutschen Reichsregierung mit dem Anschluss der Sudetenlande hat auch einen hohen Preis. Hitlers undankbares Verhalten gegenüber dem Vermittler Chamberlain in Bad Godesberg und seine Drohungen mit Krieg erzeugen in Europa und Amerika ein Klima des unheilvollen Misstrauens und eine Welle der Aufrüstung in England, Frankreich und den USA. Beides erschwert Deutschlands Lage, als es ein Jahr später darum geht, den Freistaat Danzig und seine zu 97 Prozent deutsche Bevölkerung Deutschland wieder anzugliedern. Hitler ruiniert mit der Brachialgewalt, mit der er den Sudetenanschluss durchsetzt, das günstige Klima, das Deutschland für seine außenpolitische und wirtschaftliche Neuplatzierung in Europa hätte brauchen können. Das ist eine Tatsache, auch wenn es die Siegermächte selber waren, die dem Reichskanzler Hitler seine „harte Gangart" vorher so gelehrt haben.

Zum deutschen „Sündenkonto" aus dem dritten Akt gehört zudem der Exodus von Tschechen aus den Sudetenlanden, der - wie an früherer Stelle schon beschrieben und bewertet - keine „Vertreibung" war. Die Rückkehr der tschechischen Neuansiedler und die Ausweisung von kaum zweihundert Tschechen kann die spätere grausame Vertreibung aller Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat und die Ermordung von weit über 200.000 Sudetendeutschen bei dem Vertreibungsakt von 1945 nicht als Vergeltung von etwas Gleichartigem Vorherigem rechtfertigen.

Die rechtliche und moralische Bewertung des Hoheitswechsels der Sudetenlande fällt aus heutiger deutscher Sicht in Teilen anders aus. Heute gilt der *Status quo* der Staaten als von außen unantastbar und jeder Friedensbruch zwischen Staaten als Verbrechen. Gleichzeitig ist die Solidarität unter Deutschsprachigen mit unterschiedlichen Staatsbürgerschaften so gut wie abgestorben. Aber auch die Auffassungen zur Unantastbarkeit von Staaten sind inzwischen wieder international umstritten. Die Unterstützung von Oppositionskräften in fremden Staaten ist auch heute gang und gäbe, wenn deren Tun den eigenen Ansichten entspricht. Und die Grenzen fremder Staaten sind inzwischen nicht mehr heilig,

wenn diese zu schwach zur Abwehr sind. Man muss darüber nachdenken, ob zwischen der Münchener Konferenz und der Übernahme der Sudetenlande durch das Deutsche Reich 1938 auf der einen Seite und dem Vorgehen der NATO gegen das zerfallende Jugoslawien in den 90er-Jahren auf der anderen Seite wirklich ein so grundsätzlicher Unterschied besteht, dass man das eine heute als moralisch verwerflich und das andere als moralisch gerechtfertigt bewerten kann. Die Parallelen sind nicht von der Hand zu weisen. In Jugoslawien, einem 1919 in Trianon erzwungenen Vielvölkerstaat, herrscht eine vor allem serbische Zentralregierung über Mazedonier, Montenegriner, Albaner, Kroaten und Slowenen, die alle diesen Staat verlassen wollen - die erste Parallele. Als der Konflikt mit den Albanern eskaliert und die Serben nicht nachlassen, die Kosovo-Albaner zu verfolgen, übt das Ausland Druck auf das souveräne Jugoslawien aus - die zweite Parallele. Die NATO eröffnet ohne Kriegserklärung ihren Angriff auf Rest-Jugoslawien, und Amerika, Deutschland und eine Reihe anderer Staaten verhelfen den Kosovo-Albanern ein paar Jahre später zur Abspaltung von Serbien - die dritte Parallele. Diese Ähnlichkeiten zeigen, dass die heutigen Bewertungsmaßstäbe von Moral und Völkerrecht in Deutschland für vergleichbare Vorgänge von 1938 und 1990 offensichtlich nicht dieselben sind.

Zum vierten Akt, dem Finale: Im März 1939 zerbricht die Tschechoslowakei am Freiheitsdrang der Slowaken und Ruthenen, am Wiedervereinigungswillen der Ungarn und an der Sturheit der tschechoslowakischen Zentralregierung. Hitler nutzt den Todeskampf der Tschechoslowakei, die Rest-Tschechei dem Deutschen Reich als autonome tschechische Region und in Form eines Protektorates einzuverleiben. Die Besetzung der souveränen Rest-Tschechei wird 1939 von der Mehrheit aller Deutschen abgelehnt. Man hält sie für unnötig, betrachtet sie als Unrecht und sieht die Kriegsgefahr, die sie heraufbeschwört. Das Mitleid mit den Tschechen hält sich allerdings in Grenzen. Aus heutiger Sicht ist die Annexion der Rest-Tschechei ein Verbrechen an den Tschechen.

Dieser Handstreich Hitlers ist nur vordergründig ein Erfolg. Er liegt außerhalb der bislang international und allgemein akzeptierten Legitimation, deutsche Bevölkerungsgruppen „heim ins Reich" zu holen. Die Besetzung der Tschechei lässt die bisherigen heim-ins-Reich-Erfolge in den Köpfen ausländischer Betrachter nun als bloßen Vorwand für den deutschen Eroberungsdrang erscheinen. Das Protektorat über die Tschechei ohne Abstimmung mit Großbritannien und Frankreich ist ein Bruch der beiden in München und Paris geschlossenen Konsultationsabkommen und damit ein Affront gegen die beiden Regierungen, die Hitler noch kurz zuvor in München zum Erfolg verholfen haben. In England kommt sofort die Frage auf *„what next?"*. Die Propagandaparole aus dem Ersten Weltkrieg von Deutschlands Welteroberungsgelüsten macht sofort erneut die

Runde. Die englischen und französischen Aufrüstungsbeschlüsse aus den Tagen nach der Münchener Konferenz sind nachträglich gerechtfertigt. Polen, bisher Partner Deutschlands und in England wegen seiner vielen Annexionen in den letzten zwanzig Jahren noch geächtet, schließt einen Beistandspakt mit England und geht auf dessen Seite über. Damit fällt das Tor für Hitlers nächstes Ziel zu, den Anschluss der deutschen Stadt Danzig an das Deutsche Reich. Der Streit um dieses Ziel löst - wie bekannt - kurz danach den Zweiten Weltkrieg aus. So verbaut sich Hitler mit seinem Scheinerfolg, dem Protektorat über „Böhmen und Mähren“, den Weg zu einer weiteren Konsolidierung Deutschlands und zu einer deutschen politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung in Mittelost- und Südosteuropa.

# NACHWORT

Nach der Niederlage Deutschlands und dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird der Fehler von Saint-Germain ein zweites Mal begangen. Die Sieger gründen mit der zweiten Tschechoslowakei einen neuen Vielvölkerstaat mit den beiden Staatsnationen der Tschechen und Slowaken. Diese Gründung geht mit einer ethnischen Säuberung einher, der Vertreibung der Sudetendeutschen. Wieder sind es Machtinteressen und nicht die Völkergrenzen, die hier die neuen Staaten ordnen. Doch auch dieser Staat zerbricht. Am 23. Juli 1992 beschließen die Premierminister der tschechischen und der slowakischen Teilrepublik die Auflösung der zweiten Tschechoslowakei. Zur gleichen Zeit beginnt der Zerfall des dritten[575] Vielvölkerstaates Jugoslawien, den die Sieger nach dem Ersten Weltkrieg aus der Taufe gehoben hatten. In einem mehr als 10 Jahre dauernden Prozess formieren sich die kleinen Balkanvölker zu souveränen Republiken und schütteln damit die Vorherrschaft der Serben ab. Wer glaubt, dass die Geschichte der Pariser Vorortverträge und ihrer willkürlichen Staatsgründungen damit abgeschlossen ist, der irrt. Heute sind wir Zeugen des langsamen Zerfalls des Vielvölkerstaats Irak. Auch der Irak ist das Ergebnis der Nachkriegsordnung von 1918-1923. Im Vertrag von Sevres und dem ihm 1923 nachfolgenden Friedensvertrag von Lausanne ist die Landmasse des besiegten Osmanischen Reiches nach Machtinteressen und Einflusszonen willkürlich zerschnitten worden - entgegen den nationalen und konfessionellen Wünschen der dort lebenden Völker.

Als die Sieger 1919 „ihren Frieden machten“, statt ihn mit den Besiegten auszuhandeln, bereiteten sie den Boden, auf dem noch fast weitere 100 Jahre neue Kriege wuchsen.

575 Der 1. Vielvölkerstaat mit 11 Millionen Bürgern, die nationalen Minderheiten angehörten, war nach dieser Zählung Polen. Auch Polen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererrichtet, dieses Mal allerdings nach einer ethnischen Säuberung ohne große nationale Minderheiten.

# ANHANG

## Quellenverzeichnis

## Personenverzeichnis

## Sachregister

# QUELLENVERZEICHNIS

**Zitierte Zeitungen und Zeitschriften sind im Buchtext an der *kursiven* Schreibweise zu erkennen. Sie sind im Quellenverzeichnis nicht noch einmal aufgeführt.**


Abgeordnetenhaus der Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik [zit. als Abgeordnetenhaus]

Stenografische Protokolle der Sitzungen 1. Wahlperiode, 1. Sitzungsperiode, Band 1, Prag 1920

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945 [zit. als ADAP]

Serie B: 1925-1933. Bd. IX; Serie C: Das Dritte Reich: Die ersten Jahre (1933-1937). Bd. I-VI, Göttingen 1971-1981; Serie D: 1937-1941. Bd. I-XIII, Baden Baden, Frankfurt a.M., Bonn, Göttingen 1950-1970.

Amtsblatt des Reichs- und Preußischen Arbeitsministeriums [zit. als Reichsarbeitsblatt]

Reichsarbeitsblatt, Jahrgang 1937, Teil II, hrsg. Reichs- und Preußisches Arbeitsministerium, Berlin (Verlagsanstalt Otto Stollberg)

Archiv Ministerstvo zahranicnich veci, (tschechisch) [zit. als Archiv MZV CR] fond VI., SEKCE (PRÄVNI) 1918-1939 [Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen Republik, Fond VI, Sektion (juristische) 1918-1939]

Auswärtiges Amt 1939 [zit. als AA]

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Weißbuch der Deutschen Regierung. Berlin (Carl Heymanns Verlag) 1939

Badenheuer, Konrad [zit. als Badenheuer]

Die Sudetendeutschen, Eine Volksgruppe in Europa, Sudetendeutscher Rat, München 2007

Bavendamm, Dirk [zit. als Bavendamm, Roosevelts Krieg]

Roosevelts Krieg. Amerikanische Politik und Strategie 1937-1945. München-Berlin (Herbig) 1993

Benes, Edvard (tschechischer Autor) [zit. als Benes]

Svetovä välka a nase revoluce. Vzpominky a üvahy z bojü za svobodu näroda I-III. III: Dokumenty [Der Weltkrieg und unsere Revolution. Erinnerungen und Betrachtungen über die Kämpfe für die Freiheit der Nation. III: Dokumente], Prag (Cin u. Orbis) 1935

Benes, Zdenek/Kural, Vaclav (Hrsg.) (tschechische Autoren) [zit. als Benes, Zdenek]

Geschichte verstehen. Die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen in den böhmischen Ländern 1848-1948. Hrsg, für das Kultusministerium

der Tschechischen Republik. Prag (Gallery Verlag) 2002 [Tschechische Originalausgabe: Rozumet dejinän]

Benoist-Mechin, Jaques (französischer Autor) [zit. als Benoist-Mechin]
Auf dem Weg zur Macht 1925-1939. Reihe: Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946, Bd. 3, Nr. VI: Am Rande des Krieges 1938. Die Sudetenkrise. Oldenburg, Hamburg (Gerhard Stalling Verlag) 1967 [Französische Originalausgabe: Historie de l'Armee allemande. VI: Les epreuves de force 1938]

Berber, Friedrich (Hrsg.) [zit. als Berber]
Europäische Politik 1933-1938 im Spiegel der Prager Akten (Band VIII). Essen (Essener Verlagsanstalt, 3. Auflage) 1942

Bernhardt, Hans [zit. als Bernhardt]
Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte. Preußisch Oldendorf (Verlag K. W. Schütz) 1988

Binder, Gerhart [zit. als Binder]
Epoche der Entscheidungen. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts. Stuttgart-Degerloch (Seewald Verlag, 1. Auflage) 1960

Bohmann, Alfred [zit. als Bohmann]
Das Sudetendeutschtum in Zahlen. Handbuch über den Bestand und die Entwicklung der sudetendeutschen Volksgruppe in den Jahren von 1910 bis 1950. Die kulturellen, soziologischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Spiegel der Statistik (Hrsg. Sudetendeutscher Rat). München 1959

Bollacher, Eberhard (Hrsg.) [zit. als Bollacher]
Das Hultschiner Ländchen im Versailler Friedensvertrag, in Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart, B Rechts- und staatswissenschaftliche Reihe / Band 4, Ausland und Heimat Verlagsaktiengesellschaft, Stuttgart 1930

Bonnet, Georges (französischer Autor) [zit. als Bonnet]
Vor der Katastrophe: Erinnerungen des französischen Außenministers 1938-1939. Köln (Greven Verlag) 1951 [Französische Originalausgabe: Defense de la Paix. Fin d 'un Europe]

British War Bluebook (englisch) [zit. als British War Bluebook]
Great Britain, Foreign Office (Hrsg.): The British War Bluebook. Documents concerning the German-Polish Relations and the Outbreak of Hostilities between Great Britain and Germany on September 3. Miscellaneous No. 9 (1939), New York (Farrar and Rinehart) 1939

Broszat, Martin [zit. als Broszat]
Das Sudetendeutsche Freikorps, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 1/1961, 9. Jg. Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt) 1961

Brügel, Johann Wolfgang [zit. als Brügel]
Tschechen und Deutsche 1918-1938. München (Nymphenburger Verlagshandlung) 1967

Bundesarchiv/Militärarchiv [zit. als BA/MA]
Originalakten zur deutschen Kriegsgeschichte Freiburg

Churchill, S. Winston (englischer Autor) [zit. als Churchill, Memoiren)
Memoiren, 1. Band: Der Sturm zieht auf: 1. Buch: Von Krieg zu Krieg 1919—1939; Stuttgart (2. deutsche Ausgabe, Scherz & Goverts Verlag) 1954

Conseil Slovaque (slowakisch) [zit. als Conseil Slovaque]
Offener Brief des Slowakischen Rates an die Tschechische Nation. Hrsg. Slowakischer Rat, Mac Keesport (USA) 1937, Druck Genf [Französische Originalausgabe: Prague aux abois, Lettre ouverte, Edition du Conseil Slovaque]

Coolidge, Archibald Cary (amerikanischer Autor), [zit. als Coolidge]
Brown, Philip Mason/Kerner, Robert J. et allii: Papers relating to the foreign relations of the United States 1919. Reihe: The Paris Peace Conference. Band 12, Washington 1947

Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. [zit. als Gesandtschaftsberichte aus Prag]
Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Alexander, Manfred et alii (Hrsg.): Teil 1: Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Benes (1918-1921). München (R. Oldenbourg Verlag, 2. Auflage) 2003

Deutscher Nachrichtendienst [zit. als *Deutscher Nachrichtendienst]*
Periodisch in Prag erscheinender deutschsprachiger Nachrichtendienst [Der „Deutsche Nachrichtendienst“ wurde vom Exilparteivorstand der SPD 1934-1938 in Prag und von 1938-1939 in Paris herausgegeben. Es handelt sich um gekürzte maschinenschriftlich vervielfältigte Miniaturausgaben eines Teils der „Deutschland-Berichte“.]

Dietl, Werner [zit. als Dietl]
Sudetendeutsches Archiv (Hrsg.): Die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1929). München, Benediktbeuern (Riep-Verlag) 1991

Documents on British Foreign Policy (englisch) [zit. als DBFP]
Edited by E. L. Woodward (Montague Burton Professor of International Relations in the University of Oxford) and Rohan Butler (Fellow of All Souls College, Oxford), Second Series: 1929-1938, Volume XIX, Third Series: 1938-1939, Volumes I, II, III, London (Her Majesty’s Stationary Office) 1946-1986

Dolezel, Stephan/Bosl, Karl [zit. als Dolezel]
Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik. München (Verlag R. Oldenbourg) 1975

Domarus, Max [zit. als Domarus]
Hitler-Reden und Proklamationen (1932-1945). Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Band I. Neustadt a. d. Aisch (Verlagsdruckerei Schmidt), 1962

Eichholtz, Dietrich/Pätzold, Kurt (Hrsg.) [zit. als Eichholtz]
Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939). Berlin/DDR (Akademie-Verlag) 1989

Francois-Poncet, Andre/Stübel, Erna (französischer Autor) [zit. als Francois-Poncet]
Als Botschafter in Berlin 1931-1938. Berlin, Mainz (Florian Kupferberg Verlag) 1962 [Französische. Originalausgabe: Souvenirs dune ambassade ä Berlin. Septembre 1931 - Octobre 1938, Paris (Librairie Ernest Flammarion) 1946]

Gamelin, Maurice Gustave (französischer Autor) [zit. als Gamelin]
Servir. Band 2: Le Prologue du Drame, 1930-août 1939. Paris (Librairie Pion) 1946

Gebhardt, Bruno (Hrsg.) [zit. als Gebhardt]
Handbuch der deutschen Geschichte, Band 18 von Prof. Dr. Erdmann, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1973

Gelbbuch der Französischen Regierung, (französisch) [zit. als Franz. Gelbbuch]
Diplomatische Urkunden 1938-1939. Akten über die Ereignisse und Verhandlungen die zum Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland einerseits und Polen, Großbritannien und Frankreich anderseits führten. Dokumente und Urkunden zum Kriegsausbruch, Sept 1939. Fase. 4. Basel (Verlag Birkhäuser) 1940 [Französische Originalausgabe: Documents diplomatiques 1938-1939]

Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945 (russisch) [zit. als Mil. Geschichte UdSSR]
Gretschko, Andrej/Arbatow, G./Ustinov, Dmitrij et alii (Hrsg. Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR): Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945, 12 Bde. Berlin (Militärverlag der DDR) 1975-1985. Band 2: Am Vorabend des Krieges. Berlin (Militärverlag der DDR), 1975 [Russische Originalausgabe: Istorija vtoroj mirovoj vojny 1939-1945. Moskva (Voennoe izdat. Ministerstva Oborony SSSR) 1973-1982]

Geyr von Schweppenburg, Leo [zit. als Geyr]
Erinnerungen eines Militärattaches. London 1933-1937. Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1949

Glaser, Kurt (amerikanischer Autor) [zit. als Glaser]
Die Tschechoslowakei. Politische Geschichte eines neuzeitlichen Nationalitätenstaates. Frankfurt a.M., Bonn (Athenäum Verlag, 1. Auflage) 1964 [Ame-

rikanische Originalausgabe: Czecho-Slovakia. A Critical History. Caidwell/ Idaho (Caxton Printers) 1961]

Gordon, Helmut (kanadischer Autor) [zit. als Gordon]
Die Benes-Denkschriften, Die Tschechoslowakei und das Reich 1918/19 (Dokumentensammlung mit Kommentaren) Verlagsgemeinschaft Berg, Berg 1990

Grebert, Arved (slowakischer Autor) [zit. als Grebert]
Die Sudetenfrage in Slowakischer Sicht. In Forschung und Praxis in den Sudetenländern, Band 5. München (Verlagshaus Sudetenland) 1984

Habel, Fritz Peter [zit. als Habel-Massenvertreibung]
Eine politische Legende - Die Massenvertreibung von Tschechen aus dem Sudetengebiet 1938/39. München (Langen Müller) 1996

Habel, Fritz-Peter [zit. als Habel-Dokumente]
Dokumente zur Sudetenfrage. Unerledigte Geschichte. München (Langen Müller, 5. Auflage) 2003

Handbuch der Verträge 1871-1964 [zit. als Handbuch der Verträge]
Helmuth Stoecker (Hrsg.): Handbuch der Vertäge 1871-1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen. Berlin/DDR (VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften) 1968

Harna, Josef und Fiser, Rudolf (tschechische Autoren) [zit. als Harna-Fiser]
Dejiny ceskych zemi II, Od poloviny 18. stoleti do vzniku Ceske Republiky (Geschichte der Böhmischen Länder II. Seit Mitte des 18. Jh. bis zur Gründung der Tschechischen Republik), Nakladatelstvi Fortuna Praha 1989 (Fortuna Verlag Prag)

Henderson, Sir Nevile (englischer Autor) [zit. als Henderson]
Failure of a Mission Berlin 1937-1939. London (Hodder and Stoughton Ltd.) 1940

Hillgruber, Andreas [zit. als Hillgruber]
Hitler, König Carol und Marschall Antonescu: Die Deutsch-rumänischen Beziehungen 1938-1944. Wiesbaden (Franz Steiner Verlag) 1954 [= Dissertation]

Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg [zit. als IMT]
Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg, 14. Nov. 1945-1. Okt. 1946. Amtlicher Wortlaut in deutscher Sprache. Nürnberg (Bd. I-XLII) 1947-1949

Jahrbuch des öffentlichen Rechts [zit. als Jahrbuch öffentl. Rechts]
Deutsche Ausgabe der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Cechoslovakischen Republik, Jg. 1921, Nr. 508. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, Band XVII.Tübingen (Verlag Mohr) 1929

Jung, Rudolf [zit. als Jung]
Die Tschechen: Tausend Jahre deutsch-tschechischer Kampf. Berlin (Volk und Reich, 2. vermehrte Auflage) 1937
Kehrl, Hans [zit. als Kehrl]
Krisenmanager im Dritten Reich, 6 Jahre Frieden - 6 Jahre Krieg, Droste Verlag, Düsseldorf 1973
Keitel, Wilhelm [zit. als Keitel]
Maser, Werner (Hrsg.): Wilhelm Keitel. Mein Leben - Pflichterfüllung bis zum Untergang. Hitlers Generalfeldmarschall und Chef des Oberkommandos der Wehrmacht in Selbstzeugnissen. Berlin (Quintessenz Verlag) 1998
Komu slusi omluva (tschechisches Autorenkollektiv) [zit. als Komu slusi omluva]
Komu slusi omluva: Cesi a sudetsti Nemci. Dokumenty, fakta, svedectvi. Prag (Erika, 1. Auflage) 1992] [Wem geziemt eine Entschuldigung? Tschechen und Sudetendeutsche: Dokumente, Fakten, Zeugenaussagen)
Kral, Vaclav (tschechisch) [zit. als Kräl-Dokumente]
Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947. Dokumentensammlung, zusammengestellt, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Vaclav Kräh, Reihe: Acta occupationis bohemiae et moraviae. Prag (Nakladatelstvi Ceskoslovenske Akademie Ved) 1964
Krystlik, Tomas, (tschechischer Autor) [zit. als Krystlik]
Verschwiegene Geschichte, Zamlcene Dejiny 1918 - 1938 - 1948 - 1968, Heimatkreis Mies-Pilsen, Ortmaier-Druck, Frontenhausen 2009
Kubü, Edvard (tschechischer Autor) [zit. als Kubü]
Der Tschechoslowakismus und die Entwicklung der tschechisch-slowakischen Beziehungen. In: Ethnos-Nation, Nr. 1 (1993), S. 8-21
Lansing, Robert (amerikanischer Autor) [zit. als Lansing]
Die Versailler Friedensverhandlungen. Persönliche Erinnerungen von Robert Lansing, Staatssekretär des Auswärtigen im Kabinett Wilson, Amerikanischer Friedensdelegierter in Paris. Berlin (Reimar Hobbing) 1921 [Amerikanische Originalausgabe: The Peace Negotiations. A personal Narrative. Boston/New York 1921]
Lill, Matthias Franz [zit. als Lill]
Die Tschechoslowakei in der österreichischen Außenpolitik der Zwischenkriegszeit (1918-1938). Politische und wirtschaftliche Beziehungen. Reihe: Quellen und Studien zur Geschichte und Kultur der Sudetendeutschen, Bd. 2. München (Sudetendeutsches Archiv) 2006

Lipscher, Ladislav [zit. als Lipscher]
Verfassung und politische Verwaltung in der Tschechoslowakei 1918-1939. Reihe: Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 34. München (Oldenbourg Wissenschaftsverlag) 1979

Martens, Stefan [zit. als Martens]
Hermann Göring. „Erster Paladin des Führers“ und „Zweiter Mann im Reich“ Reihe: Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart. Paderborn (Ferdinand Schöningh Verlag) 1985

Masaryk, Tomas Garrigue (tschechischer Autor) [zit. als Masaryk]
The Making of a State. Memoires and Observations 1914-1918. New York (Frederick A. Stokes Company, 2. Auflage) 1928

Michaelis, Klaus [zit. als Michaelis]
1938. Krieg gegen die Tschechoslowakei. Der Fall „Grün“. Berlin (Michaelis-Verlag) 2004

Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): [zit. als MGFA DR u. 2. WK]
Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, 10 Bde. Band 4: Boog, Horst/ Förster, Jürgen/Hoffmann, Joachim: Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt, 1. Auflage) 1983

Nawratil, Heinz [zit. als Nawratil]
Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948. Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit. München (Universitas Verlag) 2001

Neue Dokumente zur Geschichte des Münchener Abkommens (russisch)
[zit. als Tschech.-sowjet. Dok.]
Klotschko, Walentin F./Kostjunin N. I./Krizek J./Pisek F. (Hrsg. Außenministerium der Tschechoslowakischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken): Neue Dokumente zur Geschichte des Münchener Abkommens. Prag (Orbis) 1959 [Russische Originalausgabe: Klocko, Walentin F./ Kostjunin, N. I./Pisek, F. (Ministerstva Zagranicnych Del CSR i SSSR): Novye dokumenty iz istorii Mjunchena. Moskva 1958]

Nicoll, Peter H. (englischer Autor) [zit. als Nicoll]
Englands Krieg gegen Deutschland. Ursachen, Methoden und Folgen des Zweiten Weltkriegs. Reihe: Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Nachkriegsgeschichte, Bd. 2. Tübingen (Grabert Verlag) 1999 [Englische Originalausgabe: Britains Blunder: An Objective Study of the Second World War: Its Cause, Conduct and Consequence. London 1953]

Noel, Leon (französischer Autor) [zit. als Noel]
Der deutsche Angriff auf Polen. Berlin (Arani Verlags GmbH) 1948 [Französische Originalausgabe: L’agression allemande contre la Pologne. Paris (Flammarion) 1948]

ODSUN [zit. als ODSUN-Dokumente]
Harasko Alois/Hoffmann, Roland J. (Hrsg.): Odsun - Die Vertreibung der Sudetendeutschen [Vyhnäni sudetskych Nemcü]. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer „ethnischen Säuberung“. Bd. 1: Vom Völkerfrühling und Völkerzwist 1848/49 bis zum Münchner Abkommen 1938 und zur Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“. München (Dokumentation des Sudetendeutschen Archivs) 2000

Österreichisches Staatsarchiv (österreichisch) [zit. als Ö. St. Archiv]
Akten Bundeskanzleramt, Wien

Orthbandt, Eberhard [zit. als Orthbandt]
Deutsche Geschichte. Lebenslauf des deutschen Volkes. Werdegang des Deutschen Reiches. Baden-Baden (Hermann Pfahl-Verlag) 1960

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn [zit. als PAAA]
Originalakten des Auswärtigen Amts in Berlin

Polzer, Robert [zit. als Polzer]
Die Sudetendeutsche Wirtschaft in der Tschechoslowakei. Reihe: Der Göttinger Arbeitskreis, Heft 26, Kitzingen/Main (Holzner-Verlag) 1952

Rädl, Emanuel (tschechischer Autor) [zit. als Rädl]
Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen. Reichenberg/Böhmen (Verlag Gebrüder Stiepel, 1. Auflage) 1928 [Tschechische Originalausgabe: Välka Cechü s Nemci, Praha. 1924]

Rassinier, Paul (französischer Autor) [zit. als Rassinier]
Die Jahrhundert-Provokation. Wie Deutschland in den Zweiten Weltkrieg getrieben wurde. Tübingen (Grabert Verlag, 3. Auflage) 1998 [Französische Originalausgabe: Les responsables de la Seconde Guerre Mondiale. Paris (Nouvelles Editions Latine) 1967]

Ribbentrop, Annelies von (Hrsg.) [zit. als v. Ribbentrop]
Joachim von Ribbentrop: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlass herausgegeben von Annelies von Ribbentrop. Leoni am Starnberger See (Druffel Verlag) 1961

Sammlung der Gesetze der Tschechoslowakei (tschechisch) [zit. als Sammlung der Gesetze der ÖSR]
Sammlung der Gesetze und Verordnungen des cechoslovakischen Staates. Prag (Staatsdruckerei) 1919-1936

Sammlung der Gesetze der Tschechoslowakei 1920 (tschechisch) [zit. als Sammlung der Gesetze der CSR, 1920]
Die Verfassungs- und Wahlgesetze, Parlament der Tschechischen Republik Reichenberg/Böhmen (Verlag Gebrüder Stiepel) 1920

Scheil, Stefan [zit. als Scheil]
Logik der Mächte, Europas Problem mit der Globalisierung der Politik. Überlegungen zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Berlin (Duncker & Humblot, 1. Auflage) 1999

Schmidt, Paul Karl [zit. als Paul **Karl** Schmidt]
Ribbentrops Reise nach Warschau Ende Januar 1939. Darstellung aufgrund persönlicher Erinnerungen und Studien (undatiertes Manuskript im Besitz des Autors)

Schmidt, Paul Otto [zit. als Paul **Otto** Schmidt]
Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas. Von Stresemann und Briand bis Hitler, Chamberlain und Molotow. Bonn (Athenäum-Verlag,) 1954

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich [zit. als Statistisches Jahrbuch DR]
Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin. Berlin (Verlag Paul Schmidt) 1938

Stosunki Dyplomatyczne Polski (polnisch) [zit. als Stosunki Dyplomatyczne]
Szczepanik, Krzysztof/Herman-Lukasik, Anna/Janicka, Barbara (Hrsg. Ministerstwo Spraw Zagranicznych Archiwum): Stosunki Dyplomatyczne Polski. Informator. Tom I: Europa 1918-2006. Warszawa (Askon Sp. Z O.O.) 2007 [Archiv des polnischen Außenministeriums (Hrsg.): Diplomatische Beziehungen Polens. Band I: Europa 1918-2006. Warschau (Askon Sp. Z O.O.) 2007]

Tschechoslowakische Quellen und Dokumente (tschechisch) [zit. als Tschechoslowakische Quellen]
Probleme der Tschechoslovakischen Republik: Kundgebungen des Präsidenten der Republik Dr. Edvard Benes in Nordböhmen. Reihe: Tschechoslowakische Quellen und Dokumente, Nr. 13. Prag (Orbis Verlag) 1936.

Unsere Geschichte, Band 4 [zit. als Diesterweg, 1988]
Unsere Geschichte. 4 Bde. Frankfurt a.M. (Verlag Moritz Diesterweg) 1984-1988. Band 4: Hug, Wolfgang/Hoffmann, Joachim/Krautkrämer, Elmar: Von der Oktoberrevolution bis zur Gegenwart. Frankfurt a.M. (Verlag Moritz Diesterweg) 1988

Venohr, Wolfgang [zit. als Venohr]
Aufstand der Slowaken, Der Freiheitskampf von 1944, Ullstein Buch Nr. 33156, Ullstein Verlag, Frankfurt a.M./Berlin 1992

Verfassung der Tschechoslowakei (tschechisch) [zit. als Verfassung der CSR]
The Constitution of the Czechoslowak Republic 1920. Prag (Politika) 1920

Verfassungs- und Wahlgesetze, Bd. 1 [zit. als Verfassungsgesetze]
Die Verfassungs- und Wahlgesetze: Staatsverfassung, Gaue und Bezirke, Gemeindewahlordnung und Gemeindeordnung, 2 Bde. Reichenberg/Böhmen (Verlag Gebrüder Stiepel) 1920-1921

Vertrags-Ploetz [zit. als Vertrags-Ploetz]
Rönnefarth, Helmut K.G./Euler, Heinrich (Hrsg.) Konferenzen und Verträge. Ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarungen, Teil 2, Bd. 4A, Neueste Zeit 1914-1959,2. Auflage (Ploetz KG Würzburg) 1959

Vierteljahreshefte der Pioniere [zit. als Vierteljahreshefte für Pioniere]
Bericht des Majors von Ahlften. In: Vierteljahreshefte für Pioniere, Berlin (Verlag Offene Worte), Nr. 4, November 1938

Wanka, Willi [zit. als Wanka]
Opfer des Friedens. Die Sudetensiedlungen in Kanada. München (Langen Müller) 1988

Weichselbaumer, Ludwig [zit. als Weichselbaumer]
Walter Brand (1907-1980), Ein sudetendeutscher Politiker im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Anschluss, in Band 3 der Quellen und Studien zur Geschichte und Kultur der Sudetendeutschen, Sudetendeutsches Archiv, München 2008

Weishar, Richard [zit. als Weishar]
Nationalitätenstaat und Nationalstaat im böhmisch-mährisch-schlesischen Raum, Dissertation der Juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen 1956

Weisz, Franz [zit. als Weisz]
Weisz, Franz/Elsinger, Reiner: Die historischen Ursachen der Vertreibung der Deutschen aus Südmähren 1945-1946 und die Völkerrechtlichen Konsequenzen. Reihe: Ein zeitgeschichtliches Forschungsprojekt „Jubiläumsfond der Österreichischen Nationalbank Nr. 5520“. Wien (Dachverband der Südmährer in Österreich, 2. Auflage) 1998

Wellems, Hugo [zit. als Wellems]
Von Versailles bis Potsdam 1871-1945. Mainz (Hase & Koehler Verlag) 1983

Wilson, Woodrow (amerikanischer Autor) [zit. als Wilson Papers]
The Papers of Woodrow Wilson, Volume 45, Herausgeber Arthur Link, Princeton University Press, Princeton, New Jersey 1984

Zückert, Martin [zit. als Zückert]
Zwischen Nationsidee und staatlicher Realität. Die tschechoslowakische Armee und ihre Nationalitätenpolitik 1918-1938. Reihe: Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 106., München (Oldenbourg Wissenschaftsverlag) 2006

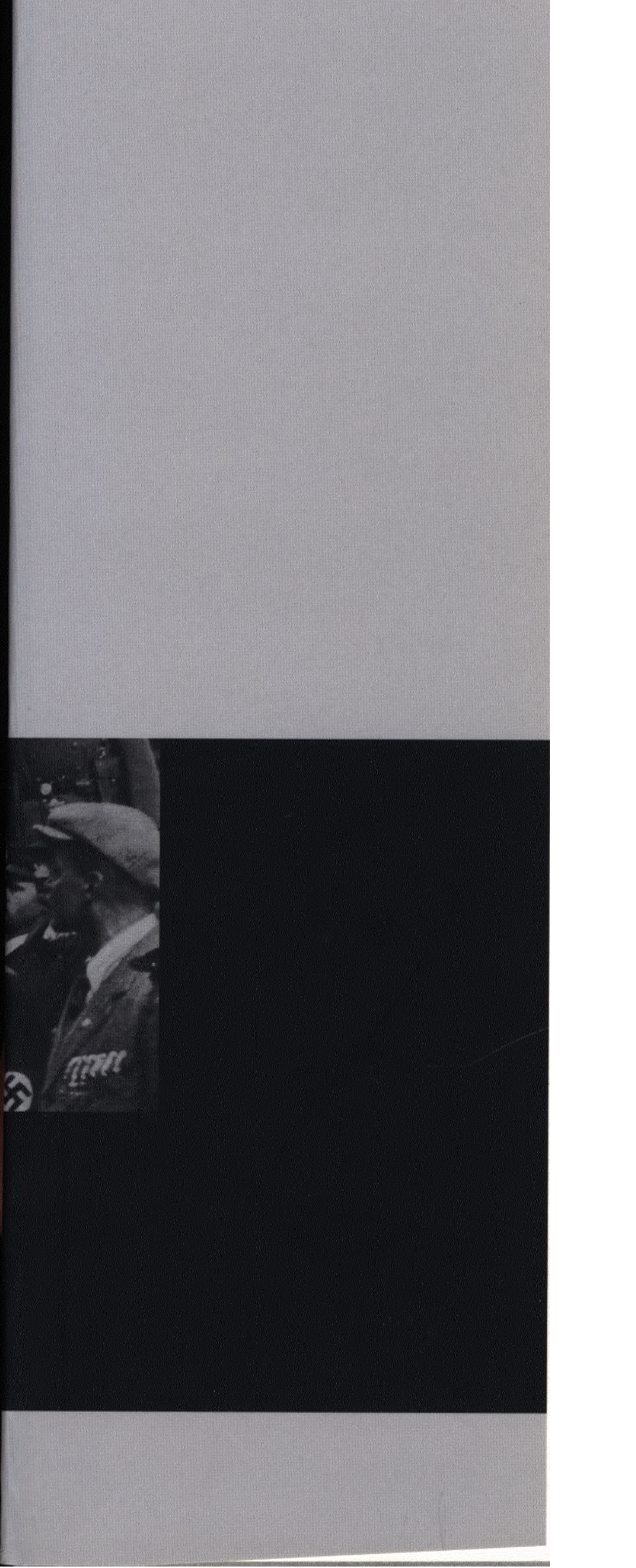
# PERSONENREGISTER

**Die genannten Lebensdaten beziehen sich meist auf die Zeit der Erwähnung im Buch.**

Verwendete Abkürzungen:
AA = Auswärtiges Amt
CSR - *Ceskoslovenskä Republika* [Tschechoslowakische Republik]
DSAP = Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei
GenO = Generaloberst
GFM = Generalfeldmarschall
KPdSU = Kommunistische Partei der Sowjetunion
OB = Oberbefehlshaber
WK = Weltkrieg
ZK = Zentralkomitee

# SACHREGISTER

**Die mit Schrägstrich getrennten Stichworte erscheinen zweimal im Register. Das zweitgenannte Wort ist noch einmal extra im Alphabet aufgeführt.**

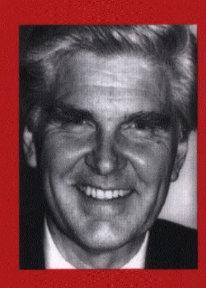




Titelbild: ullsteinbild, Berlin
Adolf Hitler am 3.10.1938 auf dem Marktplatz von Asch im Egerland beim Abschreiten der Front einer Ehrenformation des sudetendeutschen Freikorps; im Gefolge von links: der Reichskommissar für das Sudetenland Konrad Henlein und der frühere sudetendeutsche Abgeordnete der tschechoslowakischen Nationalversammlung Ernst Kundt.

Die Besetzung der Tschechei durch deutsche Truppen von 1939 bis 1945 und die anschließende Vertreibung der Sudetendeutschen von 1945 bis 1946 werden heutzutage gemeinhin als das »tschechisch-deutsche Drama des 20. Jahrhunderts« wahrgenommen. Die Zeit davor löst sich im Nebel des Vergessens auf, dennoch strahlen diese Jahre bis 1939 auf die Zukunft ganz Europas aus: Es sind die Ereignisse jener Zeit, die direkt in den Zweiten Weltkrieg führen. Deshalb ist das tschechisch-deutsche Verhältnis von 1918 bis 1939 ein entscheidender und schicksalhafter Abschnitt der deutschen Geschichte.

Der Autor des Buches »1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte« untersucht nun, wie das Geschehen in der Tschechoslowakei von 1918 bis 1939 den Marsch in den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hat. Er zeichnet ein differenziertes Bild des Vielvölkerstaates mit seinen sieben Sprachnationen und den sechs Millionen Minderheitenbürgern, die 1938 und 39 diesen Staat verlassen wollten. Er lässt dabei immer wieder sowohl die Politiker der agierenden Mächte als auch die damals lebenden Slowaken, Tschechen, Ruthenen und Sudetendeutschen zu Wort kommen, so dass sich der Leser ein eigenes Urteil bilden kann.



**Gerd Schultze-Rhonhof**
war 37 Jahre lang Soldat der Bundeswehr, zuletzt als Generalmajor und Territorialer Befehlshaber für Niedersachsen und Bremen.
1995 zog er das Interesse der Medien auf sich, als er das Bundesverfassungsgericht wegen seines sogenannten »Soldaten sind Mörder«-Urteils öffentlich kritisierte.

www.olzog.de
ISBN 978-3-7892-8365-9

